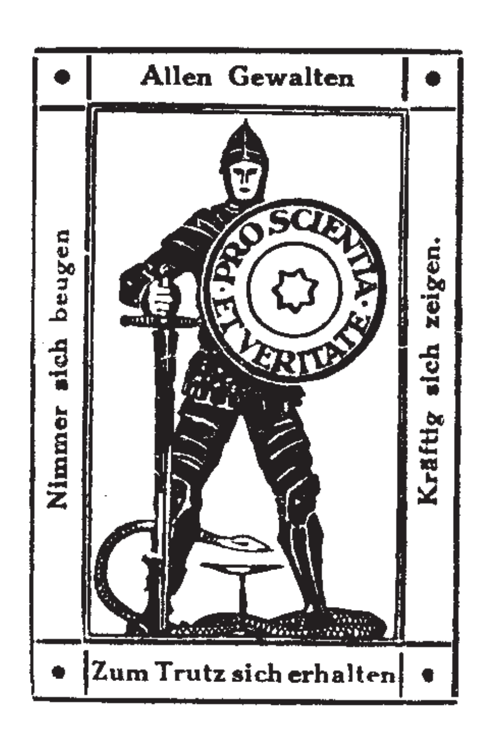
Kultur-Korruption

Erlebtes und Erstrebtes im Kampf für Wissenschaft und Wahrheit

von

Dr. med. Dreuw, Berlin



1923.

Ritter-Verlag, Berlin W. 30, Neue Winterfeldtstraße 32

Achtung! Für die Leser!

Die dokumentarischen Beweise für einen großen Teil der Behauptungen dieses Buches finden sich noch in den Büchern:

1. **Weltbluff**
2. **Salvarsangefahr**
3. **Sexualrevolution**
4. **Haut- und Geschlechtskrankheiten**
5. **Gesetzliche Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten**
6. **Moderne Prostituierten-Untersuchung**

Die die Aerzte aufklärende „Salvarsangefahr“ erschien der „voraussetzungslosen“ medizinischen Fachpresse so staatsgefährlich, daß sie, obschon das Buch ihr zugesandt wurde, weder eine Besprechung noch eine bezahlte Annonce, daß das Buch überhaupt erschienen sei, aufnahm. Das angebliche Heilmittel sollte, wie der Briefwechsel des Verfassers ergibt, vor jedem Windhauch, vor jeder ernsten Kritik geschützt werden zu einer Zeit, wo diese besonders gefährlich war. Die Verleumdungen der Presse gegen den Verfasser sollten unwidersprochen bleiben. Zielstrebige Pressetaktik zum Schutze des großkapitalistischen Salvarsans! Am 26. 6. 22 lehnte die „Fachpresse“ wiederum jede Annonce der Bücher des Verfassers ab. Seit 10 Jahren hat sie ohne jeden Grund, wie gerichtlich festgestellt und wie die vor Gericht in Gegenwart des Fachpressevertreters vorgelesenen abgelehnten Manuskripte bewiesen, jede Antisalvarsanarbeit des Verfassers „vielleicht zum Schaden der Entwicklung der Wissenschaft“ (Urteil des Gerichts vom 9. 3. 21) zurückgewiesen. Die Aerzte sollten eine wahrheitsgemäße Aufklärung nicht erfahren. Der moderne **„Index librorum prohibitorum“** (Verzeichnis der verbotenen Bücher) der medizinischen Dogmatik! Dressur des Geistes! Resultat: 1919 sechs zugegebene Salvarsantote durch einen Arzt, 1918 dreizehn durch einen zweiten, 1921 zwölf und 242 Vergiftungen durch einen dritten, 70 Tote allein durch 10 Aerzte usw. Reichsgesundheitsamt und Reichsministerium des Innern, Kultus- und Wohlfahrtsministerum, Reichs- und Landtag rührten diese Zahlen nicht. Und die Großinquisitoren der medizinischen Fachpresse dünkten sich noch inquisitorlicher als Antonio a Sotomayor oder Paul IV. (1559), der in Klasse 2 seines Index wenigstens das eine oder andere Buch eines Autors frei gab. Die Großinquisitoren Herzau, Hirundo und Passer aber setzten direkt alle Bücher des Verfassers ohne jede Ausnahme auf den **„Index librorum prohibitorum“**. So geschehen nicht im 16., sondern im 20. Jahrhundert! „Und sie bewegt sich doch!“ (Galilei.) „Die schlechtsten Früchte sind es nicht, woran die Wespen nagen!“

„Viel Feind', viel Ehr!“

Für

Wissenschaft u. Wahrheit

Kulturdokumente zur

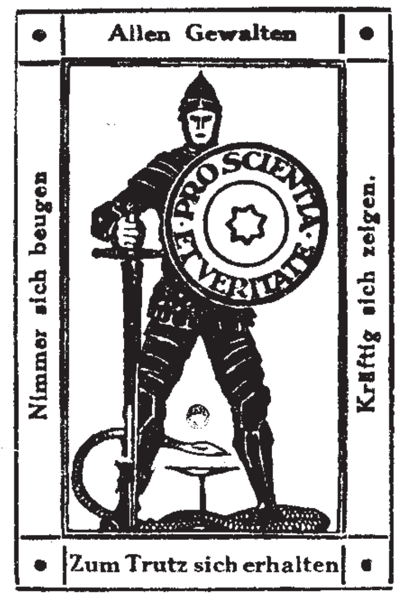
Revolution des Geistes

von

Polizeiarzt a. D. Dr. med. Dreuw (Berlin)
Facharzt für Haut- und Geschlechtskrankheiten
ehemal. Mitglied des Beirats zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten im preußischen Wohlfahrtsministerinm

---

Verfasser von: „Die Sexual-Revolution", „Die Salvarsangefahr", „Haut- und Geschlechtskrankheiten", „Wissenlchaftlich-kulturelle Dekadenzerscheinungen", „Moderne Prostituiertenuntersuchung", „Therapie und Heilmitteltrust", „Weltbluff, der Kampf eines Einzelnen gegen den Sexualkapitalismus", „Salvarsanlose Syphilisbehandlung", „Das wahre Gesicht der Wassermannschen Blutprobe", „Menschenopfer!" „Spanische Stiefel, Schraubstöcke und Zwangsjacken" usw. usw.



Ὁ μὴ δαρεὶς ἄνθρωπος οὐ παιδεύεται.

Berlin 1923
Ritter-Verlag, Berlin W. 30, Neue Winterfeldtstraße 32

Feiger Gedanken
Bängliches Schwanken
Weibisches Zagen
Aengstliches Klagen
Wendet kein Elend
Macht Dich nicht frei.
**Allen Gewalten
Zum Trutz sich erhalten,
Nimmer sich beugen
Kräftig sich zeigen.**
Rufet die Arme
Der Götter herbei.

Mir könnt Ihr nicht mehr, was Ihr wollt, verhehlen,
Ich habe Euch durchschaut, Euch schöne Seelen.
Ihr Wackern lebt, daß ich nur kurz es mache,
Nicht f ü r die gute — v o n der guten Sache. (G. Krüger.)

In der Medizin soll man das Gute nehmen, woher es auch kommen mag. Der Arzt ist zum Heilen, nicht zum Töten da! / Die gesamte Bevölkerung, das Parlament und die irregeführte Aerzteschaft muß sich durch eine ständige „Pressekommission zur Ueberwachung der Medicojournalisten" gegenüber der von ihnen ausgehenden öffentlichen Gefahr zur Wehr setzen.

Ja, was man so erkennen heißt!
Wer darf das Kind beim rechten Namen nennen?
Die Wenigen, die was davon erkannt,
Die töricht g'nug ihr volles Herz nicht wahrten,
Dem Pöbel ihr Gefühl, ihr Schauen offenbarten,
Hat man von je gekreuzigt und verbrannt.
Was ihr den Geist der Zeiten heißt,
Das ist im Grund der Herren eigner Geist,
In dem die Zeiten sich bespiegeln.

Drei Dinge haben hier im Leben Macht
Der Neid, die Hoffart und die Niedertracht.
Doch wenn sie dich auch noch so schön bespucken,
Am Ende wirst du sie zu Boden ducken.

Verloren aber bist du auf der Welt,
Wenn sich die Dummheit dir entgegenstellt.
Sie setzt Spinoza hinter Löbel Pintus
Und hat die Weisheit aller Zeiten intus!

Sie lacht wie ein Kretin dir ins Gesicht
Und lästert alles, nur sich selber nicht.
Und nichts bleibt übrig dir vor diesen Viechen —
Als sacht dich in dich selber zu verkriechen! (Arno Holz.)

Eine Kulturschande im 20. Jahrhundert.

Index librorum prohibitorum! (Scheiterhaufenersatz.)

Deutscher Aerztevereinsbund. Berlin 26. 6. 22.

Herrn Dr. Dreuw. Sehr geehrter Herr Kollege!

Auf Ihren Wunsch erkläre ich Ihnen, daß ich in Ihrem Auftreten gegen die wissenschaftlich-medizinischen Bestrebungen der deutschen Aerzteschaft (Nein: Clique, Dr. D.) und die von dieser in ihrer großen Mehrheit (?) vertretenden Anschauungen eine große Gefahr für die öffentliche Gesundheitspflege (70 Salvarsantote durch 10 Aerzte!! Dr. D.) erblicke. Da Ihre Werke und Schriften nach meiner Ueberzeugung diesen Schaden vermehren, halte ich mich für verpflichtet, sie von der Ankündigung im Anzeigenteil des von mir herausgegebenen „Aerztl. Vereinsblattes" auszuschließen. (S. S. 203 und S. 38/39.)

In kollegialer Hochachtung

gez. Dr. Herzau, Generalsekretär des Aerztevereinsbundes („Sic volo, sic jubeo!").

Inhaltsverzeichnis.

Vorwort 4
Zur Einführung 11
Revolution des Geistes 20
An das Gewissen der Aerzte 24
1. Machinationen des Medicokapitalismus 27
2. Der Antrag des „Revolutions“-„Kultur“-Ministers im Interesse der von ihm betonten „Freiheit der Wissenschaft“ eine Docentur „Staatliche Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten“ zu errichten 29
3. Ein Verleumdungsgutachten der Berliner medizinischen Fakultät: gez. Professor His, Professor Franz 31
4. Der „salvarsangegnerische Revolutions-Kultur-Minister“ unter dem Einfluß der Salvarsanisten 40
5. Widerlegung der Fakultäts-Verleumdungen seitens des Verfassers 42
6. Sechs Gegengutachten gegen ein amtliches Verleumdungsgutachten 47
7. Dilatationspolitik des „salvarsangegnerischen“ „Kultur“-Ministers 56
8. Die Berufung des Verfassers an das Frankfurter Ehrlich'sche Salvarsaninstitut . 60
9. Der offizielle Bericht des Verfassers über seine Erfahrungen in Frankfurt . . . 70
10. Briefwechsel des Verfassers bis zu seiner Berufung in den sogenannten „Beirat zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten“ im preußischen Wohlfahrtsministerium 73
11. Wortbruch und Verrat 81
12. Das Eingreifen des sozialdemokratischen Parteivorstandes 89
13. Abbruch der persönlichen Beziehungen zum Revolutions-Kultus-Minister, Einlenken desselben, aber dann abermaliges hinterhältiges Verhalten 93
14. Der Fall Haenisch—Dreuw und die öffentliche Meinung 103
15. Der Fall Haenisch—Dreuw und die medizinische Fachpresse 128
16. Salvarsan und Wohlfahrtsministerium 130
17. Dokumentarisches Tatsachenmaterial 131
18. Das vom „Revolutions-Kultur“-Minister Haenisch im Falle Friedmann behauptete „Menschheitsinteresse“ und die kapitalistischen Tatsachen 162
19. Haenischs Nachfolger Becker 171
20. Petitionen an das preußische Kultusministerium und an den preußischen Landtag . 173
21. Salvarsan und Landtag 196
22. Salvarsanismus und Polizei 204
Schlußwort 239

Vorwort.

'A corsaire corsaire et demi!
Auf einen Schelm anderthalben.

Medicokapitalismus! Ein von mir geprägtes Wort, das besagen soll, daß die Forschungsresultate der modernen Medizin, insbesondere der Therapie, nicht mehr rein voraussetzungslos, wie der Medicojournalist Prof. Julius Schwalbe in der „Deutschen medizinischen Wochenschrift" seinen kritikscheuen Lesern immer wieder und wieder vorredet, zustande kommen, d. h. auf Grund unbeeinflußter rein sachlichwissenschaftlicher Erprobungen, sondern vielfach durch Einflüsse heimlicher Interessenten von vornherein in ein bestimmtes Fahrwasser geleitet werden. „Wenn ihr's nicht fühlt, ihr werdet's nicht erjagen" (Goethe). Solange es sich nicht um Menschenleben handelt, mag der Medico-Kapitalismus ja noch hingehen; anders aber, wenn Tausende dahingestreckt werden, wenn nach dem Abgeordneten Haenisch, dessen Vorgehen in diesen Fragen nicht mit dem verderblichen des Ministers gleichen Namens, in dessen Brust 2 Seelen, eine salvarsanistische und eine antisalvarsanistische, je nach Bedarf, wohnten, verwechselt werden darf, Leichen auf Leichen gehäuft werden. Durch dieses System wird der beschäftigte Arzt, der blindlings und vertrauensvoll den mit einer großen Autorität und Wortschwall ausposaunten „Errungenschaften der modernen Medizin", der den ihm tausendmal vorgekauten Reklamesprüchen einer „Therapia magna sterilisans" d. h. einer Heilung mit einer Spritze, Glauben schenkt, verleitet, ohne es zu merken oder zu wollen, Tötungen, Ertaubungen, Lähmungen, Erblindungen und Siechtum zu verbreiten anstatt zu heilen. Wenn wir sehen, wie bei kapitalistisch beeinflußten Medikamenten z. B. dem Diphterieserum, das dem Erfinder Behring zahllose Millionen einbrachte, mit Statistiken geradezu jongliert wird, und später nach 30 Jahren, wenn die Statistiker, vor allem der Erfinder sein Ziel erreicht haben, von Bingel u. a. bewiesen wird, daß gewöhnliches Pferdeserum dasselbe leistet, dann liegt der Gedanke einer medicokapitalistischen Beeinflussung der Versuchs-Statistiken nahe.

Es ist nötig, will man in die dunklen Zusammenhänge und die vielen Fäden des Medicokapitalismus hineinleuchten, ihn an einem drastischen Beispiele genau zu analysieren. Dieses Beispiel gibt das bekannte Wucher- und Schieberprodukt, das Salvarsan. Ca. 200,— Mark pro Kilo kostete es vor dem Kriege allerhöchstens in der Herstellung und zu 16 000,— wurde es massenweise an's Publikum abgesetzt. Während und nach dem Kriege entwickelte sich das aus den Zeitungen bekannte Salvarsanschiebertum. An der holländischen Grenze fuhren Autos mit doppeltem Boden hinüber und die Salvarsanschieber wurden Millionäre, die Fabrik lieferte für Milliarden auf Grund des 1910 fein lancierten Wortes Ehrlichs, das raffiniert falsch war: „Therapia magna sterilisans" (Heilung mit einer Spritze). Daher sagte Prof. Bourget: „Das Salvarsan ist keine Wissenschaft, es ist ein Geschäft". Damit es die Krankenkassen in Millionen von Ampullen verwenden sollten, wurde es 1914 auf dem Ortskrankenkassentage in Darmstadt offiziell und autoritativ empfohlen. Dies geschah so, daß der einzige medizinische Referent auf

dieser Tagung, ausgerechnet ein guter Bekannter des Erfinders, Geh. Medizinalrat Prof. Dr. Herxheimer aus Frankfurt a. M. (genius loci!) den Kassenvertretern, ohne daß ein Gegenreferent bestellt war, wahrheitswidrig erzählte, es wären bloß 8 Todesfälle bekannt, obschon damals bereits in der Literatur hunderte von Todesfällen verzeichnet waren. Die Krankenkassenvertreter glaubten dieses Märchen und beschlossen die Einführung auf Grund der gutachtlich und autoritativ bescheinigten Gefahrlosigkeit. Ein von mir ihnen gesandtes Warnungstelegramm wurde in den Wind geschlagen. In der Tat erforderten dann bei den Krankenkassen, und im Kriege beim Militär, die Salvarsanausgaben und die Salvarsanbehandlung den größten Ausgabenetat. Und der Redakteur der „Betriebs-Krankenkasse" Dr. Halpach weigert sich, seit vielen Jahren, irgend einen gegnerischen Aufsatz aufzunehmen. Warum, Herr Dr. Halpach? Warum denn die salvarsanistische Ansicht? Große salvarsanistische Privatinstitute wie z. B. das von Prof. Dr. Blaschko in Berlin, das von Dr. Salomon in Koblenz u. a. arbeiteten mit vielen Assistenten, um die gewaltigen Einnahmen bewältigen zu können. Und diese beiden schrieben nach dem Prinzip „Haltet den Dieb" in der Presse teils anonym wie Dr. Salomon, teils unter ihrem Namen wie Blaschko längere Aufsätze, um ihrem uneigennützig kämpfenden Gegner wahrheitswidrig nachzusagen, er führe den Kampf gegen das Salvarsan, um sich Namen, Anhängerschaft und Kundschaft zu verschaffen. Zielstrebiges und verdächtigendes Medico-Advokatentum! Haltet den Dieb! Ein Spezialarzt, Dr. Albert Markus in München, gibt in der Münch. med. Wochenschrift an, allein 70 000 Salvarsaninjektionen in der Privatpraxis gemacht, d. h. Millioneneinnahmen dadurch erzielt zu haben. Was haben die großen Institute an Einnahmen erzielt? Gegen diese ist der in der Literatur kaum bekannte Albert Markus der reine Waisenknabe. Und mir erzählte die Inhaberin eines Wassermann-Instituts, daß bekannte Berliner Spezialärzte von ein und demselben Patienten jahrelang alle 14 Tage eine Blutprobe (Preis im Institut 12 bis 20 Mark, Preis für den Patienten 50 bis 70 Mark) machen, obschon diese für die Heilungsbeurteilung absolut nichts beweist. Und andere Spezialärzte erklärten mir und anderen, daß sie Salvarsan nicht geben würden, wenn das Publikum es nicht auf Grund der Reklame verlangte und dann zum Kollegen nebenan ginge. Indicatio opportunica! (Ueber die Salvarsangeschichte siehe mein Buch: Die Salvarsangefahr.)

Alles dieses fällt in das Gebiet des Sexualkapitalismus (auch die Gratifikation der Krankenkassen für jede Salvarsan-Spritze). Den Befürwortern desselben wurde von der Regierung quasi ein Beratungsmonopol in dieser Frage überliefert. Fast alle an der Salvarsanfrage Anteil nehmenden Aerzte wurden von der kaiserlichen und zum Teil auch von der republikanischen Regierung zu Ordensrittern oder Titelinhabern oder zu Professoren („Bekenner der Wahrheit") ernannt. Sogar solche, die heimlich die salvarsangelähmten Patienten versteckten, damit die 1910 sie besuchenden Aerzte sie nicht sehen sollten. Selbstverständlich sind derartige Sexualkapitalisten nicht in der Lage als Sachverständige in dieser Frage zu fungieren und objektiv zu urteilen. Oder glaubt etwa die Regierung, es könnten z. B. Schweinfurtergrün-Tapetenhändler, auch wenn sie es wollten, die Gefahren des in ihren Tapeten enthaltenden Arsens ihren Kunden wahrheitsgetreu schildern, wenn diese teurer als die anderen verkauft oder von den Krankenkassen noch mit einer Prämie bedacht würden?

Seit dem 13. Dezember 1910, an welchem Tage ich unter dem Widerstand des Vorsitzenden (S. 36) und anderer Gegner (auch von Wassermann war zugegen) meinen Vortrag in der Berliner „Dermatologischen Gesellschaft“ trotz des Pressejubels einer chloroformierten Bevölkerung und Aerzteschaft gegen einen großkapitalistischen, sprechzimmerfüllenden aber menschentötenden Unfug hielt, führe ich den Kampf unentwegt gegen die Massensuggestionsmethode der wissenschaftlich und staatlich sanktionierten Tötung von Menschen, wobei der metallowissenschaftliche Beigeschmack der Sexualkapitalisten sich schön verdeckt im Hintergrunde für ein p. t. Publikum verborgen hält.

Ich habe also 1920 stillschweigend ein Jubiläum gefeiert. Ueber zehn Jahre der Ueberzeugung und des Kampfes.

Die Berliner medizinische Fakultät, die spezialärztlichen Sexual-Kapitalisten und -Optimisten, die großkapitalistische und großjournalistische Salvarsanklique in Verbindung mit einem „wissenschaftlichen“ Totschweigesystem, der Herr Kultusminister Haenisch als „Salvarsangegner“ und noch verschiedene Gegner — viel Feind, viel Ehr’ — haben geglaubt, den korrekten Weg verlassen zu dürfen und mich als wissenschaftlichen Paria der Oeffentlichkeit autoritativ-amtlich präsentieren zu dürfen in dem Momente, wo das mir angetane Unrecht seitens des Wohlfahrtsministers brieflich zugegeben und angeblich eine Wiedergutmachung von den Freunden meiner Gegner, insbesondere dem durch meinen Kampf in sein Amt gelangten früheren Charlottenburger Stadtrat, jetzigen Ministerialdirektor Gottstein, versprochen aber nicht durchgesetzt wurde. Eine Rehabilitations-Komödie!

Meine einflußreichen Gegner haben sich verschworen, mit den Mitteln der autoritativen Irreführung und der Totschweigekunst auch meinen heute siebenjährigen Kampf (der mit einem Siege meinerseits endete), betreffend die Einführung der von mir so genannten allgemeinen, gleichen, diskreten Anzeige- und Behandlungspflicht, den „Diskretionismus“, der an die Stelle des Reglementarismus treten soll, zu diskreditieren. Das preußische Abgeordnetenhaus hat ihnen die Antwort in Sachen Salvarsan am 1. 3. 1918 und in Sachen „Diskretionismus“ hat ihnen die preußische Landesversammlung am 25. 2. 20 die Antwort gegeben. Das vorliegende Buch soll ihnen meine Antwort geben.*) Auch dem Gegner von mir, der Verrat an der bisher von ihm vertretenen Sache ausübte, als er, der Sozialimperialist, über Nacht „sozialistischer“ Minister geworden, mit Hilfe

---

*) Der Preußische Landtag beschloß am 25. 2. 20 gegen den Willen und zum Schrecken der privaten D. G. B. G. (Deutsche Gesellschaft zur „Bekämpfung“, aber nicht zur „Verminderung“ der Geschlechtskrankheiten) den „Diskretionismus“. Diese Gesellschaft (Blaschko, Pinkus usw.) bezeichnet mein Buch „Die Sexualrevolution“ (S. 134) als ein „Pamphlet“, als ob ein 544 Seiten langes Werk ein Pamphlet (Palme-feuillet = Handblatt) sein könnte, so sehr hat der 25. 2. 20 die Begriffe getrübt. Und der D. G. B. G.-Geschäftsführer, ein von dieser bezahlter Wanderredner und Filmdeclarator, der kein spezialärztlicher Assistent war, bezeichnet mich als eine „anscheinend fachkundige Seite“, obschon ich fünf Jahre als Assistent an Kliniken für Geschlechtskrankheiten und vier Jahre Polizeiarzt war. Jemand, der in bezahlten agitatorischen Diensten eines privaten Sexual-Unternehmens wie Dr. Röschmann steht, sollte sich mangels der Sach-Vorbildung des Wortes erinnern: „Taceat Röschmann in sexualibus“. Daher schrieb die „Zeitschrift für Sexualwissenschaft“, Band 8, Heft 10, über mein Buch „Die Sexualrevolution“:

„Andererseits — und das muß der gerecht Urteilende auch zugeben — erscheint diese persönliche Kampfesweise nicht unverständlich, ja fast nicht anders möglich, wenn man aus den Schilderungen Dreuws, nicht ohne innerliche Erschütterung, vernimmt, wie persönlich im schlimmsten Sinn der Kampf gegen ihn seit der Zeit seiner Salvarsanbekämpfung geführt wurde. Der Eindruck verstärkt sich noch

imperialistischer, geheimrätlicher Geheimmethodik dem „Sozialismus" in der „sozialistischen" Republik so zum „Siege" verhalf, daß er nicht bloß in Sachen Salvarsan das Gegenteil von dem tat, was er früher angebetet hatte und so der Kulturgefangene seiner imperialistisch erzogenen und denkenden Umgebung wurde. Der „sozialistische" Minister glaubte zu „regieren" und wurde regiert. „Höchstes Glück der Menschenkinder, ist doch die Persönlichkeit."

Ich habe das Buch in Wahrung berechtigter persönlicher und öffentlicher Interessen geschrieben in Erinnerung an die Worte Goethes: „Allen Gewalten zum Trutz sich erhalten. . . ."

Gegenüber der notorischen Unwahrhaftigkeit meiner Gegner — viel Feind, viel Ehr' — die in der Regierung, in den Parlamenten, in der Fach- und Tagespresse, bei meinen Spezialkollegen, bei der pharmazeutischen Großindustrie etc. etc. sitzen oder saßen und unter dem medicojournalistisch und hirundinistisch approbierten Deckmantel der Voraussetzungslosigkeit sich breit machen, befinde ich mich als Einzelner im Zustande der Abwehr. Ich fürchte die Gegner alle zusammen nicht, da die Macht der Tatsachen und meiner Gründe, mag man das Totschweigesystem auch noch so sehr vervollkommnen, da die Wahrheit stärker ist als alle ihre Intriguen. Ich kämpfe als Einzelner fast gegen eine ganze Welt und habe daher das Recht und die Pflicht, die Absichten meiner Gegner durch Dokumente, Tatsachen und Gegenangriffe zu durchkreuzen, mögen sie noch so sehr über den „Ton" jammern, just zur Zeit, wo sie die Pressemeute dirigieren. Vgl. Schopenhauer.

In zehnjährigem Kampfe ist die von mir vertretene Sache soweit gefördert worden, daß im Vergleich zu der tagaus, tagein geleisteten positiven und uneigennützigen Arbeit und der schlaflosen Nächte, im Vergleich zu den täglichen materiellen Schäden, der Polizeiarztentsetzung mit ihren materiellen und ideellen Folgen, die ein Ehrentag für mich geworden, etc. etc., die von Minister Haenisch, als er noch nicht von den Salvarsanisten bearbeitet war, nach bestem Wissen und Gewissen für mich beantragte Dozentur an der Berliner Universität „Staatliche Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten" eine Bagatelle, eine Quantité négligeable, ein Strohhalm war, den ich nur deshalb auch heute noch „groß verfechte, weil Ehre auf dem Spiel". Durch diese Dozentur wäre nicht mir vom Staate, sondern dem Staate von mir ein Dienst geleistet und Aufklärung im Interesse der Gesamtheit geschaffen worden. Aber dies sollte ja verhindert werden. Ein Verleumdertum versuchte meine wissenschaftliche und

---

ganz bedeutend, wenn man jetzt nach dem Erscheinen des Dreuwschen Buches das sogenannte „Referat" in den „Mitteilungen der Deutschen Gesellschaft zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten" (Bd. 19, S. 124) liest, das im höchsten Grade unsachlich, im übelsten Sinne persönlich abgefaßt ist. Wer in solcher Weise ein gerade für diese „Mitteilungen" bedeutungsvolles Buch referiert, der hat das Recht verwirkt, sich über persönliche Angriffe zu verwundern oder zu entrüsten. Daß das kein Einzelfall, sondern ein System in den „Mitteilungen der D. G. B. G." ist, das geht aus dem in der gleichen Nummer befindlichen Protest der „Berliner Gesellschaft für Rassenhygiene" hervor, die sich energisch dagegen wendet, daß die Schriftleitung der „Mitteilungen" sich das Recht anmaßt, Andersdenkenden die Sachkunde abzusprechen, nur weil sie zu anderen Ergebnissen der Ueberlegung gekommen sind.

Auch die Einwände gegen die persönliche Kampfesweise Dreuws können dem Wesen seines neuen Buches nichts anhaben. Es verdient auf jeden Fall die weiteste Verbreitung, namentlich in allen jenen Kreisen, die direkte oder indirekte Mitarbeiter an der Ausrottung eines ausrottbaren Krankheitsherdes sind oder sein wollen."

Bekanntlich glaubte die D. G. B. G., dem Parlamente vorschreiben zu können, ohne diese Gesellschaft könne es keinen Gesetzentwurf machen. Ueberhebung und Größenwahn einer Gesellschaft, die m. E. mehr zur Vermehrung als zur Verminderung beigetragen. (Siehe „Sexualrevolution", S. 298.) Wie sieht der Entwurf vom 9. 2. 22 aus? Wie die Vorschußlorbeeren Blaschkos, des Verfassers? (S. 13.)

persönliche Ehre durch ein hirundinistisches System auch in dieser Dozentursache in den Staub zu ziehen, wie ich es u. a. auch in meinem Buche „Weltbluff" gekennzeichnet habe. Meine auch durch das Geld der Salvarsanisten unkäufliche Ehre steht jedoch viel zu hoch und erhaben, als daß leichtfertige medicojournalistische Gegner ihr was anhaben können. Die Dozentur war in der von mir vertretenen Sache, für die ich zehn Jahre lang „allen", aber auch allen „Gewalten zum Trutz" meine ganze Person, meine ganze Kraft und Gesundheit eingesetzt habe, ein Prüfstein, ob das heute dem Parlamente unterstellte, von allen Bürgern unterhaltene Kultusministerium in neutraler und gerechter Weise auf Grund von Tatsachen und international anerkannten Leistungen, oder auf Grund von böswilligen Verkleinerungen bei großen Weltanschauungsfragen eine Entscheidung treffen würde. Aus den erwähnten Gesichtspunkten ist der Kampf um meine Dozentur ein Prinzipien- und Weltanschauungskampf geworden im Rahmen des Gesamtkampfes um das Salvarsan und den Diskretionismus. Denn auch dieser Teilkampf geht nicht nur um meine Person — die, wenn sie sich im Frankfurter Ehrlich-Institut den Wünschen und in zwei Ministerien den Geldern der Salvarsanisten gefügt, Geld, Titel und Stellungen hätte, soviel sie vielleicht wollte — sondern um das Wohl und Wehe des Staates, ja der Staaten. Eine derartige Auffassung kann eben ein „Kolle" nicht begreifen.

Es handelt sich bei diesem Kampfe mit dem Kultusministerium darum, ob Personen- oder Sachkultus gepflogen wird, ob die durch Interessenberatungen wissenschaftlich-staatlich sanktionierte Tötung von Menschen (13 in einigen Wochen in Ingolstadt) weiter geduldet und die Erfassung aller Geschlechtskranken in völlig diskreter Weise von den Interessenten, die die gleichmäßige Verteilung der Patienten fürchten, weiterhin verhindert werden soll, ob die akademische Jugend hierüber die Wahrheit erfahren soll oder nicht.

Aus allen diesen Gründen resultiert die prima vista vielleicht auffallende und von meinen Gegnern als persönlich gedeutete Hartnäckigkeit, mit der ich in dieser prinzipiellen Streitfrage mein Recht vertrete, allen Machinationen zum Trutz. Meine Gegner erkannten die Tragweite dieser prinzipiellen Streitfrage sehr wohl, brachten sie es doch fertig, dem Minister, was er mir persönlich mitteilte, zu drohen, die sachliche Erledigung dieser Frage bedeute seinen gleichzeitigen Sturz. Sie wußten eben ganz genau, daß eine Dozentur Dreuw die Anerkennung der von ihm vertretenen Sache und eine Schädigung des Geschäfts bedeutete, das über Leichen geht, und gerade der „sozialistische" Minister mußte sich zum Schutze meiner Gegner hergeben, der bei der Erörterung der Salvarsanfrage im Parlament am 1. 3. 17 von einer „Verquickung von Wissenschaft und Geschäft" und davon sprach, daß „Leichen auf Leichen" getürmt würden und davon, daß Prof. Neisser als Vertreter der Salvarsanisten ein Monopol für salvarsanistische Lehrstuhlbesetzung habe.

Auch die medicojournalistischen Verdrehungen über meine wissenschaftliche Tätigkeit, die Prof. Julius Hirundo der Fachpresse und der mit dieser durch tausend unerkannte Fäden verbundenen Tagespresse überlieferte, werden mich nicht abhalten, das zu tun, was ich auch nach Ablehnung eines im Ministerium erfolgten salvarsanistischen Angebots von 25 000 Mark jährlich nicht lassen werde. „Wahrheit kann warten, sie hat ein langes Leben vor sich" (Schopenhauer).

Und mögen meine Gegner à la Hirundo — Passer — Pinkus u. a. noch so sehr über den „Ton" meiner Anklagen (die Tatsachen können sie nicht

widerlegen) jammern, hat nicht ein Größerer als meine Wenigkeit in seinen „Räubern“ noch einen ganz ganz anderen Ton angeschlagen, um die Zustände der damaligen Zeit zu schildern? Und wurden ihm nicht auch, allerdings nicht von einem Imperio-Demokraten und Ministerstreber Karl, sondern von einem Autokraten, einem Herzog desselben Namens, der Brotkorb höher gehängt? Ueber den Ton läßt sich bekanntlich nicht streiten. Ich empfehle diesen komischen „Ton“helden einmal das zu lesen, was Haeckel, Virchow, Treitschke, Joh. Scherr etc. und Victor Hugo in seinen „Les Misérables“ geschrieben haben.

Wahrhaft groß sein, heißt
Nicht ohne großen Gegenstand sich regen;
Doch einen Strohhalm selber groß verfechten,
Wenn Ehre auf dem Spiel.

Bei der Kritik meines Buches „Die Sexualrevolution“ sagt Dr. Heinz Klaus in „Natur und Gesellschaft“: „Die Anklagen, die der Verfasser gegen die alten und neuen Regierungsmänner als die Hemmschuhe eines sozial-hygienischen Fortschrittes mit unheimlicher Wucht erhebt, müssen wir für später zurückstellen. Aber uns graut vor soviel Unrat aus Lug und Trug in hohen Aemtern und bei titelgesegneten, würdeumrahmten Bonzen in Ministerien. Ein ganzer Hamlet-Monolog, fürwahr! Bestechung, Hinterlist, Ränkesucht, Hintertreibungen, Fälschungen, um den Gegner nicht aufkommen zu lassen. . . . Das ist so ungefähr das Klagelied eines Doktor medicinae „summa cum laude“ gegen gelehrte Glücksritter, die es vielleicht „rite“ mit genauer Not ausgehalten hatten. . . .

Das „summa cum laude“ eines erarbeiteten, aber nicht verliehenen oder erschlichenen Titels, in Verbindung mit der Anerkennung weitester Kreise gilt mir mehr, als wenn Zeitungsnachrichten zufolge ausgerechnet die von Ehrlich begründete Universität Frankfurt dem Unterprimaner Haenisch den Doktortitel h. c. verlieh, wahrscheinlich unter Mitwirkung von dem im Ministerium ein und ausgehenden Prof. Kolle, dem Nachfolger Ehrlichs, der schon von Bern aus Erfahrungen für Empfehlung medizinischer Doktorverleihungen an Heilmittel-Großindustrielle sammeln konnte, von denen er für „wissenschaftliche“ serologische Begutachtung ihrer Präparate fürstlich honoriert wurde. Non odolet! Dem „Salvarsangegner“ Haenisch der Doktortitel von der vom Salvarsanerfinder gegründeten Universität! Der Entdecker des Syphilis-Erregers Dr. Fritz Schaudinn hat es bloß zum Privatdozenten gebracht. Eine Professur, ja selbst der vom Braunschweiger Kultusministerium einem Kabarettisten Otto Otto (Pseudonym für Schlesinger) und vielen in der Wissenschaft wenig bekannten Aerzten und Sanitätsräten später von Haenisch verliehene Professortitel, die von Haenisch massenhaft verliehen wurden, als die sozialistische (!) Republik das Verleihen von Titeln längst untersagt hatte, blieb Schaudinn versagt. Dunkle Widerstände vereitelten den von Ministerialdirektor Althoff entgegengenommenen Plan, dem genialen Forscher eine Professur und Forschungsstätte für Parasitenkunde an der Charité in Berlin in engster Fühlung mit den Kliniken zu errichten. Deshalb folgte er unter Ablehnung einer englischen ehrenvollen Berufung einer solchen an das Institut für Tropenhygiene in Hamburg, wo er (vielleicht vor Aerger in seiner Widerstandsfähigkeit geschädigt) nach kurzer Zeit starb. Und heute bekommt ein Anstaltsbesitzer allein durch diese seine Eigenschaft den Titel als „Amtsbezeichnung“! Republik!

Es wird Zeit, daß der Fakultätengrößenwahn einer gottähnlich sich dünkenden Professorenclique mit Feuer und Schwefel ausgeräuchert wird. Jener

Größenwahn, der mit dunklen Machinationen wie bei Semmelweis, Helmholz, Schaudinn etc. die Anerkennung wahrer Verdienste um die Menschheit hintertreibt, dagegen der seßhaften Mittelmäßigkeit die Dauerpfründen reservieren will. Und doch trifft heute vielleicht noch mehr als damals, auf viele Fakultätsprofessoren das zu, was Kurfürst Karl Ludwig über sie dachte. Er hielt keine Hofnarren mehr, denn so sagte er „wenn ich lachen will, dann lasse ich mir ein paar Fakultätsprofessoren kommen und sie miteinander disputieren". Heute protegieren sie bei der Ernennung neuer Universitätsprofessuren solche Kandidaten, die später in fünf Monaten per artem medici 8 Leute ins Jenseits hinein behandeln. Moderne wissenschaftliche Leistungen! Wende-Auswahl! Sie sprechen von den wunderbaren modernen Errungenschaften einer neuen Heilmethode, die bereits in der Einleitung und noch späterhin entsprechend geschildert wird. Selbstverständlich gilt diese Schilderung nicht von allen Fakultätsprofessoren, und noch weniger von dem einzelnen, als vielmehr von dem Gremium derselben, das immer schon an Größenwahn gelitten. Es wird Zeit, daß die Fakultäten sich modernisieren und die per penem, — per anum — et per vaginam — Methode endlich abschaffen. Der S. 37, 38, 64, 67 ff. erwähnte Univ.-Prof. Löhe war der Freund vom kultusministeriellen Geh. Rat Krüß (S. 82—88 und S. 192, 175), und der Freund und Angestellte von Prof. Arndt (dieser war der Protegé und Schüler seines Vorgängers Lesser (S .36, 38, 35) und Löhe endlich — der Schwiegersohn (!) des allereinflußreichsten Univ.-Prof. Geh. Med.-Rat Orth. Und Löhe's und Arendt's großartige Entdeckungen? Vacant! Admidade! Und Krüß war der Bekannte von Staatssekretär Becker, dem guten Bekannten von Geheimrat Kolle etc. etc. Ein Rattenkönig!

Ich bin nicht geneigt von den Kreaturen, die Herr Haenisch frei nach Goethe machte („Am Ende hängen wir doch ab von Kreaturen, die wir machten". Faust, Homunkulusszene) meine Ehre durch den Staub ziehen zu lassen, sondern werde ihnen an dieser und an anderer Stelle in Wahrung berechtigter Interessen so erwidern, wie es eines freien Bekenners der Wahrheit, eines Professors ohne kultusministerielle Ernennung würdig ist. Denn die Wahrheit zu bekennen ist auch ohne kultusministeriellen Auftrag möglich.

Da nur Dokumente Beweiskraft haben, so habe ich mich entschlossen, anstelle einer auszugsweisen Bearbeitung im Folgenden zum Beweise auch für die in meinen Büchern und Schriften aufgestellten Behauptungen einen Teil der Dokumente im Abdruck zu veröffentlichen. Wenn auch durch das Aneinanderreihen von Dokumenten eine gewisse Monotonie im Gegensatz zu einer mehr fließenden Schilderung und detaillierten Bearbeitung des Stoffes entsteht, so lag mir in diesem Falle daran, in medicopolitischer und kultureller Hinsicht mehr beweisend, als unterhaltend zu wirken. Denn meine Gegner haben das „si fecisti, nega" zum Prinzip ihres Handelns gemacht. Dieses aber ist nur durch Veröffentlichung von Beweismitteln selbst unwirksam zu machen. Durch den Abdruck der Dokumente werde ich beweisen, daß im preußischen Kultusministerium, in der medizinischen Fakultät, in der medizinischen Fachpresse und der offiziellen Heilkunde Zustände herrschten, die nur durch das Eingreifen des Parlaments, möglicherweise nur durch eine Gesetzgebung geändert werden können, soll letzten Endes angesichts der Folgen für den Staat dieser nicht wie Rom und Hellas dem Sexualruin entgegengeführt werden.

Berlin, den 15. Juli 1915.
Neue Winterfeldtstraße 32. Der Verfasser.

Zur Einführung.

Ave salvarsane, morituri te salutant.

Als Polizeiarzt in Berlin zeigte ich im November 1910 meinem damaligen Kollegen, dem Polizeiarzt Sanitätsrat Dr. Paul das erste Anti-Salvarsan-Manuskript und erklärte ihm, daß ich die auf dem Polizeipräsidium beobachteten Schädigungen und Nichtheilungen benutzen würde, um gegen das so plötzlich entstandene Salvarsandogma anzukämpfen. Damals, als die ganze Welt in einen Salvarsanrausch versetzt war, ein Wagnis! Mit den Worten „Mönchlein, Mönchlein, Du geh'st einen schweren Gang" klopfte mir der alte ergraute Herr Kollege auf die Schulter und meinte, soweit er mich kenne, würde mich dies nicht abhalten, das zu tun, was mir mein Gewissen vorschreibe. Sanitätsrat Dr. Paul ist darüber schon gestorben. Er hat beim Anblick salvarsanerblindeter und salvarsanertaubter Prostituierter manchmal die Faust, wenn auch nur in der Tasche, geballt, wenn er von absoluter Ungefährlichkeit und sicherer Heilung mit einer Spritze in der gesamten Presse las und — ein schauerlicher Anblick — eine von Ehrlichs Vetter salvarsanerblindete Prostituierte von 2 anderen zur Kontrolle geführt wurde. Pressetaktik! Aber der Kampf tobt heute nach 10 Jahren noch immer, wenngleich man meinen sollte, wenn bei einem einzigen Universitätsprofessor Dr. Arndt*) in Berlin — ich wiederhole

---

*) Da der Sturz des „Klubs der Voraussetzungslosen" die Häupter derselben mit in den Abgrund ziehen wird, so jongliert der jugendliche Protegé kultusministerieller Geheimräte, Prof. Arndt, mit Kompromißvorschlägen, anstatt die Salvarsanspritze, die ihm zwölf Menschen in einem Jahre raubte, zum Teufel zu jagen. Er sagte in der Berliner „Medizinischen Gesellschaft" und in der Salvarsansitzung des Landesgesundheitsrates, von der mich Ministerialdirektor und Redakteur Gottstein fernhielt — die blasse Angst vor der Wahrheit —, folgendes:

Sollte es nicht gelingen, die Schädigungen auf ein erträgliches Maß herabzudrücken, dann ist die Salvarsantherapie — wenigstens in ihrer bisherigen allgemeinen Anwendung — gefährdet. Die Frage, wie man der zeitweise beunruhigenden Häufung schwerer Nebenerscheinungen, die nicht nur nach meiner Ansicht, sondern auch der vieler Fachkollegen höchstwahrscheinlich auf eine Verschlechterung der Salvarsanpräparate zurückzuführen sind, begegnen kann, ist in der Aussprache leider gar nicht berührt worden. Ich fürchte deshalb auch, es wird vorläufig alles beim alten bleiben.

Ich möchte aus diesem Grunde nochmals nachdrücklich darauf hinweisen, daß ich auf der von mir geforderten einstweiligen staatlichen Beaufsichtigung der Salvarsanfabrikation und des Salvarsanhandels bestehen muß.

Ich möchte davor warnen, daß man in dem Bestreben, das Salvarsan zu entlasten, etwaige Unglücksfälle auf Fehler in der Technik (wie die Kölner Kommission Dr. D.) zurückführt, ohne die näheren Umstände jedes einzelnen Falles genau zu kennen. Der Hauptschuldige ist eben vielfach das Mittel selbst. Dieser Punkt ist sehr wichtig, namentlich für die forensische Beurteilung.

In manchen Kreisen gilt es geradezu als ein Verbrechen, am Salvarsan Kritik zu üben und als ein Zeichen von Vertrottelung, vom Quecksilber und Jod als energisch wirkenden Syphilisheilmitteln überhaupt noch zu sprechen. Redet man über Salvarsanschädigungen, dann wird man zum Salvarsangegner.

Wir nützen der Sache des Salvarsans mehr, wenn wir offen und ehrlich über die Schädigungen sprechen, anstatt sie zu vertuschen und durch Advokatenkniffe wegzudisputieren suchen.

Es gibt kein absolut sicheres Kriterium der Heilung einer Syphilis mit Ausnahme vielleicht der einwandfrei bewiesenen Reinfektion. Und die Bedeutung dieser letzteren für den Nachweis der Heilung wird ja neuerdings von mancher Seite auch bezweifelt. Damit fällt aber die Bedeutung des Wortes Abortivheilung in sich zusammen.

Es ist meines Erachtens ganz willkürlich, einen Syphilitiker nach 1 oder 2 oder 3 oder 4 Jahren als geheilt zu erklären.

Als ob eine staatliche Beaufsichtigung seine 12 Todesfälle verhindert, als ob die 13 in Ingolstadt, wo ganz reines Salvarsan verwandt wurde, nicht passiert wären. Nur ein Verbot kann helfen. Und was machte der „Landesgesundheitsrat" in einer Zuschrift des amtl. Pressedienstes an die Zeitungen daraus, obschon hier Prof. Arndt unter Hinweis

es immer wieder, bis den Bureaukraten das Gewissen schlägt — in 5 Monaten 8 Leute, in einem Jahr 12 die Salvarsanwissenschaft mit ihrem Leben bezahlen, daß dann ein solches Produkt seitens der Medizinalbehörde als erledigt anzusehen wäre. Weit gefehlt! Eine durch Reklame vom Nordpol bis zum Südpol gefestigte Geschäftswissenschaft hat die nötigen hohen Beziehungen, um sich zu halten. Was geschähe mit jedem anderen Produkt? Zuchthaus!.

Da mir die führende Fachpresse, wie gerichtlich und kultusministeriell festgestellt, 12 Jahre, versagt war, so habe ich jahrelang durch fast wöchentliche, regelmäßig versandte kleine Korrespondenzbureau-Aufsätze und durch Artikel in der Fachpresse (eine mühevolle, ärgerliche und undankbare und namentlich im Kriege (Zensur) gefährliche Arbeit, weil bei dem spröden Thema hunderte zurückgesandt wurden, zumal die Gegner mich nach geschichtlichem (Zeppelin etc.) Muster*) als Outsider, Nervösen, Monomanen, Phantasten, Eigenbrödler, Fanatiker etc. etc. schilderten) dies zu paralysieren und die Oeffentlichkeit aufzuklären versucht über das maßlose Unglück, das der Sexualkapitalismus über die Welt gebracht. Die Medizinalverwaltung setzte dieser Aufklärung, die *sie* selbst als neutrale Behörde eigentlich zu geben verpflichtet war, mittels des WTB. und der Nordd. Allg. Zeitung Verunglimpfungen, Verdächtigungen und Verkleinerungen entgegen. Der Krieg machte die Menschen noch mehr stumpf gegen den Salvarsantod, der militärischerseits geschickt kaschiert wurde, er machte sie nicht klüger, im Gegenteil, dümmer. Wie viel Salvarsantote sind unter anderem Namen in den Militärbüchern gebucht? Ein Jahr Gefängnis, wer das „*anerkannte Heilverfahren*" kritisierte! So sorgte die Clique vor. Und in Kiel wurde von Prof. Gennerich der Soldat bestraft, der sich nicht zwangsweise Salvarsan in das Rückenmark spritzen ließ. Dies wurde als „*Dienst*" *angesehen*.

---

auf die furchtbare seelische Erschütterung, die die Toten auf ihn gemacht hatten, dasselbe wie in der Medizinische Gesellschaft vortrug? Man verschwieg die 12 Todesfälle und schrieb:

„Das Ergebnis der Beratung kann vorläufig dahin zusammengefaßt werden, daß diejenigen Krankheitsformen und Krankheitsstadien genauer umgrenzt wurden, in denen das Salvarsan als Syphilisheilmittel allein oder bei gleichzeitiger Anwendung anderer Heilmittel unersetzlich ist, und zwar wegen der allen anderen Verfahren überlegenen Schnelligkeit und Sicherheit seiner Heilwirkung zur Beseitigung unmittelbarer Gefahr für den Erkrankten und seine Umgebung. Demgegenüber würde für einige andere Stadien und Formen der Krankheit die Ersetzbarkeit des Salvarsans durch die auch früher erfolgreich angewandten Behandlungsmethoden mit Quecksilber und Jod klar hervorgehoben.

Ferner wurde eingehend die Frage erörtert, ob und in welcher Form die Kontrolle bei der Herstellung des Präparats und bei der Technik seiner Anwendung zur Verhütung gesundheitlicher Schädigung und zur Vermeidung von Todesfällen verstärkt werden können. Hierbei wurden unter Anerkennung des Wertes der jüngst vom Reichsgesundheitsamt herausgegebenen Richtlinien, über sie hinausgehend noch einige weitere Anregungen gegeben. Sehr eindrucksvoll wirkten am Schluß der Verhandluna die Beschwerden des Vertreters eines großen Krankenkassenverbandes, der als ständiges Mitglied des Landesgesundheitsrates an den Verhandlungen beteiligt war. Er betonte die starken Schäden, die dadurch einträten, daß planmäßig eine übertriebene Agitation durch tendenziös aus dem Zusammenhang gerissene Auszüge aus der Fachpresse einen Kampf gegen die Salvarsanbehandlnng in der Öffentlichkeit führt und hierbei namentlich die Zeitungen der kleineren Städte mit einseitig gefärbten Darstellungen überschüttet. Damit würden die Kranken mißtrauisch gemacht und dann zu ihrem Schaden und zu dem der Krankenkassen aus den Händen der Sachverständigen in die von Kurpfuschern getrieben oder sie entzögen sich überhaupt jeder Behandlung." (Wo sie jedenfalls nicht getötet werden. Dr. D.)

Hiernach schien alles ganz gut bestellt zu sein, das Publikum und die Aerzte merkten nach dieser amtlichen Notiz nichts. Und diese der Tagespresse übersandte Notiz druckte Redakteur Gottstein — 2 Seelen wohnen in seiner Brust — in seiner *Klinischen Wochenschrift* wörtlich zur „Aufklärung" für die Ärzte ab.

*) Ich führe in Wahrung berechtigter Interessen nur drei Beispiele an: Der Herr Kultusminister a. D. Haenisch verbreitete dieses Märchen der „Uebernervosität", als er noch im Amte war. Da er aber wegen Ideenflucht, Platzangst, Unorientiertheit usw. früher schon verschiedene Monate in der Prof. Lährschen Nervenanstalt war, so war er allerdings die geeignete Person, um, wie dies bei solchen immer geschieht, das in das Hirn anderer zu projicieren, was in seinem eigenen vorging. Ein sehr bekannter und beamteter Psychiater hat ihn dann allen Ernstes darauf hingewiesen, daß er bei sehr häufigem Verkehr mich als universell denkenden Arzt kennen gelernt und sich bloß wundere, daß ich mit voller geistiger Gesundheit und

Eine eigenartige Erscheinung bedeutet es, daß die medizinische Fachpresse ohne jeden Grund 10 jahrelang, wie in München am 9. März 1921 vom Gericht festgestellt und von mir beschworen wurde, gegen das Salvarsan ernstlich ankämpfende Arbeiten boykottiert hat. Wenn man nun noch bedenkt, daß es das Bestreben dieser Fachpresse ist, an die gelesensten Tageszeitungen Vertreter als ärztliche Mitarbeiter direkt oder indirekt unterzubringen, dann braucht man sich nicht zu wundern, wenn der Schutz-Ring in punkto Salvarsan geschlossen war. In der Tat kann man an der Hand der Zeitungsausschnitte feststellen, daß z. B. eins der größten Tagesblätter bis 1914 fast alles für das Salvarsan aufgenommen hat, daß aber der ärztliche Mitarbeiter des Blattes, der auch Mitredakteur einer medizinischen Wochenschrift war, ca. 50 im Laufe der Jahre ihm zugegangene Korrespondenzbureau-Aufsätze nie aufgenommen hat. Dafür schrieb er aber Salvarsanexculpationsartikel mit unrichtigen Angaben. Für jede andere Sache war der so berühmte Platzmangel nicht da. Das Leserpublikum sollte anscheinend das „Pro" erfahren, das „Contra" nicht.

Ich feiere also das Jubiläum eines mehr als 10-jährigen Kampfes. Vielleicht wird dieses mein Salvarsan-Jubiläum am besten eingeleitet mit folgenden 5 Notizen, die ich durch die „Politisch-parlamentarischen Nachrichten", 1920 und 1921, verbreiten ließ, die aber, als ob es eine Kleinigkeit wäre, wenn 70 Personen durch das Medikament von 10 Aerzten hingestreckt werden, oder wenn der Staat nutzlos Millionen verschwendet, von der großen deutschen Presse mit Ausnahme weniger Blätter, totgeschwiegen wurde. Was sind auch 70 künstlich, aber „wissenschaftlich" getötete Deutsche?

Frische allen den Anstürmen gewachsen sei, die auf mich wegen meiner wissenschaftlichen Ueberzeugung eindrängen. Er warnte Herrn Haenisch, derartige Verdächtigungen zu verbreiten, da er das Gegenteil beobachtet habe.

Noch schlimmer trieb es der mit Herrn Haenisch sehr gut bekannt gewordene Salvarsanist Kolle, der Nachfolger Ehrlichs, der sich sogar brieflich bei bestimmten Personen erkundigte, ob sie ihm nichts Pathologisches über mich mitteilen könnten, denn er könne sich nicht denken, daß jemand, der das Salvarsan (das Kolle Stellung, Geld und Ansehen verschafft) so energisch bekämpfe, normal sei. Daß jemand aus idealen Interessen gegen den menschenmordenden Sexualkapitalismus auftritt, ist diesem Materialisten einfach unverständlich. Daher ist auch sein Angebot von 25 000 M. jährlich aus Salvarsanfonds, wenn ich meine Meinung ändern würde, verständlich. Niedriger hängen! Bestechungsversuch und Hinterlist! Und dieser verwaltet das Institut für experimentelle Therapie!

Am tollsten trieben es, kurz bevor ich am 25. 2. 20 im Abgeordnetenhaus mit meiner Idee des „Diskretionismus" durchdrang, einige unterdessen ausgeschiffte auf die D. G. B. G. eingeschworene Abgeordnete, die im Hause verbreiteten, ich müsse wohl monoman sein, da ich, wenn ich ins Parlament käme, mit den Abgeordneten immer über das zur Verhandlnug stehende Thema „Diskretionismus" spräche. Als ihnen dann aber ein Unterstaatssekretär und ein mit diesem bekannter Psychiater, der auch Abgeordneter ist, zu verstehen gaben, daß ich ad hoc zur Besprechung zu den Abgeordneten käme, nicht, um mich mit ihnen über den Nordpol zu unterhalten, da fiel es ihnen wie Schuppen von den mit bösartiger Blindheit geschlagenen Augen, noch mehr aber, als sie am 25. 2. 20 als das Resultat meiner Bemühungen vor und hinter den Kulissen meinen Sieg erlebten. (Siehe S. 433, 311 und 525 meines Buches die „Sexualrevolution".) Der größte Teil dieser „Nerven-Schnüffler" befindet sich bereits im wohlverdienten parlamentarischen Ruhestand. Sogar Dr. Röschmann (Aerztl. Vereinsbl., S. 135, 1922) spricht von „Nörglern und krankhaft veranlagten Leuten". Der bezahlte Agitator und Filmdeklarator, der i. A. der privaten D. G. B. G., meist im Pluralis majestatis sprechend, selbst Spezialärzte „sexuell aufklärt", ohne selbst die geringste venerologische Spezialausbildung genossen zu haben. Dilettantismus autoritativus! Motto: „Erkenne Dich selbst!" (Apollotempel in Delphi.) Prof. v. Zumbusch: Ein Jahrhundert heilt nicht die Schäden des D. G. B. G.-Entwurfs. (In der Presse die „gewaltige Tat" Blaschkos!)

„a) Der Hamburger Professor am Barmbecker Krankenhaus für Hautkrankheiten Dr. Hahn veröffentlicht in Nr. 42 der Münchener medizinischen Wochenschrift, daß er allein in einem einzigen Jahre, 1919, in seiner Praxis sechs kräftige Leute durch Salvarsanvergiftung verloren habe. Die Sektion bestätigte diese Salvarsanvergiftung. In derselben Nummer werden aus der Klinik von Professor Minkowski zwei Fälle von Salversanvergiftung beschrieben. Im Verein für Psychiatrie in Berlin hat vor kurzem Professor Henneberg-Berlin drei Fälle von durch Salvarsan getöteten Patienten zur Sprache gebracht. Nach den Berechnungen einer Kölner Kommission kamen auf zirka 500 Salvarsanpatienten ein sicherer und ein wahrscheinlicher Todesfall. Sanitätsrat Dr. Silberstein-Berlin machte eine Zusammenstellung von Krankengeschichten und Salvarsantoten aus zwei Jahren. Die führende medizinische Fachpresse weigerte sich, diese erschreckende Statistik aufzunehmen.

Wie lange sollen diese Zustände noch fortbestehen, nachdem Professor Meirowski-Köln, ein bisher begeisterter Salvarsanverteidiger, in Nr. 36, 1920, der Münchener medizinischen Wochenschrift festgestellt hat, daß zahlreiche seiner Patienten, die im ersten Stadium (abortiv) behandelt wurden, ungeheilt geblieben waren? Auf der einen Seite also eine Nichtheilung, auf der anderen Seite schwere Gefahren für Leben und Gesundheit. Es wird Sache der Medizinalbehörden sein, hier endlich einzugreifen und die vom Parlament fast einstimmig beschlossene paritätische Salvarsanprüfungskommission einzuberufen."

b) Das Mitglied im Beirat zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten im Wohlfahrtsministerium, der Berliner Spezialarzt Dr. Dreuw, berichtet über Verschwendung der auf Anraten Professor Blaschkos an den Landesversicherungsanstalten bezahlten und von der „Deutschen Gesellschaft zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten" (die Millionen Mark Subvention jährlich vom Reiche erhält, obschon sie die Krankheiten zwar bekämpft, aber nicht vermindert, da sie auf rund 6 Millionen gestiegen sind!) und von der Regierung empfohlenen sogenannten Beratungsstellen für Geschlechtskranke. Eine Behandlung findet meist nicht statt. Was kostet nach Dr. Dreuw den Staat eine derartige Beratung an den Beratungsstellen, an denen meist Günstlinge der obigen Gesellschaft, wie z. B. in Berlin deren Generalsekretär, Professor Pinkus, mit Gehalt angestellt sind?

Amtlich wurden 1919 in Deutschland 138 Beratungsstellen gezählt, bei denen nur 100 361 Personen (bei ca. 6 Millionen Erkrankungen!) gemeldet wurden. Die Aerzte beteiligten sich kaum daran.

Demnach wurden bei jeder Beratungsstelle nur rund 720 Personen beraten. In Westfalen waren 16 Beratungsstellen, diese kosteten 1919 585 000 M. Für 1920 sind rund eine Million Mark dafür vorgesehen, alle zusammen verschlingen also rund 8 Millionen, das heißt bei 100 000 Besuchern kostet jede Beratung 70 bis 80 M. Dazu kommen die noch viel höheren Kosten für Behandlung. Das ist eine Verschwendung, die in dem verarmten Deutschland geradezu zum Himmel schreit. Dabei erlassen die Landesversicherungen einen Aufruf zur Sparsamkeit! Hier kann nur der von der Landesversammlung beschlossene Diskretionismus, das heißt, die Beratung und Behandlung durch jeden deutschen Arzt Abhilfe schaffen. In dem neuen Regierungsgesetzentwurf zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten sind aber die Beratungsstellen als Kristallisationspunkt des ganzen Gesetzes festgelegt."

c) „Rekord der Salvarsantötungen. Das ärztlicherseits beim Wohlfahrtsministerium beantragte Verbot der Salvarsaneinspritzungen wird durch die neuesten Nachrichten geradezu zur Pflicht. Prof. Arndt, der Direktor der Berliner Universitäts-Hautklinik, verlor in fünf Monaten 8 Patienten durch das Salvarsan, während Prof. Rille in Leipzig in verschiedenen Jahren 7 Todesfälle, Prof. Hahn 6, Prof. Hoffmann-Bonn 5 Todesfälle, Prof. Scholtz-Königsberg 4 und Prof. Zumbusch-München 3 Todesfälle, die durch Salvarsan hervorgerufen waren, aufzuweisen hat, um nur einige Beispiele zu nennen. Was aber geradezu erschütternd wirkt, ist, daß auf dem Hamburger Hautärztekongreß 1921 der bekannteste Nervenarzt Deutschlands, Prof Nonne, zusammen mit Prof. Kyrle (Wien) feststellte, daß Salvarsan die Syphilis in das Nervensystem triebe und daß seit der Salvarsanaera diese Nervenerkrankungen erschreckend zugenommen hätten. Ebenso haben die Lebervergiftungen mit tödlichem Ausgang gewaltig zugenommen. In dem neuesten Werk auf diesem Gebiete, „Die Sexual-Revolution", sagt daher der Verfasser desselben, Dr. Dreuw-Berlin, daß noch nie in der Geschichte der Medicino derartige Katastrophen, wie es die Salvarsanaera wäre, über die Menschheit gekommen sei, und Prof. L. Lewin, der bekannte Toxikologe (Giftkenner) an der Berliner Universität, schreibt, „daß noch nie für die Behandlung von Menschen ein für den gerühmten Zweck so bedeutungsloses und gefährliches Produkt mit einem solchen Aufwand marktschreierisch aufdringlicher Phraseologie an den dummen Mann zu bringen

versucht worden sei." Allgemein ist man erregt, daß seitens der Medizinalabteilung (Ministerialdirektor Gottstein) nichts gegen die Massentötungen unternommen wird."

d) „Das Reichsversicherungsamt gibt bekannt, daß Ende 1920 164 Beratungsstellen für Geschlechtskranke vorhanden waren, die 107 995 Personen berieten. 40 526 Kranke hatten die Beratungsstellen selbst aufgesucht, während die übrigen von Aerzten (20 992), Krankenkassen (18 699), Krankenhäusern (15 105), Militärverwaltungen (3831) und anderen Stellen überwiesen wurden. Doch ist in all diesen letztgenannten Fällen die Beratung nahezu hinfällig, da die Krankheit ja schon bekannt war. Von den 107 995 Personen waren 9710 örtlich nicht zuständig und 11 819 waren überhaupt nicht geschlechtskrank. Von den 86 456 Geschlechtskranken waren 1653 Kinder unter 14 Jahren, ein Zeichen der Zeit! Im Jahre 1920 waren die Selbstmeldungen auf 40 536 gestiegen gegenüber 38 650 im Jahre 1919. In Nr. 38 der „Sozialen Praxis" erklärt Privatdozent Dr. Christien aus dem Reichsarbeitsministerium, daß die „Beratungsstellen ihren Zweck nicht erfüllen". Wenn sich allerdings nur 40 000 Patienten, worunter 10 % überhaupt nicht krank sind (in Berlin werden schätzungsweise jährlich 300 000 Personen behandelt, in ganz Deutschland haben wir, ebenfalls schätzungsweise, rund 6 Millionen Kranke), von selbst melden, die übrigen aber von Behörden und Instituten den Beratungsstellen zugeführt werden, dann bedeutet dies, trotz aller Reklame für diese Stellen, ein ziemlich starkes Fiasko. Melden tun sich nach Dr. Christien die „Schlauen", die herausbekommen haben, daß man in den Beratungsstellen eine Blutuntersuchung umsonst haben kann. Die Gefährlichen aber werden nicht erfaßt. Nach Mitteilungen Dr. Hodanns in dem von dem Reichsgesundheitsamtsmitglied Dr. Roesle ausgegebenen „Archiv für soziale Hygiene" (Nr. 1, 1920) „hat von 40 Kranken, die der leitende Arzt einer Behandlungsstelle für behandlungsfähig erklärte, nur ein einziger nach der ersten Behandlung den Arzt wieder aufgesucht". Auch diese Tatsache bedeutet den Bankerott der Beratungsstellen. Millionen staatlicher Gelder (zwei Patienten pro Tag in einer Stelle!!) werden nahezu nutzlos verschwendet. Denn mit Recht schreibt Privatdozent Dr. Christian, er müsse feststellen, daß die Beratungsstellen keine starke Handhabe zur Eindämmung der Seuche darstellen. Dazu bietet allein die allgemeine, gleiche, diskrete Anzeige- und Behandlungspflicht eine Handhabe."

e) Der Salvarsan-Unfug. In der nächsten Zeit kommt im bevölkerungspolitischen Ausschuß des preußischen Landtages die in letzter Zeit viel erörterte Frage der Heilwirkung des Salvarsans und seiner nachteiligen Folgen zur Besprechung. Diese Aussprache ist u. a. veranlaßt durch eine Petition, die dahingeht, das Salvarsan als Heilmittel zu verbieten, die falschen Regierungsstatistiken richtigzustellen, die vom Wohlfahrtsministerium boykottierten spzialärztlichen Salvarsangegner endlich zu hören und eine paritätische, vom Parlament längst beschlossene Salvarsan-Prüfungskommission endlich einzuberufen.

Aus Anlaß der kommenden Debatte wird den „P. P. N." zu dieser Frage von unterrichteter, auf salvarsangegnerischem Standpunkte stehender Seite geschrieben:

Soeben wurde bekannt, daß Prof. Arndt auf der Berliner Universitäts-Hautklinik im letzten Jahr 12 Salvarsan-Todesfälle und 230 Salvarsan-Lebervergiftungen und 13 Salvarsan-Hautvergiftungen zu verzeichnen hatte. 5 v. H. aller Salvarsanpatienten wird die Leber vergiftet, jeder 500ste stirbt an Salvarsan und jeder 100ste bekommt laut amtlicher Statistik entweder eine Lähmung, Gehirnvergiftung, Hautzerstörung, Ertaubung oder Erblindung. In der Marine wurden 360 Fälle von Salvarsan-Lebervergiftung, darunter 6 Todesfälle, durch Dr. Zimmern gezählt. In Ingolstadt erkrankten innerhalb einiger Wochen 21 Soldaten an Salvarsan-Lebervergiftung und von diesen starben 13. Die Untersuchung des verwendeten Salvarsans durch Professor Kobert (Rostock) ergab, daß es einwandfrei war. Soeben berichtet Prof. Henneberg wieder über drei Salvarsan-Hirntodesfälle.

Gegenüber diesen Wirkungen, die das Salvarsan nicht geeignet als „Heilmittel" erscheinen ließen, verlangt Dr. Dreuw vom preußischen Parlament das sofortige Verbot der Salvarsanbehandlung, zumal die unter Ministerialdirektor Gottstein stehende Medizinalabteilung des Wohlfahrtsministeriums völlig versage und die Oeffentlichkeit irreführe.

Lägen Fehler der Technik vor, so erheischten die zahlreichen Todesfälle das Eingreifen der Staatsanwaltschaft, da es nicht anginge, daß Aerzten wie Professor Arndt 12 Menschen, Professor Rille 7, Prof. Hahn 6, Prof. Hoffmann (Bonn) 5, Prof. Gennerich 4, Prof. Scholtz 4, Prof. Zumbusch 3, in Ingolstadt sogar 13 Menschen infolge Salvarsanbehandlung stürben.

Verwunderlich bleibe, daß der offiziöse Bericht über die Sitzung des Landesgesundheitsrats vom 14. Januar 1922 die daselbst zuerst bekanntgegebenen 12 Todes-

fälle und 231 Lebervergiftungen durch Professor Arndt der Oeffentlichkeit einfach verschwiegen und in irreführender Weise die große Heilwirkung des Salvarsans erwähnt hat, obschon Prof. Gennerich in 84 v. H. von 8000 Kieler Soldaten eine Nichtheilung durch Salvarsan festgestellt hat und nach Prof. Hübner 75 v. H. der jahrelang behandelten Privatpersonen ungeheilt geblieben sind. Allerdings hatte die Medizinalabteilung des Wohlfahrtsministeriums es abgelehnt, bei der erwähnten Sitzung des Landesgesundheitsrats durch einen bekannten Salvarsangegner ein Gegenreferat halten zu lassen.

Angesichts der kleinen Auslese von Salvarsanschäden hat jedoch jetzt das Parlament die Pflicht, zu der Frage Stellung zu nehmen; denn die erwähnten Tatsachen sind imstande in der Bevölkerung große Beunruhigung hervorzurufen." (Reichsgesundheitsamt, Reichs- und Landtag, Wohlfahrts- und Kultusministerium erwiesen sich als impotent. S. 196.)

Die erstere in allen Blättern als solche beschriebene „Großtat" bedeutete also „wissenschaftliche" Tötung ohne Garantie der Heilung (weshalb der immer angeführte Vergleich mit der Chloroformnarkose, die den Schlaf garantiert und noch nie bei einem einzigen Arzt in 5 Monaten 8 Leben vernichtet hat, während Salvarsan 84% Mißerfolge im Gegensatz zu den 100% Schlaferfolgen der Narkose hat, eine Täuschung seitens der Spekulanten ist), die zweite bedeutet eine nutzlose Verschwendung staatlicher Gelder und eine wiederum dem Sexualkapitalismus dienende Institution gerissener konjunkturkluger Opportunisten. Daher wird der Kampf im Interesse des Volkes geführt pro scientia et veritate. Den Reichstagsabgeordneten wird mit Hilfe der Alkohol-Monopol-Gelder, die der D. G. B. G. überwiesen sind, ein einseitiges Bild gegeben. Blaschko-Pinkus-Regie! Beratungsstellenmanie!

In großen Weltanschauungsfragen kann man nur durch Einsetzen der ganzen Person unbekümmert um das Toben von Rechts und Links das Ziel erreichen, nur dann, wenn man sich durch Hindernisse nicht abschrecken läßt, das zu tun, was man als richtig erkannt hat und was einem das Gewissen gebeut. Im Gegenteil, die Hindernisse sollen erst recht der Ansporn und die Kraftquelle sein, sie zu überwinden. Daher schreibt der bekannte Sozialhygieniker, Dr. med. Wilhelm Schweisheimer in den „Münchener Neuesten Nachrichten":

„Mit Lauheit, mit Kompromissen, mit Gehenlassen wird man keine Volksseuchen ausrotten. Hätten die Vorkämpfer der Pockenschutzimpfung nicht mit verbohrter Energie ihren Willen durchgedrückt, hätten Semmelweis und seine Nachfolger nicht mit verbohrter Energie ihre Theorien durchgeführt, — Pocken und Kindbettfieber würden heute noch unerbittlich durch die Welt rasen. Verbohrte Energie zur Durchführung des als richtig Erkannten ist nötig!

Das Lebenswerk Dreuws, des durch seine Salvarsangegnerschaft bekannten früheren Berliner Polizeiarztes, weist diese selbe verbohrte Energie auf, die Jenner und seine Nachfolger, Semmelweis, Robert Mayer usw., gekennzeichnet hat. Das neue Buch Dreuws („Die Sexualrevolution", Leipzig 1921, E. Bircher, 544 Seiten) bedeutet ein Menetekel in der Frage der Geschlechtskrankheitenbekämpfung, auf das man achten muß. Es ist nicht möglich, in kurzem Referat auf den Inhalt dieses im kleinsten Detail von Sachkenntnis durchdrungenen Buches einzugehen. Hier wird etwas Neues gegeben, hier wird Leben gebracht in den stagnierenden Sumpf, der sich „staatliche Geschlechtskrankheitenbekämpfung" nennt, hier wird verzichtet auf die tausendmal gehörten, tausendmal wiedergekauten, tausendmal in ihrer Wirkungslosigkeit erwiesenen Maßnahmen und Ratschläge, die heute die Vorspiegelung des Vorhandenseins staatlicher Bemühungen gegen die Geschlechtskrankheitenseuche bilden. Das Buch, das „den Parlamenten, insbesondere dem Deutschen Reichstage", zugeeignet ist, gipfelt in der Forderung der allgemeinen, gleichen, diskreten Anzeige- und Behandlungspflicht (Diskretionismus). An ihren Taten sollt ihr sie erkennen! Mit ihren Erfolgen sollen sie die Richtigkeit ihrer Theoremen beweisen. Jeder, der mit der Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten sich eingehender befaßt, wird immer aufs neue erstaunen müssen über die vollkommene Erfolglosigkeit aller epidemiologischen Maßnahmen auf diesem Gebiet.

Die „Deutsche Gesellschaft zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten" gibt sich redlich Mühe, aber was ist das Ergebnis? Mißerfolg, Mißerfolg, Mißerfolg. Immer das gleiche larmoyante Lied. Es ist heute üblich, die neuerliche Ausbreitung

der Geschlechtskrankheiten auf Kriegs- und Revolutionsfolgen zu schieben. Das ist natürlich eine Vogelstraußpolitik kindlichster Art. Hier ist ein Grundfehler in der Seuchenbekämpfung verborgen! Man sagt wohl, der Feldherr werde nach dem Erfolg oder Mißerfolg beurteilt. Wonach soll man aber den Sozialhygieniker, den Arzt beurteilen, wenn nicht nach dem Erfolg? Die bisherigen Maßnahmen zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten haben versagt, hundert- und tausendfach. Nun kommt das Dreuwsche Buch und zeigt neue Wege. Ob sie richtig sind, darüber läßt sich vielleicht oder sicher streiten. Aber besser ein neuer, vielleicht steiler Weg, als das dumpfe Arbeiten und Mühen, das die jetzige staatliche Geschlechtskrankheitenbekämpfung darstellt, und dessen Ergebnislosigkeit an den Erfolg des im Tretrad sinnlos sich abmühenden Hundes erinnert. Vor allem leuchtet den Dreuwschen Vorschlägen ein Licht voran, das auf jeden Fall, was man auch beginnt, den ersten Schritt zur erfolgreichen Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten bilden muß und wird: die allgemeine Anzeigepflicht für Geschlechtskrankheiten."

Die stärkste und gemeingefährlichste Waffe des Kapitalismus, also auch des Sexualkapitalismus ist der mit allen Machtmitteln betriebene Versuch, den Gegner wirtschaftlich zu ruinieren, um ihn auf diese hinterhältige Weise kampfunfähig zu machen. Dies geschieht aus tausend unsichtbaren, aber für den Gegner jeden Tag wohl fühlbaren Kanälen. Verleumdungen in der Presse, bei seinem Clientel, Boykott seitens der malitiös informierten Kollegen, Totschweigen seiner Erfindungen, Militärzensur, Abgraben der Konsultationspraxis, Streichen seines Namens aus wissenschaftlichen Zeitschriften als Mitarbeiter, Herabsetzung seines Kredits, Denunciationen bei Behörden mit und ohne Namen, Vorwurf der Einseitigkeit und Monomanie, (daher habe ich neben der Salvarsankritik technische Erfindungen, legislatorische Studien, praktische Ergebnisse der Medizin etc., soweit die kleine medizinische Presse sie aufnahm, veröffentlicht) gesellschaftlicher Boykott, anonyme Drohungen, Bestechungsversuche, hochnäsiger Beamtendünkel etc. etc. Dieser Erschöpfungsstrategie ist nur der gewachsen, der neben der Kritik noch produktiv tätig ist, der Kritische und Schöpferische. Daher die Unterdrückung der Produktion durch beamtete und nicht beamtete Agenten des Sexualkapitalismus. Wer nicht Jahre seines Lebens einer Idee geopfert und während derselben im Kriege und im Frieden so boykottiert wurde, daß er im Anfange des Kampfes Anleihe über Anleihe machen, ein Stück nach dem andern versetzen und verpfänden mußte, (bis er durch Fleiß und Arbeit sich der Umklammerung entziehen konnte) um dem wissenschaftlichen und namentlich durch hinterhältige Verleumdungen (er zeige jeden Patienten der Polizei an [Anzeigepflicht], er sei ein Outsider und verrückter Phantast, der nur des Geldes wegen seine Idee verfechte wie Dr. Salomon und Prof. Blaschko, 2 Sexualmillionäre, dies letztere teils anonym, teils offen behaupteten) wirtschaftlichen Ruin zu entgehen, wer es nicht empfunden hat, was es heißt, wenn ihm jede, aber auch jede Bewerbung bei der Stadt, dem Staat, bei Privaten und beim Militär wegen seiner wissenschaftlichen Ueberzeugung versagt, wer nicht den Bamtenhochmut gekostet, der weiß nicht, was es heißt, gegen den Strom der Sexualkapitalisten zu schwimmen. Darum schrieb „European Preß", man habe beim Lesen der „Sexualrevolution" den Eindruck, als ob das Herz des Autors bei der Sache wäre, die für alle Länder der Welt von der größten Bedeutung sei. Die Methode, die man anwendet ist die folgende: 1) man bringt den betreffenden von hinten herum aus seinem Broterwerb heraus, 2) gleichzeitig entzieht man ihm die Fachpresse und große Tagespresse, verleumdet ihn und entzieht ihm dann das Wort, belügt die Fachgenossen, da ja dieses zunächst nicht eruiert werden kann, denn er kann ja nicht zu ihnen reden, 3) wenn er aber in die kleine Presse kommt, dann hat man vorher dafür gesorgt, daß er als Mono-

mane etc. verschrien ist, so daß man ihm zunächst kaum glaubt, 5) die allermöglichsten und unmöglichsten Verleumdungen lanciert man in die Presse und was noch schlimmer ist, da die Clique wie eine Hydra arbeitet, der man einen Kopf abhaut, damit 2 neue wachsen, man kolportiert hinter seinem Rücken die unglaublichsten Gerüchte, 6) man versichert sich der Zustimmung einiger Behörden und Kapazitäten (Professoren genießen schon seit Jahrhunderten einen schlechten Ruf als Charaktere) und hat infolge dessen „Autorität", 7) wenn er morgens aufwacht, dann ist sein Name von der Spitze der wissenschaftlichen Blätter verschwunden, (bei mir war es die „Dermatologische Wochenschrift" Herausgeber: Prof. Unna, Dr. Delbanco und Prof. Rille), 8) wenn Zensur besteht, dann wird diese auf ihn losgelassen, ein Jahr Gefängnis wurde auf die Kritik gesetzt, 9) jede Bewerbung wird durch die nötigen Beziehungen abgelehnt, 10) anonyme Drohbriefe, Detektive erscheinen etc. etc. Kurzum, es gibt nichts, was der Sexualkapitalismus nicht anwendet. „Und sie bewegt sich doch," rief Galileo Galilei. Allen Gewalten zum Trutz setzt der Starke sich doch durch.

Die Bemerkungen eines fremden Botschafters, die er 1914 über die unheilvolle Macht der Presse — „Ein Tyrann ohne Schranken und Verantwortlichkeit" — veröffentlicht, wurden von unserer Presse als unwahr zurückgewiesen, aber sie sind vollkommen richtig. Und richtig war auch der Zusatz des Botschafters, daß, man die Regierungen nicht bald Schritte täten, das Erwachen furchtbar sein würde. Bald darauf kam der Weltkrieg, der letzten Endes den Vergiftungen durch die Presse ihre Entstehung verdankt. Solange nicht die Welt ein internationales Pressegesetz macht, das Remedur schafft, ist an eine Besserung nicht zu denken. Es ist eigenartig, daß, wenn die Presse das Lob eines Erwählten singt, er meist eine Entdeckung gemacht hat, die man erst nach 20 Jahren nachprüfen kann. Wir erleben das ebenso wie bei Ehrlich heute wieder. Manche Leute müssen einen Propheten haben. Und die wenigen, die was davon erkannt, hat man von je geketzert und verbrannt. Statt „Genua" und „Haag" mache man ein internationales Pressegesetz, das ist der beste „Burgfriedenspakt" im Sinne Lloyd Georges.

Aus „Kultur-Kuriosa" von Dr. Max Kemmerich entnehme ich Folgendes:

„Ignaz Semmelweiß (1818—1865), der Entdecker des infektiösen Charakters des Kindbettfiebers, auf dessen Anordnungen hin die Sterblichkeit an dieser Krankheit in der Wiener geburtshilflichen Klinik auf ein Viertel sank, wurde von den Fachgenossen solcher Widerstand entgegengesetzt, daß er sich völlig aufrieb und im Irrenhause endete."

„Da Giordano Bruno unter anderem behauptet hatte, es gebe mehrere Welten, wurde er am 16. Februar 1600 in Rom verbrannt."

„Harvey, der Entdecker des Blutkreislaufes, wurde von Guy-Patin und der gesamten Fakultät mit beißendem Sarkasmus gequält."

„Als am 11. März 1878 in der Académie des Sciences der Physiker Du Moucel den versammelten Gelehrten den Phonographen Edisons vorführte, sprang der Akademiker Monsieur Bouillaud, durchdrungen von klassischer Bildung voll edler Empörung über die Frechheit des Neuerers dem Vertreter Edisons an die Kehle und schrie: „Sie Schuft! Glauben Sie, wir lassen uns von einem Bauchredner zum Besten halten?!""

„Das kgl. bayerische Medizinalkollegium erklärte, daß der Bau der Eisenbahnen ein großes Verbrechen gegen die öffentliche Gesundheit wäre, denn eine so schnelle Bewegung würde bei den Reisenden Gehirnerschütterung, bei den Zuschauern aber Schwindelanfälle erzeugen. Das Kollegium empfahl daher dringend, an beiden Seiten der Schienen Scheidewände in der Höhe der Wagen aufzurichten.

Die bayerische oberste Baubehörde aber konstatierte die Unmöglichkeit für Züge, auf einem Damme zu fahren. Es müßten unbedingt Mauern zur Unterlage für die Schienen errichtet werden."

„Für die Dreistigkeit Galileis, eine Wahrheit entdeckt zu haben, wurde er trotz seines Widerrufes vom römischen Inquisitionsgericht durch 3 Jahre Kerker bestraft. Ferner mußte er an einem ihm angewiesenen Orte leben, und die Beisetzung in geweihter Erde wurde ihm versagt. Mag er dadurch die kirchliche Unsterblichkeit verloren haben, so kann er doch mit der andern ganz zufrieden sein."

„Unterm 13. Juli 1873 wurde die Aufnahme Darwins in die Akadémie des Sciences abgeschlagen und dafür ein Herr Loven gewählt."

„Robert Mayers Entdeckung von der Erhaltung der Energie wurde von der Gelehrtenwelt derart verspottet, daß er sich aus dem Fenster stürzte."

„Der Elektriker Ohm wurde von seinen Zeitgenossen als Narr verspottet."

„In England verweigerte die kgl. Gesellschaft 1841 eine Erinnerungstafel für den berühmten Joule. Einige Dezennien später wurde die Errichtung eines Denkmals für Darwin verweigert und dafür ein Affenhaus gegründet."

„Als Franklin der kgl. Gesellschaft in London seine Erfahrungen über die Fähigkeit einer Eisenstange, die Elektrizität der Atmosphäre abzuleiten, mitteilte, war ein Heiterkeitsausbruch die einzige Antwort, und die gelehrte Gesellschaft weigerte sich rundweg, den Vortrag drucken zu lassen."

Die Erklärung eines modernen Medizinalkollegiums mittels „Abstimmung" (Mai 1922): „Bei der außerordentlich großen praktischen Bedeutung der Salvarsanfrage hat der Ausschuß der Deutschen Dermatologischen Gesellschaft ihren Mitgliedern eine Erklärung vorgelegt: 1. Ob prinzipielle Bedenken gegen eine solche „Abstimmung" vorliegen. Diese Frage haben 43 Mitglieder bejaht. 2. Sachliche Bedenken gegen die Erklärung hatten 15. 3. Mit der Erklärung einverstanden waren 487, d. h. 97 %. Die Erklärung lautet: Wir sind der Ueberzeugung, daß die Salvarsanpräparate die wertvollsten Mittel im Kampf gegen die Syphilis als Einzel- wie als Volkskrankheit sind. Sie sind bei dem augenblicklichen Stand unseres Wissens in allen überhaupt beeinflußbaren Formen und Stadien der Syphilis mit wenigen Ausnahmen außerordentlich wirksam und durch die älteren antisyphilitischen Mittel wohl zu ergänzen, aber sehr oft nicht zu ersetzen. Wenn bei der Fabrikation, Prüfung und Verwendung der Salvarsanpräparate mit der unerläßlichen Sorgfalt vorgegangen wird, so sind die Gefahren bei der Salvarsanbehandlung nicht größer als bei jeder anderen energisch wirkenden Behandlungsmethode. Da diese Gefahren in letzter Zeit in unseres Erachtens übertriebener Weise dargestellt worden sind, halten wir uns für verpflichtet zu erklären, daß die mit Vorsicht und Sachkunde angewendete Salvarsanbehandlung ohne großen Schaden für die Volksgesundheit nicht eingeschränkt werden kann."

Prof. Arndt starben 1922 zwölf, Prof. Hahn 1919 sechs, Dr. Silbergleit 1918 dreizehn Menschen durch Salvarsan trotz Vorsicht, Sachkunde und guter Präparate.

Der Vetter (Prof. Pinkus), der Freund (Prof. Jadassohn), der Anhänger (Prof. Galewski) des mit Millionen beteiligten Salvarsanerfinders und die D. G. B. G. waren Mai 1922 die Monopolsachverständigen über Salvarsan im Reichstagsausschuß, mit Ausschluß der als Sachverständige vorgemerkten Gegner.

Interessen verderben auch unbewußt das menschliche Denken. (Schopenhauer.)

Spezialarzt Dr. A. Markus (München) schreibt, ca. 70 000 Salvarsaninjektionen in der Privatpraxis gemacht zu haben. (Münch. med. Wochenschrift.)

Tummelplatz wildester merkantiler Interessen. (Geh. Med.-Rat Prof. L. Lewin über das Salvarsan.)

Großbrauer kommen als Sachverständige bei der Alkoholbekämpfung nicht in Frage. (Dr. Dreuw.)

Trotz, ja wegen ausgedehntester Salvarsanbehandlung hat die Syphilis sich schrankenlos vermehrt. (Dr. Dreuw.)

Die Wissenschaft muß frei und wahr sein. (Dr. Dreuw.)

(Bei meinem Salvarsankampf Februar 1914 fand diese „Abstimmung" der Dermatologen sogar telegraphisch unter der Direktion des Salvarsanmillionärs und Duzfreundes Ehrlichs, Prof. Neisser, statt.)

Revolution des Geistes.*)

Vom Amtsgerichtsrat Hartmut Piper.

Wir stehen am Sterbelager eines Zeitalters, in dessen Mittel- und Brennpunkt Empirismus und Materialismus standen, dessen Hauptaufgaben und -leistungen daher in der exakten Beobachtung, der kritischen Zergliederung und der gesetzmäßigen Deutung der Erfahrungswelt, besonders der Natur, sowie in deren technischer Beherrschung und Ausbeutung bestanden. In der Uebersättigung, Ueberspannung und Ueberhebung seiner einseitigen Verstandes- und Nützlichkeitskultur sowie seines fanatischen Tatsachenkultus, in seiner zunehmenden Verflachung, Verknöcherung und Vergreisung bis zum Zusammenbruch seiner ausgehöhlten Scheinkultur unter den Stürmen revolutionärer Völkerkatastrophen hatte dies Zeitalter die nächste Aehnlichkeit mit demjenigen der Aufklärung im 18. Jahrhundert. Das scharfe Blitzlicht, das Goethe im Anfang seines „Fausts" auf die Aufklärungskultur, auf die greisenhafte Unfruchtbarkeit der damaligen Berufswissenschaft und ihrer im Famulus Wagner verewigten offiziellen Vertreter war, gibt daher auch ein Bild der gegenwärtigen Lage. „Da wird der Geist euch wohl dressiert, in spanische Stiefeln eingeschnürt" usw.

Es ist eine auch in Universitätskreisen allbekannte und anerkannte Tatsache, daß nirgends mehr als dort Konnexions-, Cliquen- und Kastenwesen herrschen. Ein geflügeltes Scherzwort zählt die unästhetischen Körperteile auf, durch welche allein man in die Universitätsclique dringen könne. Von verwandtschaftlichen Beziehungen abgesehen, muß der Bewerber sich vor allem als getreuer Gefolgsmann zunächst der Schule und Lehre eines Professors verschreiben, um von diesem dann in die Dozentenkreise hineinlanciert zu werden. Schon dies allein aber erstickt jedes originelle Schaffen.

Daß alle neuen Ideen von den berufsmäßigen Hütern und Widerkäuern der alten fanatisch bekämpft und ihre Entdecker von diesen wenigstens moralisch gekreuzigt, noch lieber aber totgeschwiegen werden, ist eine uralte Erfahrungstatsache. Es ist die ewige Eifersucht der beamteten und herrschenden Talente und Fachleute gegen das einsam- und außenstehende Genie, eine Erscheinung, deren Allgemeinheit und Naturnotwendigkeit z. B. Reibmayr in seiner „Entwicklungsgeschichte des Talentes und Genies" überzeugend darlegt.

Nietzsche sagt: „Es gibt (in der Wissenschaft) eine Art Inquisitionszensur, in der es besonders die Deutschen nach Goethes Urteil weit gebracht haben, sie heißt: Unverbrüchliches Schweigen". Schopenhauer schreibt: „Dies ist nur eine Szene des Schauspiels, welches wir zu allen Zeiten, in allen Künsten und Wissenschaften vor Augen haben, nämlich den alten Kampf derer, die für die Sache leben, mit denen, die von ihr leben, oder derer, die es sind,

---

*) Abdruck aus „Roter Tag", 1922, Nr. 4.

mit denen, die es vorstellen. Die glänzenden Blätter der Literaturgeschichte sind, beinahe durchgängig, zugleich die tragischen. In allen Fächern bringen sie uns vor Augen, wie in der Regel das Verdienst hat warten müssen, bis die Narren ausgenarrt hatten, das Gelag zu Ende und alles zu Bett gegangen war, dann erhob es sich wie ein Gespenst aus tiefer Nacht, um seinen ihm vorenthaltenen Platz doch endlich noch als Schatten einzunehmen. — Wir inzwischen haben es hier allein mit der Philosophie und ihren Vertretern zu tun. Da finden wir nun zunächst, daß von jeher sehr wenige Philosophen Professoren der Philosophie gewesen sind, und verhältnismäßig noch weniger Professoren der Philosophie Philosophen!" Ebenso sagt Wagner: „Einzig der Nichtmusiker (Dilettant) hat die Bahn zum Verständnis der Tonwerke Beethovens gebrochen!" Swift erklärt: „Erscheint ein wahres Genie in der Welt, so könnt ihr es daran erkennen, daß alle Dummköpfe ein Bündnis dagegen geschlossen haben!" In „Werthers Leiden" sagt Goethe: „O meine Freunde! Ihr fragt, warum das Genie so selten ausbricht, so selten in hohen Fluten hereinbraust und eure staunende Seele erschüttert? Liebe Freunde, da wohnen die gelassenen Herren auf beiden Seiten des Ufers, denen ihre Gartenhäuschen, Tulpenbeete und Krautfelder zugrunde gehen würden, die daher in Zeiten mit Dämmen und Arbeiten der künftig drohenden Gefahr abzuwehren wissen." Auch Christus lehrte, kein Prophet sei angesehen in seinem Vaterlande, und wurde selbst demgemäß von den Berufstheologen, den Pharisäern, gekreuzigt.

Die Zitate und Beispiele ließen sich beliebig vermehren.

Jeder bedeutendere Mann der Weltgeschichte könnte sein gerüttelt Maß dazu beitragen. „Die wenigen, die was davon erkannt, hat man von jeher gekreuzigt und verbrannt". (Goethe, „Faust".) Und doch wäre es ein Trugschluß, einfach zu sagen, es sei stets so gewesen und müsse so bleiben. Auf allen Gebieten haben bald reaktionäre, altersmüde und konservative, bald revolutionäre, jugendfrische und fortschrittliche Strömungen das Uebergewicht. Dort herrscht der talentierte Fachmann als berufsmäßiger Hüter der alten Ueberlieferungen, hier der geniale Außenseiter als berufener Vorkämpfer der neuen Ideen. In der Staatsverwaltung hat die Revolution von 1918 die alte Verknöcherung durchbrochen. Wenn erst die jetzt noch herrschenden Extreme sich ausgetobt und ausgeglichen haben, ist daher an Stelle der zusammengebrochenen geistlos-verknöcherten und mittelmäßigen Politik der letzten Jahrzehnte ein frischerer, genialerer Zug zu erhoffen, welcher Deutschland aus seinem jetzigen Elend erst retten und wieder zu Ehren bringen kann.

In der Wissenschaft herrscht dagegen die alte unfruchtbare Verknöcherung noch unangefochten weiter. Die Cliquen- und Kastengeist der Universitäten und ihrer Professorendynastien ist noch nicht erschüttert. In ihre Kreise sind noch kaum, wie in die Staatsverwaltung, auch Außenseiter und mit ihnen neue Ideen gedrungen. Leute wie Chamberlain und Spengler, trotz aller Angreifbarkeit ihrer Einzellehren und trotz des Meteorhaften ihres schnellen Massenerfolgs zweifellos geniale Köpfe, werden auf den Universitäten nach wie vor beharrlich totgeschwiegen, weil sie selbst noch nicht tot sind, wie z. B. Schopenhauer und Nietzsche, die zu ihren Lebzeiten ebenso totgeschwiegen sind. Denn die Fachleute pflegen in den alten Traditionen ihre Spezialwissenschaft, die sie gleichsam für sich allein gepachtet zu haben glauben, zugleich die Quellen ihres Ansehens, Wirkens und Broterwerbs gegen alle neuen Ideen genialer Außenseiter mit eifersüchtiger Gehässigkeit zu verteidigen. Wie sagt doch Goethe? „Die Gelehrten sind meist gehässig, wenn sie widerlegen." Wehe daher z. B.

einem schlichten „Gymnasialprofessor", welcher sich erdreistet, andere wissenschaftliche Ansichten als die Universitätspäpste zu verfechten!

Auch haftet der Blick des Fachmanns regelmäßig, wie hypnotisiert, an den angreifbaren Einzelheiten und kann sich daher zum genialen Nachfühlen einer originellen Gesamtidee überhaupt nicht aufschwingen. Es gab zwar Zeiten, in welchen auch die Spezialwissenschaften von Quellen und Wellen frischen Lebens durchflutet, von großen Gesichtspunkten und schöpferischen Ideen geleitet wurden; deren Träger waren aber auch damals mehr oder weniger geniale Außenseiter und Bahnbrecher. Von ihrem Geist „spürest du kaum einen Hauch" mehr. Jetzt ist die Sozialforschung in Püttjerei und Pedanterie, die Universitätsphilosophie in Haarspalterei und Begriffstüftelei versunken. Die großen Gesichtspunkte und schöpferischen Ideen sind erschöpft und erstickt von wissenschaftlicher Kärrnerarbeit, deren angebliche deutsche Gründlichkeit und Exaktheit jeden Höhenflug des Geistes als ideologische und spekulative Phantastik verketzert.

Nehmen wir als Beispiel eine weitverbreitete philosophische Fachgesellschaft wie die Kantgesellschaft. Diese hat seit der Revolution eine ganze Reihe fleißiger und gelehrter Vorträge und Doktorarbeiten, die niemand liest, über Mendelssohn und Kleist, Kant und Hegel, Poseidonios und Averroes, über den Wertbegriff, das Möglichkeitsproblem, das Realitätsproblem und dergleichen gebracht. Aber zu den gewaltigen Umwälzungen und brennenden Fragen der Gegenwart Stellung zu nehmen, zu deren philosophischer Verarbeitung und Klärung beizutragen, ist ihr zu „unwissenschaftlich", von oberflächlicher Spielerei und Buhlerei mit den modernen sozialen Ideen und Theorien abgesehen. Nur die Relativitätstheorie ist der Beachtung gewürdigt, weil sie selbst akademischer, also gleichsam legitimer Herkunft ist. Ihr akademischer Augenblickserfolg spricht gerade gegen ihre dauernde Bedeutung. Sonst wurden regelmäßig auch bedeutende Akademiker von ihren Kollegen zunächst totgeschwiegen, z. B. auch Kant.

Auch die Wissenschaft versteinert und versandet hoffnungslos in ihren alten ausgefahrenen Geleisen, trotz aller emsigen Kleinarbeit, wenn ihr nicht frisches Blut und Leben zugeführt werden. Es gibt in Deutschland auch außerhalb der Universitäten Schriftsteller genug, welche auch eine Professur ausfüllen könnten. Hier wären Reformen genügend geboten. Allerdings läuft auch jeder Außenseiter Gefahr, als Professor zum Fronarbeiter und Handwerker der Wissenschaft zu werden. In akademischen Kreisen ist bekannt, wie schnell die Schaffenskraft nach der Erlangung einer ordentlichen Professur zu erlahmen pflegt. Der große Spinoza hat deshalb eine ihm angebotene Professur abgelehnt und ist lieber freier philosophierender Glasschleifer geblieben.

Aber wir stehen nicht mehr in der Abenddämmerung eines verlöschenden Zeitalters, in welcher ein müdes Geschlecht sein Tagewerk in mechanischer Kleinarbeit noch vollendet. Die Nacht ist vorgeschritten. Schon dämmert das Morgenrot eines neuen Schöpfungstages herauf. „Horchet! Horcht dem Sturm der Horen! Tönend wird für Geistesohren schon der neue Tag geboren."

Auf, deutsche Jugend! Auf in den Kampf für die Freiheit des Geistes! Zerreißt die spanischen Stiefel, Schraubstöcke und Zwangsjacken, welche die mumifizierte Kathederweisheit einer an Altersschwäche zusammengebrochenen Kulturepoche in langjähriger, stiller Zwergenarbeit, Politur und Dressur den Flügeln des Geistes angelegt und angeschmiedet hat durch ein Netz starrer For-

men und Formeln, Normen und Methoden, Prinzipien und Vorurteile, in deren feinen Maschen die Seele wie ein gefangener Adler flattert und schmachtet, anstatt wie ein Vogel Phönix aus der Asche wieder emporzusteigen. Die Schicksalsstunde hat geschlagen. Wehe der Jugend, welche sie ungehört verstreichen läßt. In ihre Hand ist das Schicksal eines Volkes, einer Kultur, eines Jahrhunderts gelegt. Doch schon regen sich auch tausend Keime neuen, „expressionistisch" gärenden Lebens, Strebens und Schaffens, dessen Romantik, Sturm und Drang ebenso lebhaft an die entsprechende Revolution des Geistes im 18. Jahrhundert erinnert, wie das verflossene Zeitalter der Naturwissenschaft und Technik an dasjenige der Aufklärung. Möchten unserer Jugend auch wieder solche Führer zur geistigen Neugeburt erstehen wie damals!



An das Gewissen*) der Aerzte!

Aerzte der ganzen Welt! Ihr seid nicht mehr frei in Eurem wissenschaftlichen Denken und darum auch nicht mehr in Eurem Handeln. Die Gesetze Eures Handelns werden Euch, ohne daß es Euch zum Bewußtsein kommt, von unsichtbaren Geistern diktiert. Eure Wissenschaft und damit sekundär auch das Wohl und Wehe der Euch anvertrauten Patienten wird von medico-journalistischen Geheimkabinetten aus dirigiert. Eine wohlorganisierte Bevormundung hat sich der medizinischen Fachpresse, ja sogar der Behörden, und mit Hilfe der wiederum mit jener koalierten ärztlichen Monopolberatung, die der Oeffentlichkeit eine gesiebte Wissenschaft vorsetzt, auch der Tagespresse bemächtigt. Man führt Euch Aerzte, die Ihr den vielfach heimlich interessierten Autoritäten blind vertraut, da Ihr keine Zeit habt, die „Ergebnisse" der angeblich „voraussetzungslosen" und „uneigennützigen" Forschung nachzuprüfen, irre. Schon ist man in der sonst sacrosancten, heute durch die Annoncen der Fachpresse, die in einem Rundschreiben erklärt hat, ohne diese nicht existieren zu können, beeinflußten Medizin soweit, daß der fast einstimmige Beschluß des Parlaments, (der aber von den Medizinalbehörden sabotiert wurde) lediglich eine paritätische Prüfungskommission für ein Patent-Milliarden-Medikament einzusetzen, das Tausende von Menschen, ohne daß es ihnen Heilung garantierte, ins Grab gebracht hat, einige Tage nach der Parlamentssitzung im Börsenbericht der Großpresse die Aktien eines Weltunternehmens „lustlos" erscheinen ließ. So wenig kann dieses Medikament die Objektivität vertragen. Am meisten aber sträubte sich die „voraussetzungslose" Fachpresse dagegen. Warum?

Sexualkapitalisten sind bei der Frage der Ausrottung der Geschlechtskrankheiten die bevorzugten Sachverständige, als ob zweckmäßig Großbrauer in Fragen der Abstinenz ein Sachverständigenmonopol besäßen, als ob jemand gerne den Ast absägen würde, auf dem er nun einmal sitzt.

„Voraussetzungslose Wissenschaft", so nennt die medico-journalistisch dirigierende und dirigierte Zunft ihr nach außen hin so korrektes und angeblich charitatives Verhalten. Verbrechen an der Wissenschaft und der Menschheit ist es in Wirklichkeit. Ein Verhalten, das Euch Aerzte, ohne daß Ihr es merkt, mit dem Leben der Euch anvertrauten Patienten va banque spielen läßt auf Grund einer autoritativen Massensuggestion seitens der Medicomillionäre und ihres Anhanges! Es ist ein Betrug am Volke, der unter der gleißnerischen Maske der Volksbeglückung auftritt, der den Erfinder eines menschentötenden, aber nicht heilenden Mittels als „Wohltäter der Menschheit" in allen Gazetten und Medicojournalen pries, als uneigennützigen Messias, obschon er heimlich mit Millionen ebenso wie seine Mitarbeiter beteiligt war. Beteiligung als Entgelt für geleistete Arbeit ist das Recht der Aerzte und war auch sein Recht, entgegengesetzt, die Verbreitung der Nichtbeteiligung war Vorspiegelung falscher Tatsachen.

Private Vereinigungen sorgen unter mächtigem Pharisäerschutze dafür, daß die Maske nicht abgenommen wird. Und doch dringen die Röntgenstrahlen der Wahrheit allmählich auch durch dieses so wohlgefügte großkapitalistische Gewebe. „Da wird der Geist Euch wohl dressiert in spanische Stiefel eingeschnürt".

Erscheint ein Kritiker, der einem Milliarden-Weltbluff die Maske abnehmen will, dann vereinigen sich eine Anzahl direkt und indirekt beteiligter autoritativer „Führer" und ihre Mitläufer, um den Schrei der Wahrheit zu ersticken und die Leichenhügel mit geschickt für ein p. t. Publikum zurecht gestutzten journalistischen, immer wieder neue Phrasen und Theorien zu überdecken. Eine Revolution der Aerzte muß einsetzen. Darum (frei nach Piper) „zerreißt die spanischen Stiefel, Schraubstöcke und Zwangsjacken, welche eine raffinierte Cliquenwirtschaft einer an Alterschwäche zusammengebrochenen Kulturepoche in langjähriger stiller Zwergenarbeit, Politur und Dressur den Flügeln des Geistes und der Kritik angelegt hat, um durch ein Netz starrer Formen und Formeln, Normen und Methoden, Prinzipien und Vorurteile mit seinen feinen Maschen die Wahrheit zu verdecken. Man wird das Netz zerreißen und der nackte Egoismus wird sich zeigen anstelle der in allen

---

*) Aus „Weltbluff", S. 3.

Gazetten des Tages und des Fachs betonten Uneigennützigkeit. Die Fachleute pflegen in den alten Traditionen ihrer Spezialwissenschaft, die sie gleichsam für sich allein gepachtet zu haben glauben, zugleich die Quellen ihres Ansehens, Wirkens und Broterwerbs gegen alle neuen Ideen genialer Außenseiter mit eifersüchtiger Gehässigkeit zu verteidigen."

Die Zunft (die nicht mit dem Stande als solchem verwechselt werden darf) verzeiht ihm seine Genialität nicht, sie verunglimpft ihn im Leben und ketzert ihn über das Grab hinaus. Statt der Scheiterhaufen verwendet die moderne medizinische Dogmatik die unkontrollierbare Macht einer ihr infolge ihrer Majorität besonders zugängigen bestimmten Presse, die den Gegner systematisch als „Eigenbrödler" und als „Außenseiter", ja als Schlimmeres hinstellt, sich stützend auf die den Phrasen blind vertrauende Masse. An Stelle der Verität tritt die Majorität, an Stelle der Tatsachen die Massensuggestion und die Organisation. Und Leichenhügel sind das Ende!

Millionen glücklich gewordener Menschen danken in Hütte und Palast dem Entdecker der schmerzlosen örtlichen Betäubung, dem genialen Chirurgen, Dichter und Denker Carl Ludwig Schleich. Aber die Zunft lehnte zunächst seine Methode ab, und als man sie anerkennen mußte, da verfolgte ihn der Groll der Impotenz. Ja, selbst bei der Begräbnisfeier dieses Großen im Bereiche der Medizin und der Philosophie (ἰητςός φιλόσοφος ἰσόθεος = der denkende Arzt ist göttergleich. Hippokrates) war weder die „Medizinische Gesellschaft", noch die „Medizinische Fakultät", noch die „Chirurgische Gesellschaft", noch die „Medizinalabteilung des Wohlfahrtsministeriums" vertreten. Wie man versucht hatte, ihn im Leben zu stigmatisieren, so auch im Tode. Jedoch, sein „Schaltwerk der Gedanken" läßt sich nicht ausschalten. Vergebliches Bemüh'n der kleinen Geister! Der Starke ist am mächtigsten allein!

Mozart hat man wie einen Hund in einem Massengrab beerdigt, und Schiller bei Sturm und Regen unter der Begleitung einiger weniger Getreuen davongetragen. Mozart, Schiller und Schleich leben. Und über die Kleinen und Kleinlichen der um ihre Einkünfte besorgten Zunft geht die Weltgeschichte trotz ihrer Titel und ihrer vielleicht durch Amidade erworbenen Stellungen in privaten und behördlichen Körperschaften und ihrer glänzenden äußeren Verhältnisse hinweg. Wer nicht durch in verba magistri et autoritatis schwörende Drillorganisationen, die, wenn sie dem Volke auch nur schaden, so doch seinen Namen und sein Geschäft popularisieren, zunächst sich selbst, und dann angeblich die Welt, bereicherte, der verdient nicht einmal am offenen Grabe den Dank der modernen Hüter der Medizin, die in den Salons und an der Gruft betriebsamer egozentrischer Organisatoren das Lob der connexionsbeflissenen Beati possidentes als „Förderer der Wissenschaft" singen. Der Charakter ist zu den Hunden gegangen und unbestechliche Charaktere werden für einfältige Dummköpfe gehalten und der Obhut wegen dieser ihrer unbegreiflichen „Anormalität" empfohlen.

Wer dem medizinische Dogmen diktierenden und über amtliche und private Verbindungen verfügenden Medicokapitalismus zunahe treten, wer das Weiterschaufeln von durch die ärztliche „Kunst" aufgeworfenen Gräbern dadurch verhindern will, daß er den Injektoren die goldbringende, sagen- und märchenumwobene Venenspritze aus der Hand nimmt, der wird fürderhin aus der Liste, den Annalen, den Archiven und Wochenschriften der aprioristisch prüfenden Medicinaldogmatiker gestrichen, seinen mit drei Kreuzchen versehenen Namen meldet von nun an kein Referat, kein Blatt, kein medizinisches Buch mehr, schwarze Listen werden über ihn angelegt, mit Sophismen, dialektischen Verdrehungen und Verdächtigungen in einer Erwiderungen nicht duldenden Presse werden seine Forschungen kaltgestellt, bei der Erörterung seines Spezialgebietes in wissenschaftlichen Gesellschaften „vergißt" man ihn, bei jenen Erörterungen, die nur deshalb alle Jubeljahre einmal mit gesiebten Referenten in bestimmten medizinischen Vereinigungen gehalten werden, weil der Medicokritiker es wagt, die öffentliche Meinung von Zeit zu Zeit derart zu beeinflussen (was man als alleiniger Macher der öffentlichen Meinung „Beunruhigung" nennt), daß unbedingt nach außen hin etwas geschehen muß. Ut aliquid fieri videatur, wie der technische Ausdruck heißt. Adhoc-Journalisten bearbeiten dann die Siebe- und gesiebten Referate zu einem Ragout fin scientifique populaire. Aber der Starke läßt sich, wie Schleich bewiesen, nicht totschweigen, er findet Mittel und Wege, seine Ideen zu propagieren und ein wissenschaftliches Schiebertum zu entlarven, das, wie zu den Zeiten eines Molière und Semmelweiß, so auch heute sich breit macht, heute, in dem Zeitalter der telegraphisch arrangierten autoritativen „wissenschaftlichen", unter der Flagge der Volkswohlfahrt segelnden Massensuggestionen in vielfacher Potenz gegen früher.

In die Ministerien und Universitäten muß der wahre Geist wieder eindringen, wie vor 2000 Jahren muß der Händlergeist aus dem Tempel der Wissenschaft vertrieben werden. Eine „Revolution des Geistes“ muß und wird kommen. Die Massensuggestion geht so weit, daß in stumpfer Resignation eine medizinische Gesellschaft kaum noch etwas dabei empfindet, wenn ein Arzt in einem Jahr 12 Menschen, ein anderer 13, ein dritter 6 „per artem medici“, nicht an der Krankheit, sondern auf Grund der Anwendung eines remedium journalisticum verliert, wenn derselbe Arzt 242 in einem Jahr als vergiftet registriert. Wieviel Familienunglück, wieviel verwahrloste Kinder sind mit diesen Zahlen verknüpft? „Unbekannte Soldaten“ der Kapitalswissenschaft, die über stöhnende, krampfbefallene Menschenleiber und über Witwen und Waisen hinwegschreitet im Gefühl der Deckung durch interessierte und uninteressierte, in diesem Falle die Zusammenhänge nicht merkende Autoritäten. Taub, lahm, siech, tot, blöd, blind und schwarz, eine ganze therapeutische Pathologie! Sie rührt die großmächtigen Drahtzieher nicht, die — manus manum lavat — ihre autoritativen Gönner zu Sexualmillionären, zu Ordensrittern und zu „Bekennern der Wahrheit“, d. h. zu Professoren machen, und die immer dann in der Presse, die den Gegner dann nicht erwidern läßt, Exculpationsartikel schreiben, wenn mal wieder die Gräber sich öffnen. Stirbt etwa jeder 500ste an der Therapie, dann wird mit Hilfe der privaten „Statistik“ in der Tagespresse die Gefahrenchance 1 : 18 000! Ja 1 : 163 000, auf Einspritzungen, berechnet!

Aerzte der ganzen Welt!

Ἰητρός γαρ ἀνὴρ πολλῶν ἀντάξιος ἄλλων. Denn ein heilender Mann ist wert wie viele zu achten. So hieß es vor 2000 Jahren.

Auch heute muß es wieder so heißen! Jagt die vielen autoritativen Medizinpäpste zum Teufel! Jagt fort die mit ihnen Hand in Hand arbeitenden Helfer bei einer subjektiven, aber nicht „exakten“ Wissenschaft! Sie bringen jahrelang zunächst in der Fachpresse, später aber auch in einer bestimmten Tagespresse Uebertreibungen, und wenn dann die Witwen und Waisen an den noch offenen Gräbern trauern, dann schweigen sie. Weder „pro“ noch „contra“, oder aber eine Verdrehung der Tatsachen wird dann gebracht. Scheinneutralität! Wenn dann das Medicodogma schnell perfekt ist und nach Haenisch Leichenberge auf Leichenberge sich getürmt, dann hilft das pharisäische Jammern nicht mehr. Aerzte, sorgt, daß endlich die ärztliche Ethik den Sieg davon trägt über den unter der Maske des Volksbeglückers und des Biedermannes einherschreitenden medicokapitalistischen, leichenbefleckten Händlergeist! Aerzte, erinnert Euch, daß Ihr nicht zum Töten, Erblinden, Lähmen und Ertauben Eure hehre Kunst gelernt habt! Aerzte, seid Menschen, seid mehr als das, πολλῶν ἀντάξιοι ἄλλων! Gedenkt, daß Ihr zur Heilung der Leidenden, aber nicht, ohne daß Ihr es merkt, um den Profithunger der Medicomillionäre zu stillen, Aerzte wurdet! Aerzte heilt, aber tötet nicht!

Von den Geistigen.

„Wer nicht zweifelt, der denkt nicht; und wer nicht selber denkt, der läßt die Allgemeinheit des Volkes für sich denken und hat nur die Gedanken seiner Zeit; der ist gedankenlos; der erkennt nicht das Gute, weil er nicht das Schlechte erkennt, weil er das Schlechte für das Gute hält und das Nichts für das Etwas. Du, der du denkst wie ‚man‘ denkt, dem die Meinung ‚aller‘ so viel bedeutet als Wahrheit, natürlich die Meinung aller Gebildeten, und der du nicht denken willst wie ‚Niemand‘ denkt — noch einmal: komm zur Besinnung, halt es dir recht vor, wie oft bei diesem ‚Niemand denkt so‘ unter ‚Niemand‘ diejenigen zu verstehen sind, die allein denken, und daß diese Meinung ‚aller‘ an sich selbst verdächtig ist, daß dieses ‚Man denkt‘ fast immer übersetzt werden muß in ‚Gar nicht denken‘, ‚Verkehrt denken‘.“ (Constantin Brunner, Die Lehre von den Geistigen und vom Volke I. p. 79.)

1. Machinationen des Medicokapitalismus.

Im Juni 1910 wurde mit größter Reklame in allen Zeitungen der gesamten Welt verbreitet, die Syphilis sei durch die Entdeckung von Ehrlichs Salvarsan mit einer Spritze heilbar. Vom Nordpol bis zum Südpol verbreiteten die Interessenten in einigen Monaten diese Kunde.

Im „Hamburger Echo", Nr. 269, 1917, sprach der Abgeordnete Haenisch in dem Aufsatz „Kapital und Wissenschaft" von der Besorgnis, die einen Teil der Aerzteschaft anno 1910 befallen habe, als die Botschaft kam, daß eine einzige Salvarsan-Einspritzung genüge, um die Lues zunichte zu machen. Er schildert die komische Angst mancher dieser Aerzte, die nun ihre ganze Praxis zu verlieren fürchteten. Dann fährt er fort:

„Doch diese Besorgnis gewisser Aerztekreise schwand sehr bald, als, zunächst allerdings nur in den engsten Fachkreisen, bekannt wurde, daß, wenn überhaupt von einer Heilung der Syphilis durch das neue Mittel, so doch jedenfalls nur von einer sehr langsamen Heilung die Rede sein könne. Dafür setzte aber in der großen Oeffentlichkeit nun mit einem Schlage eine um so lebhaftere Preßreklame für das Mittel ein, dessen Fabrikanten die überaus kapitalkräftigen Höchster Farbwerke sind. Wie stark das Interesse dieses großkapitalistischen Betriebes, der auch an anderen pharmazeutischen Produkten Jahr für Jahr viele Millionen verdient, insbesondere an Salvarsan ist (so wurde das ursprünglich als Ehrlich-Hata 606 bezeichnete Mittel später genannt), mögen die Leser aus folgenden Angaben ersehen, die seit Jahren unwidersprochen durch die Fachpresse gehen, und die ich, gleichfalls unwidersprochen, am 1. März 1917 im Abgeordnetenhause wiederholt habe. Danach beträgt der Herstellungspreis für ein Kilogramm Salvarsan Mk. 8 (acht Mark), bei der Abgabe an den Verbraucher aber ist der Preis Mk. 16000 (sechzehntausend Mark). Selbst wenn man zu dem reinen Herstellungspreise noch allerlei Verpackungs- und Versandspesen und sonstige Ausgaben, die nach Ehrlichs Behauptung sehr hoch sind, hinzurechnet, so bleibt doch die Spannung zwischen dem Erzeugerpreis und dem Verbraucherpreis geradezu ungeheuerlich. Es ist unter diesen Umständen kein Wunder, daß die Höchster Farbwerke, wie sie gleichfalls meines Wissens niemals bestritten haben, nach der Einführung des Salvarsans allein in dem einen Jahre 1913 einen Reingewinn von nicht weniger als 16 Millionen Mark erzielt haben. Dabei war 1913 noch ein Friedensjahr mit Friedensgewinnen!

Also: es setzte sofort nach der Erfindung des Mittels, noch bevor es in seinen Heilwirkungen auch nur ganz oberflächlich hatte erprobt werden können, die wüsteste Preßreklame ein, die bis dahin jemals erlebt worden war, und die in ihrer suggestiven Wirkung schließlich auch durchaus einwandfreie Zeitungen in ihren Bann zog. Ein paar Stichproben müssen hier genügen: Die „Jugend" gab eine besondere Salvarsan-Nummer mit Ehrlichs Porträt als Titelbild heraus. Alle großen Zeitungen brachten Interviews mit mehr oder minder anfechtbaren medizinischen Autoritäten, die durchweg die schon damals in sehr großer Zahl unmittelbar nach dem Gebrauch des Mittels festgestellten Todesfälle und schweren gesundheitlichen Schädigungen verschwiegen, dafür aber Ehrlich in den höchsten Tönen als den Erlöser der Menschheit feierten. Und das, obwohl die Sypilis eine Dauerkrankheit ist, über deren wirkliche Heilung man erst nach eben soviel Jahrzehnten urteilen kann, wie damals nach Freigabe des Mittels Monate verstrichen waren! —

Daß der neue Messias, wie er schließlich im Jahre 1914 selbst hat zugeben müssen, an den Höchster Farbwerken und damit an dem Gewinn des Salvarsans stark finanziell beteiligt war, das hat sein Frankfurter Prophet, und

das haben auch seine Berliner und sonstigen Propheten wohlweislich verschwiegen.

Worauf es mir im Zusammenhange dieses Artikels aber in erster Linie ankommt, das ist das Verhalten der offiziellen Wissenschaft und ihrer Fachpresse allen diesen offenkundigen und nicht hinwegzuleugnenden Tatsachen gegenüber. Eine ganze Reihe namhafter Forscher, die, von ihrem ärztlichen Gewissen getrieben, sich seit Jahr und Tag schon verpflichtet fühlen, auf Grund ihrer umfassenden Erfahrungen vor dem Salvarsan auf das ernsteste zu warnen, sehen sich dauernd den schwersten Verunglimpfungen und Verfolgungen ausgesetzt und finden in der Fachpresse verschlossene Türen. Unter ihnen nenne ich besonders — aber es sind wahrlich nicht die einzigen — den bekannten Giftforscher Dr. Kanngießer und den Berliner Polizeiarzt a. D. Dr. Dreuw. Dreuw berichtet darüber in seinem Buche: „Die Salvarsangefahr" über seine Erfahrungen und ihre tieferen Ursachen das Folgende:

„Eine für die heutige Medizin charakteristische Erscheinung ist die Herstellung fast sämtlicher Heilmittel durch die chemische Großindustrie, die ihren ungeheuren kapitalistischen Einfluß sowohl auf einen großen Teil der Tages- als der Fachpresse auszuüben imstande ist. Als ich rein wissenschaftlich vor dreieinhalb Jahren Kritiken an dem Salvarsan in Fachzeitschriften auszuüben begann, da bemerkte ich bald, daß unsichtbare Geister am Werke waren, mir Schwierigkeiten zu machen. Ich wandte mich daher, als mir in der Fachpresse, in wissenschaftlichen Versammlungen durch behördliche Verbote, durch Beschwerden usw. Steine in den Weg gelegt wurden, mittels einer Denkschrift an das Kaiserliche Gesundheitsamt . . ."

Selbst die kommentarlose Wiedergabe einzelner von ihm beobachteter Krankengeschichten wurde Herrn Dreuw in der Fachpresse unmöglich gemacht. Und als er sich dann notgedrungen an die Tagespresse wandte, um sich nicht völlig mundtot machen zu lassen, da erhob sich von der gleichen Seite, die selbst kurz zuvor gleichfalls in der Tagespresse den oben gekennzeichneten reklamehaften Salvarsanhumbug verübt hatte, ein wüstes Geschrei: Dieser Frevler scheut sich nicht, wissenschaftliche Streitfragen vor ein Laienpublikum zu bringen. Schließlich setzten die „unsichtbaren Geister" sogar die zwangsweise Entfernung des Herrn Dr. Dreuw aus seiner Stellung als Berliner Polizeiarzt durch. Und das, obwohl Herr Dr. Dreuw noch kurz vorher vom Polizeipräsidium mit ganz besonderen Vertrauensmissionen beehrt, obwohl er sogar dem überseeischen Auslande als Gutachter für Fragen der Syphilisbekämpfung empfohlen worden war! Ich begnüge mich mit der nüchternen Registrierung dieser durchweg aktenkundigen Tatsachen, die nur einen ganz knappen Auszug aus dem riesigen mir vorliegenden Material darstellen."

Einzelheiten über die Machinationen in Sachen Salvarsan siehe in meinen Büchern „Weltbluff", „Die Salvarsangefahr" und „Die Sexualrevolution" und „Haut- und Geschlechtskrankheiten", zu beziehen durch den „Ritterverlag", Berlin, Neue Winterfeldtstraße 32. Siehe auch meine Aufsätze im Archiv für physikal-diaetet. Therapie Nr. 7/8, 1916 und 1917.



2. Der Antrag des „Revolutions“-„Kultur“-Ministers im Interesse der von ihm betonten „Freiheit der Wissenschaft“ eine Docentur „Staatliche Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten“ zu errichten.

Am 11. November 1918 wurde der Abgeordnete Haenisch plötzlich Minister. In der Salvarsanfrage war er als Abgeordneter seit 1916 als heftigster Gegner dieses Mittels hervorgetreten. Er leitete die Salvarsandebatten im Parlamente und sprach selbst am 1. 3. 17 von „Wissenschaft und Geschäft“ von „Leichensteinen auf Leichensteinen durch den Salvarsanschwindel“, von dem Klickenwesen bei der Besetzung der Lehrstühle für Geschlechtskrankheiten, im Hamburger Echo Nr. 269, 1917, erhob er ebenso wie in zahlreichen von ihm lancierten Zeitungsartikeln die heftigsten Anklagen und verlangte zusammen mit seinem Freunde Hirsch, daß ein Salvarsangegner aus Gründen der Wissenschaft einen Lehrstuhl an der Universität bekäme. Näheres hierbei siehe mein Buch „Die Sexualrevolution“, S. 314 und 495 ff, Verlag E. Bircher, Leipzig. Ich begleitete Haenisch am Mittwoch, den 13. Novomber auf seinen ersten Gang ins Ministerium, nachdem wir vorher uns am Bahnhof getroffen, wo bereits der spätere Staatssekretär Becker sich Haenisch attachiert hatte. Nomen et omen! Er übernahm das Erbe von Exzellenz Schmidt. Aus „Kultus“ sollte „Kultur“ werden. Da er sich der Worte erinnerte, die in seinen parlamentarischen Kämpfen gegen das Salvarsan sein Parlamentskollege, der spätere Ministerpräsident Hirsch, im Parlamente gesprochen: „Salvarsangegner dürfen nicht von den Universitäten ferngehalten werden“ und da er selbst schon als Abgeordneter die Absicht hatte, um meine Lehre ex cathedra vortragen zu lassen, damit (Universität!) auch der andere Teil zu Worte käme und er (s. S. 87) in diesem Sinne gegen die monarchische Regierung die heftigsten Anklagen erhoben hatte, daß sie, namentlich in der Salvarsanfrage (Kapital und Wissenschaft!), die Universitäten einseitig durch Cliquen besetzen ließe, war eine seiner ersten Absichten, der von ihm als Gewissensnotwendigkeit betrachteten Forderung zum Siege zu verhelfen, nämlich auch einem Salvarsangegner und Anhänger der allgemeinen, gleichen, diskreten Anzeigepflicht einen Lehrstuhl zu verschaffen.

Schon am 12. 11. 18 schrieb er, da er auf meinen Rat sehr viel gab, das folgende Schriftstück aus:

Der Minister
der geistlichen und Unterrichts-Angelegenheiten.

Berlin W. 8, Unter den Linden 4, den 12. 11. 18.

Der Inhaber dieses Ausweises, Herr Dr. Dreuw, ist für mich zu Zwecken persönlicher Beratung tätig. Ich bitte, ihn zu diesem Zweck vom Heeresdienst freizustellen.

Haenisch,
Volksbeauftragter für das Kultusministerium.

Nach verschiedenen Besprechungen in der Angelegenheit der Docentur klingelte er plötzlich Ende November 1918 bei mir an und fragte telephonisch, ob ich wohl wüßte, wer ihn zwecks Erteilung einer Universitätsprofessur in derselben Sache aufgesucht. Man sähe gleich, daß auch seine Gegner ihn als Minister aufzusuchen wüßten. Es war dies der gerade in der Zeit der Revolution, als die Titel abgeschafft waren, schnell von seinem Freunde Hirsch zum Geheimen Sanitätsrat ernannte Prof. Blaschko. Ein seit Jahren inscribierter Sozialdemokrat. Haenisch erklärte mir, er wisse durch dessen Unterredung nunmehr, wie man einen derartigen Antrag zu einer Universitätsdozentur-stelle, ich solle schnell zu ihm in seine Wohnung, Dijonstr. 17, kommen, wo schon seit ½ Jahr meine wissenschaftlichen Arbeiten lagen, da er, wie schon erwähnt, bereits bei der kaiserlichen Regierung eine Professur für mich beantragen wollte und zu diesem Zwecke meine Arbeiten monatelang bei sich lagern hatte. Bei dieser Gelegenheit diktierte er selbst mir stenographisch das folgende Gesuch in die Feder, das ich dann sofort absandte:

Berlin, 24. November 1918.

An den Herrn Kultusminister.

Unter Bezugnahme auf meine beiliegenden Arbeiten erlaube ich mir, den Antrag zu stellen, mir einen Lehrauftrag für die Berliner Universität auf dem Gebiete der Dermatologie — Syphilidologie zu geben. In Betracht käme „Moderne Prostitutionsbekämpfung. (Im Laufe der Besprechungen mit G.-R. Wende und Minister Haenisch wurde der Antrag in „Staatliche Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten" umgeändert. Dr. Dreuw.)

Wiederholt bin ich zur Beratung in diesen Fragen von den Abgeordneten fast aller Parteien, von dem Vertreter des Herrn Staatssekretärs des Innern, von dem Minister Exzellenz Drews, dem Herrn Kultusminister Haenisch u. a. hinzugezogen worden. Meine eigenen Vorschläge auf diesem Gebiet sind in der 16. Reichstagskommission für Bevölkerungspolitik weit und breit diskutiert worden. Sie sind in dem offiziellen Bericht der Kommission wörtlich abgedruckt. Die technische Einrichtung der Berliner Sittenpolizei ist meiner Idee entsprungen, nachdem ich im Auftrage des Polizeipräsidiums 1912 eine Mustereinrichtung auf der Hygieneausstellung in Dresden veranstaltet hatte. Die türkische Regierung sandte schon 1914 Exzellenz Nourredine zu mir, um sich auf diesem Gebiete Vortrag halten zu lassen. Der Gesundheitsrat von Cincinati hatte mich 1912 schon um Vorschläge auf diesem Gebiete gebeten, nachdem ich die Technik der Prostituiertenuntersuchung in dem Buche „Moderne Prostituiertenuntersuchung" beschrieben hatte. Meine Arbeiten und Veröffentlichungen auf diesem Gebiete sowohl in der medizinischen als in der Tagespresse sind allgemein bekannt und haben mit dazu beigetragen, daß, mit Ausnahme von zweien, sämtliche Mitglieder der Sachverständigenkommission der D. G. B. G. der Anzeigepflicht zugestimmt haben, kurzum, auf diesem Gebiet habe ich mich so betätigt, daß selbst meine energischsten Gegner im Parlament meine Verdienste auf diesem Gebiete hervorheben mußten. (Kirchner z. B.).

Auf dem Gebiete der Dermatologie habe ich über hundert Arbeiten und verschiedene Bücher verfaßt. Ich habe die Sammlung zur Bekämpfung der Läuseplage angeregt, die ca. ½ Millionen Mark ergeben hat. Ich bin der Begründer der Assistenzarztbewegung und Vorkämpfer auf dem Gebiete der praktischen Friseurhygiene. (Siehe mein Buch.)

Einen Teil der Arbeiten und Bücher lege ich bei, ebenso die Belege für die obigen Behauptungen in einer Mappe mit der Aufschrift „Curriculum vitae". (Diese Mappe lag vor der Revolution schon monatelang bei Haenisch. Dr. Dreuw) und bemerke noch, daß mir der Dank für die der Stadt Berlin geleisteten Dienste anläßlich einer ansteckenden Haarepidemie, sowie der Dank der Polizeibehörde Hamburg ausgesprochen wurde und daß ich Mitarbeiter der bekanntesten dermatologischen Zeitschriften, wie Eulenburgs Realencyklopädie war und daß meine Arbeiten in fast sämtlichen dermatologischen Lehrbüchern des In- und Auslandes erwähnt sind.

gez.: Dr. Dreuw.

Dem Gesuch legte ich meine Arbeiten und meine Zeugnisse und sonstigen Dokumente bei. (Dieselben sind Seite 132 ff veröffentlicht.)

---

3. Ein Verleumdungsgutachten der Berliner medizinischen Fakultät: gez. Prof. His, Prof. Franz.

Haenisch brachte mich bald darauf mit dem bisherigen Personalreferenten für die Universitätsberufungen, Geheimrat Becker, den ich am 13. morgens bereits am Bahnhof kennen lernte, und dessen Adlatus, einem in der Wissenschaft nie hervorgetretenen und hier völlig unbekannten jungen Mann namens Assessor Wende zusammen, denen ich meine Arbeiten und Dokumente vortrug und dann übergab, bei welcher Gelegenheit ich bereits hörte, daß Wende und Becker Duzfreunde waren und daß der in der Wissenschaft unbekannte Freund, wenn nicht zu großen Taten, dann zu einem großen Posten prädestiniert war. Ich merkte auch, daß Becker eine animose Gesinnung gegen mich zur Schau trug. Schon einige Tage darauf teilte Haenisch mir mündlich mit, daß Becker nicht gut auf mich zu sprechen sei, ich habe keinen guten Eindruck auf ihn gemacht, was, da er aus dem alten Regime meiner Gegner übernommen war und meine „schwarze Liste" kannte, da ihm bereits genügend über den bestgehaßten Salvarsangegner in die Ohren geraunt war, nicht verwunderlich war. Ich machte Haenisch von dieser meiner Auffassung Mitteilung. Daß von dieser Seite aus die Dozentur hintertrieben werden würde, daß sämtliche Salvarsanisten hier ihre Karte abgeben würden, um gegen die von mir vertretene Sache, deren Argumente sie fürchten, von hinten herum zu kämpfen, das wurde mir klar, als ich durch Zufall im Zimmer des Herrn Wende einen Brief liegen sah, datiert Frankfurt, Institut für experimentelle Therapie (Leiter: Geh. Med.-Rat Prof. Kolle), mit der Ueberschrift „Lieber Carl!" so heißt nämlich Herr Becker, der spätere Unterstaatssekretär, dann sogar Minister Becker. Ich erklärte Herrn Haenisch, als ich merkte, daß er der Fachgefangene Beckers war, schon nach einigen Wochen, wenn diese Leute über meine Arbeiten urteilen sollten, dann wäre das noch schlimmer, als wenn Adolf Hoffmann über ihn ein Urteil abgeben sollte, das darüber entscheiden sollte, ob er Minister werden oder bleiben sollte. Und in der Tat, Herrn Beckers Duzfreund und ganz junger wissenschaftlich unbeschriebener Faktor wurde sein Nachfolger als Personalreferent (amicus amico) für den wichtigsten Posten im neuen Deutschland (was den geistigen Wiederaufbau betrifft), für die Universitätsberufungen. Herr Becker wurde Unter-, dann Staatssekretär, und als solcher der wirkliche Leiter des Ministeriums. Der ca. 32jährige große Unbekannte als Nachfolger Althoffs! O quae mutatio rerum! O quae amicitia! Es ist bezeichnend für unsere greisen Universitätsprofessoren, für die Leuchten der Wissenschaft, die Althoff so schön geschildert und behandelt, daß sie trotz der Erkenntnis und trotz der berühmten Faust in der Tasche eine derartige Besetzung nicht verhinderten oder später wenigstens öffentlich kritisierten, wo sie doch von manchen Mitgliedern des sozialdemokratischen Parteivorstandes (Abgeordneter Zimmer) genug Material bekommen konnten. Als Herr Haenisch

mir persönlich von der Absicht, diesen jungen Mann, der angeblich so viele Vorzüge haben sollte, mit dieser wichtigen Funktion zu betrauen, Mitteilung machte, da merkte ich, daß seitens des zum wirklichen Fachminister avanzierten Herrn Becker bereits ein fait accompli vorhanden war, auf das ich bei einer der späteren Konferenzen Herrn Wende gratulierend hinwies, obschon ich in meinem Innern dachte, wie es möglich sein könne, daß ein in der Wissenschaft unbeschriebenes Blatt diesen wichtigen, ja für die geistige Erneuerung wichtigsten Posten bekommen könne. Aber wenn ein Chemiker, der Geh. Regierungsrat Krüß, Referent für medizinische Titularprofessuren*) war, warum sollte ein 32jähriger Assessor, zumal er der Freund des wirklichen Fachleiters des Kultusministeriums Becker war, nicht die Universitätsprofessoren vorschlagen? Daß aber dieser als Freund Beckers mir gegenüber nicht ganz unbefangen sein konnte, das geht aus dem Vorhergesagten wohl hervor.

In der Tat wunderte ich mich nicht, als Haenisch, mit dem ich verschiedentlich über die Docentur sprach, mit dem ich früher wöchentlich 1—2—3-mal zusammentraf und freundschaftlich verkehrte, gerne jede telephonische und persönliche Aussprache über dieses Thema mied. Er fürchtete anscheinend, daß ich auf die später von der Volkszeitung, dem Vorwärts, zahlreichen Aerzten und Professoren als notwendig erkannte Dozentur zurückkommen würde. Eines Tages, bald nachdem mein Gesuch eingereicht war, traf ich ihn, und bei dieser Gelegenheit schlug er mir vor, meinen, d. h. in Wirklichkeit seinen Antrag zurückzuziehen und eine Titularprofessur zu nehmen, was ich jedoch abschlug, da ich ihm erklärte, mir läge an dem Titel nichts, ich wolle meine wissenschaftliche Auffassung weiteren Kreisen der jüngeren Intelligenz vortragen, namentlich in der Frage der staatlichen Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten. Aber das war es ja, was meine Gegner fürchteten, daß die Studenten der Medizin offiziell die Tatsachen kennen lernten, die, da die Fachpresse sich diesen verschloß, sie nie erfuhren, es sei denn durch meine, der Not gehorchend, in die Tagespresse lanzierten Mitteilungen, die aber wieder von „unsichtbaren Geistern" als das Werk eines „Außenseiters" „von hinten herum" mit den nötigen Verleumdungen belegt wurden, gegen die man bei dem journalistischen Unterdrückungssystem machtlos war. Mit diesen Mitteln, mit der Amidade, die die Fachpresse zu den maßgebenden Faktoren unterhält, wird das große Wunder vollbracht, in der Oeffentlichkeit, auch der der Fachleute, ein schwarzes Blatt weiß erscheinen zu lassen. Und dieses System hat Haenisch als Abgeordneter gehaßt und bekämpft, als Minister geduldet und schließlich gebilligt.

Berlin, 29. 11. 18.

Mein lieber Herr Haenisch!

Eben lese ich in der „Freiheit" die Richtlinien des Kultusministeriums „Erreichtes und Erstrebtes", dort hieß es unter C 27: die akademische Lehrfreiheit wird von den letzten Fesseln befreit; C 23: hervorragende wissenschaftliche Vertreter anderer bisher systematisch ferngehaltener Lehrrichtungen sollen auf akademische Lehrstühle berufen werden. Nachdem Hirsch (das Stenogramm ist bei Geheimrat Becker) erklärt hat, es ginge nicht an, daß Salvarsangegner von den Universitäten ferngehalten werden, glaube ich, sind alle Vorbedingungen erfüllt. Da Becker im übrigen als Personalreferent des alten Systems tätig war und da mir schon früher mitgeteilt worden ist, daß man mich wegen meiner Salvarsanauffassung im Kultusministerium des alten Systems nicht geliebt hat, so können Sie sich denken, daß Becker nicht von heute zu morgen aus einem Saulus ein Paulus wird und statt der positiven Leistungen meinerseits sich an Aeußerlichkeiten klammert.

---

*) Die Berliner Volkszeitung schrieb deshalb, ob ein Schuhmacher am besten dir Prüfung für Schneider abhielte.

Ich habe das Vertrauen (am 29. 11. 18, als Haenisch eben Minister war!!) zu Ihnen, daß Sie als Sozialdemokrat den positiven Leistungen mehr Beachtung schenken als der Tatsache, daß ich nicht mit tiefster Devotion zu Herrn Geheimrat Becker gekommen bin. Wie die Dinge liegen, wird Becker **n i e** für mich eintreten. Um so mehr hoffe ich trotz aller reaktionären Wiederstände auf Sie.

Mit besten Grüßen Ihr Dr. Dreuw.

Am 20. Dezember 1918, als er von den Geheimräten noch nicht genügend über die Folgen einer gerechten Handlungsweise aufgeklärt war, übergab mir Haenisch das folgende Gutachten des Ordinarius für Dermatologie in Breslau, des Nachfolgers **N e i ß e r s**, meines größten Antipoden. Daß aus „Prostitutionsbekämpfung", d. h. der juristischen, nationalökonomischen, sozialhygienischen und medizinischen Betrachtung des Problems,*) plötzlich hinter den Kulissen „Prostituiertenuntersuchung" geworden war, und daß das Gutachten eine solche von ihm selbst konstruierte Professur für unnötig erklärt, ist vielleicht so zu erklären, daß man nicht ahnte, daß mir jemals diese Art der in meiner Erwiderung vom 4. 7. 19 genügend geschilderten „Begutachtung" zu Gesicht kommen würde. Herr Prof. Jadassahn rennt offene Türen ein und braucht den beliebten juristischen Trick, etwas zu widerlegen, was der andere gar nicht behauptet hat.

Das ominöse Gutachten lautet:

Abschrift.

Herrn Minister Haenisch, Breslau, den 15. Dezember 1918.
Universitätshautklinik,

Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung,
Berlin.

Hochgeehrter Herr Minister!

Sie haben mich bei der mir gütigst gewährten Unterredung ersucht, ein kurzes Gutachten über die Frage zu erstatten, ob es angezeigt wäre, an der Berliner Medizinischen Fakultät einen Lehrauftrag für **P r o s t i t u i e r t e n u n t e r s u c h u n g** **) zu erteilen.

Ich habe mir schon persönlich gestattet, auseinanderzusetzen, warum ich diesem Plan nicht befürworten zu können glaube. Das Gebiet, um das es sich dabei handelt, erscheint mir zu klein, um eine eigene Dozentur zu erfordern. Die polizeiärztliche Untersuchung der Prostituierten unterscheidet sich in nichts von der Untersuchung bei venerischen Krankheiten überhaupt, wie sie in der Klinik gelehrt wird. Weitere Fragen, die sich an die Prostituiertenuntersuchung anknüpfen lassen, gehören in das Gebiet der Sexualhygiene, für welche ein eigener Lehrstuhl beabsichtigt ist. Es ist nicht vorteilhaft, Lehraufträge für zu wenig umfangreiche Gebiete zu erteilen, weil dadurch der Wunsch nach immer zahlreicheren solchen Lehraufträgen geweckt und so eine allzugroße Zersplitterung herbeigeführt wird. Die Studierenden sind an und für sich schon sehr überlastet und können für so spezialistische Kollegien und Uebungen keine Zeit erübrigen, ohne das unbedingt Notwendige zu vernachlässigen. Wer Polizeiarzt werden will, bedarf meines Erachtens einer fachärztlichen Ausbildung in den venerischen Krankheiten, die er sich nach dem Examen in Fachkliniken erwerben muß.

Ich bin überzeugt, daß sowohl die Medizinische Fakultät wie auch die Studierenden meinen Standpunkt teilen würden.

In vorzüglicher Hochachtung Ihr sehr ergebener
gez. F. Jadassohn.

Gleichzeitig wandte sich Herr Becker nun auch an die Hauptquelle, an die medizinische Fakultät, deren Mitglieder die untenstehenden Professoren

---

*) Siehe mein Buch: „Die Sexualrevolution", der Kampf um die Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten.

**) Hier wird „Prostitutionsbekämpfung" schon in „Untersuchung" umgewandelt. (Siehe Seite 39.)

sind, mit denen er als Personalreferent seit Jahren in bester Verbindung stand. Laut „Berliner Tageblatt" vom 10. 8. 19 Nr. 369 erklärte **Haenisch** auf die Frage des Redakteurs Karl Fischer dieser Zeitung, „wie es in Zukunft mit der Berufung der Professoren bestellt sei und wie sich das Ministerium zu den Wünschen der Fakultäten stellen wird", wörtlich:

„Wenn es sich um die Neubesetzung eines Lehrstuhls handelt, wird das Ministerium zunächst natürlich das Votum der Fakultät einholen und deren Wünsche entgegennehmen (Fall Friedmann ??? Dr. Dr.). Es werden da weitere Sachverständige gehört werden, aber die **letzte Entscheidung, die Verantwortung vor Volk und Parlament** für die Wahl eines neuen Professors muß sich ganz entschieden das Ministerium vorbehalten."

Das Gutachten der Fakultät lautete (Widerlegung siehe Seite 000):

Abschrift.
Med. Fakultät der Kgl. Friedr.-Wilh. Univers. Berlin, 31. 1. 19.
Tagebuch 237.

An den Herrn Minister für Kunst, Wissenschaft und Volksbildung.

Der Herr Minister hat die Med. Fakultät unter U. I. 5028 aufgefordert, sich über die Zweckmäßigkeit eines Lehrauftrages für medizin. Untersuchungsmethoden auf dem Gebiete der Haut- und Geschlechtskrankheiten sowie über die wissenschaftlichen Leistungen des Herrn Dr. Dreuw zu äußern.

Herr Dr. Dreuw ist besonders bekannt geworden durch seinen Kampf gegen die Salvarsananwendung, der Syphilis, gegen die er sich schon zu einer Zeit gewandt hat, wo ungünstige Erfahrungen noch kaum vorlagen. Er hat dann fortgesetzt alles Material und vermeintliche und nachgewiesene Nachteile des Mittels eifrig und parteiisch zusammengetragen und seinen Standpunkt vor allem in der Tagespresse vertreten, sodaß er auch bei den Praktikern und Gelehrten, die dem Mittel skeptisch oder gar ablehnend gegenüber standen, Zustimmung und Anerkennung nicht hat finden können.

Die sonstigen zahlreichen Veröffentlichungen des Dr. Dreuw beziehen sich auf technische Dinge, wie Anwendung von Holzspateln, Ausspülen von Kanülen, Einrichtungen des polizeiärztlichen Untersuchungszimmers, Apparate zur Heilung der Impotenz. Schon die Titel der Arbeiten zeigen, daß nirgends grundlegende Fragen der ärztlichen Technik angeschlagen sind, sondern nur Mitteilungen über Kleinigkeiten des technischen Betriebes gemacht werden, wie sie etwa von einem Klinikleiter oder Laboratoriumsvorstand in Wandanschlägen oder in Zuschriften an Hilfsärzte oder Laboranten üblich sind.

Auch die therapeutischen Mitteilungen Dr. Dreuws beziehen sich immer nur auf kleine Aenderungen bekannter therapeutischer Methoden, z. B. andere Zusammensetzung von Salben. Die sogenannte Dreuw'sche Psoriassalbe ist nur eine kleine Aenderung einer von Eichhoff in Elberfeld angegebenen Methode.

Eine große Arbeit des Dr. Dreuw, in der er eine angeblich neue Haarerkrankung bei Schulkindern beschrieb, (Alopecia parvimaculata), Monatshefte für prakt. Dermatologie 1910), zeigt, daß es ihm an wissenschaftlichen Grundlagen und genügenden Kenntnissen fehlt. Eine Nachprüfung der 101 von ihm beobachteten Fälle, die auf behördliche Veranlassung, im Beisein des Dr. Dreuw von Geh. Rat Lesser und seinem Oberarzt vorgenommen wurde, ergab nämlich, daß es sich in keinem Falle um eine neue Krankheit, sondern um verschiedene Fälle von Favus, Trichophytie, Alopecia areata, Haarausfall und Narben und Eiterherden handelte, die Dr. Dreuw zu einem gemeinsamen Krankheitsbild zusammengeworfen hatte.

Es soll nicht geleugnet werden, daß Dr. Dreuw ein eifriger und betriebsamer Spezialarzt ist und organisatorisches Talent besitzt, wovon er namentlich auf der Hygieneausstellung in Dresden Zeugnis abgelegt hat. Aber die oben angeführten Tatsachen sind doch derartig, daß die Fakultät es auf das entschiedenste ablehnen muß, der Absicht zuzustimmen, Herrn Dr. Dreuw in irgend eine Verbindung mit der Universität zu bringen.

Unterschrift: Dekan und Professoren.
His. Franz.

(Ein Dermatologe war damals nicht in der Fakultät, später wurde es Prof. Arndt. Dr. Dreuw.)

Ferner erhielt ich noch folgende 2 Gutachten von Haenisch:

Berlin, den 1. Februar 1919.
W. 30, Bambergerstr. 16.

Sehr verehrter Herr Geheimrat! (Krüß!!!)

Entschuldigen Sie, daß ich Ihnen erst heute auf Ihr Schreiben vom 21. Januar antworte. Ich habe, um mir ein möglichst objektives Urteil über Herrn Dr. Dreuw bilden zu können, nochmals die Fachliteratur der letzten zehn Jahre und die wissenschaftlichen Arbeiten des betreffenden Herrn durchgesehen und bin dadurch in meiner Ihnen ja bereits bekannten Ansicht durchaus bestärkt worden. Dr. Dreuw hat viel kleine und kleinliche Sachen veröffentlicht. „Multa non multum" kann man unter Abänderungen des bekannten Plinius'schen Zitats von seinen Arbeiten sagen. Diejenige seiner Publikationen, die seinerzeit wohl am meisten beobachtet wurde, ist die über die sogenannte Alopecia parvimaculata, eine angeblich kontagiöse und epidemisch auftretende Erkrankung des behaarten Kopfes schulpflichtiger Knaben, die in der Mehrzahl der Fälle zur Narbenbildung und Haarausfall führte und die Dr. Dreuw bei 200 Kindern eines israelitischen Kinderhortes und mehrerer Schulen in Berlin beobachtet haben wollte. Diese Krankheit war bisher völlig unbekannt und ist sozusagen von Herrn Dr. Dreuw entdeckt worden. Bei einer Durchprüfung der Dreuw'schen Befunde durch den verstorbenen Geheimrat Lesser und mich an über 100 mit Erkrankungen des behaarten Kopfes behafteten Kindern einer Berliner Gemeindeschule, die Herr Dr. Dreuw persönlich vorgeführt hatte, stellte sich nun heraus, daß die von Herrn Dreuw entdeckte Krankheit gar nicht existierte. Er hatte Narbenbildung des behaarten Kopfes, wie sie namentlich bei Kindern im Anschluß an Infektionen mit banalen Eitererregern so häufig vorkommen, für etwas besonderes gehalten.

Außerdem wurden uns damals noch Kinder mit sicher übertragbaren aber allgemein bekannten Kopfhauterkrankungen vorgeführt (Favus trichophytie). Trotzdem Herr Dr. Dreuw damals eigentlich hätte einsehen müssen, daß es mit der Entdeckung nichts war, hat er doch mehrere Jahre später (die Entdeckung hatte im Juni 1910 stattgefunden), seine Befunde in einer deutschen und einer amerikanischen Zeitschrift veröffentlicht.

Daß ein Arzt mal in der Diagnose*) irrt, kommt vor und ist entschuldbar, daß man sich aber gleich 200mal irrt (Herr Dr. Dreuw hatte 200 Fälle seiner wohl von keinem anderen bekannten Dermatologen gesehenen Krankheit beobachtet) ist etwas viel. Da Herr Dr. Dreuw seine Fälle für kontagös hielt, trotzdem ein Nachweis von Erregern nicht gelungen war, hatte die Entdeckung auch noch einschneidende sanitäre Maßnahmen zur Folge, die bei der Harmlosigkeit der Affektion natürlich ganz überflüssig waren. Im übrigen beziehen sich Dreuw's Publikationen auf Verbesserungen namentlich an urologischen Instrumenten, Empfehlungen neu zusammengesetzter Salben usw. Bekannt ist seine Stellungnahme gegenüber dem Salvarsan, die aber m. E. weit über das Maß dessen hinausgeht, was man wissenschaftliche Geg-

---

*) In der Deutschen Mediz. Wochenschrift, 1913, Nr. 45, heißt es, daß die Kommission der Stadt Berlin die Alopecia parvimaculata als eine bisher nie gesehene neue Erkrankung anerkannte. Ist dies Arndt nicht bekannt? Dann soll er sein Amt als „Gutachter" niederlegen, wenn ja, dann übertrifft seine bösartige Fahrlässigkeit alles bisher Dagewesene, wenn er dies verschweigt. Oder glaubt dieser junge Mann, der bisher keine einzige Entdeckung von Bedeutung gemacht, nur er repräsentiere die „Wissenschaft"?

Der „Lokalanzeiger" vom 29. Oktober 1910 schrieb:

„Die Haarerkrankungen in den Schulen bildeten das Thema eines Vortrages, den gestern der Dermatologe Dr. Dreuw im Rathause vor Schulärzten und den berufenen Vertretern der Schulbehörde hielt. Der Vortragende erwähnte die Wichtigkeit der Bekämpfung epidemischer Haarerkrankungen für das Einzelindividuum, für die Kommunen und den Staat. Wenn Deutschland von größeren Epidemien (Altona, Hamburg, Schöneberg, Berlin) bisher verschont geblieben sei, so müsse dies erst recht ein Ansporn sein, die Weiterverbreitung und die Uebertragung namentlich aus dem Auslande zu verhüten. Welch große sozialökonomische Bedeutung der Kampf gegen die ansteckenden Haarerkrankungen habe, erhelle allein aus der Tatsache, daß die Stadt Paris jährlich 450 000 Fr. allein zur Bekämpfung dieser Erkrankungen ausgäbe. Etwa 100 Lichtbilder demonstrierten nach photographischen Aufnahmen des Vortragenden die enorm hohe Anzahl der Haarerkrankungen in den Schulen Berlins. Bei der von dem Vortragenden entdeckten Epidemie im Juli dieses Jahres seien über 150 Schüler erkrankt, die zum größten Teil wieder geheilt wären. — Zur

nerschaft nennt und sich allen auf diesem Gebiete wirklich geleisteten Fortschritten*) blind verschließt. Zuletzt wären noch seine ja allgemein bekannten Vorschläge zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten und seine Ansichten über die Prostitutionsfrage zu erwähnen. Neben recht brauchbaren Vorschlägen findet sich da aber auch die Empfehlung m. E. gänzlich unbrauchbarer Maßnahmen. **Herr Dr. Dreuw ist** sicher sehr strebsam, in seinen Arbeiten wohl auch von den besten Absichten geleitet, **kann aber nach meinem Dafürhalten nicht als jemand gelten, der wissenschaftliche Leistungen******) aufzuweisen hat.**

Mit den besten Empfehlungen bin ich Ihr sehr ergebener

gez. Professor Arndt.

Prof. Arndt ist ein ca. 35jähriger kurz vorher von Haenisch zum Ordinarius ernannter Protektionsschüler meines größten Gegners Prof. Lesser, der als Vorsitzender der Dermatologischen Gesellschaft am 13. Dezember 1910 sich folgendermaßen laut stenographischem Bericht betrug, als Freund Ehrlichs, den er einen „Wohltäter der Menschheit" noch im Jahre 1914 nannte, als er als Salvarsaninteressent längst entlarvt war: („Weltbluff.")

Ich selbst hielt am 13. Dezember 1910 meinen Vortrag gegen Ehrlich-Hata 606. Ehrlich war in Berlin, kam aber nicht zur Sitzung. Der Vorsitzende, Herr Geheimrat Lesser, unterbrach mich dreimal, bis ich die Kabinettsfrage stellte und einen Abstimmung der Versammlung wegen der fortwährenden Störungen beantragte. Dann erst ließ er mich ungehindert weiter sprechen. Die umfangreichen Diskussionsbemerkungen hat der Vorsitzende, Herr Geheimrat Lesser, nicht veröffentlicht, entgegen dem bisherigen Usus der Gesellschaft (siehe Dermatol. Zeitschrift 1911, Heft 4). Die weggelassene Diskussion lautet: Seite 71 des stenographischen Protokolls. Lesser: Warum soll das mit Hata zusammenhängen? Dreuw: Diese Schädigungen sind durch Hata hervorgerufen worden, doch nicht durch Quecksilber. L.: Vielleicht durch Ulcus molle oder durch etwas anderes? Das scheinen mir doch Bubonen zu sein. D.: Das waren keine Bubonen. Die Affektion war so eigentümlicher Art, daß es keine Bubonen sein konnten. (Heiterkeit.) Ich habe diese Fälle genau beobachtet. Es war ein allgemeines Infiltrat. Bei Bubonen fühlt man ganz deutlich die zirkumskripte Stelle. (Widerspruch.) Hier fühlte man das nicht, sondern man fühlte allgemein eine Verhärtung. L.: Ich möchte fragen, wo die Einspritzung gemacht worden war, vielleicht im Rücken? D.: Die Einspritzung war in die Glutäen gemacht worden. L.: Die Glutäen sind doch weit von der Inguinalgegend entfernt. Seite 73. L.: Ich möchte Sie einen Augenblick unterbrechen. Ich möchte doch bitten, hier nicht auf diese Dinge, die wir ja alle wissen und die so und so oft besprochen worden sind, noch einmal einzugehen und außerdem meiner Ansicht nach nicht richtige Schlüsse daraus zu ziehen. Seite 74. D.: Ich stelle es dem Herrn Vorsitzenden anheim, mich nachher zu widerlegen, aber ich bitte, mich jetzt nicht in meiner Rede wiederum zu unterbrechen. Ich stelle eventuell den Antrag, die Versammlung darüber entscheiden zu lassen, ob ich die sozialen Wirkungen, die ich für sehr wichtig hierbei halte, weiter erzählen soll oder nicht. Ich halte gerade die soziale Frage

---

Bekämpfung empfahl Dr. Dreuw u. a.: schulärztliche Ueberwachung und unentgeltliche Behandlung druch Schulärzte, ärztliche Aufklärung der Eltern, der Lehrer und namentlich der Friseure durch Vorträge."

Man sollte meinen, die Schulärzte und die Seite 43 erwähnte Kommission, darunter der erfahrenste Haarkenner Deutschlands, Prof. Joseph, seien nicht weniger klug wie der ca. 35jährige Protegé des Herrn Krüß, in dessen Amtszimmer Dr. Dreuw gegenüber ein Bestechungsversuch gemacht wurde. Was hat Herr Arndt geleistet, außer der Tatsache, daß er Ordinarius wurde? U. A. w. g. Man ersieht, daß, wie die Fachpresse (s. S. 83 des „Weltbluff") ein Stichwort ausgab, so auch 1. die Fakultät, 2. Herr Arndt und 3. sein und seines Freundes Krüß Freund Herr Löhe, der später der Angestellte des Herrn Arndt wurde, ein und dasselbe Stichwort zur geheimen „Begutachtung" hatten. Amici intra amicos! Eine eigenartige kultusministerielle „Begutachtung".

*) Der Fortschritt Arndt's besteht darin, daß er in 5 Monaten 8 Patienten mit diesem Fortschritt aus dem Leben ins Jenseits behandelte. Herr Arndt, fortschrittlich wäre es, Ihnen die Spritze aus der Hand nicht zu nehmen, sondern zu reißen.

**) Mein Buch, die „Sexualrevolution" und die Rezensionen werden ihm unterdessen wohl gezeigt haben, daß dieser Protegé eines salvarsanistischen Geheimrats besser täte, die Literatur zu studieren.

bei der Ehrlich-Hata-Behandlung für außerordentlich wichtig. Seite 75. L.: Ich möchte darauf erwidern: Ich habe das Recht, Sie zu unterbrechen und Sie zu bitten, mit Rücksicht auf die noch vorhandenen Redner sich kurz zu fassen und nicht auf Dinge, die meiner Ansicht nach schon so oft gesagt worden sind, so ausführlich einzugehen. Seite 76. D.: M. H., soweit ich mich erinnere, ist hier noch nicht die Prostituiertenfrage erörtert worden, und ich meine, diese Frage steht mit der Ehrlich-Hata-Frage doch in einem so großen Zusammenhang, daß ich geglaubt habe, darauf eingehen zu können und zu dürfen. Seite 77. L.: Gewiß, Herr Kollege Dreuw. Aber die Nekrosen stehen mit der Prostituiertenfrage nicht in Verbindung. (Heiterkeit.) Es ist selbstverständlich sehr gut, wenn Sie über die Prostitution sprechen. Seite 78. D.: Ich möchte doch darauf erwidern, daß diese Nekrosen sehr wohl mit der Prostituiertenfrage in Verbindung stehen (Heiterkeit), insofern, als die Prostituierten, welche die Nekrosen haben und meistens in sekundärem Stadium haben, eine große Gefahr für die Allgemeinheit bilden. Denn ich persönlich bin der Meinung, daß, wenn eine Person, die sich im sekundären Stadium der Syphilis befindet, eine so große offene Stelle hat, daß sie eine allgemeine Gefahr darstellt. Seite 83. L.: M. H., ich bitte um Ruhe. Ich möchte aber doch Herrn Kollegen Dreuw bitten, Rücksicht auf die Herren zu nehmen, die noch sprechen wollen. Seite 84. D.: Ich stelle den Antrag, darüber entscheiden zu lassen, ob ich fortfahren soll oder nicht. Ich erhebe für mich denselben Anspruch, den die Herren erhoben haben, die zuerst hier gesprochen haben. (Sehr richtig!) Man hat keinem der Herren, die zuerst hier gesprochen haben, irgendwie Schwierigkeiten in den Weg gelegt, und ich bitte, auch mich aussprechen zu lassen, solange nicht die Dermatologische Gesellschaft anders beschlossen hat. L.: Ich habe gebeten, Rücksicht auf die Herren Kollegen zu nehmen. D.: Ich möchte meine Gründe, die ich für meine Meinung habe, ausführlich mitteilen. Seite 85. L.: Ich glaube, meine Herren, wir können wohl auf die Abstimmung verzichten und lassen Herrn Dreuw weitersprechen." — — — Der Schriftführer der Gesellschaft, Dr. Felix Pinkus, fragte daraufhin telephonisch bei mir an, ob die obige Diskussion aus dem gedruckten Berichte wegbleiben könnte. Ich antwortete durch folgenden Brief:

Berlin, 31. Dezember 1910. Sehr geehrter Herr Kollege! (Dr. Pinkus.) Wie Sie mir gestern telephonisch mitteilten, hat Herr Geheimrat Lesser den Wunsch, daß die während meines Vortrages gemachten Diskussionsbemerkungen aus dem Bericht wegbleiben. Wie ich Ihnen schon telephonisch mitteilte, habe ich nichts dagegen einzuwenden, schon aus dem Grunde, da die Redaktion der Vorträge und der Diskussion in Ihren Händen liegt, und ich nicht darüber verfügen kann. Ich kenne die Statuten der Gesellschaft zu wenig, um zu wissen, ob ich persönlich die umfangreichen Bemerkungen weglassen darf, sodaß ich dies Ihrer Erfahrung überlasse. Jedoch möchte ich Sie bitten, mir wenigstens das unkorrigierte Stenogramm der Seiten, die in dem mir vorliegenden fehlen, freundlichst leihweise zu übersenden oder mir Mitteilung zu machen, wo ich diese einsehen kann. Ferner bitte ich Sie, mir freundlichst einen Abzug der Statuten der Gesellschaft, die nicht in meinem Besitz sind, zu übersenden. Mit vorzüglicher Hochschätzung Ihr ergebener Dr. Dreuw."

Wünsdorf, den 2. Februar 1919.

Lieber Krüß!

Für Ihre freundlichen Zeilen danke ich Ihnen bestens und bitte zu entschuldigen, daß ich erst heute zur Absendung des Gutachtens komme. Ich konnte aber nicht früher, da mir hier in Wünsdorf die Literatur nicht zur Verfügung steht.

Der Name des Herrn Dr. Dreuw ist der Aerztewelt und auch dem Publikum in weiterem Umfange bekannt geworden. Durch seinen in Fachzeitschriften und leider auch in der Tagespresse vertretenen Standpunkt in der Frage des Salvarsans, durch seine weit über das Ziel hinausgehende Kritik, die sich als nicht mehr auf dem Boden der Wissenschaft stehend bezeichnen läßt, und auch nicht berechtigt war, wie ja die weitere Entwicklung dieser Frage gelehrt hat, und wie der Standpunkt zeigt, der heute von fast allen Aerzten vertreten wird. Im übrigen existieren von Dr. Dreuw eine Reihe von kleineren Arbeiten, meist kasuistischer Natur, Schilderungen von Einzelbeobachtungen, die kein besonderes wissenschaftliches Interesse bieten. Die einzige Arbeit, die eine „gewisse Berühmtheit" erlangt hat, ist die Beschreibung einer ganz neuen Erkrankung der Haare (Alopecia parvimaculata), die sich auf 200 Fälle bezog, welche Dr. Dreuw an Berliner Schulkindern beobachtet hatte. Da durch Mitteilungen in der Tagespresse sehr bald Beunruhigungen sowohl in die Elternkreise

als auch in die Schulverwaltungen getragen wurden, wurde eine Kommission zur Nachprüfung der Befunde gebildet, welcher mein verstorbener Chef, Professor Dr. Lesser und Professor Arndt angehörten. Bei der Untersuchung der Träger dieser neuen Krankheit (es waren etwa 100 zur Stelle) konnte von einer neuen Krankheit überhaupt gar nicht die Rede sein. Vielmehr handelte es sich um einen Haarausfall, wie das auch bei ganz banalen Affektionen, die bei Kinderköpfen gar keine seltene Erscheinung sind, vielfach beobachtet und beschrieben war. Wohl mußte sich Dr. Dreuw bei der Kommission von der Unrichtigkeit der Auffassung der Befunde überzeugen, eingestanden hat er sie aber nie. Als Polizeiarzt der Stadt Berlin hat er jahrelang gewirkt und auch sicherlich als solcher in einschlägigen Arbeiten manchen guten Vorschlag gemacht, der den Praktiker verrät. Auf seine Anregungen hin ist auch mancherlei in der Frage der Bekämpfung der Prostitution geschehen und durch sein energisches Auftreten ist diese für die Allgemeinheit so wichtige Frage immer wachgehalten worden. gez. Dr. Löhe.

Die Mitglieder der Fakultät waren:

Geh. Med.-Räte Professoren His, Franz, Hildebrand, Flügge, Lubarsch, Kraus, Bonhöffer, Krückmann, Fick, Rubner, Bumm Hertwig, Bier, Czerny, Passow, Killian. (Es ist wichtig, die Verfasser des obigen Fakultäts-Gutachtens mit Namen kennen zu lernen.)

(Näheres siehe in meinem Buch „Die Salvarsangefahr", Berlin, Ritterverlag, Neue Winterfeldtstraße 32, und „Weltbluff", S. 78—94.

Ich ergänze die Verunglimpfungstaktik der Fachpresse, die auf Seite 78 des „Weltbluffs" von mir geschildert ist, noch durch das folgende Dokument der Münch. medic. Wochenschrift 1919, Nr. 30, S. 857, Verfasser „Hofrat Spatz". Am 9. 3. 31 wurde vor Gericht beschworen, daß er systematisch über meine Person unwahre Verunglimpfungen bringt und dann sogar preßgesetzliche Erwiderungen in unanständiger Weise dem Gegner versagt. Er schrieb am 23. 7. 19 (Stichwort der Clique: „Keine wissenschaftliche Leistung"):

„Das Preußische Ministerium für Kunst, Wissenschaft und Volksbildung hat, der D. m. W. zufolge, bei der Berliner med. Fakultät beantragt, Herrn Dr. Dreuw, „Polizeiarzt a. D.", einen Lehrauftrag zu erteilen. Die Fakultät habe, ebenso wie gegen die Uebertragung einer a.o. Professur auf Dr. Friedmann, auch gegen diese neue Zumutung entschieden Einspruch erhoben. Hat schon die Ernennung des Dr. Friedmann ohne Befragen der Fakultät die schwersten Bedenken erregt, so zeigt die Oktroierung eines Mannes wie Dr. Dreuw, der keine nennenswerte wissenschaftliche Leistung aufzuweisen hat, und dessen Name lediglich durch seine kritiklose und schädliche Hetze gegen das Salvarsan bekannt geworden ist, deutlich, wohin in Preußen die Reise geht. Es wird nicht lange dauern, so wird die „Parität der Heilmethoden", recte dieParittä der nichtapprobierten Krankenbehandler mit den Aerzten verkündet werden und die Ausführung des Beschlusses der Landesversammlung, die Errichtung von Lehrstühlen für die allgemeine Therapie betreffend, wird schon bald genug den regierenden Herren Gelegenheit geben, Naturheilkundige (biologisch denkende Aerzte) und Homöopathen in die Fakultäten zu bringen. Es handelt sich hier um eine schwere Gefahr für die deutschen Universitäten. Es geht nicht nur um ihr Selbstbestimmungsrecht, sondern geradezu um ihr Sein oder Nichtsein als Pflegestätten der voraussetzungslosen (!) Wissenschaft. Man wird den Entschlüssen der Berliner med. Fakultät mit lebhaftem Interesse entgegensehen. Sie wird, wenn sie den Kampf gegen ihre Vergewaltigung aufnimmt, sämtliche deutschen Universitäten und die gesamte Aerzteschaft hinter sich haben."

Wenn die Unterdrücker der voraussetzungslosen Forschung von „Voraussetzungslosigkeit" sprechen, dann erklimmt dieses Pharisäertum die höchsten Gipfel. Ich habe Seite 38, 78—94 des „Weltbluffs" das Treiben dieser medicojournalistischen Pharisäer entsprechend geschildert.

* * *

Dokumente.

In der Münch. med. Wochenschrift 1910 (S. 2070, 2023, 1767) lesen wir: „Die Uneigennützigkeit und Liberalität Ehrlichs (2070), die „Vorsicht und Uneigennützigkeit und Liberalität" (2023), die „Vorsicht und Uneigennützigkeit" (1767) bei der praktischen Ver-

wertung des Ehrlich-Hata." Die Frankf. Ztg. 1914 Nr. 173 schreibt, Ehrlich teilt mit, daß er und seine Mitarbeiter an dem Erlös des Salvarsans via Speyerhaus (Frankfurt) beteiligt sind. Berliner Tageblatt 1910. Interview Ehrlichs mit Baron de Rothschild. Ehrlich sagte: „Ich hätte leicht ein Vermögen erwerben und jährlich bedeutende Summen verdienen können, wie z. B. der Erfinder des Veronals. Aber ich habe nie an dergleichen gedacht. Der Verkaufspreis wird sehr gering sein, Krankenhäuser und arme Patienten werden das Mittel zum Selbstkostenpreis erhalten." Der „Impfgegner" vom Oktober 1915 druckt einen langen Antrag an die Universität Frankfurt, den Erfinder des Salvarsans wegen Beteiligung an einem Wuchergeschäft abzusetzen, ab. Datum des Antrags: 9. 8. 15. Münch. mediz. Wochenschrift, Deutsche mediz. Wochenschrift, Aerztliches Vereinsblatt 1914: Wir lehnen eine Annonce über das Erscheinen Ihres Buches „Die Salvarsangefahr" ab. Das „Aerztl. V.Bl." mit der Begründung: „weil ich die Anzeige mit den hygienischen Bestrebungen des Aerztevereinsbundes nicht in Einklang bringen kann". gez. Herzau. Münch. med. Wochenschrift vom 28. 2. 14: „Ich denke nicht daran, auf dem Umweg einer Berichtigung Ihren Angriff gegen das Salvarsan, von dem Sie wissen, wie ich ihn beurteile, in unser Blatt zu bringen." gez. Hofrat Spatz. 9. 3. 15: „Ich ziehe es vor, auf weitere Beiträge aus Ihrer Feder zu verzichten." gez. Spatz. Derselbe Hofrat fordert in Nr. 30, 1919, seiner Wochenschrift, die Berliner Fakultät (was diese mittels eines notorischen Verleumdungsgutachtens auch tat) auf, meine Professur zu verhindern, da diese „eine Gefahr für die deutschen Universitäten sei, es handle sich um ihr Sein oder Nichtsein als Pflegestätten der voraussetzungslosen (das schreibt Herr Hofrat Spatz!!!!) Wissenschaft". Nein, man befürchtete den Salvarsankladderadatsch schon 1919, der erschreckend die gesamte Kulturwelt heute, drei Jahre später, angrinst. 12 Tote in einem Jahr bei einem Arzt, 6 bei einem anderen, 13 bei einem dritten u. s. f. Ihr Pharisäer der „Voraussetzungslosigkeit".

Herr Hofrat Spatz, der zweite Hauptrepräsentant des „Clubs der Voraussetzungslosen" („Weltbluff" Seite 78) erhob zwar die obigen Verdächtigungen, aber er weigerte sich dann, die folgende preßgesetzliche Berichtigung zu bringen:

An die Redaktion der M. m. W. z. H. des Herrn Hofrat Dr. Spatz.

Namens und im Auftrage des Herrn Dr. Dreuw ersuche ich Sie auf Grund des Preßgesetzes, die folgende Richtigstellung zu bringen:

Der Rechtsbeistand des Herrn Dr. Dreuw, Herr W. Kochann, Berlin, fordert uns auf Grund des Preßgesetzes auf, Folgendes zu berichtigen:

1) Die von der M. m. W. Nr. 70 S. 857 aufgestellte tatsächliche Behauptung, „Herr Dreuw habe keine nennenswerten wissenschaftlichen Leistungen aufzuweisen", ist unwahr. Wahr ist vielmehr, daß er folgende tatsächlichen nennenswerten wissenschaftlichen Leistungen aufzuweisen hat:

a) Er ist außerhalb der Salvarsanfrage der Verfasser von ca. 100 größeren und kleineren in der Fachpresse veröffentlichten Arbeiten, der Entdecker einer Anzahl von Untersuchungs- und Behandlungsmethoden, die nach Prof. Unna schon 1905 allgemein bekannt und anerkannt waren. Er ist der Verfasser von 4 Büchern, offizieller Mitarbeiter von Eulenburgs Realencyclopädie und anderer Fachwerke.

b) Das von ihm im Auftrage der Regierung auf der Hygieneausstellung ausgestellte „Projekt einer Mustereinrichtung für polizeiärztliche Untersuchungsmethoden" war eine nennenswerte wissenschaftliche Leistung.

c) Die „Dreuwsche Salbe", die von ihm entdeckte „Alopecia parvimaculata", das von ihm entdeckte neue Prinzip der Wasserdruckmassage sind als wissenschaftliche Leistungen nennenswert, ferner das von ihm angegebene System „der allgemeinen, diskreten, gleichen Anzeige- und Behandlungspflicht" bei Geschlechtskrankheiten.

2) Die Behauptung, Dreuws Name sei „lediglich durch seine Hetze gegen das Salvarsan bekannt geworden", ist unwahr. Wahr ist vielmehr, daß der Name schon 1905, also vor der Entdeckung des Sarlvarsans (1910) allein im Register des Buches „Haut- und Geschlechtskrankheiten von Unna-Bloch 14mal erwähnt war.

Dr. Kochann, Rechtsanwalt, Hallensee, Joh. Georgstr. 6. Berlin, 9. 8. 19.

Noch April 1922 lehnte Spatz wiederum einen Aufsatz von mir ab. System!!

4. Der „salvarsangegnerische Revolutions-Kultur-Minister" unter dem Einfluß der Salvarsanisten.

Ein Geldangebot im Kultus- und Wohlfahrtsministerium aus dem Fond des Salvarsan-Kapitals.

Da bekomme ich plötzlich am 29. 1. 19 den folgenden merkwürdigen Brief:

„Der Minister der geistlichen und Unterrichtsangelegenheiten.

Berlin W. 8, 7. Februar 1919.

Ich habe Ihnen nach einer ausführlichen Besprechung mit Kolle (der Nachfolger Prof. Ehrlichs in Frankfurt a. M.) einen Vorschlag zu machen:

Kolle behauptet und alle übrigen Sachverständigen, mit denen ich sprach, stimmen da mit ihm durchaus überein, daß Ihre heutige Kritik am Salvarsan im wesentlichen darauf beruht, daß Sie in einer Reihe von Jahren keine Gelegenheit mehr gehabt haben, die Fortschritte in der Herstellung und Therapie des Salvarsans aus eigener Anschauung zu verfolgen. Es müsse Ihnen Gelegenheit gegeben werden, in völlig freier, aber gründlicher Weise das nachzuholen. Kolle bietet Ihnen deshalb einen mehrwöchigen Studienaufenthalt im Speyerhaus in Frankfurt a. M. (dies ist das Privatinstitut, in dem das Salvarsan entdeckt wurde und das vom Salvarsan unterhalten wird) an. Alle Kosten der Reise und des Aufenthalts werden von dort getragen, ohne daß daraus für Sie — das versteht sich ganz von selbst — die allermindesten Verpflichtungen erwachsen. Sie sollen dort ganz objektiv im Laboratorium am Tierversuch usw. das Mittel prüfen können. Bleiben Sie dann noch bei Ihrer bisherigen Auffassung, so wird jeder dies respektieren. Aber dem Versuch einer Belehrung, der Ihnen hier geboten wird, dürfen Sie sich unter keinen Umständen entziehen. Das würde auf Sie das denkbar schlechteste Licht werfen. Herr Kolle wird in den nächsten Tagen in dieser Angelegenheit selbst an Sie schreiben und ich bitte Sie dringend, diesen Vorschlag anzunehmen. Bis dahin rate ich Ihnen, wegen der Konferenz am Sonnabend (es war dies die Salvarsankonferenz im Ministerium des Innern vom 1. Februar 1919. D. Schriftl.) keinerlei Schritte zu unternehmen.

gez. Haenisch."

Was diesem Brief seine Eigenart aufprägt, das ist, abgesehen von dem Geldangebot aus den Händen der Gegner, der Schlußsatz. Man hätte meinen sollen, der Salvarsangegner Haenisch und Mitkämpfer Dr. Dreuws hätte, da er ja früher die Zeitungsnotizen mit Dr. Dreuw zusammen verfaßte, sich über den für die Salvarsanisten so blamablen Ausgang der Konferenz*) freuen sollen, da dieser ja Wasser auf seine Mühlen war, und hätte diesen Ausgang wie bisher, als er mit mir die Zeitungsnotizen verfertigte, gern veröffentlicht gesehen.

Am 14. 2. 19 hatten der Minister Haenisch und ich uns zwecks Rücksprache über seinen Brief vom 7. 2. 19 im Ministerium verabredet. Kurz vorher waren die drei Gutachten gegen mich eingelaufen, zu denen, da Haenisch sie wohl kaum gelesen hatte, er mich bat, mich zu äußern.

---

*) Aktenmäßige Schilderung des Verlaufs dieser Konferenz siehe mein Buch „Weltbluff", S. 50.

Da ich merkte, daß er den Inhalt aller Gutachten kaum kannte, sonst hätte er sie mir nicht übergeben, so erklärte ich ihm sofort nach einer kurzen Einsichtnahme, daß ich die Gutachten als unrichtig bezeichnen müsse. Aber das beste wäre, er übergäbe mir die Gutachten auf einige Tage, damit ich ihm dann genauen Bericht erstatten könne. Dies geschah, weil Haenisch nicht im entferntesten ahnen konnte, daß es sich um ein notorisches Verdrehungsgutachten der Fakultät handeln könne, das einmal prinzipielle Bedeutung in bezug auf die Verwerflichkeit dieses Geheimsystems haben würde. Dann ließ er sofort Geheimrat Krüß, den Referenten für Titular-Professuren, kommen. Ich erklärte in dessen Gegenwart, daß ich das Angebot, auf Kosten meiner Gegner nach Frankfurt zu fahren, a limine ablehnen müsse, darüber wäre garnicht zu diskutieren, woraufhin Haenisch meinte, dies Angebot wäre doch nicht so schlimm. Als er dann merkte, daß in diesem Punkte kein Entgegenkommen meinerseits zu erzielen sei, gab er meinem Vorschlage, nachdem er den Geheimrat Krüß, der seit Jahren den Herren aus dem Frankfurter Salvarsaninstitut schon als Chemiker sehr nahe steht, um seine Meinung gefragt, auf Staatskosten nach Frankfurt zu fahren, da ich dann objektiv prüfen könne, nach. Ich ging dann noch mit Prof. Krüß in dessen Amtszimmer. Auf dem Wege dorthin glaubte er mir wegen meines auch von seinen Freunden mißbilligten Verhaltens in der Salvarsankonferenz, wo ich „zu heftig gewesen sei", Vorwürfe machen zu dürfen, die ich als von einem Chemiker stammend zurückwies. Ich bemerke, daß Krüß als Delegierter des Kultusministeriums der Konferenz beiwohnte.



5. Widerlegung der Fakultäts-Verleumdungen seitens des Verfassers.

Man vermutete schon längst, daß im Geheimkabinett des Kultusministeriums ehrabschneiderische Manipulationen unbequeme Gegner zur Strecke brächten. Daher verlangte die Revolution Einsicht in die sogenannten Personalakten. Will man aber beim Kultusministerium Einsicht nehmen, so wird diese verweigert.*) Daher war es ein glücklicher Zufall, daß der damals noch nicht die Geheimschliche kennende „Kultur"-Minister Haenisch in seiner Harmlosigkeit mir die Gutachten einhändigte. Er bat mich, bei einer Erwide-

*) Hierüber schrieben die Altonaer Nachrichten in Nr. 531 vom 12. November 1920 (auszugsweise abgedruckt):

Das Beamtengeheimnis im Kultusministerium vor Gericht.

Vor dem Schöffengericht Berlin-Schöneberg fand unter großem Andrang aus wissenschaftlichen Kreisen und in Gegenwart des als Zeuge geladenen Personal-Referenten für Universitätsprofessuren im Kultusministerium, des Geheimrat Wende, die Privatklage des Berliner Zahnarztes Dr. M. gegen den Arzt Dr. D. wegen Beleidigung statt. Die Vertretung des Privatklägers hatte Rechtsanwalt Dr. Alsberg, die des Privatbeklagten Dr. Friedemann. Dr. R. war auf Vorschlag des ihm befreundeten Professor Schröder, der auf die Besetzung der zahnärztlichen Lehrstühle im Kultusministerium maßgebenden Einfluß hat, für den damals vakanten Lehrstuhl für Zahnheilkunde in Göttingen in Aussicht genommen. Als das in Fachkreisen bekannt wurde, entstand, da namhafte Privatdozenten unberücksichtigt blieben, eine ziemliche Erregung, und unter anderen richtete der Arzt Dr. D. eine Beschwerde gegen die Kandidatur des Dr. R. an das Kultusministerium, in der dem Dr. R. der Vorwurf des wissenschaftlichen Plagiats gemacht wurde. Der Zahnarzt Dr. M., Mitglied der Zahnärztekammer, die sich auch gegen die Kandidatur des Dr. R. ausgesprochen hat, wurde amtlich befragt, was er über Dr. R. wisse. Das Kultusministerium teilte dem Dr. R. die gegen ihn vorliegenden Beschwerden mit, und Dr. R. erhob Privatklage gegen den Arzt Dr. D. und gegen den Zahnarzt Dr. M. Klage vor dem Ehrengericht der Zahnärzte. Seine Klage vor dem Ehrengericht wurde abgewiesen, ebenso seine gestrige vor dem Schöffengericht**) gegen Dr. D. Der Privatkläger wurde auch in die Kosten verurteilt.

Der Fall ist kennzeichnend für heutige Zustände. Auf Grund persönlicher Protektion nimmt das Kultusministerium einen Kandidaten für einen Lehrstuhl in Aussicht, dessen Leistungen bestritten werden. Nunmehr untersucht das Kultusministerium nicht etwa selbständig die Grundlagen des Protestes, die ihr zugängig gemacht worden waren, sondern liefert die Protestler privaten Gegenaktionen des Beschuldigten aus. Diese Tatsachen mußte Geheimrat Wende unter seinem Eid zugeben. Er führte aus, daß Dr. R. ohne die Proteste die Professur erhalten hätte. Bemerkenswert ist aber, daß erst mehrmalige Proteste notwendig waren und das Kultusministerium es nicht für nötig hielt, den protestierenden Arzt Dr. D. selber zu hören.

Das ist um so sonderbarer, als z. B. Professor Dr. Dührßen, der Weltautorität auf dem Gebiete der Frauenheilkunde ist, von bestimmten Kliquen von einem Lehrstuhl ferngehalten wird und trotz hundertfacher Bemühungen keine Einsicht in die gegen ihn angeblich vorliegenden Proteste erhalten kann. Dazu gehört anscheinend die Duzfreundschaft mit einem der Professorenmacher des Ministeriums!

**) Auch vor dem Landgericht und dem Kammergericht auf Grund des § 193. Der vom Beklagten geforderte Wahrheitsbeweis wurde daher nicht zugelassen.

rung so zu tun, als ob ich die Namen Arndt und Löhe nicht wüßte. Noch am 15. 2. 19 schrieb ich die folgende amtliche Erwiderung:

Berlin, den 15. 2. 19.

An das Ministerium für Kunst, Wissenschaft und Volksbildung
Berlin.

Bevor ich auf die Widerlegung der gegen meine Arbeiten erhobenen Vorwürfe in einer besonderen Erwiderung eingehe, diene dem Ministerium zunächst nur das Folgende:

Der gegen mich hauptsächlich erhobene Vorwurf, die von mir entdeckte neue Haarerkrankung „Alopecia parvimaculata" sei keine neue Erkrankung, ein Vorwurf, der in allen drei Gutachten eigentümlicher Weise mit denselben Argumenten erhoben wird, entspricht nicht den Tatsachen.

Beweis: Sonderabdruck 1913. 45. D. m. W. S. 78, Anlage 1. Wenn sich das Kultusministerium nur an Schüler des Herrn wendet, mit dem ich den von ihm provozierten Zusammenstoß (s. S. 36) gehabt, so beweisen die Antworten, daß man nicht mit objektiv denkenden Gutachtern, sondern mit blinden Parteigängern zu tun hat. Denn es wird behauptet, die von mir entdeckte Krankheit sei von „keinem andern bekannten Dermatologen" beobachtet worden und sei ein Gehirngespinst von mir, von dem ich, obschon einer der Gutachter zusammen mit Geheimrat Lesser sich selbst als Beweis für das Gegenteil meiner Auffassung nennt, und ich deswegen „eigentlich hätte einsehen müssen, daß es mit der Entdeckung nichts war", trotz dieses „Beweises" festhalte.

Wie steht es nun mit dieser Behauptung, daß wohl kein „anderer bekannter Dermatologe die von Dreuw gesehene Erkrankung beobachtet habe?"

Da (siehe Mediz. Klinik 1917, p. 1175) der bekannte Schweizer Dermatologe Louis Merian ausdrücklich meine neuentdeckte Krankheit anerkennt,

da (siehe Zeitschrift für Mediz. Beamte 1911) der Bericht der am 20. Dezember 1910 abgehaltenen Versammlung der Medizinalbeamten eine Diskussion über die große Epidemie der von mir entdeckten Alopecia parvimaculata enthält, die ansteckend war und über welche eine umfangreiche Diskussion stattfand und es im Berichte wörtlich heißt: „Die Epidemie kann zur Pelade gerechnet werden, zu welcher auch wohl die vor kurzem von Dreuw beschriebene Berliner Epidemie gehört".

Da (siehe Bulletin medicinal etc. Constantinople V. 3 vom 15. 1. 14) der Mitarbeiter der „Dermatologischen Wochenschrift" Dr. Menahem Hodara in der dortigen Société médicale imperiale unter Vorführung eines Falles einen l. c. abgedruckten Vortrag hielt, in dem er die Wichtigkeit meiner Entdeckung anerkennt.

Da die Gutachter die in der D. m. W., 1913, Nr. 45, erwähnte Tatsache verschweigen, daß nämlich die Stadt Berlin eine Kommission zur Prüfung der Fälle ernannte (der Professor Joseph, der beste Haarkenner Deutschlands, der Verfasser des Buches, des besten aller in Deutschland erschienenen „Lehrbuch der Haarkrankheiten", und als Vertreter der Königlichen Regierung Geh. Med.-Rat Dr. Weißenborn und ich angehörte, von welcher Kommission es S. 8 ausdrücklich heißt (im Auszug)): „obschon Joseph und auch Weißenborn erst skeptisch waren, erkannten sie die neue Erkrankung als Anfangsstadium der schweren Alopecia atrophicans an und Joseph sah dann fast täglich diese von ihm vorher nicht gesehene Erkrankung in seiner Poliklinik.")

so geht allein aus dieser Tatsache hervor, wie die Gutachten zu bewerten sind. Joseph stellt noch heute die von mir entdeckte Erkrankung häufig als Alopecia parvimaculata Dreuw in seinen Kursen den Aerzten vor, und erkannte die Neuheit der Entdeckung ausdrücklich mit den Worten in der obigen Kommission an, daß ich das Anfangsstadium der Alopecia atrophicans entdeckt habe. Aus Josephs Klinik erschien dann 1910 eine Inauguraldissertation von Dr. Keller, in welcher nicht nur die Richtigkeit meiner bei der Firma Zeiß hergestellten Haaruntersuchungskammer anerkannt wird, sondern auch die Wichtigkeit der Alopecia parvimaculata.

Ich bemerke, daß ich damals mit dem bekannten französischen Haarforscher Prof. Sabouraud korrespondiert habe und dieser mir seine Zustimmung mitteilte.

Aus dem Gesagten ergibt sich, daß die Gutachter, auch die Fakultät (gezeichnet His und Franz), die Unwahrheit über mich in einem amtlichen Gutachten

hinter meinem Rücken berichtet haben, da ihnen als Gutachter aus der Literatur hätte bekannt sein müssen, daß bekannte Forscher wie Meriau, Joseph, Hodera, Begershäuser für die Neuheit meiner Entdeckung eingetreten waren. Allerdings war ich, da Lesser, wie nach dem mir gemachten Auftritt (Anlage 2) zu urteilen ist, mir befangen vorkam, so vorsichtig und habe die Kommission (Joseph-Weißenborn) beantragt durch die Stadt Berlin, die mir mit folgenden Worten durch die Schuldeputation ihren Dank aussprach:

„Bei der im Mai d. J. in mehreren Gemeindeschulen der Stadt des Nordens ansteckenden Haarkrankheit haben Sie in hochherziger Weise die unentgeltliche Behandlung der infizierten Kinder übernommen. Für die der Stadt geleisteten Dienste erlauben wir uns, Ihnen unsern ergebensten Dank auszusprechen."

Also auch die ärztlichen Berater der Stadt Berlin haben die Erkrankung im Gegensatz zu den „Beratern" des Kultusministeriums für ansteckend erklärt.

Ich habe dann (Lokal-Anzeiger 29. 10. 19) im Berliner Rathause einen Lichtbildervortrag vor den Berliner Schulärzten als Sachverständiger über die Erkrankungen gehalten, in welchem auch diese meiner Auffassung nicht widersprachen. Und diese objektiven Beobachter und Sachverständigen für die epidemisch auftretenden Erkrankungen bei Schulkindern haben doch mindestens soviel Anspruch auf Objektivität wie die vom Kultusministerium befragten Personen, ausgerechnet der Lesserschen Schule.

Bei objektiver Würdigung des eben geschilderten Tatbestandes muß man also konstatieren, daß die Begutachter des Kultusministeriums, wenn sie die oben mit Literaturangaben geschilderten Tatsachen nicht kannten, Ignoranten sind. Kannten sie aber die Tatsachen, so sind sie böswillige Verleumder. Ich behalte mir vor, auf § 187 Str. G. B. eventl. vorzugehen, da ich mir eine derartige auf Unwahrheit beruhende Nachrede unter keinen Umständen gefallen lasse, wenn das Kultusministerium es nicht vorzieht, diese Herren selbst zur Rechenschaft zu ziehen.

Zur Charakterisierung genügt noch folgender Auszug aus Anlage 1 S. 10:

„Die in Nordkirchen beobachteten Fälle hatten am meisten Aehnlichkeit mit den von Dr. Dreuw ermittelten Fällen von Alopecia parvimaculata. Den anfänglich ermittelten 17 Fällen gesellten sich in wenigen Tagen weitere 15 zu. Wir sind im Hinblick auf das ganze Auftreten gezwungen, an eine Ansteckungsfähigkeit zu glauben". (Veröffentlichung: Kreisarzt Dr. Bögershausen, Zeitschrift für mediz. Beamte 1912, Heft 1.)

Da der hauptsächlichste Begutachter für das Kultusministerium (Prof. Arndt) die Kontagiosität einfach lächerlich zu machen sucht, — anscheinend im Vertrauen auf seine mir unbekannte, durch die oben erwähnten Tatsachen aber auch kaum anzuerkennende Autorität — so ist auch in dieser Hinsicht ad absurdum geführt. Ich kenne diesen Gutachter nicht, ich vermute jedoch, daß er die Eigenschaft eines Professors, d. h. eines Bekenners der Wahrheit, nicht hat.

Nun behauptet das Gutachten der Fakultät, und die übrigen stimmen stillschweigend zu, daß die von mir angegebene, auch von meinen Gegnern fast täglich angewandte, in der Literatur und den Lehrbüchern des In- und Auslandes, ich sage nicht zuviel, in den Kreisen der Dermatologen weltberühmte sogenannte Dreuw'sche Salbe, die Millionen von Menschen die besten Dienste geleistet hat, „sei nur eine kleine Aenderung einer von Dr. Eichhoff, Elberfeld, angegebenen Methode".

Ich muß gestehen, daß ich selbst meinen erbittertsten Gegnern eine derartige Bosheit und Unwahrhaftigkeit nicht zugetraut hätte. Da sie ferner andeuten, die Entdeckung dieser Methode sei in wenig wissenschaftlicher Weise erfolgt, so ist ihnen zuzutrauen, daß sie eine „wissenschaftlich erprobte Methode", die nichts hilft, besser begutachten würden, wie eine nach ihren falschen Angaben unwissenschaftlich entdeckte Methode, die der Menschheit wirklichen Nutzen bringt. Da ich die Unwahrheit über die sogenannte kleine Aenderung zum ersten Male höre, so sei über diese Salbe, damit das Kultusministerium sich über das Vorgehen seiner sogenannten Gutachter ein Urteil bilden kann, nur das Folgende gesagt:

Ich veröffentlichte 1903 in den „Monatsheften für prakt. Dermatologie" nach langen und umfangreichen Versuchen, die ich als Assistent an der Professor Unnaschen Klinik gemacht hatte, die in Frage stehende Salbe. Da Unna wegen des völlig neuen, ihm paradox erscheinenden Prinzipes (Beweis: Anlage 4) zunächst an einen Erfolg nicht glauben wollte, ich ihm aber das Gegenteil demonstrierte, so nannte er (Beweis: Anlage 3, S. 4, blau angestrichen) die Salbe „Paradoxe Salbe" und erklärte vorher, er wäre auch bereit, von seinen Schülern zu lernen. Das vollständig neue, von den Gutachtern des Kultusministeriums anscheinend nicht erkannte Prinzip

veranlaßte schon kurze Zeit darauf den in dieser Sache wirklich objektiven Gutachter Prof. Lassar in der Dermatologischen Zeitschrift 1903, Heft 5, das Folgende zu schreiben:

„Ich habe die Salbe an 300 Psoriasispatienten einer umfassenden Prüfung unterzogen. Es gereicht mir zur Befriedigung mitzuteilen, daß die Erfolge durchaus günstige sind. Jedenfalls darf die Vorschrift als ein glücklicher Griff zur Förderung der Behandlung der Schuppenflechte genannt werden. Kein Arzt wird bereuen, dieselbe angewandt zu haben, vielmehr dem Autor dankbar bleiben für die praktische Bereicherung unserer externen Arzneitechnik".

Da die von mir (s. S. 157) in unzähligen Versuchen gefundene Salbe ein vollständig neues Prinzip darstellte, das Prof. Lassar als vollständig neu anerkannte, so nannte er die Salbe in seinen Vorlesungen und in seiner Klinik offiziell die „Novumsalbe", und noch heute ist diese Bezeichnung in der vormals Lassarschen Klinik gebräuchlich.

Die verleumderische Behauptung der Fakultät ist, wenn sie, was ich doch annehmen muß, die Literatur angesehen hat, wider besseres Wissen erfolgt, um mich zu diskreditieren. Bei dem heute so segensreich wirkenden Friedmann'schen Tuberkulosemittel ist man in ähnlicher Weise verfahren. Es sind dies dieselben Methoden, die der berüchtigte Hofrat Seanzoni seinem Gegner Semmelweiß gegenüber anwandte. Prof. Joseph sah in sehr vielen Fällen Heilung mit meiner Salbe, die ich trotz des neuen Prinzips (siehe Anlage 4) jedem Arzte zur Verfügung stellte, bei der geringen Ausgabe von nur einigen Mark bei Patienten, die vorher für viele hunderte Mark Teerbäder benutzt hatten. Die Fakultät diskreditiert also mit ihrer durchsichtigen Methode nicht mich, sondern sich selbst. Denn selbst mein Gegner Lesser sah sich gezwungen, in beinahe jeder Stunde seine Schüler auf die „Dreuw'sche Methode" eben wegen ihrer bisher nie erzielten Wirkungen infolge des völlig neuen Prinzips hinzuweisen. Wenn die Fakultät angesichts der erwähnten Tatsachen von einer Entlehnung seitens einer mir unbekannten Eichhoff'schen Salbe spricht, so fehlt mir der parlamentarische Ausdruck, um diese Verleumdertaktik gebührend zu bezeichnen.

Im übrigen habe ich im Auftrage des Herrn Kultusministers den Antrag gestellt, für einen Lehrauftrag „Moderne Prostitutionsbekämpfung". Wenn ein Gutachter daraus „Prostituiertenuntersuchung" (!) machte und dann offene Türen einrannte, um die Unnötigkeit eines solchen von mir nicht beantragten Lehrauftrages zu beweisen, so macht die Fakultät daraus „Medizinische Untersuchungsmethoden auf dem Gebiete der Haut- und Geschlechtskrankheiten".

Der Herr Kultusminister hat mit energischen Worten das Cliquenwesen bei der Verleihung dermatologischer Lehraufträge im Abgeordnetenhause am 1. März 1917 gegeißelt. Mein Fall ist typisch für die Schäden des Geheimverfahrens, das beim alten Regime zur Korruption (Fall Exzellenz von Lindenau) und zur Vetternwirtschaft führte. Ich beantrage bei dieser Gelegenheit, daß dieses hinterlistige Geheimverfahren abgeschafft wird, das in unsere moderne Zeit nicht mehr hineinpaßt.

Die Fakultät behauptet nun, ich habe im Salvarsankampf die Tagespresse benutzt und ich habe mich schon gegen Salvarsan gewandt, als ungünstige Erfahrungen kaum vorlagen.

Das erstere ist richtig, das andere nicht. Ich habe meinen ersten Salvarsanvortrag am 13. Dezember 1914 gehalten, als Ehrlich wegen der zahllosen Schädigungen die intramuskuläre Methode verboten hatte. Ich habe diesen Vortrag gehalten wegen der zahllosen Schäden, die ich als Polizeiarzt beobachten konnte und die ich in dem Vortrage einzeln erwähnt habe.

Wenn ich dann die Tagespresse benutzt habe, so aus folgenden Gründen:

1) Ist mir die führende Fachpresse verschlossen. Ich habe daher keine andere Möglichkeit, zumal meine Gegner sich auch der Tages- und Fachpresse bedienen, wie sie es wieder bei der Salvarsankonferenz, dazu noch mit falschen Angaben, gemacht haben.

2) Ich erkläre, daß, wenn meine Gegner sich nicht mehr der Tagespresse bedienen, ich auch keine Veranlassung dazu haben werde, sobald die medizinische Fachpresse ihren Boykott aufgibt.

Ich kann jederzeit den dokumentarischen Nachweis führen, daß ich den Kampf solange rein sachlich geführt habe, bis meine Gegner ihn durch unflätige Angriffe persönlicher Natur vergifteten. Ich befinde mich daher in der Abwehr. **A la guerre comme à la guerre.**

Die oben erwähnten Beispiele (Alopecia und Dreuw'sche Salbe) sind charakteristisch. In gleicher Weise sind die meisten anderen Ausführungen der Fakultät zu bewerten. Sie übergeht alle meine Bücher, erwähnt aus ca. hundert Arbeiten nur diejenigen, auf die auch ich keinen großen Wert lege, da sie rein praktische Ziele verfolgen, wie sie sich beim wissenschaftlichen Arbeiten mitergeben. Ich werde in einer besonderen Widerlegung gegebenenfalls noch auf diese durchsichtige Taktik zurückkommen. An dieser Stelle sei nur ein Beispiel für diese Art der „Begutachtung" statt vieler erwähnt. Die Fakultät spricht von „Mitteilungen über Kleinigkeiten des technischen Betriebes, wie sie etwa von einem Laboratoriumsvorstand in Wandanschlägen üblich sind".

Ist der Fakultät nicht mein in allen Staaten patentiertes System der Endo-Ektomassage bekannt? Ist ihr nicht bekannt, daß hier ein bisher noch nie angegebenes auch von den Physikern anerkanntes neues Prinzip der Massagewirkung durch den fließenden Wasserstrom gefunden worden ist?

Ich muß gestehen, wenn ich seitens der Fakultät auch nicht auf eine gerechte Beurteilung gehofft hatte, aber eine derartige Beschränktheit und Bosheit hätte ich nicht für möglich gehalten.

Zum Schlusse führe ich noch zwei Gutachten über mich bei:

1) von Herrn Prof. Dr. Dührßen,
2) von Herrn Privatdozent Dr. Kanngießer.

Zwei weitere Gutachten von Herrn Staatsminister Sivkowich und von Herrn Prof. Dr. Winkler sind direkt von diesen Herren dem Kutlusministerium zugegangen.

gez.: Dr. Dreuw.

4 Anlagen:
1. Deutsche mediz. Wochenschrift 1913, Nr. 45.
2. Die „Salvarsangefahr" (S. 18), siehe auch Seite 000 dieses Buches.
3. Monatshefte für prakt. Dermatol., 49. Bd., 1919.
4. Medizin. Klinik, 1919, Nr. 37.



6. Sechs Gegengutachten gegen ein amtliches Verleumdungsgutachten.

Es ist im Autoritätsstaate eine bekannte Tatsache, auch vor Gericht, daß das noch so schlechte Gutachten einer Behörde oder einer übertitelten Autoritätsintelligenz durch ein (was Logik und Beweiskraft betrifft), Mustergutachten, nicht erschüttert werden kann, wenn dieses „lediglich von einem praktischen Arzt" stammt. Autorität an Stelle von Verität! Noch mehr gilt dies für Behörden. Um wenigstens Herrn Becker, den Protegé und Kulturlehrer und späteren Nachfolger Haenischs, zum Nachdenken zu zwingen, überreichte ich ihm 6 Gutachten von prominenten Persönlichkeiten und das S. 131 ff veröffentlichte Tatsachenmaterial. Umsonst! Fakultas lokuta, causa finita! Die Fakultät aber ist wieder mit den ministeriellen Geheimräten verquickt. Und diese mit den Autoritäten ein Rattenkönig. Circulus vitiosus! Und das Parlament behandelt nur einmal im Jahre den Etat, wobei nur oberflächlich der einzelne Fall behandelt wird. Das wissen die Reaktionäre und behandeln daher den Bürger, der ihnen das Gehalt durch seine Steuern verdient, en canaille. Denn wie soll' er im Parlament eine Mehrheit gegen die Obrigkeit bekommen! Wie soll er beim Minister etwas erreichen, da die Beschwerden in der Regel von dem beantwortet werden, gegen den sie sich richten.

Schon im Januar 1919 hatte Herr Haenisch mich in Sachen meiner Professur beauftragt, Gutachten beizubringen, da meine Gegner sicher dasselbe tun würden und das Gegenmaterial da sein müsse.

Am 3. 2. 19 schrieb ich ihm folgenden Brief:

Berlin, 3. 2. 19.

Mein lieber Herr Haenisch!

Anbei meine Eingabe mit 2 Gutachten (Prof. Dührßen, Kanngießer), Staatsminister Sivkovich und Prof. Winkler haben direkt an das Ministerium geschrieben.

Ich hoffe nunmehr, daß Sie die Gemeinheiten meiner Gegner durchschauen und mich zum mindesten den Leuten gleichstellen, die weniger Verdienste wie ich haben, aber die Freundschaft Ihrer Dezernenten.

Teilen Sie mir bitte mit, ob Ihnen die Gutachten genügen; wenn nicht, beschaffe ich noch weitere. Lesen Sie bitte namentlich Prof. Dührßen.

Mit besten Grüßen

Ihr Dr. Dreuw.

Die 3 Gutachten lauteten:

Berlin, den 18. Februar 1919.

Gutachten
über die Qualifikation des Herrn Dr. Dreuw für eine Dozentur
„Moderne Prostitutionsbekämpfung".

Seit Beginn des Salvarsanstreits kenne ich den Namen des Herrn Dr. Dreuw und habe den Mut bewundert, mit dem er in diesem Streit einer mächtigen Clique entgegengetreten ist. Ich habe ihm ferner Recht gegeben, daß er mit aller Energie und Nichtachtung der ihm persönlich hieraus erwachsenen Nachteile die durch das Salvarsan erzeugten schweren Gesundheitsschädigungen und Todesfälle hervorhob und die maßgebenden Instanzen beschwor, im Interesse der Volksgesundheit dieses Arsengift aus der Therapie zu verbannen: Mit Erstaunen habe ich

beobachtet, mit welcher Gleichgültigkeit die Salvarsanfreunde über diese Todesfälle hinweggingen, und mußte hierbei stets an das Goethe'sche Wort denken:

„So haben wir mit höllischen Latwergen
In diesen Tälern, diesen Bergen,
Weit schlimmer als die Pest getobt.
Ich habe selbst das Gift an Tausende gegeben,
Sie welkten hin, ich muß erleben,
Daß man die frechen Mörder lobt!"

Wo die berufenen Vertreter der Syphilidologie nicht sehen können oder wollen, da müssen sie — und zwar evtl. auch unsanft — aufgerüttelt werden. Und schon von diesem Gesichtspunkt aus würde ich es mit Freuden begrüßen, wenn ein unbestechlicher Wächter als Dozent an der Universität tätig sein würde, die doch nicht die Vertreterin einer Richtung sein darf.

Der Salvarsankampf des Herrn Dr. Dreuw ist nicht als eine einseitige kritische, sondern als eine positive Leistung zu bewerten: Sie wird hoffentlich bald dem weiteren Arsenmord Einhalt gebieten und vor allen Dingen große Volkskreise vor der Syphilis bewahren, die jetzt im Vertrauen auf das im Volke verbreitete Märchen von der „Therapia magna sterilisans" Ehrlichs sich zügellos und ohne Vorsichtsmaßregeln dem außerehelichen Geschlechtsverkehr ergeben, weil sie durch die höchsten medizinischen Autoritäten selbst in den trügerischen Wahn eingewiegt sind, daß die Syphilis eine harmlose Erkrankung sei, die durch eine einfache Einspritzung geheilt werden könnte.

Diese eine Leistung genügt meiner Ansicht nach schon, Herrn Dr. Dreuw einer Dozentur für würdig zu erklären. Sie wirkt nicht nur für die Gegenwart, sondern auch noch für die ungeborenen Geschlechter bis ins dritte und vierte Glied! Wie mancher ordentliche Professor wirkt dagegen nicht einmal in der Gegenwart, weil er mühelos auf dem bekannten Weg der Vetternschaft oder Schule in seine Stellung hineinbugsiert ist. Wie manche haben den Professortitel erhalten, deren Verdienste selbst bei mikroskopischer Betrachtung nicht zu finden sind!

Herr Dr. Dreuw ist aber ferner durch bedeutende Arbeiten und praktische Leistungen im In- und Auslande bekannt geworden. Er hat u. a. auch ein gutes Lehrbuch geschrieben und die „Dreuw'sche Salbe" wird allgemein, auch im Ausland, mit ausgezeichneten Erfolgen angewandt. Sein Buch über die Friseurhygiene ist von großer praktischer Bedeutung für die Verhütung der Haar- und Hautkrankheiten. Die von ihm angegebenen Spül- und Massageapparate sind in ganz origineller Weise konstruiert und ermöglichen neben ihrer Hauptwirkung, der Spülung, auch noch gleichzeitig die heilende Wirkung der Vibrationsmassage. Seine Einrichtung für polizeiärztliche Untersuchungen, die er im Auftrag des hiesigen Polizeipräsidiums auf der Hygiene-Ausstellung in Dresden ausstellte, ist mustergültig. Diese Einrichtung ist das Vorbild für die diesbezüglichen technischen Einrichtungen des In- und Auslandes geworden. Auch ist die Erteilung dieses Auftrages an Herrn Dr. Dreuw ein Beweis dafür, welches Vertrauen seine Behörde auf ihn setzte.

Herr Dreuw hat aber noch mehr geleistet: Er hat eine neue Krankheit entdeckt, die Alopecia parvimaculata. Allerdings ist ihre spezifische Natur von einer Seite bestritten — aber von ebenso autoritativer Seite als neu anerkannt. Diese eine Entdeckung würde schon genügen, um Herrn Dr. Dreuw sogar für eine ordentliche Professur als qualifiziert erscheinen zu lassen.

Man beachte aber folgendes: Herr Dr. Dreuw hat eine umfassende medizinische Bildung aufzuweisen: Er war, bevor er fünfjähriger Assistent bei dem weltberühmten Prof. Dr. Unna in Hamburg wurde, Assistent an inneren und chirurgischen Kliniken und war später vier Jahre Polizeiarzt. Als solcher hat er Erfahrungen zur praktischen Bekämpfung der Syphilis und der Prostitution sammeln können, die wohl den meisten seiner Fachkollegen abgehen und die sich schon zu sehr beachteten Vorschlägen verdichtet haben. Für die von ihm gewünschte Dozentur ist er daher als hervorragend geeignet zu bezeichnen, zumal er gerade auch für den Beruf als Lehrer der medizinischen Jugend in seinem restlosen Fleiß, in seinem scharfen Verstand, in seinem Streben nach Wahrheit und Klarheit und in seiner medizinischen Begabung beneidenswerte Eigenschaften besitzt.

Die Dreuw'schen Vorschläge zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten sind in den Tages- und Fachpressen so oft erörtert und von zahlreichen Mitgliedern des Reichstages anerkannt worden. daß ich an dieser Stelle nur erwähnen will, daß die von ihm zuerst geforderte diskrete Anzeige- und Behandlungspflicht der Geschlechtskrankheiten immer mehr Anhänger gewinnt. Wenn der Geheime Justizrat Prof. Mittermaier, der beste Kenner auf diesem Gebiete, der den Vorentwurf für das Ge-

setz zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten machte, in diesem Vorentwurf die von Dreuw angegebenen Vorschläge bekämpfte und dann in einem Nachtrage zum Vorentwurf bekennen muß, daß er seine Meinung zu Gunsten der Dreuwschen Vorschläge ändern mußte, wenn die Anzeige- und Behandlungspflicht in der Sachverständigen-Kommission der deutschen Gesellschaft zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten gegen nur zwei Stimmen (Blaschko und Pinkus) angenommen wurden, dann geht schon daraus hervor, wie man die soziale Tätigkeit Dreuws beurteilen muß.

Hätte die Regierung zur Zeit auf Dreuw gehört, als er in Wort und Schrift die sogenannten Beratungsstellen für Geschlechtskranke bekämpfte, dann würden dem Staate viele Millionen erspart worden sein, denn wie selbst Ministerialdirektor Kirchner in letzter Zeit zugab, haben sich diese Beratungsstellen wegen Mangels an Besuch nicht bewährt. Daraus ersieht man, daß auch die Kritik positive Leistungen aufweisen kann, wenn man nur zur rechten Zeit auf den Kritiker hören und ihn nicht mundtot machen würde.

Einen Fehler hat Dreuw allerdings. Er gehört, wie sein weltberühmter Chef Unna auch, nicht zur „Schule", die alle Professoren unter Mitwirkung des Herrn Ministerialdirektor Kirchner, seines wissenschaftlichen und persönlichen Gegners, besetzt. Er besitzt nicht die einzig und allein für die Erlangung einer ordentlichen Professur wichtige Eigenschaft — nach den mir einst von Althoff, dem Vorbild und Vorgänger von Kirchner, gegebenen Erklärungen — nämlich Bescheidenheit! Diese behördlich früher und vielleicht auch jetzt noch so gern gesehene Bescheidenheit hat uns politisch durch Unterdrückung der Kritik zu Grunde gerichtet und die Freiheit der Universitäten durch Klüngel- und Cliquen-Wirtschaft vernichtet. Hier Männer von unbestechlicher Energie zu Worte kommen zu lassen, ist trotz der noch bestehenden alten Formel- und Geheimwirtschaft bei der Besetzung von ordentlichen Professuren vonnöten.

Mag man Dreuw's Lob mit Engelszungen singen, die „Schule" sagt dennoch: Tut nichts; der Jude wird verbrannt!" Verdrehungen, Herabsetzung, Verdächtigung, Verleumdungen sind die Mittel, mit denen im D u n k e l n gearbeitet wird, ohne daß der Angegriffene von diesen Machinationen erfährt und sich gegen sie verteidigen kann. Es ist immer dieselbe Schule oder Clique, die früher einen Semmelweis ans Kreuz schlug, die einem Robert Mayer die Presse verschloß und Männer, wie Dreuw und andere, aus dem Hinterhalte mit Erfolg bekämpft, wenn man die maßgebenden Instanzen nicht rechtzeitig und energisch aufklärt.

Möge die neue Regierung mit diesem System der Geheimakten, die, wie ich vermute, auch bei Dreuw von seinen Gegnern vollgefüllt werden, aufräumen und hierdurch, ihrem Versprechen getreu, freie Bahn dem Tüchtigen gewähren.

Die Regierung würde sich aber selbst desavouieren, wenn sie die Worte des Kultusministers Haenisch und des Ministers des Innern über Dreuw's Wirken in der Salvarsanfrage nicht in die Tat umsetzen und Dreuw künftig nicht den Weg zur Universität freimachen würde.

Bekanntlich reichte Dr. Dreuw im Februar 1918 dem Preuß. Abgeordnetenhause eine Petition ein zwecks Einsetzung einer paritätischen Kommission in der Salvarsanfrage. Die Kommission beschloß, nach einer nicht den Tatsachen entsprechenden „Aufklärung" durch Ministerialdirektor Kirchner, „Uebergang zur Tagesordnung". Als dann aber in einer eindreiviertelstündigen Audienz der Minister des Innern Dr. Drews und ebenfalls die Presse und das Abgeordnetenhaus durch Dr. Dreuw wahrheitsgemäß aufgeklärt waren, beschloß — eine Seltenheit nach einem „Uebergang zur Tagesordnung" durch die Kommission — das Plenum „Berücksichtigung" und dann aus taktischen Gründen „Erwägung", und zwar fast einstimmig. Es war dies ein Sieg des David Dreuw über den Goliath Kirchner. Wenn also von dieser Seite her Dreuw Schwierigkeiten mit Hilfe der Geheimakten gemacht werden sollten, so ist dies verständlich. Umsomehr haben Geltung die Worte des damaligen Abgeordneten, jetzigen Ministers des Innern Paul Hirsch, der nach einem Fraktionsbeschluß folgendes sprach:

> „Was wir wünschen, ist eine Prüfung und Klarstellung der Salvarsansache, damit die Oeffentlichkeit aufgeklärt wird. Was uns als Sozialdemokraten an der Salvarsanfrage, die im vorigen Jahre in der Kommission und in den Debatten hier im Hause einen großen Raum eingenommen hat, interessiert, sind besonders zwei Punkte, einmal die immer wiederkehrende Behauptung, daß die Salvarsangegner geflissentlich totgeschwiegen werden, und dann der ungewöhnlich hohe Preis des Mittels. Was die erste Behauptung be-

trifft, so würden wir, wenn es richtig ist, daß den Salvarsangegnern lediglich wegen ihrer Gegnerschaft zum Salvarsan die Fachpresse verschlossen wird, und wenn es weiter richtig ist, daß die Salvarsangegner lediglich wegen ihrer Gegnerschaft gegen das Salvarsan systematisch von den Universitäten ferngehalten werden, ein solches Verfahren auf das allerentschiedenste verurteilen, weil es im Widerspruch zu der von uns vertretenen Forderung der freien wissenschaftlichen Forschung steht. Was dann den ungewöhnlich hohen Preis des Mittels anbetrifft, so ist ja der Arzneiwucher, wie überhaupt der Wucher mit bestimmten Gebrauchsgegenständen, im Wesen der kapitalistischen Wirtschaftsordnung begründet. Sobald irgend ein Fabrikat der Privatindustrie ein Monopol darin hat, so daß jede Konkurrenz ausgeschlossen ist, ist die Möglichkeit gegeben, die Preise nach Belieben in die Höhe zu treiben. Dagegen gibt es unseres Erachtens nur ein Mittel, und das ist die Verstaatlichung des Verkehrs mit Arzneimitteln."

Wenn nach diesem einmütigen Beschluß fast aller Parteien dann die medizinische Fachpresse sich mit Händen und Füßen gegen diese anerkannte Forderung Dreuw's gewehrt hat, wenn Kirchner diese Kommission bis heute noch nicht einberufen hat, wenn es im Börsenbericht der Frankfurter Zeitung unmittelbar nach dieser Sitzung hieß: „Aktien der Höchster Farbwerke lustlos, wegen der Salvarsanverhandlungen", und wenn Dreuw allen Schwierigkeiten zum Trotz, seinen wissenschaftlichen Standpunkt in Wort und Schrift verteidigt, dann dürfte es dem Kultusministerium einleuchten, daß wir in dieser an Charakteren so armen Zeit einen Mann vor uns haben, einen Vertreter und Verfechter der Wahrheit und der Freiheit der Wissenschaft. Dementsprechend dürfte das Kultusministerium, wie Herkules am Scheidewege, nicht zweifeln, welchen Weg es gehen muß.

gez.: Professor Dr. Dührßen.

Gutachten
über die Eignung des Herrn Dr. Dreuw (Berlin) für einen Lehrauftrag über „Moderne Prostituiertenbekämpfung".

Herr Dr. H. Dreuw (Berlin) ist zu einer Dozentur für Prostituiertenbekämpfung durchaus qualifiziert.

Beweise:

1. Seine frühere polizeiärztliche von seiner vorgesetzten Behörde anerkannte Tätigkeit auf diesem Gebiet.
2. Seine Schriften über Prostituiertenuntersuchung und Geschlechtskrankheiten überhaupt, welche Veröffentlichungen von großer Sachkenntnis zeugen.
3. Sein rastloser Fleiß, mit dem er in Angriff genommene Arbeiten dem Ziele zuzuführen bestrebt ist.
4. Die vorzügliche Art und Weise des Vortrags, die Herrn Dr. Dreuw eigen ist.
5. Der Mut, mit dem er allen Anfeindungen zum Trotz seine wissenschaftliche Ueberzeugung verficht.

Als Arzt wie als Universitätslehrer kann ich daher der Aufnahme des Herrn Dreuw in den Lehrkörper der Berliner Universität gern das Wort reden.

F. Kanngießer, Dr. med. u. Dr. phil.,
Privatdozent an der Universität zu Neuchâtel.
22. 2. 1919.

Der Schriftleiter der Bl. f. biol. Medizin. Hamm, 15. Juni 1919.
Abschrift.

An das Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung
z. H. des Herrn Ministers Haenisch,
Steglitz b. Berlin, Dijonstr. 17.

Zu den wichtigsten Aufgaben unserer nächsten Zukunft gehört die Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten. Wenngleich die Herstellung von besseren sittlichen Grundlagen, vor allem in der Familie (der Zelle des Staatsorganismus) die Hauptsache ist und bleibt, so ist doch ohne eine verständige Regelung des Prostitutionswesens und einer zweckmäßigen Ueberwachung und ärztlichen Behandlung des Heeres der Geschlechtskrankheiten nichts zu erreichen. Beide Fragen sind aber seit einiger Zeit verfahren und drohen, weiterhin verkehrt behandelt zu werden, erstere durch die Polizei, letztere durch die heute herrschende Medizinschule (Salvarsan — Kapitalismus — Optimismus).

Wenn Unterzeichneter als Begründer und Ehrenvorsitzender der medizinisch-biologischen Gesellschaft sich bei der Kürze der Zeit auch nicht erst mit den drei ärztlichen Vorstandsmitgliedern in Verbindung setzen konnte, so ist er doch sicher, ganz im Sinne des Vorstandes zu handeln, wenn er dem Herrn Minister als geeignetste Persönlichkeit zur Lösung der genannten Frage den früheren Polizeiarzt Dr. Dreuw in Berlin vorschlägt und daran die Bitte knüpft, demselben durch baldigste Anstellung als Dozent bei der dortigen Universität Gelegenheit zu geben, seine vortrefflichen, seit längerer Zeit ausgearbeiteten Pläne in die Wirklichkeit zu übersetzen. Dr. Dreuw ist ein kenntnisreicher, trotz seiner idealen Anschauungen auf realstem Boden stehender, weitblickender, willensstarker Arzt und Wissenschaftler. Wir brauchen wieder wirkliche Professoren, d. h. unbestechliche Bekenner der Wahrheit. Welche Vorlesung er abzuhalten hätte, könnte man ihm im Einvernehmen mit der Fakultät überlassen.

Schließlich glaube ich mir ein volkshygienisches Verdienst zu erwerben, wenn ich bei dieser Gelegenheit auf die Beratungsstellen für Geschlechtskranke und auf die Behandlung der Gonorrhoe hinweise. Auf beiden Gebieten werden offenbar schwere Fehler gemacht. Zur näheren Erläuterung lege ich hier zwei Schriften von Marinestabsarzt Dr. Koch bei 1) Zur chronischen Gonorrhoe, Aerztliche Rundschau 1918, 27. Juli, 2) Beratungsstelle für Geschlechtskranke, Ziegelroths Archiv 1917, 15. Mai.

Beide Aufsätze dienen auch zur Begründung und Ergänzung der Dr. Dreuwschen Lehren.

Mit vorzüglicher Hochachtung

gez.: Medizinalrat und Kreisarzt Dr. Bachmann.

Dirig. Brunnenarzt Prof. Dr. med. Winkler, Hamburg, 21. Febr. 19.
Bad Nenndorf b. Hannover.
z. Zt. auf Urlaub in Hamburg 25.
Oben Bergfelde 25 A.

Gutachten,

betr. Besetzung einer in Berlin zu errichtenden Universitätsprofessur für moderne Prostituiertenuntersuchung und Personalnotizen über Dr. Dreuw.

Der Dermatologe Dr. Dreuw betrieb anfangs in Altona und Hamburg hautärztliche Privatkliniken und siedelte dann nach Berlin über, wo er gleichfalls eine Hautklinik eröffnete, Polizeiarzt wurde und sich durch zahlreiche wissenschaftliche Leistungen auszeichnete. Die von ihm erfundene „Dreuw'sche Salbe" gegen Schuppenflechte (Psoriasis vulgaris) ist Gemeingut der Aerzte geworden; seine Abhandlungen über die Prostitution und seine Enthüllungen über die Gefährlichkeit und Minderwertigkeit des Salvarsans haben Aufsehen erregt. Auf letzteren Punkt will ich zunächst kurz eingehen.

Das von Prof. Ehrlich in die Syphilistherapie eingeführte Salvarsan wurde von den damals im dermatologischen Fache maßgebenden und führenden Professor Neißer in Breslau sehr empfohlen und dadurch unter den mächtigen Schutz der offiziellen Wissenschaft gestellt. Als nun Dr. Dreuw die Giftwirkungen und die geringe Heilkraft des Mittels erörterte, erfuhr er statt Anerkennung grobe Angriffe und schwere Verfolgung. Er verließ seine Stelle als Polizeiarzt, wurde von einem Ministerialdirektor im Reichstage angegriffen, wo er sich nicht verteidigen konnte, seine Repliken wurden von den Tageszeitungen nicht aufgenommen und seine wissenschaftlichen Arbeiten über diesen Gegenstand von den medizinischen Fachblättern zurückgewiesen. Nur einige naturärztliche Zeitschriften ließen den boykottierten Gelehrten zu Worte kommen.

Um das Dreuwsche Verdienst würdigen zu können, muß man die Wichtigkeit der Syphilisbekämpfung für die Volksgesundheit berücksichtigen. Dr. Ehrlich hatte einen Rückschritt mit diesem Gelehrten angebahnt. Das Salvarsan entlarvt zu haben und seine geringe Heilkraft betont zu haben, war eine wissenschaftliche Tat, für die man Dr. Dreuw schlecht gelohnt hat.

Salvarsan ist ein Arsenmittel. Es war längst bekannt, daß man mit arsenhaltigen Mitteln einige Symptome der Syphilis rasch unterdrücken kann. Schon seit dem 17. Jahrhundert sind Arsenmittel trotz ihrer Gefährlichkeit gegen Syphilis angewendet worden, und obgleich Zacutus Lusitanus (um 1643) davor warnte, hat man von Zeit zu Zeit immer wieder auf dieses giftige Mittel zurückgegriffen, eben weil man sich durch die symptomatische Wirkung blenden ließ. Allerdings hemmt Arsenik die Entwicklung niederer Organismen, wozu der Erreger der Syphilis, die Spirochaete pallida, gehört; es ist also begreiflich, daß jedes arsenhaltige Mittel bis zu einem gewissen Grade antisyphilitisch wirken kann. Man hat z. B. gefunden, daß Trinkkuren an den arsenhaltigen Quellen von La Bourboule einige Beschwerden

der Syphilitiker linderten. (Die dortige Quelle La Perriere enthält 8 Milligramm Arsenik im Liter Wasser.) Sodann probierte man Kakodyl, d. i. Arsendinethyl, und zwar injizierte man kakodylsaures Natrium unter die Haut. P. Salmon führte das äußerst giftige Atoxyl in die Siphilisbehandlung ein; dieses Arsenmittel verursachte aber so viele Erblindungen, daß es bald verworfen wurde. C. Rosenthal injizierte eine einfache reine Arsenlösung, zweiprozentig, womit er „eklatante Erfolge“ erzielte, angeblich ohne Vergiftungserscheinungen zu beobachten. Schließlich führte Ehrlich eine Benzolverbindung des Arseniks, Dioxydianidarsenbenzol, unter dem geschützten Namen „Salvarsan“ als Antisyphilitikum ein.

Ehrlichs Verdienst beschränkt sich darauf, daß er den längst gegen Syphilis gebrauchten Arsenmitteln ein neues eingereiht hat. Daß das Salvarsan als 30-prozentiges Arsenmittel lediglich durch die Arsenkomponente antisyphilitisch wirkt, darüber besteht kein Zweifel mehr. Der Hamburger Arzt Dr. Philipp beobachtete nach Salvarsaninjektion Keratose der Handteller und Fußsohlen, also ein für Arsenikvergiftung typisches Symptom. Daß Ehrlich und seine Anhänger das neue Mittel für ungiftig ausgaben, war unverzeihlich, und daß bis heute keine Maximaldosis für das Salvarsan amtlich vorgeschrieben ist, begreift man nicht.

Denn dieses Mittel ist ein furchtbares Gift. Schon in den ersten vier Jahren nach seiner Einführung konstatierte man über zweihundert Salvarsan-Todesfälle, (NB. außer denen, die nicht veröffentlicht wurden), unzählige unheilbare Erblindungen, nicht selten Taubheit, epileptoide Krämpfe, Lähmungen und andere üble Folgen. Zwar hat die Fabrik, als das Salvarsan etwas in Verruf gekommen war, eine schwächere Modifikation, das Neosalvarsan, mit ca. 30 Prozent Arsengehalt, auf den Markt gebracht, aber das war keine wesentliche Verbesserung, denn es zeigt sich, daß z. B. in einem amerikanischen County-Hospital an einem einzigen Tage sieben Patienten durch Neosalvarsanvergiftung zugrunde gingen. Die Straßburger Universitätsklinik hat wegen der Giftwirkungen und Todesfälle vor dem Neosalvarsan gewarnt.

Dabei ist Salvarsan kein sicheres Antisyphilitikum. Als solches leistet es nicht mehr und nicht weniger als andere Arsenpräparate; es ist bloß ein Palliativmittel; es bemäntelt, es verschleiert, unterdrückt für kurze Zeit Symptome der Krankheit, ist aber für sich allein gebraucht, nicht imstande, eine Heilung zu bewirken. Deshalb kombiniert man jetzt allgemein die Salvarsankur mit der altbewährten Quecksilberkur oder wendet die beiden Kuren abwechselnd an. Von einer „Therapia magnas sterilisans“, wovon Ehrlich sprach, ist keine Rede mehr. Das Salvarsan ist ein „Blender“, seine günstige Wirkung tritt manchmal schnell ein, hält aber nicht lange vor; gewöhnlich ist schon nach wenigen Monaten der alte Krankheitszustand wieder da. Nachdem im Jahre 1911 bei den syphilitischen Prostituierten in Berlin Salvarsan anstelle Quecksilber angewendet worden war, ergaben sich 50 Prozent mehr Rückfälle als im Jahre 1910 bei Quecksilberbehandlung.

Beides, die Giftigkeit und die Unzuverlässigkeit des Salvarsans, nachgewiesen zu haben, ist das große Verdienst des Dr. Dreuw. Wenn dennoch unzählige Menschen durch zu intensive Salvarsananwendung teils schwer geschädigt wurden, teils umgekommen sind, so ist das die Schuld derjenigen, welche die Stimme des Warners zu ersticken bemüht waren.

Ich stehe dem Salvarsan unparteiisch gegenüber und wende es sogar an, aber nur in minimalen Dosen, als Zugabe zur Schmierkur, weil es einige auffällige Symptome der Syphilis, z. B. papulöse Hautausschläge, rasch zum Verschwinden bringen kann. Ebenso wie man den Gebrauch von Jodkalium, Kakodyl oder Holztränken während einer Schmierkur verordnen kann, darf man wohl zur Kombination mit Salvarsan greifen, nur darf man dieses Adjuvans nicht als Basis der Kur ansehen. Es liegt auf der Hand, daß die Salvarsanfrage bei der Behandlung syphilitischer Prostituierter eine große Rolle spielt. Ausschließlich mit Salvarsan behandelte, also nicht gründlich geheilte Prostituierte, auf das Publikum loszulassen, bringt unermeßliche Gefahr für die Volksgesundheit. Die Bedeutung dieser Krankheit ist erst neuerdings voll erkannt worden. Deutsche Lebensversicherungsärzte haben ermittelt, daß die an Syphilis vorerkrankten Versicherten 70 Prozent Uebersterblichkeit haben. Ein Drittel der Syphilitiker stirbt an der Syphilis bezw. an ihren Folgen, z. B. an einem spezifischen Leiden des Zentralnervensystems oder an einer spätsyphilitischen Erkrankung des Herzens und der Blutgefäße, Arterienverkalkung mit Aortenaneurysma, Gehirnblutung usw. Manche Aerzte führen die trotz der hygienischen Fortschritte hohe Sterblichkeit der Großstädte in erster Linie auf die dort überhandnehmende Syphilis zurück.

Nun hängt aber die Verbreitung der Syphilis in hohem Grade von dem Gesundheitszustand der Prostituierten ab. Dieser Gesundheitszustand läßt aber bei

der gegenwärtigen unzureichenden Kontrolle und unzureichenden Untersuchungsmethoden sehr viel zu wünschen übrig. Zahlen beweisen: Becker: Serodiagnostik der Syphilis (Münch. med. Wochenschr. 1909 Nr. 11) hat durch Blutproben von 80 Prostituierten festgestellt, daß 42,25 Prozent positiv, 52,5 Prozent negativ und 6,25 Prozent unbestimmt reagierten. Folglich waren über ein Zehntel der Mädchen syphilitisch, annähernd die Hälfte.

Eine genaue oft zu wiederholende körperliche Untersuchung aller Prostituierten erscheint als notwendige Vorbedingung für eine wirksame Bekämpfung dieser schrecklichen Krankheit. Deshalb wäre die Gründung einer Berliner Professur für Prostituiertenuntersuchung ein großer praktischer Fortschritt, eine Wohltat für das deutsche Volk und ich wüßte keinen geeigneteren Mann für gedachten Lehrstuhl vorzuschlagen, als den Dr. Dreuw, der schon als Polizeiarzt dieses Fach kennengelernt hat und es durch zahlreiche wissenschaftliche Arbeiten gefördert hat, so erst kürzlich wieder durch seinen Entwurf eines Planes zur staatlichen Ueberwachung von Syphilis und Gonorrhoe (Archiv für Rassen- und Gesellschafts-Biologie, Leipzig 1916—17, 1. Heft).

Gehorsamst

gez.: Winkler, Prof. Dr. med. u. phil.,
dirig. Brunnenarzt am staatl. Bade Nenndorf.

Siehe auch das Gutachten Prof. Jesinoek Seite 78 und Prof. Unna Seite 132.

Unterdessen ist mein Buch „Die Sexualrevolution" am 10. August 1921 erschienen. Den Herren His—Franz—Arndt—Krüß—Löbe e tutti quanti verweise ich auf die bisher schon erschienen Besprechungen, die Seite 135 abgedruckt sind. Fast die gesamte große deutsche Presse ist für mich und gegen das Dekadenzsystem, dafür nur . . . die Spezialorganisation der D. G. B. G. (Deutsche Gesellschaft zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten) und ihr spezialärztlicher Interessentenanhang.

Wir lasen dann damals noch in der Berliner Presse den folgenden Aufsatz: „Das Dunkelkammersystem der medizinischen Dozenten-Prüfung":

Eine Betrachtung zum Fall Dreuw.

Zum „Fall Dreuw" lesen wir in der Berliner Presse:

Das Kapitel „Wie wird man Professor" wird durch den Fall Dreuw zur öffentlichen Diskussion gestellt. Schon die Tatsache, daß über die Berufungen die schlimmsten deutschen und namentlich lateinischen Zitate im Umlauf sind, beleuchtet, daß man den „Berufungen" mit größtem Mißtrauen gegenübersteht. Der Fall Dreuw verstärkt dieses Mißtrauen, da seitens der Fakultät nicht mit der Objektivität über die wissenschaftlichen Leistungen Dreuws berichtet worden ist, die eine so wichtige Frage und eine derart in der Oeffentlichkeit diskutierte Persönlichkeit erwarten läßt. Ueber die Art der Berichterstattung in der Fakultät dürfte gegebenenfalls noch das Nähere gesagt werden. Die Presse hat bereits einen Auszug des Zeugnisses über Dreuws Leistungen von dem berühmten deutschen Dermatologen, Prof. Unna, wiedergegeben, wonach Dreuws wissenschaftliche Leistungen schon 1905 allgemein bekannt und anerkannt waren und Dreuw als eine ausgezeichnete Lehrkraft bezeichnet wird. Aber die Fakultät! Aber die Fakultät! ruft die „Voss. Ztg.", d. h. ihr medizinischer Mitarbeiter. Was ist nun die Fakultät? Eine im geheimen tagende Korporation von Fachkollegen, die Geheimberichte an das Kultusministerium sendet, das letzten Endes trotz der Fakultät die Entscheidung hat. Dieses Geheimsystem, das über anerkannte deutsche Gelehrte hinterrücks vielfach herfällt, ohne daß sie erwidern können, muß fallen. Was die Fakultät über die wissenschaftlichen Leistungen eines deutschen Bürgers Gutes oder Schlechtes zu sagen hat, muß das Licht der Oeffentlichkeit vertragen können. Die Fakultät hat dem mediz. Berater der „Voss. Ztg." Nr. 371 mitgeteilt, die vom Kultusministerium beantragte Dozentur Dreuws „Moderne Prostitutionsbekämpfung", d. h. staatliche Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten sei für Medizinstudenten nicht geeignet. Eine eigenartige Auffassung, gegen die die Studenten wohl Einspruch erheben werden, gegen die aber auch die Wichtigkeit dieser Frage für die Bevölkerungspolitik spricht.

In der Berliner Presse (Volkszeitung, Mittagszeitung usw.) stand der folgende Auffsatz am 7. 8. 19:

Die Aufhebung der Sittenpolizei.

Der Berliner Spezialarzt Dr. Dreuw hat an die Kommission für Bevölkerungspolitik bei der preußischen Landesversammlung nachstehendes Gesuch gerichtet:

In der 22. Sitzung hat der Herr Abgeordnete Faßbender als conditio sine qua non für die erfolgreiche Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten der Medizinalverwaltung die „allgemeine, gleiche, diskrete Anzeige- und Behandlungspflicht" empfohlen. (Fortsetzung siehe Seite 64/65.)

Der „Vorwärts" schrieb am 25. Juli 1919:

Zur Bekämpfung der Prostitution.

Die erste Professur für Prostitutionsbekämpfung in Berlin soll nach einem Antrag des Kultusministers Dr. Konrad Haenisch bei der medizinischen Fakultät der Berliner Universität dem früheren Berliner Polizeiarzt Dr. Dreuw zugewiesen werden. Wie die Korrespondenz „Berliner Redaktion" mitteilt, erledige sich durch diese authentische Nachricht die tendenziöse Falschmeldung der „Deutschen medizinischen Wochenschrift" des Geheimrats Schwalbe, in der gesagt wurde, der Kultusminister wolle Dr. Dreuw als Professor für salvarsanlose Syphilisbehandlung bestellen, wozu indessen nicht dessen geringe wissenschaftlichen Verdienste, sondern nur sein demagogischer Kampf gegen das Salvarsan die Veranlassung geboten hätten . . .

Die Falschmeldung des Geheimrats Schwalbe und der daran geknüpfte Kommentar stellen sich als Fortsetzung des schon lange von einer unter dem alten Regime allmächtigen wissenschaftlichen Clique geführten Unterdrückungskampfes dar. Dr. Dreuws Verdienste sind bekannt. Seine Vorschläge für die Prostitutionsbekämpfung wurden von der bevölkerungspolitischen Kommission der Preußischen Landesversammlung angenommen. Ministerialdirektor Kirchner, Dreuws Gegner, mußte schon am 28. Mai 1914 im Preußischen Herrenhause offen die Leistungen Dreuws anerkennen.

Anderer Ansicht soll aber, so will die „Voss. Ztg." wissen, die medizinische Fakultät sein. Sie hält Dreuw nicht für einen geeigneten Lehrer und ist der Ansicht, die „moderne Prostitutionsbekämpfung" sei als Lehrgegenstand für Studenten nicht geeignet. Die Ansicht ist, gelinde gesagt, höchst merkwürdig (welche Jahreszahl schreibt die Fakultät?) Der Fall deutet auf Sturm zwischen Haenisch und Fakultät. (So meinte der die Zusammenhänge nicht kennende „Vorwärts". Haenisch und Sturm! Eine contradictio in adjecto. Dr. D.)

Die „Berliner Volkszeitung" (Verlag Rud. Mosse) schrieb:

Die erste Professur für Prostitutionsbekämpfung. Die Demokratische Zeitungskorrespondenz, „Die Berliner Redaktion", schreibt: Kultusminister Haenisch hat bei der medizinischen Fakultät der Berliner Universität einen Lehrstuhl für moderne Prostitutionsbekämpfung beantragt, für den er den bekannten früheren Berliner Polizeiarzt Dr. Dreuw in Vorschlag bringt. Falls diese Nachricht sich bestätigt, so hat der Kultusminister fraglos den richtigen Mann gefunden. Dr. Dreuw, aus seinem Kampfe gegen die Polizei- und Medizinalbehörden auch der breiteren Oeffentlichkeit bekannt, ist in der wissenschaftlichen Welt als ein heftiger Bekämpfer der Salvarsan-Methode hervorgetreten. Zur Bekämpfung der Prostitution hat er einige wertvolle Beiträge veröffentlicht.

Wegen Raummangel sei nur ein Auszug aus dem discretionistischen Gesetzentwurf reproduziert:

§ 12.

a) § 361,6 St.G.B. wird aufgehoben. Statt dessen wird ein völlig von der Polizei losgelöstes Pflegeamt eingerichtet, dem neben einem Arzt noch eine vorgebildete Fürsorgerin vorgesetzt sind. Dieses beschäftigt sich mit den sozialen, wirtschaftlichen und ethischen und moralischen Verhältnissen der Gewerbsmäßigen,, die dem Gesundheitsamt die Nennung ihres Namens an das Pflegeamt gestatten oder durch das Gesundheitsamt sich daran wenden. Diesen steht es mit Rat und Tat zur Seite. Die Pflegeamtsvorsteher haben das Recht, die Abteilungen der Fürsorge- und Erziehungsanstalten zu kontrollieren, in denen Gewerbsmäßige untergebracht sind.

b) Dem § 180 StGB. werden die Worte zugefügt: „Diese Vorschrift findet keine Anwendung auf das Gewähren von Wohnung an Personen, die das 18. Lebensjahr vollendet haben, wenn damit ein Ausbeuten der Person, der die Wohnung gewährt ist, noch ein Anwerben oder Anhalten dieser Person zum gewerbsmäßigen Geschlechtsverkehr verbunden ist."

c) Das Reichsgesetz vom 11. Dezember 1918 wird aufgehoben.

§ 13.

Alle Uebertretungen der zur Sicherung der Gesundeit, des öffentlichen Anstandes und der Ordnung von der Ortspolizeibeörde erlassenen Vorschriften werden bestraft. Bestraft wird ferner, wer öffentlich in einer Weise, die geeignet ist, den öffentlichen Anstand zu verletzen, zum Geschlechtsverkehr gegen Entgelt auffordert oder sich anbietet oder öffentlich eine sexuelle Handlung begeht, die geeignet ist, Aergernis zu erregen. Die Grundsätze für diese Vorschriften werden durch Reichsgesetz geregelt.

§ 14.

Wer über 18 Jahre alt ist und gewohnheitsmäßig gegen Entgelt mit einer Mehrzahl von Personen, d. h. gewohnheitsmäßig und gewerbsmäßig, Geschlechtsverkehr ausübt, auch wenn dies neben dem eigentlichen Beruf geschieht, ist bei einer Strafe von mindestens drei Monaten Gefängnis verpflichtet, laut § 15 jede Woche dreimal auf Staatskosten ein Attest einzureichen. In allen öffentlichen Tanzlokalen und sonstigen Lokalen, in denen vermutungsweise Gewerbsmäßige verkehren, ist ein Auszug dieses Gesetzes durch Wandanschlag zu veröffentlichen.

Wer dringend verdächtig ist, daß er gegen Entgelt mit einer Mehrzahl von Personen gewerbsmäßig Geschlechtsverkehr ausübt, ohne daß er dies dem statistischen Gesundheitsamt mitgeteilt hat, wird, falls der gewerbsmäßige Verkehr in einem anhängigen Gerichtsverfahren rechtskräftig bestätigt wird, von dem statistischen Gesundheitsamt dem zuständigen Kreisarzt gemeldet. Diesem werden ebenfalls alle bisher wegen Gewerbsunzucht inskribierten weiblichen Personen und solche, die sich freiwillig melden, mitgeteilt. Gewerbsmäßige unter 18 Jahren auch solche, welche den begründeten Verdacht der Gewerbsmäßigkeit erwecken, werden vom Gericht zwecks weiterer Veranlassung dem Pflegeamt überwiesen, dem sie bis zur Erreichung der Volljährigkeit, mindestens aber zwei Jahre, unterstellt sind und das sie gegebenenfalls einer Fürsorgeerziehungsanstalt überweist. Das Gericht kann im Vorverfahren nach Prüfung und Begründung Anträge auf ein Verfahren zur Feststellung des gewerbsmäßig ausgeübten Geschlechtsverkehrs wegen ungenügender Begründung rechtskräftig ablehnen. Die Gewerbsmäßgen bleiben als solche solange beim statistischen Amt namentlich aufgeführt, bis sie nachweislich 3 Monate lang einem geordneten bürgerlichen Erwerb nachgegangen sind oder sonst glaubhaft machen, daß sie keinen gewerbsmäßigen Geschlechtsverkehr mehr ausüben. Den sie behandelnden Aerzten ist verboten, höhere als die amtlich festgesetzten Gebühren oder sonstige Einnahmen von ihnen zu erzielen.

Nachdem dann in der „B. Z. am Mittag" vom 2. 8. 19 nachgewiesen, daß die Universität seiner Zeit sogar gegen die Berufung von Männern wie Helmholtz und Ranke Einspruch erhoben hatte, wurde dann noch mit einem Aufsatz in Nr. 190 vom 25. Aug. 1918 des 8 Uhr-Abendblattes der Beweis geliefert, daß die medizinische Fakultät sogar aus Konkurrenzrücksichten einem kaufmännischen, also nichtmedizinischen Fabrikdirektor einen Röntgenlehrstuhl verschaffen wollte.

In meiner Angelegenheit merkte man in der Presse das ausgegebene Stichwort. Bekanntlich existiert eine Zentrale für die medizinische Fachpresse. Die Stichwörter, die in die Fach- und Tagespresse lanciert wurden, lauteten: „Keine wissenschaftliche Leistung", Kein geeigneter Lehrer" und „Staatliche Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten" bzgl. „Moderne Prostitutionsbekämpfung" ist „für Studenten nicht geeignet". Es ist daher unbedingt nötig, daß das Parlament endlich die Geheimberichte der Fakultäten untersagt und jedem deutschen Gelehrten das Recht zugesteht, Einsicht in seine Akten beim Kultusministerium zu nehmen, daß endlich die Berufung der Professoren öffentlich ausgeschrieben wird, damit diese für den Aufbau so nötige Auslese der Intelligenz erfolgt nach dem so sehr in der Praxis mißbrauchten Worte:

„Dem Tüchtigen freie Bahn!"

7. Dilatationspolitik des „salvarsangegnerischen" „Kultur"-Ministers.

Schon das Geldangebot im Brief vom 7. 2. 19 ließ erkennen, daß der „Salvarsangegner" Haenisch, unrettbar dem Einfluß der Frankfurter Salvarsanisten erlegen war. Daß er die 3 Gutachten Fakultät, Arndt, Löhe — alle nach demselben Schema verfaßt — mir in seiner Unerfahrenheit und damals noch vorhandenen Biederkeit zur Einsicht übergab, war darauf zurückzuführen, daß er damals als Noch-Sozialdemokrat an eine gerechte Erledigung derartiger Kulturfragen glaubte. Aber schon einige Stunden später wurde er von seinen Instruktoren Becker, Krüß, Wende e tutti quanti belehrt, daß die Einsicht in die Parlamentsakten zwar von der Revolutionsregierung angeordnet sei, daß aber in praxi dies nicht anginge. Daher möge er die „3 Sachen" so schnell wie möglich zurückfordern. Was er auch nach der geheimrätlichen Belehrung getreulich tat.

Unterdessen waren meine Akten, Arbeiten, Dokumente usw. zu Herrn Krüß als Referent für Titularprofessuren gekommen, der die Angelegenheit bearbeitete, weil meine Gegner vermutungsweise auf die Folgen einer Dozentur Dreuw hingewiesen hatten. Auf dieses ungefährliche Geleise der Titularprofessur sollte die Sache verschoben werden. Ich erklärte dem Minister kategorisch, daß ich auf diese Titulatur verzichte. Ich hielt den von Haensch inaugurierten Antrag einer Docentur voll und ganz aufrecht. Schon am 15. 2. 19 bekomme ich folgenden Eilbrief: Poststempel W. 8. 8 Uhr 50 nachmittags. Ankunft 10 Uhr abends:

Der Minister der geistlichen u. Unterrichts-Angelegenheiten. — Berlin W. 8, 15. Febr. 1919. Unter den Linden 4.

Lieber Herr Doktor!

Ich bitte Sie dringend, die drei Sachen, die ich Ihnen gestern mitgab, mir unter allen Umständen sofort unter Eilbrief nach meiner Wohnung: Berlin-Steglitz, Dijonstraße 17, zurückzusenden. Ich muß Sie aus einem bestimmten Grunde (!) morgen Sonntag unbedingt noch in Händen haben. Montag früh fahre ich, wie Sie wissen, nach Weimar. Auf die absolute Vertraulichkeit der Sache mache ich Sie noch einmal ausdrücklich aufmerksam.

In der Angelegenheit der Frankfurter Reise bitte ich Sie, sich die Dinge doch noch einmal zu überlegen. Sie verschlechtern Ihre Position außerordentlich, wenn Sie eine solche, Ihnen von der Regierung gebotene Möglichkeit, den ganzen Komplex noch einmal zu studieren, zurückweisen. Man würde Ihnen später daraus die bittersten Vorwürfe machen. Nachdem das Ministerium selbst sich bereit erklärt hat, die Reisekosten zu übernehmen, fällt für Sie wirklich jeder Grund der Weigerung fort. Glauben Sie mir, daß ich Ihnen diesen Rat aus unveränderter freundschaftlicher Gesinnung gebe.

Mit bestem Gruß

Ihr Haenisch.

Man ersieht daraus, wie wichtig dem Herrn Salvarsangegner Haenisch es war, mich als einzigen, ebenso wie in die Salvarsankonferenz, so nach Frankfurt in die Höhle des Löwen zu bringen, weil er wohl vermutete, dort wird man ihn schon rum kriegen. (Siehe Weltbluff Seite 51.)

Am 16. 2. 19 sandte ich ihm die drei Sachen, von denen ich Kopie genommen, mit folgendem Schreiben zurück:

Mein lieber Herr Haenisch!

Anbei die drei Abschriften (Fakultät, Arendt, Löhe, ein kaum bekannter Hautarzt, der aber das Verdienst hat, ein Freund von Krüß zu sein), ferner ein Gutachten von Prof. Dührßen und meine Erwiderung auf die drei Gutachten, bei denen anscheinend derselbe Tip — Alopecia parvimaculata! — gegeben worden ist. Meine aktenmäßige Erwiderung bitte ich, noch nicht den Akten einzuverleiben, da ich verlange, falls die Fakultät angesichts der Tatsachen nicht ihr ungerechtes — entweder auf Ignoranz oder Verleumdung — beruhendes Gutachten zurücknimmt, den Vertretern derselben in Ihrer Gegenwart gegenübergestellt zu werden, damit ich ihnen entweder das eine oder das andere nachweisen kann.

Friedrich der Große pflegte zu sagen: „Mit solchen . . . Menschen muß ich mich herumschlagen". Der eine wurde vor kurzem „ordentlicher Professor" wegen seiner vielgerühmten Kenntnisse der Literatur. Da Arndt genau weiß, daß die Kommission (Prof. Joseph) getagt hat, so können Sie ermessen, da er diese nicht erwähnt, welchen Bären man Ihnen mit der „Belesenheit" des Prof. Arndt aufgebunden hat.

Nun zu Frankfurt. Ich bin im Prinzip, wie die Dinge sich gestaltet haben, nicht abgeneigt. Behalte mir jedoch die definitive Zusage noch vor.

Mit besten Grüßen in großer Eile Ihr Dr. Dreuw.

Dann hörte und sah ich nichts mehr von der Angelegenheit. Auf verschiedene telephonische Anrufe erklärte Herr Haenisch stereotyp, er habe kaum Zeit, mit mir zusammen zu kommen, oder aber er war nicht zu erreichen. Ich merkte, daß die Angelegenheit ad calendas graecas dialatorisch verschoben werden sollte. Um zu erklären, meine Gegner hätten ihm die Professur untersagt, dazu fehlte es ihm an Mut. Da es mir fast unmöglich war, denselben Herrn Haenisch, der angab, „in unveränderter Freundschaft" mir zur Seite zu stehen, überhaupt zu sprechen, schrieb ich ihm am 1. 4. 1919 den folgenden Brief:

Mein lieber Herr Haenisch!

Berlin, den 1. April 1919.

Da ich auf meine verschiedenen Briefe ohne Antwort geblieben bin und auch sonstige Anzeichen mich dazu berechtigen, anzunehmen, daß irgendwelche Einflüsse stattgefunden haben, die mich berechtigen, das Wort von der unveränderten Freundschaft Ihres letzten Briefes vor etwa fünf Wochen in Zweifel zu ziehen, so bitte ich Sie, da ich nicht weiß, was man Ihnen evtl. in die Ohren geraunt hat, um eine offene Mitteilung, da ich natürlich bei meiner Ihnen sattsam bekannten Offenheit nicht geneigt bin, im Dunkeln zu operieren. Mir sind klare Verhältnisse lieber, wie dunkle. Es würde mir leid tun, nachdem wir vor dem 9. November durch dick und dünn gegangen sind, wenn die veränderten Verhältnisse Ihre Wege Ihrem früheren Freunde gegenüber auch verändert hätten. Ich würde das zwar bedauern und meine Konsequenzen mit der Ihnen bekannten Energie ziehen, mich aber damit abzufinden wissen. Ich will hoffen, daß ich mich täusche.

Mit besten Grüßen Ihr Dreuw.

Am 2. April 19 erhielt ich folgende Antwort:

Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung.

Berlin W. 8, den 2. April 1919.

Herrn Dr. med. Dreuw, Berlin W., Winterfeldstraße 32.

Lieber Herr Doktor!

Ich habe in diesen letzten Monaten viele Hunderte von Besuchern, die teilweise weite Tagereisen nach Berlin hatten zurücklegen müssen, nicht empfangen können und habe mehrere Tausende von Briefen unbeantwortet lassen müssen . Nahe Freunde von mir warten seit langen Wochen auf die Möglichkeit einer Unterredung. Ich bin derartig mit grundlegenden Arbeiten überhäuft, daß ich alles Persönliche hintenan setzen muß. Um ganz offen zu sein: Die Art und Weise, wie Sie sofort nach dem 9. November v. J. Ihre persönlichen Wünsche in den Vorder-

grund stellten,*) hat mich bei der Wertschätzung und bei aller sachlichen Uebereinstimmung mit Ihnen nicht gerade angenehm berührt. Ich konnte und kann mich dem Verdacht nicht aussetzen, daß ich meine amtliche Stellung dazu mißbrauche, persönliche Freunde zu fördern. Eine unmittelbar nach der Revolution der Universität aufgezwungene Professur Dreuw hätte mich als Minister auf der Stelle unmöglich gemacht und sie würde das auch heute noch tun.**) Und auch Ihre Stellung im Kreise der Dozenten wäre gänzlich unhaltbar.

Wie es mit der Titularprofessur steht, wissen Sie ja gleichfalls. Mein Antrag, das Verbot vom 20. Dezember aufzuheben, ist am letzten Freitag zu meinem lebhaften Bedauern vom Staatsministerium mit einer Stimme Mehrheit abgelehnt worden. Ich habe aber bereits angekündigt, daß ich ihn nach einigen Wochen erneuern werde.

Von der Fakultät ist eine Antwort auf Ihre Beschwerdeschrift mir bis heute nicht zugegangen. Ich werde dieser Tage einmal ernstlich mahnen.

Haben Sie die amtliche Aufforderung zum Studium des Salvarsans an Ort und Stelle in Frankfurt noch nicht erhalten? Daß ich lebhaft, trotz aller Ueberlastung, auch an Sie denke, möge Ihnen daraus klar werden, daß ich erst dieser Tage mit Schultzen eingehend darüber verhandelt habe, in welcher Weise man Sie jetzt, nach Kirchners Abgang, rehabilitieren könne. Ich habe u. a. daran gedacht, bei dem mir persönlich gut bekannten neuen Berliner Polizeipräsidenten Ihre Wiedereinsetzung als Polizeiarzt zu beantragen oder aber einen von Ihnen gestellten Antrag warm zu befürworten. Auch mit dem Leiter der Medizinalabteilung in dem neu zu schaffenden Ministerium für Volkswohlfahrt wollte ich Ihretwegen sprechen. Das alles aber machen Sie mir unmöglich, wenn Sie, wie das leider in Ihren Briefen geschieht, mit „Konsequenzen ziehen“ und ähnlichem dummen Zeug drohen. Lassen Sie solchen Unsinn doch bleiben! Ich sagte Ihnen schon mehrfach, daß Sie selbst durch Ihr aufgeregtes, nervöses Wesen sich am meisten im Lichte stehen. (Siehe Seite 15 und 16, Fußnote!!)

Persönlich quälte mich in diesen letzten Wochen recht stark eine Knieverletzung, die ich nicht in der notwendigen Weise pflegen konnte, da mich Amtspflichten von morgens bis nachts an die Arbeit fesselten.

Mit besten Grüßen Ihr ergebener Haenisch.

Am 4. 4. 19 schrieb er dann noch:

Der Minister der geistlichen und Unterrichtsangelegenheiten.

Berlin W. 8, den 4. April 1919. Unter den Linden 4.

Lieber Herr Doktor!

In der Dozentur-Angelegenheit will ich morgen noch einmal bei der Fakultät nachfragen lassen. Vielleicht habe ich nach Ostern einmal Gelegenheit, mit Ihnen persönlich die Angelegenheit durchzusprechen.

In größter Eile mit bestem Gruß Ihr ergebener Haenisch.

Selbstverständlich erfuhr ich, daß er für alle möglichen weniger wichtigen Angelegenheiten Zeit genug hatte. Es sei bemerkt, daß der Dozentur-Antrag von ihm ausging. Man ersieht ferner die Einwirkung meiner Gegner, ihn als Minister „unmöglich zu machen. Derselbe Haenisch, der seine Mitredakteure Cunow und Lensch zu Universitätsprofessoren und den Schwiegersohn von Bernstein, Dr. Chajes, einen Hautarzt (!) zum Professor an der technischen Hochschule für — soziale Hygiene ernannte, bei dem zahlreiche Freunde protegiert wurden, derselbe glaubte bei mir von der „Förderung persönlicher Freunde“ zu sprechen.

Ich antwortete am 4. 4. 19:

Berlin, 4. 4. 19.

Lieber Herr Haenisch!

Ihre geschätzten Zeilen habe ich erhalten. Ich bitte Sie, mir mein offenes Wort ebenso wenig zu verübeln, wie umgekehrt.

---

*) Dies ist eine Verdrehung der Tatsachen. Denn wie die Briefe Seite 63 ergeben, hat Haenisch mir den Rat gegeben, ein Gesuch einzureichen, was er im übrigen schon bei der Kaiserlichen Regierung befürworten wollte. Zu diesem Zwecke hatte er noch am 9. 11. 18 meine Arbeiten bei sich.

**) Die Macht des Salvarsanismus! Er stürzt Minister!!

Wenn ich nach dem 9. November, namentlich bei unserer Stellung zueinander mit einem persönlichen Wunsch*) an Sie herangetreten bin, so war dies berechtigt, da Sie ja schon viele Monate vorher meine Arbeiten hatten, um gegebenenfalls sogar bei Ihrem Vorgänger wegen einer Professur einmal anzuklopfen. Was lag angesichts der veränderten Verhältnisse also näher, als daß Sie Ihrer Ueberzeugung gemäß die Ihnen verliehenen Befugnisse zu meinen Gunsten ausgeübt hätten? Sie brauchen also kein sacrificum intellectus auf Grund einer bestehenden Freundschaft zu bringen, oder, wie Sie sich ausdrücken: „Ihre amtliche Stellung dazu zu mißbrauchen, persönliche Freunde zu fördern", sondern Sie hätten überzeugungsgemäß einen bisher trotz seiner anerkannten (im In- und Auslande) wissenschaftlichen Leistungen zurückgesetzten und gekränkten Mann zu einer seinen Leistungen entsprechenden Stellung verholfen, nachdem Sie mir doch selbst meine Bewerbung in die Feder diktiert. Selbstverständlich hätten die um Kirchner herum gemurrt. Die haben auch gemurrt, als ich dafür Sorge trug, als ihr Gönner wegmußte. Und wie mir heute ein Geheimrat mitteilte, ist seitdem ein großer Teil der Geheimräte des Ministeriums auf meine Seite getreten, weil sie ihn nicht mehr zu fürchten brauchen.

Es wäre doch nicht richtig, wenn die Tatsache, daß man mit Ihnen befreundet ist, ein Hindernis wäre, zu seinem Rechte zu kommen.

Wie die Fakultät im übrigen denkt, geht daraus hervor, daß sie heute nach sechs Wochen noch keine Zeit gefunden hat, auf meine in meiner Beschwerdeschrift niedergelegten schweren Beschuldigungen zu antworten. Ich habe die feste Ueberzeugung, daß hier eine der beliebtesten Verzögerungstaktiken der mir feindlich gesinnten Herren auch in Ihrer Umgebung vorliegt.

Eine amtliche Aufforderung zum Studium des Salvarsans an Ort und Stelle in Frankfurt habe ich noch nicht erhalten.

Ich danke Ihnen bestens für Ihre Bemühungen außerhalb Ihres Ressorts, teile Ihnen jedoch mit, daß ich eine untergeordnete Stelle nicht annehmen kann.

Wenn ich in dem schweren Kampfe und bei dem Unrecht, was mir, wie heute sogar manche Geheimräte um Kirchner herum zugeben, angetan wurde und noch wird, etwas nervös werde, so können Sie sich das wohl denken, da Sie ja auch wissen, was Kampf bedeutet. Und wenn ich von Konsequenzen sprach, so ist dies der feste Willensausdruck, mein Recht auf Erlangung einer Dozentur zur Bekämpfung der Prostitution, die allgemein als wichtig anerkannt wird, unter allen Umständen zu suchen, wenn es Ihnen nicht gelingen sollte, die Schwierigkeiten nicht sachlicher Natur, die meine Feinde auftürmen, zu überbrücken, zumal die besten Zeugnisse niedergelegt sind.

Indem ich Ihnen gute Besserung und völlige Wiederherstellung wünsche, bin ich mit besten Grüßen

Ihr sehr ergebener Dreuw.

Etwa 4 Wochen später fragte ich bei Haenisch „Eingeschrieben" an, ob meine Briefe angekommen. Keine Antwort. (Trotzdem aber immer: „Lieber Herr Doktor, in unveränderter Freundschaft".)

Am 17. 5. bekam ich folgendes amtliche Schreiben, nachdem ich im Parlament, wo ich ihn zufällig traf, noch Haenisch darauf mündlich aufmerksam machte, daß ich die Fakultät öffentlich angreifen würde, daß ich die „Vertraulichkeit" im Interesse meiner Ehre brechen würde, wenn er seiner Pflicht als neutraler Minister der Fakultät gegenüber nicht nachkäme und eine Prüfung der Verleumdungen nicht anordne.

Antwort: Ich werde bei der Fakultät nochmals mahnen. Sie ist wütend, daß ich Ihnen das Gutachten gegeben habe. Ich erwiderte, das könne man verstehen.

---

*) In Wirklichkeit bot Haenisch mir die Professur an durch telephonischen Anruf, „Prof. Blaschko wäre bei ihm wegen einer Universitätsprofessur gewesen, ich solle sofort zu ihm kommen und mich auch melden". (Siehe Seite 30.) Auf die ihm anscheinend von meinen Gegnern suggerierte „Nervosität" (siehe Seite 58) ging ich selbstverständlich nicht ein. Ich habe Seite 13 das Nötige darüber gesagt.

8. Die Berufung des Verfassers an das Frankfurter Ehrlich'sche Salvarsaninstitut.

Briefwechsel bis zu dieser Berufung.

Eine der eigenartigsten Handlungen des „Salvarsangegners" Haenisch in Verbindung mit den Salvarsanisten war die Tatsache, daß er den Führer der Salvarsangegnerschaft unbedingt in die „Höhle des Löwen" nach Frankfurt dirigieren wollte; als ob es in Berlin an staatlichen Instituten nicht möglich gewesen sei, die Salvarsanfrage 10 Tage!! lang zu studieren. Man merkte die Absicht und wurde verstimmt! Was sollen 10 Tage in dieser Frage? Dazu in einem Institut, das keinen einzigen Syphilispatienten hat!!! Und in Berlin gab es staatliche Institute in Hülle und Fülle. Regie!

Der Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung. — Berlin W., den 17. Mai 1919.

U I K Nr. 9292.

Mit Bezugnahme auf die mündlich erfolgte Verständigung teile ich Ihnen ergebenst mit, daß der Direktor des Instituts für experimentelle Therapie in Frankfurt a. M., Geheimer Medizinalrat Professor Dr. Kolle, sich bereit erklärt hat, Ihnen Gelegenheit zu geben, sich eingehend über die Art und den Stand der dortigen Arbeiten über das Salvarsan und seine Heilwirkungen zu unterrichten.

Sofern Sie bereit sind, von diesem Angebot Gebrauch zu machen, ersuchen wir Sie, sich wegen näherer Verständigung über die Zeit Ihres Besuches in Frankfurt mit Geheimrat Kolle, der benachrichtigt ist, unmittelbar in Verbindung zu setzen.

Die Kosten der Reise und eines etwa zehntägigen Aufenthalts in Frankfurt a. M. bin ich bereit, Ihnen aus Fonds des Ministeriums zu vergüten. Einer späteren Vorlegung der Kostenrechnung sehe ich entgegen. Haenisch.

An
den prakt. Arzt Herrn Dr. med. Dreuw in Berlin W.

Ich antwortete amtlich mit 2 Schreiben vom 19. 5. 19 auf das Schreiben vom 17. 5. 19:

Berlin, den 19. 5. 19.

An den Herrn Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung, Berlin.

Auf Ihr geehrtes Schreiben vom 17. Mai 1919 erkläre ich mich bereit, im Auftrage der Regierung nach Frankfurt a. M. zu fahren. Ich werde mich Ihrem Wunsche entsprechend mit Herrn Geheimrat Kolle direkt in Verbindung setzen und dann das Ministerium von dem Antritt meiner Reise in Kenntnis setzen. Voraussichtlich fahre ich mit Rücksicht auf meine Praxis und Vertretung Anfang oder Mitte Juli nach Frankfurt.

Berlin, 19. 5. 19.

An den Herrn Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung.

Aus Ihrem Schreiben vom 17. Mai d. J. ersehe ich, daß das Ministerium es ernstlich für geboten hält, im Interesse der Volksgesundheit eine Prüfung der Salvarsanangelegenheit durch mich vornehmen zu lassen, wozu ich mich bereits bereit erklärt habe.

Zu gleicher Zeit erlaube ich mir anzufragen, was aus meinem Schreiben vom 15. 2. geworden ist? Ich bin, wie ich in diesem Schreiben auseinandergesetzt habe, von der medizinischen Fakultät schwer verleumdet worden, indem man die Wahrheit verdreht hat, um meine im Auftrage des Herrn Ministers erfolgte Bewerbung um

eine Dozentur „Moderne Prostituiertenbekämpfung“ unmöglich zu machen. Da diese Frage durch den Antrag auf Aufhebung der Sittenpolizei bei der Landesversammlung sehr aktuell geworden ist, so bedeutet diese Art des Kampfes, einen unbequemen Gegner durch Verleumdungen und Unwahrheiten unschädlich zu machen, einen Faustschlag ins Gesicht der Demokratie und der freien Forschung und eine Schädigung der Volksgesundheit, die nur durch pro et contra gefördert werden kann.

Nach dem ehrenvollen Auftrage, die Salvarsanfrage in Frankfurt zu prüfen, wird mir hoffentlich das Ministerium auch recht bald Gelegenheit geben, in einem offenen und ehrlichen Verfahren mich mit der medizinischen Fakultät auseinanderzusetzen, falls es das Ministerium nicht vorziehen sollte, auf Grund des ihm und mir vorliegenden Materials an Hand der beigebrachten und noch beizubringenden Beweise eine selbständige Entscheidung zu treffen, um, ähnlich dem bereits gefaßten Beschluß der Regierung, meine Rehabilitierung durchzusetzen. gez. Dr. Dreuw.

Und schrieb am 26. 5. 19 an Geheimrat Kolle:

26. 5. 19.

Herrn Geh. Med.-Rat Prof. Dr. Kolle, Frankfurt a. M.

Sehr geehrter Herr Kollege!

Unter Bezugnahme auf die beiliegenden Abschriften vom 17. 5. 19 und 19. 5. 19 bitte ich um gefl. Mitteilung, ob Ihnen die Zeit meines Besuches Mitte Juli passen wird. Mit vorzüglicher Hochachtung Ihr ergebener Dr. Dreuw.

Am 26. Mai lief folgendes **amtliche** Schreiben ein:

Der Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung. Berlin W., den 26. Mai 1919.

U I Nr. 6064.

Auf die Eingabe vom 19. Mai d. Js. erwidere ich Ihnen, daß ich Ihre Darlegungen vom 15. Februar d. Js. zur Kenntnis der Medizinischen Fakultät der hiesigen Universität gebracht habe*) und daß ich mir bis zum Eingang einer Gegenäußerung der Fakultät, um deren Beschleunigung ich nochmals ersucht habe, meine Stellungnahme auch zu Ihrem Gesuch wegen Erteilung eines Lehrauftrages vorbehalten muß. Haenisch.

An Herrn Dr. med. Dreuw, hier, W.

Am 30. Mai 19 erhielt ich mit folgendem Schreiben die dem Ministerium am 24. November 18 überreichten Dokumente usw. zurück, ohne daß Herr Haenisch „Stellung nahm“, oder ob sein Antrag angenommen oder abgelehnt war.

Der Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung. Berlin W., den 30. Mai 1919.

U I K Nr. 9292/18 II.

Im Anschluß an mein Schreiben vom 17. Mai 1919 — U I K 9292 — lasse ich Ihnen die mir unterm 24. November 1918 vorgelegten Druckschriften nach Einsichtnahme wieder zugehen. (Siehe Seite 30.) Haenisch.

An den prakt. Arzt Herrn Dr. med. Dreuw in Berlin W., Neue Winterfeldstraße 32.

Am 14. Juni schrieb Geheimrat Kolle:

Georg Speyer-Haus. Frankfurt a. M., 14. Juni 1919.
Frankfurt a. M., Paul Ehrlichstraße 42.

Herrn Dr. Dreuw, Berlin W., Potsdamerstraße 31a.

Sehr geehrter Herr Doktor!

In Beantwortung Ihres Schreibens vom 26. Mai teile ich Ihnen ergebenst mit, daß es mir passen würde, wenn Sie Mitte Juli nach Frankfurt kommen, und möchte ich nur bitten, noch einmal telegraphisch anzufragen, ob ich anwesend bin. Denn höchst wahrscheinlich muß ich zu Sitzungen des Reichsgesundheitsrates im Juli auf 3—4 Tage nach Berlin reisen. Ohne meine Anwesenheit wäre aber ihr Besuch hier zwecklos, da ich meine Ihnen von dem Herrn Minister übermittelte Bereitwilligkeit, Sie über den Stand der Syphilisforschung auf Grund der neuesten

*) Herr Haenisch hat es anscheinend sehr eilig (!) gehabt (15. 2. 19 = 26. 5. 19). Dr. Dreuw.

Erfahrungen der hiesigen wissenschaftlichen Institute, namentlich des Georg Speyer Hauses zu informieren, ja nur betätigen kann, wenn ich selbst anwesend bin.
Hochachtungsvoll W. Kolle.

Am 27. 6. 19 schrieb Haenisch:

Der Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung. Berlin W. 8, den 27. Juni 1919

Herrn Dr. Dreuw, Berlin W., Neue Winterfeldstr. 32.

Sehr geehrter Herr Doktor!

Vor Ihrer Abreise nach Frankfurt möchte ich, damit keine Mißverständniss entstehen, noch einmal — gewiß in voller Uebereinstimmung mit Ihnen — feststellen daß diese Reise ausschließlich den Zweck hat, daß Sie selbst sich über den gegenwärtigen Stand der Salvarsan-Therapie an der Quelle ein Urteil bilden. Ein amtlicher Auftrag etwa zur Revision des dortigen Instituts ist selbstverständlich mit der Reise nicht verbunden.

Ich wünsche Ihnen für die Reise, durch die hoffentlich der Eisenbahnerstreik keinen Strich macht, vollen Erfolg und grüße Sie bestens. Ihr ergebener
Haenisch.

Am 28. antwortete ich:

Berlin, 28. 6. 19.

Herrn Kultusminister Haenisch, Steglitz.

Sehr geehrter Herr Minister!

Ich bestätige dankend den Empfang Ihres geschätzten Schreibens vom 27. d. M.

Bei dieser Gelegenheit komme ich nochmals auf die Angelegenheit meiner Docentur zurück.

Nachdem diese Angelegenheit, zu der Sie mir zur Zeit das Bewerbungsschreiben diktiert, für die Sie sich also sozusagen persönlich eingesetzt haben, nunmehr schon über ½ Jahr läuft, werden Sie es verstehen und einsehen, daß ich endlich einmal wissen möchte, wo ich dran bin.

Am 4. April*) schrieben Sie mir, Sie hätten bei der Fakultät nochmals angefragt, und wollten nach Ostern die Angelegenheit mit mir besprechen. Trotz zweimaliger Anfrage, wann dies wäre, erhielt ich keine Antwort.

Daß Sie, auch ohne die Fakultät zu fragen, in der Lage sind, rasch zu handeln beweist der Fall Friedmann. Ich bin über diese Sache genau orientiert, da ich in der Presse und auch sonst, wie Sie wissen, dafür eingetreten bin. Wie ich Ihnen schon verschiedentlich mitgeteilt, verlange ich von Ihnen weiter nichts, als mein gutes Recht. Daß wir befreundet waren, kann kein Grund sein, daß Sie mich begünstigen, aber erst recht nicht, wie es den Anschein hat, daß die Salvarsankapitalisten diese Tatsache benutzen, um eine objektive Prüfung zu hintertreiben.

Da ich am 4. d. M. verreise, bitte ich bis dahin um Stellungnahme, entweder in positivem oder negativem Sinne.

Ich begrüße Sie. Ihr ergebener gez. Dr. Dreuw.

Am 30. Juni antwortete Haenisch:

Der Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung. Berlin W. 8, den 30. Juni 1919

Herrn Dr. Dreuw, Berlin W., Neue Winterfeldstr. 32.

Lieber Herr Doktor!

In aller Eile zur Beantwortung Ihres Briefes kurz Folgendes: Wenn ich ohne auf das Gutachten der Fakultät zu warten, Herrn Friedamnn kurzerhand zum a. o. Professor ernannt habe, so geschah das, weil ich mich durch weit mehr als hundert Gutachten erster Autoritäten und durch persönliche Aussprache mit einer großen Reihe hervorragender Fachärzte, schließlich auch durch eigenen Augenschein von der außerordentlichen Bedeutung seiner Entdeckung überzeugt habe.** Hier stand und steht in der Tat ein Menschheitsinteresse auf dem Spiel und da durfte ich nicht zögern.

Nehmen Sie es mir bitte nicht übel, wenn ich ganz offen ausspreche, daß in Ihrem Falle die Sache doch etwas anders liegt. In der Salvarsan-Frage bin ich

*) Am 26. Mai schrieb Haenisch, er habe erst heute meine Darlegungen vom 15. 2. zur Kenntnis der Fakultät gebracht. Dr .Dreuw.

**) Nach den neuesten Forschungen ist es ein in seiner Wirkung zweifelhaftes mit großer Reklame eingeführtes Mittel.

nämlich durch eingehende Besprechungen mit zahlreichen Fachleuten, die keineswegs zu den Salvarsaninteressenten gehören, sondern gänzlich uninteressiert sind, in meiner frühren Auffassung schwankend (wieder einmal!! S. S. 28) geworden. Es scheint mir jetzt, als habe Ihre Kritik zwar gegenüber dem alten Salvarsan ihre Berechtigung gehabt, während die heutige Zusammensetzung des Mittels und die neue Methode der Behandlung doch wohl von dieser Kritik nicht mehr getroffen werden. Gerade darum wollte ich Ihnen durch Vermittlung der Frankfurter Studienreise ja auch Gelegenheit geben, sich selbst von dem gegenwärtigen Stande der Salvarsan-Therapie zu überzeugen. Kurz: es scheint mir heute nicht mehr gerechtfertigt, auf Ihre Salvarsan-Gegnerschaft allein einen Lehrauftrag zu begründen. Ich habe die von Ihnen gewünschte*) Salvarsan-Konferenz durchgesetzt, Ihre Teilnahme an ihr herbeigeführt und jetzt Ihr Studium (!?) in Frankfurt ermöglicht. Mehr in dieser Sache zu tun, bin ich zurzeit nicht in der Lage. Reden wir weiter, wenn Sie aus Frankfurt zurück sind.

Ueber Ihre sonstigen wissenschaftlichen Leistungen habe ich erst recht kein Urteil. Lägen über diese ähnlich zahlreiche Anerkennungen vor, wie über Friedmanns Entdeckungen, so würde ich selbstverständlich keinen Augenblick zögern, auch Sie an die Universität zu bringen. (Mein Kampf ist uneigennützig, anders bei Friedmann. Dr. D.)

Im allgemeinen aber scheint mir, daß Ihre Begabung mehr auf dem Gebiete praktisch-hygienischer Organisation als auf dem Gebiete der Lehrtätigkeit liegt. Ich habe mich deshalb wiederholt persönlich und amtlich an Herrn Ministerialdirektor Gottstein gewandt und ihn gebeten, Ihnen im Rahmen des Wohlfahrtsministeriums eine Ihren Fähigkeiten und Neigungen entsprechende Betätigung zu ermöglichen. Hoffentlich läßt sich das machen.

Ich bin zwar überzeugt, daß Sie mir dieses offenen Briefes wegen persönlich sehr gram sein, daß Sie glauben werden, ich hätte mich von irgend jemandem gegen Sie aufputschen lassen und ich hätte mich in schroffem Widerspruch zu meiner vor 8 Monaten an Sie gerichteten**) Aufforderung gesetzt, sich um einen Lehrauftrag formell zu bewerben. Bei ruhiger Ueberlegung werden Sie aber doch zu der Ueberzeugung kommen, daß rein sachliche Erwägungen mich leiten. Ich hoffe deshalb, daß unsere persönlichen Beziehungen nicht auf die Dauer getrübt werden. Wo ich mit gutem Gewissen für Sie eintreten, Ihre Gedanken fördern und Ihnen helfen kann, soll es auch in Zukunft gern geschehen.

Die Antwort der Fakultät erwarte ich nun in den allernächsten Tagen. Sie bekommen dann Nachricht. (Was nie geschehen ist. Dr. D.).

Mit besten Grüßen, Ihr ergebener Haenisch.

N. B. Seit Anfang Mai wohne ich im Ministerium.

Ich antwortete am 2. 7. 19:

Berlin, 2. 7. 19.

Herrn Kultusminister Haenisch.

Lieber Herr Haenisch!

Ich erhielt Ihren Brief vom 30. Juni. Ich verstehe nicht, was mein Antrag auf einen Lehrauftrag „Moderne Prostitutionsbekämpfung“ mit der Salvarsanfrage zu tun hat. In meinem Bewerbungsschreiben ist das Wort „Salvarsan“ gar nicht erwähnt. Bevor ich daher auf Ihren Brief demnächst, namentlich auf die persönliche Note, eingehe, erhebe ich gegen diese Verschiebung Einspruch. Die Frage der modernen Prostitutionsbekämpfung betrifft ebenso das „Menschheitsinteresse“ wie die Tuberkulosebekämpfung. Sie wollen Anerkennungen haben. Die Anerkennungen von Bachmann (Med.-biol. Gesellschaft), Dührßen, Kafemann, Kanngießer, Winkler, Sivkovich liegen schon bei Ihnen. Das Gutachten Prof. Unnas auch, welches sagt: „Die von D. in meinem Institut verfaßten Arbeiten und die von ihm erfundenen Methoden auf dem Gebiete der praktischen Dermatologie und Urologie, der Histologie und Bakteriologie, der Pharmakologie, Dermatotechnik und Mikrophotographie sind allgemein in den Kreisen der Dermatologen so bekannt und anerkannt, daß ich ihn auf das Wärmste empfehlen kann,

---

*) Daß ich diese von Minister Drews schon ¾ Jahr vorher angeordnete Konferenz gewünscht, ist unrichtig. Und das „heutige“ Salvarsan tötete 1921! in einem Jahr bei einem Professor 12 Leute und vergiftete 242!! Ausrede eines „Herumgekriegten“. Dr. Dreuw.

**) Im Brief vom 2. 4. 19 schreibt er, nicht er, sondern ich habe die Aufforderung an ihn gerichtet und diese in den Vordergrund gestellt. Dr. Dreuw.

nicht nur als denkenden wissenschaftlichen Arzt, sondern als einen ebenso eifrigen und fleißigen wie praktisch erfahrenen Mitarbeiter und eine hervorragende Lehrkraft. gez. Prof. Unna, nunmehr Ord. für Dermatologie an der Hamburger Universität.

Beiliegende Abschrift an die Preußische Landesversammlung zeigt Ihnen, welche Kreise alle für mich eintreten. Prof. Schloßmann hat ein ca. 60 S. langes Manuskript*) angenommen über „Moderne Prostituiertenbekämpfung“. Und die beiliegende Abschrift aus Cincinatti zeigt Ihnen, wie man in Amerika über mich denkt. Und die japanische Behörde hat meine Vorschläge ins Japanische übersetzen lassen. Die Türkei sandte schon 1914 eine Kommission mit Exz. Nouredine zu mir zwecks Aufklärung. Genügt das noch nicht? Was hat denn der Freund Ihres Herrn Krüß geleistet, Herr Löhe? Kennen Sie oder sonst jemand den Herrn Universitätsprofessor, der über mich amtliche Gutachten abgibt? Näheres, sobald die Fakultät gesprochen. Dies in aller Eile.

Mit besten Grüßen, Ihr ergebener

N. B. Warum wendet sich Cincinatti nicht an Löhe? Weil er ein unbeschriebenes Blatt ist. Obschon die Salvarsanfrage gar nicht in Betracht kommt, teile ich Ihnen mit, daß noch in letzter Zeit Herr Prof. Erich Hoffmann, der Sie ja in Sachen S. belehrt hat, zwei Menschen ins Jenseits behandelt hat „mit der neuen Methode“. Im ganzen 5!!!! Und der beiliegende Artikel (Neue Hbgr. Ztg.) über zwölf durch S. zu Negern gewordene Patienten dürfte Ihnen zeigen, daß, nachdem Sie mit mir seit über fünf Monaten über Salvarsan nicht mehr gesprochen haben, man Ihnen über die Ungefährlichkeit einen Bären aufgebunden hat. Zur faktischen Berichtigung möchte ich nicht unerwähnt lassen, daß die Salvarsankonferenz von dem Minister Dr. Drews versprochen wurde. Und Prof. Hahn (Hamburg), welcher 1919, in einem Jahre, sechs Patienten durch Salvarsan tötete, Prof. Henneberg berichtete 1920 über drei, Prof. Minkowski über zwei Salvarsantodesfälle usw. usw. Ein moderner „wissenschaftlich“ angefüllter Kirchhof! Die neue Technik im Sinne von Haenisch gefahrlos! (Bemerkung bei der Korrektur. Dr. Dreuw.)

N. B. Da die Fakultät heute zusammentritt, bitte ich bis zum 4. um Nachricht. Ich will endlich wissen, wo ich dran bin.

Anlage I. Abschrift.

Berlin, 3. 6. 19.

An die preußische Landesversammlung.
Kommission für Bevölkerungspolitik.

In der 22. Sitzung hat der Herr Abgeordnete Faßbender als conditio sine qua non für die erfolgreiche Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten der Medizinalverwaltung die „allgemeine, gleiche, diskrete Anzeige- und Behandlungspflicht“ empfohlen.

Das System der allgemeinen, gleichen, diskreten Anzeige- und Behandlungspflicht wurde von mir zuerst in meinem Buche „Haut- und Geschlechtskrankheiten“ im Jahre 1915 angegeben und hat seitdem eine Reihe von namhaften Anhängern gefunden.

Nachdem es wörtlich in dem Bericht der Kommission für Bevölkerungspolitik des Reichstages abgedruckt worden ist, nachdem zahlreiche Aerzte, Soziologen und Juristen im Prinzip dafür eingetreten sind — ich nenne nur den Aerztlichen Verein München, den Staatsminister Sivkovich, den Kultusminister Haenisch, die Abolitionistische Föderation, Anna Pappritz, Kath. Scheven — nachdem ferner der Verfasser des Vorentwurfs des Gesetzes zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten, Geh. Justizrat Prof. Dr. Mittermaier, in dem Vorentwurf das System bekämpft hat, um dann nach umfassender Rücksprache im Anhange zu dem Vorentwurf erklären zu müssen, daß dieses System die einzige Lösung sowohl der Frage der Geschlechtskrankheiten als der Prostituierten darstelle, nachdem ferner die Sachverständigenkommission der D.G.B.G. gegen nur zwei Stimmen die Anzeige- und Behandlungspflicht angenommen, nachdem der Berliner Verein zur Beförderung der Sittlichkeit mich in diesen Fragen als Sachverständigen der Regierung empfohlen, nachdem ferner im Reichstage sämtliche sozialdemokratischen und viele bürgerliche Abgeordnete für die Anzeige- und Behandlungspflicht eingetreten waren, stand mein Gegner in dieser Frage, der nunmehr verabschiedete Ministerialdirektor Kirchner ziemlich isoliert mit seinem Anhange da.

*) Das er über ein Jahr lang lagern ließ und trotz fünf Aufforderungen nicht zurückgab, so daß ich durch ein Gerichtsverfahren es auf seine Kosten eintreiben mußte. Regie!

Ich bitte die Landesversammlung, in eine Prüfung meines Systems der allgemeinen, gleichen, diskreten Anzeige- und Behandlungspflicht *) eintreten zu wollen. Ich stehe der Kommission mit mündlicher und schriftlicher Auskunft gerne zur Verfügung angesichts der Wichtigkeit des demokratischen Antrages, die Sittenpolizei abzuschaffen, und bin gerne bereit, einen Entwurf in Paragraphenform der Landesversammlung zu überreichen. gez. Dr. Dreuw.

Anlage: Neun Arbeiten von mir über mein System: 1. Bevölkerungspolitik. 2. Abolitionismus und statistisches Gesundheitsamt. 3. Nutzlosigkeit der Beratungsstellen. 4. Sexualgesetzgebung. 5. Die Fortschritte des Dreuwschen Systems. 6. Entwurf eines Planes zur staatlichen Ueberwachung von Syphilis und Gonorrhoe. 7. Probleme der Bevölkerungspolitik. 8. Anzeige-, Behandlungs- und Schweigepflicht, Beratungsstellen und Sittenpolizei. 9. Sittenpolizeiersatz. 10. Briefabschrift des Gesundheitsamtes in Cincinatti.

Nachtrag: Die ca. 60 Seiten lange Arbeit: Problem der Aufhebung der Sittenpolizei hat der Herr Abgeordnete Geh. Med.-Rat Prof. Dr. Schloßmann zum Druck**) angenommen.

Am 2. Juli bekomme ich folgenden amtlichen Dilatations-Brief:

Der Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung. Berlin W. 8, den 2. Juli 1919.
U I Nr. 6266.

Mit Bezug auf meinen Erlaß vom 26. Mai d. Js. — U I 6064 — benachrichtige ich Sie, daß ich Ihre Eingabe von demselben Tage mit den beigefügten Aufstellungen der hiesigen Medizinischen Fakultät zur Verwertung bei Abgabe der darauf von ihr erfolgten Aeußerung übermittelt habe. Haenisch.

An Herrn Dr. med. Dreuw, Berlin.

(Von dieser Aeußerung habe ich nie etwas gehört. Dr. Dreuw.)

Am 3. Juli schreibe ich:

Berlin, 3. 7. 19.

Lieber Herr Haenisch!

Anbei weitere Anerkennungen, die mehr wie Hundert sind. Können Sie sich diesen verschließen? Sie ersehen daraus, daß Sie mir keinen Freundschaftsdienst erweisen, sondern, daß Sie Ihrer Pflicht als objektiv denkender Kultusminister nachkommen, der einmal das Wort sprach, daß die Universitäten von der einseitigen Besetzung durch den Fakultätsklüngel befreit werden müßten. Hic Rhodus, hic salta.

Noch ein Wort über Ihre Salvarsanauffassung. Eben werden mir wieder drei durch Sektion bestätigte Salvarsantodesfälle (Dr. Herzog-Leipzig) betr. 1. 19jähriges schwangeres gesundes Mädchen, 2. 26 jährige Prostituierte, 3. einen Todesfall zwei Tage nach der Injection, mitgeteilt.

Ich hoffe, daß die seit fünf Monaten bei Ihnen erfolgte einseitige Beratung durch meine Gegner (5!!! Todesfälle E. Hoffmann) durch diese Fälle beeinflußt wird.

Beste Grüße, Ihr sehr ergebener Dr. Dreuw.

Anlage.

Anerkennungen, die Sie wünschen:

1. Promotion: Summa cum laude.

2. Kirchner: „Dr. Dreuw, welcher seine Verdienste um die Bekämpfung der Prostitution hat." (Stenogr. Bericht, Herrenhaus, 28. Mai 1914.) Genügt es nicht, wenn meine grimmigsten Feinde meine Bestrebungen und Leistungen anerkennen müssen?!!

3. Polizeipräsidium: Auftrag, eine Mustereinrichtung für die Prostituiertenuntersuchung zu schaffen. Einrichtung der Sittenpolizei nach den Plänen Dr. Dreuws. Welches Vertrauen und Anerkennung liegt hierin?

---

*) Wurde im Prinzip am 25. 2. 20 trotz aller Intriguen meiner Gegner im Plenum angenommen. Dr. Dreuw.

**) Er hat sie über ein Jahr lang lagern lassen, wollte dann das Manuskript nicht herausgeben, so daß er durch eine Klage vor Gericht dazu gezwungen wurde. Er trat für das undemokratische Prinzip der „beschränkten Anzeigepflicht" und gegen den „Diskretionismus" ein, wurde aber als demokratischer Abgeordneter nicht wiedergewählt.

4. Verein zur Förderung der Sittlichkeit und Abolitio nistische Föderation stellen den schriftlichen Antrag an das Ministerium Dr. Dreuw unter allen Umständen als Berater in Prostitutionsfragen hinzuzuziehen. (Ferner 39 Frauenvereine.)

5. Dank für die der Stadt Berlin bei der Bekämpfung der Haar erkrankungen geleisteten Dienste.

6. Prof. Lassar, der bekannteste Berliner Dermatologe in „Dermatolog Zeitschrift": „Kein Arzt wird bereuen, die Dreuwsche Salbe verwandt zu haben vielmehr dem Autor dankbar bleiben für die praktische Bereicherung unserer externe Arzneitechnik".

7. In ähnlichem Sinne äußern sich Prof. Joseph, Prof. Unna, di amerikanischen und andere ausländische Zeitschriften, und mein Gegne G.-R. Lesser empfahl in beinahe jeder Stunde die Dreuwsche Methode.

Selbst in dem französischen Lehrbuch von Prof. Darier ist si lobend erwähnt. Kein deutsches Lehrbuch läßt sie unerwähnt. Sind da Anerkennungen?

8. Mitarbeiter von dem größten mediz. encyclopäd., 24 Bände starke Werke, Eulenburgs Realencyclopädie, Dermat. Wochenschrift, Lexi kon der Therapie usw. usw.

9. Bekämpfung der Läuseplage im Heere. Anerkennung von Fra von Hindenburg und ca. ½ Million Ertrag. Ist dies eine Anerkennung

10. Gründer der deutschen Assistenzarztbewegung, die jet so große Wurzeln schlägt.

11. Anerkennungen von Geh. Rat Prof. Lewin (Berlin), G. R. Prof Schulz (Greifswald), G. R. Schweninger, Kultusminister Haenisch usw. usw. über den Kampf um das Salvarsan.

12. Korrespond. Mitglied einer der größten amerik. mediz. Gesell schaften, Kansas City.

13. In dem Lehrbuche für Hautkrankheiten „Unna-Bloch" sin im Register Dreuws Forschungen schon 1905 vierzehnmal erwähnt.

14. In der Société imperiale de médicine in Konstantinope wurden zwei Vorträge über Dreuws Forschungen gehalten.

15. Tokio: Der Direktor des Sanitätspolizeiamtes hat Ihre Arbeit übe Prostitutionsbekämpfung behufs weiterer Zirkulation ins Japanisch übersetzen lassen. Brief vom 17. Dezember 1913.

Ist das eine Anerkennung?

16. Die türkische Studienkommission unter Exzellenz Nourreddin Pascha besucht Dr. Dreuw, um sich über Reformen in der Türkei auf den Prostitutionsgebiete Vortrag halten zu lassen. (Berliner Tageblatt, 26. 1. 13.)

17. Gutachten über Dreuws Befähigung für eine Docentur von: Prof Dührßen, Bachmann, Kafemann, Winkler, Kanngießer, Siv kovich.

18. Zahllose Anerkennungen von Sociologen, Aerzten Korporationen, Juristen, ich nenne nur: Senatspräsident Flügge, Geh. Rat Prof Faßbender, Geh. Justizrat Mittermaier, Anna Pappritz, di Zürcher Zeitung, der Münch. ärztliche Verein, zahlreiche sozial demokratische und bürgerliche Abgeordnete, Staatsminister Sivkovich usw usw. über das Dreuwsche System der allgemeinen, gleichen Anzeigepflicht de Geschlechtskrankheiten.

(Die dokumentarischen Beweise für 1—18 siehe Seite 132—165.)

Folgendes Schreiben vom 6. 7. 19 beleuchtet die Situation:

Berlin, 6. 7. 19.

Herrn Kultusminister Haenisch, Berlin.

Lieber Herr Haenisch!*)

Ich muß noch mit ein paar Worten auf Ihren Brief vom 2. 7. 19 zurückkommen Die Sache Friedmann liegt folgendermaßen:

Der mir persönlich unbekannte Dr. Friedmann wandte sich Anfangs Janua 1919 an mich wegen seines Ekzems, nachdem ihm mein Gegner G. R. Prof. Lesse mitgeteilt, nur die von mir angegebene Salbe könne in diesem Falle helfen. Si ersehen daraus, daß meine Feinde mich zwar selbst nicht lieben, aber meine Erfin

---

*) Dieser Brief wurde von mir damals entworfen, aber nicht abgesandt. Ic lehne jeden Vergleich zwischen dem egocentrisch geführten Kampf für da Friedmannmittel und dem rein uneigennützig geführten gegen Salvarsan ab

Dr. Dreuw.

dungen benutzen. Ein echter deutscher Mann mag keinen Franzmann leiden, doch seine Weine trinkt er gern. F. erzählte mir bei dieser Gelegenheit, daß Kirchner auch ihn unterdrückt habe. Ich überzeugte mich in verschiedenen Konferenzen davon, trat für eine Prüfung ein, ohne sachlich, da ich als Dermatologe nicht sachverständig bin, Stellung zu seiner Erfindung nehmen zu können, wandte mich dann mündlich und schriftlich an Sie. Ich trat dann unter Uebersendung von Friedmanns Arbeiten mit dem mir wohlbekannten Präsidenten Leinert in Verbindung, und als er mit Faßbender in meiner Wohnung bekannt geworden, trug der Abgeordnete Faßbender die Sache im Parlament vor. Die Oeffentlichkeit wurde dadurch mobil, sogar Dr. Mamlock vom B. T. Aber die Fachpresse lehnte einen Aufsatz ab mit den schnoddrigen Bemerkungen, die Sie ja von Herrn Schwalbe selbst schon erfahren haben.

Kurzum, F. ist von der Fachpressen- und Fakultätsklique ebenso bekämpft und unterdrückt worden wie ich. Und das war der Grund, warum ich für die Prüfung seines Mittels mich einsetzte. Ob das Friedmannsche Mittel was hilft oder nicht, wage ich nicht zu entscheiden, kann es auch nicht als Dermatologe. Aber es muß geprüft werden. Ob hierzu nun die Ernennung zum Universitätsprofessor in aller Eile nötig war, oder besser erst die Prüfung an einem Institut, wage ich nicht zu entscheiden. Ich rechne es mir zum Verdienst an, daß ich erst Ministerialdirektor Kirchner gestürzt habe, um der erbärmlichen Kliquenwirtschaft, an der anscheinend auch die sogenannte Revolution nichts geändert hat, den Schleier vom Gesicht reißen zu können. Und als ich am 29. 2. 19 in meiner Freude zu Ihnen ins Amtszimmer kam und es Ihnen brühwarm mitteilte, da sagten Sie: „Ich glaube es erst, wenn ich es amtlich bestätigt sehe. Das wäre ja ein großes Verdienst von Ihnen.“ Und Sie erlebten die Bestätigung.

Friedmanns Auffassung ist nicht „allgemein“ anerkannt. Im Gegenteil. (Siehe Verbot in Amerika.) Gibt es eine Wissenschaft ohne Gegner? Warum sollen an den Universitäten (vergl. Ihre Rede vom 1. 3. 17) nur diejenigen lehren, die mit dem Strome schwimmen? Sind Sie immer mit dem Strome geschwommen? Das ist ja gerade die Klüngelwirtschaft, die Sie früher bekämpft haben, die erst die ehrlich ihre Meinung vertretenden charaktervollen Männer dann zur Geltung kommen läßt, wenn sie vor Aerger halb ruiniert sind.

Und nun gestatten Sie, daß ich Sie auf einen fundamentalen Irrtum aufmerksam mache. Meine Docentur hat mit Salvarsan gar nichts zu tun. Ich will namentlich auf sozialhygienischem Gebiete weiteren Kreisen meine wissenschaftliche Meinung zugänglich machen. Daß dabei auch die Salvarsanfrage berührt wird, ist klar. Aber ist diese ein von der Universität abzuhaltendes „Noli me tangere“ geworden? Auch in Ihrem Briefe erkennen Sie meine Befähigung auf dem Gebiete der „praktisch-hygienischen Organisation“ an. Wenn ich Ihnen mitteilte, daß Herr G. R. Prof. Schloßmann den Druck meiner ca. 60 Seiten langen Arbeit über diese für die Kultur ebenso wichtige Frage wie es die Friedmannsche ist, übernommen hat, daß die Kommission für Bevölkerungspolitik sehr für mein System eingetreten ist — ja zum Donnerwetter, hat der Freund von Ihrem Geheimrat Krüß, Herr Universitätsprofessor Dr. Löhe, der so bekannt ist, daß Sie seinen Namen noch nie gehört haben und auch ich kaum, denn etwas geleistet? Wer gibt diesem Herrn das Recht, sich über mich und mein System amtlich in abfälliger Weise zu äußern? Ist hierzu weiter nichts nötig, als der Freund Ihres G. R. Krüß zu sein?

Daß bei einer Docentur Dreuw einige Perrücken wackeln würden, ist so klar, wie sie auch bei dem Sturze von Kirchner gewackelt haben. Es ist Sache eines sozialdemokratisch und fortschrittlich denkenden Revolutionsministers, kurzerhand die Zöpfe abzuschneiden, die die Herren Becker und Krüß jeden Tag neu flechten.

Sie schreiben mir, ich würde Ihnen wegen Ihres offenen Briefes wohl gram sein. Keinesfalls. Ein offenes Wort ist mir immer willkommen. Aber bisher sind Sie seit länger als fünf Monaten jeder längeren Unterredung ausgewichen. Ich habe Ihnen schon wiederholt gesagt, daß ich nur mein Recht verlange und eine offene Aussprache gegenüber den Intriguen der Geheim- und Geheimratswirtschaft. Daher stellte ich an Sie das Verlangen, meinen Verleumdern einmal offen gegenübergestellt zu werden. Aber dann kneift diese Gesellschaft. Hinter dem Rücken verleumden ist allerdings bequemer.

Allein die selbstlos durchgeführte Reform der Sittenpolizei, mein System zur B. d. G., meine uneigennützigen Arbeiten über die Bekämpfung der Läuseplage (½ Million Ertrag für den Staat) hätten längst in jedem anderen Staate

die Anerkennung gefunden, die sie verdienen. Aber ich werde auch von „Sozialisten" bestraft, weil ich als offen denkender Mensch dem menschenmordenden und sprechzimmerfüllenden S c h a n d k a p i t a l i s m u s die Maske vom Gesichte riß und noch weiter reißen werde. Und das sage ich Ihnen offen — daß Sie nach Ihrem ganzen Vorleben als Sozialdemokrat nicht merken, daß dieser Kapitalismus mit seinen auch in Ihrem Ministerium versteckten Beratern letzten Endes mich von der Universität fern hält, das ist etwas, was ich nicht verstehe, o d e r a u c h h e u t e w o h l v e r s t e h e, nachdem ich täglich klarer sehe, wohin Ihre Reise geht.

Wir waren seit vielen Jahren sehr gut befreundet, keine Woche, beinahe kein Tag verging, wo wir uns nicht sprachen oder trafen. Wir kämpften und litten miteinander. Einzelheiten brauche ich wohl nicht zu erwähnen. Aber allmählich merkte ich, nachdem Sie Minister geworden waren und meine kapitalistischen Feinde immer mehr bei Ihnen Eingang fanden, daß man Sie tatsächlich gegen mich aufgeputscht hatte. Der beste Beweis ist der, daß Sie, obschon Sie von „unveränderter Freundschaft" sprechen, sich seit Weihnachten vollständig reserviert verhielten, n i e Z e i t z u e i n e r U n t e r r e d u n g f a n d e n, daß wir beinahe nur a m t l i c h b r i e f l i c h miteinander verkehrten, was allerdings das Gute hat, daß Ihre Gedanken in dieser eigenartigen Sache fixiert werden, während meine großkapitalistischen Feinde bei Ihnen ein- und ausgingen, und das alles, obschon wir nicht miteinander eine ernstere Auseinandersetzung gehabt hätten. Ich kann mir vorstellen, daß das Wasser auf die Mühle meiner Gegner, die d o c h a u c h e i n m a l die Ihrigen waren, war. Selbstverständlich drängte ich mich Ihnen nicht auf. Das überlasse ich den c h a r a k t e rl o s e n S c h m e i c h l e r n, die sich überall da finden, wo jemand zu Macht kommt. Als o f f e n e r, e h r l i c h e r M a n n verlangte ich zwar mein Recht — auch wenn S i e nicht Minister wären — und das werde ich allen Widerständen zum Trotz verlangen und es auch nach Ihnen erkämpfen m i t a l l e n M i t t e l n, die mir zur Verfügung stehen. Ich verlange die Docentur nicht, weil Sie darüber verfügen, sondern weil ich und meine Freunde die Ueberzeugung haben, daß ich sie s c h o n l ä n g s t verdient habe. Wie die Verhältnisse sich allmählich ohne mein Zutun entwickelt haben, werden Sie es verstehen, daß ich, nachdem ich merkte, daß meine Gegner Oberhand bei Ihnen hatten, seit Monaten es ebenso vermieden habe, Ihr Zimmer zu betreten oder an Sie zu telephonieren wie umgekehrt. Der beste Beweis, wie wir uns — aus welchen Gründen, ist mir nicht bekannt — entfremdet haben oder vielleicht besser, entfremdet worden sind, ist der, daß ich nicht einmal weiß, wo Sie wohnen.

Und nun zum Schlusse die Antwort auf Ihre Hauptfrage: „Lägen über Ihre sonstigen wissenschaftlichen Leistungen ähnlich zahreiche Anerkennungen wie bei Friedmann vor, so würde ich selbstverständlich keinen Augenblick zögern, auch Sie an die Universität zu bringen."*)

Wer soll denn darüber entscheiden? Meine Feinde? S i e waren doch schon vor acht Monaten mit sich einig. Und heute? Lesen Sie doch bitte einmal die überreichten Gutachten von Medizinalrat Bachmann, Prof. Dührßen usw. Beide habe ich nie in meinem Leben vorher gekannt. Wenn Sie allerdings wie bisher seit etwa fünf Monaten immer dann, wenn ich Sie aufklären wollte, sagten, Sie hätten keine Zeit, dann muß ich annehmen, daß Sie in Wirklichkeit nicht aufgeklärt sein

---

*) Anmerkung 1922 bei der Korrektur: Wie geschildert, stellt sich die Friedmannsache als ein großes Finanzmanöver heraus. Denn es steht fest, daß Sklarz das Friedmannsche Universitätsinstitut bezahlt hat, daß er mit Friedmann einen Geschäftsvertrag hatte, der später gelöst wurde, daß Friedmann ihm sein Geld, nachdem die Bombenreklame gelungen, zurückgezahlt, daß mit dem Gelde von Sklarz das große Hessingsche Privatinstitut in Lichterfelde-Ost gekauft wurde usw. usw. Wenn Haenisch hier aber von „Anerkennungen" spricht, so haben diese heute r e t r o s p e k t i v betrachtet, immerhin einen etwas metallowissenschaftlichen Charakter. Wie sagte doch Haenisch, als er noch unbeeinflußt war, am 1. 3. 1917: „Ich weise darauf hin, daß offenbare Humbugunternehmen wie das vor ein paar Jahren mit so lautem Reklametamtam in die Welt gesetzte sogen. Friedmannsche Tuberkulosemittel leider immer wieder Förderung gerade auch aus Universitätskreisen erhalten, daß solche Unternehmungen immer wieder mit der Autorität der Universitätswissenschaft ausgestattet worden sind. Meine Herren, solche Schwindelunternehmungen, wie gerade dieses angebliche Tuberkulosemittel, brechen ja nach ein paar Jahren fast stets elend zusammen, aber sie haben wenigstens den einen Vorteil, daß ihr Erfinder ein reicher Mann geworden ist."

wollten. Und die zur Aufklärung für die Fakultät bestimmten Anerkennungen über meine Arbeiten haben Ihre Geheimräte wahrscheinlich einfach nicht an die Fakultät weitergegeben. Auf diese Weise ist es mir einfach nie möglich, den gewünschten Beweis zu erbringen. Muß ich da nicht auf den Gedanken kommen, daß etwas nicht mit rechten Dingen zugeht?

Offen gestanden, wie wir zueinander standen, hätte ich zum mindesten eine rein objektive Behandlung verdient. So viel aber dürften Sie mich doch immerhin kennen, daß ich mir eine derartige parteiische Behandlung unter keinen Umständen länger gefallen lasse. Ich hoffe, daß Sie mir den Kampf ersparen, da ich keine Sache anfange, die ich — auch wenn Sie mir den Rat dazu gegeben haben — nicht durchzusetzen versuche.

Mit besten Grüßen, Ihr sehr ergebener Dr. Dreuw.



9. Der offizielle Bericht des Verfassers über seine Erfahrungen in Frankfurt.

Der folgende offizielle schriftliche Bericht über das Ergebnis der Frankfurter Reise beleuchtet die Situation. Selbstverständlich fanden in Frankfurt alle Verhandlungen sachlich und parlamentarisch-korrekt statt, was schon daraus hervorgeht, daß Geheimrat Kolle Frankfurter Dozenten, Prof. Gennerich und mich, zu einem Abendessen im Hotel Astoria einlud.

Am 17. 7. schrieb das „Frankfurter Mittagsblatt":

Dr. Dreuw von der Regierung nach Frankfurt a. M. entsandt.

Das Ministerium hat, wie aus Berlin gemeldet wird, in der Salvarsanfrage den bekannten Berliner Spezialarzt Dr. Dreuw an das früher von Ehrlich, jetzt von Professor Kolle geleitete Institut für experimentelle Therapie in Frankfurt a. M. entsandt. Bekanntlich ist in diesem Institut das Salvarsan konstruiert worden. Es finden dort auch fortgesetzt Versuche zur Verbesserung des viel angegriffenen Heilmittels statt, womit die Berufung Dr. Dreuws, des Führers der Antisalvarsanisten, in Verbindung stehen dürfte.

Am 25. 7. reiste ich nach Frankfurt. Ueber das Ergebnis der Reise erstattete ich in Oberhof Haenisch Bericht. Er meinte, ob ich nicht zu pessimistisch dächte, so schlimm könne Salvarsan doch nach seinen Erkundigungen nicht wirken, im übrigen könne er Kolle nicht begreifen, daß er ausgerechnet bei mir! die Valutaverbesserung durch das Salvarsan hervorgehoben, daß er die Todesfälle nicht jede Woche registriert habe usw.

U. I. K. 9292. Berlin, den 29. 11. 19.

An den Herrn Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung.

Laut Schreiben des Herrn Ministers vom 17. Mai (U. I. K. 9292) war ich auf Wunsch, im Auftrage und auf Kosten des Ministeriums vom 25. Juli 19 bis zum 3. August 19 zu dem Institut für experimentelle Therapie nach Frankfurt am Main gereist, „um mich dort an Ort und Stelle eingehend über die Art und den Stand der dortigen Arbeiten über das Salvarsan und seine Heilwirkungen zu unterrichten".

Der Leiter des Instituts, Herr Geheimrat Kolle, zeigte mir eine Reihe von Tierversuchen, die natürlich für die Frage, ob das Salvarsan beim Menschen derartig wirkt, daß die Schädigungen in keinem Verhältnis zu dem effektiven Nutzen stehen, von untergeordneter, ja von keiner Bedeutung sind. Einige Stunden besuchte ich die Klinik des Herrn Geheimrat Herxheimer, des Herrn Prof. Dreyfuß, des Herrn Prof. Raeke und hatte jeden Tag mit einer Reihe von Aerzten und Professoren, die Herr G. R. Kolle dorthin bestellt hatte, Diskussionen. Ich war an den obigen Tagen täglich etwa 5—6 Stunden, abgesehen von den Arbeiten und Besprechungen außerhalb des Instituts, tätig und habe mir meist während der Unterhaltungen im Institut stenographische Aufzeichnungen gemacht.

Nach meiner Rückkehr habe ich in einem längeren Vortrage dem Herrn Minister über das Ergebnis meiner Reise Bericht erstattet und möchte nicht versäumen, als kurzes Resumé dieses Berichtes die folgenden kurzen Mitteilungen an das Ministerium zu senden, nachdem meine Reise und die sich daran anschließenden Konferenzen zu einem gewissen Abschluß gekommen sind.

Ich habe dem Herrn Minister in dem obigen Vortrage mitgeteilt, daß mein Urteil über das Salvarsan nach wie vor ablehnend, ja vielleicht nach der Reise noch ablehnender ist. Denn auf meine Bitte an Herrn G. R. Kolle, mir eine Zusammenstellung aller in der Literatur erwähnten Salvarsanschädigungen zu zeigen, erklärte

er, daß sie eine derartige Zusammenstellung nicht hätten. Auch ein Versuch, die vielleicht noch zahlreicheren, nicht veröffentlichten Todesfälle und Schädigungen *systematisch* zu eruieren, ist nach den Erklärungen Kolles nicht angestellt worden. Der Herr Kultusminister hat bereits in seinen Schriften und Reden gegeißelt, daß eine solche Sammlung auch seitens der Medizinalabteilung bisher nicht gemacht oder veröffentlicht worden ist. Die Versuche des Ministerialdirektors Kirchner nach dieser Richtung hat er als eine Irreführung der öffentlichen Meinung bezeichnet. In der Ministerialkonferenz am 1. Februar habe ich an Hand der sogenannten Salvarsan-Denkschrift des Ministeriums d. J. den Nachweis erbracht, daß diese „*Denkschrift*“ eine „*Tendenzschrift*“ mit zahlreichen Unterschlagungen vieler bekannter Salvarsanschädigungen und Salvarsantodesfälle ist. Durch das Unterlassen dieser Zusammenstellung ist bewiesen, daß die Behauptungen der Salvarsananhänger, die Schädigungen seien so gering an Zahl, daß man sie praktisch vernachlässigen könne — sie erwähnen zum Vergleich immer die Chloroformnarkose — zum mindesten *leichtfertige Behauptungen* in einer so *ernsten Sache* sind. M. E. hätte das staatliche Institut, an dem so viele Aerzte und so viel Hilfspersonal tätig sind, zum mindesten eine Person anstellen müssen, die *täglich* die in der Literatur und durch sonstige Mitteilungen bekannt gewordenen Schädigungen registriert hätte.

An Stelle des Salvarsans und Neosalvarsans beabsichtigt man nun das *Silbersalvarsan* einzuführen. Die Erhebungen über die relative Ungefährlichkeit hat Herr Geheimrat Kolle übernommen. M. E. aber ist ein Institut, das pekuniär an den Salvarsaneinnahmen interessiert ist — bei aller persönlichen Wertschätzung des doch auch wieder interessierten Leiters*) —, angesichts der Geschichte des Salvarsans, die eines der traurigsten Kapitel der modernen großkapitalistisch beeinflußten Medizin darstellt, nicht geeignete Instanz, um diese Prüfung, die Sichtung der einlaufenden Briefe und die Auswahl der Silbersalvarsanautoren unparteiisch unter Registrierung aller eben nur eruierbaren Schädigungen zu machen, lassen es erwünscht erscheinen, daß das Institut in Frankfurt von der Prüfung absieht oder vom Kultusministerium dazu bewogen wird. Diese Prüfung kann *objektiv* nur die von dem Abgeordnetenhause fast einstimmig beschlossene, bisher eigentümlicherweise aber nicht einberufene *paritätische* Salvarsanprüfungskommission machen. Sodann aber ist es eigentümlich, daß der jetzige Minister-Präsident Hirsch, der diese Kommission beantragt hat, zwar sagte: „Salvarsangegner dürfen von den Universitäten nicht ferngehalten werden“, daß aber mit Erfolg seitens der Salvarsananhänger das Ministerium daran gehindert wird. (Vergleiche die Akten U. I. 5026 und den Fakultätsbericht N. 237 an das Ministerium) und zwar unter Mitteilung *notorisch unwahrer* Angaben seitens der Fakultät. Im übrigen wurde für den Nachfolger Kirchners in dessen Abberufungsurkunde die Bedingung gestellt, daß er nach diesen vom Ministerpräsidenten aufgestellten Grundsätzen der Salvarsanparteilosigkeit gewählt werden müsse.

Daß es aber an der Zeit ist, die Prüfung dieser Frage aus den Händen der direkten und indirekten Interessenten herauszunehmen, mag folgende Mitteilung ergeben, die nach meinen während der Unterhaltung aufgenommenen stenographischen Notizen Herr Geheimrat Kolle am 29. 7. 19 mir machte: Er war der Meinung, das Salvarsan müsse gut sein, denn ca. 30 000 Aerzte wendeten es an (was ich als durch journalistische Massensuggestion und Unterdrückung der Gegner durch die Fachpresse und durch die bei manchen Aerzten, z. B. Prof. Blaschko, über 100 000 Mark betragenden Salvarsaneinnahmen und noch andere Gründe erkläre), er warnte vor weiteren scharfen Angriffen gegen das Salvarsan, weil es in enormer Weise die Valuta verbessere, es sei in dieser Richtung beinahe das einzige Activum, das wir in Deutschland noch hätten und wenn es mir — was er für nicht möglich hielt — gelingen würde, das Salvarsan zu stürzen, dann würde vor Freude Carnegie mich zum Professor einer der ersten amerikanischen Universitäten berufen. Dazu käme noch, daß durch Salvarsan die sehr hohen Kosten des Speyerhauses (ca. 100 000 M.) bestritten würden.

Ich habe diese Auffassung registriert, ohne darauf näher einzugehen, habe sie mündlich dem Herrn Minister vorgetragen, und halte mich für verpflichtet, sie dem Ministerium mitzuteilen, um eben zu beweisen, daß die Lösung derartiger difficiler *wissenschaftlicher* Fragen am besten in völlig neutrale Hände gelegt wird.

---

*) Siehe Geh. Rat Prof. His, Berliner Tageblatt, 30. Nov. 1919, Nr. 310, Das Friedmannsche Mittel: „Die Prüfung darf nicht vom Erfinder, sondern muß von einem Ausschuß gemacht werden“. Vor allem nicht im Monopol an den reichen Privatpatienten während der Einführungsreklame!! (Dr. D.)

Denn mit Valutaverquickungen lassen sich wissenschaftlich-therapeutische Fragen nich lösen, insbesondere nicht, ob Salvarsan heilt oder nicht, ob es tötet oder nicht Dies ist nur möglich durch neutrale Registrierung des Gesamtmaterials.

Wie wichtig aber die genaueste Registrierung ist, mag nur beweisen, daß nac dem Salvarsananhänger Prof. Stern (Düsseldorf) sich die Salvarsanschädigunge immer mehr häufen, daß in Ingolstadt 21 Soldaten an Icterus (Gelbsucht) nac Salvarsananwendung erkrankten, von diesen 13 an der ganz schweren Form de „Acuten gelben Leberatrophie" und daß von diesen fünf starben Dr. Sinn berichte daß in Bonn bei dem die Technik hervorragend beherrschenden Prof. Erich Hoffman bisher bereits fünf notorische Salvarsantodesfälle beobachtet wurden. In Leipzi wurden vor kurzem drei Salvarsansektionen durch Dr. Herzog gemacht, im Lazare in Friesack starb der Ernährer einer Familie kurz nach der gegen seinen Willen ih aufgezwungenen Injektion, weitere drei Fälle sollen dort vorgekommen sei Dr. Fischer in Berlin verlor ca. eine Stunde nach der Einspritzung einen Patiente — kurzum, ich will nach dieser Richtung hin nur diese paar Berichte aus der letzte Zeit in diesem kurzen Resumé erwähnen, bemerke jedoch, daß eine Anzahl von mi zugehenden Briefen nicht veröffentlichter Salvarsanschäden mit erschütternder Tragi das Elend schildern, das der Salvarsanoptimismus hervorruft.

Sollte dem Ministerium daran gelegen sein, auf Grund meiner stenographische Notizen und meiner Spezialstudien ein umfangreiches Gutachten zu erhalten, so stell ich ergebenst anheim, dies einzufordern. Immerhin aber habe ich geglaubt, obscho ich keinen Auftrag zu einem schriftlichen Bericht hatte, nachdem die Verhandlunge mit meinen Gegnern nunmehr bis zu einem gewissen Abschluß gelangt sind, de Kultusministerium einen, wenn auch nur kurzen Bericht zu erstatten, nachdem e mir den Auftrag erteilt hatte, „jetzt mich in Frankfurt selbst über die dortige Arbeiten über das Salvarsan und seine Heilwirkungen zu unterrichten."

Nach meiner Rückkehr aus Frankfurt wurde ich von dem vortragenden Ra und Personalreferenten für medizinische Titularprofessur-Verleihung, dem Chemike Herrn Geh. Reg.-Rat Prof. Dr. Krüß zum 21. August in sein Amtszimmer tele phonisch gebeten. Herr G. R. Kolle aus Frankfurt war auch dort. Am Schlusse de Unterredung bot er mir mit Zustimmung des G. R. Krüß an, mir zur Errichtun eines privaten Salvarsanprüfungsinstituts 20 000—25 000 Mark jährlich aus Fond des Franpfurter Speyerhau'es zur Verfügung zu stellen. Ich erklärte, mir bei de Plötzlichkeit des Angebots die Sache zu überlegen. Am 18. Oktober wurde i dann telephonisch um ½4 Uhr in das Arbeitszimmer des Herrn Geh. Obermedizinal rates Lentz ins Wohlfahrtsministerium gebeten. Hier erneuerte G. R. Kolle sei Anbieten, mit den Worten: „Er wolle mir helfen". Ich erklärte, daß ich als selbst ständiger Arzt und Mensch der Hilfe nicht bedürfe und daß ich bedauern müsse von meinen Gegnern eine Geldunterstützung für ein privates Institut zur Salvarsan prüfung annehmen zu können. Ich hätte es abgelehnt, als mir vom Herrn Kultus minister das Anerbieten gemacht worden wäre, die Studienreise nach Frankfurt au Kosten des Speyerhauses zu machen, ich müsse es nach reiflicher Ueberlegung erst rec ablehnen, ein solches Angebot zu akzeptieren. Wenn der Staat auf Staatskoste wie bei der Reise nach Frankfurt, mir ein Institut zur Verfügung stellen wolle, s nehme ich dies an, aber nicht aus den Händen meiner Gegner. Herr Geheimra Kolle erklärte dann, daß er der Medizinalabteilung aus Fonds des Speyerhause zu dem obigen Zweck eine Summe zur Verfügung stellen wolle. Herr G. R. Len erklärte, mit Herrn Ministerialdirektor Gottstein über dieses Angebot sprechen z wollen und ich solle mich ihm gegenüber später dazu weiter äußern. Ich muß e aber auch ablehnen, selbst, wenn, was ich nicht glaube, Herr Ministerialdirekto Gottstein dieses Angebot akzeptieren würde, auch nur in indirekte geldliche Be ziehungen zu meinen Gegnern zu treten.

Mein Kampf gegen das Salvarsan ist nur durch rein sachliche Erwägunge diktiert, und wenn ich mich nach langem Bedenken entschlossen habe, dem Anerbiete des Kultusministeriums zu der Frankfurter Reise Folge zu leisten, so glaube ich i kritisch-wissenschaftlicher Hinsicht — nur diese kommt für mich in Frage — der Sac selbst schon einen Dienst geleistet zu haben, wenn hierdurch an Stelle der bisherige Prüfung durch Interessenten schließlich die vom Abgeordnetenhause fast einstimmi beschlossene Prüfung durch eine „Paritätische Salvarsanprüfungskommission" trete sollte, ehe das Silbersalvarsan ohne jede staatlich fixierte Maximaldosis freigegebe wird.

Dr. Dreuw,

Mitglied des Beirats zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten im Ministeriu für Volkswohlfahrt.

10. Briefwechsel des Verfassers bis zu seiner Berufung in den sogenannten „Beirat zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten" im preußischen Wohlfahrtsministerium".

(Siehe mein Buch „Weltbluff" Seite 51—78.)

Während ich in Frankfurt war, verbreitete Herr Julius Schwalbe bewußt falsche Nachrichten über meine Professur, um den schwachen Charakter Haenisch's einzuschüchtern. Er mußte auf Grund des Pressegesetzes im ganzen 5 Unwahrheiten zurücknehmen. (Siehe das Buch „Weltbluff" Seite 80.)

Am 9. 8. 19 schrieb ich:

Berlin, 9. August 1919.

Mein lieber Herr Haenisch!

Eben von der Frankfurter Salvarsanreise zurück, besucht mich Herr Prof. Dührssen und teilt mir mit, Sie hätten ihm bei einem zufälligen Zusammentreffen den Rat gegeben, auf mich einzuwirken, ich möchte den von Ihnen ausgehenden — ich betone das immer wieder — mit der Salvarsanfrage in gar keinem Zusammenhang stehenden Antrag „Moderne Prostitutionsbekämpfung" zurückziehen. Da ich keine Lust habe, mich unsterblich zu blamieren und als charakterloser Mensch dazustehen, so bedauere ich dem nicht stattgeben zu können, namentlich nicht, nachdem meine Gegner mit allen möglichen unwahren, auf Grund des Pressegesetzes bereits zurückgenommenen Behauptungen einen öffentlichen Kampf und eine Prinzipienfrage und einen „Fall Dreuw" daraus gemacht haben. Anscheinend soll das System des zusammengebrochenen Staates „Becker-Krüß" triumphieren über Ihre nach gewissenhafter Prüfung — denn da Sie meine Arbeiten bei sich hatten, muß ich das doch annehmen — gefaßte Absicht, auch einmal freie Bahn einer anderen Richtung zu eröffnen. Anscheinend soll das System des Herrn G. R. Krüß weiter bestehen bleiben, dessen Freund Löhe zum Berliner Universitätsprofessor (Dermatologie) ernannt wurde, obschon mir der Giessener Universitätsdematologe Prof. Jesionek erklärte, daß er nicht einmal den Namen kännte, solch horrende Verdienste hat sich dieser erworben.

Ich hätte nie geglaubt, daß meine Gegner es fertig bringen würden, Ihre „Räte" des alten Regimes gegen mich auszuspielen, nachdem wir doch die sogenannte Revolution erlebten.

Da ich klar sehen will, wohin die Reise geht, so bitte ich Sie, nachdem ich nunmehr ¾ Jahr hingehalten worden bin, um eine klare Antwort. Die Angelegenheit ist durch die Freunde des Herrn Becker soweit in der Oeffentlichkeit gediehen, daß sie für die Entscheidung reif ist. Entweder siegen Ihre „Räte" als die Vertreter meiner und auch Ihrer Gegner über Ihren nach gewissenhafter Prüfung gefaßten Beschluß oder aber Sie sind der Minister, der zu entscheiden hat. Im ersteren Falle werde ich an die bereits angerufene öffentliche Meinung in meiner gerechten Sache unbekümmert um unser persönliches Verhältnis mit allen Mitteln appellieren und ein System bekämpfen, das ich unter Ihrem Ministerium nie für möglich gehalten hätte.

Mit besten Grüßen Ihr ergebener Dr. Dreuw.

Am 18. August schrieb mir Geheimrat Kolle, der bei den Unterredungen in Frankfurt auf die Wichtigkeit meiner vielseitigen wissenschaftlichen Arbeiten (Siehe S. 130) hinweisend, mich aufforderte, von dem Kampfe nachzulassen und mir zu verstehen gab, daß er wegen meiner Professur mit Geheimrat Krüß, den er sehr gute kenne, sprechen würde, folgenden Brief:

Frankfurt a. M., 18. August 1919.

Sehr geehrter Herr Kollege!

Ich habe Ihre verschiedenen Zusendungen literarischer Arbeiten mit bestem Dank erhalten. Vielleicht bietet sich Gelegenheit, im Ministerium, wo ich in dieser Woche aus Anlaß von Etatbesprechungen mit Herrn Geheimrat Krüß zu tun habe, einmal Rücksprache zu halten wegen verschiedener, auch mit Ihren Plänen zusammenhängender Fragen.*)

Hochachtungsvoll Ihr ergebener

W. Kolle.

Während ich in Oberhof mit Minister Haenisch die Frankf. Reise besprach, telephonierte Geheimrat Kolle bei meinem Vertreter an, ich möge am 25. 8. nach der Rückkehr ihn bei Geheimrat Krüß in dessen Amtszimmer im Kultusministerium aufsuchen. Zuerst war Krüß allein da und erkundigte sich nach dem Ergebnis meiner Untersuchungen. Ich erwiderte ihm, daß man in zehn Tagen kein abschließendes Urteil gewinnen könne, wir hätten uns sachlich und zur Zufriedenheit unterhalten. Bald darauf trat Kolle auf, der zweifellos vorher schon mit seinem seit Jahren befreundeten Geheimrat Krüß den Feldzugsplan entworfen hatte. Es ergab sich zunächst eine zwanglose wissenschaftliche Salvarsanunterhaltung, bei welcher in parlamentarisch-höflicher Weise das Pro et contra besprochen wurde. Kolle gab mir unumwunden zu, daß mir großes Unrecht geschehen sei durch meine Entlassung als Polizeiarzt, die Fachpresse müsse mir wieder eröffnet werden, meine zahlreichen Areiten auf bakteriologischen, histologischen, dermatologischen, klinischen und sonstigen Gebieten, die er von mir bekommen habe, seien von einem gewissen Wert usw. Am Schlusse dieser Unterredung meinte er dann, ich müsse in der Salvarsanfrage noch weitere Untersuchungen anstellen. Er habe mit dem Speyerhause gesprochen, das bereit sei, mir jährlich 25 000 M. zu bewilligen, damit ich ein kleines Laboratorium in meiner Privat-Poliklinik (wo notabene bereits ein Laboratorium ist und auch ein in der Salvarsanbehandlung erfahrener Assistent ist) einrichte. Der Assistent solle dann mit Salvarsan behandeln. Dagegen versprach er, die mir verschlossene medizinische Fachpresse wieder eröffnen zu wollen, aber Bedingung sei, ich solle die bisherige Art der Polemik unterlassen. Da ich merkte, daß es sich hier um einen zwischen Krüß und Kolle vorher besprochene Sache handelte, da natürlich das Kultusministerium mich ohne weiteres an eine rein neutrale staatliche Anstalt oder an die Universität bringen konnte, da es die Gelegenheit hatte, namentlich nach dem Tode des Universitätsdermatologen Lesser für mich eine staatliche Salvarsanprüfungsstelle zu vermitteln, kurzum genügend Gelegenheit war, zumal meine Professur schwebte, da ich ferner keine Zeugen für die Unterredung hatte, so beschloß ich im Gegensatz zu der brüsken Ablehnung bei dem schriftlichen Geldangebot für die Reise nach Frankfurt, ausweichend zu antworten, um weitere Beweise für diese horrende Zumutung, mir 25 000 M. jährlich von meinen Gegnern geben zu lassen, zu bekommen. Ich erwiderte, mir die Sache bei der Plötzlichkeit des Angebots überlegen zu müssen, um nochmals Zeugen zu ge-

---

*) Im Original nicht gesperrt gedruckt! Hier deutet Kolle an, daß er in Berlin mit Krüß wegen meiner Professur sprechen wolle, nachdem er mir in Frankfurt beinahe jeden Tag erklärte, ich solle im Interesse der Valuta von meinem Kampf ablassen, er wolle mit Krüß, der ein guter Bekannter von ihm sei, wegen meiner Professur sprechen, auch mit Geh.-Rat Lentz wegen meiner Pläne im Interesse der Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten, ich solle mich von der Kritik abwenden, dann würde er für mich eintreten, es wäre mir Unrecht geschehen, usw. usw.

winnen. Sofort fragte Geheimrat Krüß: „Also, Sie lehnen nicht ab?" Worauf ich erwiderte: „Ich lehne nicht ab, aber ich nehme auch nicht an, ein solches Angebot bedarf der genauen Ueberlegung." Hierdurch gewann ich bei weiteren Verhandlungen weitere Beweise und Zeugen für diese unerhörte Zumutung, die ich öffentlich natürlich nur dann aussprechen könnte, wenn der Beweis voll und ganz zu führen war. Wie wichtig dies war, ergibt z. B. eine Ehrengerichtsverhandlung, die auf Grund der indiskreten Mitteilungen des Geheimrats Wende vom Kultusministerium an einen Zahnarzt zustande kam. Diesem Zahnarzt hatte er Beleidigungen mitgeteilt, die ihm nach amtlicher Aufforderung sich zu äußern, ein anderer Zahnarzt gesagt haben sollte. Als Geheimrat Wende dann als Zeuge vernommen wurde, konnte er sich der Tatsachen nicht mehr erinnern, die er dem klagenden Zahnarzt, der bestimmt behauptete, Herr Wende habe ihm wiederholt die beleidigenden Vorwürfe mitgeteilt. Die Klage war wegen dieser plötzlichen Nichterinnerungsfähigkeit des Geheimrats Wende hinfällig geworden. (Siehe S. 42.)

Darauf verabschiedete ich mich. Bei meinen Freunden angekommen, erklärte ich sofort, man habe einen Bestechungsversuch gemacht. Ich würde mich jetzt ruhig verhalten, dann müsse man nochmals an mich herantreten.**) Ich hörte von der Angelegenheit nichts mehr bis zum 31. Oktober 1919.

Sofort nach der Unterredung schrieb ich nach Oberhof, wo ich mich einige Tage vorher von Minister Haenisch getrennt hatte, den beifolgenden Privatbrief, den, trotz seines indifferenten Charakters Herr Minister Haenisch in seiner parlamentarischen Erwiderung auf die kleine Anfrage „Lüdicke" ausschlachten möchte. Dieser lautete:

---

*) Herr C. de Dood, der Korrespondent für die holländische Presse, schreibt mir ein Zeichen, wie man sich auf die Wahrheitsliebe ministerieller Aeußerungen verlassen kann, das Folgende:

Berlin, den 4. Oktober 1920.

Sehr geehrter Herr Doktor!

Unter Bezugnahme auf unsere heutige Unterredung teile ich Ihnen hierdurch den folgenden interessanten Fall mit. Die Tatsachen, die ich mitteile, entsprechen der Wahrheit, was ich nötigenfalls unter Eidleistung bestätigen will.

Vor einigen Monaten rief ich Herrn Minister Haenisch zwecks eines „Interview-Artikels" an. Ich erhielt daraufhin eine Einladung, wurde jedoch bei meinem Besuche vom Pressereferenten des Kultusministerium empfangen. Dieser teilte mir mit, daß Herr Haenisch sehr beschäftigt wäre, aber daß er mir genau dieselbe Auskunft wie der Herr Minister geben könnte, aus welchem Grunde ich annehmen mußte, daß die Unterredung mir im Namen des Minister gewährt wurde. Ich teilte überdies telephonisch und auch mündlich mit, daß es sich um einen Interview-Artikel handelte, wofür ich Bild und Unterschrift des Ministers brauchte. Nach meinem Gespräch mit dem Pressereferenten führte dieser mich zum Minister selbst, mit dem ich mich über verschiedene Sachen unterhielt (u. a. auch über die Einstein-Frage, die damals die Aufmerksamkeit zu erregen anfing). Der Minister gab mir schließlich auf meine Bitte sein Bild und seine Unterschrift (komplett mit Titel) auf einem separaten Bogen.

Kurz darauf verreiste ich, wie Sie sich erinnern, ins Ausland. Sehr erstaunt war ich, als mir nach meiner Rückkehr von einem Kollegen eine Anzahl Pressemeldungen gezeigt wurden, in denen Minister Haenisch dies alles ableugnete, und mich sogar als einen wenig skrupulösen Journalisten hinstellte. Er ging soweit zu behaupten, er hätte nur im Vorübergehen wenige Minuten mit mir gesprochen, und dabei auf eine (von mir mitgebrachte) ihn darstellende Postkarte seine Unterschrift gestellt. In der „Täglichen Rundschau" gab ich eine ziemlich ausführliche Auseinandersetzung über diese mir höchst unangenehme Angelegenheit.

Mit größter Hochachtung begrüße ich Sie ergebenst

C. de Dood.

Berlin, 25. 8. 19.

Mein lieber Herr Haenisch!

Heute hatte ich die Konferenz mit Kolle und Krüß im Ministerium, die zur Zufriedenheit verlief. Da gleichzeitig das folgende Gutachten (siehe Seite 78) von Prof. Jesionek für das Ministerium bestimmt einlief, so bitte ich Sie, (trotz Ihrer Sommerfrische) es mir nicht zu verargen, wenn ich Sie von beiden Sachen in Kenntnis setze. Der Brief meines s a c h l i c h e n Gegners Jesionek spricht für sich selbst. Hoffentlich erholen Sie sich weiter gut. Gottstein hat mich am Freitag zu sich gebeten.

Mit den besten Grüßen Ihr ergebener

Dr. Dreuw.

N. B. Wenn Sie wieder in Berlin sind, bitte ich Sie, es mich wissen zu lassen, da ich mit Ihnen dann einmal alles besprechen will. Der beiliegende Artikel über die Minderwertigkeit der Berliner medizinischen Fakultät dürfte Sie interessieren.

Es ist bezeichnend für die Mentalität der Leute um Haenisch herum, daß sie in dem amtlichen Schriftstück vom 18. 3. 20 und in der Antwort auf die kleine Anfrage Lüdicke den ersten Satz dieses Privatbriefes veröffentlicht haben. Da das Ministerium diesen Privatbrief schon am 18. 3. 20, als ich noch keinen Privatbrief Haenischs veröffentlicht hatte, glaubte im falschen Sinne verwenden zu können, so bin ich entlastet, wenn ich in Zukunft auch Privatbriefe, soweit sie diese Sache betreffen, verwendet habe.

Daß die Konferenz „z u r Z u f r i e d e n h e i t v e r l i e f“, bedeutet doch nicht, daß ich das Geld angenommen oder in diesem Angebot nichts gefunden hätte. Man ersieht, an welchem Strohhalm man sich anklammern muß, zumal ich sofort nach dieser Konferenz im Kreise meiner Bekannten die Erklärung abgab, daß es sich um einen Bestechungsversuch handele, für den ich weitere Beweise haben müsse. Meine Bekannten äußerten schon vor der Reise nach Frankfurt die Vermutung, daß die ganze Sache als Bestechungsmanöver inszeniert sei, ich solle ja vorsichtig sein, denn allem Anschein nach laufe die ganze Art und Weise darauf hinaus. Vielleicht hat die harmlose und nichtssagende Wendung „zur Zufriedenheit verlaufen“ mit dazu beigetragen, daß man den Mut fand, das Angebot zu erneuern und mir neue Beweise zu geben. Ich kam dorthin zwecks Besprechung w i s s e n s c h a f t l i c h e r Fragen, nicht aber zwecks Entgegennahme eines Geldangebots meiner Gegner: Daß die wissenschaftliche Aussprache zur Zufriedenheit verlief, geht daraus hervor, daß irgend welche doch mögliche (wenn man bedenkt, daß Kolle in der Konferenz am 1. 2. 19 im Ministerium des Innern mir energisch drohte!) Dissonanzen oder persönliche Attacken sich nicht ereigneten.

Nun hatte Minister Haenisch schon früher, zuletzt aber im August 1919 in Oberhof ausdrücklich versprochen, die Dozentur zu verleihen, wenn meine Rehabilitierung seitens des Wohlfahrtsministers vollzogen worden sei. Denn, so sagte er vor Zeugen, in der Staatsregierung kann man mir dann keine Schwierigkeiten machen. Dann kann ich darauf hinweisen. Sie haben dort zu viele Gegner, die eben dann entwaffnet sind. Am 29. September bereits erhielt ich ein Schreiben des Ministers für Volkswohlfahrt, in dem er mich in den Beirat berief, um das mir geschehene Unrecht nach außen hin wieder gut zu machen.

Ich nahm am 7. Oktober die Berufung an.

Obschon ich längst wußte, daß Haenisch, ohne die Absicht sie zu halten, Verlegenheitsversprechungen machte, so schrieb ich ihm im Hinblick auf die feste Zusage, die Minister Haenisch in Oberhof gegeben, trotzdem, auch um meine Meinung schriftlich festzulegen, folgenden Brief vom 4. 10. 19:

Berlin, 4. 10. 19.

Mein lieber Herr Haenisch!

Eben geht mir folgendes Schreiben zu:

Der Preuß. Minister für Volkswohlfahrt: 13891/19.

„Ich bin bereit, Sie zum Mitglied des Beirates, der zur Beratung der Fragen der Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten und der Regelung der Prostitution der Medizinalabteilung beigegeben ist, zu ernennen, um dadurch Ihre Erfahrungen in den Dienst der wichtigen Aufgaben zu stellen, an deren Lösung Sie ein besonderes Interesse haben. In dieser Ernennung läge meiner Auffassung nach auch diejenige Rehabilitierung, die Sie glauben vor der Oeffentlichkeit erreichen zu müssen."

Da Sie mir ausdrücklich versprachen, mir die Professur „Staatliche Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten" dann zu verleihen, wenn meine Ernennung und Rehabilitierung seitens des Wohlfahrtsministeriums erfolgt wäre, so bitte ich Sie nunmehr, die Ernennung, über die ich ausführlich mit Herrn G. R. Wende gesprochen habe, vollziehen zu wollen.

Hoffentlich geht es Ihnen gut. Ich bin ferner zum Vortrag über meinen Gesetzentwurf vor die Bevölkerungskommission geladen. Auch hieraus ersehen Sie, daß man meinen Vorschlägen Beachtung zollt.

Mit besten Grüßen, Ihr sehr ergebener Dr. Dreuw.

Er antwortete am 5. Oktober 19:

Berlin W. 8, Kultusministerium, den 5. Oktober 1919.

Lieber Herr Doktor:

Ihre Berufung in den Beirat des Wohlfahrtsministeriums hat mich aufrichtig gefreut und ich wünsche Ihnen zu der wohlverdienten Genugtuung von ganzem Herzen Glück. Ich tue das um so lieber, als ich selbst Herrn Ministerialdirektor Dr. Gottstein vom Wohlfahrtsministerium wiederholt dringend gebeten habe, diese Genugtuung in die Wege zu leiten und Ihre Kenntnisse und Fähigkeiten der praktischen Gesundheitspolitik des preußischen Staates dienstbar zu machen.

Sie irren sich aber, wenn Sie unsere früheren Besprechungen so aufgefaßt haben, als würde Ihre Rehabilitierung nun automatisch die Verleihung eines Lehrauftrages an der Berliner Universität nach sich ziehen. Nach nochmaliger gründlicher Ueberlegung der ganzen Angelegenheit kann ich Ihnen nur wiederholen, was ich Ihnen schon vor Monaten schrieb: Es ist aus Gründen der allgemeinen Universitätspolitik zurzeit ganz unmöglich, Sie der Fakultät, die gegen Ihre Ernennung in der heftigsten Weise remonstriert, aufzuzwingen. Zudem wird Ihnen ja Ihre neue Betätigung ein so reiches und Sie befriedigendes Arbeitsfeld*) geben, daß Ihre Zeit und Kraft vollauf in Anspruch genommen sein wird. Sie müssen sich also für die nächste Zeit jedenfalls den Gedanken des Lehrauftrages aus dem Kopfe schlagen. Der Fall Friedmann liegt ganz anders und kann nicht zum Vergleich herangezogen werden.

Dagegen habe ich meinen Referenten gestern beauftragt, in eine erneute schleunige Prüfung der Frage einzutreten, ob nicht nunmehr die Verleihung des Professorentitels an Sie angebracht ist. Die neuerdings eingegangenen Beautachtungen Ihrer wissenschaftlichen Leistungen haben nach dieser Richtung hin eine neue Sachlage geschaffen. Sie werden über das Ergebnis der erneuten Prüfung demnächst amtlichen Bescheid erhalten.

Mit besten Grüßen bin ich Ihr sehr ergebener Haenisch.

---

*) Der Harmlose!! Innerhalb eines Jahres alles in allem etwa vier Sitzungen à 1½ Stunden. Dort wurde in den Sitzungen nur über die „Anzeigepflicht bei Geschlechtskrankheiten" verhandelt, Prof. Blaschko referierte, aber verschwand dann von der Bildfläche, als ich Kritik übte an der Art, wie der Staat sich dieser Frage gegenüber unobjektiv verhält. Der Beirat wurde am 30. 11. 20, nachdem er viermal! in meiner Gegenwart getagt, aufgehoben. „Ein reiches und mich befriedigendes Feld, das meine Zeit und Kraft vollauf in Anspruch nahm!"

Die neue Begutachtung bestand im folgenden Gutachten:

Universitätsklinik für Hautkrankheiten, Gießen.
Direktor Prof. Dr. Jesionek. Gießen, den 23. August 1919.
Sprechst. Wochentags 10—12.
Teleph. 2011.

Sehr geehrter Herr Kollege!

Gerne bin ich bereit, Ihrem Wunsche zu entsprechen, ich kann es mit gutem Gewissen verantworten, und Ihnen ausdrücklich und schriftlich bestätigen,

1. daß ich es für einen glücklichen Gedanken halte, daß eine Professur für moderne Prostitutionsbekämpfung geschaffen wird. Allerdings der Name gefällt mir nicht gut. Soziale Hygiene gefiele mir vielleicht besser. Im Sinne des alten Systems käme meines Erachtens vor allem einer Professur für soziale Medizin, soziale Hygiene in Betracht, wobei ich nicht versäumen möchte, ausdrücklich zu betonen, daß ich das an und für sich umschriebene Gebiet der Prostitutionsbekämpfung und der damit in Zusammenhang stehenden sozialen und medizinischen Fragen für so wichtig und für so vordringlich halte, daß man für den Augenblick über jeden Schönheitsfehler hinwegsehen kann.

2. daß ich es begrüße, wenn Sie, sehr geehrter Herr Kollege, mit der Professur betraut werden. Ich wüßte keinen Fachvertreter zu nennen, von dem ich mir eine gleich energische und gleich sachverständige Vertretung dieser Frage verspräche. Ihre literarischen und mündlichen Auseinandersetzungen zu dieser Frage sind es, die mir diese Anschauung beigebracht haben. Sie wissen, daß ich Ihren Standpunkt über Anzeigepflicht usw. teile. Ich würde mich freuen, wenn Sie sich auch noch zur Zwangsbehandlung für bestimmte Fälle entschließen würden. Worauf es mir in dieser Sache ankommt, ist, daß endlich einmal die unglückselige Vogelstraußpolitik aufhöre, daß zielbewußt und energisch Positives geschaffen werde. Dazu scheinen Sie mir der rechte Mann zu sein,

3. was Ihre wissenschaftlichen Arbeiten betrifft, so kann ich in ihnen weiß Gott keinen Anhaltspunkt finden, der mich berechtigte, Ihnen, persönlich und anderen gegenüber, die Befähigung zur Bekleidung einer medizinischen Professur, insonderheit der obengenannten Professur abzusprechen. Ihren Kampf gegen das Salvarsan bedaure ich, wie Sie wissen, auf das lebhafteste, im Interesse der Sache, von der ich überzeugt bin, daß sie einen großen Fortschritt auf wissenschaftlichem Gebiet bedeutet, praktisch trotz aller „Nebenerscheinungen" im engeren und weiteren Sinne des Wortes, trotz aller noch nicht erfüllter Hoffnungen, einen Segen für den einzelnen Kranken und für die Allgemeinheit darstellt. Ich teile, wie Sie wissen, Ihren Salvarsanstandpunkt keineswegs nach allen Richtungen hin, andererseits aber, auch das möchte ich ausdrücklich erwähnen, verspreche ich mir von dem Kampf für die Sache selbst noch manches Gute. Es schadet einer guten Sache nichts, wenn nicht alle auf sie schwören. Wie gesagt, die Art und Weise Ihres Kampfes gefällt mir nicht, aber nach dem, was ich von Ihnen in Frankfurt und Gießen gehört habe, verstehe ich jetzt manches, was mir nicht gefällt, zu entschuldigen, vor mir selbst zu rechtfertigen. Wer aufrichtig wünscht, daß aus dem Kampfe das ausgeschieden werde, was nicht schön ist, kann sich nur freuen, wenn Ihnen durch die Professur Gelegenheit gegeben wird, den Kampf in anderer Weisee — und dann wahrscheinlich auch in anderem Sinne weiterzuführen.

Mit den besten Grüßen, Ihr ergebener gez.: Jesionek.

Am 10. Oktober erhielt ich nach einer Mahnung vom 9. August und nachdem Herr Krüß, der auch diese Geldangelegenheit bearbeitete, mir telephonisch sein Erstaunen über die Höhe der Rechnung mitgeteilt, woraufhin ich ihm erwiderte, er möge einmal seine Praxis verlassen und im „Frankfurter Hof" für diesen Preis leben, endlich am 10. Oktober 1919 das ausgelegte Geld.

Da meine Gegner verbreiteten, ich hätte jeden Tag im „Frankfurter Hof" auf Staatskosten Sekt getrunken, und da Herr Geh. Rat Krüß nach dem 18. 10. 18 die Rechnung zu teuer fand, veröffentliche ich sie hiermit:

Berlin, 9. August 1919.

An das Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung.

Entsprechend dem Erlaß vom 17. Mai 1919 U. I. K. 9292 erlaube ich mir dem Ministerium die Kostenrechnung für die Reise und den Aufenthalt von 10 Tagen in Frankfurt a. M. ergebenst zu überreichen:

1)	Auto mit 3 Koffern mit Dokumenten zum Bahnhof	M. 30,00
2)	Spesen am Reisetage	„ 39,50
3)	Versicherung gegen Diebstahl	„ 45,00
4)	Droschke zum Hotel und Gepäckträger	„ 11,00
5)	Hotelrechnung (Frankf. Hof)	„ 482,30
6)	7mal Mittagessen	„ 150,00
7)	6mal Abendessen	„ 125,00
8)	10mal Nachmittagskaffee	„ 20,00
9)	Trinkgelder	„ 80,00
10)	Telegrammgebühren	„ 18,00
11)	Vertretung 12 Tage à 30,00 Mark	„ 360,00
12)	Vertretungsverluste pro Tag 20,00 Mark.	„ 240,00
13)	Droschke und Gepäckträger	„ 11,00
14)	Spesen am Tage der Rückreise	„ 35,00
15)	2 Fahrkarten, 1 mit Schlafwagen	„ 133,10
		M. 1 799,90

Ich bitte um gefl. Ueberweisung auf mein Bankkonto: Mitteldeutsche Creditbank, Dep.-Kasse D.

Am 18. Oktober 19, Sonnabends, rief gegen 1/2 3 Uhr Prof. Kolle bei mir an, ob ich um 1/4 Uhr mal ins Wohlfahrtsministerium in das Amtszimmer von Geh. Med.-Rat Prof. Lentz mit diesem und ihm Rücksprache nehmen könne. Nach längeren Besprechungen über die Wirkung des Salvarsans, über Salvarsantodesfälle, nach einem großen Lob über meine Arbeiten usw. meinte Prof. Kolle, er wolle mir helfen, ich habe sehr viel und erfolgreich wissenschaftlich gearbeitet, er käme auf sein Angebot vom 25. August bei Geheimrat Krüß zurück, das er hiermit erneuere. Ich erklärte ihm, ich wäre ein selbständiger Arzt und Mensch und bedürfe keiner „Hilfe", meine Arbeiten sprächen für sich selbst. Was das Angebot von 25 000 M. beträfe, so bedauere ich, dies nicht annehmen zu können, nach reiflicher Ueberlegung werde er wohl selbst einsehen, daß dadurch nach außen hin der Eindruck einer Beeinflussung seitens meiner kapitalkräftigen Gegner erweckt würde, wenn der Staat, wenn er, wie es doch, da diese Verhandlungen im Kultusministerium und jetzt wieder im Wohlfahrtsministerium erfolgten, ein Interesse daran habe, mein Urteil zu hören, so möge er die Kosten selbst tragen, oder mir ein Institut geben, aber von meinen Gegnern könne ich kein Geld annehmen. Daraufhin erklärte Kolle, ein alter Bekannter von Geh. Rat Lentz, dies könne dann ja so gemacht werden, daß das Speyerhaus die Gelder dem Wohlfahrtsministerium übergebe, das sie dann mir aushändige. Ich erklärte, mir diese Angelegenheit überlegen zu müssen und gab am 29. 11. (siehe S. 72) die Antwort, daß ich nicht geneigt sei, diese indirekte Geldüberweisung anzunehmen. In Wirklichkeit zeigt diese vom Kultusminister zugegebene Tatsache die enge Verbindung zwischen Großindustrie und Wissenschaft.

Am 22. Oktober, nachdem selbstverständlich Geh. Rat Krüß, der mit Geh. Rat Lentz wohlbekannt ist, als Personalreferent für medizinische Angelegenheiten, von der fruchtlosen Unterredung vom 18. Oktober erfahren („Also Sie lehnen nicht ab?"), schrieb ich den beifolgenden amtlichen Brief vom 22. 10. 19:

Berlin, 22. 10. 19.

An das Kultusministerium z. H. des Herrn Geheimrat Prof. Dr. Krüß.

Sehr geehrter Herr Geheimrat!

Am 5. Okt. schrieb mir Herr Kultusminister Haenisch wörtlich: (s. S. 77)

„Ich habe meinen Referenten beauftragt, in eine erneute *schleunige* Prüfung der Frage einzutreten, ob nunmehr die Verleihung des Professortitels an Sie angebracht sei. Die neuerdings eingegangenen Begutachtungen Ihrer wissenschaftlichen Leistungen haben nach dieser Richtung hin eine neue Lage geschaffen.

Sie werden über das Ergebnis der erneuten Prüfung demnächst amtlichen Bescheid erhalten."

Ich frage hierdurch ergebenst an, welches Resultat die „erneute schleunige Prüfung" ergeben hat.

Anbei ein Sonderabdruck über meine Eingabe an die Preußische Landesversammlung und an die Deutsche Nationalversammlung für meine Akten.

Mit vorzüglicher Hochachtung Dr. Dreuw.

Einschreiben! Eilboten.

Abschrift:

Der Preußische Minister für Volkswohlfahrt. Berlin, 15. Okt. 1919.
M. 14023.

Auf Ihr gefälliges Schreiben vom 7. Okt. ernenne ich Sie zum Mitglied des Beirates zur Beratung der Fragen der Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten und der Regelung der Prostitution und habe angeordnet, daß Sie auch zu den Sitzungen des Arbeitsausschusses dieses Beirats zugezogen werden. gez. Stegerwald.
An Herrn Dr. Dreuw, Berlin W.



11. Wortbruch und Verrat.

Nicht nur, daß Haenisch die Docentur nach bestem Wissen und Gewissen und damals noch unbeeinflußt von den böswilligen Aktionen meiner Gegner, beantragt, sich also selbst als Minister dafür eingesetzt, er hatte sie zu wiederholten Malen, zuletzt noch August 1919, in Oberhof für den Fall versprochen, daß ich in den Beirat des Wohlfahrtsministeriums berufen würde. Denn so sagte er, da im Staatsministerium die größten Schwierigkeiten gemacht werden, kann ich dies für Sie anführen. Si non e vero e bene trovato! Da tauchten nach diesem Versprechen wieder am 5. Okt. 1919 die berühmten „Gründe der allgemeinen Universitätspolitik" auf. Schon hat er wieder das Nebengeleise der „Titularprofessur", die ich mir schon einmal verbeten hatte, zur Hand. Aber selbst dieses zwar nach der Revolution verbotene, aber von Haenisch's Geheimräten in Hunderten von Fällen bei notorischen, in der Wissenschaft fast unbekannten Aerzten angewandte Zufluchtsmittel wird ihm von seinen „Kreaturen, die er selbst gemacht (Goethe) durchkreuzt. Und schließlich unterwirft er sich demütig dem Diktat seiner mit den Salvarsanisten seit Jahren in Verbindung stehenden Geheimräte, ja er tut so, als ob er, nachdem er noch am 5. Okt. 19 die (von mir nicht gewünschte) Titularprofessur für gerechtfertigt hielt, am 31. Oktober schon wieder eine andere Meinung hätte, die in Wirklichkeit seinen Geheimräten von den Salvarsanisten diktiert war. Wortbruch und Verrat, diese beiden Vorwürfe werden durch das gesamte Verhalten Haenisch's, insbesondere aber durch den folgenden Briefwechsel bewiesen.

Am 31. Oktober, also ca. 14 Tage nach der Geldablehnung, erhielt ich das folgende Schreiben:

Der Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung.

U. I. K. Nr. 1958 U. I. Berlin W. 8, den 31. Oktober 1919.

Die zufolge meines Schreibens vom 5. Oktober d. Js. erneut vorgenommene Prüfung der Frage, ob Ihnen der Professortitel verliehen werden könnte, hat zu dem Ergebnis geführt, daß bei aller Würdigung der namentlich in früherer Zeit von Ihnen geleisteten wissenschaftlichen Arbeiten doch eine größere Anzahl von Aerzten vorhanden ist, die bis in die neueste Zeit hinein in gleichem, wenn nicht höherem Maße wissenschaftliche Leistungen aufzuweisen haben, und denen in Ansehung ihrer Zahl, wie mit Rücksicht auf die Grundsätze für die Verleihung des Professortitels gleichfalls der Titel noch nicht hat verliehen werden können. Um ungerechtfertigte Zurücksetzungen zu vermeiden, ist es mir daher zu meinem lebhaften Bedauern nicht möglich, Ihrem Wunsche schon jetzt zu entsprechen. Ich zweifle jedoch nicht, daß Sie durch weitere erfolgreiche wissenschaftliche Arbeit in nicht zu ferner Zeit die Voraussetzungen dafür schaffen werden, daß die Angelegenheit erneut in wohlwollender Weise und mit günstigem Ergebnis geprüft werden kann.

In Vertretung: Becker.

An den prakt. Arzt Herrn Dr. Dreuw in Berlin W.

Ich antwortete sofort am 2. November:

Berlin, den 2. November 1919.
An das Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung
z. H. des Herrn Unterstaatssekretärs Becker.

In Sachen des Briefes vom 31. Okt. (U. I. K. Nr. 1958 U. I.) erhebt der ergebenst Unterzeichnete dagegen Einspruch, daß Sie die längere Abwesenheit des Herrn Ministers Haenisch dazu ausgenutzt haben, um mit so fadenscheiniger Begründung einen Antrag abzulehnen, den nicht ich, sondern nach bestem Wissen und Gewissen Ihr Vorgesetzter, der Herr Minister selbst gestellt, dessen Durchsetzung er vor Zeugen versprochen und in seinem Schreiben vom 5. Okt. in sichere Aussicht gestellt hat. Ich kann nicht annehmen, daß der Herr Minister Sie während seiner Abwesenheit von Berlin beauftragt hat, ihn selbst zu desavouieren und sein gegebenes Wort zu diskreditieren.

Im übrigen lehne ich ausgerechnet Sie, da Sie schon als Personalreferent der alten Regierung gegen mich voreingenommen waren, als entscheidende Instanz in dieser verwickelten Angelegenheit ab. Besonders aber lehne ich ab den jetzigen Personalreferenten, Herrn G. R. Krüß, der als Chemiker nicht in der Lage ist, in medizinischen Dingen begutachtend und entscheidend mitzuwirken. Daß dauernd ein Chemiker Personalreferent für medizinische Angelegenheiten ist, ist beinahe ein öffentlicher Skandal.

Außerdem ist es meiner Ansicht nach besser, wenn Herr G.R. Krüß aus der Mitwirkung in dieser meiner Angelegenheit völlig ausscheidet, nachdem sein Bekannter, G.R. Kolle vom Salvarsaninstitut in Frankfurt a. M. im Amtszimmer des Herrn Krüß und im Verein mit diesem mich zur Annahme einer Summe von 20 000 Mark aus dem Salvarsan-Speyerhause in Frankfurt am Main zu bewegen suchte. Ich muß es weit von mir weisen, ausgerechnet diesen als Personalreferenten in meiner Angelegenheit anzuerkennen, um als Resultat seiner „erneuten" und nochmals zu „erneuernden" Prüfung die gemeinplätzigen Phrasen des Schreibens vom 31. Oktober hinzunehmen.

Ich werde von meinem Schreiben dem Herrn Minister nach seiner Rückkunft am 5. Nov. offizielle Abschrift zusenden, gegebenenfalls auch der preußischen Staatsregierung, den Parlamenten und der Presse. Da der Herr Minister bisher alle Schreiben an mich persönlich unterschrieben hat, so bedauere ich, Ihre Entscheidungsbefugnis nicht anerkennen zu können, da Ihnen m. E. die Aktivlegitimation hierzu fehlt. Vielmehr muß ich verlangen, daß der Herr Minister sich selbst äußert in einer Frage, die in der Oeffentlichkeit schon so viel Staub aufgewirbelt hat und noch weiter aufwirbeln wird.

Ich verlange nicht, wie Sie schreiben, eine „wohlwollende", sondern eine gerechte und objektive Prüfung meiner schwebenden Angelegenheiten und des gesamten Ihnen zur Verfügung gestellten Materials, das (Zeugnisse Unna, Jesionek usw.) so gewichtig ist, daß die nichtssagenden Phrasen Ihres Schreibens vom 31. Oktober in der gesamten Oeffentlichkeit des In- und Auslandes nur ein mitleidiges Lächeln hervorrufen werden angesichts der Verleihung von Professorentiteln der letzten Zeit an Männer, deren Namen weitesten Kreisen kaum bekannt sind. Ich behalte mir vor, eine Privatkommission von wirklichen Fachleuten einzuberufen, die Stellung zu diesen Fragen nehmen wird.

Jedenfalls aber bedauere ich Ihr i. V. aber nicht i. A. verfaßtes Schreiben solange nicht anerkennen zu können, bis der Herr Minister selbst Stellung genommen hat.

Dr. Dreuw,
Mitglied des Beirats zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten
im Ministerium für Volkswohlfahrt.

An Haenisch schrieb ich folgenden Privatbrief:

Berlin, den 3. 11. 19.

Lieber Herr Haenisch!

Anbei übersende ich Ihnen, wie Herrn Becker schon mitgeteilt, meinen Briefwechsel mit Herrn G.R. Becker. Da ich von Ihnen nicht annehmen kann, daß Sie nach allen Präcedentien mich ca. ¾ Jahr lang zum Narren halten wollten, um mir dann durch Ihren Herrn Becker das von mir näher charakterisierte Kulturdokument übergeben zu lassen, so teile ich Ihnen, um meine Stellung nochmals genau zu charakterisieren, mit, daß ich nicht um meine Professur bitte oder gebeten habe, sondern daß ich sie auf Grund meiner im In- und Auslande anerkannten und (nur von einem Chemiker nicht zu beurteilenden) Verdienste verlange, nicht deswegen,

weil wir einmal vor langer Zeit befreundet waren, sondern weil ich die Professur verdient habe nach Ihrer Ansicht und der Ansicht aller unvoreingenommenen Menschen, besonders aber — das ist die Hauptsache — weil ich als Salsarvangegner nach dem Worte Hirschs nicht ausgeschlossen sein will und für diese Sache und die staatliche Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten im Interesse des Staates und des Audiatur et altera Pars wirken will.

Ich verlange daher

1. einen amtlichen Bescheid auf den mir von Ihnen in die Feder diktierten Antrag einer a. o. Professur. Bis heute bin ich noch ohne amtlichen Bescheid. Ich verlange diesen Bescheid.

2. die Begutachtung durch eine andere Fakultät, nachdem ich der Berliner nachgewiesen, daß sie notorische Unwahrheiten über mich abgegeben hat. Diesen Rat erteilte mir Herr Prof. Jesionek, nachdem er sich von den schmutzigen Machinationen hinter meinem Rücken überzeugt hatte.

3. einen anderen Personalreferenten als Herrn Krüß aus den in meinem Schreiben an Herrn Becker angegebenen Gründen (Chemiker! Angebot in seinem Amtszimmer).

Da Sie ja selbst im Hamburger Echo geschrieben haben, daß die medizinische Fachpresse seit Jahren meine Arbeiten ablehnt, so ist das Wort des Herrn Becker, ich hätte in der „neuesten Zeit“ keine Arbeiten (ca. 30 lagernde Manuskripte!) verfaßt, geradezu lächerlich als der Ausfluß eines Ministeriums, dem ausgerechnet Sie vorstehen.

Ich stelle es Ihnen anheim, nachdem Sie mich durch den mir in die Feder diktierten Antrag auf eine a. o. Professur in die öffentliche Diskussion hineingeworfen haben, wie Sie die Lösung finden werden.

Jedenfalls erwartet das Volk endlich, daß mit der preußischen Beamtenwillkürwirtschaft endlich gebrochen wird.

Da sich die Oeffentlichkeit, ohne mein Verschulden, ja sogar das Ausland mit der „Professur Dreuw“, die Sie beantragt haben, in weitgehendstem Maße beschäftigt hat, so muß ich schon aus Selbsterhaltungstrieb darauf dringen, daß die Angelegenheit nun endlich einmal von Ihnen entschieden wird. Denn ich habe keine Lust, mich von preußischen Reaktionären und meinen Gegnern anzapfen zu lassen. Mit Halbheiten kommen wir hier nicht voran. Ich verlange mein Recht, und wenn Sie mich im Stiche lassen, erkämpfe ich es mir.

Mit besten Grüßen, Ihr ergebener Dr. Dreuw.

Unterdessen war Minister Haenisch zurückgekehrt und schrieb am 4. 10. 19:

Der Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung.

Berlin W. 8, den 4. November 1919.

Herrn Dr. Dreuw, Berlin, Neue Winterfeldstr. 32.

Sehr geehrter Herr Doktor.

Bei meiner heute erfolgten Rückkehr nach Berlin übergab mir Herr Unterstaatssekretär Becker Ihren an ihn gerichteten Brief. Ich muß den Ton, den Sie sich Herrn Becker gegenüber erlauben, und ebenso die Bemerkungen, die Sie über Herrn Geheimrat Krüß machen, als ganz ungehörig entschieden zurückweisen. Indem ich das tue, erfülle ich nicht nur meine ganz selbstverständliche Pflicht als Minister, die mir unterstellten Beamten gegen ehrenkränkende Vorwürfe in Schutz zu nehmen, ich halte mich vielmehr gerade in diesem Falle dazu besonders verpflichtet, weil der Inhalt des von Herrn Becker gezeichneten, an Sie gerichteten Briefes von mir vor meiner Abreise ausdrücklich gebilligt worden ist. (!?!?!)

Ich habe Ihnen schon mehrfach gesagt, daß Sie keinen größeren Feind haben, als sich selbst und daß Sie durch die Art Ihres Vorgehens es auch Ihren besten Freunden aufs Aeußerste erschweren, für Sie einzutreten. Mein dringender, von aufrichtigem Wohlwollen für Sie diktierter Rat geht dahin, jetzt zunächst erst einmal im Gebiete der Ihnen übertragenen Aufgaben*) praktisch zu arbeiten und daneben Ihre durch die jahrelangen Kämpfe unterbrochene wissenschaftliche Tätigkeit wieder aufzunehmen, die Oeffentlichkeit jedoch bis auf weiteres nicht mehr mit Ihren Angelegenheiten, soweit sie vorwiegend persönlicher Natur sind, zu beschäftigen. Dann wird sich, wie ich nach wie vor zuversichtlich hoffe, über kurz

*) Alle vier Monate eine Sitzung im Beirat von 1—2 Stunden!! Dr. Dreuw.

oder lang doch ein Weg finden lassen, auch Ihren persönlichen Wünschen in der einen oder anderen Form zu entsprechen.

Mit einer Empfehlung bin ich Ihr sehr ergebener

Haenisch,
Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung.

Ich erwiderte am 6. 11. 19:

Berlin, 6. 11. 19.

Sehr geehrter Herr Minister!

Ihren Brief vom 4. Nov. habe ich erhalten. Ich weise Ihre Vorwürfe als unbegründet zurück und halte meine tatsächlichen Behauptungen als Erwiderung auf das Provokationsschreiben vom 31. Oktober aufrecht. Sie irren, nicht ich beschäftige die Oeffentlichkeit mit der „Professur Dreuw", auch die des Auslandes, sondern das haben meine Gegner wahrscheinlich durch Indiskretionen der Ihnen untergeordneten Stellen und der Fakultät gemacht. (Siehe Seite 39.) Durch diese, meine wissenschaftliche Ehre angreifende Taktik der öffentlichen Behandlung dieser Frage sehe ich mich veranlaßt, öffentlich dazu Stellung zu nehmen. Sollten Sie daher Ihr Wort, das Sie auf Grund ehrlicher Ueberzeugung und jahrelanger Prüfung gegeben haben, nicht halten, dann muß ich mir mein Recht erkämpfen. Denn meine wissenschaftliche Ehre duldet keinen weiteren Aufschub mehr. Wenn Sie sich von einer mündlichen Verhandlung noch irgend etwas versprechen, so stelle ich Ihnen anheim, es mich, eventuell telephonisch, wissen zu lassen.

Mit einer Empfehlung bin ich Ihr sehr ergebener

Dr. Dreuw,
Mitglied des Beirats zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten
im Ministerium für Volkswohlfahrt.

Am 20. November stellte ich amtlich folgende Anträge:

Berlin, den 20. November 1919.

An das Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung, Berlin.

In Sachen der auf Veranlassung des Herrn Ministers Haenisch für mich beantragten Dozentur stelle ich hiermit die folgenden Anträge:

1. Die Berliner medizinische Fakultät als Begutachterin meiner wissenschaftlichen Leistungen abzulehnen und eine andere auswärtige Fakultät mit der Begutachtung zu betrauen. Aus dem mir zur Verfügung gestellten Gutachten der Berliner medizinischen Fakultät, datiert vom 31. 1. 19, unterzeichnet: His, Franz, habe ich ersehen, daß die Fakultät in der Annahme, ihr Gutachten bliebe mir gegenüber geheim, eine Reihe von Unwahrheiten zum mindesten fahrlässiger Natur über meine wissenschaftlichen Leistungen angegeben hat. Auf mein offizielles Schreiben vom 15. 2. 19, in dem ich diesen Vorwurf gegen die Fakultät erhob, habe ich bisher noch keine Antwort erhalten. Ich nehme daher an, daß die Fakultät die Vorwürfe als wahr unterstellt, da ihr mein Brief vom 15. 2. 19 vorgelegt worden ist.

2. Herrn Geheimrat Krüß, Herrn Geheimrat Wende und Herrn Unterstaatssekretär Becker in ihrer Eigenschaft als Personalreferenten bezüglich entscheidende Instanzen für meine Person abzulehnen.

a) Herrn Geheimrat Krüß betreffend:

I. Wegen eines im Amtszimmer des Geheimrat Krüß (nach meiner vorhergehenden telephonischen Bestellung in sein Amtszimmer) von Herrn Geheimrat Kolle in Verbindung und im Einvernehmen mit ersterem mir gemachten Anbietens: mir persönlich 20 000,— bis 25 000,— Mk. jährlich für die Errichtung eines Privatinstituts zur Salvarsanprüfung zur Verfügung zu stellen aus dem Fonds des Speyerhauses in Frankfurt a. M., also von meinen Gegnern.

II. Wegen eines von Herrn Geheimrat Krüß über meine Person eingeholten Gutachtens, beginnend mit der Ueberschrift: „Lieber Krüß!", datiert Wünsdorf, 2. Februar 1919, unterzeichnet: Professor Löhe, Privatdozent für Dermatologie an der Berliner Universität. Aus der ungewöhnlichen Art und Weise wie dieser, selbst leitenden Universitätsprofessoren für Dermatologie sogar dem Namen nach unbekannte Freund des Herrn Geheimrat Krüß seinem „lieben Krüß" über mich offiziell ein meinen Akten beigefügtes Gut-

achten abgibt, geht hervor, daß es sich nicht um eine ernst zu nehmende wissenschaftliche und unparteiische Kritik handeln kann.

b) Herrn Unterstaatssekretär Becker betreffend:

Dieser ist nicht nur schon als Personalreferent der früheren Regierung für das Universitätswesen gegen meine wissenschaftliche Auffassung und gegen meine Person voreingenommen, sondern er unterhält auch mit einem hervorragenden Mitgliede des Speyerhauses einen derartig intimen und freundschaftlichen Briefwechsel, und derartige persönliche Beziehungen, daß ich ihn als unbefangen in dieser Angelegenheit nicht betrachten kann.

c) Herrn Geheimrat Wende betreffend:

Dieser ist ein Duzfreund des Herrn Unterstaatssekretär Becker und wurde als solcher mit seiner Nachfolgerschaft betraut, so daß das System Becker praktisch durch das System Becker via Geheimrat Wende weiterbesteht und in meinem Falle als unvoreingenommen nicht anerkannt werden kann.

Gleichzeitig darf ich mir wohl erlauben, das Kultusministerium auf die Gefahren aufmerksam zu machen, die durch derartige freundschaftliche Verbindungen innerhalb und außerhalb des Ministeriums für die Allgemeinheit entstehen können.

Zum Schlusse bemerke ich noch, daß mir bekannt ist, daß der Plan für meine offizielle Reise an das Institut für experimentelle Therapie in Frankfurt a. M. von dem Speyerhause ausging, daß das Speyerhaus sich durch seinen Leiter, Herrn Geheimrat Kolle mit dem Ministerium in Verbindung gesetzt und daß mir dann von diesem der Antrag gemacht wurde, diese Reise auf Kosten des Speyerhauses zu machen, was ich ebenso und aus denselben Gründen abgelehnt habe wie die obige Zumutung, 20 000,— bis 25 000,— Mk. jährlich aus den Händen meiner Gegner in Empfang zu nehmen.

Die definitive Ablehnung dieser Zumutung erfolgte am 18. Oktober 1919. Am 31. Oktober 1919 erhielt ich ein amtliches Schreiben, „in dem mir mitgeteilt wurde, daß, bei aller Würdigung der namentlich in früherer Zeit von mir geleisteten Arbeiten und um ungerechtfertigte Zurücksetzungen anderer, ebenso verdienter Aerzte zu vermeiden", die Verleihung nicht einmal einer Titularprofessur möglich sei. In dem „in Vertretung Becker" unterzeichneten Schreiben heißt es dann weiter: „Ich zweifle jedoch nicht, daß Sie durch weitere erfolgreiche wissenschaftliche Arbeit in nicht zu ferner Zeit die Voraussetzung dafür schaffen werden, daß die Angelegenheit erneut in wohlwollender Weise und mit günstigem Erfolg geprüft werden kann."

Die in diesem Schreiben bekundete Auffassung, als ob ich an Stelle einer unparteiischen Prüfung, die m. E. hier nicht stattgefunden hat und aus den obigen Gründen nicht stattfinden konnte, um das Wohlwollen der obigen zum Teil befreundeten Herren werben solle, habe ich in meinem offiziellen Schreiben vom 2. November 1919, auf das ich bisher eine amtliche Antwort noch nicht erhielt, bereits zurückgewiesen. Da die Verhandlungen in der Landesversammlung über den Kultusetat Anfang Dezember beginnen, so bitte ich bis dahin um eine amtliche Mitteilung.

gez. Dr. Dreuw.

Die Seite 130 erwähnten Dokumente etc über meine wissenschaftliche Tätigkeit lagerten bei Herrn Ministerialdirektor Gottstein zum Zwecke der Kenntnisnahme. Dieser schrieb mir:

Professor Dr. med. A. Gottstein
Ministerialdirektor.

Charlottenburg, den 18. 11. 1919.
Hölderlinstr. 11.

Sehr geehrter Herr Kollege.

Da unsere Abteilung nächste oder übernächste Woche in das Herrenhaus übersiedeln dürfte, so bitte ich, die uns freundlichst übersandten Mappen abholen zu lassen, damit sie beim Umzug nicht in Gefahr kommen.

Gleichzeitig bitte ich nochmals um Rückgabe des Aufsatzes von Busch, den ich notwendig brauche.

Hochachtungsvoll und ergebenst

A. Gottstein.

Als Antwort schrieb ich an Geh. Rat Gottstein, der damals zufällig im Besitze meiner Arbeiten, Dokumente usw war, folgenden Brief:

Berlin, 22. 11. 19.

Herrn Ministerialdirektor Gottstein.

Sehr geehrter Herr Ministerialdirektor!

Mit bestem Dank sende ich Ihnen anbei den „Busch" zurück. Nach langem Suchen fand ich ihn in meinen Drucksachen.

Bitte der Ueberbringerin dieses Schreibens meine Akten zu übergeben. Vielen Dank für die Durchsicht.

Da die Fakultät in einem mir zu Gesicht gekommenen Gutachten diese Arbeiten von mir in der abfälligsten Weise kritisiert und herabsetzt, ja in Bezug auf meine Schuppenflechtensalbe sogar von meinen technischen Methoden von „Kleinigkeiten, wie sie etwa von einem Klinikleiter oder Laboratoriumsvorstand in Wandanschlägen und in Zuschriften an Hilfsärzte oder Schwestern üblich sind", spricht, so bitte ich um ein offizielles Gutachten seitens der Medizinalabteilung über meine Arbeiten. Ich behalte mir vor, nachdem ich offiziell der Fakultät unwahrhafte Begutachtung*) vorgeworfen, demnächst die eigentümliche Art zu beleuchten, daß man hinter dem Rücken von anderen über seine wissenschaftlichen Leistungen Unwahrheiten berichtet.

Mit vorzüglicher Hochachtung, Ihr ergebener Dr. Dreuw.

Daraufhin antwortete er, das Wohlfahrtsministerium wäre nicht zuständig, ein Gutachten abzugeben. (Dabei wurden von Kirchner, Gottstein immer Begutachtungen in diesen Fragen gegeben!! Ja die Vorschläge zu Dozenturen gehen von hier vielfach aus.) Am 23. November bekam ich folgendes amtliche Schreiben:

Der Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung.
B. Nr. 4074. Berlin W. 8, den 23. November 1919.

Auf das Schreiben vom 20. November d. Js. und die darin gestellten Anträge erwidere ich Ihnen, daß ich mich nicht in der Lage sehe, mich mit Ihnen darüber auseinander zu setzen, in welcher Weise die Bearbeitung der Sie betreffenden Angelegenheiten innerhalb meines Ministeriums zu erfolgen hat. Die in Ihren Ausführungen mehrfach zum Ausdruck kommende Unterstellung, daß bei der Behandlung Ihrer Angelegenheit innerhalb des Ministeriums andere als sachliche Gesichtspunkte zur Geltung gekommen sein könnten, muß ich mit aller Entschiedenheit zurückweisen. Haenisch.

An den prakt. Arzt Herrn Dr. med. Dreuw in Berlin.

An den mir wohlbekannten Arzt Dr. Weyl sandte ich als einem Kollegen und M. d. L. das Material mit folgendem Brief:

Berlin, 24. 11. 19.

Herrn Dr. Weyl, M. d. L., Berlin.

Sehr geehrter Herr Kollege!

Anbei übersende ich Ihnen
1. eine kurze Beschreibung meines Systems der Anzeigepflicht,
2. ein Kuvert mit Akten über das Geheimsystem bei der Professorenernennung.

Die Fakultät hat die Unwahrheit gesagt:
1. über meine Salbe,
2. über die von mir entdeckte Haarkrankheit,
3. über meine Erfindungen,
4. sie hat ein Gutachten über mediz. Untersuchungsmethoden abgegeben, während „Prostitutionsbekämpfung" beantragt war.

Bzgl. der Gutachten Arndt, Fakultät und Löhe habe ich dem Minister erklärt, daß ich, wenn er mir nicht Gelegenheit gibt, mit den Urhebern der Unwahrheiten Auge um Auge gegenüber zu treten, daß ich dann nicht in der Lage bin, diesen groben Unwahrheiten gegenüber die Vertraulichkeit zu wahren, da mir meine wissenschaftliche Ehre über alles gehe. Trotzdem bin ich ihnen nicht gegenübergestellt worden, um sie auf das schamlose Treiben hinweisen zu können.

Beste Empfehlung Dr. Dreuw.

Am 26. 11. 19 richtete ich an das Kultusministerium folgendes amtliche Schreiben:

Berlin, 26. 11. 19.

An den Herrn Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung.

Auf das Schreiben in Sachen meiner Professur (B. 4074) vom 23. Nov. d. J. und die darin aufgestellten Behauptungen erwidere ich, daß ich nicht in der Lage bin,

---

*) N. B. Ich habe offiziell beim Kultusministerium die Begutachtung durch eine „auswärtige" Fakultät anstelle der Berliner Fakultät beantragt.

zuzugeben, daß in meinem Briefe vom 20. Nov. „Unterstellungen“ gemacht sind, vielmehr habe ich ganz genau detaillierte Tatsachen behauptet, die man in einem Rechtsstaat nicht einfach „zurückweist“, sondern, wenn sie nun einmal nach reiflicher Ueberlegung von gleichberechtigten, steuerzahlenden und dadurch das Beamtentum ernährenden Bürgern aufgestellt sind, zunächst genau untersucht und die dann unter Angabe von Gründen widerlegt werden müssen. Mit Zurückweisen kann man Tatsachen nicht aus der Welt schaffen. Denn wie die „Aerztl. Mitteil.“ vom 21. Nov., S. 621, mit Recht sagen, „ist bekanntlich nichts so dumm und so brutal wie eine Tatsache“. Ich weise daher Ihre „Zurückweisung“ aus diesen Gründen zurück.

Ich habe, wie das Schreiben vom Herrn Minister ergibt, ferner nicht den Antrag gestellt, „daß der Herr Minister sich mit mir auseinandersetzen solle, in welcher Weise die Bearbeitung der mich betreffenden Angelegenheiten innerhalb des Ministeriums zu erfolgen hat“, vielmehr habe ich beantragt, daß wegen meiner detaillierten Behauptungen, die jederzeit nachweisbar sind, bestimmte Personen und Gremien von der Beurteilung meiner Angelegenheit ausgeschlossen werden. Sollte der Herr Minister die in jedem Rechtsstaate geltende Auffassung, daß man unter Angabe von Gründen bestimmte Personen wegen Befangenheit als Sachverständige ablehnen kann, wie das unsachliche Schreiben des Herrn Ministers ergibt, nicht anerkennen wollen, oder, wie die Verhältnisse sich nun mal entwickelt haben, können, so würde er ein Vertreter des seit dem 9. Nov. abgeschafften Absolutismus sein, was man ihm als einem überzeugten Sozialdemokraten sicherlich nicht unterstellen darf.

Ich nehme ferner an, daß nach der Neuordnung der früher von dem Herrn Minister so scharf verurteilten Zustände in den Ministerien, die Wahl von Universitätsprofessoren nach gerechten, objektiven und laut Reichsverfassung durch keine Geheimakten beschwerten Grundsätzen geschieht.

Sodann aber hat der Herr Minister unter Anführung unantastbarer Tatsachen, die sich ebenfalls nicht „zurückweisen“ lassen, den Beweis geliefert, daß, soweit die Beurteilung meiner Person und meiner wissenschaftlichen und praktischen Leistungen in Frage kommt, in den preußischen Aemtern „Unsichtbare Geister“ ihr Wesen treiben. Das folgende Zitat aus seiner Arbeit „Wissenschaft und Kapital“ (Gesundheitswarte 1. Dez. 1917 und Hamburger Echo 1917), welch letzterem, nämlich dem Kapital, der Herr Minister in der Salvarsanfrage und bei der Beurteilung meiner wissenschaftlichen Leistungen eine besondere Rolle zuschreibt, mag das Vorhandensein dieser „unsichtbaren Geister“ beweisen:

„Worauf es mir im Zusammenhang dieses Artikels aber in erster Linie ankommt, das ist das Verhalten der offiziellen Wissenschaft und ihrer Fachpresse, allen diesen offenkundigen und nicht wegzuleugnenden Tatsachen gegenüber. Eine ganze Reihe namhafter Forscher, die, von ihrem ärztlichen Gewissen getrieben, sich seit Jahr und Tag schon verpflichtet fühlen, auf Grund ihrer umfassenden Erfahrungen vor dem Salvarsan auf das ernsteste zu warnen, sehen sich dauernd den schwersten Verunglimpfungen und Verfolgungen ausgesetzt und finden in der Fachpresse verschlossene Türen. Unter ihnen nenne ich besonders — aber es sind wahrlich nicht die einzigen — nur den bekannten Giftforscher Dr. Kanngießer und den Berliner Polizeiarzt a. D. Dr. Dreuw, der durch seine jahrelangen Beobachtungen an den Berliner Prostituierten in der Lage war, ein besonders umfangreiches Material zu sammeln. Dreuw, von dem über andere medizinische Fragen früher nicht weniger als 80 Arbeiten publiziert worden sind, und der bis zum Beginn seines Salvarsankampfes zu den geschätzten Mitarbeitern der medizinischen Fachpresse gehörte, kann mit seinen gegen das Salvarsan gerichteten Aufsätzen dort fast nirgends mehr zu Worte kommen.

Selbst die kommentarlose Wiedergabe einzelner von ihm beobachteter Krankengeschichten wurde Herrn Dreuw von der Fachpresse unmöglich gemacht. Und als er sich dann notgedrungen an die Tagespresse wandte, da erhob sich von der gleichen Seite, die selbst kurz zuvor gleichfalls in der Tagespresse den oben gekennzeichneten Reklamerummel verübt hatte, ein wüstes Geschrei: Dieser Frevler scheut sich nicht, wissenschaftliche Streitfragen vor ein Laienpublikum zu bringen. Schließlich setzten die „Unsichtbaren Geister“ sogar die zwangsweise Entfernung des Herrn Dr. Dreuw aus seiner Stellung als Berliner Polizeiarzt durch. Und das, obwohl Herr Dr. Dreuw noch kurz vorher vom Polizeipräsidium mit ganz besonderen Vertrauensmissionen betraut, obwohl er sogar dem über-

seeischen Auslande als Gutachter für Fragen der Syphilisbekämpfung empfohlen war.

Ich begnüge mich mit der nüchternen Registrierung dieser durchweg aktenkundigen Tatsachen, die nur einen ganz knappen Auszug aus dem riesigen mir vorliegenden Material darstellen."

Also, der Herr Minister konstatiert, daß mir seit Jahren die Presse verschlossen ist, und im Schreiben vom 31. Okt. 19 wird konstatiert, daß ich in letzter Zeit, bei aller Würdigung der früheren Arbeiten in der Fachpresse nicht zu finden sei und daher bei den mikrometischen Messungen des Ministeriums durch Wende-Krüß-Becker noch eine ganze Kleinigkeit fehle, um den heute als Dutzendware verliehenen Titel „Professor" zu bekommen.

Ich bitte aus allen diesen Gründen den Herrn Minister, nachdem er heute bessere Gelegenheit denn als Abgeordneter dazu hat, auch in seinem Ressort einmal danach zu forschen, ob die von ihm exakt konstatierten „Unsichtbaren Geister", was an der Hand der von mir angegebenen Tatsachen ja immerhin möglich wäre, was aber erst eine exakte Untersuchung durch den Herrn Minister ergeben könnte, sich nicht auch in die Amtszimmer der Herren Wende-Krüß-Becker eingeschlichen haben. Ich persönlich will zu dieser Untersuchung nur insofern beitragen, als ich jederzeit bereit bin, für die in meinem Schreiben vom 20. angegebenen Tatsachen Beweis anzutreten.

Da ich meine von dem Herrn Minister selbst beantragte Professur nicht erbitte, sondern auf Grund meiner international anerkannten Arbeiten und meiner positiven Verdienste für das Vaterland und (im Gegensatz zu den „unsichtbaren Geistern") uneigennützigen Bestrebungen verlangen kann, so erneuere ich hierdurch meinen Antrag, alle Momente bei der Prüfung meiner Professurangelegenheit auszuschließen, auch alle Personen, die mit meinen Gegnern in Frankfurt in direkter oder indirekter Verbindung stehen oder gestanden haben.

gez. Dr. Dreuw.



12. Das Eingreifen des sozialdemokratischen Parteivorstandes.

Von diesen Zuständen erfuhr das ärztliche Mitglied der sozialdemokratischen Partei, Dr. Beyer, es klärte, ohne mein Wissen und meinen Auftrag, den Vorstand über die bei mir gesehenen Dokumente, die er für unglaublich hielt, auf und der Vorstand bat mich ob ich ihm am 1. 12. 19 Vortrag darüber halten wolle, was Dr. Beyer ihm mitgeteilt, was auch geschah an Hand der Dokumente. Der Unterstaatssekretär Gräf sprach von Korruption, wenn das Speyerhaus mit den Höchster Farbwerken in Verbindung stände, was ich bejahte, da es ja die Salvarsanlizenzen an Ehrlich weiter liefere und das staatliche Salvarsaninstitut mit dem privaten des Speyerhauses durch einen Korridor verbunden sei, so daß staatliche und Privatinteressen hier fortwährend durcheinander gingen. Und von dem Speyerhause behauptete Haenisch amtlich, ressortmäßig unterstände es ihn. Der Vorstand bat mich, die Anklagen in Gegenwart Haenischs zu wiederholen, was am 5. Dezember geschah. Hier gab Haenisch das Angebot von 25 000 M. im Kultus- und dann im Wohlfahrtsministerium zu. Hierdurch war der öffentliche Beweis, daß dies Angebot gemacht, jederzeit zu erbringen, was sonst vielleicht nicht möglich gewesen wäre. (Siehe S. 104). Hierbei sprach Haenisch wiederum in lächerlicher Weise davon, er habe die Professur nicht erteilt, um nicht den Eindruck zu machen, persönliche Freunde*) zu fördern. Der Vorstand aber bat ihn, doch endlich einmal das Verleumdungsgutachten zu prüfen, denn, so sagte Unterstaatssekretär Gräf, die „Dreuw'sche Salbe" ist so bekannt, daß ich als Laie sie in den meisten Frankfurter Lazaretten vorgefunden habe und es ist zu verstehen, daß Dr. Dreuw endlich eine Prüfung von dem neutralen Minister verlangt, ob er diese entwendet hat oder nicht. Das kann ja ein Minister in 2—3 Tagen machen. Stellt

---

*) Der politische Kultusminister. (Zeitungsnotiz.) Man hat sich viel frische Reformen im Bereich des preußischen Kultusministeriums von dem Ersatz des alten bureaukratischen Regimes durch den neuen Geist versprochen, als dessen Repräsentant Minister Haenisch galt. Bis heute zeigt sich, daß die Reformen indes nur einseitig waren. Es wurde freudig begrüßt, als der Kultusminister begann, Lehrstühle unabhängig von dem verfilzten Instanzenwege und Inzuchtsystem der alten Zeit zu besetzen. Heute muß man jedoch feststellen, daß gerade diese Reformen des Kultusministers sich auf einer recht eindeutigen parteipolitischen Linie entwickelt haben. Welche Männer hat er entgegen den Regeln des alten Systems auf Lehrstühle berufen? Erstens: den mehrheitssozialistischen Schriftsteller Dr. Paul Lensch. Zweitens: den Herausgeber der mehrheitssozialistischen „Neuen Zeit", Heinrich Kunow. Drittens: den Theaterkritiker des „Vorwärts", Konrad Schmidt und viertens seine neueste Berufung: den Schwiegersohn Eduard Bernsteins, den Vorsitzenden der sozialdemokratischen Fraktion der Schöneberger Stadtverordneten, Herrn Chajes.

Die letztere Berufung ist besonders interessant: Herr Chajes ist Spezialarzt für Haut- und Geschlechtskrankheiten und wird auf einmal Professor der Sozialhygiene an der Charlottenburger Hochschule.

Die vier bekannten Fälle aber bedeuten eine ganz einseitige Bevorzugung persönlich befreundeter Parteimänner.

sich dann heraus, daß die Fakultät verleumdet hat, wie Dr. Dreuw beweisen will, dann müssen die Konsequenzen gezogen werden. Trotzdem geschah nichts von dem sozialistischen Minister, der („Weltbluff" S. 34) erklärt hatte, es wäre ein Skandal, daß im monarchischen Deutschland Salvarsangegner von den Universitäten ferngehalten würden.

Am 8. Dezember wurde ich telephonisch ins Ministerium zu Haenisch gebeten.

Um diese Einladung zu verstehen, muß man wissen, daß im November 1919 beim Kultusetat Herrn Haenisch vom Abgeordneten Weyl u. a. die Transaktionen Sklarz-Friedmann-Parvus (Halphand) vorgeworfen waren, bei welcher Gelegenheit er einen besonderen sozialistisch-großkapitalistischen Moralbegriff für seinen Brotgeber Parvus konstruierte, der als russisch-tartarischer Genosse in bezug auf moralische Bewertung nicht wie gewöhnliche Sterbliche taxiert werden dürfe. Seine Beziehungen zu Friedmann, dessen Erfindung er früher als Geschäftsschwindel, nur erdacht, um reich zu werden, gebrandmarkt hatte, wurden heftig kritisiert und allgemein glaubte man in Abgeordnetenkreisen, er würde sich ins Privatleben zurückziehen. Da kam mein Vortrag beim Parteiverstand sehr ungelegen. Vor allem mußte verhütet werden, daß diese Tatsachen in dem Momente in die Oeffentlichkeit kamen. Daher die Einladung zum 8. Dezember. Da damals Maximilian Harden die schwersten Anklagen erhob, war bei meinem Eintreten seine erste Frage, ob ich mit Harden in Verbindung stünde, was ich verneinte. Er meinte dann, ob ich in der Salvarsanfrage nicht nachgeben wolle, ob ich nicht „einen zu großen Dickkopf" hätte. Ich antwortete, daß die Todesfälle nicht registriert wären, daß durch den Salvarsanoptimismus und das Unterdrückungssystem die Syphilis gewaltig infolge der Immoral zugenommen (jede 25. Geburt Syphilis) und daß das Handeln meiner Gegner ein Verbrechen sei. Ich könne es nicht verhindern, die Angelegenheit in der Oeffentlichkeit zu behandeln, wenn, wie er dem Abgeordneten Dr. Beyer versprochen, er nicht gerecht handele und das Verleumdungsgutachten einer Prüfung unterziehe. Ich könne auch auf unsere bisherigen freundschaftlichen Beziehungen dann nicht Rücksicht nehmen. Beim Abschied versprach er dann, die Angelegenheit objektiv zu prüfen, gab mir die Hand und bat mich, ihm wieder Freund sein zu wollen. Ich erwiderte, daß ich mir das nach allem, was ich erlebte, überlegen müsse. Da ich dieses Wohlwollen für ein Manöver hielt (um in diesem kritichen Momente jede Veröffentlichung zu verhindern), zumal Harden immer neue Angriffe brachte und der Kultusetat (siehe die Verhandlungen 1919) die eigenartige Position dieses Mannes, der bereits Monate wegen Ideenflucht in der Prof. Lährschen Nervenanstalt war, dokumentiert hatte, so übersandte ich ihm meine Erwiderung durch die Vermittlung des Unterstaatssekretärs Gräf. Wie schwach die Position war, ergeht daraus, daß er nach dem Kapp-Putsch mit ca. 46 gegen 43 Stimmen gewählt wurde und das hauptsächlich, weil es, wie er selbst mir immer betonte, der Sozialdemokratie an Männern fehle. Wenn ich erwähne, daß H. vor Jahren schon Monate in der Lährschen Nervenheilanstalt war, so in Wahrung berechtigter Interessen, weil er Dritten gegenüber meine angebliche „Nervosität" und „Nervenüberspannung" usw. hervorhob, bis der Dezernent für Psychiatrie im Ministerium, mit dem ich häufig lange zusammen konferierte, ihm warnte und auf die Folgen aufmerksam machte, da er als Referent für Psychiatrie Haenischs Meinung nicht bestätigen könne. Vor Harden schien er eine gewisse begreifliche Angst zu haben, was (Kap. 18) zu verstehen ist. Diese Angst benützten bestimmte Personen seiner Umgebung, um die ihnen unbequeme Dozentur des Frauenarztes Prof. Dührssen zu hintertreiben, indem sie Haenisch einraunten, Prof. Dührssen habe mich veranlaßt oder gar aufgehetzt, mich mit Harden zwecks Angriffe gegen das Kultusministerium oder Herrn Haenisch in Verbindung zu setzen. So schlugen sie zwei Fliegen mit einem Schlage, obschon beides erlogen war, denn 1. hatte ich mich mit Harden nicht in Verbindung gesetzt oder mit Harden je mündlich, brieflich oder sonstwie darüber konferiert, 2. hatte Prof. Dührssen nie mit mir darüber gesprochen. Aber so wird es gemacht! Abschreckungstheorie! Prof. Dührssen bat mich daher, um diesen Verleumdungen die Spitze abzubrechen, am 23. 2. 20, ihm folgenden, mir vorgelegten Revers zu unterschreiben:

Erklärung.

Hiermit bestätige ich Herrn Professor Dührssen, daß ich mich in meinen Bemühungen um die Erlangung einer Dozentur nicht durch Herrn Professor Dührssen habe treiben lassen, sondern diese meine Bemühungen auf die Anregung des Herrn Ministers Haenisch zurückzuführen sind. Ich bin vor ca. 1 Jahr durch Herrn Prof.

Friedmann mit Prof. Dührssen bekannt geworden, der dann in meinem Salvarsankampf sich für eine unparteiische Erledigung der Salvarsanfrage seitens der preußischen Medizinalverwaltung eingesetzt und mir auch, auf Grund des Studiums meiner Arbeiten, ein Gutachten über meine Qualifikation zu einer Dozentur gegeben hat, das allerdings dem Fakultätsgutachten diametral entgegengesetzt war. Die weiteren Schritte zur Erlangung der mir versprochenen Dozentur habe ich selbständig unternommen — bestätige sogar gerne, daß Prof. D. mir zu wiederholten Malen Zurückhaltung empfohlen hat. Ich erkläre speziell jeden für einen Verleumder, der behauptet, Prof. D. hätte mich dazu veranlaßt oder gar aufgehetzt, mich mit Harden, oder irgend einem anderen, ärztlichen oder nichtärztlichen Journalisten zwecks Angriffen gegen das Kultusministerium oder Herrn Minister Haenisch persönlich in Verbindung zu setzen.

Da mir diese Form nicht zusagte, gab ich ihm folgende Erklärung, die im Grunde dasselbe bedeutet:

Berlin, 23. 2. 20.

Erklärung.

Hierdurch bestätige ich Herrn Prof. Dührssen, daß mein Antrag auf Erlangung einer Professur für staatliche Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten auf die Anregung des Herrn Ministers Haenisch zurückzuführen ist, der mir das Bewerbungsschreiben dazu selbst diktiert hat. Ich bin erst vor einem Jahre durch Herrn Prof. Friedmann mit Prof. Dührssen bekannt gemacht worden. Er hat sich dann in meinem Salvarsankampf nach Prüfung der in Betracht kommenden Tatsachen für eine unparteiische Erledigung der Salvarsanfrage durch die preußische Medizinalverwaltung eingesetzt und mir auch ein Gutachten auf Grund des Studiums meiner Arbeiten über die Qualifikation zu einer Dozentur gegeben, das allerdings dem mit notorischen Unwahrheiten hinter meinem Rücken operierenden Fakultätsgutachten diametral entgegengesetzt war. Es ist eine Verleumdung, wenn, wie dies mir Herr Prof. Dührssen mitteilt, von diesem behauptet wird, er hätte mich dazu veranlaßt oder gar aufgehetzt, mich mit Maximilian Harden, mit dem ich schon seit Jahren (brieflich) in Verbindung stehe, in Verbindung zu setzen. gez. Dr. Dreuw.

Im Laufe des Gesprächs beschwerte sich Haenisch darüber, daß ich ihn bei seiner Partei so scharf angegriffen und bat mich, zu Geh. Rat Wende zu gehen, wo unterdessen ein Gutachten des Mitgliedes der Fakultät Prof. Arndt eingelaufen sei. Ich weigerte mich erst, hinzugehen, da es doch keinen Zweck habe; als aber Haenisch bat, begab ich mich zu Wende. Als ich dort eintrat, war ein anderer Beamter noch da. Sofort beim Eintreten begann Wende, mir Vorwürfe wegen meiner scharfen Briefe zu machen, ich unterbrach ihn jedoch mit der Erklärung, ich käme auf speziellen Wunsch seines Vorgesetzten, nicht er hätte Fragen an mich, sondern ich an ihn zu stellen. Ich lehne es ab, mich mit ihm über Dinge zu unterhalten, die ihn nichts angingen, sondern Sache des Ministers (und eventl. des Parlaments oder der Öffentlichkeit seien. Ich fragte ihn, ob ein Gutachten eingelaufen sei, er möge mir dies vorlesen und mitteilen, ob die Fakultät Stellung genommen habe zu meinen Beschuldigungen. Ich persönlich würde, da er einen Zeugen habe, was ich sage, mit stenographieren und ebenfalls die wichtigen Stellen des Gutachtens. Dieses wurde mir dann vorgelesen. Ich erwähne aus der stenographierten Unterhaltung (siehe S. 34. Das Fakultätsgutachten) nur folgende zwei Punkte: Herr Arndt sagte, ich habe in der Salvarsanfrage die Grenzen der Kritik vielfach überschritten, woraufhin ich erwiderte, man habe mir die Fachpresse zehn Jahre lang verschlossen, damit ich die Grenzen in der Tagespresse, (deren Ton natürlich ein anderer als in der Fachpresse, sollen die Notizen wirken, sein muß), überschreite, um dann (siehe Haenisch) sagen zu können: Der geht ja in die Tagespresse. Im übrigen behielte ich in der Frage selbst immer mehr Recht. (Arbeiten von Prof. Mierowski und Prof. Hahn.) Namentlich auf dem Gebiete der staatlichen Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten (die die Fakultät ganz verschieg!) und der Prostitutionsbekämpfung habe Dreuw, so schrieb Arndt, mit seiner diskreten

Anzeige- und Behandlungspflicht manches Beherzigenswerte geschrieben, er sei von allerbesten Absichten geleitet. Darauf fragte ich, ob dem Ministerium bekannt sei, daß die Landesversammlung, also das dem Ministerium vorgesetzte Parlament, trotz aller gegnerischen Argumente meine Vorschläge angenommen habe. Dies bejahte Herr Wende, er kenne auch die Verhandlungen des Bevölkerungspolitischen Ausschusses, er meinte aber, diese von mir behandelten Fragen beträfen doch nicht rein wissenschaftliche Arbeiten, woraufhin ich ihm wörtlich nach meinem Stenogramm erwiderte: „Ich halte zu viel von der deutschen Medizin und von den Männern, die im Kultusministerium (wenn auch erst ca. 32 Jahre alt und ohne wissenschaftlich anerkannte Verdienste) die Professoren berufen, als daß sie diese sozialhygienisch wichtigsten Fragen, die eines der wichtigsten Probleme lösen sollen, nicht zur Wissenschaft rechnen würden. Oder ob man sie nicht deswegen dazu rechne, weil ich der Urheber der diskreten Anzeigepflicht sei? Ich hoffe von diesen Vertretern, daß sie zu unterscheiden wüßten, was Wissenschaft wie z. B. Sozialhygiene sei und was nicht. Auch die Salvarsanfrage gehöre dazu, die doch nicht nur von „Anhängern" gelöst werden könne, und die sämtlichen Lehrstühle seien mit Anhängern einer Richtung besetzt und das nenne sich „Universität", bei der doch alle Richtungen zu Worte kommen sollen. Darauf meinte Wende, er wolle ja anerkennen, daß die Salvarsanfrage noch nicht geklärt sei und daß meine Vorschläge zur staatlichen Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten wissenschaftliche Probleme beträfen. Ich erwiderte, dann müsse er auch die Konsequenzen ziehen und zu dieser Klärung beitragen. Ich sprach dann ausführlich in den drei Stunden von dem Unterdrückungssystem meiner Gegner und bat ihn, mir das vorzulegen, was Arndt über meine Salbe gesagt habe. Ich sagte wörtlich: „Ich muß verlangen, daß die Fakultät sich dazu äußert, ob ich die Salbe entlehnt habe." Daraufhin las er vor: Die von Dreuw angegebene Psoriasissalbe stelle eine wertvolle Bereicherung des Arzneischatzes dar. Das in derselben enthaltene Gemisch wirke stark reduzierend, sie sei eins der besten Schuppenflechtmittel, namentlich in Verbindung mit der Strahlenbehandlung." (Und dieser junge Mann spricht in einem Geheimgutachten mir jede wissenschaftliche Leistung ab, weil er vermutete, es käme mir nicht zu Gesicht!!) Auf meine Frage, ob in dieser Fakultätserwiderung (Arndt war Mitglied der Fakultät) etwas stände, daß ich die Salbe von Eichhoff entlehnt habe, wie die Eichhoffsche Salbe hieße, gab Wende an, davon sei nichts erwähnt. Darauf sagte ich: „Ich muß gestehen, hier wird die Fakultät durch ihren eigenen Vertreter ad absurdum geführt." Da Arndt in dem Gutachten im übrigen nur noch kurz einige meiner Arbeiten in z. T. objektver, z. T. aber entstellender Weise kritisierte, da er die meisten nicht erwähnte, da er im übrigen der Schüler und der Protegé des Mannes sei, des Geheimrats Lesser, der bei meiner allerersten Salvarsankritik in der dermatologischen Gesellschaft die Seite ?? erwähnte unglaubliche Beeinflussung sich erlaubt, da er bereits in tendenziöser Weise das Seite ?? abgedruckte Gutachten abgegeben, so gäbe ich mehr auf das dem Ministerium offiziell überreichte Gutachten von Prof. Jesionek, der mich vor meiner Reise nach Frankfurt nie gekannt habe, dort kennen gelernt und als mein Gegner in der Salvarsanfrage trotzdem die Objektivität mir gegenüber gewahrt habe. Auch mehr auf das S. 132 abgedruckte Gutachten eines Mannes, der 5 Jahre mein Lehrer gewesen sei. Ich verwies Dr. Wende dann darauf, daß die Verleumdungsbegutachtung geprüft werden müsse. (Siehe Seite 47.) Diese Art der Behandlung spreche jeder Gerechtigkeit Hohn.

13. Abbruch der persönlichen Beziehungen zum Revolutions-Kultus-Minister, Einlenken desselben, aber dann abermaliges hinterhältiges Verhalten.

Wie der bisherige Briefwechsel ergibt, zog Minister Haenisch es vor, obschon ich nicht die geringste persönliche Dissonanz mit ihm gehabt, nachdem er in die Bearbeitung (Brief vom 6. 2. 19) meiner (und seiner!) Gegner geraten war, obschon er in Wort und Schrift deren Machinationen gegeißelt hatte, mündlich über die von ihm angeregte, den Interessen des Volkes und des Vaterlandes (Ein Arzt, Prof. Hahn-Hamburg, in einem Jahre 6 zugegebene Salvarsantote!!) dienenden Professur möglichst wenig mit mir zu verhandeln, d. h. auf deutsch ad calendas graecas zu verschieben. Gründe? „Aus Gründen der allgemeinen Universitätspolitik", d. h. auf deutsch: „Es ist mir, Haenisch verboten", dem Manne Gerechtigkeit widerfahren zu lassen, da ich sonst gestürzt werde (Brief S. 58) mit dem ich im Kampfe durch Dick und Dünn gegangen. Mir und anderen erklärte er offen, meine Professur zöge unmittelbar seinen Sturz nach sich, was ja für die Güte meiner Sache spricht. Denn wenn eine Dozentur automatisch den Sturz des Ministers mit sich brachte, dann kann man sich denken, welche Mittel die in ihren heiligsten Gefühlen bedrohten Salvarsanisten sich bedienten. „Völker St. Salvarsans, wahret eure heiligsten wissenschaftlichen Güter." Ave salvarsane, morituri te salutant! Die Nichterteilung einer derartigen Dozentur ist also eine größere Ehre als umgekehrt. Denn nach „von Below" sind die Inhaber derselben als „geistige Revoluionsgewinnler" zu betrachten. Ja, Haenisch zog es schließlich in wenig offener Weise vor, dem Manne, mit dem er seit Jahren im Kampf befreundet worden war, im privaten Briefwechsel nicht mehr zu antworten, den er selbst durch sein heimliches Angstverhalten inszeniert hatte.

Zieht man die freundschaftlichsten Beziehungen — noch Weihnachten 1918 war Haenisch Gast in meinem Hause, wie so oft vorher — in Betracht, dann mußte ich es als die größte Brüskierung betrachten, wenn er, ohne daß ich ihm persönlich, sondern nur in der Wahrung meiner Rechte und Interessen als Staatsbürger sachlich, entgegengetreten war, plötzlich vom November ab meine Briefe nicht mehr beantwortete. Er durfte sich also nicht wundern, daß es, wie er in den Wald hineinrief, so zurückschallte, vielleicht war das Echo noch verstärkt, was er nicht vermutet hatte. A Corsaire corsaire et demi! ist die beste Beantwortung derartiger gesellschaftlicher Ungezogenheiten und hinterhältigen Verhaltens. Herr Haenisch brach damit die persönlichen Beziehungen ab und er durfte sich nicht wundern, wenn ich die Konsequenzen daraus zog, d. h. ihm gegenüber mich so verhielt, wie einem Feinde, der er längst unter der Einwirkung meiner Gegner unter der Maske des Freundes war. Einem Feind gegenüber aber gilt das Prinzip: „à la guerre, comme à la guerre".

Schon meine bisherigen Briefe in Sachen meiner Professur hätten Herrn Haenisch mahnen sollen, daß ich in der Verfechtung meiner Idee der Bekämpfung des wissenschaftlich exculpierten Salvarsanmordes' und der diskreten Anzeigepflicht, die das Parlament beschloß!!!, mich durch seinen schon bisher offenkundigen Verrat an der Salvarsansache nicht abhalten ließ, die Einwirkung auf die studentische Jugend, die eben meine Gegner ihm untersagten, auch weiter zu versuchen. Sein bisheriges Verhalten einem Freunde gegenüber — er schrieb noch (S. S. 56) von „unveränderter Freundschaft", als er schon meinen Gegnern sich ergeben und sich mit ihnen gegen mich verbündet hatte — war ein durch Worte kachierter Verrat, an dem Freunde selbst (was mir an und für sich völlig gleichgültig wäre) und (was mir nicht gleichgültig war und nie sein wird) an der von ihm und mir vertretenen Sache und Weltanschauung, die den wissenschaftlichen Mord bekämpft, indem Momente, wo er mit einen kapitalkräftigen Gegner in enge Verbindung trat. (Bei Friedmann machte er es analog, dort änderte er sein Verhalten (S. Kapitel 18) in dem Momente, wo Sklarz-Parvus auf der Bildfläche erschienen waren und Sklarz den Prof. Friedmann finanzierte.) Ich hatte geglaubt, ihn durch sachliche Momente, wie ich sie Seite ?? veröffentlicht und ihm und seinen Räten zugeschickt hatte, zu überzeugen, daß er Unrecht tue, aber wie immer im Leben, sobald jemand durch persönliche Ueberredung und von dem andern nur vermutete oder gar unbekannte Momente von irgend einer Seite festgelegt ist — wie und wodurch bleibe dahingestellt — dann prallen alle sachlichen Gründe (S. Kapitel 18) ab. Dann ist es meist auch nur ein Schritt, um bei passender Gelegenheit die persönlichen Beziehungen abzubrechen mit den dann üblichen Folgen. Obschon ich Herrn Haenisch (siehe Briefwechsel) auch nicht die geringste Veranlassung hierzu gegeben hatte, da ich ihn persönlich nicht angegriffen, im Gegenteil, meine Briefe immer fast nur auf die Sache selbst zugespitzt hatte, glaubte er den Moment gekommen, die persönlichen Beziehungen abzubrechen. Dies machte er so, daß er einfach meine Briefe nicht mehr beantwortete. So glaubte er an der heiklen Professurangelegenheit vorbeizukommen, nachdem ich meinen Antrag zurückgezogen. Ich besprach diese Tatsachen mit seinem Parteifreund, Unterstaatssekretär Gräf, jetzt Bürgermeister in Frankfurt a. M., und verschiedenen Abgeordneten, die darin einen eklatanten Abbruch der persönlichen Beziehungen und einen Affront erblickten und es mir nicht verargten, wenn ich die nötigen Konsequenzen daraus zöge, d. h. auch meinerseits in die Liquidation aller persönlichen Verbindungen eintrete, da es keine gröbere Brüskierung unter Freunden gabe, als absichtlich die Briefe nicht zu beantworten.

Diese Liquidation geschah so, daß ich in einem sehr energischen Briefwechsel Herrn Haenisch erklärte, daß ich mit einem Manne seiner Mentalität jede persönliche Beziehungen abbräche. Inmitten dieser Situation erbot sich Unterstaatssekretär Gräf die Vermittelung zu übernehmen. Dementsprechend übersandte ich Haenisch durch Gräfs (des jetzigen Bürgermeisters in Frankfurt am Main) Vermittelungen das folgende Schriftstück.

Berlin, den 8. 12. 19.

Sehr geehrter Herr Minister!

Ich übergebe Ihnen, nachdem Herr Unterstaatssekretär Graef auf sein Anbieten hin die Vermittelung in der schwebenden Angelegenheit übernommen hat, diesen Brief durch diesen.

Meine Unterredung, die ich in Ihrem Auftrage heute um 1 Uhr mit Ihrem Personalreferenten für die Universitätsprofessuren, Herrn Geheimrat Wende, in

Gegenwart von Herrn Dr. Richter hatte, hat ergeben, daß gegen meine Person nicht das Geringste vorgebracht worden ist. Lediglich auf das notorisch unwahre Gutachten der Fakultät vom 31. 1. 19, das ich in Ihrer Gegenwart beim Vorstand der sozialdemokratischen Fraktion als verleumderisch unwahr bezeichnet habe, hat nicht die Fakultät, sondern der ca. 35jährige, eben zum Berliner Univ.-Prof. ernannte Schüler meines größten Gegners Lesser, Herr Prof. Arndt im Auftrage derselben ein Gutachten abgegeben, das, wie ich den beiden Herren an der Hand ausführlicher Dokumente nachwies, nicht nur nicht objektiv ist, sondern sogar in völlig einseitiger Weise sich mit dem Gegenstand meiner Professur kaum beschäftigt, nur 3—4 meiner Forschungen erwähnt, die hauptsächlichsten einfach weggelassen hat, die anerkennenden Arbeiten über die von mir neu entdeckte Krankheit (Alopecia parvimaculata) einfach unerwähnt gelassen hat, auf die von mir erhobenen schweren Beschuldigungen gegen die Fakultät vom 15. 2. 19 gar nicht eingeht, und ein Tendenzgutachten sondergleichen ist, für denjenigen, der die Literatur kennt. Ein weiteres Gutachten liegt nicht vor, wie mir auf wiederholtes Befragen hin Herr G.R. Wende erklärt hat. Auf das Verleumdungsgutachten der Fakultät und dieses im Auftrage derselben verfaßte Tendenzgutachten des Schülers meines größten Gegners hin ist also einfach meine Professur bisher unerledigt geblieben. Und Sie selbst erklärten mir in dem von Ihnen gewünschten Gespräch heute morgen 11 Uhr, daß Sie unter keinen Umständen mir die Professur momentan geben könnten, die Sie doch selbst beantragt haben (Gründe für die Ablehnung gaben Sie nicht), obschon die glänzendsten Zeugnisse (namentlich von Prof. Jesionek (Gießen) usw. usw.) und Arbeiten vorliegen und diese. wie ich den beiden Herren beweisen konnte, international anerkannt sind, so namentlich meine in der ganzen Welt bekannte Psoriasissalbe, die Herr Prof. Arndt zwar anerkennt, die Fakultät jedoch als eine Entlehnung bezeichnet. Ich habe den beiden Herren erklärt, daß mir der parlamentarische Ausdruck für diese Verleumdung fehlt.*)

In Bezug auf die Ablehnung meiner Professur liegt also, zumal fast unbekannte Herren zu Dermatologieprofessoren ernannt sind, wie z. B. der Freund des Referenten Krüß bei Ihnen, ein Prof. Löhe, nichts Sachliches vor. Persönliche Gründe haben weder Sie noch G.R. Wende vorgebracht.

Meine wissenschaftliche Ehre, mein Ruf und mein Ansehen, die durch Ihr Verhalten ¾ Jahr lang diskreditiert und öffentlich heruntergesetzt worden sind, erlauben nicht, daß ich länger ohne einen Bescheid bleibe, der alle meine Einwendungen mit richtig anzuerkennenden Gründen widerlegt, nachdem Sie nunmehr ca. ¾ Jahre lang alles haben laufen lassen.

Da die offiziellen Mittel, durch Stellen von Anträgen usw., ohne Resultat geblieben sind, bleibt mir nichts weiter übrig, als zu dem letzten mir zur Verfügung stehenden Mittel zu greifen, mir mein Recht zu erkämpfen, da — ich wiederhole es — durch Ihre Schuld ich in der Oeffentlichkeit diskreditiert worden bin, indem Sie im Gegensatz zu Ihrem auffallenden Advokatentum Herrn Prof. Friedmann gegenüber,**) alle Angriffe der Fakultät gegen mich, auch in der Oeffentlichkeit, ruhig mit ansahen.

Ich kann daher nicht länger mehr zusehen und halte es für loyal — um einen Ausdruck von Ihnen zu verwenden — Ihnen mitzuteilen, daß ich bis Mittwoch abend einschließlich definitiven Bescheid erwarte. Auf den Brief und die Sendung vom 2. 12. 19, deren Inhalt ich nicht anerkennen kann und dessen Beantwortung durch die obige Vermittlung einstweilen unterbrochen ist, behalte ich mir die Antwort noch vor.

Mit einer Empfehlung, Ihr ergebener Dr. Dreuw.

Am 15. Dezember erhielt ich folgende amtliche Nachricht:

Der Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung.

U I K Nr. 2363. 1. Berlin W. 8, den 15. Dezember 1919.

Auf die gefällige Zuschrift vom 29. November 1919 teile ich Ihnen mit, daß ich von dem Bericht über Ihre Reise nach Frankfurt a. M. Kenntnis genommen und ihn an das Ministerium für Volkswohlfahrt weitergesandt habe. Ergebenst!

Haenisch.

An Herrn Dr. Dreuw in Berlin.

---

*) Dritten gegenüber erklärte Haenisch, eher müsse er selbst gehen, als daß er Dr. Dreuw die Professur gäbe.

**) Siehe Landtagsverhandlungen vom 1. 3. 17 („Weltbluff" S. 31).

Am 5. 1. 20 besuchte ich den Ministerialdirektor Gottstein (Medizinalabteilung) und bat ihn, Stellung zu diesem meinem Bericht zu nehmen. In Gegenwart von Geheimrat Lentz erklärte er mir, er lehne es ab, Stellung dazu zu nehmen, da dies zum Ressort des Kultusministeriums gehöre. So wanderte dieser dem Staate so viel Geld kostende Bericht (siehe Seite 72) nutzlos von einem Ministerium zum andern. Anscheinend war das Eisen zu heiß. Ueber das Verhalten Gottsteins in dieser Frage veröffentlichte ich am 8. Juni 20 im Roten Tag die Seite 130 erwähnten Bemerkungen.

Am 6. 1. 20 schrieb ich an das Kultusministerium:

An das Ministerium für Wissenschaft. Kunst und Volksbildung.

Auf Ihr Schreiben vom 15. Dez. 19 — U I K 2363 1. — erwidere ich Ihnen, daß Herr Ministerialdirektor Gottstein es ablehnt, Stellung zu dem Frankfurter Bericht zu nehmen, da dies nicht zu seinem Ressort gehöre, weil das Institut für experimentelle Therapie dem Kultusministerium unterstehe. Ich frage daher ergebenst an, ob und in welcher Weise die von mir festgestellten Mißstände, die auch bereits die Oeffentlichkeit (Vorwärts usw.) beschäftigt haben, beseitigt werden, da es natürlich nicht angeht, daß ein Ministerium die Abstellung dem anderen und umgekehrt überweist, da dann ein circulus vitiosus entsteht. Ich bitte um Stellungnahme zu den gerügten auf K o s t e n d e s S t a a t e s von mir festgestellten Mißständen in Frankfurt.

Dr. med. Dreuw, Polizeiarzt a. D.,
Berlin W., Neue Winterfelderstr. 32.

Keine Antwort.

Am 17. Dezember 1919 erhielt ich den folgenden Brief:

Berlin W. 8, den 17. Dezember 1919.

Herrn Dr. D r e u w
Berlin W.,
Neue Winterfeld Straße 32.

Sehr geehrter Herr Doktor!

Sie werden verstanden haben, daß ich Ihr amtlich an mich gerichtetes „Ultimatum", das heute vor einer Woche ablief, weder amtlich noch auch persönlich beantwortet habe. D a s ist nicht die Art und Weise, in der man verhandelt. Wenn ich heute doch noch einmal auf die Angelegenheit zurückkomme, so geschieht das ausschließlich, weil ich das Bedürfnis habe, noch einmal r e i n a l s M e n s c h z u m M e n s c h e n mit Ihnen zu sprechen.

Ich habe die ganze Angelegenheit noch einmal in der gründlichsten Weise nicht nur mit meinen Geheimräten, sondern auch mit allen Abgeordneten aus den verschiedensten Parteien, die Sie kennen und die Ihnen wohlwollen, durchgesprochen. Desgleichen mit mehreren leitenden Herren aus dem Wohlfahrtsministerium. Alle miteinander, ohne j e d e Ausnahme, sind der Ueberzeugung, daß i n d i e s e m A u g e n b l i c k nichts für Sie zu tun ist, nachdem auch meine zuletzt amtlich und persönlich unternommenen Bemühungen, Sie zum Wenigsten in Ihre alte Position als Polizeiarzt wieder hineinzubringen, für den Augenblick völlig gescheitert sind. A l l e an den Besprechungen Beteiligten sind ü b e r e i n s t i m m e n d der Meinung, es sei für Sie das Beste, die Dinge nun zunächst einmal völlig auf sich beruhen zu lassen und sich geistig ganz auf eine größere wissenschaftliche Arbeit zu konzentrieren, mit der Sie auch allen Ihren G e g n e r n Respekt einflößen.*) Daß Sie eine solche Arbeit leisten k ö n n e n,*) davon sind alle überzeugt, die Sie kennen. Und an Stoff wird es Ihnen bei dem ungeheuren Material, das die Kriegserfahrungen ja gerade auf Ihrem Sondergebiet gezeigt haben, wahrhaftig nicht fehlen.

Ich möchte jetzt nicht noch einmal die Frage erörtern, wen die Schuld an der augenblicklich völlig verfahrenen Situation trifft. Ich gebe gern zu, daß ich selbst vielleicht in Unterschätzung der Widerstände und Schwierigkeiten Ihnen anfangs zu viel Hoffnung gemacht habe. Soweit das zutrifft, bedauere ich es selbstverständlich sehr lebhaft. Andrerseits aber sind alle Herren, mit denen ich neuerdings die Sache durchsprach, v ö l l i g einer Meinung darin, daß S i e s e l b s t durch Ihr ganz unqualifizierbares Verhalten gegenüber einer Reihe von absolut untadeligen (!!!??) Beamten d i e H a u p t s c h u l d an der nun einmal geschaffenen Sachlage tragen.

---

*) Cf. meine Bücher „Sexualrevolution", „Weltbluff" und Seite 19 dieses Buches.

Wie ich es kürzlich schon mündlich tat, so möchte ich Ihnen gegenüber es hier auch noch schriftlich aussprechen, daß Sie ganz auf dem Holzweg sind, wenn Sie an eine Ihnen gegenüber bei mir vorliegende persönliche Antipathie glauben. Davon ist wirklich keine Rede. Ich habe vielmehr für Sie getan, was mit meiner amtlichen Pflicht vollster Objektivität nur irgend vereinbar war. Das persönliche Mißtrauen hat Ihnen schon manchen üblen Streich gespielt, es spielt Ihnen jetzt anscheinend einen besonders üblen.

Dies Alles Ihnen noch einmal offen zu sagen, hielt ich für meine Pflicht. Ich meinerseits würde es jedenfalls lebhaft und aufrichtig bedauern, wenn aus den Vorgängen der letzten Monate eine dauernde persönliche Entfremdung zwischen uns hervorgehen sollte.

Was den Schlußabsatz Ihrer amtlichen Eingabe von der vorigen Woche betrifft, daß Sie „den Inhalt der Sendung vom 2. Dezember nicht anerkennen" könnten, so verstehe ich ihn nicht.

Mit besten Grüßen Ihr ergebener

Haenisch.

Ich antwortete am 19. 12. 19:

Berlin, 19. 12. 19.

Sehr geehrter Herr Minister!

Ihr geschätztes Schreiben vom 17. 12. ist in meinem Besitz. Sie sind im Irrtum. Mein Schreiben, das von Ihnen sogenannte Ultimatum, war kein amtliches, sondern ein privates. (Sehr geehrter Herr Minister! Mit besten Empfehlungen!) Da mir Herr Unterstaatssekretär Graef riet, bevor ich offizielle Schritte durch Absenden einer ihm vorgelesenen Beschwerde unternehme, die Erledigung Ihres Etats abzuwarten, habe ich zunächst auf Ihre Antwort gewartet. Die Situation ist, nachdem Sie 1 Jahr lang mit meinen Gegegner zwar konferierten, mit mir jedoch korrespondierten, so verfahren, daß der Hinweis auf formelle Verstöße von Ihrer oder von meiner Seite abwegig ist. À la guerre comme a la guerre.

Ich freue mich jedoch, daß Sie die Absicht haben, wenigstens nach Ihrem Schreiben zu urteilen, nach einer jetzt beinahe ein Jahr langen Korrespondenz eine dauernde persönliche Entfremdung zu vermeiden.

In meiner Angelegenheit kommt nur eins in Frage: Bin ich in der Lage, ein Professor d. h. ein Bekenner der Wahrheit zu sein oder nicht. Daß ich lediglich in dem Streben, den Staat vor Schaden zu schützen uneigennützig, im Gegensatz zu der doch immerhin metallischen Friedmannangelegenheit, die Wahrheit — wie die Abstimmung (13/10) in der Anzeigepflicht ergibt — mit Erfolg suche, das wagen auch meine Feinde nicht zu bestreiten. Ob ich Ihren Geheimräten aus der alten Zeit gefalle oder nicht, ob ich als „Bekenner der Wahrheit", nachdem sie z. T. als Chemiker konstatiert hatten, daß ich als 45jähriger Arzt, Forscher und Wissenschaftler auf Grund des micrometrischen subtilen Meßsystems derselben noch nicht ganz auf der Höhe angelangt war, die noch vor einigen Tagen der weltberühmte und international bekannte Berliner Sanitätsrat Dr. J. Cohn erklommen hatte, ihnen meine Meinung so gesagt habe, wie sie meiner Auffassung entspricht, ist für die Beurteilung der Frage, ob ich als „Bekenner der Wahrheit" wirken solle oder nicht, völlig gleichgiltig. Die Fragestellung ist lediglich die: Sind meine Fähigkeiten, meine Arbeiten und meine Ideen wichtig für den Staat und sind sie objektiv oder tendenziös oder sogar malitiös beurteilt worden und hat das Ministerium, nachdem dies feststand, die geeigneten Schritte getan, um den Sachverhalt aufzuhellen? Die Frage stellen, heißt sie auch beantworten. Ich habe Ihnen in meinem letzten Schreiben den Beweis gebracht, ohne daß Sie darauf eingehen in Ihrem Brief vom 17. 12, daß malitiöse Beurteilung stattgefunden hat. Die Frage ist ferner die: Soll an der Universität lediglich die Lesser-Blaschkolique, die ich soeben noch im offenen Kampf (13 gegen 10 Stimmen) derartig geschlagen habe, daß sie schlotternden Gebeins von einem Amt zum anderen lief, sollen die Gegner Ihrer und meiner Auffassung an den Universitäten ein Monopol auch unter Ihrer Herrschaft haben oder haben die mündigen Studenten ein Anrecht darauf, nach dem Prinzip des „Audiatur et altera pars" unterrichtet zu werden?

Was Herr Wende oder Herr Becker oder Herr Gottstein (der doch meinem Kampfe seine Stelle verdankt!) oder Ihre Geheimräte oder die von Ihnen befragten Abgeordneten, die nur einseitig unterrichtet sind (die von mir unterrichteten sind anderer Meinung) über mich sagen oder denken, ist mir völlig egal. Ich habe die

Ueberzeugung, für eine gute (und heute schon erfolgreiche) Sache zu kämpfen. Und Sie merken oder wollen anscheinend nicht merken, daß es die pure Angst meiner Gegner vor der Wahrheit ist, die meine Berufung als „Bekenner der Wahrheit“ verhindert mit Machinationen, die bei anständigen Menschen nur ein Gefühl des physischen Ekels auslösen. Was würden Sie sagen, wenn Herr Ad. Hoffmann von Ihren eigenen Freunden als Gutachter über Ihre Ministerfähigkeiten gesetzt würde und Sie könnten, wenn Sie das Gutachten kännten, 1 Jahr lang nicht einmal eine objektive Prüfung bei Ihren eigenen Freunden, die ausgerechnet Herrn Hoffmann sich aussucht, erreichen? Ich denke, Herr Minister, Sie merken, in welche Lage geschickte Regisseure Sie dirigiert haben. Ich rufe Ihnen daher noch in letzter Stunde als wirklich aufrichtigen und wohlgemeinten Rat zu: Handeln Sie. Die Zeit der Redensarten ist vorbei. Meine wissenschaftliche Ehre, die rein und unbefleckt und nicht für 20 000 Mark, auch nicht für 1 Million zu haben ist, obschon ich täglich ums Brot kämpfen muß, werden meine Gegner nicht durch die Gosse schleifen.

Mit besten Grüßen Ihr ergebener

Dr. Dreuw.

Und am 26. 12. 19:

Berlin, 26. 12. 19.

Sehr geehrter Herr Minister!

Auf mein Schreiben vom 19. 12. 19 bin noch ohne Antwort. Ich bitte ergebenst um Nachricht, ob ich die Angelegenheit als erledigt betrachten soll.

Mit besten Grüßen

Hochachtungsvoll

Dr. Dreuw.

Am 29. Dezember 1919 erhielt ich folgenden Brief, den letzten:

Der Minister
für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung.

Berlin W. 8, den 29. Dezember 1919.

Herrn Dr. Dreuw

Berlin W.,
Neue Winterfeldstraße 31.

Lieber Herr Doktor!

Ich war in der ganzen letzten Woche durch die kirchenpolitischen Verhandlungen wegen der Neuordnung der Verhältnisse zwischen der Kurie und dem preußischen Staat von morgens bis abends in Anspruch genommen. Diese Verhandlungen, an denen auch mehrere Vertreter der römischen Kurie persönlich teilnahmen, dauern auch in den nächsten Tagen noch an. Und dann muß ich unbedingt auf kurze Zeit verreisen, da meine Nerven völlig erschöpft sind und ich noch eine große parlamentarische Winterkampagne vor mir habe. In Ihrer Sache selbst hat mir ja zu meiner Freude auch Herr Dr. Beyer bestätigt, daß auch Sie jetzt zu der Ueberzeugung gekommen sind, im Augenblick lasse sich beim besten Willen nichts machen. Herr Dr. Beyer sagte mir auch, daß Sie seinem Rate folgen, sich zunächst einige Zeit schonen, sich aller öffentlichen Polemik enthalten und wissenschaftlich arbeiten wollen. Inzwischen wird über die Vorgänge der letzten Zeit Gras wachsen und die Gemüter werden sich beruhigen.

Mit herzlichen Neujahrswünschen von Haus zu Haus bin ich

Ihr aufrichtig ergebener

Haenisch.

Ich antwortete am 30. 12. 19:

Berlin, den 30. 12. 19

Lieber Herr Haenisch!

Ihr Schreiben vom 29. Dezember habe ich erhalten. Wie mir heute Herr Dr. Beyer mitteilt, haben Sie in Bezug auf die in Ihrem Brief über mich erwähnten Aeußerungen mißverstanden. Ich habe diese Aeußerungen nicht getan. Ich entnahm ferner seinem Gespräch, daß Sie ihm ausdrücklich versprochen haben, meine Professur an der Universität unter allen Umständen durchzusetzen, nur wollten Sie noch etwas Zeit haben, um diese äußeren Schwierigkeiten zu überwinden. Da Sie nunmehr schon 1 Jahr an der Ueberwindung arbeiten, ohne daß Sie mit mir Rücksprache nahmen, ich jedoch gerne wissen möchte, wie Sie sich die Ueberwindung denken und wann Sie voraussichtlich Ihr Versprechen halten können, so bitte ich Sie bevor Sie abreisen, einen Abend zu mir zu kommen, damit wir die schwe-

bende Angelegenheit in einer Weise besprechen können, die endlich dem von Ihnen begonnenen Briefschreiben ein Ziel setzt. Auch meine Nerven sind wie die Ihrigen erschöpft, weniger durch öffentliche Kämpfe und Arbeit als durch Enttäuschungen, die ich bisher nie für möglich gehalten und an denen ich tausendmal schwerer getragen habe als alle meine öffentliche Zusammenstöße mit meinen Gegnern, an denen ich ja — viel Feind viel Ehr — nicht arm sein soll. Oderint dum metuant. Da Herr Dr. Beyer mir angesichts Ihres Versprechens von offiziellen Schritten zunächst abriet, da er der Meinung ist, Sie würden als Ehrenmann Ihr Wort halten, so hoffe ich, daß das neue Jahr ein ersprießlicheres Verhältnis zwischen uns schaffen wird als das alte.

In diesem Sinne bin ich mit herzlichen Neujahrsgrüßen von Haus zu Haus

Ihr aufrichtig ergebener

Dr. Dreuw.

Am 2. Januar erhielt ich folgendes Schreiben:

Ministerium
für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung.

Berlin, den 2. Januar 1920.
Unter den Linden 4.

Herrn Dr. Dreuw

Berlin W.,
Neue Winterfeldstraße 31 a.

Sehr geehrter Herr Doktor!

In Beantwortung Ihres an den Herrn Minister gerichteten Schreibens teile ich Ihnen ergebenst mit, daß der Herr Minister bereits in Begleitung seiner Gattin zu einem kurzen Erholungsurlaub nach Thüringen abgereist ist. Ihr Schreiben wird dem Herrn Minister, der dringend gebeten hat, ihm während dieser Zeit amtliche Angelegenheit nur in den dringendsten Fällen zu unterbreiten, sofort nach seiner Rückkehr vorgelegt werden.

Hochachtungsvoll

Pressestelle des Ministeriums für Wissenschaft,
Kunst und Volksbildung.

Eine zweimalige Anfrage auch vor Zeugen beim Zentralbureau ergab die Antwort: Herr Minister Haenisch ist am Sonnabend den 3. Januar nach Oberhof, Schloßhotel (wo er auch im August wohnte), abgereist. Ich schreibe am 4. 1. 1920:

Berlin, 4. Januar 1920.

An die
Pressestelle des Ministeriums für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung.

Auf Ihr Schreiben ohne Unterschrift vom 2. Januar 1920 teile ich Ihnen mit, daß es nicht den Tatsachen entspricht, daß der Herr Minister schon abgereist ist". und mein Einschreiben vom 30. 12. 19 ihm daher nicht vorgelegt werden konnte. Der Herr Minister ist erst am 3. abgereist. Im übrigen handelte es sich nicht um ein amtliches, sondern um ein sehr wichtiges Privatschreiben.

Hochachtungsvoll Dr. Dreuw.

Am 9. 1. 20 schreibe ich amtlich:

B. 4074. Berlin, 9. 1. 20.

An den Herrn Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung.

Nachdem in meiner Professurangelegenheit der Fraktionsvorstand der S. P. D. (Landesversammlung) mich am 1. Dez. 1919 zum Vortrag ersucht, nachdem am 5. Dezember eine Aussprache ebendaselbst zusammen mit dem Herrn Kultusminister stattgefunden, wobei festgestellt wurde, daß unbedingt die von der Fakultät aufgestellten verleumderischen Behauptungen klargelegt werden müßten, bat mich der Herr Kultusminister am 8. Dezember zu einer ca. 1½stündigen Sitzung zu sich und bat ferner, bei Herrn G.R. Wende mich über die Stellungnahme der Fakultät zu meinen Vorwürfen zu erkundigen. Ich habe daraufhin am 8. Dezember ca. zwei Stunden mit Herrn G.R. Wende im Beisein von G.R. Dr. Richter das im Auftrage der Fakultät von Prof Arndt verfaßte Gutachten besprochen. Aus den Feststellungen ergab sich, daß die Fakultät meine

Vorwürfe nicht entkräftet, auch nicht den Versuch gemacht hat, sie zu entkräften Das Gutachten Arndt — ein anderes liegt nicht vor — beschäftigt sich nur mit vier Punkten meiner Forschungen, erkennt die große Bedeutung meiner Psoriasis-behandlung an und läßt, wie ich den beiden Herren an Hand von Dokumenten nachwies, die meisten meiner Forschungen und Verdienste unberührt. Herr Prof. Arndt ist betr. drei den Gegenstand meiner Professur gar nicht berührenden Punkte anderer Meinung wie ich und andere Forscher. Das ist sein Recht. Es wird aber dadurch nicht entschieden, ob er oder ich Recht habe. Denn Herr Arndt repräsentiert nicht die dermatologische Wissenschaft. (Cf. mein Schreiben 15. 2. 19 und Gutachten Jesionek.)

Da unterdessen auch meine sozialhygienischen Bestrebungen von dem 10. Ausschuß der Landesversammlung am 16. Dez. 19 im Prinzip trotz des großen Widerstandes meiner Gegner anerkannt worden sind, da ich den beiden Herren Wende und Richter nachwies, daß die von mir in Wort und Schrift propagierte Idee der diskreten Anzeigepflicht theoretisch und praktisch von der größten wissenschaftlichen Bedeutung ist (wie auch Herr G.R. Wende trotz Widerspruchs schließlich anerkennen mußte), zumal meine Vorschläge, allen Widerständen meiner Gegner zum Trotz, vom 10. Ausschuß am 16. Dezember angenommen wurden, so muß ich es dem Ministerium überlassen, sich die Verantwortung und die Konsequenzen zu überlegen, lediglich auf Grund eines notorischen Verleumdungsgutachtens der Fakultät eine Entscheidung zu fällen. Denn ein anderes als das Verleumdungsgutachten und Arndtsche Gutachten konnte mir nicht vorgelegt werden, obschon meine Erwiderung schon vom 15. 2. 18 stammt. Ich denke von der Objektivität der Instanz, die die Professoren, d. h. Bekenner der Wahrheit beruft, zu hoch, trotz aller bisher erfolgten Machinationen meiner großkapitalistischen Gegner, als daß ein Verleumdungsgutachten ihr die Richtschnur für ihre Entscheidung geben könnte. Ich bemerke, daß mein Ihnen vorliegender Gesetzentwurf wörtlich als Gesetzesantrag der Nationalversammlung (Drucksache Nr. 3) von W. K. Schirmacher M. d. N. vorgelegt ist. Da am 20. d. M. die Landesversammlung zusammentritt, und ich verpflichtet bin, dem Vorstand der sozialdemokratischen Fraktion Beweise zu erstatten, inwieweit die Verleumdungen der Fakultät seit dem 15. 2. 18 von dieser mit Gründen zurückgewiesen ist und wie es mit der Angelegenheit meiner Professur steht, nachdem ich mit dem Herrn Minister selbst von dem Vorstand vernommen worden bin, so bitte ich um endliche Stellungnahme zu dem noch immer unerledigten Antrag des Herrn Ministers, mir eine Professur zu verleihen auf dem Gebiete der staatlichen Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten, nachdem auch der 10. Ausschuß durch seinen Beschluß meine Verdienste auf diesem Gebiete — nur darauf kommt es an — anerkannt hat.

Ich bin nicht geneigt, nachdem das Verleumdungsgutachten der Fakultät auch in der Oeffentlichkeit des Auslandes gegen mich verwandt worden ist, meine wissenschaftliche Ehre, ohne daß das Ministerium Front macht gegen derartige Machinationen oder mindestens die Fakultät zu einer Aeußerung zwingt oder eine Prüfung veranlaßt, diskreditieren zu lassen. Ich bitte daher um endliche Erledigung meines im Auftrage des Herrn Ministers erfolgten Antrages entweder im positiven oder negativen Sinne, da die Angelegenheit jetzt über ein Jahr läuft und die Entscheidung nicht länger aufgeschoben werden kann.

Dr. Dreuw.

Am 9. 1. 20 telegraphiere ich:

Berlin, 9. 1. 20.

Minister Haenisch, Schloßhotel, Oberhof.

Da Gegner mich wegen Fakultätsbericht auch im Ausland diskreditieren erbitte postwendende Stellungnahme zu meinen Briefen, muß im Interesse meiner Ehre und Reputation Stellung nehmen. Habe heute offizielles Schreiben an Wende gerichtet.

Dreuw.

Und am 21. 1. 20 an den Vorstand der sozialdemokratischen Fraktion der Landesversammlung:

Berlin, 21. 1. 20.

An den Vorstand der sozialdemokr. Fraktion der Preuß. Landesversammlung.

Sie hatten die Güte, mich anfangs Dez. 19 in der Angelegenheit meiner Professur und in der Salvarsanangelegenheit mit dem Herrn Kultusminister Haenisch zu konfrontieren. Er gab damals unumwunden zu, daß tatsächlich mir in dem Amtszimmer seines Ministeriums nach einer auf Staatskosten auf seinen Wunsch unternommenen Frankfurter Reise 20 000—25 000 Mark aus den Händen meiner groß-

kapitalistischen Salvarsangegner angeboten wurden. Er gab auch zu, daß er selbst mir Geld aus den Händen meiner am Salvarsan interessierten Gegner zu der Frankfurter Reise angeboten hatte. Sie, insbesondere der Herr Unterstaatssekretär Graef, wiesen in der Sitzung darauf hin, daß er als neutraler Minister für Aufklärung in Bezug auf die Verleumdungen der Fakultät mir gegenüber sorgen müsse, da diese Aufklärungen ja eine Kleinigkeit seien. Aber trotzdem hat er in der Angelegenheit nichts zur Aufklärung getan, vielmehr sucht er die Sache in die Länge zu ziehen. Anscheinend ist er durch die Gegenpartei derartig gebunden, daß er in dieser Angelegenheit keine freie Hand mehr hat, obschon man doch von einem neutralen Minister zum mindesten verlangen könnte, daß er in eine auch von Ihnen als notwendig anerkannte objektive Prüfung eingetreten wäre, ob die Ihnen vorgelesenen mich verleumdenden Angaben der Fakultät wahr sind oder nicht. Ich habe sowohl Ihnen als dem Herrn Minister erklärt, daß ich unter keinen Umständen gewillt bin, diese mir bekannt gewordenen Verleumdungen auf mir sitzen zu lassen und daß ich von dem mir von dem Herrn Minister zugängig gemachten Gutachten Gebrauch machen müßte, wenn der Herr Minister die schon vor einem Jahre von mir verlangte Prüfung nicht machen würde. Auf meine offizielle Anfrage vom 9. 1. 20 an das Ministerium, mir endlich mitzuteilen, wo ich dran wäre, erhielt ich wiederum keine Antwort.

Am 3. Dez. 19 hatte ich nach einem an den Herrn Minister gerichteten Ultimatum eine offizielle Beschwerde an Sie verfaßt, die sich auch mit dem würdelosen persönlichen Verhalten des Herrn Ministers befaßte. Ich las sie dem Herrn Unterstaatssekretär vor und riet mir derselbe, da momentan noch Etat des Kultusministeriums wäre, sie noch nicht abzusenden. Da der Herr Minister aber nunmehr in seinen Privatschreiben an mich, trotz meines vorherigen brieflichen Abbruchs der Beziehungen zu ihm, einen Ton anschlug, der eine Handhabe für ein loyales Verhalten — um einen Ausdruck Hardens über den Herrn Minister zu verwenden — zu geben schien, so glaubte ich ohne eine Beschwerde an Sie auszukommen, zumal er in seinen Briefen und auch Herrn Dr. Beyer, M. d. L., gegenüber Versprechungen machte, die er zwar auch schon früher gemacht, aber nicht gehalten hatte. Nunmehr sucht er die Angelegenheit wiederum durch Nichtbeantwortung meiner Briefe, obschon er die freundschaftlichsten Töne anschlägt, zu verschleppen.

Da die Handhabung der Salvarsanangelegenheit im Ministerium seitens des Vorsitzenden des Vorstandes, des Herrn Unterstaatssekretär Graef, in der obigen Sitzung als beinahe an Korruption grenzend bezeichnet wurde, so hätte man annehmen sollen, daß der Herr Minister für möglichst baldige Aufklärung gesorgt hätte. Aber auch in dieser Angelegenheit geschieht nichts. Ich hatte über die Ergebnisse der auf Staatskosten unternommenen Frankfurter Reise den beiliegenden offiziellen Bericht an das Ministerium geschickt. Dieser Bericht, in dem auch die 20 000-Mark-Affäre enthalten ist, hat der Herr Minister Haenisch ans Wohlfahrtsministerium geschickt, dieses aber erklärt, dies wäre Sache des Herrn Minister Haenisch, der ja die Reise auf Staatskosten arrangiert habe. Circulus vitiosus! Ich habe nicht Lust, weiter diesem Spiel zuzusehen und richte daher an Sie diese Beschwerde, und stelle Ihnen anheim, die geeigneten Schritte zu tun. Zu jeder Aufklärung gerne bereit, zeichne ich in vollkommener Hochschätzung Ihr sehr ergebener gez.: Dr. Dreuw.

2 Anlagen. 1. Bericht über Frankf. Reise. 2. Broschüre. (Keine Antwort. Dr. D.)

Da der Herr Minister keine Antwort gab und da der Herr Minister einen Privatbrief von mir in Sachen R. (S. Seite 42) in den Aktengang gegeben hatte, forderte ich ihn durch einen Anwalt auf, diesen herauszubringen. Ich erhielt darauf folgenden Brief vom 3. 3. 1920:

Einschreiben.

Der Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung.

Berlin W. 8, den 3. 3. 1920.

Herrn Dr. med. Dreuw, Berlin W., Neue Winterfedstr. 32.

Im Auftrage des Herrn Ministers sende ich Ihnen den Brief, den Sie im vorigen Jahre an ihn gerichtet haben und der, da er amtliche Materien behandelte, vom Herrn Minister in den Geschäftsgang des Ministeriums gegeben ist. Auf Ihren Wunsch hat der Herr Minister die sofortige Herausnahme des Briefes aus den Akten verfügt und stellt ihn Ihnen hier zur Verfügung.

Im Auftrage des Herrn Ministers K. Naatz, Sekretärin.

Weitere Privatbriefe von Ihnen befinden sich, wie der Herr Minister genau festgestellt hat, nicht bei den Akten des Ministeriums.

Durch denselben Anwalt ließ ich ihm dann noch mitteilen, daß ich erneut jede persönliche Beziehung abbräche, mit einem derartigen Manne wolle ich nichts mehr zu tun haben.

Man stelle sich vor: Jemand wird offiziell am 28. 11. 20, weil er seinem Freunde ohne Grund einen persönlichen Affront antut, in energischster hier nicht zu erwähnender Weise mitgeteilt, daß man die persönlichen Beziehungen abbreche. Er reagiert nicht auf die offizielle Form „An den Herrn Minister Haenisch", sondern schreibt wiederum „Sehr geehrter Herr Doktor" und „Mit einer Empfehlung Ihr ergebener", ihm wird dann, um ihn trotz der von ihm angewandten, angesichts der Vorgänge wenig angebrachten Ueberschrift, die Antwort nicht direkt, sondern durch die Vermittlung eines Unterstaatssekretärs überreicht, der den ganzen Vorgang kennt, plötzlich schreibt er wiederum: „Lieber Herr Doktor!", wünscht bestes Wohlergehen und Neujahr (29. 12. 19) und brüskiert dann seinen Partner wieder (ohne daß unterdessen sich das geringste ereignet hat, was ihn zu diesem Affront berechtigte, als daß sein Partner sein Recht verlangt) durch Nichtbeantwortung seines höflichen Briefes vom 30. 12. 1919 in der persönlisten Weise. Vorher wird ihm noch in unrichter Weise von einer subalternen Stelle eine irreführende Mitteilung gemacht. Der Partner (der angesichts aller früheren Brüskierungen, da er weiß, welche gegnerischen Kräfte bei dem Minister mobil gemacht werden, da er die Hinterkulissenarbeit durchschaut und angesichts der bisherigen Freundschaftsbeziehungen, die Geduld nicht verliert) warnt den Minister, er bittet ihn verschiedentlich, seiner uneigennützigen, nur der Wahrheit und Klarheit dienenden Tätigkeit die Gerechtigkeit widerfahren zu lassen, auf die er als Angegriffener Anrecht hat, d. h. die Gerechtigkeit, die Haenisch als Abgeordneter immer von den kaiserlichen Ministern verlangt hat, und dieser Minister weiß nichts anderes, als nicht nur die amtliche, sondern auch die private Beantwortung der Briefe nach dem Prinzip des Vogel Strauß zu unterlassen, deren Beantwortung der andere nicht nur als Privatmann, sondern auch als Staatsbürger verlangen kann.

Was die amtliche Seite betrifft, so hat das Parlament das Wort, da in einem republikanischen Staat dieses die höchste Instanz ist. Diesem übertrage ich daher die Weiterverfolgung der Angelegenheit, allerdings nicht so, daß es den Angeklagten oder seinen Mitangeklagten Nachfolger Becker als Richter sich selbst freisprechen läßt, wie es am 17. September 1920 geschah, sondern, indem es in eine exakte Prüfung eintritt. Wenn das Parlament dazu nicht in der Lage ist, dann spricht es sich selbst sein Urteil.

Was die private Brüskierung betrifft, indem Herr Haenisch meinen privaten (von ihm wiederum so cordial gehaltenen) Briefwechsel (Lieber Herr Doktor!) unbeantwortet läßt, so hätte Herr Haenisch doch aus dem bisherigen Verlaufe und dem hier nicht zu registrierenden Briefwechsel lernen sollen, daß ich mir einen derartigen Affront nicht zum zweiten Male gefallen lassen und bei seinen eclatanten Verstößen gegen jede Kleiderordnung nach dem schon erwähnten Prinzip: à Corsaire et demi! handeln würde.

---

14. Der Fall Haenisch-Dreuw und die öffentliche Meinung.

Am 11. 3. 20 verbreitete, nachdem ich bis zu diesem Tage absichtlich so lange gewartet hatte, eine „Berliner Korrespondenz“ folgende Mitteilung:

Neue Beschwerden gegen Minister Haenisch.

Die „Berliner Redaktion“ schreibt:

In parlamentarischen Kreisen beschäftigt man sich jetzt mit eigenartigen Vorgängen aus dem Amtsbereich des Kultusministers Haenisch, die zweifellos geeignet sind, die Kritik hervorzurufen. Dem auf Wunsch des Kultusministeriums zum Zwecke der Salvarsanprüfung an das Ehrlichsche Institut für experimentelle Therapie nach Frankfurt a. M. entsandten Salvarsangegner, dem Berliner Spezialarzt Dr. Dreuw, der Mitglied des Beirats zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten im Wohlfahrtsministerium ist, wurde für diese Reise vom Kultusministerium selbst Geld angeboten aus Mitteln des Frankfurter Speyerhauses. Nach seiner Rückkehr aus Frankfurt wurden ihm dann im Kultusministerium von dem Nachfolger Ehrlichs, dem Geheimrat Kolle, im Amtszimmer und in Gegenwart des Geheimrats Krüß 20—25 000 Mark jährlich (trotz der bekannten Verarmung der wissenschaftlichen Institute!), ebenfalls aus dem Fonds des Frankfurter Speyerhauses, das u. a. durch die Salvarsaneinnahmen unterhalten wird, zu einem privaten Salvarsaninstitut angeboten. Dr. Dreuw, der auch nach der Frankfurter Reise dem Salvarsan ablehnend gegenübersteht, der auf Grund der in Frankfurt gemachten Feststellungen in seinem amtlichen Bericht eine genaue Registrierung der in Frankfurt nicht registrierten Salvarsan-Todesfälle, -Erblindungen, -Lähmungen usw., sowie die Einsetzung einer Salvarsanhöchstdosis und der vom Parlament beschlossenen paritätischen Salvarsanprüfungskommission und ein Verbot der Prüfung des neuen Silber-Salvarsanmittels durch die Frankfurter Interessenten verlangte, hat beide Geldangebote abgelehnt, da er zu seinen Gegnern in keine geldlich abhängige Beziehungen treten und sich nicht dem Vorwurfe der Käuflichkeit aussetzen wollte.

Vierzehn Tage nach der Ablehnung des Geldangebotes wurde dem Dr. Dreuw amtlich mitgeteilt, daß die vom Kultusminister selbst in eigener Person für Dr. Dreuw beantragte Professur „bei aller Würdigung der namentlich in früherer Zeit von ihm geleisteten wissenschaftlichen Arbeiten zurzeit nicht erteilt werden könne“. Dabei spielt ein geheimes Gutachten der medizinischen Fakultät über die „Professur Dreuw“ eine Rolle, in dem sich notorisch unwahre Angaben über seine Forschungen befinden, deren neutrale Prüfung durch das Ministerium bis heute nicht erreicht werden konnte.

Da sich nunmehr parlamentarische Kreise mit der Angelegenheit, in der auch verschiedene Geheimräte des Kultus- und des Wohlfahrtsministeriums beteiligt sind, beschäftigen, wird die Angelegenheit noch weitere Erörterungen nach sich ziehen. Eine Klarstellung durch geeignete Nachprüfungen der Staatsregierung erscheint erforderlich, um zu untersuchen, ob im Schatten des Kultusministeriums und des Kultusministers selbst derartige Geldangebote in der Demokratie gestattet sein sollen. Ebenso erwünscht ist, daß bei der Erteilung von Professuren endlich die „Geheimdiplomatie“ ausgeschaltet wird, die im vorliegenden Falle mit notorisch unwahren Tatsachen gegen einen wissenschaftlichen Gegner gearbeitet hat.

Da am anderen Tage der Kapp-Putsch begann und keine Zeitungen erschienen, wurde der Aufsatz erst einen Monat später gedruckt.

Bereits am 18. 4. 20 verbreiteten im Auftrage des Kultusministers die Politisch-Parlamentarischen Nachrichten den folgenden Phrasenschwall. Zum Teil begaben sich die betreffenden Geheimräte zu den Redaktionen, um die nötigen „Erklärungen“ abzugeben. Ein Redakteur fragte den Geh. Rat Krüß,

nachdem dieser mehr als eine Stunde ihm die Angelegenheit „erklärt" hatte, ob er mit seiner „Erklärung" in der Oeffentlichkeit den Eindruck hervorrufen könne, es habe kein Bestechungsversuch stattgefunden. Antwort: Das könne er nicht. Sapienti sat.

Das P. P. N.-Schriftstück wurde von Geh.-Rat Krüß persönlich den Redakteuren übergeben:

„In einer Berliner Presse-Korrespondenz und in verschiedenen Tageszeitungen sind kürzlich mit Bezug auf die Person des Kultusministers Haenisch Artikel erschienen, in denen der Anschein erweckt wird, als ob von Seiten des preußischen Kultusministeriums versucht worden sei, den bekannten Salvarsangegner Dr. Dreuw durch Geldangebote zu einer Aenderung seiner Stellungnahme zu bewegen. Die wirkliche Sachlage ist folgende:

Der bekannte zwischen Dr. Dreuw und der überwiegenden Mehrzahl seiner Fachgenossen seit langer Zeit geführte Streit um das Salvarsan hatte Formen angenommen, die eine Verständigung auf sachlicher Grundlage und durch wissenschaftliche Diskussionen als ausgeschlossen erscheinen ließen. Bei dieser Sachlage und bei der überaus großen Bedeutung der Salvarsanfrage für die Volksgesundheit hielt es der Kultusminister für seine Aufgabe, dahin zu wirken, daß zwischen Dr. Dreuw und seinen Gegnern insoweit Beziehungen wieder hergestellt würden, daß eine gegenseitige sachliche Würdigung der gegensätzlichen Argumente ermöglicht würde. Zu diesem Zwecke wurde nach Einverständnis mit Dr. Dreuw und dem um die Salvarsanforschung hochverdienten Direktor des Instituts für experimentelle Therapie in Frankfurt a. M., Geh. Medizinalrat Prof. Dr. Kolle, Dr. Dreuw auf Kosten des Ministeriums nach Frankfurt entsandt, um dort die im Institut für experimentelle Therapie und im Speyerhause vorhandenen Einrichtungen zur Prüfung des Salvarsans und die dort befolgten Arbeitsmethoden kennen zu lernen. Bei der mündlichen Erörterung der Frage der Deckung der nicht unerheblichen Kosten der Reise wurde, um jeden Anschein einer Beeinflussung des Dr. Dreuw zu vermeiden, von der angebotenen Uebernahme der Kosten auf das Speyerhaus abgesehen und vom Kultusminister ein Fonds des Ministeriums dafür zur Verfügung gestellt.

Aus Aeußerungen des Dr. Dreuw gegenüber dem zuständigen Referenten im Kultusministerium, Geh. Reg.-Rat Dr. Krüß, gewann dieser den Eindruck, daß die Frankfurter Reise, wenn sie auch die sachliche Stellung des Dr. Dreuw zur Salvarsanfrage, wie zu erwarten, nicht wesentlich beeinflußt hatte, doch dazu geführt hatte, zwischen dem Direktor des Instituts für experimentelle Therapie Geheimrat Kolle und Dr. Dreuw gewisse persönliche Beziehungen anzuknüpfen, die die Möglichkeit weiterer sachlicher Diskussionen zu bieten schienen. Der Referent hielt es daher für seine pflichtmäßige Aufgabe, sich nicht der weiteren Mitwirkung an der Angelegenheit zu entziehen und an einer zwischen Geheimrat Kolle und Dr. Dreuw vereinbarten weiteren Aussprache teilzunehmen, die im Amtszimmer des Referenten im Kultusministerium stattfand. Bei dieser Gelegenheit führte Geheimrat Kolle aus, daß es erwünscht wäre, wenn Dr. Dreuw sich im Anschluß an die ihm vorgeführten Demonstrationen im Frankfurter Institut und in den Frankfurter Kliniken auch selbst mit den strittigen Fragen der Salvarsantherapie durch eigene wissenschaftliche Arbeiten weiterhin befaßte und daß es hierzu der Einrichtung eines kleinen Laboratriums bezw. einer kleinen Poliklinik bedürfen würde. Im Laufe der Besprechung dieses Vorschlages wurde festgestellt, daß selbstverständlich dabei eine Behandlung von Patienten mit Salversan durch Dr. Dreuw nicht in Frage kommen könnte, solange er entschiedener Gegner dieser Behandlungsmethode sei, daß es sich vielmehr nur darum handeln könnte, ihm neben seiner eigenen Praxis die Möglichkeit zu bieten, die klinischen Anwendungen auch des Salvarsans fortlaufend zu beobachten. Demgemäß wurde Dr. Dreuw der Vorschlag gemacht, einen Assistenzarzt anzunehmen, der nach gründlicher Ausbildung in der Salvarsanbehandlung diese in der Poliklinik des Dr. Dreuw selbständig und unter eigener ärztlicher Verantwortung vorzunehmen haben würde. Zur Bestreitung des durch diese Einrichtungen entstehenden Aufwandes bot Geheimrat Kolle die Hilfe des Speyerhauses in Frankfurt an und erklärte, daß dieses möglicherweise bereit sein würde, auf einige Jahre einen jährlichen Betrag von 25 000 Mark dafür zur Verfügung zu stellen. An dieses Angebot knüpfte Geheimrat Kolle lediglich die Voraussetzung, daß Dr. Dreuw künftig nicht in der bisherigen Form der Polemik die Diskussion der Salvarsanfrage weiterführen möchte, wogegen Geheimrat Kolle bemüht sein wollte, Dr. Dreuw die ihm seit längerer Zeit verschlossene medizinische Fachpresse wieder zu öffnen, um die Austragung der gegensätzlichen Auffassungen auf wissenschaftlich-sachlicher Grundlage zu ermöglichen.

Dr. Dreuw erklärte bei Schluß der Unterredung, sich dieses Angebot bis zu einer für später in Aussicht genommenen weiteren Besprechung überlegen zu wollen. Am gleichen Tage machte er dem auf Urlaub von Berlin abwesenden Kultusminister Haenisch, dem von dem Dr. Dreuw gemachten Angebot bis dahin nichts bekannt war, brieflich davon Mitteilung, daß die Unterredung mit den Herren Kolle Krüß stattgefunden habe und daß sie zur Zufriedenheit verlaufen sei. Weitere Verhandlungen zwischen Dr. Dreuw und dem Kultusministerium in dieser Angelegenheit haben nicht stattgefunden.

Wenn aus den mit Dr. Dreuw gepflogenen Besprechungen nunmehr der Vorwurf hergeleitet wird, es sei vom Kultusministerium der Versuch gemacht worden, ihn durch Geldangebote zu einer Aenderung seiner sachlichen Stellungnahme in der Salvarsanfrage zu bewegen, so erweist jedenfalls schon das Verhalten des Dr. Dreuw in und unmittelbar nach der Unterredung mit Geheimrat Krüß und Geheimrat Kolle, daß er selbst diesen Eindruck nicht gehabt haben kann. Es bedarf daher kaum der ausdrücklichen Erklärung, daß eine solche Absicht beim Kultusministerium nicht bestanden hat, sondern daß für die Verhandlungen mit Dr. Dreuw lediglich der leider unerfüllte Wunsch bestimmend gewesen ist, Dr. Dreuw auf den Boden einer sachlichen und allein in dieser Form der Sache förderlichen Diskussion der Salvarsanfrage zurückzuführen.

Die „Deutsche Tageszeitung" schrieb:

Das Angebot Haenischs an Dreuw.

Seit einer Reihe von Jahren tritt der ehemalige Polizeiarzt Dr. Dreuw als Gegner des Salvarsans hervor. Der Streit interessiert nach der rein fachwissenschaftlichen Seite hin die Oeffentlichkeit nur sehr bedingt, zumal diese auch gar nicht die Möglichkeit hat, die Angaben auf beiden Seiten im einzelnen nachzuprüfen. Allerdings, das eine wird man festhalten können und müssen, daß es auch in der Medizin bestimmte Moden gibt, und daß es deshalb nicht angebracht ist, a priori für eine bestimmte Richtung zu entscheiden. Jedenfalls darf eine Prüfung auch scheinbar festbegründeter Resultate nicht verwehrt werden. Und allees, was etwa in der Richtung liegt oder auch nur liegen sollte, eine unbefangene Würdigung hintanzuhalten, ist Dunkelmännerei und kann gerade auf dem Gebiete der Medizin zu schweren Schädigungen führen. Dr. Dreuw hat nun von jeher behauptet, daß die Diskussion über Salvarsan, seine Heilergebnisse und seine Mißerfolge noch nicht abgeschlossen sei, und daß demgegenüber von Kreisen, die an dem Salvarsan interessiert seien, eine tatsächliche Prüfung, die nicht nur, wie das bisher geschehen sei, die Erfolge buche, verhindert werde. Diese Behauptung kehrt in fast allen Veröffentlichungen Dreuws wieder und wird durch Einzelangaben, so noch zuletzt, in dem offiziellen Bericht Dreuws über seine Frankfurter Reise belegt.

In der Gegnerschaft gegen die Methoden der Salvarsanpropaganda erstand Herrn Dr. Dreuw ein parlamentarischer Beistand in der Person des damaligen Abgeordneten Haenisch; und in der Oeffentlichkeit galten Dr. Dreuw und Haenisch seitdem als Kampfgenossen, ja als Freunde. Dieser Eindruck wurde noch verstärkt, als unter den Auspizien des inzwischen zum Revolutionskultusminister aufgestiegenen Abgeordneten eine Dozentur: Staatliche Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten" für Dr. Dreuw an der Berliner Universität eingerichtet werden sollte. Jedenfalls war der durch den Abgeordneten Haenisch als Salvarsangegner genügend stigmatisierte Kultusminister Haenisch der Mann, der die Professur für Dreuw selbst beantragt hatte. Es mußte deshalb einigermaßen überraschen, als in der Oeffentlichkeit bekannt wurde, daß Haenisch nicht nur nichts für eine Professur des Herrn Dr. Dreuw tue, sondern daß er dieser von ihm selbst beantragten Docentur direkt entgegenwirke. Wenigstens ist das aus mehreren Mitteilungen zu folgern, die in dieser Sache in die Oeffentlichkeit gelangt sind. Begründet wird diese Haltung des Kultusministers anscheinend mit der Behauptung, daß Dreuw nicht den Fortschritten gefolgt sei, die das Salvarsan in den letzten Jahren gemacht habe. In dieser Richtung liegt denn auch ein unterdessen veröffentlichtes geheimes Fakultätsgutachten vor, das aber infolge seiner Einseitigkeit und Dürftigkeit kaum als solches angesprochen werden kann. Auf die beabsichtigte Dozentur geht es zudem mit keinem Worte ein.

Die Stellung Haenischs wäre nun noch angängig, wenn er selber Fachmann wäre und die ihm gemachten Angaben selbständig nachzuprüfen verstände. So aber ergibt sich für ihn die Pflicht, auch den anderen Teil unparteiisch zu hören, und hier scheinen denn auch die Dinge nicht nur im argen zu liegen, sondern sehr bedenklich

an das zu grenzen, was man im gewöhnlichen Leben mit Korruption bezeichnet. Die Frage ist einfach die: Ist Dreuw als Wissenschaftler ernst zu nehmen, — er hat unter anderem auf dem Gebiet der Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten einen Gesetzentwurf ausgearbeitet, für den er ins Wohlfahrtsministerium berufen wurde — dann hat man einfach seine Stellung zu prüfen und ihn zu Worte kommen zu lassen. Dann ist auch die ihm angebotene Professur eine Selbstverständlichkeit. Ist aber Dreuw tatsächlich als Wissenschaftler erledigt, dann gehört sein Kampf der Geschichte an. Statt dessen ist aber Dr. Dreuw im Besitze eines Briefes von seiten des Kultusministers, der folgenden eindeutig merkwürdigen Wortlaut hat: (s. Seite 000).

Dr. Dreuw bezeichnete sich, wie oben angedeutet, einmal als den „bisherigen Mitkämpfer Haenischs". Und zweifellos mit einem gewissen Recht. Diesem Mitarbeiter Haenischs bietet also das Kultusministerium eine bestimmte Summe an, angeblich um ihn wieder auf die wissenschaftliche Höhe zu bringen. Merkwürdig ist nur, daß dieses Geld von den wissenschaftlichen Gegnern Dreuws zur Verfügung gestell wird. Zu welchem Zweck? Nehmen diese Herrschaften wirklich ein derart altruistisches Interesse an ihrem bisherigen Gegner? Oder wollen sie ihn durch die Kraft ihrer Erfolge zum Schweigen bringen? Dr. Dreuw behauptete in der Presse, ob mit Recht oder Unrecht (jedenfalls ohne Widerspruch seiner Gegner), kann hier außer Betracht bleiben, daß die Männer des Speyerhauses, die Salvarsanapostel sind, nur die Erfolge buchten; vor den Mißerfolgen aber ihre Augen sorgfältig verschlossen. Eine Ueberwindung Dreuws auf diesem Wege ist also nicht zu erwarten. Die Sache gewinnt nun noch ein Bedeutung, wenn man bedenkt, daß mit diesem Angebot ein zweites parallel ging: Als Dreuw die ihm in dem Briefe angebotene Unterstützung seiner Gegner abgelehnt und dann auf Kosten des Staates 10 Tage die von ihm verlangte Prüfung in Frankfurt gemacht hatte und aus dem Saulus kein Paulus geworden war, da wurde er — wir zitieren die von der „zuständigen Stelle" des Kultusministeriums am 13. 4. 20 verbreitete Meldung — ins Ministerium gebeten, wo ihm in Gegenwart und im Amtszimmer des Geheimrats Krüß der dem Kultusminister unterstellte Nachfolger Ehrlichs, Geheimrat Kolle, wiederum aus dem Fonds des Speyerhauses 25000 M. jährlich anbot. „An dieses Angebot", so lautet die Meldung von zuständiger Seite wörtlich, „knüpfte Kolle lediglich die Voraussetzung, daß Dreuw künftig nicht in der bisherigen Form der Polemik die Diskussion in der Salvarsanfrage weiter führen möchte, wogegen Kolle bemüht sein wolle, Dr. Dreuw die ihm seit längerer Zeit verschlossene medizinische Fachpresse wieder zu eröffnen." So etwas ist in einem deutschen oder preußischen Ministerium bisher noch nicht dagewesen. Es dürfte auch noch nicht von einem Ministerium zugegeben worden sein, daß einem Forscher die Fachpresse jahrelang verschlossen ist. Die Sache ist jedenfalls eindeutig genug. Und so bleibt es denn dabei: Aus dem Kultusministerium, das doch die moralischste Anstalt überhaupt sein sollte, ist unter der Aegide des Herrn Kultusministers einem Mann, den sein Gegner vielleicht als Fanatiker ansehen mögen, den man aber doch als ehrlich überzeugten wissenschaftlichen Arbeiter betrachten muß, der als solcher ins Wohlfahrtsministerium berufen wurde, Geld angeboten worden, um ihn zu einer Aenderung seiner bisherigen Auffassung zu bringen. Das aber ist nicht nur ein Beitrag zu dem Kapitel der Freiheit der Wissenschaft, sondern auch zu dem der Korruption im neuen republikanischen Deutschland, zu jenem Kapitel, das man überschreiben kann: Was kostet uns der Mann?

Der „Lokal-Anzeiger" (14. 4. 20) brachte folgende völlig unrichtige tendenziöse Notiz:

Der Streit um die Professur.

Durch die Presse geh die Nachricht, der frühere Salvarsangegner Konrad Haenisch habe dem Polizeiarzt Dr. Dreuw, einem der eifrigsten Bekämpfer des Ehrlichschen Heilmittels, Geldunterstützungen aus den Händen des Salvarsankonzerns in Frankfurt a. M. angeboten oder im Kultusministerium anbieten lassen.

Diese Nachrichten erscheinen um so sonderbarer, als zwischen Dr. Dreuw und dem jetzigen Kultusminister Haenisch früher enge freundschaftliche Beziehungen bestanden. Haenisch war ebenso wie Dreuw ein entschiedener Salvarsangegner; ihr gemeinsamer Kampf hatte dazu geführt, daß sie sich enger aneinander schlossen, und schließlich wurde eine Professur für Dr. Dreuw beantragt. Minister Haenisch

wandte sich an die Berliner medizinische Fakultät und bat sie um ein Gutachten. Die medizinische Fakultät gab darauf folgendes Gutachten ab:

„Der Herr Minister hat die medizinische Fakultät unter U. 1. 5026 aufgefordert, sich über die Zweckmäßigkeit eines Lehrauftrages für medizinische Untersuchungsmethoden auf dem Gebiete der Haut- und Geschlechtskrankheiten sowie über die wissenschaftlichen Leistungen des Herrn Dr. Dreuw zu äußern: Dr. Dreuw ist besonders bekannt geworden durch seinen Kampf gegen die Salvarsanbehandlung der Syphilis, gegen die er sich schon zu einer Zeit gewandt hat, wo ungünstige Erfahrungen noch kaum vorlagen. Er hat dann fortgesetzt alles Material und vermeindliche und nachgewiesene Nachteile des Mittels eifrig und parteiisch zusammengetragen und seinen Standpunkt vor allem in der Tagespresse vertreten, so daß er auch bei den Praktikern und Gelehrten, die dem Mittel skeptisch oder gar ablehnend gegenüberstanden, Zustimmung und Anerkennung nicht hat finden können.

Auch die Therapeutischen Mitteilungen Dr. Dreuws beziehen sich immer nur auf kleine Aenderungen bekannter therapeutischer Methoden, zum Beispiel andere Zusammensetzung von Salben. Die sogenannte Dreuwsche Psoriasissalbe ist nur eine kleine Aenderung einer von Eichhoff in Elberfeld angegebenen Methode.

Eine große Arbeit des Dr. Dreuw, in der er eine angeblich neue Haarkrankheit bei Schulkindern beschrieb, zeigt, daß es ihm an wissenschaftlichen Grundlagen und Kenntnissen fehlt. Es soll nicht geleugnet werden, daß Dr. Dreuw ein eifriger und betriebsamer Spezialarzt ist und organisatorisches Talent besitzt, wovon er namentlich auf der Hygiene-Ausstellung in Dresden Zeugnis abgelegt hat. Aber die oben angeführten Tatsachen sind doch derartig, daß die Fakultät es auf das entschiedenste ablehnen muß, der Absicht zuzustimmen, Herrn Dr. Dreuw in irgendeine Verbindung mit der Universität zu bringen."

In diesem Gutachten ist allerdings ein Werturteil über „Moderne Prostitutionsbekämpfung", das der Kultusminister eingefordert hatte, nicht enthalten. Dr. Dreuw fühlte sich durch dieses Urteil der medizinischen Fakultät gekränkt und ersuchte das Kultusministerium um eine objektive Nachprüfung der von der Fakultät behaupteten Tatsache über seine Person. Als das nicht möglich war, wandte sich der Arzt an den sozialdemokratischen Parteivorstand, und dieser berief eine Sitzung ein, in der im Dezember 1919 Kultusminister Haenisch und Dr. Dreuw gegenübergestellt wurden. Der sozialdemokratische Parteivorstand stellte sich auf Seiten Dr. Dreuw und beauftragte den Kultusminister, sich über einige besonders angeführte Punkte in dem Gutachten auch Werturteile von neutralen Aerzten zu verschaffen. Sollte sich herausstellen, daß die Fakultät im Unrecht sei, so müsse der Minister für einen zu unrecht behandelten Arzt der Fakultät gegenüber eintreten. Diese Gutachten von anderer Seite ist dem sozialdemokratischen Parteivorstand bisher jedoch noch nicht vorgelegt worden.

*

Also wieder eine neue Errungenschaft. Der sozialdemokratische Parteivorstand beauftragt den Kultusminister....

Meine Richtstellung wurde nur verkürzt wie folgt wiedergegeben:

Dr. Dreuw, der bekannte Dermatologe, dessen Betrauung oder Nichtbetrauung mit einem Lehrauftrag an der Berliner Universität schon viel Staub aufgewirbelt, erläßt eine lange Erklärung, in der er das von uns seinerzeit inhaltlich wiedergegebene Gutachten der medizinischen Fakultät als Tendenz und Verleumdungsgutachten bezeichnet. Er tritt den einzelnen Behauptungen entgegen, mit denen die Fakultät seine wissenschaftliche Qualifikation bemängelt hat, und erhebt gegen den Kultusminister Haenisch den Vorwurf, daß er, obwohl auch der sozialdemokratische Parteivorstand (!) es verlangte, eine neutrale Prüfung der Sache nicht herbeigeführt habe. Wir überlassen es den Gelehrten, den Streit unter sich auszumachen.

Die „Deutsche Zeitung" schrieb:

Das Angebot des Herrn Kultusministers.

Der Kultusminister Haenisch bestätigt, wie schon mitgeteilt, im allgemeinen durch die P. P. N. die über den Fall Dreuw behaupteten Tatsachen. Er versucht nun mittels eines „Werturteiles" ihnen die Auslegung zu geben, „daß aus den mit Dr. Dreuw gepflogenen Besprechungen im Kultusministerium nicht der Vorwurf

hergeleitet werden könne, es sei vom Kultusministerium der Versuch gemacht worden, ihn durch Geldangebote zu einer Aenderung seiner sachlichen Stellungnahme zu bewegen. Vielmehr habe man den Dr. Dreuw lediglich auf den Boden einer sachlichen Diskussion der Salvarsanfrage zurückführen wollen." Diese Behauptung des Herrn Kultusministers ist unzutreffend. Man vergleiche mit diesem, mit den Tatsachen nicht in Uebereinstimmung zu bringenden Werturteil den folgenden von Herrn Haenisch an Dr. Dreuw gerichteten Brief:

„Der Minister der geistlichen und Unterrichtsangelegenheiten.

Berlin W. 8, 7. Februar 1919.

Ich habe Ihnen nach einer ausführlichen Besprechung mit Kolle (der Nachfolger Prof. Ehrlichs in Frankfurt a. M.) einen Vorschlag zu machen:

Kolle behauptet und alle übrigen Sachverständigen, mit denen ich sprach, stimmen da mit ihm durchaus überein, daß Ihre heutige Kritik am Salvarsan im wesentlichen darauf beruht, daß Sie seit einer Reihe von Jahren keine Gelegenheit mehr gehabt haben, die Fortschritte in der Herstellung und Therapie des Salvarsans aus eigener Anschauung zu verfolgen. Es müsse Ihnen Gelegenheit gegeben werden, dies in völlig freier, aber gründlicher Weise nachzuholen. Kolle bietet Ihnen deshalb einen mehrwöchentlichen Studienaufenthalt im Speyerhaus in Frankfurt a. M. (dies ist das Privatinstitut, in dem das Salvarsan entdeckt wurde und das vom Salvarsan unterhalten wird) an. Alle Kosten der Reise und des Aufenthalts werden von dort getragen, ohne daß daraus für Sie — das versteht sich ganz von selbst — die allermindesten Verpflichtungen erwachsen. Sie sollen dort ganz objektiv im Laboratorium, am Tierversuch usw. das Mittel prüfen können. Bleiben Sie dann auch noch bei Ihrer bisherigen Auffassung, so wird jeder dies respektieren. Aber dem Versuch einer Belehrung, der Ihnen hier geboten wird, dürfen Sie sich unter keinen Umständen entziehen. Das würde auf Sie das denkbar schlechteste Licht werfen. Herr Kolle wird in den nächsten Tagen in dieser Angelegenheit selbst an Sie schreiben und ich bitte Sie dringend, diesen Vorschlag anzunehmen. Bis dahin rate ich Ihnen, wegen der Konferenz am Sonnabend (es war dies die Salvarsankonferenz im Ministerium des Innern vom 1. Februar 1919. D. Schriftl.) keinerlei Schritte zu unternehmen.

gez. Haenisch.

Herr Haenisch verlangt also von seinem bisherigen Mitkämpfer, daß er sich von seinen Gegnern in Frankfurt nicht bloß die Reise, sondern auch noch die Kosten für seinen Unterhalt dort bezahlen läßt. Und er glaubt annehmen zu können, daß man dann objektiv das Mittel prüfen könne. Vor allem aber befürchtet wohl der Salvarsangegner Haenisch, daß Dr. Dreuw, bevor er auf Kosten seiner Gegner die Prüfungen veranstaltet hat, über die Ergebnisse der Salvarsankonferenz, bei welcher der Geheimrat Kirchner, der bisherige Gegner Haenischs, dem Dr. Dreuw allein gegenüberstand, und in der die Salvarsanfreunde eine so große Niederlage erlitten, daß Kirchner im Anschluß daran seines Postens enthoben wurde, mit den offiziellen Worten, „er sei ein Hindernis in der Entwicklung der freien Wissenschaft", irgend etwas in die Oeffentlichkeit bringen könnte. Dr. Dreuw hat das Anerbieten, auf Kosten seiner Gegner Prüfungen zu veranstalten, mit Entrüstung in Gegenwart des Geheimrats Krüß abgelehnt und ist dann auf Kosten des Staates, wie er es verlangt hat, nach Frankfurt 10 Tage zur Prüfung der Salvarsan-Frage gefahren. Erst dann wurden ihm die 20- bis 25 000 Mark für ein Privat-Salvarsan-Institut von Geheimrat Kolle im Ministerium angeboten. Der Bericht über die zehntägige Reise, die dem Staat ca. 1700 Mark gekostet hat, wurde vom Kultusministerium dem Wohlfahrtsministerium, von dort wieder an das Kultusministerium gesandt, und, als Dr. Dreuw dann eine Stellungnahme zu dem Bericht von beiden Ministerien verlangte, wurde dem nicht stattgegeben! Dies sind die Tatsachen!

Die „Gartenlaube" schrieb unter der Ueberschrift: „Der neue Papst":

Früher war es so: Wenn Karlchen Mießnick und der kleine Emil Schwartenhals sich durchaus nicht einigen konnten, so war der Oberlehrer der Quarta die nächsthöhere Instanz. Dann kam der Rektor, dann das Provinzialschulkollegium, dann der Kultusminister. Dann war die Sache zu Ende. Heute fängt sie da erst an pikant zu werden. Denn da kommt dann heute — der sozialdemokratische Parteivorstand. Diesmal handelte es sich um die Professur für den Polizeiarzt Dreuw. Herr Haenisch wollte für Herrn Dreuw gern eine medizinische Posessur an der Universität Berlin. Mein Gott, Herr Haenisch schätzte nun einmal Herrn Dreuw so. Herr Haenisch ver-

hehlte seines Herzens Wunsch nicht. Er gab ihn unzweideutig kund, indem er die Berliner medizinische Fakultät um ein Gutachten über die Berufenheit Herrn Dreuws zum Professor der Medizin bat. Jedermann wußte, was für ein Gutachten Herr Haenisch haben wollte. Trotzdem gipfelte das Gutachten der Fakultät in dem Satz, der sachliche Befund über den „eifrigen und betriebsamen Spezialarzt" Dreuw sei „derartig, daß die Fakultät es auf das entschiedenste ablehnen muß, der Absicht zuzustimmen, Herr Dr. Dreuw in irgendeine Verbindung mit der Universität zu bringen". Herr Dreuw fühlte sich durch diesen Bescheid gekränkt und forderte vom Kultusministerium eine — ja was? — eine Revision des Verfahrens. Dieses Ministerium seines Freundes Haenisch, Herrn Dreuw sicherlich so gewogen wie nur möglich, sah jedoch für ein solches Verfahren keine Möglichkeit. Hier wäre ehedem die Sache zu Ende gewesen. Aber jetzt, wie gesagt, fängt sie hier erst an.

Nämlich so: Herr Polizeiarzt Dr. Dreuw, offenbar eingeschriebenes Mitglied der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, sagt sich: Wozu bin ich Mitglied der Sozialdemokratischen Partei, wenn ich mir's gefallen lassen soll, daß die medizinische Fakultät der Universität Berlin mich nicht haben will? Hier muß sich zeigen, was die Partei wert ist. Sprach's und wandte sich an den sozialdemokratischen Parteivorstand mit einer Feststellungsklage über seine Berufenheit zu einer medizinischen Professur. Der Parteivorstand zögerte auch keinen Augenblick, sich als medizinische Akademie zu konstituieren, Herrn Haenisch, den Kultusminister, mit Herrn Dreuw, dem Polizeiarzt, zu konfrontieren und festzustellen, daß Herr Haenisch in der Vertretung der Interessen des Genossen Dreuw gegenüber der Fakultät zu schlapp gewesen sei. Der Parteivorstand — so lesen wir's buchstäblich — „beauftragte den Kultusminister", weitere Schritte in der Sache zu tun und eventuell mit dem nötigen Nachdruck zugunsten des Genossen Dreuw gegen die bockbeinige Fakultät aufzutreten.

Der Parteivorstand kann alles, darf alles, will alles, getraut sich alles. Mit taufrischer Unbefangenheit entscheiden in ihm gelernte Schlosser und ungelernte Advokaten über Salvarsan und Röntgenstrahlung, über Relativität und Radiumforschung. Der Parteivorstand ist der neue Papst. Er ist mehr; er ist die Gottheit selber. Nichts ist, was nicht durch ihn ist. Allah ist Allah; Mohammed ist Mohammed; der Esel ist ein Esel; der Parteivorstand ist der Parteivorstand und „beauftragt den Kultusminister".

Meine Richtigstellung lautete:

Der neue Papst.

Unter dieser Ueberschrift brachten wir in der Nummer 17. d. Js. einen Artikel, der sich gegen die selbstherrliche Nebenregierung des sozialdemokratischen Parteivorstandes wandte. Als Ausgangspunkt nahmen wir die Professur Dreuw auf dem Gebiete der staatlichen Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten unter Benutzung der in der Presse damals erschienenen Mitteilungen. Diese sind, wie wir erst jetzt erfahren, in der Presse von Dr. Dreuw sofort ohne Widerspruch seiner Gegner richtiggestellt worden, und obwohl unser Hauptthema dadurch nicht berührt wird, wollen wir einem Wunsche des Herrn Dr. Dreuw zufolge gern feststellen, daß Herr Dr. Dreuw nicht Mitglied der sozialdemokratischen Partei ist oder niemals war. Dr. Dreuw teilt uns weiter mit, daß er nicht wegen seiner Freundschaft zu Haenisch oder als „Genosse", sondern wegen seiner intensiven Beschäftigung mit dem obigen Thema an die Universität berufen werden sollte. Ferner, daß er sich nicht an den Parteivorstand gewandt habe, sondern daß dieser, ohne Wissen Dr. Dreuws, von dritter Seite auf die Machenschaften und gutachtlichen Verleumdungen zur Abwehr dieser Professur aufmerksam gemacht, sich von Dr. Dreuw allein und dann in Gegenwart von Haenisch Vortrag erbeten habe. Herr Haenisch sei trotz der Bitte der Dr. Dreuws und des Parteivorstandes in eine neutrale und objektive Prüfung des Gutachtens der Berliner Fakultät, das Herr Dr. Dreuw als eine hinter seinem Rücken abgegebene Verleumdung in den Sitzungen bezeichnet und nachgewiesen habe, nicht eingetreten, woraus auch hervorgehe, daß Herr Haenisch Herrn Dr. Dreuw gegenüber nicht die für einen Minister einem Staatsbürger und einer so wichtigen Sache gegenüber unbedingt nötige Neutralität gewahrt habe. Danach erst habe Dr. Dreuw seinen Fall der Oeffentlichkeit unterbreitet, da auch ein Minister ebenso wie die Fakultät nicht absolut und in ihren Handlungen und Unterlassungen dem Urteil der öffentlichen Meinung unterworfen seien.

Das „Berliner Tageblatt“, die „Frankfurter Zeitung“, die Ullsteinpresse („Morgenpost“, „Voss. Ztg.“) usw. schwiegen den Fall tot, obschon die Notizen ihnen durch Korrespondenzbureaus zugingen. (Damals war die „Demokratie“ mit der „Sozialdemokratie“ in der Koalition, was die demokratische Presse veranlaßte, entgegen dem demokratischen Staatsprinzip, die Tatsachen einfach totzuschweigen. Das Gleiche tat der „Vorwärts“. Bis zum 15. Mai 1922 hat die demokratische und sozialdemokratische Presse mit Ausnahme der von mir selbst instruierten „Berliner Volkszeitung“ ihren Lesern noch nichts mitgeteilt. Daher fragte die „Deutsche Tageszeitung“ am 6. 5. 20 mit folgenden Worten bei der demokratisch-sozialdemokratischen Presse an:

Wo bleibt die Reinlichkeitsgarde? Wir haben kürzlich den Fall Haenisch behandelt und waren sicher, daß sofort Demokraten und Sozialdemokraten mit uns darin einig seien, daß dieser Fall eines unbestreitbaren Geldangebotes zu ganz bestimmten Zwecken auf das schärfste zu verurteilen sei, zumal begründete Anzeichen dafür vorlagen, daß diese beiden und vielleicht auch die andern der Blockparteien sich mit dem Fall beschäftigten. Indessen herrscht in diesen Kreisen ein gar merkwürdig anmutendes Schweigen. Hat denn der Fall etwa aufgehört Korruption zu sein? U. A. w. g.

Daß die medizinische Fachpresse kein Wort brachte, versteht sich von selbst, war der Bestechungsversuch doch ein Dorn in ihrem alles „voraussetzungslos“ sehendem Auge.

Wie sehr allmählich auch die technischen Kreise sich des Falles „Haenisch-Dreuw“ annahmen, zeigte die folgende Veröffentlichung der „Technischen Rundschau“, der Beilage des Berliner Tageblattes

Ein Appell an die Techniker.

Von Dr. med. Dreuw in Berlin.

Ende des Jahres 1918 forderte mich der Kultusminister Haenisch in eigener Person auf, einen Antrag für einen Lehrauftrag zu stellen. Die Berliner medizinische Fakultät wurde um ein Gutachten von dem Kultusministerium offiziell ersucht, das sich eigentümlicherweise mit keinem Worte mit dem Thema dieses Lehrauftrages beschäftigt, sondern an der Hand von etwa vier namentlich therapeutischen und technischen Forschungen und Erfindungen den Nachweis erbringen will, daß ich für die auf Wunsch des Ministers beantragte Professur ungeeignet bin. Es führt aus meinen etwa 100 Arbeiten nur vier auf, darunter auch meine technischen Arbeiten. Ueber meine als Mitarbeiter der Technischen Rundschau auch in dieser veröffentlichten technischen Erfindungen erwähnt dieses Geheimgutachten, das mir durch Zufall in die Hände gefallen ist, nur den folgenden Satz:

Die sonstigen zahlreichen Veröffentlichungen des Dr. Dreuw beziehen sich auf technische Dinge, wie Anwendung von Holzspateln, Ausspülen von Kanälen, Einrichtungen des polizeiärztlichen Untersuchungszimmers, Apparate zur Heilung der Impotenz. Schon die Titel der Arbeiten zeigen, daß nirgends grundlegende Fragen der ärztlichen Technik angeschlagen sind, sondern nur Mitteilungen über Kleinigkeiten des technischen Betriebes gemacht werden, wie sie etwa von einem Klinikleiter oder Laboratoriumsvorstand in Wandanschlägen oder in Zuschriften an Hilfsärzte oder Laboranten üblich sind.“

Wenn auch meine technischen Erfindungen mit dem der Fakultät gestellten Thema gar nichts zu tun haben, so habe ich geglaubt, diese Art der „Begutachtung“ doch wörtlich erwähnen zu müssen, da ich durch Veröffentlichung allein zweier Patente, darunter eins in acht Ländern, und einer Reihe von anderen technischen Erfindungen und Einrichtungen den sachverständigen Lesern dieser

Zeitschrift kein Neuling mehr bin. Ich würde den beschrittenen Weg, die deutsche Technikerschaft und die gesamte Oeffentlichkeit als obersten Richter über das obige Urteil zu setzen, auch nicht gewählt haben, wenn mein wiederholter Antrag beim Ministerium, das mir in die Hände gelangte Urteil der Fakultät durch eine neutrale Instanz prüfen zu lassen oder mich im Ministerium mit den betreffenden Mitgliedern der Fakultät zu konfrontieren, beantwortet worden wäre."

Anmerkung der Redaktion der T. R.: Wir haben geglaubt, unserem langjährigen Mitarbeiter Dr. Dreuw das Wort in dieser die technischen Kreise interessierenden Angelegenheit erteilen zu sollen, da wir glauben, daß soweit die technische Seite berührt wird, Dr. Dreuw ein Recht hat, Klarheit und Wahrheit zu verlangen.

Das Archiv für physikal. diät. Therapie schrieb:

„Wir haben im Archiv 1917 Nr. 5 einen Teil von Dreuws technischen Erfindungen veröffentlicht und müssen gestehen, seine in der ganzen Welt anerkannte Technik der polizeiärztlichen Untersuchungen und das in unserem Archiv angegebene neue Prinzip der in allen Ländern patentierten „Endo-Ectomassage" als eine Kleinigkeit zu bezeichnen, wie sie ein Laboratoriumsvorstand in Wandanschlägen für Laboranten macht, ist das Unerhörteste, was wir bisher gehört haben. Wir erinnern nur daran, daß Dr. Dreuw auf der Dresdener Hygieneausstellung 1911 eine technische Ausstellung veranstaltete, die die Ueberschrift trug: Projekt einer Musterausstellung für polizeiärztliche Untersuchungen, ausgestellt vom Königlichen Polizeipräsidium in Berlin nach Angaben von Polizeiarzt Dr. Dreuw". Die Technik dieser Ausstellung war so hervorragend, daß das Berliner Polizeipräsidium nach den Ideen Dr. Dreuw's technisch reformiert wurde (Fischers med. Verlag, Berlin), daß der Gesundheitsrat von Cincinnati sich schon 1912 an Dr. Dreuw um „guidance and information" in diesen technischen Fragen wandte und der Chefarchitekt des Sultans zusammen mit Exzellenz Prof. Dr. Nourredine (Januar 1914) zu Dr. Dreuw kamen, um sich über diese technischen Neueinrichtungen Vortrag halten zu lassen, daß Dr. Dreuws Arbeiten auf diesem Gebiet ins japanische, (von der japanischen Regierung!) ins englische und französische übersetzt wurden, kurzum „international" ebenso wie die „Dreuw'sche Salbe" anerkannt wurden. Nur die Berliner Fakultät (gez. His-Franz) erklärt beide Erfindungen für Kleinigkeiten und Entlehnungen, um zu verhindern, daß beim Neuaufbau des korrupten Deutschland das Wort wahr werde: „Dem Tüchtigen freie Bahn". Man fürchtet eben den Zusammensturz des Systems.

Die „Berliner Volkszeitung" schrieb unter der Ueberschrift „Wissenschaftliche Schiebungen":

„Wissenschaftliche" Schiebungen.
Der Fall Dr. Dreuw.

Der „Berliner Volks-Zeitung" wird von akademischer Seite geschrieben:

Auf eigenartige Verhältnisse im preußischen Unterrichtsministerium wie in gewissen Universitätsfakultäten läßt ein „Fall" schließen, der sich nach den Angaben des Hauptbeteiligten wie folgt abgespielt hat:

Dr. Dreuw, der bekannte Dermatologe und Polizeiarzt, wurde von Minister Haenisch zu einem mehrwöchigen Studienaufenthalt in Frankfurt a. M. angeregt, um dort an der früheren Wirkungsstätte von Professor Ehrlich die Fortschritte in der Salvarsanbehandlung kennen zu lernen. Zur Tragung der Kosten dieser Studienreise erbot sich das Speyer-Haus in Frankfurt a. M., das auch durch Hergabe finanzieller Mittel wesentlich zur Errichtung der dortigen Universität beigetragen hat. Dr. Dreuw lehnte es aber als ausgesprochener Gegner des Ehrlichschen Heilserums entrüstet ab, sich in die Abhängigkeit des „Salvarsankapitals" zu begeben und fuhr auf Staatskosten nach Frankfurt. Seine dortigen Studien bestärkten ihn im übrigen in seiner ablehnenden Haltung gegenüber dem Salvarsan.

Kurz nach seiner Rückkehr wurde Dr. Dreuw ein Lehrauftrag über staatliche Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten vom Minister Haenisch in Aussicht gestellt. Während die Verhandlungen darüber noch in der Schwebe waren, wurde er abermals ins Ministerium gebeten, wo man — in Gegenwart des Geheimrats Kolle — nochmals versucht haben soll, ihn durch das Versprechen eines namhaften Gehalts sowie durch Oeffnung der ihm bisher verschlossenen Fachpresse zur Revision seines Urteils über die Heilkraft des Salvarsans zu veranlassen. Diesen „wissenschaftlichen Kuhhandel" wies Dr. Dreuw aufs höchste empört ab, worauf ihm das Ministerium eröffnete, er könne die Professur, für die er in Aussicht genommen, leider nicht erhalten. Dieses Resultat führt Dr. Dreuw unmittelbar zurück auf seine Salvarsanfeindschaft, dann aber auch auf ein Geheimgutachten der Berliner medizinischen Fakultät über seine wissenschaftliche Befähigung, wovon er nachträglich Kenntnis erhielt, und das er als „Verleumdung" charakterisiert. Schließlich teilt Dr. Dreuw mit, daß er trotz wiederholter Eingaben an den Minister und obwohl bereits seither ein Jahr verstrichen ist, bisher noch keine „neutrale" Prüfung seiner wissenschaftlichen Qualität und Lehrbefähigung erzielt hat.

Dies der Tatbestand nach der Darstellung Dr. Dreuws, der natürlich für seine Angaben allein verantwortlich ist. Im übrigen wird über den Fall demnächst in der preußischen Landesversammlung verhandelt werden, wo auch Minister Haenisch Rede und Antwort zu stehen haben wird. Auf diese Weise wird vermutlich erst durch das Parlament eine einwandfreie Klärung dieser höchst eigenartigen Vorgänge geschaffen werden. Die Presse aber hat keinerlei Veranlassung, ihrerseits auf Grund einseitiger Darstellung dazu kritisch Stellung zu nehmen.

Eins aber muß — ohne Rücksicht auf die Besonderheiten dieses Falles — gesagt werden: Es ist ein völlig unhaltbarer Zustand, wenn heute noch über die Erteilung von Lehraufträgen an Universitäten das Unterrichtsministerium auf Grund von „Geheimgutachten" entscheidet. Auf diese Weise muß ja der „wissenschaftlichen" Cliquenwirtschaft Tür und Tor geöffnet werden! Unsere Revolution ist wirklich an der obersten Oberfläche geblieben, wenn sie nicht einmal diese vorsintflutliche Feme weggefegt hat. Nachgerade wird es aber wirklich Zeit, daß dieses „System" verschwindet!

L—g.

Als Kuriosum erwähne ich aus dem Prozeß „Prof. Nicolai contra Senat der Universität" die folgende Notiz aus dem Berl. Tageblatt vom 17. 12. 20:

Professor Nicolai gegen den Senat der Berliner Universität.

Das Disziplinarurteil vom 5. März.

Vor der 8. Zivilkammer des Landgerichts I Berlin begann gestern der Prozeß, den der außerordentliche Professor Dr. Georg Friedrich Nicolai gegen den früheren Rektor der Universität Geheimrat Meyer, sowie gegen die zwölf früheren Mitglieder des Senats angestrengt hat. Unter den Beklagten befinden sich die Professoren Exzellenz Harnack, Stammler, Seeberg, Dessoir und andere Mitglieder unserer Universität. Der Kläger, der selbst erschienen war, wurde von Rechtsanwalt Dr. Ernst Emil Schweitzer, die Beklagten von Rechtsanwalt Dr. Ernst Beer vertreten.

Der Grundgedanke, auf den Rechtsanwalt Dr. Schweitzer die Klage stützt, war der, daß das Urteil eine Fülle von Unwahrheiten enthalte. Dies suchte der klägerische Anwalt in sehr eingehender Darlegung nachzuweisen. Rechtsanwalt Dr. Beer betonte demgegenüber, daß es von vornherein ausgeschlossen erscheine, daß Professoren etwas Unwahres in einem amtlichen Urteil behaupten. Der Senat habe lediglich nach bestem Wissen seine Pflicht erfüllt. Hiergegen wandte sich Professor Nicolai selbst in sehr temperamentvollen Worten. Rechtsanwalt Dr. Schweitzer wies gleichfalls darauf hin, daß Professor Nicolai in der Presse sowohl als in seiner Rechtfertigungsschrift an den Herrn Kultusminister direkt von Lüge und Fälschung gesprochen habe, ohne daß es zur Einleitung eines Disziplinarverfahrens gekommen wäre. Offenbar sei man sich auch im Kultusministerium darüber klar, daß dem Kläger schwerstes Unrecht getan worden sei. Im vollen Bewußtsein seiner vollen anwaltlichen Verantwortlichkeit müsse er hervorheben, daß das Urteil bewußte Unwahrheiten enthalte und daß die dort Professor Nicolai gemachten Vorwürfe entweder auf Erfindung oder grober Entstellung beruhen. Der ganze Fall Nicolai basiere eben darauf, daß sich Nicolai lieber den schwersten Verfolgungen aussetzte, ehe er auf die Vertretung seiner Ueberzeugung verzichtete.

Ohne auf die politisch hier nicht interessierende Seite des Falles einzugehen, veröffentliche ich nur diese Notiz und bemerke, daß am 20. 3. 22 in der „Welt am Montag" Prof. Nicolai vom Auslande aus schrieb, daß die 13 Professuren notorische Unwahrheiten in Geheimakten hineingebracht und sich weigerten die Wahrheit durch ein ordentliches Verfahren an den Tag kommen zu lassen, weil die Masse der deutschen Professoren den Willen zur Aufdeckung der Wahrheit bisher nicht aufzubringen vermochte:

Berlin, den November 1920.

An den Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung,
Herrn Haenisch, Berlin W., Unter den Linden.

In Nr. 47 der Weltbühne ist ein Artikel von Dr. Schweitzer erschienen, der schwerste Beschuldigungen gegen die Senatsmitglieder der Berliner Universität enthält. Den Herren Cohn, Dessoir, Diels, v. Harnack, Hefter, Meyer, Penck, Rubens, Rubner, Seeberg, Stammler, Stutz und Wollenberg wird dort vorgeworfen, sich dadurch gegen ihre Pflichten als Lehrer der Jugend vergangen zu haben, daß sie aus politischen Gründen die wissenschaftliche Wahrhaftigkeit hintenan gesetzt haben.

Dieser Vorwurf ist umso ernster zu nehmen, weil bereits vor mehr als einem halben Jahr Professor Nicolai in einer öffentlichen und in einer an Sie gerichteten Denkschrift denselben Vorwurf gegen diese dreizehn Senatsmitglieder erhoben hat und weil bisher von den Angegriffenen kein Widerspruch erfolgte.

Auch wir selbst haben durch die Presse, die wir sowohl Ihnen als dem damaligen Rektor Herrn Meyer zugehen ließen, zweimal auf diese Denkschrift und deren Anschuldigungen hingewiesen und betont, daß es uns vom kulturellen und nationalen Standpunkt aus undenkbar schiene, solche schweren Beschuldigungen, wie die der Verleumdung und Lüge, ruhig auf sich bewenden zu lassen und wir forderten mit Hinsicht auf die Ehre der deutschen Wissenschaft Herrn Reektor Meyer öffentlich auf, sich hiervon zu reinigen, oder falls ihm dies nicht möglich sei, sein Amt in reinere Hände zu legen.

Trotzdem wurde geschwiegen! In allen Entgegnungen beschränkten sich die Senatoren darauf, ihr formales Recht zu betonen, ohne auf den materiellen Vorwurf — ihr Gutachten ausschließlich auf Lügen aufgebaut zu haben — überhaupt nur einzugehen! Ja, man hielt es sogar mit der sonst immer betonten nationalen Würde für vereinbar, demselben Herrn Prof. Nicolai, der die höchste Instanz der Berliner Universität derart brandmarkte und beleidigte und der seine Beschuldigungen nie zurücknahm, zu gestatten, seine Vorlesungen an dieser Universität fortzusetzen. Der als „unwürdig befundene" Prof. Nicolai wurde plötzlich — ohne öffentliche Rehabilitierung — als „würdig" befunden!

Der Eindruck, daß hier vertuscht und verschleiert werden soll, verstärkt sich immer mehr. Wir aber, und mit uns weite Kreise der Bevölkerung halten im Interesse der deutschen Wissenschaft eine restlose Aufklärung für unbedingt notwendig: die staatlichen Vertreter deutscher Wissenschaft dürfen einfach eine solche schwere Beschuldigung nicht widerspruchslos hinnehmen.

Wir machen Sie sowohl, Herr Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung, als auch die dreizehn Herren Senatoren auf diesen Tatbestand erneut aufmerksam. Es ist notwendig, daß die dreizehn Beschuldigten gegen diejenigen, die sie eines derartigen Vergehens zeihen, Klage erheben, resp. durch die Autorität des Ministeriums dazu gezwungen werden. Sollten sie aber wider alles Erwarten dies nicht tun, so erscheint es geboten, eine Disziplinaruntersuchung gegen diese dreizehn Herren zu veranlassen, die wir hiermit zu beantragen uns erlauben.

Deutsche Friedensgesellschaft. Ortsgruppe Berlin.
gez. Hermann Schneider.

(Vergl. das Fakultätsgutachten der Professoren [S. 34], die ich S. 13 mit Namen genannt habe.)

Diese und noch mehr Tatsachen machen unbedingt, wie ich es vorgeschlagen,

eine Universitätsreform nötig.

Geh.-Rat Prof. Dr. v. Below sagt im „Tag“ Nr. 161:

„Wenn einmal ein Kritiker die Geschichte der Universität schreiben wird und dabei Umschau über die Besetzung der verschiedenen Fächer hält, so wird er in Verlegenheit kommen, falls er darüber Auskunft geben soll, warum der oder jener von den jetzt Beförderten sein Ordinariat erhalten hat. Denn als „Revolutionsgewinnler“ abgestempelt zu sein, ist doch unangenehm. Lieber statt dessen kein Ordinariat . . . Herr Haenisch fällt den übrigen Kultusministern auf die Nerven.“

„Hochschulreform!: rief Unterstaatssekretär Becker auf dem Göttinger Studententag. Seitdem Herr Haenisch nach außen hin als Nichtfachmann der Ruder des Kultusministeriums führte, war er der Kulutrgefangene einer Gesellschaft von Unterstaatssekretären, Ministerialdirektoren und Geheimräten, die, wie von Below schreibt, „einen Absolutismus errichtet haben, der auch einfache Verfügungen auf geistigem Gebiet erläßt, der jedoch im Gegensatz zum früheren aufgeklärten Absolutismus nicht einmal weiß, was er will.“ In der Mitte, sozusagen auf dem Throne dieses unaufgeklärten Absolutismus saß der Emporkömmlings-„Sozialdemokrat“ Haenisch, ein früherer Unterprimaner, der, wie er mir wiederholt mitteilte, nie an eine Revolution in Deutschland dachte, sie auch für unmöglich hielt, der in Parvus’ Glocke den Sozialimperialismus predigte und am 8. Nov. noch nicht wußte, daß er vom 11. ab die deutsche Kultur als „Sozialdemokrat“ mit dem Absolutismus der k. k. Geheimräte beregieren würde. Das er aber ein Jahr nach dieser „Kulturregierung“ von seiner eigenen Partei im März 1920 mit nur 46 gegen 43 Stimmen neugewählt wurde, zeigt, daß man zwar wußte, wohin er die „Kultur“ gebracht hatte, daß man aber nicht imstande war, den verfahrenen Karren wieder ins richtige Geleise zu bringen, wie Herr Haenisch selbst meint, „aus Mangel an tüchtigen Leuten in der Sozialdemokratie“. Herrn Haenisch genügt in seiner Bescheidenheit die Zahl 46: 43.

Ein kultureller Wiederaufbau ist nur möglich, wie vor hundert Jahren durch eine geeignete Auswahl der Lehrer der studierenden Jugend, wobei die Standhaftigkeit und die Unbestechlichkeit und das Nichtstrebertum berücksichtigt werden müssen. Die Art der Auswahl aber im neuen Staate spottet jeder Beschreibung. Er glaubt zu dirigieren und wird dirigiert. Die Begutachtung für Universitätsdozenten ist geheim. Schon lange vermutete man, daß ein Cliquenwesen in den Fakultäten in Verbindung mit Unterstaatssekretären, Ministerialdirektoren und Geheimräten das Geheimbleiben der Gutachten mißbrauche, um mit Unwahrheiten ihnen nicht genehme Kandidaten zu Fall zu bringen. Nie erfuhr der Betreffende etwas über das Femgericht hinter seinem Rücken. Da wollte es nun der Zufall, daß mir durch den Herrn Kultusminister Haenisch in seiner Naivität zum Schrecken der Clique, die darüber wütete wie nie zuvor, ein solches Gutachten über mich für einige Stunden übergeben wurde. Und was entdeckte selbst ein Laie? Es war ein Verleumdungsgutachten der schlimmsten Sorte. In der Presse wurde sofort das von der Berliner medizinischen Fakultät gegen mich angegebene Geheimgutachten veröffentlicht, das für die bevorstehende Reform der Profes-

sorenberufung von einer gewissen Bedeutung ist. Ich habe es ohne Widerspruch der Fakultät in der Presse sofort hinterher als Verleumdungsgutachten bezeichnet.

Da das Fakultätsgutachten nunmehr veröffentlicht ist und die gegen mich vorgebrachten Verleumdungen der Fakultät weiteren Kreisen zugänglich geworden sind, so liegt es im öffentlichen Interesse, einmal diese Art der Begutachtung durch „Amidade" innerhalb und außerhalb des Ministeriums zu beleuchten, damit bei der Reform des Universitätswesens endlich Remedur dahin geschaffen wird, die Besetzung der Lehrstühle nicht einigen befreundeten Stellen innerhalb des Ministeriums zu überlassen, sondern daß die zu besetzenden Lehrstühle öffentlich bekannt gegeben und dem Bewerber Gelegenheit gegeben wird, sich gegen schwarze Listen offen und ehrlich zur Wehr zu setzen. Wenn man hört, daß der Referent für die Universitätsprofessuren ein etwa 32 jähriger, in der Wissenschaft und Literatur völlig unbekannte Assessor, der zum Geheimrat ernannte Wende, war, der die Ehre hatte, der Duzfreund seines Vorgängers und jetzigen Chefs, des Geheimrats und Unterstaatssekretärs Carl Becker, zu sein (bei telephonischen Anfragen Wende's hört man das Wort: „Was meinst Du, Carl?") war, dann ist mein Fall, bei dem der noch nie dagewesene Zufall mir das Verleumdungsgutachten in die Hände spielte, vielleicht geeignet, weiteren Kreisen die Augen zu öffnen über die Gefahren, die unserm Volke drohen. Daß sich die Universitäten Jahre lang einen ca. 32 jährigen bisher völlig unbekannten Assessor als Personalreferenten gefallen lassen, ist ein Zeichen ihrer Bescheidenheit und wissenschaftlichen Bedürfnislosigkeit, ein Zeichen, daß sie selbst mit schuld an den Zuständen sind. Warum lehnen sie sich nicht geschlossen dagegen auf? Insbesondere gegen Wende's Indiskretionen über amtlich ihm gemachte Mitteilungen, die momentan das Parlament beschäftigen.

Ich werfe der Fakultät*) hiermit öffentlich vor, und habe das bereits in meinen Eingaben zur Wahrnehmung meiner Interessen getan, deretwegen neben der Wahrung öffentlicher Interessen auch dieser Aufsatz geschrieben wird, daß sie ein notorisch und unwahres Tendenz- und Verleumdungsgutachten über mich abgegeben hat. Ich werfe dem Kultusminister und seinen Räten vor, daß sie, nachdem ich sie auf die Verleumdungen aufmerksam gemacht, seit einem Jahre nicht die nötigen Schritte zur Klarstellung getan haben, obwohl man dies als Staatsbürger verlangen kann.

1) Das Gutachten beschäftigt sich nicht mit einem Wort mit dem Thema „Moderne Prostitutionsbekämpfung" oder „Staatliche Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten". Dies ist schon auffallend, weil ich auf diesem Gebiete (Gutachten S. 224) mich besonders beschäftigt habe.

2) Die Mitteilung, ich hätte mich gegen das Salvarsan gewandt, schon zu einer Zeit, wo ungünstige Erfahrungen noch kaum vorlagen, ist unwahr. Ich habe am 10. Dezember 1910, als Ehrlich wegen Gemeingefährlichkeit die damalige Methode aufgeben mußte, den ersten Vortrag (also die erste Veröffentlichung) darüber gehalten unter Anführung von etwa 30 selbsterlebten schwersten Körperschädigungen.

3) Die Behauptung, meine technischen Erfindungen (patentiert in allen Ländern) seien „nur Mitteilungen von Kleinigkeiten des technischen Betriebes, wie sie etwa von einem Laboratoriumsvorstand im Wandankleben oder in Zuschriften an Hilfsärzte oder Laboranten üblich sind", ist eine wider besseres

---

*) Aus „Sexualrevolution" Seite 317.

Wissen aufgestellte Behauptung, denn so beschränkt sind die internationalen Patentämter nicht. Man merkt die Absicht und wird verstimmt. Die „Technische Rundschau", deren Mitarbeiter ich bin, hat in einem von mir verfaßten Appell an die Techniker Wahrheit und Klarheit verlangt. Aber nichts ist geschehen.

4) Die Behauptung, die in allen dermatologischen Lehrbüchern des In- und Auslandes, sogar in französischen, international anerkannte, seit zwanzig Jahren von mir in die Wissenschaft eingeführte, von dieser als „Dreuwsche Salbe", von Prof. Lassar als „Novum-Salbe" bezeichnete, Salbe gegen Schuppenflechte, die Millionen von Menschen glücklich gemacht hat, sei nur eine „kleine Aenderung einer von Eichhoff in Elberfeld angegebenen Methode", ist eine Verleumdung. Trotz meiner durch den Kultusminister an die Fakultät gerichteten Aufforderung, irgend einen Beweis hierfür zu erbringen oder die Eichhoffsche Methode zu nennen, trotz der Bitte des Vorstandes der sozialdemokratischen Fraktion an den Kultusminister, diese Prüfung, die in zwei Stunden zu machen ist, da sie keiner wissenschaftlichen Forschungen bedarf, zu erledigen, ist dies seit einem Jahre nicht geschehen, weil es eine aus der Luft gegriffene Verleumdung ist, die vielleicht nur deswegen aufgestellt worden ist, weil man glaubte, das Gutachten käme mir nicht zu Gesicht. Hierin liegt die Gefahr für die Gelehrten und den Wiederaufbau.

5) Die Behauptung, die von mir 1910 entdeckte neue Haarerkrankung sei keine neue Erkrankung, und sei als solche nicht anerkannt, ist unwahr. Die von der Stadt Berlin eingesetzte Prüfungskommission, bestehend aus Professor Joseph und als Vertreter der Regierung Geheimen Medizinalrat Weißenborn, haben die Fälle offiziell besichtigt und als neue Krankheit anerkannt, in der Schweiz, in der Türkei und in Deutschland ist sie von hervorragenden Forschern als neue Entdeckung anerkannt und in meinem Vortrage im Berliner Rathause 1910 wurde sie von den Berliner Schulärzten ebenfalls anerkannt.

Das Wende-Becker Amidade-Unwesen muß mit Stumpf und Stiel ausgerottet werden. Die Erneuerung Deutschlands kann nur durch eine Auslese unbestechlicher Forscher und Bekenner der Wahrheit, die aber zweckmäßig nicht durch den Freundschaftsbund Wende-Becker, sondern durch eine Kommission wirklicher Fachkenner im offenen Verfahren geschieht, erfolgen.

In einem Berliner Abendblatt verteidigte sich Herr Minister Haenisch gegen die ihm angeblich nachgesagten Verleumdungen in einem Aufsatz: „Die Verwilderung der politischen Sitten". Er schrieb, „er habe noch niemals jemandem mit Bewußtsein Unrecht getan und möchte dies auch in Zukunft nicht tun." Ein Minister aber, der nicht in der Lage war, ein geheimes amtliches Verleumdungsschriftstück gegen einen Bürger dieses Staates, dem er dasselbe selbst übergeben, allerdings ohne die Folgen zu ahnen, trotz der Bitte seines Parteivorstandes neutral auch nur zu prüfen, mag feuilletonistische Vorschläge zur Abstellung der Verwilderung der Sitten machen, er hätte einmal in seinem Ministerium beginnen sollen, damit man sich nicht „angeekelt" von der „Gerechtigkeit" dieses Staates fühlt, der uns als „Zukunftsstaat" von den geistigen Lehrern Haenischs versprochen wurde. „Gift und Dolch sind heute die bevorzugtesten Waffen im politischen Meinungskampf. Reinigung der politischen Atmosphäre von ekeln Miasmen. Flucht an die Oeffentlichkeit (was ich hiermit tue. Dr. Dreuw). Gelingt diese dringend notwendige Reinigung nicht schnell, dann werden alle tüchtigen und feinfühligen Menschen angeekelt aus dem öffentlichen Leben sich zurückziehen". Diese Worte schrieb ausgerechnet Herr Haenisch in dem erwähnten Abendblatt. Da er sich aber

fortwährend, sogar bei der Eröffnung der Düsseldorfer Kunstausstellung, in wenig angebrachter Weise und selbst bei seinem „Fall" anläßlich der Friedmann-Sklarz-Affäre (früher nach Haenisch Schwindel, heute bestes Tuberkulosemittel) usw. darüber beschwerte, daß man „seine" Ehre für „vogelfrei" erklärt, so schrieb ihm eine Berliner Zeitung, er möge zunächst einmal in gerechter Weise die Verleumdungen ihm unterstellter Universitätsbehörden in Bezug auf die Ehre anderer prüfen.

Die Berliner „Deutsche Montagszeitung" beschäftigte sich mit den Düsseldorfer Ereignissen. Dort hatte der Minister sich dagegen ausgesprochen, daß er gegenüber Verleumdungen vogelfrei sein dürfe, und dazu stellte die „D. M.-Z." in Parallele Haenischs merkwürdiges Verhalten gegenüber seinem alten Mitkämpfer Dr. Dreuw, dem Haenisch nicht zu seinem Recht gegenüber falschen Anschuldigungen der Berliner medizinischen Fakultät verhilft. In diesem Zusammenhange sagte die „Deutsche Montagszeitung": Das Rechtsbewußtsein, Herr Minister, ist doch kein Rock, den man sich ausleiht, um ihn später zerfetzt zurückzugeben mit dem kühlen Danke, man habe ihn eigentlich gar nicht gebraucht."

Und der Studententag in Göttingen mag beschließen, was er will. Wenn man hinsichtlich der Auswahl der Universitätsprofessoren nicht den Geheimrats-Absolutismus und die Vetternschaft Wende-Becker abschafft, dann wird, nach v. Below, „schon der gesunde Sinn der Studentenschaft das Richtige finden", wenn es möglicherweise nicht schon zu spät ist.

Da auch Helmholtz, Dieffenbach, Schaudinn, Ranke, Mahling, Bernhard u. a. von der Fakultätsklicke der damaligen Zeit für unfähig befunden wurden, einen Lehrstuhl zu bekleiden, da auch Semmelweiß in den Augen der Fakultätsgötter ein Ignorant war, so befinde ich mich in guter Gesellschaft und diene als lebender Beweis dafür, daß im neuen Deutschland sich nicht viel geändert hat, da der Geheimratsklüngel heute im Bunde mit der großindustriell verseuchten „voraussetzungslosen" Wissenschaft mächtiger ist denn je.

Und doch sind die Ketten, die Fakultäten, ministerielle Geheimräte und medizinische Fachzeitungen der Freiheit des medizinischen Denkens angelegt haben und noch anlegen wollen, nicht stark genug.

Unterdessen hatte der Abgeordnete Lüdicke die folgende „Kleine Anfrage" an die Landesversammlung gestellt: (Stenogr. Bericht der 153. Sitzung der Preußischen Landesversammlung vom 17. September 1920):

Präsident Leinert: Wir kommen zum elften Punkt der Tagesordnung: **Kleine Anfrage Nr. 557 des Abgeordneten Lüdicke über die Stellungnahme des Spezialarztes Dr. Dreuw zur Salvarsanheilung.** — Drucksache Nr. 2468.

Ich ersuche den Herrn Abgeordneten Riedel (Pritzwalk), die Anfrage zu verlesen.

Riedel (Pritzwalk), Fragesteller (D.-nat. V.-P.): Der Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung hat nach Zeitungsnachrichten durch Schreiben vom 7. Februar 1919 dem als Gegner der Salvarsanheilung bekannten, jetzt im Wohlfahrtsministerium tätigen Spezialarzt Dr. Dreuw geraten, auf Kosten des vom Salvarsan-Kapital unterhaltenen Speyerhauses in Frankfurt a. M. einen mehrwöchigen Studienaufenthalt zu nehmen. Dr. Dreuw lehnte zwar dieses Angebot ab, weil er darin die Absicht einer Bestechung durch die Salvarsangesellschaft erblickte, nahm aber auf Staatskosten zwecks Prüfung der Fortschritte in der Therapie des Salvarsans einen zehntägigen Aufenthalt in Frankfurt a. M. und berichtete alsdann dem Herrn Minister, daß er sein abfälliges Urteil nicht ändern könne. Kurz darauf wurde Dr. Dreuw, dem vom Minister ein Lehrauftrag über staatliche Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten in Aussicht gestellt worden war, nochmals in das Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung gebeten, und es wurde ihm, angeblich unter vorheriger Zustimmung des Herrn Ministers, in Gegenwart des

Referenten für medizinische Professuren vom Geheimrat Kolle als Vertreter des Salvarsan-Instituts ein Jahresbeitrag von 25 000 Mark aus dem Fonds des Speyerhauses unter der Bedingung angeboten, daß er die Polemik gegen das Salvarsan nicht mehr, wie bisher, weiterführe, und ferner ihm für diesen Fall versprochen, die ihm seit Jahren verschlossene Fachpresse wieder zu eröffnen. Dr. Dreuw lehnte dieses Angebot ab. Zwei Wochen darauf wurde ihm mitgeteilt, daß ihm der in Aussicht gestellte Lehrauftrag nicht erteilt werden könne.

Sind diese auf Zeitungsnachrichten beruhenden tatsächlichen Behauptungen zutreffend?

Bejahendenfalls, welche Maßnahmen gedenkt die Staatsregierung gegen die an diesen unlauteren Machenschaften unmittelbar oder mittelbar beteiligten Persönlichkeiten zu ergreifen?

Präsident Leinert: Zur Beantwortung der Anfrage hat das Wort der Herr Vertreter der Staatsregierung.

Rammelsberg, Kreisschulrat, Regierungsvertreter: In der kleinen Anfrage des Abgeordneten Lüdicke wird der Vorwurf erhoben, daß in unlauterer Weise von seiten des Kultusministeriums bezw. von dem Direktor des Instituts für experimentelle Therapie in Frankfurt a. M., Geheimrat Kolle, auf den Salvarsangegner Dr. Dreuw eingewirkt worden sei, um ihn zu einer Aenderung seiner ablehnenden Haltung gegenüber dem Salvarsan zu bewegen. Die im wesentlichen bereits in einer amtlichen Veröffentlichung bekanntgegebene Sachlage ist folgende.

Der bekannte, von Dr. Dreuw seit längerer Zeit geführte Kampf gegen das Salvarsan hatte Formen angenommen, die zwischen ihm und der auf der Gegenseite stehenden überwiegenden Mehrzahl seiner Fachgenossen eine Verständigung auf sachlicher Grundlage und durch wissenschaftliche Diskussion als ausgeschlossen erscheinen ließen. Bei dieser Sachlage und der überaus großen Bedeutung der Salvarsanfrage für die Volksgesundheit hielt es der Kultusminister für seine Aufgabe, dahin zu wirken, daß zwischen Dr. Dreuw und seinen Gegnern insoweit Beziehungen wiederhergestellt würden, daß eine gegenseitige sachliche Würdigung der gegensätzlichen Argumente ermöglicht würde. Zu diesem Zwecke wurde nach Einvernehmen mit Dr. Dreuw und dem um die Salvarsanforschung hochverdienten Geheimrat Kolle Dr. Dreuw auf Kosten des Ministeriums nach Frankfurt entsandt, um dort die im Institut für experimentelle Therapie und im Speyerhaus vorhandenen Einrichtungen zur Prüfung des Salvarsans und die dort befolgten Arbeitsmethoden kennen zu lernen. Bei der mündlichen Erörterung der Frage der Deckung der nicht unerheblichen Kosten der Reise wurde, um jeden Anschein einer Beeinflussung des Dr. Dreuw zu vermeiden, von der angebotenen Uebernahme der Kosten auf das — übrigens ressortmäßig dem Kultusministerium selbst unterstellte — Speyerhaus abgesehen und vom Kultusminister ein Fonds des Ministeriums dafür zur Verfügung gestellt.

In Fortsetzung der in Frankfurt gepflogenen Verhandlungen fand alsdann eine zwischen Dr. Dreuw und Geheimrat Kolle vereinbarte Besprechung im Amtszimmer des zuständigen Referenten im Kultusministerium statt, bei der Geheimrat Kolle ausführte, daß es, um der Auseinandersetzung mit den Auffassungen von Dr. Dreuw eine feste Grundlage zu geben, erforderlich sei, wenn Dr. Dreuw sich im Anschluß an die ihm vorgeführten Demonstrationen im Frankfurter Institut und in den Frankfurter Kliniken auch selbst mit den strittigen Fragen der Salvarsantherapie durch eigene wissenschaftliche Arbeiten weiterhin befaßte. Hierzu würde es der Einrichtung eines kleinen Laboratoriums bezw. einer kleinen Poliklinik bedürfen. Im Laufe der Besprechung dieses Vorschlages wurde festgestellt, daß selbstverständlich dabei eine Behandlung von Patienten mit Salvarsan durch Dr. Dreuw nicht in Frage kommen könne, solange er entschiedener Gegner dieser Behandlungsmethode sei, daß es sich vielmehr nur darum handeln könnte, ihm neben seiner eigenen Praxis die Möglichkeit zu bieten, die klinischen Anwendungen auch des Salvarsans fortlaufend zu beobachten. Demgemäß wurde Dr. Dreuw der Vorschlag gemacht, einen Assistenzarzt anzunehmen, der nach gründlicher Ausbildung in der Salvarsanbehandlung diese in der Poliklinik des Dr. Dreuw selbständig und unter eigener ärztlicher Verantwortung vorzunehmen haben würde. Zur Bestreitung des durch diese Einrichtung entstehenden Aufwandes bot Geheimrat Kolle die Hilfe des Speyerhauses in Frankfurt an und erklärte, daß dieses möglicherweise bereit sein würde, auf einige Jahre einen jährlichen Betrag von 25 000 Mark dafür zur Verfügung zu stellen. Im Anschluß hieran sprach Geheimrat Kolle die Erwartung aus, daß Dr. Dreuw künftig nicht mehr in der bisherigen Form der unwissenschaftlichen Zeitungspolemik die Diskussion der Salvarsanfrage weiterführen möchte, da hierdurch eine sachliche Auseinandersetzung mit ihm unmöglich gemacht sei. Dagegen erklärte Geheimrat

Kolle, daß er bemüht sein wolle, Dr. Dreuw die ihm seit längerer Zeit verschlossene medizinische Fachpresse wieder zu eröffnen, um die Austragung der gegensätzlichen Auffassungen auf wissenschaftlicher Grundlage zu ermöglichen. Ein Versprechen konnte von Geheimrat Kolle nach dieser Richtung schon aus dem Grunde nicht ge gegeben werden, da die Leiter der großen medizinischen Fachzeitschriften selbständig darüber befinden, welche Arbeiten sie aufnehmen oder ablehnen wollen. Wie wenig von Dr. Dreuw selbst an diesem Angebot Anstoß genommen wurde, ergibt sich daraus, daß er erklärte, er hoffe, ein bereits zu Post gegebenes Manuskript für einen weiteren polemischen Zeitungsartikel auf telegraphischem Wege noch anhalten zu können. Bei Schluß der Unterredung erklärte Dr. Dreuw, daß er sich das Angebot des Geheimrats Kolle bis zu einer für später in Aussicht genommenen weiteren Besprechung überlegen wolle. Am gleichen Tage machte Herr Dr. Dreuw dem auf Urlaub von Berlin abwesenden Kultusminister, dem von dem Dr. Dreuw gemachten Angebot bis dahin nichts bekannt war, brieflich die Mitteilung, daß die Unterredung mit Geheimrat Kolle im Ministerium stattgefunden habe, mit dem ausdrücklichen Hinzufügen, daß sie zur Zufriedenheit verlaufen sei. Weitere Verhandlungen zwischen Dr. Dreuw und dem Kultusministerium in dieser Angelegenheit haben nicht stattgefunden.

Bei einer späteren Unterredung im Ministerium für Volkswohlfahrt, die ebenfalls zu keinem abschließenden Ergebnis führte, bei der jedoch Dr. Dreuw nunmehr Bedenken dagegen äußerte, Mittel aus Fonds des Speyerhauses für seine Arbeiten anzunehmen, wurde von Geheimrat Kolle der Vorschlag gemacht, daß das Speyerhaus die Beträge dem Ministerium für Volkswohlfahrt überweisen und daß Dr. Dreuw die Mittel für seine Arbeiten alsdann unmittelbar durch das Ministerium erhalten sollte, um so auch jeden Anschein einer Beeinflussung zu vermeiden.

Wenn aus den mit Dr. Dreuw gepflogenen Besprechungen nunmehr der Vorwurf hergeleitet wird, es sei der Versuch gemacht worden, ihn durch Geldangebote zu einer Aenderung seiner sachlichen Stellungnahme in der Salvarsanfrage zu bewegen, so erweist jedenfalls schon das Verhalten des Dr. Dreuw in und unmittelbar nach der Unterredung mit Geheimrat Kolle und dem Referenten des Kultusministeriums, daß er selbst diesen Eindruck nicht gehabt haben kann. Es bedarf daher kaum der ausdrücklichen Erklärung, daß eine solche Absicht weder beim Kultusministerium noch bei den sonst Beteiligten bestanden hat. Für die Verhandlungen mit Dr. Dreuw ist lediglich der leider unerfüllte Wunsch bestimmend gewesen, Dr. Dreuw aus der bisherigen unwissenschaftlichen und daher unfruchtbaren Polemik heraus auf den Boden einer sachlichen und allein in dieser Form der Sache förderlichen Diskussion der Salvarsanfrage zurückzuführen. Im übrigen besteht auch zwischen der hier behandelten Angelegenheit und der in der Anfrage berührten Frage der Erteilung eines Lehrauftrages an Dr. Dreuw kein irgendwie gearteter Zusammenhang.

Was endlich das in der kleinen Anfrage erwähnte Verhältnis des Dr. Dreuw zum Ministerium für Volkswohlfahrt angeht, so gehört er nicht diesem Ministerium an und ist auch nicht in ihm tätig. Er ist lediglich Mitglied des im Januar 1919 bei diesem Ministerium gebildeten Beirats zur Beratung von Fragen der Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten und der Regelung der Prostitution. Dr. Dreuw wurde in diesen Beirat berufen, weil bei seiner Zusammensetzung Wert darauf gelegt wurde, daß möglichst jede Richtung in ihm zu Worte komme.

Diese Beantwortung ist fast wörtlich der Seite 104 abgedruckten entnommen. Nur hat man die gefährlichen Stellen verändert. Was ist nun richtig, Expectoration Nr. I oder II?

Hierzu schrieben die „Altonaer Nachrichten" am 5. Oktober 1920:

Berlin, den 2. Oktober 1920.

Kulturelle Korruption oder Dekadenz?

Das Kultusministerium hat am 17. September eine kleine Anfrage des Abgeordneten Lüdicke beantwortet. Es wurde gefragt, ob unter Verantwortung des bisherigen heftigsten Salvarsangegners, des sozialdemokratischen Kultusministers Haenisch, im Kultusministerium seinem Mitkämpfer, dem Berliner Spezialarzt Dr. Dreuw 25 000 Mark jährlich vom Salvarsankapital angeboten worden seien und ob dann, 14 Tage nach der Ablehnung, dem Dr. Dreuw die vom Minister Haenisch selbst seit einem Jahre beantragte Professur „Staatliche Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten" an der Berliner Universität versagt worden sei und was gegen die an diesen unlauteren Machenschaften beteiligten Beamten geschehe? Die Tatsachen hat der Kultusminister unter Aufbietung einer großen Phraseologie zugegeben mit der Begründung, man habe Dr. Dreuw von seiner „unwissen-

schaftlichen und unfruchtbaren Polemik", leider vergebens, abbringen wollen. Das Geld sei für ein „kleines Laboratorium" angeboten worden.

An dieser nach der Behauptung Haenischs unwissenschaftlich geführten Polemik hat sich Herr Haenisch als Abgeordneter selbst in Wort, Schrift und im Parlament beteiligt, er sprach dabei von dem großen Idealisten Dr. Dreuw, von der Wissenschaftlichkeit seines Kampfes, von der Unterdrückung durch die Fachpresse, von Leichenbergen, die durch das Salvarsan verursacht würden, von dem Salvarsanwucher und von den „unsichtbaren Geistern", die in preußischen Aemtern ihr Wesen treiben, um Dr. Dreuws Forschungen zu hindern. Haenisch verfaßte selbst die von Dr. Dreuw lanzierten Zeitungsnotizen in dem nun plötzlich als „unwissenschaftlich" hingestellten Kampfe, er selbst sandte auf Staatskosten den „unwissenschaftlichen" Kämpfer an das Ehrlichsche Institut zur amtlichen Prüfung der Salvarsanfrage. Er beantragte selbst die erwähnte Professur für Dr. Dreuw. Die Fakultät gab dann ein geheimes Gutachten ab, das Haenisch versehentlich Dr. Dreuw selbst übergab, aber, trotz der Aufforderung seines Parteivorstandes, auf den bedenklichen Inhalt hin nicht nachprüfen ließ.

Die Landesversammlung nahm Dr. Dreuws Vorschläge zur staatlichen Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten an, das amerikanische Gesundheitsamt in Cincinatti bat ihn um Rat in diesen Fragen, er organisierte die Berliner Sittenpolizei, das Wohlfahrtsministerium berief ihn in seinen Beirat und sein Name ist in sämtlichen dermatologischen Lehrbüchern des In- und Auslandes erwähnt. Soeben hat der Wohlfahrtsminister Dr. Dreuw den Auftrag erteilt, auf Staatskosten eine Salvarsandenkschrift zu verfassen. Und ausgerechnet diesen nun auf einmal „unwissenschaftlichen Gelehrten" beauftragte Haenisch mit der Prüfung der Salvarsanfrage auf Staatskosten (1700 Mark). Und als Dreuw berichtete, in Frankfurt habe man, wie er bei der im Auftrage des Staates vorgenommenen Prüfung festgestellt habe, die Salvarsantodesfälle nicht gebucht, also die wissenschaftlichen Bilanzen gefälscht, da sendet man ihn, zwecks Fortsetzung der Studien, nicht etwa an die neutrale Universität, von der Haenisch als Abgeordneter behauptete, sie hielte zu Unrecht die Salvarsangegner fern, oder stellt ihn, wie versprochen, an einer staatlichen Klinik an, um objektiv zu prüfen, sondern bietet ihm im Kultusministerium 25 000 M. an, damit er sich in seiner eigenen Privat-Poliklinik einen Assistenten halte, der mit Salvarsan behandeln sollte. Denn es sei — so erklärt man — „eine kleine Klinik oder ein kleines Laboratorium nötig", um diese große Frage zu lösen. Aber — um objektiv prüfen zu können — mußte das Geld vom Salvarsankapital gestiftet werden. Warum gab man Dr. Dreuw nicht die vom Minister selbst beantragte Professur? Hatte doch der Universitätsprofessor und Vertreter der Gießener Universitäts-Hautklinik dem ablehnenden Gutachten der Berliner Fakultät gegenüber, wie dem Ministerium amtlich bekannt war, gutachtlich erklärt, diese Professur sei unbedingt nötig und in ganz Deutschland sei kein Vertreter, der das Gebiet „Staatliche Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten" so beherrsche wie Dr. Dreuw. Und welche Gründe gab man für die Ablehnung an? „Aus Gründen der allgemeinen Universitätspolitik und weil die medizinische Fakultät in der heftigsten Weise remonstriere", jene Fakultät, der Dr. Dreuw öffentlich nachsagt, daß sie ein heimliches Verleumdunsgutachten fabriziert habe.

In einem Staatswesen, das einigermaßen Wert legt auf gutes Ansehen, das darauf angewiesen ist, seinen guten Ruf von ehedem zurückzuerobern, dürfte man sich mit einer derartigen Beilegung dieser dunklen Affäre nicht zufrieden geben, — im neuen Deutschland schweigt man, schweigt die Regierung, schweigt das öffentliche, abgestumpfte Gewissen, schweigt die „Wissenschaft". Armes Deutschland! Arme Kultur! Arme Wissenschaft!

Angesichts der im Vorhergehenden geschilderten Tatsachen wagte Herr Haenisch, durch den Kreisschulrat Rammelsberg auf die „Kleine Anfrage" des Abgeordneten Dr. Lüdicke die Seite 118 abgedruckte Phraseologie dem Parlamente zu überreichen, die gegenüber seiner in derselben erwähnten früheren Darstellung Seite 104 in wesentlichen Punkten geändert ist, um dem Parlament die Darstellung zu geben, wie sie wirken soll. Entweder die erstere Darstellung oder die zweite trifft zu, oder aber, beide sind irreführend. Das letztere ist der Fall. Es handelt sich um ein phraseologisches auf die Vielgeschäftigkeit der Parlamentarier spekulierendes Tendenzstück. Der Herr Kultusminister veröffentlichte den Seite 27 abgedruckten Aufsatz „Wissenschaft und

Kapital". Hier schildert er selbst ausführlich, warum der Kampf „Formen angenommen hatte, die eine Verständigung unmöglich machten". Weil die Gegenpartei die „wissenschaftliche Diskussion", zu der ich wiederholt die Fachpresse aufgefordert hatte, unterdrückte, weil die Gegner des Salvarsans von „unsichtbaren Geistern" aus amtlichen Stellungen gedrängt wurden. Nur ein wissenschaftlicher Paria läßt sich diese Unterdrückungstaktik gefallen. Diese „Formen" können aber doch nicht durch eine vom Kultusminister vermittelte (!) Geldunterstützung aus dem Salvarsankapital, sondern nur durch Oeffnung der von den Salvarsankapitalisten geschlossenen Fachpresse, die zu öffnen Herr Kolle sich anheischig machte, weil er anscheinend gute Verbindungen hat, und durch freie Diskussion und durch Anstellung gegnerischer Dozenten gemildert werden. Sehr schön schrieb daher mein Gegner Prof. Jesionek (Seite 78):

„Wer aufrichtig wünscht, daß aus dem Kampfe das ausgeschieden werde, was nicht schön ist, kann sich nur freuen, wenn Ihnen durch die Professur Gelegenheit gegeben wird, den Kampf in anderer Weise — und dann wahrscheinlich auch in anderem Sinne weiter zu führen". Auf Grund dieses Gutachtens schrieb Haenisch den Brief vom 5. 10. 19, Seite 77.

Hier im „Echo" erwähnte Haenisch auch, weshalb die „überwiegende Mehrzahl" anderer Meinung ist. Weil die Aerzte geknebelt werden, weil ihnen die Wahrheit vorenthalten wird, sodaß ich z. B. nur durch § 11 des Pressegesetzes nur mich selbst, aber nicht die Sache betreffende tatsächliche, also nicht den Salvarsanschwindel betreffende Unrichtigkeiten richtig stellen kann. Wenn z. B. die Berl. klin. Wochenschrift im Jahre 1920 schreibt, auf 190 000 Salvarsaneinspritzungen käme nur ein Unfall und ich sende unter Begründung eine Berichtigung dahin, daß jeder fünfte Patient leberkrank, jeder fünfhundertste mindestens stirbt usw., dann wird das Manuskript „aus Platzmangel" zurückgeschickt, während dem Vetter Ehrlichs, Prof. Pinkus, noch 1918/19 zu ca. 12 Salvarsanfortsetzungen (ein ganzes Buch) der Platz zur Verfügung steht. Der Seite 129 abgedruckte Briefwechsel zeigt dies. Eine Massensuggestion auf Kosten von Leben und Gesundheit der Menschheit wurde eben von den Drahtziehern gewünscht und erzielt, sie wurde von Haenisch als Abgeordnetem bekämpft, als Minister gefördert.

Mit Hilfe dieser Massensuggestion auf anderem Gebiete wurden 93 Intellektuelle veranlaßt, 1914 das berühmte Manifest zu unterzeichnen, darunter auch v. Wassermann!! und Ehrlich!! Gelehrten-Massensuggestion!

So redete die ganze Salvarsandrahtziehergesellschaft dem Publikum eine immer wieder falsche Theorie nach der anderen vor. Mächtiger als alle Suggestion ist letzten Endes doch die Gewalt der Tatsachen, die allerdings erst dann zur Geltung kommen, wenn das Unglück geschehen.

Auch bei der Salvarsan-Massensuggestion werden und müssen die Tatsachen das letzte Wort sprechen. 8 Salvarsanleichen in 5 Monaten bei Prof. Arndt!!! 12 in einem Jahr!

„Eine Verständigung auf sachlicher Grundlage". Kaum teilt in den „Therapeutischen Monatsheften" der bekannte Med.-Rat Prof. Lochte (Göttingen) den Fall eines durch Salvarsan schwarz gefärbten Menschen mit, da wird auch schon von dem jungen Mann des Interessenten und Erfinders Prof. Kolle in derselben Zeitschrift heruntergekanzelt, als ob es einerlei wäre, daß nachweislich schon ca. 15 Menschen durch Salvarsan zu Negern

wurden. Taceat Schloßberger e instituto Kolli in ecclesia! Es ist ja nur der vorgeschickte junge Mann! Und Kolle wird von Haenisch als der „um die Salvarsanforschung hochverdiente Geheimrat“ bezeichnet. Zu jeder Antisalvarsansitzung sendet die D. G. B. G. den jungen Mann Dr. Löwenstein.

„Eine gegenseitige sachliche Würdigung der gegensätzlichen Argumente“! Wer lacht da? Können 25 000 Mark jährlich aus dem Speyerhause diese bewirken? Und dieses reine Geschäftsunternehmen, das, wie Ehrlich in Nr. 173 der Frankfurter Zeitung 1914 zugestand, ihm die Lizenzen aus Höchst übermittelte, soll plötzlich (seit wann? A. A. w. g.) „ressortmäßig“ dem Kultusminister unterstehen?? Seit wann unterstehen derartige privatkapitalistische Geschäftsunternehmungen, die (siehe Frankf. Ztg. Nr. 173, 1914) Ehrlich die Salvarsanlizenzen auszahlen, dem Unterrichtsminister? Wie kann ausgerechnet Herr Haenisch diese Verquickung von „Wissenschaft und Kapital“ (Hamburger Echo 269, 1917) zu seiner Entschuldigung anführen? „Bei dieser Sachlage und der überaus großen Bedeutung der Salvarsanfrage für die Volksgesundheit“ hätte der Minister seine Aufgabe darin sehen sollen, dahin zu wirken, daß Dr. Dreuw nicht mit dem Gelde seiner Gegner, sondern an der Universität oder einer großen Krankenabteilung objektiv sich ein Urteil bilden konnte. Dies wäre „eine würdige Fortsetzung der in Frankfurt gepflogenen Verhandlungen gewesen“. Aber nicht ein Geldangebot seitens seiner Gegner im . . . . Kultusministerium, um in einem „kleinen Laboratorium“ die große Frage zu lösen. Eine Hamburger Zeitung fragt deshalb scherzhafter Weise an, ob man Haenisch nicht etwa auch ein kleines Laboratorium offeriert hätte, um diese große Frage zu lösen. Man sage es doch gerade heraus: Da trotz Abendessen und Zureden, trotz Hinweis auf die Valuta und trotz der vielen Andeutungen auf eine staatliche Anstellung Dr. Dreuw festblieb, so versuchte man es auf diese Weise, nämlich ihn durch 25 000 Mark jährlich zur Lösung dieser großen Frage in einem kleinen Laboratorium zu gewinnen.

Der Hinweis: „ich habe an dem Angebot keinen Anstoß genommen, weil ich ein Manuskript für einen weiteren polemischen Zeitungsartikel telegraphisch anzuhalten hoffte“, ist geradezu komisch, da ich, bevor am Ende der ganzen Unterhaltung das Angebot gemacht wurde, ganz im Anfange erklärte, so lange ich in Verhandlungen mit dem Ministerium stände, würde ich keine öffentliche Polemik aus Gründen des Anstandes und der Loyalität machen. Da das Geldangebot zu der Zeit noch nicht erfolgt war, so hat diese ganz selbstverständliche Erklärung damit gar keinen Zusammenhang. Mit dem Angebot Kolle's, mir die Fachpresse zu eröffnen, hat sie aber erst recht keinen Zusammenhang. Was die Mitteilung in dem Privatbrief an den abwesenden Kultusminister Haenisch betrifft, „die Unterredung habe zur Zufriedenheit stattgefunden“, so verweise ich auf Seite 76, wo ich die Verdrehung eines Satzes aus einem Privatbrief gewürdigt habe, der von einem Geldangebot auch keine Silbe enthält.

Die Behauptung, ich habe selbst nicht den Eindruck gehabt, daß man mich durch ein Geldangebot zu einer Aenderung meiner sachlichen Stellungnahme habe bewegen wollen, setzt in dem Gehirn des Kultusministeriums Kräfte voraus, die hellseherische Wirkungen entfalten können. Ich habe bereits Seite 75 erwähnt, warum ich das Geldangebot, das zwei Minuten vor meinem Abschied erfolgte, nicht wie das Geldangebot für die Reise nach Frankfurt à limine ablehnen konnte, weil mir dann jeder Beweis gefehlt hätte. Wenn der anwesende mit Geheimrat Kolle eng liierte Herr Krüß schon nachher persönlich mit dem

Schriftstück Seite 104 von Redaktion zu Redaktion ging, Mai—Juni 20, um dort Beeinflussungsversuche zu machen, dann kann man in bezug auf derartig schwerwiegende Behauptungen, wie ich sie später aufstellte, nicht Beweise genug sammeln. In der Tat habe ich mich erst zu einer Veröffentlichung entschließen können, nachdem noch im Wohlfahrtsministerium und beim sozialdemokratischen Parteivorstand genügend Beweise gesammelt waren. Daß ich diesen Eindruck gehabt — und schließlich entscheiden über diesen Eindruck doch nicht die Beklagten — beweist, daß ich unmittelbar nach der Unterredung im Kreise meiner Bekannten, von denen einige diesen Geldausgang schon ab 6. 2. 19 vermutet und prophezeit hatten, äußerte, man habe einen notorischen Bestechungsversuch gemacht. Wenn das Parlament, das doch nun einmal anstelle des Monarchen die Aufsichtsbehörde über die Ministerien ist, sich mit einer derartigen faulen Ausrede abspeisen läßt — nun, dann verweise ich das Parlament auf das, was Abderhalden, als er dasselbe verließ, darüber veröffentlicht hat.

Wenn es dann heißt, „weitere Verhandlungen haben nicht stattgefunden", so trifft dies nicht zu. Denn wie die Briefe (Seite 82 ff) ergeben, habe ich über diese Art der Behandlung wichtiger Staatsbürgerangelegenheiten in meinen Briefen zahlreiche briefliche Verhandlungen gepflogen. Aber das Resultat war, daß Herr Haenisch als leitendes Staatsprinzip nicht die „Gerechtigkeit", sondern den Schutz seiner Beamten proklamierte, als ob diese, wie mir ein Unterstaatssekretär sagte, sich nicht selbst mit Hilfe des Beamtenbeleidigungsparagraphen genug schützen könnten. Diese Staatsauffassung entspricht dem fortwährenden Umfall eines „Sozialdemokraten", wie er in seinem Buch „Staat und Hochschule" sich sogar darin dokumentiert, daß er Ehrlich, dem Salvarsanerfinder, Weihrauch streut und ihn zu den größten Deutschen zählt. „Das läßt tief blicken". Denn vorher war er in den Augen Haenisch's ein Mann, der sich mit falschen Behauptungen in skrupelloser und wucherischer Weise bereichert hat, ein eigenartiger „Salvarsanmessias".

Was die unwissenschaftliche und daher unfruchtbare Polemik betrifft, so haben die „Altonaer Nachrichten" (Seite 119) schon die Antwort gegeben. Aber eine Frage richte ich an den „Vertreter der Wissenschaft". Der junge Herr Wende erklärte mir, die Abfassung eines Gesetzentwurfs (Seite 99) gehöre nicht zur „Wissenschaft". Was ist „Wissenschaft"? Hat Haenisch die von ihm heute gelobte Wissenschaft in „Kapital und Wissenschaft" nicht genügend geschildert? Ist diese Wissenschaft, seitdem die Sexualkapitalisten (6 Tote durch Prof. Hahn in einem Jahr!) bei ihm ein- und ausgingen, vielleicht eine andere über Nacht geworden?

Und ob ein Zusammenhang zwischen allen diesen Angelegenheiten und der Ablehnung meiner Professur besteht, darüber ist nicht — mag das Parlament sich mit der Doppelrolle Haenisch als Angeklagter und Richter begnügen — Herr Haenisch Richter, sondern die öffentliche Meinung, die Vox populi, der er ja letzten Endes sein Mandat verdankt.

Wenn es dann zum Schlusse heißt, ich sei in den Beirat des Wohlfahrtsministeriums berufen worden, damit möglichst jede Richtung zu Worte kommt, so ist dies, wie („Weltbluff") die Dokumente beweisen, nicht zutreffend.

Im übrigen ist es ein Streit um Worte, ob ich — wie Herr Lüdicke anfragte — im Ministerium tätig bin oder es sachverständig berate, die Hauptsache ist, daß ich im Beirat derartig kritische Arbeit geleistet habe, daß es nicht zu verwundern ist, wenn der Beirat am 30. November 1920 aufgelöst worden

ist. Nach den („Weltbluff“ 67) skizzierten Momentbildern aus diesem „Beirat“ nimmt es kein Wunder.

Zum Schlusse möchte ich noch das mitteilen, was Herr Haenisch selbst unter seinem Namen über die Angelegenheit veröffentlicht hat. Er schrieb in seinem Leibblatt, dem Acht-Uhr-Abendblatt, vom 8. Juli 1920 Nr. 149 folgendes für die Nachwelt nicht uninteressante Kulturdokument:

Weil ich im Gegensatz zu früher geäußerten starken Bedenken nach erneuter gründlicher Prüfung und Anhörung zahlreicher Sachverständiger dem bekannten Tuberkuloseforscher Franz Friedrich Friedmann einen Lehrauftrag an der Berliner Medizinischen Fakultät gab und ihm nach Ueberwindung schwerer Mühen die Einrichtung eines Instituts ermöglichte, sollte ich — an der Herstellung oder am Vertrieb des Friedmannschen Mittels finanziell interessiert sein! Weil ich den mir seit Jahren persönlich nahestehenden Salvarsangegner Dr. Dreuw zwecks Gewinnung eines eigenen Urteils über die heutige Herstellungsweise des Salvarsans, die derzeitige Salvarsantherapie, den gegenwärtigen Stand der Syphilisforschung überhaupt, usw. aufforderte, auf Kosten des mir dienstlich unterstellten Speyerhauses in Frankfurt a. M., des Zentralpunktes der Salvarsanforschung, dorthin eine Studienreise zu machen, wie das zahlreiche andere Gelehrte vor ihm auch getan hatten, wurde ich in dunklen Andeutungen verdächtigt, selbst irgendwie, sei es direkt oder indirekt, am Salvarsan beteiligt zu sein. Ich brauche nicht erst zu sagen, daß die Verdächtigungen im Falle Friedmann genau so alberne Erfindungen sind wie die Verdächtigungen in der Angelegenheit des Speyerhauses.

Weiter! Kurz vor der Wahl brachte die „Tägliche Rundschau“ einen Auszug aus einem Artikel über deutsche akademische Probleme, den ich in dem holländischen Blatt „Der Amsterdamer“ veröffentlicht haben sollte. Ich erfuhr durch die „Tägliche Rundschau“ den Namen dieses Blattes überhaupt zum ersten Male, niemals in meinem Leben habe ich für den „Amsterdamer“ oder irgend ein anderes holländisches Blatt auch nur eine einzige Zeile geschrieben.

Besonders hübsch ist auch das Folgende: Eine früher sehr angesehene und, wenigstens im Auslande, auch heute noch viel gelesene deutsche Zeitschrift brachte mit deutlicher Anspielung auf mich Ende Januar 1920 das Folgende (ich zitiere wörtlich): „Wer zwei Limousinen in der Garage hat, mit vollen Benzinbehältern nach Oberhof, zum Wintersport, fahren, zwölfhundert Gäste einladen, das dazu nötige Futter und Getränke aus Dänemark beziehen kann, in Esplanade oder Fürstenhof, bei Peltzer, Hiller, Waldorf, Borchardt sich an den Trog setzt, der sieht die Menschenwelt in rosigem Schimmer und begreift, trotz der Jugendernährung mit Milch und Haferschleim des Marxismus, ebenso wenig wie Marie Antoniette, warum die armen Leute, wenn es kein Brot gibt, nicht Kuchen essen. Auf welchem Neckerweg einer, auch mit Gehalt und Zulage eines Ministers, solche Fülle der Genüsse sich zu gönnen vermag, ist ein Geheimnis“

Ich habe niemals „zwei Limousinen in der Garage“ gehabt, bin niemals „mit vollen Benzinbehältern nach Oberhof gefahren“, habe niemals „1200 Gäste eingeladen“, habe deshalb auch niemals „das dazu nötige Futter und Getränk aus Dänemark beziehen“ können und kannte bis zur Lektüre jenes Artikels die Lokale von Peltzer und Waldorf nicht einmal dem Namen nach. Betreten habe ich sie bis auf den heutigen Tag noch nicht. . . .

Eine der tollsten Geschichten ist die Folgende: Unter Nennung von einer ganzen Reihe von Namen, die angeblich bereit sind, den Tatbestand zu beeiden, „enthüllte“ im letzten Mai ein kleines „nationales“ Wochenblatt in Essen der Welt, daß ich gleich waggonweise zu Schleichhandelszwecken allerlei leckere Lebensmittel aus Holland zu importieren pflege. Auch der preußische Minister des Innern, Herr Severing, sei in diese üblen Schiebergeschäfte verwickelt und — ob von mir oder jemand anders, wurde nicht recht klar — mit dem runden und netten Sümmchen von 32 000 Mark bestochen. Selbstverständlich haben gegen Urheber und Verbreiter dieser Geschichte, deren Darstellung endlich einmal Handhaben zum gerichtlichen Einschreiten bot, sowohl Severing wie ich auf der Stelle Strafantrag wegen verleumderischer Beleidigung gestellt, der nun hoffentlich bald verhandelt wird. Aber trotzdem wir beide sofort den blödsinnigen Schwindel öffentlich als solchen annagelten und die Anstrengung der Klage durch die Presse mitteilten, hat er in der Provinz draußen während des Wahlkampfes eine nicht unbedeutende Rolle gespielt. Mehr als einmal wurde noch unmittelbar vor der Wahl in gegnerischen Versammlungen behauptet, Severing und Haenisch hätten auf die Enthüllungen „auch nicht eine Silbe zu erwidern gewußt“

— also seien sie als wahr erwiesen. Und dabei habe ich in meinem ganzen Leben noch nicht ein halbes Pfund, geschweige denn ganze Waggons an Zucker und Schokolade aus Holland bezogen . . .

Ein sehr „frommes" evangelisches Sonntagsblättchen beschuldigte mich, von dem „verbrecherischen Ostjuden Parvus" eine „beträchtliche Jahresrente" zu beziehen. Erstens beziehe ich von Parvus oder sonst irgendwem natürlich weder eine beträchtliche noch eine unbeträchtliche Jahresrente, zweitens aber ist Parvus kein „verbrecherischer Ostjude", sondern einer der klügsten, feinsinnigsten und im Grunde seiner Seele anständigsten Menschen, die ich jemals kennen gelernt habe, ein Mann obendrein, der seit etwa drei Jahrzehnten mitten im politischen, literarischen und wissenschaftlichen Leben Deutschlands steht, das er mit mancher wertvollen Arbeit bereichert hat, ein Mann, der während des furchtbaren Krieges um unser nationales Dasein Deutschland die wertvollsten Dienste geleistet hat, kurz, ein Mann, dessen Freundschaft ich mir stets zu hohen Ehren anrechnen werde.

Zum Schluß, nach all diesem widerwärtigen Zeug, auch noch etwas — sozusagen — Heiteres: Anfang Juli passierte mir, als ich mich eines Sonntags am Wannsee von der hier geschilderten Annehmlichkeit des politischen Lebens ein paar Stunden erholen wollte, das Malheur, beim Besteigen eines Ruderbootes auszugleiten und ins Wasser zu fallen. Da ich leider des Ruderns ebenso wenig kundig bin wie des Schwimmens und der Wannsee in jener Stelle etwa sieben Meter tief ist, so war das Malheur keineswegs ungefährlich. Schließlich bin ich jedoch mit einer starken Erkältung davongekommen. Was aber wurde nun in der „nationalen" Presse aus diesem harmlosen und (wirklich!) gänzlich unpolitischen Vorfall gemacht? Ein Sektgelage, bei dem ich im Moment fröhlicher Höchststimmung in vollem Gesellschaftsanzug zur Erheiterung der Tafelrunde mittels Kopfsprung mich ins Wasser gestürzt habe! Selbst in schaurig-schönen Versen wurde das Ereignis besungen — allen voran von Gottlieb im roten Tag — und jede Post bringt mir noch heute neue Anfragen und Vorwürfe ob meines frevelhaften Lebenswandels. Daß auch an die nüchterne Feststellung des Tatbestandes in der „nationalen" Presse wieder n e u e verdächtigende Glossen geknüpft werden, ist eigentlich zu selbstverständlich, als daß ich es ausdrücklich feststellen brauchte. Das ist, wie gesagt, nur eine kleine Blütenlese aus dem duftenden Strauß persönlicher Verdächtigungen, denen allein ich während des letzten halben Jahres ausgesetzt gewesen bin. Die Blütenlese könnte nach Belieben vermehrt werden. Und so wie mir geht es nahezu a l l e n Männern, die heute im öffentlichen Leben an hervorragender Stelle wirken. Von Scheidemann sprach ich schon. Und wie hat man erst jüngst wieder in einem Teil der Presse die greise Führerin der Kommunisten, Frau Klara Zetkin, eine der reinsten und uneigennützigsten Frauen, die mir in meinem Leben begegnet sind, mit Schmutz beworfen, fast ebenso sehr, wie kurz vor und nach ihrer Ermordung die geniale Frau Luxemburg, in deren wundervoll feines Innenleben auch dem Außenstehenden jetzt die Veröffentlichung ihrer Gefängnisbriefe an Frau Liebknecht eine annähernde Vorstellung gibt. Und so fort — ohne Grazie — bis ins Endlose!

Hatte ich recht, als ich im ersten dieser Artikel sagte, daß heute G i f t u n d D o l c h die bevorzugtesten Waffen im politischen Meinungskampfe seien? A l l e P a r t e i e n, o h n e A u s n a h m e, haben, denke ich, ein g e m e i n s a m e s I n t e r e s s e an der Reinigung der politischen Atmosphäre von diesen ekeln Miasmen. Zu solcher Reinigung aufzurufen war der Zweck der „Flucht an die Oeffentlichkeit", die ich mit diesem Artikel unternommen habe.

Gelingt diese dringend notwendige Reinigung n i c h t und gelingt sie nicht s c h n e l l, dann darf man sich nicht wundern, wenn sich schließlich a l l e tüchtigen und feinfühligen Menschen angeekelt aus dem öffentlichen Leben unseres Landes zurückziehen. Denn, muß sich auch nach dem bekannten Worte des Fürsten Bülow jeder Politiker mit einer Rhinozeroshaut wappnen, so ist es doch keineswegs nach jedermanns Geschmack, sich Tag für Tag vor allem Volk mit Kübeln voll stinkendem Unrat übergießen lassen.

Mit diesem kulturellen Bekenntnis möchte ich erwähnen, daß angesichts der Haenisch'schen Gerechtigkeit und Charakterstärke und des ganzen Kultur-Systems sich „schließlich alle tüchtigen feinfühligen Menschen angeekelt aus dem öffentlichen Leben unseres Landes zurückziehen" würden, wenn er noch lange Minister geblieben wäre. Tempora mutantur, et ministri novi in illis!

Um aber zu zeigen, welche Mentalität letzten Endes Preußens Kultur 2½ Jahre! verwaltete, sei nur die folgende Notiz aus der „Berliner Volks-

zeitung" (20. 5. 20) und das dazu passende Gedicht erwähnt, die in Verbindung mit anderen hier erwähnten Tatsachen zeigen, wie die Kultur Preußens zwei Jahre lang verwaltet wurde.

Die Eröffnungsrede. Eine seltsame Ausstellungseröffnungsrede hat sich der preußische Minister für Kunst und Wissenschaft, Herr Haenisch, bei der Eröffnung der großen Düsseldorfer Kunstausstellung am letzten Sonnabend zu halten veranlaßt gesehen. Er sagte u. a.: „Als ich vor einem halben Jahre nach Düsseldorf kam, wurde ich in einem hiesigen Blatte begrüßt mit einem Artikel: „Wer ist Haenisch!" Und es wurde eine Rede wiedergegeben, die vom ersten bis zum letzten Wort erfunden war. Eine Woche darauf war der Abt von Maria Laach so gütig, festzustellen, daß die Rede nicht gehalten worden ist. Heute vor einer halben Stunde fand ich zu meiner diesmaligen Begrüßung im „Freien Wort" einen Begrüßungsartikel, in dem auseinandergesetzt wird, daß ich mir Woche für Woche Waggons Lebensmittel aus Holland kommen ließ. (Heiterkeit.) Ich halte es für meine Pflicht, vor der Künstlerschaft und der Stadt Düsseldorf festzustellen, daß auch dieser Artikel von der ersten bis zur letzten Zeile — gestatten Sie mir hierbei ein hartes Wort, am Rhein kann man so etwas vertragen — erstunken und erlogen ist. (!) Ich habe niemals weder einen Waggon noch einen Zentner Schokolade geschoben. Ich stelle fest, daß auch dieser Artikel von der ersten bis zur letzten Zeile frei erfunden ist. Dieser Fall ist so arg, daß der Minister des Innern gegen dieses Blatt Strafantrag stellen wird. Es muß ein Exempel statuiert werden, um zu zeigen, daß auch im freien Deutschland ein Minister nicht vogelfrei ist. Ich bitte die Vertreter der Presse, da ich sonst keine andere Gelegenheit dazu habe, meine ehrenwörtliche Erklärung entgegenzunehmen, daß der Artikel von der ersten bis zur letzten Zeile erfunden ist." — So berichtet die „Berliner Redaktion". Möglicherweise ist aber auch diese Rede „erstunken und erlogen", dann könnte Herr Haenisch ja in der nächsten Eröffnungsrede — am Freitag in der Großen Berliner Kunstausstellung — weiter dementieren.

Auch das dazu passende Gedicht mit den folgenden Bemerkungen im „Kleinen Journal", Nr. 19 vom 25. 5. 20:

Ein merkwürdiges Stück hat sich Kultusminister Haenisch am Sonnabend vor acht Tagen geleistet. Er hat die große Düsseldorfer Kunstausstellung mit einer Rede eröffnet, deren Hauptteil darin bestand, daß der Minister bestritt, einen Waggon Mehl verschoben zu haben. Es ist natürlich sein gutes Recht, sich gegen falsche Anschuldigungen zu wehren — aber das Schieberthema ist doch nicht das richtige Ornament für eine festliche Ausstellungseröffnungsrede.

Das hat Herrn Haenisch auch der Kunstkritiker der „Düsseldorfer Zeitung", Herr Georg Luhde, gesagt, indem er die Rede des Ministers mit dem folgenden Carmen besang:

„Erstunken und erlogen"
oder
Der Elefant im Porzellanladen.

Herr Minister, apropos:
Sind das Ihre Töne,
Wenn Sie amtlich irgendwo
Treten auf die Szene?

Wenn Sie mit der hohen Kunst
Dienstlich sich befassen,
Müssen Sie den Rededunst
Dann so qualmen lassen?

Eine Kunstausstellung ist
Keine Volksversammlung,
Wo man seinen Redemist
Braucht zur Hirnverrammlung.

Sie hielten es für angebracht,
Mit Pathos zu versichern,
Was Ihnen jemand nachgesagt,
Mit Wispern und mit Kichern.

Von Redeschleim und Schieberei,
Woran sich vollgesogen
Ihr Manneszorn, sei frank und frei
„Erstunken und erlogen".

Kunst ist Andacht: los vom Ich
Hin zum Sternenkreise!
Aeußert Ihre Andacht sich
Stets in solcher Weise,

Daß Sie Ihr geschätztes Ich,
Wo Sie gehn und wohnen,
Jederzeit und öffentlich
Ungeniert betonen?

Herr Minister, im Vertrau'n:
Wie konnten Sie als homo
Sapiens sich so verhau'n?
Was sprechen Sie pro domo

An dieser Stelle hoher Kunst,
Wo man mit solchen Tönen
Die Stimmung radikal verhunzt,
Weshalb wir sie verpönen.

Dann noch eines, Exzellenz
Kunstminister Haenisch:
Ihrer Rede Quintessenz
Ist, daß Ihnen dänisch

Oder spanisch scheint die Kunst,
Die Sie so befächeln
Mit der Rede blauem Dunst,
Grob und ohne Lächeln.

Um 'ne Auskunft noch zuletzt
Hätt' ich gern gebeten:
Sind Sie nicht darob entsetzt,
Wenn auf Blumenbeeten

Stampfend ein Rhinozeros
Sich bemüht zu tanzen?
Glauben Sie, daß der Koloß
Nützlich sei den Pflanzen?



15. Der Fall Haenisch-Dreuw und die medizinische Fachpresse.

Während von den 4 führenden medizinischen Wochenschriften die Deutsche medizinische Wochenschrift, die Berliner klinische Wochenschrift, die Münchener medizinische Wochenschrift über die Parlamentsbesprechung des Falles Haenisch nichts brachten, veröffentlichte die vierte, die Medizinische Klinik, (die seit ca. 10 Jahren alle meine Salvarsanarbeiten zurückschickte „wegen Platzmangel", während sie ca. 12 Fortsetzungen über die Salvarsanfrage von dem Vetter des Salvarsanerfinders, Prof. Felix Pinkus, brachte, die folgende anscheinend durch ein Korrespondenzbureau veröffentlichte „Aufklärungs"-Notiz in Nr. 40 vom 3. Oktober 1920, die wiederum zeigt, wie die Aerzte „aufgeklärt" werden.

„Berlin. In der Sitzung der preußischen Landesversammlung vom 17. September 1920 wurde eine Salvarsanfrage behandelt: Der Abg. Lüdicke (D. Nat.) fragt in einer langen Anfrage, ob die auf Zeitungsnachrichten beruhenden Behauptungen über versuchte Bestechungen des als Gegner der Salvarsanheilungen bekannten, jetzt im Wohlfahrtsministerium tätigen Dr. Dreuw durch Beamte des Kultusministeriums zutreffend seien. Ein Regierungsvertreter geht in seiner Antwort ausführlich auf die wissenschaftlichen Kontroversen zwischen Dr. Dreuw und Geheimrat Kolle vom Salvarsaninstitut in Frankfurt a. M. ein, die schließlich recht unerquickliche Formen angenommen hätten. Das Kultusministerium sei bemüht gewesen, eine Verständigung zwischen den beiden Fachgenossen herbeizuführen. Die Absicht, Dr. Dreuw etwa durch Geldbeihilfen zu einer Aenderung seiner Stellungnahme zu beeinflussen, habe in keiner Weise bestanden. Es sollte ihm nur ermöglicht werden, durch einen zehntägigen Aufenthalt in Frankfurt a. M. die Fortschritte in der Therapie des Salvarsans zu prüfen. Ein Zusammenhang zwischen dieser Angelegenheit und einem Herrn Dr. Dreuw in Aussicht gestellten Lehrauftrag bestehe nicht. Was sein Verhältnis zum Wohlfahrtsministerium angehe, so sei er „lediglich" Mitglied des im Januar 1919 gebildeten Beirats zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten."

Daraufhin entspann sich folgender Briefwechsel:

Berlin, 16. 10. 20.

An die Redaktion der „Mediz. Klinik".

In Nr. 40 veröffentlichten Sie über mich eine Notiz in der Salvarsanfrage, die nicht den Tatsachen entspricht. Ich frage daher ergebenst an, ob Sie mir den Raum für eine Erwiderung zur Verfügung stellen. Ich habe zu Ihrer Loyalität und Objektivität das Vertrauen, nachdem Herr Felix Pinkus zwölf Fortsetzungen über die Salvarsanfrage gebracht hat, daß Sie, nachdem Sie bisher alle Manuskripte von mir „aus Platzmangel" zurückgesandt haben, mir wenigstens zu einer persönlichen Richtigstellung den Raum gewähren.

Mit vorzüglicher Hochachtung Dr. Dreuw.

Herrn Dr. Dreuw, Berlin, Neue Winterfeldstr. 32.

Sehr geehrter Herr Kollege,

die Notiz in der Nummer 40 bezog sich auf die halbamtliche Darstellung der Auskunft eines Ministerialvertreters gelegentlich einer Anfrage im Abgeordnetenhause. In dieser Fassung ist die Angelegenheit auch von anderer Seite gebracht worden, und ich habe sie nur übernommen. Eine eigene Stellungnahme in der Frage hat also nicht stattgefunden und war auch nicht beabsichtigt. Von einem weiteren Eingehen bitte ich aus diesem Grunde abzusehen.

Mit kollegialer Hochachtung, Ihr ergebener

Brandenburg (Redakteur der Med. Klinik).

Berlin, 20. 10. 20.

Herrn Prof. Dr. Brandenburg.

Sehr geehrter Herr Kollege!

Auf Ihr geschätztes Schreiben vom 19. 10. 20 bitte ich Sie nochmals, mir den Raum zur Erwiderung zu geben. Woher die Darstellung stammt, ist gleichgültig. Sie haben Sie abgedruckt. Sie ist falsch und irreführend und greift meine Person durch unrichtige Behauptungen an. Darauf kommt es an, nicht, ob Sie eine eigene Stellungnahme beabsichtigt haben. Der Leser kann nicht merken, ob Sie oder ein anderer die Irreführung verfaßt haben. Gleichzeitig bitte ich ergebenst um Nachricht, wo die Notiz sonst noch erschienen ist. Sollte ich bis zum 23. d. M. nicht im Besitz Ihrer Zusage sein, dann sehe ich mich veranlaßt, auf Grund des § 11 des Pressegesetzes Ihnen eine Berichtigung zugehen zu lassen. Ich hoffe jedoch, daß Sie als Kollege es zu würdigen wissen, was man unter Kollegialität versteht, zum mindesten, einem Kollegen das Wort zu einer persönlichen Erwiderung nicht entziehen.

Mit kollegialer Hochachtung, Ihr ergebener Dr. Dreuw.

Einschreiben. Berlin, 25. 10. 20.

An den verantwortl. Redakteur der „Mediz. Klinik", Herrn Prof. Brandenburg.

Auf Grund des § 11 des Pressegesetzes fordere ich Sie auf, die folgende Berichtigung zu bringen, und zwar in der nächsten noch nicht abgeschlossenen Nummer:

Berichtigung.

Dr. Dreuw ersucht uns auf Grund des § 11 des Pressegesetzes, die folgende Berichtigung zu veröffentlichen:

1. Es ist unwahr, daß, wie die in Nr. 40 der „Mediz. Klinik" über mich veröffentlichte Notiz ergibt, ein Regierungsvertreter ausführlich auf die Kontroversen zwischen mir und Geheimrat Kolle, die schließlich recht unerquickliche Formen angenommen hätten, eingegangen sei und daß das Kultusministerium bemüht gewesen sei, eine Verständigung zwischen den beiden Fachgenossen herbeizuführen. Wahr ist vielmehr, daß von „unerquicklichen Formen" zwischen mir und Geheimrat Kolle gar keine Rede war und daß ich nicht auf Staatskosten nach Frankfurt geschickt worden bin, damit eine Verständigung zwischen mir und Geh.-Rat Kolle herbeigeführt werde, sondern damit ich mir ein Bild mache über den Stand der Salvarsanforschung in Frankfurt. Da ich Geheimrat Kolle vor dieser Reise nicht kannte und nie eine Kontroverse mit ihm persönlich gehabt hatte, so ist die Mitteilung schon aus diesem Grunde falsch.

Die Mitteilung der Mediz. Klinik" der Regierungsvertreter habe über mich erklärt, „es solle Dr. Dreuw nur ermöglicht werden, durch einen zehntägigen Aufenthalt die Fortschritte in der Therapie des Salvarsans zu prüfen", ist unrichtig. Richtig ist vielmehr, daß er erklärt hat, „daß es, wie Kollege Dr. Dreuw vorgeschlagen habe, erforderlich sei, wenn Dr. Dreuw sich im Anschluß an die ihm vorgeführten Demonstrationen mit den strittigen Salvarsanfragen weiter befasse. Hierzu bedürfe es der Einrichtung eines kleinen Laboratoriums bezw. einer kleinen Poliklinik. Selbstverständlich solle Dr. Dreuw solange er ein Gegner sei, nicht selbst behandeln, er solle nur in dem kleinen Laboratorium die klinische Anwendung weiter beobachtet. Deshalb solle er einen in der Salvarsanfrage gründlich ausgebildeten Assistenzarzt nehmen, der selbständig und unter eigener Verantwortung in Dr. Dreuws Poliklinik Salvarsanbehandlungen machen solle. Hierzu habe Dr. Kolle die Hilfe des Speyerhauses angeboten, das möglicherweise jährlich 25 000 M. hierfür zur Verfügung stelle. Hieran habe Kolle lediglich die Bedingung geknüpft, daß Dreuw künftig nicht mehr in der bisherigen Form der unwissenschaftlichen Zeitungspolemik die Diskussion führen möchte, wogegen Kolle bemüht sein wolle, Dr. Dreuw die ihm seit längerer Zeit verschlossene medizinische Fachpresse wieder zu eröffnen."

Ich sehe der Veröffentlichung in der nächsten Nummer entgegen, und zwar an derselben Stelle und mit denselben Lettern, widrigenfalls ich durch meinen Anwalt Strafanzeige zu erstatten mir vorbehalte.

Ihr Verstoß gegen jede Kollegialität, Ihre Verdrehungskunst, womit Sie die Aerzte in dieser Sache irreführen, zwingt mich dazu.

Hochachtungsvoll Dr. Dreuw.

(Dies wurde dann, „der Not gehorchend, nicht dem eigenen Triebe", von Prof. Brandenburg veröffentlicht. Siehe „Weltbluff" S. 78 ff.).

---

16. Salvarsan und Wohlfahrtsministerium.

Dem Wohlfahrtsministerium ist die früher dem Ministerium des Innern angehörende Medizinalabteilung (früher Ministerialdirektor Kirchner, jetzt Ministerialdirektor Gottstein) angegliedert. Man hätte meinen sollen, daß nach allem, was vorgegangen, (siehe auch mein Buch: „Weltbluff" S. 67) die „Neue Gesundheitspflege", wie Ministerialdirektor Gottstein seine Aera nennt, aus der Vergangenheit gelernt und in der Salvarsanfrage, dem Prüfstein für eine neutrale, vom Großindustrietum unabhängige Verwaltungsmethodik, sich völlig neutral verhalten hätte. Weit gefehlt. Die Beziehungen der Geheimräte zu Frankfurt waren (Siehe S. 72) zu große.

Wie hervorgehoben, wurde der mit dem Minister Hirsch befreundete, eben während der Titel-Abschaffungsperiode zum Titular-Professor von Haenisch ernannte Dr. Gottstein Nachfolger. Der Nachfolger wollte nach der Absetzungsurkunde Kirchners im Sinne der 119. Sitzung des Abgeordnetenhauses die Salvarsanfrage neutral und objektiv behandeln. Wie dieser den Auftrag im Sinne der Ausführungen in der 119. Sitzung erfüllte, ergibt folgende Notiz von mir (Roter Tag. 122 vom 8. Juni 1920):

„Die Andeutung Schmölders, als ob der neue Leiter der Medizinalabteilung Gottstein in seiner Eigenschaft als Ausschußmitglied der D. G. B. G. zu diesem Posten gekommen wäre, entspricht nicht den Tatsachen. Folgendes ist richtig: Am 1. Februar 1919 bewies ich in der sogenannten Salvarsankonferenz der Medizinalabteilung des Ministeriums des Innern (Leiter: Prof. Kirchner), zu der ich als einziger Gegner (weiteren wurde von Kirchner und dem Minister Hirsch der Zutritt untersagt!) geladen war und zirka 40 auserlesenen Salvarsanfreunden aus ganz Deutschland gegenüberstand, daß die Behörde zahlreiche Salvarsantodesfälle in den amtlichen Statistiken nicht aufgeführt und eine Irreführung bewirkt hatte. Auf meinen begründeten Antrag bei der Regierung wurde darauf Ministerialdirektor Kirchner des Amtes entsetzt mit den Worten „er sei ein Hindernis in der Entwicklung der freien Wissenschaft". Der kurz vorher zum Titular-Professor durch Haenisch ernannte Dr. Gottstein war ein Freund von Minister Hirsch. Als dieser von der über seinen Kopf hinweg beschlossenen Absetzung Kirchners (27. 2. 19) erfuhr, schloß er schnell einen den Staat bindenden Vertrag mit seinem Freunde Dr. Gottstein. Dadurch wurde der bald darauf als Chef für die Medizinalabteilung ernannte Wohlfahrtsminister vor ein Fait accompli gestellt, und er mußte den für ihn vertraglich bereits verankerten Freund des Ministers Hirsch übernehmen. Das „System Kirchner" oder „System D. G. B. G." aber wird von Gottstein in der Salvarsanfrage weiter fortgeführt. Beweise: Die Abfassung einer mir von ihm versprochenen Gegendenkschrift in der Salvarsanfrage wird seit ¾ Jahren verhindert,*) trotz zweimaliger Petition von mir wird die vom Parlament am 1. 3. 18 beschlossene paritätische Salvarsanprüfungskommission nicht eingesetzt, in seiner Abteilung wurden mir ebenfalls 25 000 M. angeboten, aus den Händen meiner Gegner. Auf meinen detaillierten Bericht über die Mißstände in Frankfurt, der den Staat 1700 M. kostete, reagiert er nicht. Auf die parlamentarische Anfrage Dr. Beyers, warum die am 1. 3. 18 beschlossene Salvarsanprüfungskommission immer noch nicht einberufen sei, antwortete er, er wüßte von diesem Beschluß nichts, auch sein Referent Geh. Rat Lentz nicht. Dabei war er durch meine zwei Petitionen unterrichtet, sein Referent war am 1. 3. 18 in der zweitägigen Sitzung dabei und hat eine von Unwahrheiten strotzende Salvarsandenkschrift mitverfaßt, die sich hauptsächlich mit dem Beschluß vom 1. 3. 18 befaßt. Diese umfaßt 100 Seiten, und zur Widerlegung der Unwahrheiten, derentwegen Kirchner abgesetzt wurde, war mir die Abfassung der Gegendenkschrift „versprochen". Also auch dieses Ausschußmitglied der D. G. B. G. ist als Kronzeuge von Senatspräsident Geh. Oberjustizrat Schmölder nicht beweiskräftig." Ich verweise im übrigen auf das Buch „Weltbluff", Kapitel V und Kapitel 19 dieses Buches.

---

*) Nach großen Zeitungskämpfen und nach der Veröffentlichung im roten Tag wurde dieser Auftrag am 11. Nov. 1920 endlich erteilt.

17. Dokumentarisches Tatsachenmaterial.

Die Fakultät gab ebenso wie ihr Mitglied Prof. Arndt das Seite 34 veröffentlichte Gutachten ab, wonach ich keine einzige wissenschaftliche Leistung aufzuweisen habe etc etc. Ich habe das Recht und die Pflicht mich gegen diese in die gesamte Fach- und Tagespresse lancierten Verleumdungen (S. 38) zur Wehr zu setzen. Demgegenüber seien folgende Tatsachen dokumentarisch festgestellt:

I. Die Arbeiten des Verfassers auf allgemeinmedizinischem Gebiet. (Ca. 120 Arbeiten und Bücher, einzeln abgedruckt S. 250 der „Sexualrevolution" (Verlag Ernst Bircher, Leipzig).

II. Ca. 200 Arbeiten und Zeitungsaufsätze, größere und kleinere, über die Salvarsanfrage. Viele unveröffentlichte Manuskripte, da die Fachpresse die Aufnahme verweigert. Petitionen an die Parlamente.

III. Auf dem Gebiete der „Staatlichen Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten" seien nur die folgenden erwähnt:

1. Entwurf eines Planes zur staatlichen Ueberwachung von Syphilis und Gonorrhoe. Archiv für Rassenbiologie, 1916/17, 1. Heft. 2. Abolitionismus und Statistisches Gesundheitsamt. „Der Abolitionist", 1917, Nr. 1 u. 2. 3. Anzeige-, Behandlungs- und Schweigepflicht, Beratungsstellen und Sittenpolizei. „Dermatologische Wochenschrift", 1917, Heft 11 u. 12. 4. Berufsgeheimnis, Anzeigerecht und Anzeigepflicht. „Aerztliche Rundschau", 1917, Nr. 20. 5. „Berliner Tageblatt", 1916, Nr. 626. 6. Allgemeine, gleiche, diskrete Anzeigepflicht. Gesetzentwurf zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten, Fischers mediz. Buchhandlung, Berlin W. 62. 7. Der Gesetzentwurf, der Nationalversammlung überreicht von dem M. d. N. Dr. Schirmacher, verfaßt von Dr. Dreuw usw. usw. (Ca. 50 größere und kleinere Abhandlungen und Propagandaschriften).

Abschrift der Zeugnisse (Dr. Dreuw).

I. Physicum:

Anatomie II	Zoologie II	Chemie I
Physiologie II	Botanik II	Physik II

II. Zeugnisse vom Krankenhaus Friedrichshain:

Der p. Dreuw ist vom 1. August bis 1. November 1898 als Famulus auf der meiner Leitung unterstellten Abteilung für innere Kranke tätig gewesen und hat sich während dieser Zeit durch liebenswürdiges Wesen, durch Fleiß und Gewissenhaftigkeit ausgezeichnet. (gez.) Prof. Krönig.

III. Promotion 1899 München: summa cum laude.

IV. Approbation 1900: Note II.

Anatomie II	Physiologie I	Patholog. Anatomie I
Inn. Medizin II	Chirurgie II	Gynäkologie II
Hygiene I		

V. Assistententätigkeit:

1) 1900 Aachen.
Städt. Hospital Maria Hilf.

Herr Dr. med. Dreuw befand sich vom 16. 5. bis 28. 6. 1900 als stellvertretender III. Assistenzarzt auf der hiesigen chirurgischen Abteilung. Es war ihm auch die Abteilung der männlichen Haut- und Geschlechtskranken angewiesen. Ich kann ihm nur das Zeugnis eines sehr eifrigen, strebsamen und überaus pflichterfüllten Arztes geben, der vorzügliche medizinische Kenntnisse besitzt und im Umgang mit den Kranken und dem Pflegepersonal äußerst human ist.

(gez.) Dr. Quadflieg,
Stellvertretender Oberarzt der chirrg. Abteilung.

2) Düsseldorf.

Herr Dr. Dreuw hat vom 1. Juli 1900 bis 1. Juli 1901 die Funktionen eines Assistenzarztes in dem Hospitale der Schwestern vom hlg. Kreuze in Düsseldorf, so-

wohl auf der inneren als auf der äußeren Station versehen. Mit reichem Wissen verband er regen Fleiß und seltene Pflichttreue, die gepaart war mit echter Humanität gegen seine Patienten. (gez.) Dr. von Kühlwetter,
Geh. Sanitätsrat.

3) Elberfeld.

Herr Dr. med. Dreuw war vom 1. Juli 1901 bis 2. August 1902 Assistenzarzt auf der mir unterstellten Abteilung für Haut- und Geschlechtskrankheiten. Er hat sich in dieser Zeit eine tüchtige Kenntnis in diesem Spezialfach erworben.

Außerdem ist Herr Dr. Dreuw hervorragend ausgebildet und selbständig in Bakteriologie, Microscopie, Histologie und Photographie; er hat die meisten Sektionen selbst gemacht und die Präparate mikroskopisch untersucht.

Persönlich ist Herr Dr. Dreuw sehr liebenswürdig und äußerst fleißig, pflichttreu und zuverlässig, so daß ich ihn überall nur empfehlen kann.

(gez.) Dr. Eichhoff.

P. S. In dem von mir in den Wintermonaten abgehaltenen Fortbildungskurs für praktische Aerzte hat Herr Dr. Dreuw hilfreich und erfolgreich assistiert und stellenweise mit demonstriert.

4) Hamburg. Klinik von Prof Dr. Unna.

Herr Dr. Dreuw ist seit dem 1. Oktober 1902 an meinem Institut tätig als I. wissenschaftlicher Assistent. Während dieser Zeit hat er sich in der Klinik und Poliklinik mit hervorragendem Fleiß und großem Erfolg beschäftigt, hat die Poliklinik teilweise selbständig zu meiner größten Zufriedenheit verwaltet, das Material derselben wissenschaftlich verwertet und die Resultate seiner Studien in verschiedenen Publikationen niedergelegt.

In meinem Dermatologicum war Herr Dr. Dreuw tätig als mein Assistent, wobei es ihm oblag, die Patienten in Bakteriologie, Microscopie und Microphotographie einzuführen und zu unterrichten. Ich kann Herrn Dr. Dreuw das Zeugnis ausstellen, daß namentlich diese seine Tätigkeit als Lehrer allseitig und einstimmig anerkannt wurde.

Herr Dr. Dreuw hat beim Umbau meines Dermatologicums selbständig die photographische und microphotographische Abteilung eingerichtet und verwaltet. Seine speziellen Erfahrungen auf dem Gebiete der Microphotographie und Microprojektion dürften nicht bloß für die wissenschaftliche Tätigkeit als Dermatologe von Bedeutung, sondern auch den Zwecken des Unterrichts förderlich sein.

Herr Dr. Dreuw hielt jedes Jahr zweimal in meinen dreiwöchentlichen Kursen für praktische Aerzte Vorträge und zwar über:

1) Photographie, Stereoscopie, Microphotographie und Microprojektion.

2) Neuere dermatologische Behandlungs- und Untersuchungsmethoden für den Praktiker mit besonderer Berücksichtigung des Lupus, der Psoriasis, der Acne, der Trictophytie.

Im hiesigen ärztlichen Verein und in der biologischen Abteilung desselben hat Herr Dr. Dreuw mehrmals interessante Demonstrationen und Vorträge gehalten und sich sowohl hierdurch als durch die ihm eigentümliche Begabung für praktische Dinge im Allgemeinen und das Verständnis für Erfordernisse der ärztlichen Praxis im Besonderen in der hiesigen Aerzteschaft eine geachtete und allseitig anerkannte Stellung erworben.

Die von Herrn Dr. Dreuw in meinem Institut verfaßten Arbeiten und von ihm erfundenen Methoden auf dem Gebiete der praktischen Dermatologie und Urologie, der Histologie und Bakteriologie, der Pharmakologie, Dermatotechnik und Mikrophotographie sind allgemein in den Kreisen der Dermatologen so bekannt und anerkannt, daß ich Herrn Dr. Dreuw für die Stelle eines Abteilungsarztes der Düsseldorfer Akademie auf das wärmste empfehlen kann, nicht nur als wissenschaftlich denkenden Arzt, sondern als einen ebenso eifrigen und fleißigen, wie praktisch erfahrenen Mitarbeiter und als eine hervorragende Lehrkraft.

Hamburg, 21. 12. 05. (gez.) Prof. Dr. P. G. Unna.

Städtische Schuldeputation. Berlin U. 2, den 5. September 1919.

An Herrn Dr. med. Dreuw.

Bei der im Mai d. J. in mehreren Gemeindeschulen des Nordens der Stadt ausgebrochenen ansteckenden Haarkrankheit haben Sie in hochherziger Weise die unentgeltliche Behandlung der infizierten Kinder übernommen. Für die dadurch der Stadt geleisteten Dienste erlauben wir uns, Ihnen unseren ergebensten Dank auszusprechen.

(gez.) Fischer.

Office of Board of Health   Cincinnati i. O., March 11. 1912.
City Hall, City of Cincinnati
i. Ohio.

Dr. Dreuw, Königgrätzer-Street,
Berlin, Germany.

Dear Doctor:

The Department of Health of the City has under consideration the inspection of prostitutes.

If it is attempted at dil, we desire to use the methods wich habe been demonstrated by practical experience to produce the fest result.

It is natural, under the circonstances, to appeal to German physicans for information and guidance.

I would greatly appreciate an expression of opinion from you as to the best method of proceeding.

Thanking you in advance, I am, very restpektfully yours.

gez.: I. H. Landis. M. D. Health Officer.

Cansas City, Nov. 10. 1911.

Heinrich Dreuw. M. D.

Dear Doctor:

You are hereby officially notified that at the Regular weekly meeting of the IACKSON COUNTY MEDICAL SOCIETY held Thuesday evening Oct. 31. 1911 you were elected corresponding member of said Society, and as such are entitled to all the rights and privileges of the Society.

Signed E. L. Stewart, Secretary.

Im Lehrbuch der Hautkrankheiten von Prof. Unna und Dr. Iwan Bloch 1906, Verlag Urban u. Schwarzenberg, heißt es im Inhaltsverzeichnis S. 672: Dreuw Seite 17, 194, 195, 207, 270, 277, 343, 344, 384, 385, 387, 480, 499, 603.

„Berliner Tageblatt", Nr. 323 vom 27. 6. 15.

„Dr. Dreuw, der das Verdienst hat, die Sondersammlung zur Bekämpfung der Läuseplage angeregt zu haben, die bisher schon den nennenswerten Betrag von über ⅓ Million Mark gebracht, hat unter dem Titel „Die Läuseplage und ihre Bekämpfung" ein kleines Buch in Fischers medizinischem Verlag, Berlin W. 62, herausgegeben, das nicht in trockener Gelehrtensprache, sondern in volkstümlicher Darstellung alle bisherigen Verfahren zur Bekämpfung der Läuseplage aufzählt. Es ist dem stellvertretenden Militärinspekteur der freiwilligen Krankenpflege Fürst von Hatzfeld, Herzog zu Trachenberg, gewidmet. Generalfeldmarschall v. Hindenburg hat dem Verfasser mitteilen lassen, daß eine Unterstützung in der von ihm angeregten Art auf dem Gebiete der Läusebekämpfung nur erwünscht sein könne. Das Buch eignet sich namentlich für unsere Soldaten im Schützengraben, denen es Belehrung und Nutzen bringt."

Neu entdeckte Krankheiten; Behandlungs-, chemische- und technische Methoden.

a) Krankheiten.

1. Neuer Nagelparasit Nr. 2.
2. Neue Erkrankung der Cutis Nr. 3.
3. Neue Haarerkrankung Nr. 45 (Alopecia parvimaculata).
4. Neue Zellformen Nr. 36 (zusammen mit Dr. Rumpel).
5. Neue Zelldegeneration Nr. 43 (Degeneratio granoplasmatica).

b) Behandlungsmethoden.

1. Psoriasis Nr. 5 und 10.
2. Lupus Nr. 4, 11, 19.
3. Externe Verwendung der Hefe Nr. 7. u. 60.
4. Operationsfeder Nr. 8.
5. Purgoantiseptische Behandlung Nr. 33.
6. Neues System der Massage (Endo-Ectomassage) Nr. 81 u. 55.
7. Behandlung juckender Dermatosen mit warmer, bewegter Luft Nr. 54.
8. Acne und Alopecia ekzematosa Nr. 60.
9. Sensibilisierung und Desensibilisierung während der Radiumbehandlung Nr. 65.

c) Technische und chemische Methoden.

1. Operations- und Extirpationsfeder Nr. 8.
2. Kammer zur anaeroben Kultur von Bakterien (Firma Carl Zeiß-Jena) Nr. 9 u. 17.
3. Tragbarer mikrophotographischer Apparat Nr. 20.
4. Verbessertes Verfahren zur Kultur von Schimmelpilzen Nr. 17.
5. Lichtträger zur gleichzeitigen Beleuchtung und Kaustik in Körperhöhlen Nr. 32.
6. Instrument zur Blutentnahme Nr. 35.
7. Neue Pravazkanüle Nr. 49.
8. Handgriff zur Reinigung von Kanülen Nr. 72.
9. Sterilisierung und gleichzeitige Trocknung von Kathetern und Verbandstoffen Nr. 44.
10. Leicht zerfallende Tabletten (Gelonida) Nr. 31.
11. Aerotube (Puder- und Salbentube) Nr. 27.
12. Wasserdruckmassage. Ein neues physikalisches Prinzip der intermittierenden Bewegung Nr. 55, zur Verwendung in der Gynäkologie, Rhinologie, Otologie, Neurologie, interne Medizin, Dermatologie, Urologie. (Patente in allen Kulturländern).
13. Galvanische und faradische Finger-Prostatamassage Nr. 23.
14. Neues chemisches Prinzip bei der Salbenbereitung Nr. 28.
15. Neues Instrumentarium für die Prostituiertenuntersuchung Nr. 83.
    a) Operationsstuhl.
    b) Seifen- und Salbenbehälter.
    c) Sterilisiervorrichtung.
    d) Verschiedene Instrumente zur Gonococcenentnahme.
    e) Blutentnahme aus der Portio Uteri.
    f) Spülvorrichtung für die Vagina.
    g) Druckinstrument für die Harnröhre.
    h) Pincette zur Erzeugung von Reizserum.
    i) Universalahlter für Specula.
16. Radioplan, Radium, Knopfsonde, Radiumnadel Nr. 58.
17. Ein neues System der Tripperbehandlung mittels einer in die Wasserleitung eingeschalteten kontinuierlich und automatisch wirkenden Desinfektions-Mischvorrichtung Nr. 116.

(Die Nummern beziehen sich auf die betreffende Arbeit in „Sexualrevolution" S. 520).

(Der Gesetzentwurf (Reichstagsdrucksache Nr. 3) ist von Dr. Dreuw entworfen. Er betrifft die von ihm sogenannte allgemeine, gleiche, diskrete Anzeige- und Behandlungspflicht, den sog. „Diskretionismus". Dieses System wurde am 25. 2. 1920 unter dem großen Widerstand von Dr. Dreuw's Gegner in der preußischen Landesversammlung angenommen.

Dieses System ist in dem Buche „Die Sexualrevolution" ausführlich begründet. Da Prof. Arndt (S. 35) das „Gutachten" abgab, Dr. Dreuw habe überhaupt keine wissenschaftliche Leistung aufzuweisen, so seien im Folgenden die Auszüge einiger Urteile der Presse wiedergegeben über die „Sexualrevolution".

Urteile über die „Sexualrevolution" und den „Discretionismus".

Geh. Justizrat Dr. Alfred Bezi, der Vorsitzende der Gesellschaft für soziales Recht: „Die Reformvorschläge halten sich fern von traditionellen Vorurteilen, die sexuell-hygienische Lösung der „Sexualrevolution" wird dem Zeitgeiste am besten gerecht."

Staatsminister a. D. Sivkovich, M. d. R.: „Kein anderes Werk sucht die Sexualfrage in juristischer, ärztlicher, soziologischer, ethischer, staatsrechtlicher, bevölkerungspolitischer und hygienischer Beziehung so kritisch zur Lösung zu bringen. In der Sache scharf, im Tone angemessen. Er dient dem Vaterlande und der Menschheit."

San.-Rat Dr. Leo Silberstein (Berlin): „Das Buch gibt die Irrwege der Führer der Spezialärzte und der durch sie beeinflußten Gesetzgebung und des durch

sie propagierten Sexualoptimismus mit gerechter, kritischer Schärfe wieder. Dreuws Kampf ist ein ehrlicher und entspringt einem ehrlichen Motive."

Oberlandesgerichtsrat Dr. jur. u. phil. Bovensiepen vom Oberlandesgericht in Kiel: „Mit einem Fleiße, der die Biene meistert, hat der Verfasser, der einen entsagungsvollen und aufopfernden Kampf gegen die Vorurteile der herrschenden Meinung führt, alles einschlägige Material kritisch verarbeitet. Jeder objektiv urteilende, unbefangene Leser wird einräumen müssen, daß die Wucht des Beweismaterials geradezu erdrückend ist. Das Buch bedeutet eine wahre Fundgrube des Wissens, es ist eine Tat auf sexualpolitischem Gebiet."

Dr. med. Weyl, Stadtverordnetenvorsteher in Berlin, M. d. L.: „Das Dreuwsche Buch wirkt bei allen Vorurteilslosen geradezu epochal."

Dr. phil. Helene Stöcker, Vorsitzende des Bundes für Mutterschutz in Berlin: „Das Buch schlägt eine gewaltige Bresche in die Mauer doppelter Moralanschauung, die Frauen haben Ursache, dem tapferen Vorkämpfer dankbar zu sein. Wir hoffen, daß das Buch durch das Gewicht seiner Gründe und durch die Energie des Willens, die aus ihm spricht, zum Aufbau einer glücklicheren Welt beiträgt."

Geh. Ober-Med.-Rat Prof. Dr. von Gruber, Dir. des Hyg. Univ.-Instituts in München: „An dem Dreuwschen Buch hat mich besonders die Anzeigepflicht interessiert. Ich stehe durchaus auf dem Standpunkt, daß ohne allgemeine diskrete Anzeigepflicht nicht auszukommen ist."

„Berliner Tageblatt": „Seit längerer Zeit ist kein Werk erschienen, das die Sexualfrage so eingehend und so kritisch in juristischer, ärztlicher, staatsrechtlicher und bevölkerungspolitischer Beziehung behandelt. Dem umfangreichen und tiefgründigen Werk kommt als Material für die neuen einzubringenden Gesetzesvorschläge besondere Bedeutung zu."

„Leipziger Neueste Nachrichten": „Ob die Dreuwschen Vorschläge richtig sind, darüber läßt sich vielleicht oder sicher streiten. Aber besser ein neuer und vielleicht steiler Weg, als das dumpfe Arbeiten und Mühen, das die jetzige staatliche Geschlechtskrankheitenbekämpfung darstellt und dessen Ergebnislosigkeit an den Erfolg des im Tretrade sinnlos sich abmühenden Hundes erinnert. Vor allem leuchtet den Dreuwschen Vorschlägen ein Licht voran, das auf jeden Fall, was man auch beginnen mag, den ersten Schritt zur erfolgreichen Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten bilden muß und wird."

„Münchener Neueste Nachrichten": „Verbohrte Energie zur Durchführung des als richtig Erkannten ist nötig. Das Lebenswerk Dreuws weist dieselbe verbohrte Energie auf, die Jenner, Semmelweis, Robert Mayer usw. gekennzeichnet hat. In dem Buche wird etwas Neues gegeben, hier wird Leben gebracht in den stagnierenden Sumpf, der sich staatliche Geschlechtskrankheitenbekämpfung nennt. Die „Deutsche Gesellschaft zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten" gibt sich redlich Mühe, aber was ist das Ergebnis? Mißerfolg! Mißerfolg! Mißerfolg! Immer dasselbe larmoyante Lied. Nun kommt das Dreuwsche Buch und zeigt neue Wege."

„Der Rote Tag": „Umfassende Vorschläge zur Heilung unserer heillos zerrütteten Zustände zu machen, ist wohl kaum jemand in so hohem Maße berufen als Dr. Dreuw. Er schöpft mitten aus dem Leben selber. Die Grundlagen der Dreuwschen Forderungen erscheinen absolut unanfechtbar."

„Deutsche Tageszeitung": „Es bedeutet an und für sich schon etwas Großes, wenn ein Werk wie das Dreuwsche sich über den Durchschnitt bedeutend erhebt und neue Wege weist. Die Herbeischaffung des größtenteils auch kritisch bewältigten Stoffes bedeutet eine außerordentliche Arbeitsleistung. Es ist ein Buch, mit dem sich der Gebildete auseinanderzusetzen hat."

„Kölnische Volkszeitung": „Endlich ist auch im Kampf gegen die Geschlechtskrankheiten ein Rufer im Streit erstanden. Der als unermüdlicher und allmählich erfolgreicher Salvarsangegner bekannt gewordene Dr. Dreuw hat im Verlage von Ernst Bircher, Leipzig, ein 528 Seiten starkes Buch erscheinen lassen und damit, wie die Aufnahme in der Oeffentlichkeit ergibt, einen entscheidenden Erfolg errungen. Es werden in demselben auch einige moralische Hinrichtungen von Persönlichkeiten und Institutionen vorgenommen. Auf der anderen Seite erhebt sich die Darstellung zu ungewöhnlicher Höhe bei der Herausarbeitung der verschiedenen Richtungen. Das Buch ist eine willkommene Gabe für alle diejenien, die an der künftigen Gestaltund mitarbeiten wollen."

Monatsschrift „Natur und Gesellschaft": „Die Anklagen, die der Verfasser gegen alte und neue Regierungsmänner als die Hemmschuhe eines sozialhygienischen Fortschritts mit unheimlicher Wucht erhebt, müssen wir für später zurückstellen. Aber uns graut vor soviel Unrat aus Lug und Trug in hohen Aemtern und bei titelgesegneten, würdeumrahmten Bonzen in Ministerien. Ein ganzer Hamlet-Monolog

fürwahr! Bestechung, Hinterlist, Ränkesucht, Hintertreibung, Fälschung, um den Gegner nicht aufkommen zu lassen . . . das ist so ungefähr das Klagelied eines Dr. „summa cum laude“ gegen gelehrte Glücksritter, die es vielleicht „rite“ mit genauer Not ausgehalten haben . . .“

Wochenausgabe des „Berl. Tageblatt für Uebersee“: „Das aus dem Leben für das Leben geschriebene Werk des mutigen Kritikers und Kulturkämpfers wird tatsächlich eine Revolution auf sexualpolitischem und staatsrechtlichem Gebiet hervorrufen.“

„Der Naturarzt“: „Die unseres Erachtens irreführende und erfolglose Arbeit der „Deutschen Gesellschaft zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten“ wird scharf und nachdrücklich bekämpft. Das Werk ist ein gigantischer Sturmlauf gegen die von dieser Gesellschaft empfohlene Salvarsanbehandlung. Sein Inhalt bildet die Grundlage zu einem Gesetzentwurf zur Einführung des Diskretionismus. Es wird in der Geschichte der Sexualwissenschaft zweifellos einen bevorzugten Rang einnehmen. Das Buch verfolgt das Problem bis in das Altertum, durchleuchtet es in seinen gesundheitlichen, sittlichen und gesellschaftlichen Wirkungen mit der tiefschürfenden Gründlichkeit und dem unerbittlichen Wahrheitsmute des echten Forschers. Diese Anerkennung muß der vorurteilslos Betrachtende aussprechen, wie immer er zur Behandlung der Geschlechtskrankheiten sich stellen mag.“

„Kasseler Tageblatt“: „Dieses Buch will eine Umwälzung auf dem Gebiete der Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten, es erstrebt die Freiheit der Sexualforschung und gleiches Sexualrecht für alle. Die DGBG. hat mit ihren Beratungsstellen, Filmvorstellungen und öffentlichen Vorträgen nicht vermacht, eine Besserung herbeizuführen. Im Gegenteil.“

„Stolberger Zeitung“: „Dreuw erhebt in dem hervorragenden Werke Anklagen gegen die regierenden Stellen, gegen die Führer der „Deutschen Gesellschaft zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten“, Anklagen gegen die ihn boykottierende medizinische Fachpresse, Anklagen, deren Schärfe nur durch eine glühende Liebe zur leidenden Mitwelt und zum Vaterlande zu entschuldigen sind. Anklagen, die nicht überhört werden können, sondern beantwortet werden müssen.“

„Kieler Zeitung“: „Der Name Dreuw ist mehr als ein Name. Er ist ein Programm. Unermüdlich hat Dr. Dreuw in zahllosen Aufsätzen den Salvarsanoptimismus bekämpft, der, indem er der Menschheit rasche und sichere Heilung eines der gefährlichsten Leiden versprach, diese tiefer in diese entsetzliche Krankheit verstrickte als es sonst möglich gewesen wäre. Unermüdlich hat Dr. Dreuw die geheimen Verbindungen aufgedeckt, welche eine scheinbar uneigennützige Wissenschaft mit einer nach Profiten lüsternen Industrie verband und noch heute leider verbindet. In der Tat! Auch nicht eine einzige Heilung eines Syphilitikers durch das Salvarsan ist bis jetzt verbürgt oder bewiesen. Der Kieler Fachmann Prof. Gennerich hat vor kurzem mitgeteilt, daß die Behandlung mittels des in die Adern eingespritzten Salvarsans nur zum Scheinerfolg führt, dagegen den Eintritt der schweren, meist tödlichen Späterkrankungen des Gehirns und Rückenmarkes in erschreckender Weise beschleunigt. Dreuw hat ein großes und bedeutsames Werk geleistet: Die sich bäumende Flut der Einzelheiten unter die Botmäßigkeit einer beherrschenden Idee, des Diskretionismus, gebändigt! Niemand wird ohne großen Gewinn das Dreuwsche Werk aus den Händen legen. Mit ihm ist die erste unverrückbare und unentbehrliche Basis geschaffen für die große Aufgabe der Menschheitssanierung. Mit fest auf das Ganze gerichtetem Blick wird ein System konsequent entwickelt, das dieses gewaltige Ziel zu erreichen in sichere Aussicht stellt. Solche Grundlagen geschaffen zu haben, erscheint eminent verdienstlich.“

„Kölner Tageblatt“: „Der Gedanke des Dreuwschen Diskretionismus marschiert und wird in Bälde zu einem weltbeherrschenden werden. Der gesamte Aerztestand müßte geschlossen für den Diskretionismus eintreten, da dieser alle angeht und alle beschäftigt, während die Heilung der Geschlechtskrankheiten heute das Monopol einer winzigen Aerzteschaft ist, die aus der Dummheit und dem Leichtsinn der anderen, mühelos spritzend — Riesengewinne einsteckt.“

„Christliche Volkswacht“: „Die Sexualrevolution ist wohl das bedeutendste Werk, welches in der letzten Zeit über die Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten und die damit zusammenhängenden Gebiete geschrieben wurde.“

Prof. Dr. Alfred Petterson, Direktor des Hyg. Univ.-Instituts (Stockholm) in „Hygiea“ (Stockholm) Heft 22, Seite 780: „Die Dreuwschen Vorschläge stimmen im wesentlichen mit den in Schweden geltenden gesetzlichen Bestimmungen überein. Der hauptsächlichste Unterschied dürfte darin liegen, daß Dreuw die Behandlung durch eine Gesundheitsbehörde überwachen läßt, während unsere Gesetze dem Arzt diese Arbeit übertragen. Es ist nicht ausgeschlossen, daß die Erfahrungen er-

geben werden, daß den Dreuwschen Vorschlägen der Vorzug vor den in Schweden geltenden gesetzlichen Bestimmungen zu geben ist. Die diskretionistischen Vorschläge Dr. Dreuws enthalten keine Bestimmungen, welche Schritte zu tun sind, um den Quellen der Infektion nachzustöbern. Für den Arzt können diese schwedischen Bestimmungen ganz unangenehm sein. Seine unbedingte Pflicht, das anzumelden, was er erfahren hat, bringt ihn in die größten Gewissenskonflikte. Um diese zu vermeiden, wird er häufig von vornherein den Patienten darüber aufklären, daß er nur das mitteilt, was er wünscht, das mitgeteilt wird. Mit der Tätigkeit der Deutschen Gesellschaft zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten wird scharf zu Gericht gesessen. Die Gesetze fremder Länder werden aufgezählt und kritisch behandelt. Für alle, die an der Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten (eine der wichtigsten sozialen Fragen unserer Zeit!) Interesse zeigen, ist das Werk von großer Bedeutung.

„Reformblatt für Gesundheitspflege“: „Ein Werk, das einzig dasteht. Wer die Geschichte der Gesetzgebung über die Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten studieren will, hier fließt eine reiche Quelle. Dr. Dreuw weist ganz neue Wege. Die Schachzüge einer mit den gerissensten Behelfen arbeitenden Weltreklame für das Salvarsan werden rücksichtslos enthüllt. Die Salvarsanpräparate waren ein glänzendes Millionen- (jetzt vielleicht Milliarden-) Geschäft. Deshalb wurde verheimlicht, vertuscht, die Wahrheit über das furchtbare Salvarsansterben verschwiegen, hinter die Berge gehalten, deshalb wurde die zum Teil gutgläubige Aerzteschaft in der Irre gelassen, deshalb wurde die Presse durch große Geldzuwendungen gefügig gemacht, daß sie nichts gegen das Salvarsan brachte. Deshalb wurde auch versucht, Dr. Dreuw, der seine Warnungen vor dem furchtbaren Gift immer wieder in die Welt hinausschrie, mit allen Mitteln mundtot zu machen, ja man versuchte sogar, ihn durch ein Geldangebot zu ködern. Hier jedoch biß der Salvarsankonzern auf Granit. Dr. Dreuw war nicht klein, er war nicht zum Schweigen zu bringen. Und sein großes Werk „Die Sexualrevolution“ setzt dem ganzen die Krhne auf. Alle Mann an Bord! Es gilt unsagbar Grauenhaftes, ein gesundheitlich wahrhaft teuflisches Satanswerk von uns allen abzuwehren.“

„Hamburger Echo“: „Das Buch ist das Lebenswerk einer starken Persönlichkeit; das muß auch derjenige anerkennen, der mit manchen darin vertretenen Ansichten als zu schroff oder von falscher Voraussetzung ausgehend, nicht einverstanden sein kann. Der Verfasser sucht seine Forderungen, frei von jedem Autoritätsglauben, in aller Oeffentlichkeit durchzufechten. Allein darum verdient das vorliegende umfassende Werk ernste Bedeutung. Die umfassende Art der Darstellung macht es jedem, der in verantwortlicher Stellung an der Lösung des Problems mitarbeiten will, zur Pflicht, das vorliegende Werk eingehend durchzuarbeiten. Der Geist der folgenden Worte beherrscht die Ausführungen des gesamten Werkes: „Medizin und Hygiene sind ein Teil der Politik und des Parteiwesens. Durch eine nachlässige oder gar falsch geleitete Gesundheitspolitik werden und wurden vielleicht mehr Menschen zugrunde gerichtet als in Kriegen getötet. Das wichtigste Kapital eines Staates aber ist der gesunde Mensch. Gewiß ist die Gesundheit das gemeinsame Ziel aller Parteien. Aber gerade weil diese und die Personen, welche sie repräsentieren, auf verschiedenen geraden und krummen Wegen dieses Ziel zu erreichen suchen, steht die Sozialhygiene mitten im Parteikampfe. Sie kann nur durch Kampf, nicht durch seniles Kompromißlertum vorwärts gebracht werden.“ Das Kapitel über Prostitutionswesen ist eine glänzende Rechtfertigung für die Maßnahmen der Hamburger Bürgerschaft. Die Ausführungen Dreuws beweisen aufs neue an umfangreichem, schlagfertigen Material, wie gut die Bürgerschaft bei ihren Beschlüssen beraten war.“

„Düsseldorfer Nachrichten“: „Das Buch ist dem deutschen Reichstage zugeeignet und als eine Zusammenstellung der früheren Bestimmungen, der neuen Vorschläge und der bisherigen Aussprachen in den Ausschüssen usw. in der Tat äußerst wertvoll und wohl unentbehrlich.“

„Mannheimer Anzeiger“: „Keine Familie, kein Stand, keine Konfession und keine Partei gibt es, die nicht an der Lösung des Sexualproblems ein brennendes Interesse hätte. Aus diesem Grunde ist das Buch Dr. Dreuws eine wertvolle Gabe für alle diejenigen, die an der künftigen Gestaltung des Kampfes mitarbeiten wollen. Es heißt Sexualrevolution, weil es nicht eine Reform mit weiter Sicht, sondern eine grundsätzliche Umkehr der Anschauungen auf sexuellem Gebiet erstrebt. Seine Forderungen sind: freies Spiel der Kräfte auf dem Gebiete der Sexualwissenschaft und der praktischen Geschlechtsseuchenbekämpfung, unterschiedslose Erfassung von Mann und Frau, Anzeigepflicht und diskretionärer Grundlage und streng durchgeführter Behandlungszwang.“

„Germania“: „In breiter Anlage ist das Sexualproblem von der kulturhistorischen, medizinischen, juristischen und sozialen Seite beleuchtet und man kann

sagen, daß hier außerordentlich viel wertvolles Material zusammengetragen worden ist. Der Kampf gegen das schleichende Gift im Volkskörper kann nur mit allerschärfsten Maßnahmen geführt werden. Deshalb schlägt Dr. Dreuw die allgemeine diskrete Anzeigepflicht vor. Um die Durchführung dieses Systems des sogenannten Diskretionismus tobt der Kampf. Die DGBG. und die Reichsregierung lehnen es ab, während die Landesversammlung am 25. Februar 1920 die Einführung der allgemeinen, gleichen, diskreten Anzeige- und Behandlungspflicht beschloß. Interessant ist in dem Buche die Aufzählung der bestehenden Gesetze und Verordnungen der ausländischen Staaten zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten. Zum Beispiel ist der Diskretionismus, den Dreuw in verbesserter Form vorschlägt, schon in Schweden erfolgreich in Aktion getreten, und Petterson, der Direktor des Hyg. Univ.-Instituts in Stockholm, fand kürzlich in einer schwedischen Zeitung warme Worte der Anerkennung für seinen mutig kämpfenden deutschen Fachkollegen, dessen Gefolgschaft ständig wächst. Das Dreuwsche Buch ist als Materialsammlung unentbehrlich. Die Oeffentlichkeit hat ein Recht auf Aufklärung über die Gefahren, die die Geschlechtskrankheiten über die Menschheit bis ins dritte und vierte Glied bringen. Das geschieht aber nicht durch besagte „Aufklärungsfilme". Jedenfalls stimmt es jeden Unbefangenen bedenklich, wenn der Gegner als unbequem einfach mundtot gemacht wird. Warum ist dem Salvarsangegner Dreuw seit Jahren die medizinische Fachpresse verschlossen?"

Die Berliner Gesellschaft für Rassenhygiene faßte folgenden Beschluß:

„Die Berliner Gesellschaft für Rassenhygiene erblickt in dem Gesetzentwurf der Regierung gegen die Geschlechtskrankheiten (der den Aerzten eine willkürliche Auswahl der den Beratungsstellen mit Namensnennung zu meldenden Patienten gestattet) eine stumpfe Waffe im Kampfe gegen diese immer bedrohlicher werdenden Krankheiten, welche sich nur gegen die Gefahren bei der minderbemittelten Bevölkerung richtet und auch diese nur ganz unvollkommen erfaßt. Die Pflicht zur Behandlung durch einen Arzt bleibt durch die Unmöglichkeit einer wirksamen Aufsicht eine papierne Verordnung. Dahingegen kann der Gesetzentwurf Dr. Dreuws (Antrag Schirmacher) als ein bedeutsamer Fortschritt gewertet werden. Die allgemeine Anzeigepflicht ohne Namensnennung aber mit steter Möglichkeit der Namensfeststellung, die Beaufsichtigung einer geordneten Behandlung durch die Gesundheitsbehörden und die Möglichkeit, den sogenannten Gefährdungsparagraphen mit Hilfe der Anzeigepflicht wirksam zu machen, sind geeignet, die Verbreitung der Geschlechtskrankheiten weitgehend einzudämmen. Die Berliner Gesellschaft für Rassenhygiene lehnt daher den Regierungsentwurf ab und tritt für den Entwurf Dr. Dreuws ein, dessen Annahme sie im Interesse der Volksgesundheit fordert."

Nachdem bereits sämtliche Frauenvereine, zahlreiche Juristen, Aerzte, Parlamentarier und Soziologen, die beiden sozialdemokratischen Fraktionen und auch die Deutschnationale Volkspartei und das Plenum der preußischen Landesversammlung am 25. Februar 1920 sowie der Bevölkerungspolitische Kongreß zu Köln im Mai 1921 für die allgemeine diskrete Anzeigepflicht eingetreten sind, dürfte der Dr. Dreuwsche Entwurf im Reichstage weit eher Annahme finden als der Regierungsentwurf, welcher erhebliche Mängel aufweist.

„Neue badische Landeszeitung" (Mannheim): „Da das Buch aus der Feder des bekannten Berliner Sexualpolitikers auch das Problem der staatlichen Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten und die Regelung der Prostitutionsfrage auf Grund positiver, gesetzgeberisch formulierter und im einzelnen begründeter Vorschläge, die vom Preußischen Landtage bereits beschlossen wurden, zur Lösung zu bringen sucht, ist es den Parlamenten, insbesondere dem Deutschen Reichstag gewidmet. Ein umfangreiches, tiefgründiges Werk."

„Vossische Zeitung" (Berlin): „Das Buch enthält mehr als nur die Gesetzvorschläge und deren Begründung. Ein großer Teil ist ethischen, soziologischen, rechtlichen und historischen Darlegungen gewidmet, die dem Leser mancherlei Belehrung zu bieten vermögen. Ein anderer, nicht unbeträchtlicher Teil enthält Auseinandersetzungen mit denen, die nicht der Ansicht von Dreuw sind. Dreuw ist Salvarsangegner. Mit heftigen Worten ficht er gegen die Befürworter des Salvarsans an und gegen alle, mit denen er aneinandergeraten ist.

Wer demnach das umfangreiche Buch mit Bedacht liest und bemüht ist, aus dem vielen heftig Betonten den sachlichen Kern herauszuschälen, wer die zur Beleuchtung des einen bestimmten Standpunktes beigebrachten statistischen Angaben mit den Statistiken anderer vergleicht und wer sich bemüht, sich auch in die Beweisführungen derer zu vertiefen, die anderer Ansicht sind, dem kann das inhaltreiche Buch sehr wohl eine eigene Meinungsbildung erleichtern."

„Berliner Volkszeitung": „Dr. Dreuw ist der Oeffentlichkeit kein Fremder mehr; sein jahrelanger scharfer Kampf gegen das „laissez faire, laissez aller" auf dem Gebiete der Geschlechtskrankheiten und gegen den durch den Salvarsanunfug begünstigten „Sexualoptimismus" haben ihn in weitesten Kreisen bekannt gemacht. Jeder, der Dreuws hartnäckigen Kampf mit Interesse und Sympathie verfolgt hat, wird es lebhaft begrüßen, daß er, der wie kein anderer dazu berufen ist, seine schweren Anklagen und seine wertvollen Vorschläge in einem von jeder feuilletonistischen Oberflächlichkeit jeder Sensationshascherei freien, aber doch im besten Sinne gemeinverständlichen Werk vereinigt hat.

Im zweiten Teil des Buches zieht Dreuw mit Schärfe dem „Sexualoptimismus", dem Salvarsanunfug und der Tätigkeit der „Deutschen Gesellschaft zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten" zu Leibe und teilt erstaunliche Einzelheiten über den gegen ihn von seiten der Salvarsaninteressenten entfesselten vergifteten und unsachlichen Kampf mit.

Die Zeit wird für Dreuws Ideen arbeiten, aber der Preis der Erkenntnis wird fürchterlich sein. Tausende von Menschen werden weiter durch Syphilis und das angebliche Heilmittel Salvarsan zugrunde gehen.

„Leipziger Volkszeitung": „Der Weg, der gute Erfolge verspricht, ist die allgemeine, gleiche, diskrete Anzeige- und Behandlungspflicht", der sog. „Diskretionismus". Von nicht zu unterschätzender Bedeutung ist die Stellungnahme des Verfassers zur Frage der Behandlung der Syphilis als der schwerwiegendsten Form der Geschlechtskrankheiten. Wenn ihr gegenüber das Verfahren des Totschweigens beliebt wurde und wohl auch noch weiter beliebt wird, so fördert das den notwendigen Kampf gegen die Geschlechtskrankheiten durchaus nicht. Besondere Bedeutung gewinnt das Buch Dreuws, weil es nicht nur kritisiert, sondern auch rechtlich wertvolle Vorschläge für die praktische Durchführung der Bekämpfung bringt. Die Erfahrungen des ehemaligen Polizeiarztes kommen ihm in eben diesen Fragen zustatten, so daß sich das Buch als ein sehr beachtenswerter Beitrag zu der Arbeit um das gesundheitliche Wohl des Volkes, darstellt und dem Sozialhygieniker wie dem Gesetzgeber zur aufmerksamen Durcharbeitung empfohlen werden muß.

Zeitschrift für Medizinalbeamte: „Das von juristischer Seite (seinerzeit im „Tag" von dem Kieler Oberlandesgerichtsrat Dr. jur. et phil. Bovensiepen) so warm empfohlene Buch, verdient auch die Lektüre des Mediziners, gleichgültig, ob er für den Dreuwschen Vorschlag „der allgemeinen, gleichen, diskreten Anzeige- und Behandlungspflicht (ohne Namensnennung) an ein zum strengsten Stillschweigen verpflichtetes Gesundheitsamt" zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten eintritt oder nicht. Denn auch ein Gegner der Vorschläge wird das Buch, das ihm tiefste Einblicke in die gegenwärtige Medicopolitik gewährt, mit lebhaftestem Interesse lesen, zumal die überaus gewandte Stilistik des Autors das Lesen der 544 Oktavseiten erheblich erleichtert.

Blätter für biologische Medizin: Das Buch ist ein Kampfbuch: Pro scientia et veritate steht auf der ersten Seite. Der Verfasser hätte noch hinzusetzen können: Pro humanitate; denn in diesem Sinne wirkt er vor allem, wenn er für die Wahrung der persönlichen Freiheit, für menschliche Behandlung der so schon auf das tiefste zu bedauernden, von Pharisäern, die moralisch in Wirklichkeit weit unter ihnen stehen, verachteten und verstoßenen Geschöpfe, der Prostituerten, eintritt.

Zeitschrift für Krankenanstalten. 1922. Nr. 2: „Das große Material verdient aber auf jeden Fall ernste Beachtung und zwingt die Fachkreise zu sachlicher Stellungnahme. Die Fachkreise werden sich mit dem Buche beschäftigen müssen.

„Kleines Journal": „Besonders die Frauen haben Ursache, dem tapferen Vorkämpfer dankbar zu sein, der gegen die hygienisch vollkommen unwirksame, moralisch ungeheuer schädigende Brandmarkung bestimmter Schichten von Frauen — Prostituierten — auftritt und die Krankheit rein vom hygienischen Standpunkt aus ganz gleich, bei wem sie auftritt, bekämpfen will. Man darf ruhig zugestehen, daß das Werk hierdurch eine Kulturmission von außerordentlicher Bedeutung erfüllt..."

„Essener Arbeiter-Zeitung": „Von dem ihm gewährten freieren Recht der Kritik auch gegenüber behördlichen Personen und Einrichtungen macht er reichlich und kräftig Gebrauch, aber das ist kein Verbrechen und auch kein Wunder bei einem Mann, der bei manchen Zünftlern und bei allen, die Interesse an den chemischen Konzernen haben, die aus sogenannten Heilmitteln aller Art Geld münzen, der Bestgehaßte ist. Ob Dreuws Ansichten in jedem Punkt richtig sind, ist hier nicht zu untersuchen. Tatsache ist, daß ihm zur Vertretung derselben die Fachpresse seit Jahren so gut wie verschlossen ist. Wenn er deshalb mit diesem Buch an die Oeffentlichkeit tritt, so hat er Anspruch auf Beachtung um so mehr, da er seit 20 Jahren in dem Kampf gegen die Geschlechtskrankheiten an hervorragender Stelle steht. Das

Buch ist von einer Reichhaltigkeit, die es für Interessenten und Bibliotheken unentbehrlich macht.

"European Preß" (Uebersetzung aus dem Englischen): Der Autor diskutiert ausführlich die in Deutschland getroffenen Maßnahmen und die der anderen Länder, wie Schweden. England, Frankreich, Amerika usw. Es gibt kein Werk, das ausführlicher und wissenschaftlicher dieses Problem behandelt. Seine Gesetzesvorschläge machen es unentbehrlich nicht nur für Mediziner, sondern auch für Parlamentarier und alle, die an der sozialen Hygiene Interesse haben. Man hat den Eindruck, daß das Herz des Autors dieser Sache gehört, die er mit großer Kraft und Sachkenntnis beleuchtet. Das Buch ist für jedes Land, das sich mit diesem Problem beschäftigt, von der größten Wichtigkeit.

Ersparnisse für „Diskretionismus": „Die Behauptung, der Diskretionismus scheiterte an den Kosten und in der Praxis, trifft nicht zu. Denn die Sittenpolizei mit ihren vielen Beamten (in Berlin ca. 400) und Gebäuden wird abgeschafft, ferner die Bordellwirtschaft und die Beratungsstellen, die völlig versagt haben usw. usw., und alle diese Ersparnisse würden für die Beaufsichtigung aller, arm und reich, Mann und Weib, verwandt werden, damit endlich die Klassenhygiene und die doppelte Moral aufhören.

Der Frankfurter Arzt Prof. Max Flesch hat um die Anzeigepflicht von diesem Vorwurf zu befreien, ausgerechnet, daß einer der meist beschäftigten Dermatologen Frankfurts mit einem Tageszuzug von drei bis vier Fällen zu rechnen habe, das gäbe auf ein Jahr etwa 1200 und für etwa 40 Fachärzte etwa 50 000 Fälle. Dazu käme, was sich noch bei den nichtapprobierten Krankenbehandlern und bei den praktischen Aerzten und in den Heilinstituten befände, also vielleicht die gleiche Anzahl. Es wäre unbestreitbar, daß wir da auf eine Zahl kämen, die kein vernünftiger Mensch für möglich halten würde. In einer Stadt von etwa einer halben Million Einwohner kämen im Jahr 100 000 Zugänge. Trotzdem ist es wahrscheinlich angesichts der englischen und französischen Statistiken von 25 Prozent. Das wäre ein Tageszuzug von rund etwa 330 zu registrierenden Meldungen, Arbeit für etwa zwei Beamte. Selbst unter dem heutigen tatsächlichen Arbeitstag von bloß 6½ Stunden würden sie nach der Ansicht von Fachleuten des Registraturwesens das leicht bewältigen können. Für die Weiterbearbeitung käme nach Flesch aber nur ein Bruchteil in Frage.

„Westfälische allgemeine Volkszeitung": „Das Buch ist bestimmt für Parlamentarier, Aerzte, Staats- und Kommunalbehörden, Nationalökonomen, Bevölkerungspolitiker, Statistiker, Soziologen, Frauenrechterinnen, Pädagogen, Theologen und Schriftsteller, kurzum für jeden Gebildeten und für die Volksaufklärung. Für den in Kürze zu erwartenden Gesetzentwurf zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten bietet es eine Fundgrube des einschlägigen Stoffes.

„Frankfurter Zeitung": „Das Buch enthält sachlich gemeinte und begründete Reformvorschläge, die den Weg zu besserem Erfolge als bisher bedeuten *können*." . . . Wenn jedes Mittel, das zum Erfolg führen *kann*, ernsthafter Prüfung wert ist, dann müssen auch diese Vorschläge, die ja als theoretische Forderungen nicht durchweg Neues bringen, geprüft werden."

Das Urteil der Gegner . . .

Diesem Urteil fast der gesamten großen Presse steht das einiger salvarsanistisch denkender Spezialärzte als Gegner Dr. Dreuws gegenüber. Man muß es niedriger hängen:

Spezialarzt Prof. Dr. v. Zumbusch (München) als deren Mitarbeiter in der *„Münchener medizinischen Wochenschrift"*, der seit 12 Jahren laut Gerichtsurteil vielleicht zum Schaden der Entwicklung der Wissenschaft Dr. Dreuws Manuskripte ohne jeden berechtigten Grund, ebenso wie die übrige führende Fachpresse, zurücksandte:

Besonders dem, der wie Ref. auch von einer zweckmäßig organisierten Anzeigepflicht der Geschlechtskrankheiten Gutes erwartet, muß es in der Seele leid tun, diese Sache so würdelos und schlecht verfochten zu sehen. Das Buch ist den Parlamenten zugeeignet; tatsächlich bewegt es sich auch auf dem Niveau der Parlamentsreden, die unter dem Vorwand, dem Vaterland dienen zu wollen, nur den Parteigegnern schaden und der eigenen Partei nützen sollen, jede Objektivität vermissen lassen und durch Maßlosigkeit das ersetzen wollen, was an Kraft der Beweise fehlt.

Es geht dabei auch nicht ohne einen vehementen Angriff gegen das Salvarsan als Heilmittel ab, nebenbei wird die Wassermannsche Reaktion gewissermaßen zu Staub zertreten, ausnahmsweise ohne viel Worte zu machen.

Assistenzarzt Dr. . . . . . n aus der Universitätshautklinik des Hauptsalvaranisten Prof. . . . . n als Anonymus in der „Bonner Zeitung" 1921 Nr. 225.

Das, was uns Herr Dr. Dreuw zu sagen hatte, wäre auf 20 Druckseiten erledigt gewesen.

Man hat die Empfindung, es kommt dem Autor weniger auf die Sache als auf seine Person an. Die Gegner werden ihm jedenfalls die Antwort nicht schuldig bleiben. Wenn es schon für den Fachmann eine Qual ist, sich durch dieses dickleibige Buch durchzuarbeiten, so wird der Laie dasselbe bald wieder aus der Hand legen.

Schon größere Geister als Herr Dreuw haben für ihre Ueberzeugung lange vergeblich kämpfen müssen.

Ich bewundere den Mut des Verlegers, der schwerlich auf seine Kosten kommt.

Spezialarzt Dr. Zimmern (Hamburg) im „Hamburger Fremdenblatt“:

Der Gedanke an sich ist gut und wird mit viel Liebe und Idealismus ausgeführt. In der Praxis wird aber ein Funktionieren dieses ganzen Millionen verschlingenden Apparates wohl kaum jemals durchzuführen sein.

Wertvoll sind die Kapitel, in denen die Sexualgesetzgebung anderer Staaten zusammengestellt wird. (80 Seiten.) Für Aerzte und Juristen, für Nationalökonomen und Soziologen, für Frauenrechtlerinnen und Parlamentarier kann es ein Nachschlagewerk werden.

Ein Teil des Buches mit seinen zahlreichen persönlichen Angriffen (gegen die DGBG., ihren Vorsitzenden Blaschko, das Reichsgesundheitsamt, das Kultusministerium, die medizinische Fakultät, die eine vom Minister Haenisch für Dreuw vorgeschlagene Professur abgelehnt hat, zieht er in einer Art und Weise vom Leder, wie man sie sonst nur in Streitschriften dem Impfgegner und der Anhänger der Naturheilkunde bezw. in dem Hamburger Dirnenblatt „Panger“ findet) ist ein Pamphlet schlimmsten Stiles und verdirbt durch das Niveau seiner Kampfesweise außerordentlich den Gesamteindruck des fleißigen von einer großen Beherrschung des Stoffes zeugenden Buches.

Spezialarzt Universitätsprofessor Dr. Felix Pinkus, Generalsekretär und Redakteur der DGBG., Vetter des Salvarsanerfinders, schreibt in seinen **Mitteilungen der Deutschen Gesellschaft zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten.** Band 19, Seite 124. 1921.

Das seit Monaten mit großer Reklame angekündigte Buch ist jetzt erschienen. Dem eigentlichen polemischen Hauptteil ist ein wissenschaftlicher Teil, im wesentlichen kompilatorischen Charakters, vorausgeschickt. Der Rest ist ein umfangreiches, vorwiegend gegen die DGBG. und ihre Führer gerichtetes Pamphlet, dessen Niveau sich auf der Höhe früherer Dreuwscher Publikationen bewegt. Schade, daß der Preis dieses Pamphlets (Nach Heyse, Fremdwörterbuch, bedeutend Pamphlet [Palm = Hand, feuillet = Blatt]: Handblatt, Flugschrift, eine kleine Schrift mit dem besonderen Sinn eines beleidigenden Inhalts. Die „Sexualrevolution“ umfaßt 544 Seiten!) ein so hoher ist — 80 Mark — und daß infolgedessen nicht weitere Kreise sich von der vornehmen Kampfesweise dieses „Sexualrevolutionärs“ überzeugen können. Aber vielleicht dämmert nun doch den Führerinnen der Frauenbewegung sowie den Abgeordneten der verschiedenen Parteien, in welcher Gefolgschaft sie sich da bewegen, und sie legen sich die Frage vor, ob nicht der „Diskretionismus“, den der Autor verficht, ebenso einzuschätzen ist wie seine Kampfesweise.

Die Versammlung der Aerztinnen, Juristinnen und Nationalökonominnen beschloß trotzdem am 23. März 1922 die allgemeine diskrete Anzeige- und Behandlungspflicht und lehnte die „beschränkte“ des Regierungsentwurfs und der DGBG. ab. Prof. v. Zumbusch schreibt, in einem Jahrhundert könnten die Schäden, die der Regierungsentwurf und ihr Urheber (DGBG.) in einigen Jahren machen würde, nicht wieder beseitigt werden.

Dr. med. Röschmann*), ein von der privaten DGBG. als Geschäftsführer angestellter (daher auf sie schwörender) Wanderredner und Filmdeklarator,

---

*) Anmerkung: Dr. D. übersandte dem „Aerztlichen Vereinsblatt“ Nr. 1255 inhaltlich die folgende (nur zum Teil abgedruckte) Erwiderung: Wenn Dr. Röschmann, (der nicht praktiziert, keine spezialärztliche Ausbildung genossen, nie einen eigenen sexualpolitischen Gedanken produziert hat und nur als bezahlter Wanderredner, als Agitator, als i.-A.-Ueberreder der Parlamentarier und als Geschäftsführer der privaten, hauptsächlich von sexualkapitalistischen Interessenten geleiteten DGBG., so als ob Großbrauer zweckmäßig die Abstinenten verträten, tätig ist), mich eine „anscheinend fachkundige Seite“ nennt, so habe ich dafür angesichts meiner 6jährigen spezialärztlichen Ausbildung bei Prof. Unna usw., meiner 4jährigen Tätigkeit als Polizeiarzt und meiner zirka 100 spezialwissenschaftlichen Arbeiten und Bücher nur ein Lächeln.

schreibt im „Aerztlichen Vereinsblatt", Nr. 1253: Die diskretionistischen Vorschläge haben schon aus technischen Gründen keine Aussicht, sie sind so absurd, daß man in Versuchung kommt, sie nicht ernst zu nehmen, sie stammen von der „anscheinend fachkundigen Seite" Dr. Dreuws, durch den die Frauen sich haben gefangen nehmen lassen, indem er ihnen eine gerechte Erfassung aller in Aussicht stellte.

... und deren Widerlegung:

Der Münchener Sozialhygieniker Dr. med. W. Schweisheimer in der Zeitschrift für Sexualwissenschaft. (Markus u. E. Webers Verlag in Bonn.) Band VIII. Heft 10, 1922.

Das neue Buch Dreuws bedeutet ein Menetekel in der Frage der Geschlechtskrankheitenbekämpfung, auf das man achten muß. Wenn Dreuw darauf hinweist, daß er seit zehn Jahren im Kampf gegen die bisher geübte Art der Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten steht, so wird das keinen wundernehmen, der vom sozialhygienischen Standpunkt aus das Ergebnis dieser bisherigen Bekämpfungsart verfolgt, — einer Bekämpfungsweise, die als neueste Blüte die sogenannte „Statistik" der Geschlechtskranken vom Jahre 1919 getrieben hat.

Der Hauptteil des Buches befaßt sich mit der allgemeinen, gleichen, diskreten Anzeige- und Behandlungspflicht (dem „Diskretionismus").

In der jetzigen Zeit versprechen die Dreuwschen Vorschläge jedenfalls einen bedeutenden Schritt nach vorwärts.

Nun ist noch auf einen sehr wesentlichen Punkt der Dreuwschen Ausführung einzugehen: das ist die persönliche Kampfesweise Dreuws. Er geht in einer persönlichen Art gegen verdiente Vorkämpfer der Geschlechtskrankheitenbekämpfung vor, die auf den Vertreter einer rein sachlichen wissenschaftlichen Kampfesweise recht unangenehm wirkt. Dieser anfängliche Eindruck verstärkt sich bei wiederholter Lektüre des Buches. Andererseits — und das muß der gerecht Urteilende auch zugeben — erscheint diese persönliche Kampfesweise nicht unverständlich, ja fast nicht anders möglich, wenn man aus den Schilderungen Dreuws, nicht ohne innerliche Erschütterung, vernimmt, wie persönlich im schlimmsten Sinn der Kampf gegen ihn seit der Zeit seiner Salvarsanbekämpfung geführt wurde. Der Eindruck verstärkt sich noch ganz bedeutend, wenn man jetzt nach dem Erscheinen des Dreuwschen Buches das sogen. „Referat" in den „Mitteilungen der Deutschen Gesellschaft zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten" (Bd. 19, S. 124) liest, das im höchsten Grad unsachlich, im übelsten Sinn persönlich abgefaßt ist. Wer in solcher Weise ein gerade für diese „Mitteilungen" bedeutungsvolles Buch referiert, der hat das Recht verwirkt, sich über persönliche Angriffe zu verwundern oder zu entrüsten. Daß das kein Einzelfall, sondern ein System in den „Mitteilungen der DGBG." ist, das geht aus dem in der gleichen Nummer befindlichen Protest der „Berliner Gesellschaft für Rassenhygiene" hervor, die sich energisch dagegen wendet, daß die Schriftleitung der „Mitteilungen" sich das Recht anmaßt, Andersdenkenden die Sachkunde abzusprechen, nur weil sie zu anderen Ergebnissen der Ueberlegung gekommen sind. (Siehe Röschmann.)

Auch die Einwände gegen die persönliche Kampfesweise Dreuws können dem Wesen seines neuen Buches nichts anhaben. Es verdient auf jeden Fall die weiteste Verbreitung, namentlich in allen jenen Kreisen, die direkte oder indirekte Mitarbeiter an der **Ausrottung eines ausrottbaren Krankheitsherdes sind oder sein wollen.**

In welcher Weise die Fakultät (s. S. 34) verleumdet, mögen folgende Tatsachen über meine technischen Arbeiten ergeben:

I. Das folgende in vierjähriger technischer und heute in achtjähriger klinischer Vervollkommnung ausgearbeitete neue physikalische Prinzip ist in allen Kulturländern auf meinen Namen patentiert worden, es ist in der „Technischen Rundschau" (s. S. 110), im „Prometheus" usw. usw. publiziert. Ich überlasse das Urteil der gesamten wissenschaftlichen Kulturwelt, ob es sich hier ebenso wie in den Fällen Seite 144, 154, 157, handelt, wie die Fakultät „begutachtet" hat, um „technische Dinge, wie Anwendung von Holzspateln, Ausspülen von Kanülen, Einrichtungen des polizeiärztlichen Untersuchungszimmers, Apparate zur Heilung der Impotenz und daß, wie schon die Titel der Arbeiten zeigen, nirgends

grundlegende Fragen der ärztlichen Technik angeschlagen sind, sondern nur Mitteilungen über Kleinigkeiten des technischen Gebietes gemacht werden, wie sie etwa von einem Klinikleiter oder Laboratoriumsvorstand mit Wandanschlägen oder in Zuschriften an Hilfsärzte oder Laboranten üblich sind".

Mir fehlt der parlamentarische Ausdruck, um diese Ehrabschneidungstaktik der medizinischen Fakultät, d. h. der professoralen Mitglieder, gebührend zu bezeichnen, wenn ich mitteile, daß mir auf das gänzlich neue, bisher weder in der Medizin noch in der Physik angewandte physikalische Prinzip folgende Patente erteilt wurden: Italien Nr. 121 539, Belgien Nr. 241 236, England Nr. 28 029, Schweiz Nr. 58 520, Oesterreich Nr. 55 829, Ungarn Nr. 57 394, Deutschland Nr. 239 100, 240 279, 240 280, 259 073, Frankreich Nr. 437 435, Rußland durch die politischen Verhältnisse noch nicht erteilt, Amerika Nr. 1 076 490.

Selbstverständlich hat die Klique seit 1914, wo der Salvarsankampf (siehe meine Bücher: Die Salvarsangefahr, Berlin, Ritterverlag, Neue Winterfeldtstraße 32, und die „Sexual-Revolution", Verlag Ernst Bircher, Leipzig, Lützenerstraße 6) begann, dafür gesorgt, daß keine Versuche in den Kliniken, kein Referat oder eine wissenschaftliche Arbeit über dieses neue Prinzip angefertigt wurde. Ja, die „Dermatologische Wochenschrift" des Prof. Unna strich sofort, ohne mir etwas mitzuteilen, meinen Namen aus der Reihe der Mitarbeiter. Man muß die Zusammenhänge zwischen medizinischer Fachpressenwirtschaft und der Kliquenwirtschaft, das berühmte per anum, per penem et per vaginam, kennen, um zu verstehen, daß alles dem sogenanten wissenschaftlichen Bonzentum zuzutrauen ist. Und dieses hat sich porportional dem Quadrate der imperio—sozialistischen Haenisch-„Kultur". Vermehrung vergrößert: Nie war es so stark wie zur Zeit des „Revolutionärs" Haenisch. Obschon die Verfassung Einsicht in die Kandidatenlisten gestattet, weigerte das System Haenisch-Becker die Einsicht. Daß bei mir eine Dummheit bestand. bereut man schon tausendfach.

Ich fordere hierdurch diejenigen Kreise der Medizin auf, die sich noch nicht von dem „Klub der Voraussetzungslosen" haben ködern lassen, eine Studie mit den obigen technischen Methoden anzustellen, wie ich sie in der Arbeit „Ekto-Endomassage", Prager mediz. Wochenschrift, 1913, Nr. 52, skizziert habe. Denn die Klique arbeitet mit dem berühmten medicojournalistischen Totschweigesystem an der Unterdrückung dieser technischen Einrichtungen.

Die Erfindungen betreffen folgende von mir angegebene Methoden der Wasserdruckmassage und der antiseptischen Dauerspülungen; sie sind aus ein- und demselben physikalischen Prinzip entstanden.

A. Wasserdruckmassage.

Zwei Prinzipien kommen bei der Wasserdruckmassage zur Verwendung:
I. Endomassageprinzip.
II. Ektomassageprinzip.

Prinzip I (Endomassage).

Fig. 1 zeigt als Beispiel für die Endomassage einen Längsschnitt durch einen Massagekatheter, der für die Massage der vorderen Harnröhre bestimmt ist. Der Katheter ist doppelwandig, d. h. in den äußeren Kaheter ist ein innerer eingeschoben.

Auf diese Weise entsteht ein Lumen d des inneren Katheters und ein das Lumen umgebender zirkulärer Raum h. Die äußere Wand des äußeren Katheters ist nun mit feinen Oeffnungen a (etwa nadelspitzgroß) durchbohrt, und zwar stehen diese Oeffnungen etwa 1—2 cm voneinander entfernt. Zwischen den Oeffnungen a sind

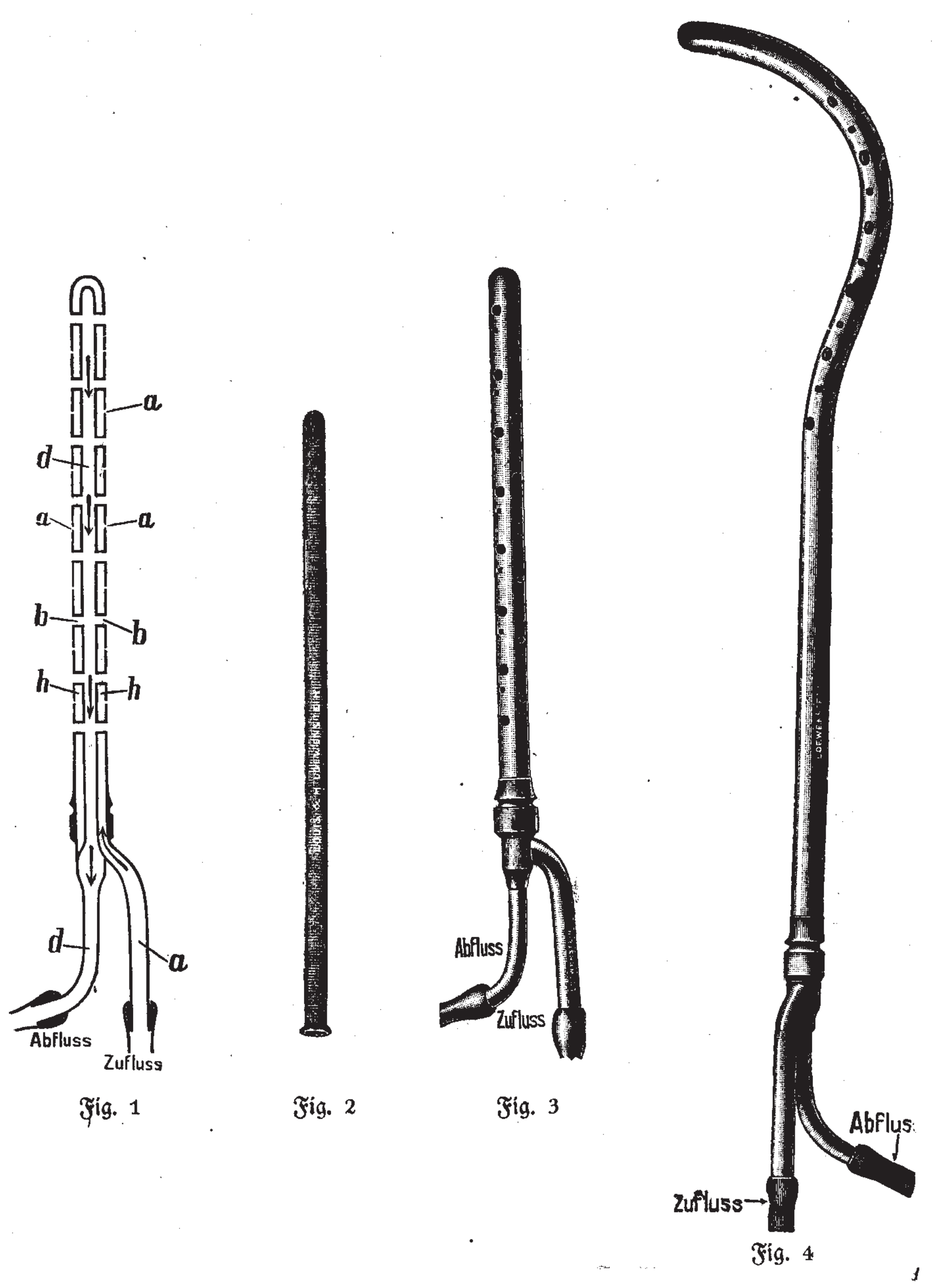


Fig. 1 Fig. 2 Fig. 3 Fig. 4

Kanälchen b so angebracht, daß diese das Lumen d mit der Wand des äußeren Katheters verbinden. Der zirkuläre, von den Kanälchen b durchzogene Raum endet nach unten zu in ein Zuflußrohr a, während das Lumen b in ein Ausflußrohr d mündet. Durch das Rohr a wird in der Richtung des Pfeiles Wasser durch einen

Gummischlauch (je nach der gewünschten Temperatur warmes oder kaltes Wasser) entweder aus einem hochstehenden Irrigator (drei bis vier Meter hoch) oder am besten aus der Wasserleitung eingelassen (vergl. Fig. 5 und 18). Das Wasser ist dann gezwungen, seinen Weg immer nur aus den Löchern a zu nehmen. Bringt man den Katheter in die Harnröhre, so schlägt das aus den Oeffnungen a austretende Wasser gegen die elastische Harnröhrenwand an und nachdem es diese bespült und

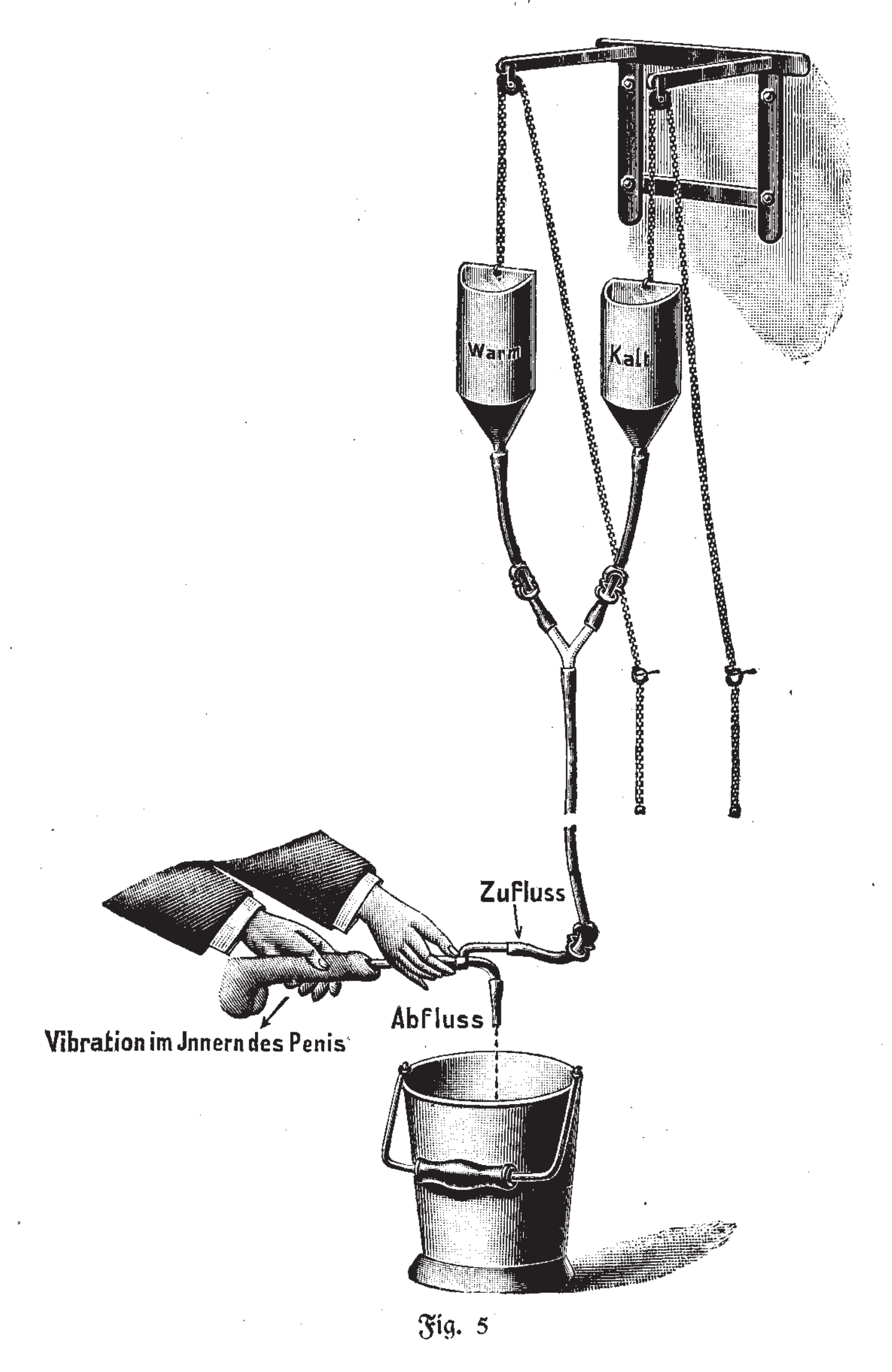


Fig. 5

ausgedehnt hat, fließt es sofort wieder durch das nächst liegende Kanälchen b in das Lumen d und von dort durch den Gummischlauch ab. Dieser Vorgang spielt sich natürlich an allen Oeffnungen a ab und hierbei zeigt sich nun ein interessantes Phänomen. Die Harnröhrenschleimhaut gerät in eine subjektiv für den Patienten und objektiv für den tastenden Finger des Arztes wahrnehmbare Vibration. Ein ganz **neues physikalisches Prinzip.**

Durch den Wasserdruck aus der Wasserleitung oder aus einem hochstehenden Irrigator wird das Wasser aus den Löchern a mit einer gewissen Kraft getrieben, es dehnt die Gummimembran oder die elastische Schleimhaut aus und wird, sobald die Elastizitätsgrenze erreicht ist, durch die Elastizität der gespannten Gummimembran und durch die Saugwirkung des abfließenden Wassers sofort durch die Kanälchen b in das Innere des Lumens d und von hier durch den Abfluß d getrieben. Die zurückprallende Gummimembran schlägt nun für einen Moment gegen die kleinen Löcher a, so daß überall dort, wo ein Kanälchen a sich befindet, sozusagen ein Ventil entsteht. Dieses Gummiventil oder bei Verwendung des Instrumentes ohne Gummimembran in Körperhöhlen, dieses Schleimhautventil, schließt also einen Moment das Kanälchen a nach außen zu ab, so daß das Wasser aus a nicht abfließen kann. Dann aber wird durch die Kraft des aus der Oeffnung a von neuem ausströmenden Wassers die Membran wieder abgetrieben, dann wieder durch Saugwirkung zurückgeschnellt, dann wieder abgetrieben. usf., also eine beständige Unterbrechung erzielt.

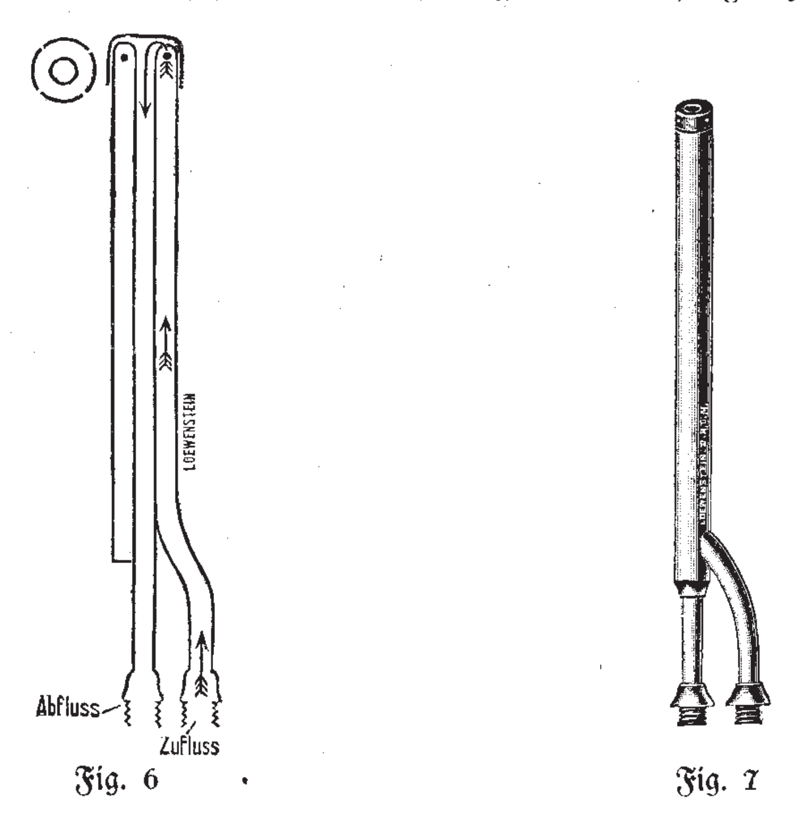


Fig. 6 Fig. 7

Die Stärke der Vibration ist genau regulierbar. Je stärker man den Hahn der Wasserleitung aufdreht, desto stärker ist die Vibration. Jedoch läßt sich nicht die Vibration ad infinitum steigern, sondern bei einem bestimmten Wasserdruck hört die Vibration plötzlich auf, da dann die Kraft der aus den Löchern a austretenden Wassermenge so stark ist, daß diese die Gummimembran außen von den Kanälchen a und b ständig weggedrückt, so daß das Wasser kontinuierlich durch b und d abfließen kann.

Fig. 2 zeigt die Gummimembran.

Fig. 3 zeigt den Apparat zur Vibrationsmassage und gleichzeitig zur Spülmassage der vorderen Harnröhre.

Fig. 4 denselben Apparat für die hintere Harnröhre.

Die Verwendung der Wasserdruckmassage für die Harnröhre geschieht zweckmäßig so, daß das Instrument beim Patienten entweder in liegender oder sitzender oder stehender Stellung eingeführt wird. Dann tritt der Patient an einen Eimer heran, der das abfließende Wasser aufnimmt (Fig. 5). Die wechselwarme Massageapplikation mit oder ohne Spülung wird so ausgeführt, daß die Gummischläuche zweier an der Decke des Zimmers befindlicher auf- und abwärts bewegbarer Irrigatoren, von denen der eine warmes (42 °), der andere kaltes Wasser enthält, in ein kleines y-förmiges Rohr münden. Vor der Einmündung in die beiden Schenkel des Rohres sind Quetschhähne angebracht. Ein Zweiwegehahn empfiehlt sich nur dann, wenn durch die engen Oeffnungen der Wasserdruck des Irrigators nicht herabgesetzt wird. Der Patient wird während der Massage aufgefordert, das Instrument soweit als möglich gegen die Spitze der Eichel zu drücken.

Natürlich lassen sich die einzelnen Anwendungsweisen (Wasserdruckspülung, Wasserdruckspülmassage) in Verbindung mit den bisher angewandten und erprobten Methoden zweckentsprechend verbinden.

Folgende Indikationen kommen in Betracht:

1. Akute Gonorrhöe, nachdem die stürmischen Erscheinungen geschwunden sind. 2. Chronische Urethritis ant. et post. 3. Infiltrate der Harnröhre. 4. Erkrankungen der Littréschen Drüsen und der Morganischen Lakunen. 5. Provokatorische Massage. 6. Mechanische Penetration von Medikamenten (Tiefenwirkung). 7. Leichte Dilatation. 8. Therminische und elektrische Behandlung. 9. Erkrankungen des Colliculus. 10 Psychische Impotenz, Spermatorrhöe und Prostatorrhöe. 11. Das Instrument kann als Hydrodilatator der Harnröhre Verwendung finden.

Jedenfalls eröffnet die neue Spülmassage der Harnröhrenschleimhaut, sei es, daß man Irrigator- oder Wasserleitungsanschluß wählt, der Therapie ganz neue Möglichkeiten, die noch der weiteren und exakten Durcharbeitung bedürfen.

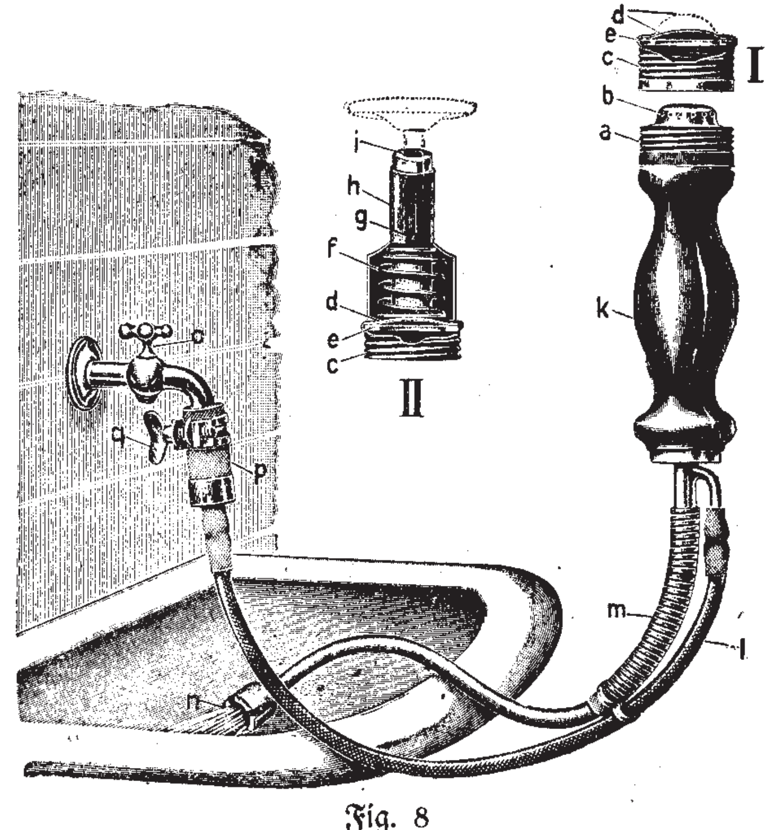


Fig. 8

Prinzip II (Ektomassage).

Fig. 6 zeigt das Prinzip der Ektomassage. Zwei Metallrohre sind ineinander geschoben. In das äußere Rohr mündet der Wasserzufluß, während das Lumen a des inneren Rohres mit dem Wasserabfluß in Verbindung steht. Das Wasser fließt in der Richtung der Pfeile in den Raum d. Bei g sind zirkuläre feine Oeffnungen (in der Zeichnung als Punkte dargestellt) angebracht, über welche eine Gummimembran aufgezogen ist.

Leitet man in den äußeren (unten geschlossenen, oben aber bei g mit feinen Oeffnungen durchbohrten) Raum dieses Doppelzylinders bei z Wasser mittels eines Schlauches ein, so ist dieses gezwungen, nur aus den feinen Perforationen g auszuströmen. Spannt man über diese Oeffnung eine feste Membran, so gerät diese bei entsprechend hohem Wasserdruck in Vibration. Die Membran wird provisorisch mittels Bindfaden festgebunden. Bei der technischen Verwertung aber findet (siehe Fig. 7 bezw. 8) die Spannung mittels Schraubvorrichtung statt. Die Vibration kommt so zustande, daß das bei g ausströmende Wasser die Membran zunächst in die Höhe treibt. Die hierdurch stark gespannte Membran drückt infolge der ihr innewohnenden Kraft das Wasser durch das innere Lumen in der Richtung des Pfeiles in den Abfluß a nach außen. Hierbei verschließt die das angesammelte Wasser niederdrückende Membran für einen Bruchteil einer Sekunde ventilartig die Perforation g, wird dann durch den Wasserdruck wieder in die Höhe geschnellt, sie sinkt

wieder herab, wird wieder in die Höhe getrieben usf. Alle diese Unterbrechungen spielen sich im Bruchteil einer Sekunde ab. f zeigt einen Querschnitt in der Höhe der feinen Löcher g.

In der Nickelklappe I liegt eine dicke Gummimembran d. Die Nickelklappe wird über die Schraube a geschraubt, so daß die Gummimembran über die Spitze b gespannt wird. Dreht man nun den Wasserhahn o auf, so tritt das Wasser aus den feinen Oeffnungen bei b aus und setzt die Membran in intensive Auf- und Abwärtsbewegungen, indem das bei b ausströmende Wasser die Membran zunächst in die Höhe treibt. Die hierdurch stärker gespannte Membran wird durch die ihr innewohnende Kraft und infolge der Saugwirkung des durch den Schlauch m abfließenden Wassers wieder in die Höhe getrieben und so fort. Alle diese Unterbrechungen spielen sich in Bruchteilen einer Sekunde ab. Das neue Prinzip bedeutet für den Wasserleitungsstrom also ungefähr dasselbe, was der Wagnersche Hammer für den elektrischen Strom bedeutet, nämlich eine fortwährende mit Arbeitsleistung verbundene Stromunterbrechung.

Schraubt man die Nickelklappe c vom Griff k durch Linksdrehen ab und entfernt jetzt den Gummiring c, so läßt sich die Membrane d leicht herausrücken. Man kannnun eine neue Gummimembrane hineinlegen, darüber den Gummiring e und die Nickelklappe auf den Griff wieder aufschrauben. Dann ist der Apparat wieder gebrauchsfähig. Will man die verschiedensten Aufsätze für Nerven-, Zahnfleisch-, Gesichts-, Ohr-, Kopf-Massage usw. anwenden, so schraube man den Ring I

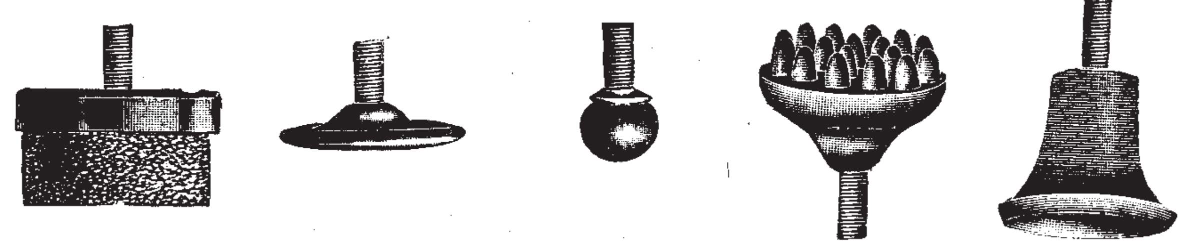


Fig. 9. Aufsätze für die verschiedenen Massageanwendungen.
A Gesichtsmassage (Gummischwamm). B Körper-, Gesichts-, Herzmassage. C Nerven- und Zahnfleischmassage. D Gesichtsmassage (aus Gummi). E Gesichtsmassage (Saugglocke).

ab und schraube statt dessen den Aufsatz II auf das Schraubengewinde a auf. Dieser Aufsatz besteht aus demselben Ring wie Nr. I, nur ruht auf der Membrane d der Kolben g, der mittels einer Feder f in dem Zylinder h federt. Tritt also die Membrane in Auf- und Abwärtsbewegung, so treibt sie den Kolben g in die Höhe, er wird durch die Feder wieder herabgedrückt, durch die Membrane wieder hochgetrieben und so fort. Die Spitze des bleistiftdicken Kolben trägt nun eine Schraubenmutter i, in welche die verschiedenen Aufsätze (Fig. 18) geschraubt werden, die dann ebenfalls auf- und abwärts bewegt werden.

II. Weitere technische Erfindungen.

a) Dreuwsche Exstirpationsfeder, in fast der gesamten Literatur des In- und Auslandes eingeführt.

Diese Feder wird, wie jede Schreibfeder, auf einen Federhalter gesteckt. Sie besteht aus der scharfen Spitze b, aus den scharfgeschliffenen, senkrechtstehenden Rändern a und a1 und der Höhlung c. Die Feder macht selbst auf den furchtsamsten Patienten den Eindruck eines durchaus harmlosen Instrumentes. Vor dem Gebrauch wird sie sterilisiert entweder durch Auskochen oder durch gründliches Abreiben mit Seifenspiritus, beziehungsweise Alkohol oder Benzin. Die Anwendung ist folgende:

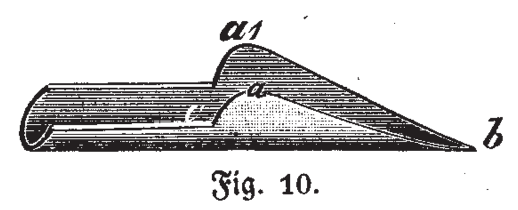


Fig. 10.

Man bildet dort, wo ein Hautstückchen exstirpiert werden soll, eine Falte mit dem Daumen und Zeigefinger der linken Hand oder mittels einer Pinzette. Auf der Höhe der Falte befindet sich dann die zu exstirpierende Stelle. Zweckmäßig kann man, falls diese sich von der Umgebung der Haut durch ihre Farbe wenig unterscheidet, sich dieselbe durch einen Tintenpunkt markieren, worauf man die Falte gründlich vereist mit Chloräthyl. Dann sticht man, je nach der Tiefe der Cutis,

die man erreichen will, höher oder tiefer mit der Spitze der Feder quer und flach durch die vereiste Falte durch (gründliches Vereisen! schneeweißes Feld), worauf das Hautstückchen in der Höhlung der Feder liegt. Falls es darauf ankommt, längliche Stückchen zu bekommen, sticht man in der Längsrichtung der Falte oder aber mit einer breiteren Feder.

b) Dampfsterilisationsapparat zum gleichzeitigen Trocknen von Watte, Kathetern, Verbandstoffen usw.

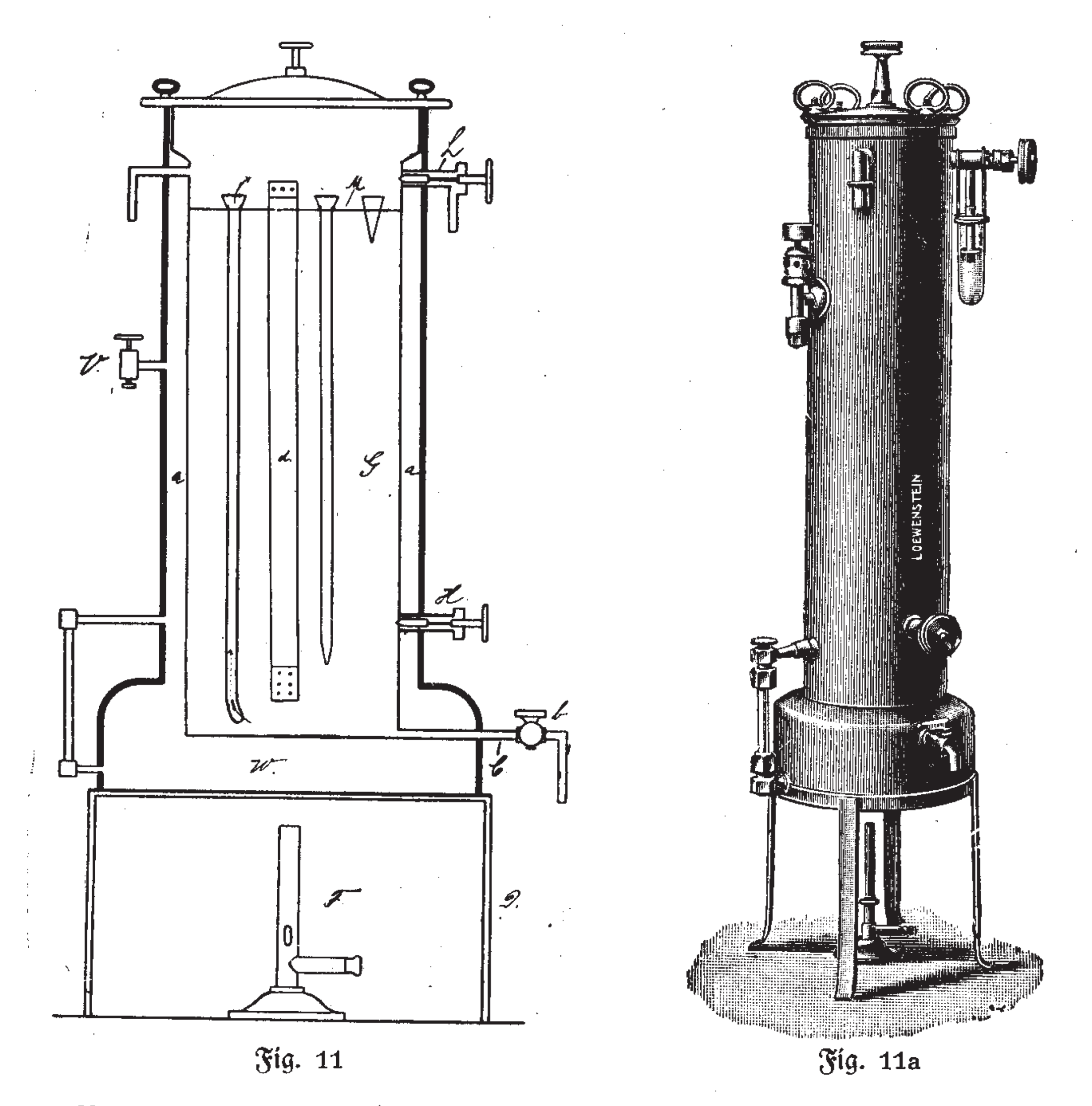


Fig. 11 Fig. 11a

Bei den namentlich in der Privatpraxis gebrauchten kleineren Dampfsterilisationsapparaten kommen die sterilisierten Verbandstoffe meist in feuchtem Zustande zum Vorschein. Um vollständig trockene und sterile Verbandstoffe zu erhalten, habe ich einen Apparat konstruiert, der folgende Zusammensetzung hat:

W ist der Wasserbehälter, der nach oben zu (a) doppelwandig den Sterilisationsraum G umgibt.
F = Bunsenbrenner oder Spiritusbrenner.
D = Dreifuß.
G = Dampfraum für die Verbandstoffe. Der Dampf entweicht aus dem Wasserbehälter durch einen Ventilhahn
H = in den Verbandsstoffraum G.
V = Spannungsventil.
C = ein aus dem Inneren des Verbandstoffraumes herausführendes mit einem Hahn b versehenes Kondenswasserabflußrohr.
L = eine von außen durch einen Ventilhahn verschließbare und in das Innere des Katheterraumes führende Oeffnung.

Im Innern des Raumes G stehen 3—4 Schimmelbuschbüchsen übereinander. (In Abbild. 1 nicht gezeichnet.)

Der Vorgang beim Sterilisieren der Verbandstoffe ist folgender:

Der Dampf des kochenden Wassers W entweicht durch den Ventilhahn H in den Verbandstoffsterilisationsraum G. Schließt man, nachdem die Verbandstoffe sterilisiert sind (nach etwa 15—30 Minuten), den Ventilhahn H ab, so wird der Dampf von dem Sterilisationsraum G abgesperrt. Der Dampf zirkuliert infolgedessen in dem Raum aa, erreicht eine bestimmte durch das Ventil regulierbare Spannung (1—2 Atmosphären) und entweicht dann durch das Ventil V. Hierdurch wird die Luft in dem Innenraum G, in dem sich die feuchten Verbandstoffe befinden, auf 103° erhitzt und bringt das den Verbandstoffen anhaftende Kondenswasser zum Verdunsten, das durch die Oeffnung L und eine im Deckel angebrachte Oeffnung

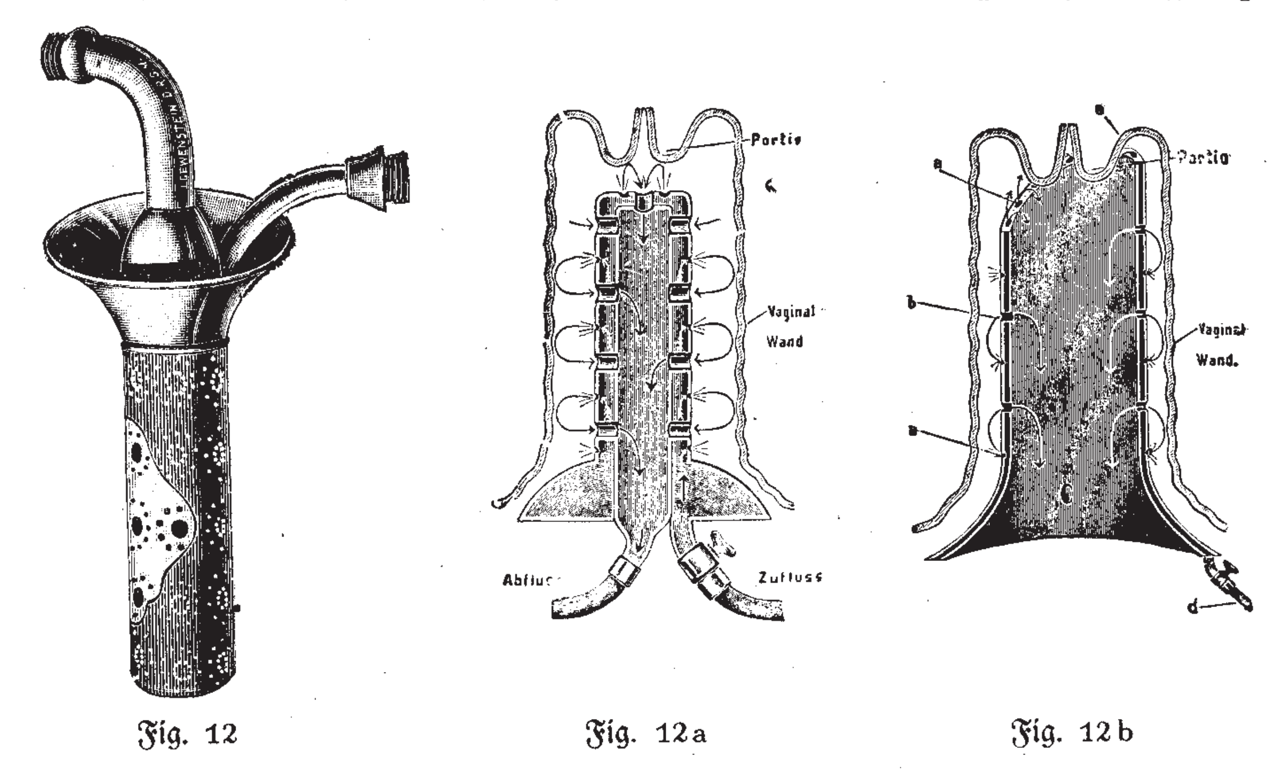


Fig. 12 Fig. 12a Fig. 12b

entweicht. Ein Teil des Wassers fließt durch das Kondenswasser-Abflußrohr C ab, nachdem der Hahn b geöffnet ist. 10—15 Minuten, nachdem die Sterilisierung beendet ist, sind die Verbandstoffe vollständig steril und trocken und lassen sich natürlich tage-, wochen-, monate- und jahrelang vollständig steril aufbewahren.

Der im vorstehenden beschriebene Apparat sterilisiert und trocknet die Verbandstoffe zu gleicher Zeit, und zwar geht die Zeit, die zur Trocknung gebraucht wird, für die Sterilisierung der Verbandstoffe nicht verloren.

Fig. 11a zeigt die äußere Ansicht des Apparates.

Der Apparat läßt sich auch in bequemster Weise zur Sterilisierung und gleichzeitigen Trocknung von Kathetern benutzen. Zu diesem Zwecke ist er hoch und nicht wie gewöhnlich in querer Richtung aufgebaut.

Die Katheter und Sonden hängen in einer perforierten abnehmbaren Platte (M). Die event. nicht mit Kathetern versehenen Oeffnungen dieser Platte werden durch keilförmige Metallsonden von etwa 2—3 cm Länge verschlossen.

In der Platte hängen noch 2 oder auch 3 längliche gläserne Katheterbehälter d, welche so konstruiert sind, daß sie in ihrem Inneren 6—8 Katheter aufnehmen können oder auch 6—8 filiforme Bougies. Nach der Sterilisierung und Trocknung der in diesen Behältern befindlichen Katheter wird der Behälter oben durch einen Gummistöpsel geschlossen, so daß man in diesem kleinen Behälter vollständig dicht verschlossen und jederzeit erreichbar trockene und sterile Katheter hat.

c) Patentierter Scheidenspülapparat.

Figur 12a zeigt einen Längsschnitt durch den Scheidenspüler. Er (Fig, 12) hat die Gestalt eines Spekulums; am Ende ist eine trichterförmige Querplatte angebracht, die den Introitus vaginae nach außen hin abschließt. Der Spüler ist

doppelwandig und zwar ist die äußere Wand mit feinen Oeffnungen durchbohrt, während die innere mit der äußeren durch größere eingeschraubte Kanälchen verbunden ist. Diese münden in das mittlere Lumen, das über den Abfluß geht, der mit einem Schlauch in die Kanalisation oder in ein Spülbecken geleitet wird. Hat man das Instrument eingeführt und die Platte gegen den Introitus vaginae gedrückt, so öffnet man den Wasserleitungshahn. Das Wasser fließt dann durch den Schlauch in den Zufluß. Oeffne ich nun den den Zufluß verschließenden Hahn, so wird das Wasser

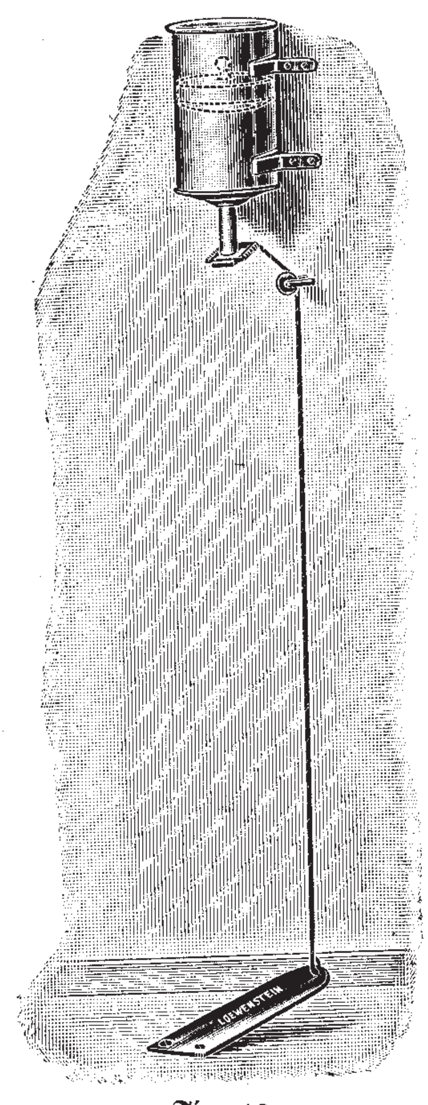


Fig. 13

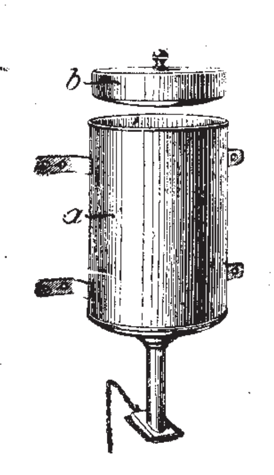


Fig. 13a

gezwungen, in der Richtung der Pfeile durch die feinen Oeffnungen zu fließen. Es bespült die Scheidenwand und fließt dann sofort durch die Kanälchen in das Lumen und von dort in den Abflußschlauch in der Pfeilrichtung zur Kanalisation oder in einen Eimer. Der Apparat wird am besten durch einen Schlauch mit einer Mischbatterie verbunden. Ist diese nicht vorhanden, so verwendet man zweckentsprechend einen Warmwasserapparat (Prof. Junkers), der eine genau regulierbare Temperatur gewährleistet. Aber auch das gewöhnliche Leitungswasser wird ohne größere Unannehmlichkeiten vertragen. Dieses neue Prinzip hat durch seine eigenartigen Wirkungen nicht nur gynäkologisches, sondern überhaupt allgemein hygienisches Interesse.

d) Seifenspender.

Der Apparat (Abbildung 9) besteht aus einem runden Metallgefäß mit etwa drei Liter Inhalt, das sich nach unten zu trichterförmig verjüngt. Auf der Seifen- und Salbenmasse ruht eine schwere Platte. Der trichterförmige Boden ist durch ein zweckmäßig angebrachtes federndes Messer abgeschlossen, so daß die unter Druck stehende Seifenmasse nicht herausfallen kann. An dem erwähnten Messer ist eine Zugvorrichtung angebracht, die durch einen Fußtritt zu betätigen ist, woraufhin die

weiche Seifenmasse durch die gebildete Oeffnung in die unter den Apparat gehaltene Hand fällt. Läßt der mit dem Fuße ausgeübte Zug nach, so treiben zwei Federn das Messer wieder in die Verschlußlage zurück.

e) Luftdruck-Salbentube. D. R. P. (1912).

Der salbenförmige Körper wird in die Glasröhre a (Fig. 14) eingefüllt und durch den Kork- oder Metallkolben b nach außen hin abgeschlossen. Dann wird der bei c perforierte Schraubenring d aufgesetzt und das Loch c mit einem den Inhalt

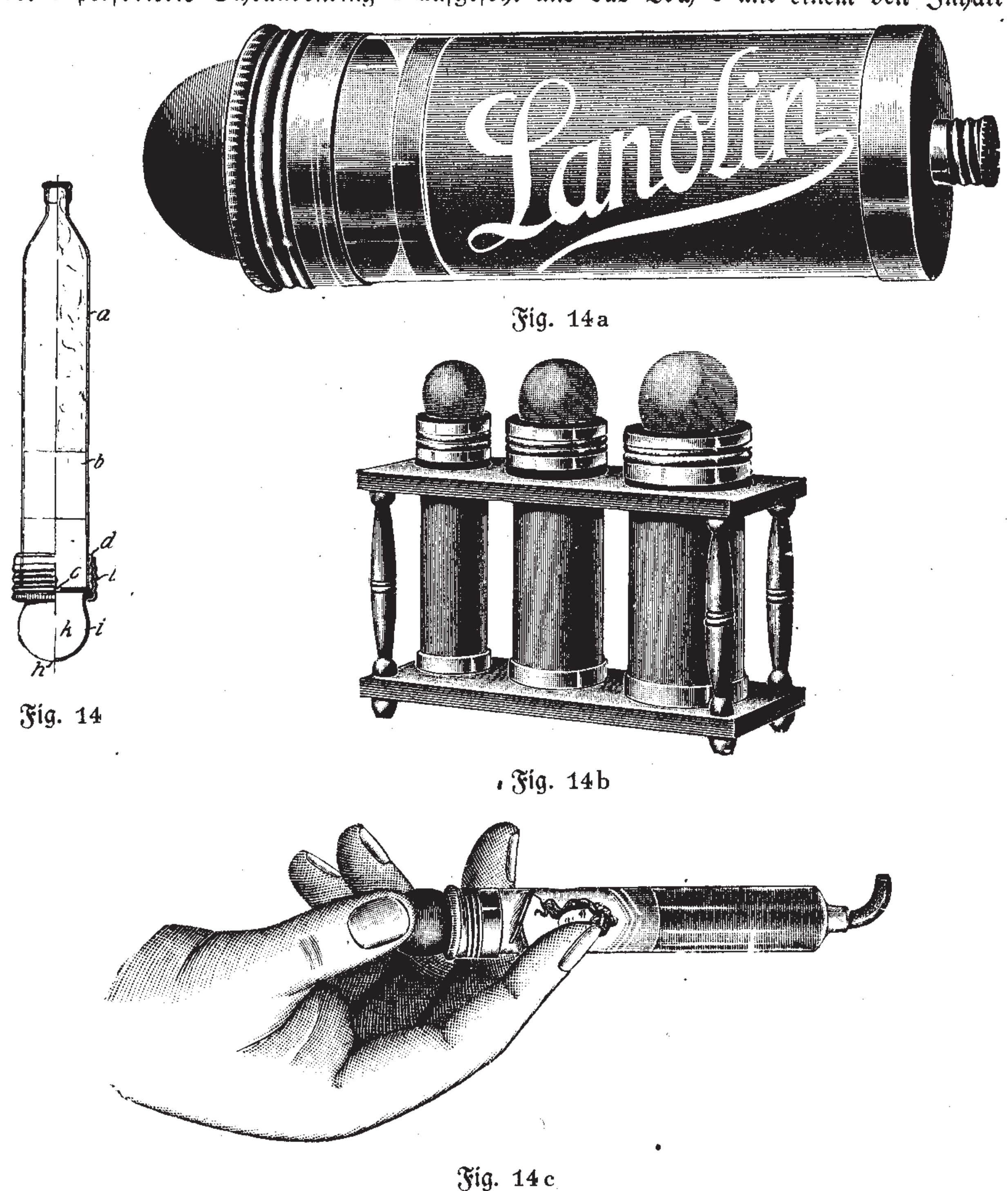


Fig. 14a

Fig. 14

Fig. 14b

Fig. 14c

und die Firma bezeichnenden Papierstreifen beklebt, der vor dem Gebrauch zu durchstoßen ist. In diesem Zustand kommt die Tube, die noch mit einer Skala (zum Ablesen der gebrauchten Salbenmenge) versehen und mit einer Etikette beklebt sein kann, in den Handel.

Auf das Schraubengewinde d ist der bei h perforierte kleine Gummiballon i luftdicht aufgeschraubt. Drückt man mit dem Daumen auf die Perforation h, so wird diese geschlossen, die Luft wird bei k komprimiert; diese komprimierte Luft teilt sich durch die Oeffnung c dem Kolben b mit und dieser treibt die Füllung bei der

Tubenspitze heraus. Der kleine Gummiballon wird bei jeder neuen Tube immer wieder verwandt. Auch zur Salbeneinführung in die Vagina eignet sich meine Tube. (Fig. 14a.)

Weitere technische Erfindungen sind die folgenden:

f) Fig. 15 zeigt ein von mir angegebenes Instrument, das unter gleichzeitiger Beleuchtung der Harnröhre gestattet, Aetzungen, galvanokaustische Operationen, Einstiche, kleine Incisionen und Elektrolyse zu machen.

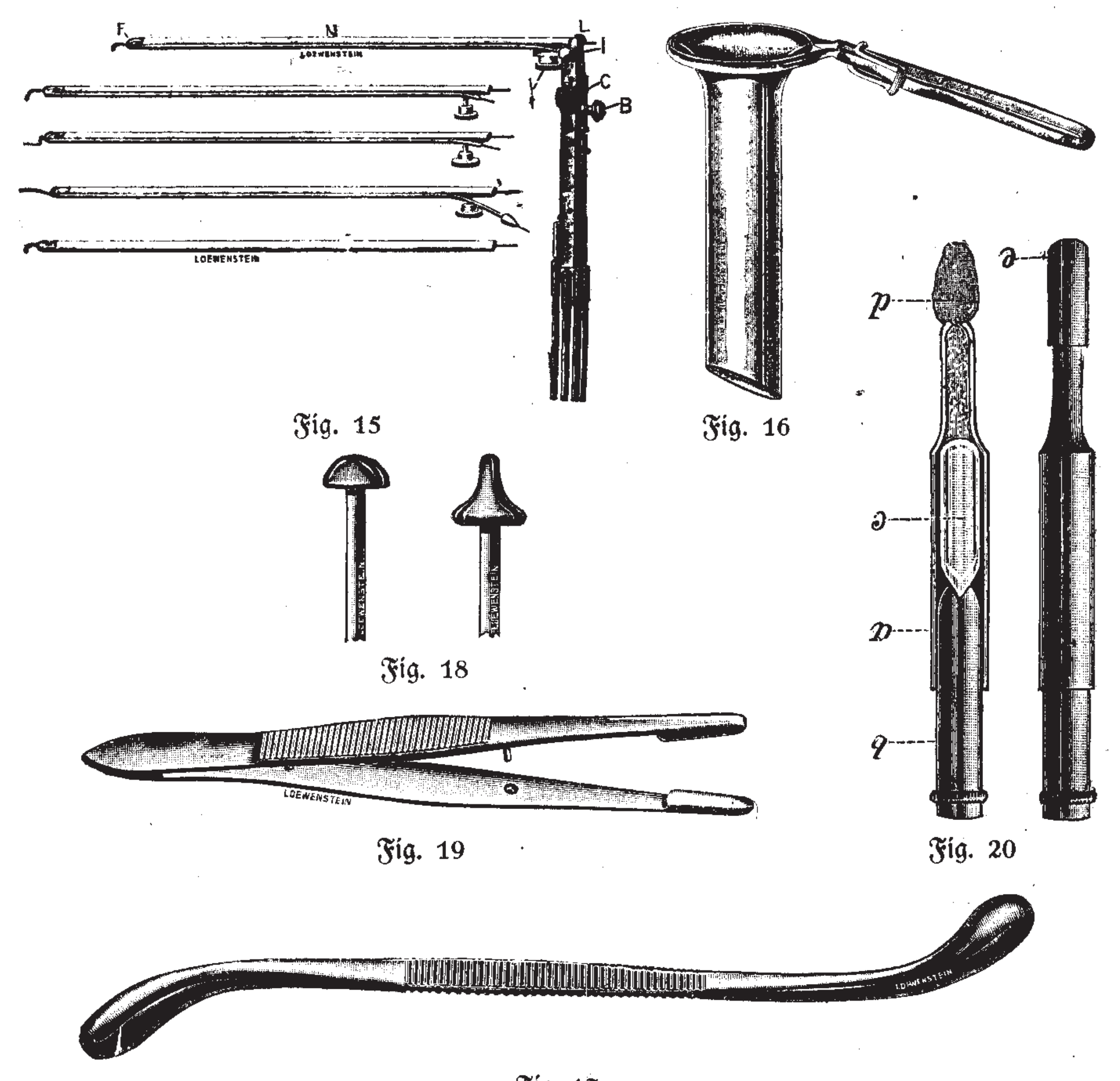


Fig. 15 Fig. 16

Fig. 18

Fig. 19 Fig. 20

Fig. 17

g) Fig. 16 zeigt einen Universalhalter für Specula nach Angaben von Dr. Dreuw.

h) Fig. 17 zeigt einen Expressor für das Sekret aus der weiblichen Harnröhre.

i) Fig. 18. Instrumente, mit denen das Sekret aus der weiblichen und männlichen Harnröhre dann noch zu entnehmen ist, wenn die Platinöse versagt.

k) Fig. 19 stellt eine Pincette dar, um Reizserum auf Geschwüren zum Zwecke der Spirochätenuntersuchung zu gewinnen.

l) Fig. 20 zeigt ein während des Krieges 1915 erfundenes Instrument zur sofortigen antiseptischen Wundbehandlung.

In verschiedenen Ländern war zur sofortigen antiseptischen Behandlung der Wunden durch Bestreichen mit Jodtinktur ein kleines Instrument eingeführt, das aus einer mit Jodtinktur gefüllten kleinen, oben und unten mit einer abbrechbaren Glasspitze versehenen Ampulle besteht, in dessen Innern eine Kugel sich befindet, die es verhindert, daß beim Abbrechen der beiden Enden die Flüssigkeit auf einmal herausfließt. Ueber dem einen gläsernen Ende befand sich eine Streichvorrichtung, indem ein schlauchförmiges Gewebe darüber gezogen, während die andere gläserne Spitze

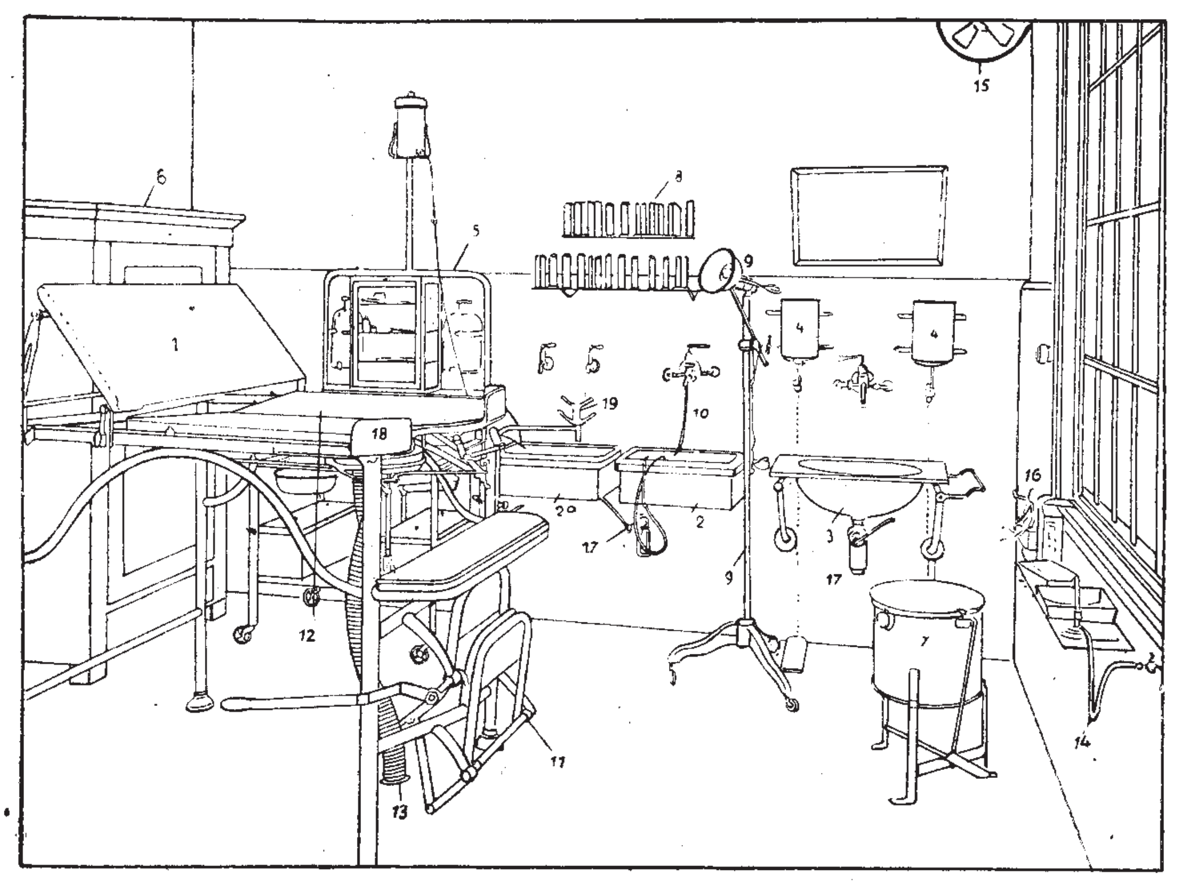


Fig. 1. Die Ausstellung umfaßt:

1. Untersuchungsstuhl.
2. Spülbecken für gebrauchte genitale Instrumente.
2a. Spülbecken für gebrauchte extragenitale Instrumente.
3. Aseptische Waschanlage.
4. Automaten für Seife und Speculasalbe.
5. Instrumententisch mit Irrigatorständer.
6. Garderobenschrank für den Arzt.
7. Eimer für Abfälle mit Fußbetätigung.
8. Wandkonsole mit Specula.
9. Fahrbare Stativlampe.
10. Schlauch zum Apparat für Vaginalspülung (siehe auch Abbildung 8).
11. Zurückklappbarer Tritt am Untersuchungsstuhl.
12. Glasrinne.
13. Abflußschlauch.
14. Bunsenbrenner.
15. Ventilator.
16. Rheostat für Beleuchtung.
17. Kniehebel - Abflußgarnitur am Waschbecken.
18. Fußstützen am Untersuchungsstuhl.

mit Papier umklebt war, damit beim Abbrechen keine Verletzung stattfindet. Um die Gefahr eines Zerbrechens zu verhüten, hatte ich ein Instrument konstruiert, das jede Verletzung ausschloß. In einer Aluminium- oder Messinghülse a lag unten ein Docht b und über demselben eine runde mit Jodtinktur oder einer anderen Flüssigkeit gefüllte Ampulle c. Darüber befand sich der unten zugespitzte Kolben d, der entweder durch den Handdruck herabgestoßen oder mittels einer Schraube herabgedreht wurde. Der geringste Druck mit dem Kolben d brachte die Ampulle zum Platzen, die Jodtinktur durchtränkte den Docht b und man hatte sofort einen Jodtinkturpinsel.

m) Ausstellung des Königlichen Polizeipräsidiums, 1912.

Auf der Internationalen Hygiene-Ausstellung zu Dresden 1911 hatte das Königl. Polizeipräsidium in Berlin eine Ausstellung veranstaltet, die den

Titel trug: „Projekt einer Mustereinrichtung für die polizeiärztliche Untersuchung, ausgestellt vom Königl. Polizeipräsidium Berlin nach Angaben von Polizeiarzt Dr. D r e u w - Berlin", um die so wichtige Frage der technischen

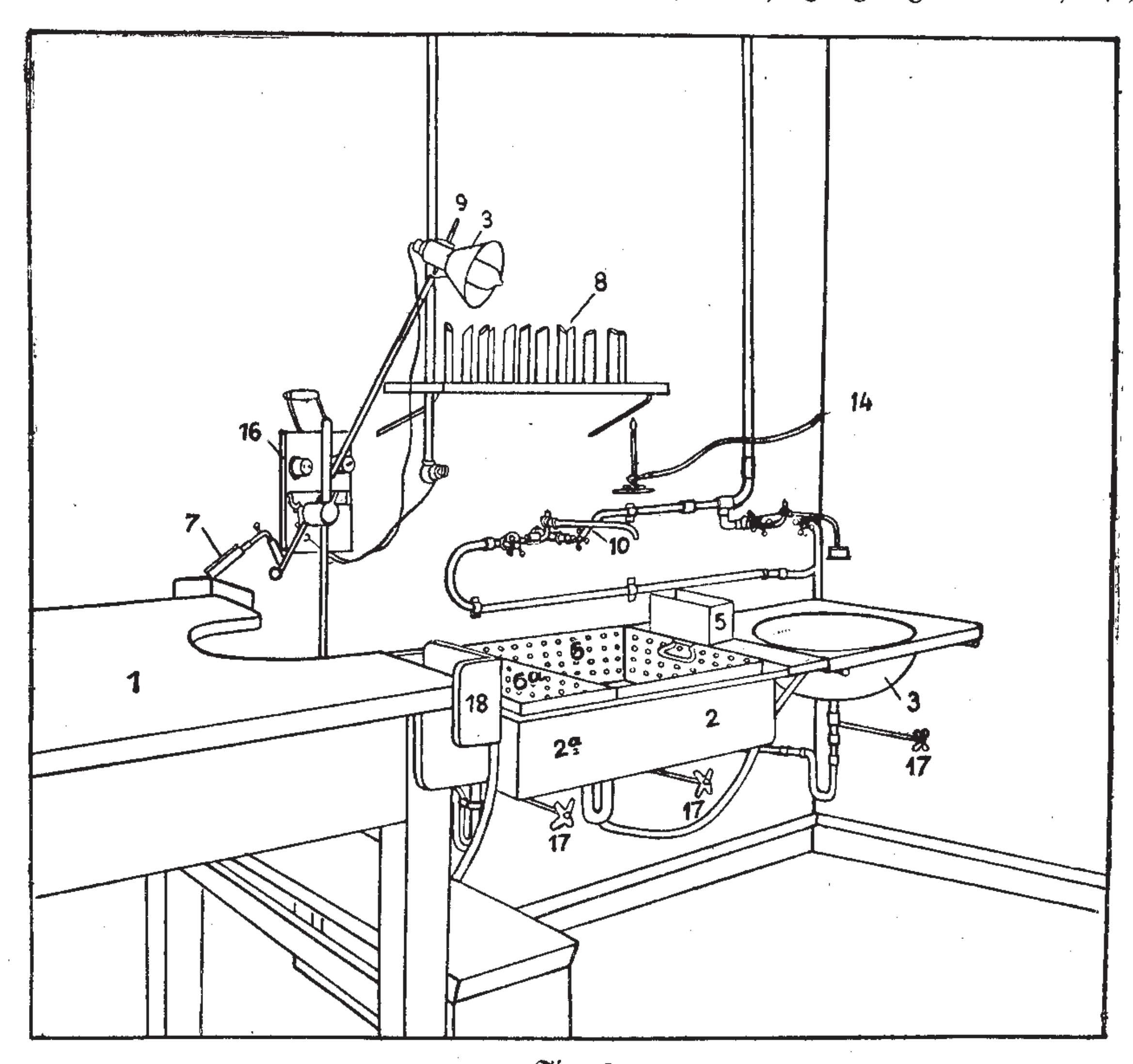


Fig. 2
Teilansicht der Neueinrichtung eines Untersuchungszimmers für Prostituierte im Königl. Polizeipräsidium, Berlin (vergl. Fig. 1).

Erläuterung zu Fig. 2 (gleiche Nummerierung wie Fig. 1).

1. Untersuchungsstuhl.
2. Spülbecken für gebrauchte genitale Instrumente.
2a. Spülbecken für gebrauchte extragenitale Instrumente.
3. Aseptische Waschanlage.
5. Instrumententisch mit Behälter für Mundpastel.
7. Handlampe.
8. Wandkonsole mit Specula.
9. Fahrbare Stativlampe.
10. Schlauch zum Apparat für Vaginalspülung (siehe auch Abb. 8 u. 8a).
14. Bunsenbrenner.
15. Ventilator (nicht gezeichnet).
16. Rheostat für Beleuchtung.
17. Handhebel - Abflußgarnitur am Waschbecken.
18. Fußstützen am Untersuchungsstuhl.

(Durch Contre-Aktionen der Herren Dr. Dr. Güth, Frede (s. Kapitel 20) und Brüning kam eine hygienische Einrichtung des Untersuchungsstuhles im Sinne der Dresdener Ausstellung nicht zustande).

Maßnahmen bei der Prostituierten-Untersuchung zur Diskussion zu stellen. Ein großer Teil der dort gemachten Vorschläge ist in die Praxis umgesetzt worden und bewährt sich seit 8 Jahren in Berlin.

Das Bild 1 gibt einen Ueberblick über das in Dresden ausgestellte Projekt, während die Abbildungen 2 und 3 einen Teil der seitdem in Berlin

für vier Untersuchungszimmer getroffenen Neueinrichtungen demonstrieren, die nach diesem Projekt gemacht sind.

Es würde zu weit führen, alle Details anzuführen. Ich verweise auf die nähere Beschreibung, siehe meine Broschüre „Moderne Prostituiertenuntersuchung“, Berlin 1914, Fischers mediz. Buchhandlung.

Der Raum gestattet nicht, alle technischen Erfindungen aufzuführen, ich verweise daher auf die Literatur (S. 144) und die (S. 134) angegebenen technischen Methoden, ca. 20—25 größere und kleinere

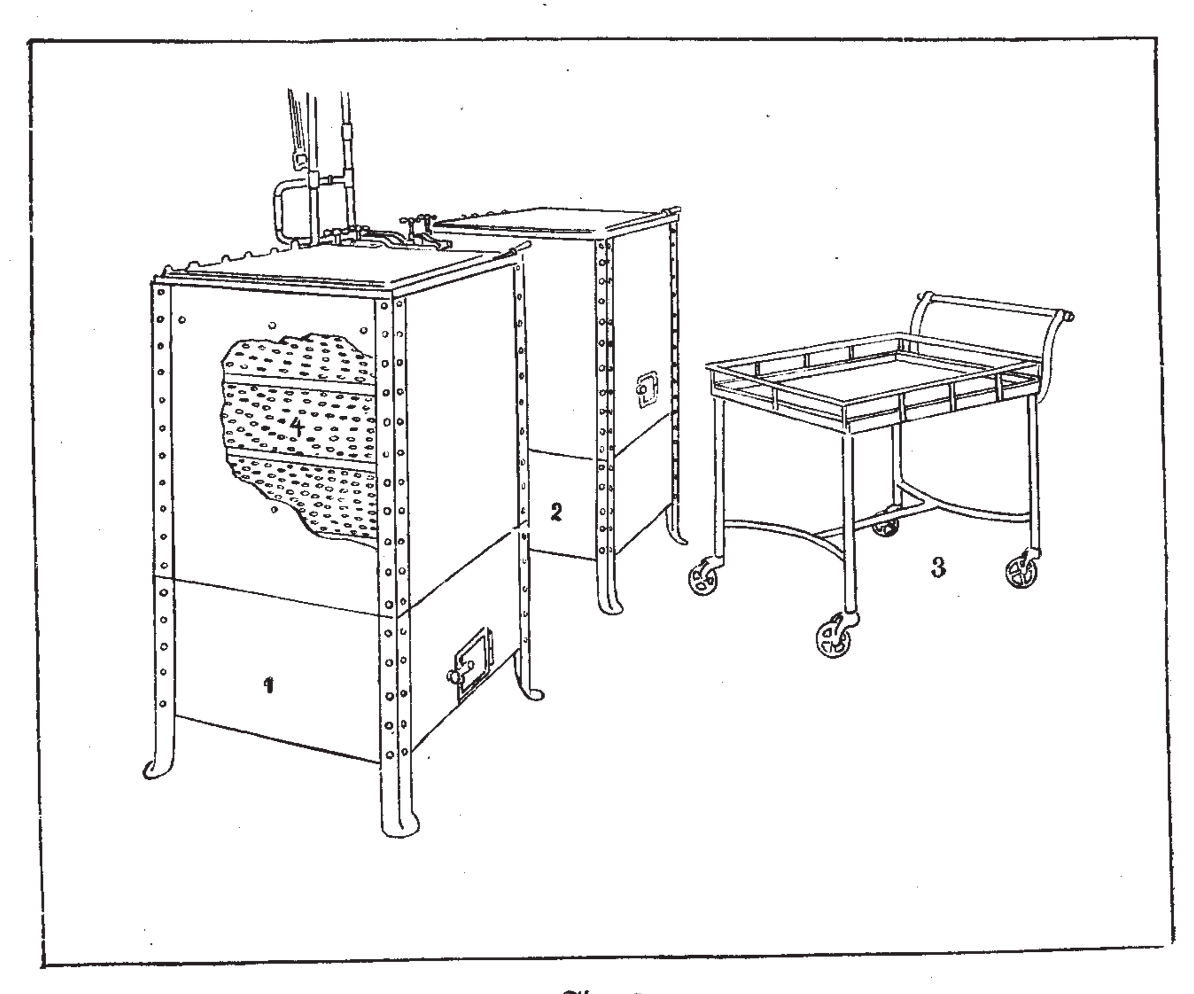


Fig. 3

Zentral-Sterilisierapparate für die gebrauchten Instrumente im Kgl. Polizeipräsidium, Berlin. Nach Angaben von Dr. med. Dreuw. Mittels des Wagens werden die Sieb-Kästen aus den Spülbecken (Fig. 2, Nr 2 u. 2a) zu den Sterilisierapparaten mittels des abgebildeten Wagens gefahren, wo sie mit Wasserdampf (Gasheizung) sterilisiert werden.

III. Die Verleumdung bezüglich der Dreuwschen Salbe, die Prof. Lassar, der doch auch wußte, was neu und was alt war, als „N o v u m s a l b e“ bezeichnete, habe ich S. 45 schon bewiesen. Ich fordere die Fakultät, d. h. die Personen, die S. 38 genannt sind, w e n n s i e n o c h e i n e S p u r v o n w i s s e n s c h a f t l i c h e m S c h a m g e f ü h l i n n e h a b e n, auf, den Beweis für ihre Behauptung anzutreten, daß meine Salbe nur eine kleine Aenderung der von Eichhoff angegebenen Methode sei. Zur Erleichterung dieses Beweises verweise ich sie auf meine wissenschaftlichen Versuche (S. 521, Nr. 28 der Sex.-Rev.) und auf folgendes Zitat von Lassar:

Dermatologische Zeitschrift. Band X, Heft 5, November 1903.
Praktische Notiz.

Die von D r e u w in den „Monatsheften für praktische Dermatologie“ empfohlene Kombination von Salicylsäure und Chrysarobin, Teer, Seife und Vaselin

habe ich seit März an ca. 300 Psoriasis-Patienten einer umfassenden Prüfung unterzogen. Es gereicht mir zur Befriedigung, an dieser Stelle mitzuteilen, daß die Erfolge durchaus günstige sind. Die Chrysarobin-Reizung bleibt bis auf vereinzelte Ausnahmen fort, die auch dann milder verlaufen, als die sonstigen lymphangitischen Entzündungen. Nach Gebrauch der Salbe unter der bekannterweise nachfolgend zusammengesetzten Formel:

Rp.

Acid. salicyl.	10,0
Chrysarobini	20,0
Olei Rusci	20,0
Vaselini flavi	25,0
Saponis viridis	25,0

M. f. unguentum.

bildet sich auf den behafteten Stellen eine dicke schwarze Kruste; auf diese kann die Salbe immer wieder neu aufgetragen, auch nebenher eine Teerbehandlung durchgeführt werden. Allmählich kommt die Kruste zur Abschilferung und hinterläßt meist anstatt der Psoriasis-Eruptionen eine normale Haut, die sich durch nichts von der Umgebung zu unterscheiden pflegt, nur ab und zu ein wenig blasser aussieht. Die Dreuwsche Vorschrift hat sich durch gleichzeitige Reizlosigkeit und Wirksamkeit so bewährt, daß ich dieselbe ausnahmslos bei sämtlichen Patienten meiner Anstalt zur Anwendung bringe und einen weiteren Fortschritt in der Handlichkeit und Promptheit der Kur seitdem verzeichnen kann. Auch ist die Einfachheit und Ungefährlichkeit der Methode durchaus geeignet, um zur Nach- und Selbstbehandlung zu dienen. Man kann das Mittel den Patienten in die Hand geben, ohne gröbere Störungen befürchten zu müssen. Da ich selbst schon vordem, sowohl mit Seif-Salben und Schäl-Kuren, wie mit Teer-Präparaten vielfach günstige Einflüsse bei Psoriasis gesehen habe, war ich von vornherein um so mehr geneigt, dieser Zusammenfügung wirksamer Arzneimittel einen guten Erfolg zuzutrauen. Der Zusatz von Salicylsäure zu den sonst üblichen Mitteln erhöht anscheinend die Wirksamkeit nicht unerheblich. Die Salbe läßt sich auch bei Prurigo, pruriginösen Infiltraten, veraltetem Lichen ruber, ähnlich der Wilkinsonschen Salbe, verwenden. Sie ist ziemlich geruchlos und hat Pasten-Konsistenz. Der sachliche Vorzug besteht darin, daß gleichzeitig Imprägnation und Schälung zu Wege gebracht wird. Jedenfalls darf die Vorschrift ein glücklicher Griff zur Förderung unserer Therapie der Psoriasis genannt werden. Schwerlich wird ein Arzt bereuen, dieselbe verwendet zu haben, vielmehr dem Autor für die praktische Bereicherung unserer externen Arzneitechnik dankbar bleiben. Prof. O. Lassar.

Der bekannte Dermatologe Dr. Meuahem Hodara, Konstantinopel, offizieller Mitarbeiter der „Dermatologischen Wochenschrift“ u. a. Zeitschriften, Schüler von Prof. Unna schreibt am 23. Oktober 1913, „er könne nicht umhin, Erfolge der wunderbaren Dreuw'schen Salbe hervorzuheben. Ein Patient mit Schuppenflechte, der kein Mittel vertragen konnte, sei geheilt worden. Alle Aerzte sollten die geniale Entwicklung anerkennen, er sei überzeugt, daß dies früher oder später der Fall sein würde. Er würde hintereinander die therapeutischen Ideen Dr Dreuws studieren und im Interesse der Menschheit für ihre Verbreitung sorgen. Er bewundere Dr. Dreuw's Arbeitskraft auf den verschiedensten Gebieten“.

In „The Journal of cutaneous diseases" (Amerika), November 1913 heißt es: „Von den Chrysarobinsalben ist die Dreuw'sche die bekannteste.“

Petition der Berliner Abobitionistische Förderation 1. 1. 19: Wir bitten das Polizeipräsidium zu Beratungen über sanitäre Maßnahmen den früheren Polizeiarzt Dr. Dreuw, der ein Programm entwickelt hat, das in der anliegenden Broschüre entwickelt ist, als Sachverständigen hinzuziehen.

Lehrbuch der Hautkrankheiten von Prof. Anna-Bloch 1905: „Als jüngere Forscher haben sich in Deutschland die Herren Rosenthal, Blaschko, Touton, Dreuw .... einen Namen gemacht."

In der „Zeitschrift für Medizinalbeamte", 1914, Seite 156, wird über Dr. Dreuw's Buch „Friseurhygiene" das folgende Urteil gefällt:

Es ist ein Werk in populärer Weise für den Friseur geschrieben, (aus der Praxis); es ist aber auch ein wissenschaftliches Buch voller neuer Ideen und Vorschläge, aus dem auch der Arzt, der Spezialarzt und Hygieniker manche Belehrung schöpfen und manche neue Tatsache erkennen lernen wird. Es darf nicht flüchtig gelesen, es muß in seinen Einzelheiten studiert werden. In der Tat, der Verfasser hat eines der schwierigsten Probleme gelöst, nicht mit theoretischen Erwägungen, sondern mit modernen, technischen, konkreten Vorschlägen, die dazu den Vorteil haben, durchführbar zu sein. Das Motto des Buches: In einem modern eingerichteten Friseurladen können und dürfen ansteckende Haut-, Haar- und Geschlechtskrankheiten nicht übertragen werden, ist durchaus berechtigt. Wenn der Friseur die angegebene Methodik befolgt, dann ist eine Uebertragung unmöglich. Wir haben es mit Vorschlägen zu tun, die den Behörden und den Innungen nicht warm genug empfohlen werden können, denen das Buch immer ein Leitfaden sein und bleiben wird.

Das Buch bedeutet eine Umwälzung auf dem Gebiete der bisherigen Auffassungen und — das steht heute schon fest, — es wird der Friseurhygiene ein neues Fundament geben.

Ein Standartwerk der Friseurhygiene! Der erste Versuch eines Arztes, in systematischer Stoffanordnung das umfangreiche Material zu sammeln und mit eigenen Vorschlägen zu erweitern. Das Buch ist für Friseure, Aerzte, Medizinal- und Verwaltungsbeamte, Lehrer und für Laien geschrieben; kein anderer konnte hierfür so berufen sein, wie der Reformator der Hygiene im Untersuchungszimmer des Polizeiarztes, dessen polizeiärztliche Ausstellung des Königl. Polizeipräsidiums auf der internationalen Hygieneausstellung in Dresden 1911 die Beachtung aller hygienischen Fachkreise erregte. Der Versuch, ein Buch der „Friseurhygiene" zu schreiben, ist Dreuw vollständig gelungen. Ueberall erkennt man den Fachmann, den das ganze Gebiet beherrschenden Dermatologen und Arzt, der sich durch jahrelange Besuche in den Friseurstuben und Friseursalons selbst an Ort und Stelle überzeugt hat. Eine jahrelange Arbeit, Beobachtung und Sichtung des Materials liegt in dem Werk verborgen.

Auf der Internationalen Hygiene - Ausstellung wird in den Räumen der Deutschen Gesellschaft zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten ein Pavillon errichtet, in dem ein Projekt einer Mustereinrichtung für die Prostituierten-Untersuchung vom Königlichen Polizei-Präsidium Berlin nach Angaben von Polizeiarzt Dr. med. Dreuw, ausgestellt wird. Die polizeiärtliche Ausstellung, in der die Einrichtungen eines Untersuchungs-, Mikroskopier- und Zentralsterilisierzimmers vorgeführt werden, wird am 6. Mai eröffnet. — Am 10. Juni wird Herr Dr. Dreuw auf der Tagung der Deutschen Gesellschaft zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten in Dresden eine Führung durch die Ausstellung mit anschließender Demonstration der anti- und aseptischen Einrichtungen im polizeiärztlichen Untersuchungszimmer übernehmen. (Reichsmedizinal-Anzeiger.)

Berliner Volkszeitung, 16. 6. 11:

Auf der Tagung der Deutschen Gesellschaft zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten in Dresden hielt der Polizeiarzt Dr. Dreuw-Berlin eine Führung und Demonstration ab durch die auf seine Anregung und nach seinen Angaben ausgeführte Ausstellung des königlichen Polizeipräsidiums-Berlin, die das Projekt einer Mustereinrichtug für die polizeiärztlichen Untersuchungen darstellt. Der Vortrag lautete: „Asepsis und Antisepsis im Untersuchungszimmer des Polizeiarztes."

Herr Dr. Dreuw führte aus:

Nach zwei Richtungen hin soll eine zweckentsprechende Einrichtung die polizeiärztliche Untersuchung unterstützen. 1. Es soll mit Hilfe der modernen Untersuchungsmethoden der größtmöglichste Prozentsatz an ansteckenden Krankheiten eruiert werden, 2. die technischen Maßnahmen müssen so beschaffen sein, daß eine Uebertragung im Untersuchungszimmer weder auf den Arzt, noch auf das Wartepersonal, noch auf später zu Untersuchende stattfindet.

An den Vortrag schloß sich eine Demonstration der von Herrn Dr. Dreuw zum größten Teil selbst angegebenen und erdachten Einrichtungen und Untersuchungsmethoden an, die auch dem Laien ein Bild gaben von den zweckentsprechenden Einrichtungen eines der wichtigsten Zweige der Hygiene, der Verhütung der Geschlechtskrankheiten. Die in der Ausstellung niedergelegten Verfügungen über die Handhabung der Sittenpolizei zeigten in Verbindung mit den technischen Einrichtungen, daß die Zwangsuntersuchung in moderner Auffassung mit größtmöglichster Schonung und Humanität ausgeführt wird. Diese Tatsachen in einer so mstrittenen Sache auch dem Laien einmal vor Augen geführt zu haben, ist zweifellos ein großes Verdienst des Königlichen Polizeipräsidiums Berlin.

Schlesische Volkszeitung, 13. Sept. 1913: Bericht über den „Deutschen Medizinalbeamtentag":

Polizeiarzt Dr. Dreuw-Berlin behandelte die „Moderne Prostituiertenuntersuchung" und gab eine Reihe von Vorschlägen zur Hygiene des polizeilichen Untersuchungszimmers unter Vorführung zahlreicher Lichtbilder. Namentlich für die Großstädte hältder Redner durchgreifende Verbesserungen für dringend erforderlich, um Aerzte und Wartepersonal vor Insekten zu schützen. Der Redner hatte auf der Dresdner Hygiene-Ausstellung eine praktische Ausstattung der Untersunchungsräume vorführen lassen, die ungeteilten Beifall fand. Die Stadt Berlin hat bereits die Mehrzahl der Einrichtungsgegenstände angeschafft.

„Deutsche Monatsschrift für Zahnheilkunde" 1911, Heft 3: „Wie Dreuw zuerst beschrieben hat und sich leicht nachprüfen läßt, besteht das Zahngranulom zum allergrößten Teil aus Plasmazellen (Dreuw's Plasmazellinsel). In das umgebende Bindegewebe senden die Epithelzellen zuweilen eigentümliche Fortsätze, wie sie Dreuw in Virchows Archiv abbildet. (Die Arbeit wurde zusammen mit Dr. Rumpel in Virchows Archiv veröffentlicht und verfaßt. Dr. Dr.)

In folgenden Lehrbüchern waren Dr. Dreuw's Forschungen schon 1914 erwähnt (siehe auch Seite 520 der „Sexualrevolution").

Josephs Lehrbuch der Hautkrankheiten. Seite 65, 92, 108, 129, 226, 244, 340, 387.
Felix Pinkus: Lehrbuch der Haut- und Geschlechtskrankheiten. Seite 86.
Blaschko: Therapeut. Taschenbuch der Hautkrankheiten. Seite 88.
Schnirer: Taschenbuch der Therapie s. 125.
Unna-Bloch: Lehrbuch der Hautkrankheiten. Seite 17, 194, 195, 207, 277, 3343, 344, 384, 385, 387, 480, 499, 603.
Riecke: Lehrbuch der Haut- und Geschlechtskrankheiten. Siehe Psoriasis.
Mracek: Handburch der Hautkrankheiten.
Reichsmedicinalkalender. Beilage 1. Seite 47.
von Zumbusch: Therapie der Hautkrankheiten. Seite 272.
Und viele andere, auch ausländische z. B. Prof. Darier, Paris.

(Und wo die von Prof .Arndt? Welche neue Entdeckung hat er schon gemacht? Hätte er nicht seine Stelle als Direktor bekommen, so wäre er nur im engsten Kollegenkreise bekannt. Beziehungen anstatt Leistungen!)

Die Firma Carl Zeiß-Jena stellt nach Angaben von Dr. Dreuw eine in vielen hygienischen Instituten (Hamburg etc.) angewandte Glaskammer zur anaeroben Kultur von Bakterien dar. (Eine Kleinigkeit des technischen Betriebs, wie sie für Laboranten in Wandanschlagen von einem Laboratoriumsvorstand gemacht werden! Medizin. Fakultät der Berlin. Universität.) Als ob diese Firma solche „Kleinigkeiten" fabrizierte. Als ob die hygienischen Institute diese zur Milch etc. Untersuchung anwendeten!

Berliner Tageblatt, 26. Januar 1914, Nr. 46.

Eine türkische Studienkommission in Berlin. Im Auftrage des Sultans weilten dieser Tage Professor Dr. Ahmod Noureddine, der Inspekteur der staatlichen Krankenhäuser in Konstantinopel, und der Chefarchitekt des Sultans, Vedad Bei, in Berlin, um die Einrichtungen der hiesigen Krankenhäuser,

Laboratorien, Kliniken und die Einrichtungen für die polizeiärztlichen Untersuchungen zu studieren. In Konstantinopel soll ein großes, modernes Krankenhaus errichtet werden, dem eine Einrichtung für die Untersuchungen der Sittenpolizei angegliedert werden soll. Die beiden türkischen Gäste statteten unter anderem dem Augusta-Hospital, dem im Bau begriffenen Lichtenberger Krankenhaus, dem Buckower Krankenhaus und Dermatologischen Institut (Dr. Dreuw) einen Besuch ab.

Ministerialdirektor Kirchner. Herrenhaus, 28. 5. 14: „Dr. Dreuw, der seine Verdienste auf dem Gebiete der Bekämpfung der Prostitution hat . . .“

Tokio, Hongoku Tatsuokachos. Ihr Manuskript über die „Moderne Prostituiertenuntersuchung“ hat der Direktor des Sanitätspolizeiamtes erhalten. Er läßt es behufs weiterer Zirkulation ins Japanische übersetzen.“ gez. G. Osawa.

Bulletin medical de Constantinople 1914, Nr. 3: (Communication faite à la société imperiale de Médicine de Constantinople) Dr. Menahem Hodara:

Au cours de mon récent voyage, durant lequel j'ai visité les principalis cliniques dermatologiques et urologiques de l'Europe, un des sujets qui m'ont le plus intéressé fut le traitement moderne de l'impuissance et dans ce but j'ai visité M. Luys à Paris, le Prof. Wossidlo et le Dr Dreuw à Berlin, afin de voir travailler ces Maîtres avec leurs propres uréthroscopes et leurs instruments.

Vous me permettrez de vous faire une très courte analyse de la thérapie moderne de l'impuissance d'après un travail du distingué spécialiste, le Dr Dreuw de Berlin.

Photographische Mitteilungen der „Gesellschaft zur Förderung der Amateurphotographie, 1904“.

In der Gesellschaft zur Förderung der Amateurphotographie hielt am Donnerstag, 28. April, abends 8½ Uhr, Herr Dr. Dreuw einen Demonstrationsvortrag über Mikrophotographie und Mikroprojektion unter Benutzung des Zeißchen Epidiascop. Die Firma Zeiß hatte zu diesem Abend ihre mit elektrischem Starkstrom eingerichteten Räume in liebenswürdiger Weise zur Verfügung gestellt. Ein zahlreiches Auditorium von Damen und Herren hatte sich eingefunden. Nach einer kurzen Einleitung über die Bedeutung und Geschichte der Mikrophotographie demonstrierte der Redner zunächst theoretisch wie praktisch die Einrichtung des Epidiascops, wobei er die Vielseitigkeit des Instruments vorführte als Projektionsapparat sowohl für undurchsichtige Objekte (Photographien, Zeichnungen etc.) und für durchsichtige (Diapositive, Negative) als auch für mikroskopische Präparate aus den Gebieten der Mineralogie, Bakteriologie, Medizin und Phototechnik, die Projektionen fanden allgemein Beifall, namentlich die Mikroprojektion von Bacterium undula in einer 20 000fachen Vergrößerung, einer Vergrößerung, die an der Grenze des bisher möglichen steht. Die klaren und sachlichen Ausführungen, die praktische und leichtverständliche Darstellung sowie die gelungenen Demonstrationen sicherten dem Vortragenden die gespannte Aufmerksamkeit aller Zuhörer bis zum Schlusse des 1½stündigen mit ungeteiltem Beifall aufgenommenen Vortrages.

Dermatologische Wochenschrift 1915, Heft 38:

Die Läuseplage und ihre Bekämpfung, von Dreuw. (Berlin 1915, Fischers med. Buchhandlung.) Dreuw hat in der von ihm bekannten rührigen Art eine „Sondersammlung zur Bekämpfung der Läuseplage“ seitens des „Zentraldepots für Liebesgaben“ veranlaßt, und es ist ihm gelungen, bis Anfang April 300 000 Mark dem Kriegsministerium für diesen Zweck zur Verfügung zu stellen.

Prof. Joseph erblickt in der Anwendung der Dreuw'schen Salbe nicht nur eine Beschleunigung, sondern auch eine bedeutende Verbilligung der Behandlung im Vergleich zu den noch vielfach gebrauchten Teerbädern. Joseph sah in vielen Fällen Heilung von Psoriasis bei der geringen Ausgabe von einigen Mark bei Patienten, die vorher für 100 Mark Teerbäder vergebens verbraucht hatten.

Prof. Unna: Es ist zu bedenken, daß das Chrysarobin, so zauberhaft es im Anfang wirkt, gegenüber den Resten der Psoriasis von dem tiefer greifenden Phenol, dem Pyrogallol an Wirksamkeit übertroffen wird. Immerhin kann man auch Chrysarobin gegen die Reste benutzen, die Salbe muß aber sehr verstärkt werden. Diesen Weg hat Dreuw eingeschlagen, indem er eine Chrysarobinsalbe aus

sehr viel Chrysarobin, grüner Seife, Salizylsäure und Teer zusammensetzte. Die Seife und Salizylsäure befördern das Eindringen des Mittels in die Hornschicht, wobei sie sich allerdings wie immer gegenseitig neutralisieren. Mehr Bedenken erregte die Verbindung der stark alkalischen Seife mit Chrysarobin, da bekanntlich das Chrysarobin dadurch in das unwirksame chrysophansaure Alcali schon in der Kruke verwandelt wird. Die Neutralisation eines Teiles des Chrysarobins wird aber überreichlich aufgewogen durch den sehr bedeutenden Gehalt an Chrysarobin. Die Mischung ist also keine beständige, aber doch eine starke und praktische.

Prof. Dr. Alfred Pettersson, Direktor des Hyg. Univ.-Instituts (Stockholm) in „Hygiea" (Stockholm) Heft 22, Seite 780: „Die Dreuwschen Gesetzes-Vorschläge zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten stimmen im wesentlichen mit den in Schweden geltenden gesetzlichen Bestimmungen überein. Der hauptsächlichste Unterschied dürfte darin liegen, daß Dreuw die Behandlung durch eine Gesundheitsbehörde überwachen läßt, während unsere Gesetze dem Arzt diese Arbeit übertragen. Es ist nicht ausgeschlossen, daß die Erfahrungen ergeben werden, daß den Dreuwschen Vorschlägen der Vorzug vor den in Schweden geltenden gesetzlichen Bestimmungen zu geben ist.

Der schweizer Sozialhygieniker Dr. P. Cattani schreibt in Nr. 2094 der „Neuen Züricher Zeitung" unter dem Titel „Gesundheitspolitik":

„Zu einer wahren Seuche, namentlich in den Städten, sind die Geschlechtskrankheiten geworden. Aber gerade der Lösung dieser Frage gegenüber hat sich der heutige Staat als vollständig impotent erwiesen. Rat- und hilflos zwischen Reglementierung der Prostitution und freiem Straßenbetrieb hin- und herpendelnd, hat er noch nie den Versuch gewagt, die Ausrottung der Geschlechtskrankheiten mit fester Hand durchzuführen. Der Vorschlag Bunges, alle Ansteckungsfähigen so lange abzusondern, bis sie nicht mehr anstecken können, wird wohl noch lange auf Verwirklichung warten müssen. Aber es wäre schon unendlich viel getan, wenn man nur wenigstens dem Plan zur Ueberwachung der Geschlechtskrankheiten nähertreten würde, den Dr. Dreuw entworfen hat. Sein Vorschlag fordert im wesentlichen die Anzeigepflicht des behandelnden Arztes für alle männlichen und weiblichen Geschlechtskranken, die Verpflichtung, sich einer Behandlung zu unterziehen, und die Ueberwachung der Behandlung durch den Staat bis zum Abschluß derselben. Die nötige Diskretion ist nach dem Vorschlag weitgehend gesichert."

Ich bitte die Fakultät ferner, die französischen (z. B. Darier, Grundriß der Dermatologie. Paris. Uebersetzung ins Deutsche. Verlag Julius Springer. Seite 520) und amerikanischen, englischen usw. Lehrbücher durchzulesen.

Es ist mir unmöglich, wegen der Raumersparnis, noch mehr Beweise zu bringen, daß wir in Deutschland in der Tat von einem Verleumdungsgremium in der Medizin beherrscht und begutachtet werden und ich fordere die Universitätskreise anderer Disziplinen und andere medizinische Fakultäten fremder Universitäten hierdurch auf, endlich Stellung zu den erwähnten beschämenden Dekadenzerscheinungen zu nehmen. Ich fordere Herrn His, ich fordere Herrn Franz, beide Geheime Medizinalräte, auf, endlich sich nicht in allen Zeitungen nachsagen zu lassen, daß sie ihre Unterschrift zu einem Verleumdungsgutachten gegeben haben. Weder ihr Titel noch ihre Stellung sind so hoch, daß sie sich derartige Behauptungen ungestraft nachsagen lassen dürfen, die ich in Wahrung meiner Interessen und im Interesse des Landes mich aufzustellen gezwungen sehe. Herr His als Sohn seines Vaters wird sich doch sicher nicht nachsagen lassen, daß er seine Unterschrift unter ein Verleumdungsgutachten gesetzt hat.

(Bezüglich der Widerlegungen der anderen Behauptungen der Berliner Fakultät, (gez.: His. Franz.) die mich in der Achtung meiner Mitmenschen herabsetzen und meinen Kredit schädigen sollten, siehe Seite 42 ff).

18. Das vom „Revolutions-Kultur"-Minister Haenisch im Falle Friedmann behauptete „Menschheitsinteresse" und die medico-kapitalistischen Tatsachen.

Im Vorhergehenden ist geschildert, wie der Salvarsangegner Haenisch als Kultusminister plötzlich auf die Seite der Salvarsankapitalisten umfiel. In Parallele damit ist sein Umfall in Sachen eines Tuberkulosemittels zu setzen, der in dem Momente stattfand, wo sein Gönner der Sozialmillionär Sklarz das Mittel finanziert hatte.

Ein Berliner Arzt, Dr. F. F. Friedmann, gab an, ein Tuberkuloseheil- und Schutzmittel, das mittels der Einspritzung lebender Schildkrötenbazillen wirken sollte, gefunden zu haben. Eine Reise nach Amerika im Jahre 1913 brachte dem Entdecker nicht die Anerkennung der dortigen ärztlichen Sachkenner. Im Gegenteil. Man fällte damals und auch heute noch sehr scharfe Urteile, nicht nur über das Mittel selbst, sondern auch über die Art seiner Reklame.

Die „Münchener medizinische Wochenschrift" schrieb am 15. 6. 1914: Am 10. ds. wurde in der Berliner med. Gesellschaft die Diskussion über das Friedmannsche Tuberkuloseheilmittel abgeschlossen. Das Ergebnis der über vier Sitzungen sich erstreckenden Debatten, die ein großes Material zutage förderten, kann dahin zusammengefaßt werden, daß dem Mittel eine ausgesprochene Heilwirkung nicht zukommt, daß vielmehr vor seiner Anwendung, wegen der damit verknüpften Gefahren, zu warnen ist. Die theoretische Möglichkeit, daß auf dem von Friedmann beschrittenen Wege etwas erreicht werden könne, wurde von einigen Rednern zugegeben, dieser Weg ist aber nicht neu. Nimmt man zu dem Votum der Berl. med. Gesellschaft noch die ganz ähnlichen Verhandlungen in anderen Gesellschaften (z. B. in der K. K. Gesellschaft der Aerzte in Wien), sowie die zahlreichen ebenso negativen Mitteilungen in der medizinischen Literatur, so darf man sagen, daß nicht leicht in einer wissenschaftlichen Streitfrage eine derartige Einmütigkeit aller Sachverständigen bestanden hat und daß wohl noch nie eine mit so viel Lärm in die Welt gesetzte Heilmethode so allgemein und so entschieden abgelehnt wurde. Unter diesen Umständen glauben wir auch im Sinne unserer Leser zu handeln, wenn wir dieser abgetanen Sache größeren Raum in Zukunft nicht mehr widmen.

Herr Haenisch sagte am 1. 3. 1917 im Landtage:

„Ich weise darauf hin, daß offenbare Humbugunternehmungen wie das vor ein paar Jahren mit so lautem Reklametamtam in die Welt gesetzte sogen. Friedmannsche Tuberkulosemittel leider immer wieder Förderung gerade auch aus Universitätskreisen erhalten, daß solche Unternehmungen immer wieder mit der Autorität der Universitätswissenschaft ausgestattet worden sind. Meine Herren, solche Schwindelunternehmungen, wie gerade dieses angebliche Tuberkulosemittel, brechen ja nach ein paar Jahren fast stets elend zusammen, aber sie haben wenigstens den einen Vorteil, daß ihr Erfinder ein reicher Mann geworden ist."

Seitdem ruhte die Friedmann-Angelegenheit, bis es Friedmann gelang, namentlich bei seinen plötzlichen Beziehungen zu Sklarz, der mit dem Minister Haenisch eng liiert war, Haenisch zu veranlassen, (ohne daß Haenisch

das Eingehen des von ihm eingeforderten Gutachtens*) der Berliner Fakultät überhaupt abwartete,) ihm plötzlich einen Lehrstuhl für Tuberkuloseforschung zu geben. Daß der Minister über die Begutachtung der Fakultät weg einen Lehrstuhl vergibt, ist sehr häufig dagewesen. Aber noch nie,daß der Minister die Fakultät aufforderte, ein Gutachten abzugeben und dann, ohne dieses Gutachten überhaupt erst abzuwarten, einen Lehrstuhl für die zu prüfende Erfindung eines Arztes zu errichten, der eben einen Geschäftsvertag mit Haenischs Freund Sklarz gemacht hatte. Durch diese plötzliche offizielle Berufung seitens des Kultusministers Haenisch wurde die Friedmann-Angelegenheit aktuell, es setzte eine gewaltige Geschäftsreklame ein und die Angelegenheit wurde dann im Landtage ausführlich besprochen (Stenograph. Berichte 1919, S. 6861).

Es ist von Wichigkeit, die Rede Haenischs vom 28. November 1919 (Stenogr. Bericht, S. 6861) einmal durchzulesen, wo er Friedmann kurz nach dem Vertrage mit Sklarz als einen Mann schilderte, der der ganzen Menschheit so gerne helfen möchte, der die, (durch eine Notiz der Telegraphen-Union plötzlich damals Haenisch ins Gedächtnis gerufenen) 700 000 Mark des Herrn Sklarz für ein Wohltätigkeitsinstitut verwenden wolle, er habe auf Ehre und Gewissen seinen Untergebenen Friedmann über alles befragt, es sei alles in bester Ordnung, das Mittel sei das beste der Welt usw. usw. (Siehe auch seinen Brief an mich, Seite 62.) Jeden Tag brachte das Leibblatt Haenischs, das 8-Uhr-Abendblatt Lobeshymnen. Und ein Jahr später, am Tage der Parlamentsdebatte, lesen wir aufsehenerregende Zeitungsnotizen:

1. Lokal-Anzeiger vom 27. 10. 1920:

Anläßlich der gegenwärtigen Aussprache über Tuberkulosefragen erörtert man in ärztlichen Kreisen gerade jetzt wieder lebhaft die Frage, aus welchen Gründen das Friedmannsche Tuberkulose-Institut im alten Garnisonlazarett, Scharnhorststraße 13, kürzlich von Prof. Friedmann geschlossen wurde, nachdem es erst im Februar d. J. in Gegenwart des Kultusministers Haenisch eröffnet worden war. Das Vorgehen des Herrn Prof. Friedmann, der seinerzeit gegen den Widerspruch der gesamten

---

*) Damals hallte die Tages- und Fachpresse wieder von ernsten Arbeiten über die Erfolge des Mittels, so daß der Nichtfachmann an eine Wirkung glauben mußte. Am Abend vor der „Friedmann-Sitzung" im Parlament ging ich auf Wunsch des Abgeordneten Dr. Weyl zu Friedmann. Ich schlug ihm vor, daß er gratis sein Mittel dem Staat zur Prüfung übergeben solle. Stelle sich dann heraus, daß es gut wäre, dann habe er seine Befriedigung in dieser Anerkennung, an der Heilung zahlreicher Menschen und seine Praxis werde enorm werden. Dies wurde abgelehnt. Ich ahnte damals nicht, daß der Vertrag mit Sklarz schon fertig war. Daher diktierte Friedmann seiner Schreibmaschinendame als Antwort, die ich Dr. Weyl geben solle, folgendes nichtssagende Schreiben, das ich noch an demselben Abend Dr. Weyl schickte.

Berlin, 25. November 1919.

S. H. Herrn Dr. Hermann Weyl, Berlin.

Sehr geehrter Herr Kollege!

Nach Rücksprache mit Friedmann möchte ich Ihnen mitteilen, daß dieser nach den ihm durch mich gewordenen Mitteilungen gern bereit ist, die Angelegenheit mit Ihnen eingehend zu besprechen; er würde auch gern zu diesem Zweck Sie besuchen, hält es aber darum für richtiger, daß Sie ihn aufsuchen, damit er Ihnen das ganze vorhandene Material, was nicht zu transportieren ist, in seiner Wohnung, Meinekestraße 5, zur Verfügung stellen kann. Er ist auch gern bereit, mit Ihnen zu überlegen, in welcher Weise sein Mittel zum größtmöglichen Vorteil des ganzen Volkes, speziell der arbeitenden Klasse, angewandt werden kann. Friedmann will durch die bisherige Art der Abgabe lediglich verhüten, daß das Mittel in falscher Weise angewandt wird. Jeder Arzt des In- und Auslandes, der sich an ihn wendet und die ersten vier Spalten der beiliegenden Impfliste ausfüllt, erhält für sämtliche geeigneten Fälle ohne weiteres das Mittel.

Mit kollegialen Empfehlungen Dr. Dreuw.

medizinischen Fakultät von Herrn Haenisch zum außerordentlichen Professor ernannt wurde und einen Lehrauftrag für das ihm vom Kultusminister zur Verfügung gestellte Institut erhielt, hat zu allerlei seltsamen Gerüchten und Lesarten Veranlassung gegeben.

Es war immerhin schon auffallend gewesen, das Herr Prof. Friedmann einen Lehrauftrag für ein Insitut erhielt, das aus privaten Mitteln, nämlich von dem in letzter Zeit viel genannten Herrn Sklarz, begründet und unterhalten wurde. Durch den Herrn Friedmann gewordenen Lehrauftrag ist sein Institut dem Kultusministerium gewissermaßen unterstellt worden; es war eine Art Universitätsinstitut geworden. Um so auffallender muß die Tatsache erscheinen, daß das Ministerium von der Schließung des Instituts genau so überrascht wurde wie die breite Oeffentlichkeit. Herr Prof. Friedmann hat die befremdliche Tatsache dem Kultusminister mit einigen Zeilen brieflich mitgeteilt, und erst eine von Herrn Sklarz verfaßte, dem Kultusminister zugestellte Denkschrift hat diesen anscheinend genauer unterrichtet. Die Denkschrift des Herrn Sklarz gipfelt, wie verlautet, in dem Antrage, gegen Prof. Friedmann ein Disziplinarverfahren einzuleiten. Wie wir von anderer Seite hören, soll sich die demokratische Fraktion mit der Absicht tragen, durch ihre Mitglieder, Prof. Schloßmann und Dr. Strube, die ganze Angelegenheit in der preußischen Landesversammlung zur Sprache zu bringen. Weiter erfahren wir von gutunterrichteter Stelle, daß die Vorgänge, die zur Schließung des Instituts führten, gegenwärtig Gegenstand lebhafter Erwägungen im Schoße des Kultusministeriums sind. Merkwürdig ist dabei nur, daß man sich erst jetzt veranlaßt sieht, in „Erwägungen" über die seltsame Angelegenheit einzutreten, mit der sich die Oeffentlichkeit aus begreiflichen Gründen schon längere Zeit hat befassen müssen, und daß das Ministerium von den tiefgehenden „Meinungsverschiedenheiten" zwischen Sklarz und Friedmann so lange nichts gewußt haben will. Uebrigens nimmt die Prüfung des Friedmannschen Tuberkuloseheilmittels durch die dafür eingesetzte wissenschaftliche Kommission, ganz unabhängig von der Schließung des Instituts und der Person Prof. Friedmanns, ihren ungestörten Fortgang. (Bis heute weiß die Oeffentlichkeit nichts??? U. A. w. g.)

2. Lokal-Anzeiger vom 31. 10. 1920:

Friedmann und Sklarz.

In unserer Morgenausgabe vom 27. d. M. berichteten wir über die eigenartigen Umstände, unter denen das Lehrinstitut des a. o. Professors Dr. Friedmann in der Scharnhorststraße von diesem nach noch nicht einmal einjährigem Bestehen plötzlich geschlossen wurde. Prof. Friedmann läßt uns darauf eine ausführliche Erwiderung zugehen, der wir folgende Mitteilungen entnehmen:

Ein Lehrauftrag „für ein Institut" ist mir nicht erteilt worden; vielmehr bin ich zum außerordentlichen Professor mit einem Lehrauftrag für Tuberkuloseforschung und -Bekämpfung bereits im Juni 1919 ernannt worden, während das Institut (die Baracke) Scharnhorststraße überhaupt nur vom 10. Februar 1920 bis September 1920 bestanden hat. Entsprechend meinem Lehrauftrage halte ich in meinem alten Tuberkulose-Institut Lützowstraße 49 jetzt unverändert weiter unentgeltlich Vorlesungen mit Krankenvorstellungen für Studierende und Aerzte, so lange bis sich Gelegenheit findet, ein größeres Institut als das in der Lützowstraße zu gründen.

Daß mein Entschluß der Auflösung des Instituts in der Scharnhorststraße in „Meinungsverschiedenheiten" zwischen Herrn Georg Sklarz und mir seine Ursache gehabt hätte, trifft nicht zu. Wahr ist, daß Herr Sklarz seinen vertraglich übernommenen Verpflichtungen nicht nachgekommen ist, daß er dauernd schikaniert und immer neue Vermögensvorteile für sich gewaltsam durchzusetzen versucht hat, und daß er meine nahezu zwanzigjährige Lebensarbeit in Grund und Boden zu bringen im Begriff stand. Ich war deswegen gezwungen, den Vertrag mit Sklarz zu lösen. Herr Sklarz hat seine 700 000 M. bereits längst wieder in Besitz. Er hat ferner als Erstattung seiner für das Mittel angeblich gemachten Auslagen — mit den Sklarzschen Aufstellungen über diese beschäftigt sich zurzeit die Staatsanwaltschaft in dem gegen Sklarz schwebenden Verfahren — von mir über 500 000 Mark verlangt. Ich habe mich notgedrungen hiermit einverstanden erklärt, nur um von Sklarz loszukommen, und ihm aus eigenen Mitteln daraufhin am 24. August 1920 bereits 200 000 M. bezahlt. Nur nebenbei sei bemerkt, daß Herr Sklarz zu den jetzt von ihm als zu hoch bemängelten ärztlichen Honoraren in der Scharnhorststraße noch hohe Prozentaufschläge für sich beansprucht hatte, dem ich mich energisch widersetzen mußte, daß auf sein ausdrückliches Verlangen der Verkaufspreis des Friedmannschen Mittels von 15 M. auf 20 M. heraufgesetzt wurde, daß er sich sogar ausbedungen hat, daß, solange er nicht voll befriedigt sei, der von ihm erhöhte Preis nicht herabgesetzt werden

dürfe. Es sei ferner bemerkt, daß ich seit dem Tage, da mein Vertrag mit der das Mittel herstellenden Fabrik auf Sklarz übergegangen war (1. März 1920), trotz ausdrücklicher Verpflichtung des Sklarz keinen Pfennig mehr für den Verkauf der Dosen des Mittels bis auf den heutigen Tag erhalten habe, obwohl einzig und allein ich es bin, der ich durch meine Tages- und Nachtarbeit die Krankheitsfälle von Aerzten, die das Mittel kaufen, bearbeite, dosiere und für die Beantwortung dieser täglichen zahlreichen Aerzteanfragen dauernd obendrein noch große Summen für Porto, Papier, Schreibhilfe usw. ausgeben muß. Die Einkünfte aus den verkauften Ampullen des Mittels streicht Herr Sklarz ein. In seiner Auflösungsofferte hat er auch die strikte Forderung gestellt, daß die Hälfte des Erlöses der Dosen des Mittels ihm, Sklarz, sofort ausgehändigt werde, die andere Hälfte jetzt für ihn zu Reklamezwecken benutzt werden müsse, bis Sklarz die von ihm verlangte Summe einbekommt.

Obwohl Sklarz in seiner sogenannten Denkschrift an mir als Menschen, Wissenschaftler und Arzt kein gutes Haar läßt, obwohl ferner der Vertrag rechtsgültig gelöst und Sklarz daraufhin schon von mir 200 000 M. bekommen hat, klammert er sich doch mit Händen und Füßen an mich und mein Mittel. Er hat die Fabrik inzwischen aufgekauft, hat die verschiedenartigsten Annäherungsversuche an mich gemacht und als ich auf nichts mehr einging, mich durch Drohungen mit „sensationellen Enthüllungen" gefügig zu machen versucht. Aber keine Macht der Erde wird mich wieder mit Herrn Georg Sklarz zusammenbringen können. Er wird sich, wenn auch ungern, damit abfinden müssen, daß er jedes Recht am Friedmannschen Mittel und allem, was damit zusammenhängt, verloren hat.

Die Richtigkeit meiner vorstehenden Angaben wird von meinen Rechtsbeiständen, den Herren Notaren Geh. Justizrat Dr. Eugen Fuchs und Dr. Kaatz, bezeugt.

Prof. Dr. F. Friedmann.

Gleichzeitig wird durch eine Zuschrift des Kultusministeriums bestätigt, daß die am 1. Oktober erfolgte Schließung der Friedmannschen Anstalt auch der Unterrichtsverwaltung überraschend gekommen ist. (Ueberraschend für Haenisch?!?!)

3. Altonaer Nachrichten vom 3. 11. 1920, Nr. 515:

Der neue Fall Sklarz.

Aus Berlin wird uns geschrieben:

Ungefähr zur selben Zeit, als sich im vorigen Winter die breitere Oeffentlichkeit zum ersten Male mit den Geschäften der Gebrüder Sklarz und des Dr. Helphand-Parvus beschäftigte, wurde auch bekannt, daß die Gebrüder Sklarz für den Preis von 700 000 M. das Herstellungsrecht des Tuberkulosemittels des — einige Zeit vorher vom Kultusminister Haenisch zum Professor ernannten — Herrn Friedmann erworben hatten. Wie ungefähr alles, was damals den Herren Sklarz Unbequemes in die Presse kam, wurde das dementiert. Dazu gab sich sogar der Herr Kultusminister Haenisch selbst in der Preußischen Landesversammlung her. Er führte dort aus, daß er es gewesen sei, der Herrn Friedmann und den Kreis Parvus-Sklarz zusammengebracht habe. Es sei ihm gelungen, diesen Kreis in uneigennütziger Weise zur Unterstützung eines Tuberkulose-Instituts zu veranlassen, das Prof. Friedmann errichten wolle und zu dem der preußische Staat — dank seiner, des Kultusministers, Unterstützung — die nötigen Räume stellen werde. Der Minister fügte zwar hinzu, daß er den Vertrag nicht kenne, der zwischen Professor Friedmann und den Geldgebern abgeschlossen wurde. Er setzte sich aber warm für die Uneigennützigkeit des Unternehmens ein.

Kenner der Verhältnisse mußten schon damals diese Uneigennützigkeit stark bezweifeln und die „Berliner Redaktion" hat im Laufe des Sommers wiederholt Beweismaterial für diese Zweifel geliefert. Es wird jetzt durch Prof. Friedmann selber bestätigt, dessen herzliche Beziehungen zu Sklarz dermaßen in die Brüche gegangen sind, daß Friedmann selber die Flucht in die Oeffentlichkeit ergreifen muß. Es ergibt sich jetzt, daß das unter der Protektion und mit der Vermittlungstätigkeit des Kultusministers gegründete Tuberkulose-Institut in der Scharnhoststraße nur eine Art Basis für ein großzügiges kapitalistisches Privatgeschäft des Sklarzkreises war. Zum Besuche des Instituts wurden die Kranken durch Rieseninserate in der Presse im amerikanischen Stile aufgefordert, wie sie bisher bei amtlichen Heilinstituten noch niemals üblich waren. Diese ganze Aufmachung kann nur den Zweck verfolgt haben, für das Mittel Reklame zu machen — also Reklame mit amtlichen Mitteln, um dann von dem Vertrieb des Mittels möglichst viel zu profitieren. Professor Friedmann

gibt jetzt selbst zu, daß Georg Sklarz an der Herstellung und am Vertrieb des Mittels finanziell interessiert ist. Friedmann teilt weiter mit, daß Sklarz sogar beanspruchte, daß auf die Honorare, die die Krankenbesucher des Instituts zu zahlen hatten, hohe Prozentaufschläge gemacht würden, die in die Tasche von Sklarz fließen sollten. Und während Friedmann den Verkaufspreis seines Mittels auf 15 M. festgesetzt hatte, hat Sklarz, dem der damit erzielte Verdienst noch nicht hoch genug war, den Preis auf 20 M. erhöht. . . .

Man kommt bei der Erörterung der ganzen Angelegenheit gar nicht darum herum, ein Wort über den Zusammenhang des Kultusministers Haenisch mit diesen Dingen zu sagen. Als Herr Haenisch noch nicht Minister war, war er einer der Führer im Kampfe gegen die kapitalistische Ausbeutung von Heilmitteln, namentlich des Salvarsan. Als er nun Minister war, hätte er die Möglichkeit gehabt, dank seines Einflusses auf Friedmann, der ihm den Professortitel und den Lehrauftrag dankte, und seines Einflusses auf die Herren Parvus und Sklarz, die seine Freunde sind, sich dafür einzusetzen, daß ein neues, für das deutsche Volk vielleicht außerordentlich wertvolles Mittel nun einmal in einer möglichst wenig „kapitalistischen Weise" vertrieben würde. Und was ist geschehen? Seine Freunde haben mit dem Friedmannschen Mittel noch viel ärgere Geschäfte gemacht (aus den Taschen der Kranken), als jemals mit dem Salvarsan gemacht worden sind. Und haben dazu die amtliche Unterstützung des Kultusministers noch als tüchtige Reklame zu benützen verstanden!

4. Lokalanzeiger vom 4. 11. 1920:

Moderne Tuberkulosebehandlung.

(Aus der Berliner Medizinischen Gesellschaft.)

Die wissenschaftliche Aussprache über die neuesten Tuberkulosemittel, mit der die Berliner Medizinische Gesellschaft vor zwei Wochen ihr Winterhalbjahr begonnen, wurde am gestrigen Mittwoch fortgesetzt — wieder, wie an den Vorabenden, vor einem überfüllten Saal, ein Beweis dafür, wie sehr die Aerzteschaft sich gegenwärtig für die Frage der Tuberkulosebekämpfung interessiert. Auch die unliebsamen Vorkommnisse, die mit der Schließung des Friedmannschen Tuberkulose-Instituts zusammenhängen und von uns — im Interesse der Oeffentlichkeit — eingehend erörtert worden sind, mögen — rein äußerlich — zur Belebung dieses Interesses beigetragen haben.

In der gestrigen Sitzung sprach an erster Stelle Dr. Arthur Mayer über seine Erfahrungen mit dem Friedmannschen Mittel. Er bezweifelt auf Grund kritischer Erwägungen und experimenteller Beobachtungen vollkommen die spezifische Wirkung des Friedmannschen Mittels und stimmt den Forschern bei, welche die von Prof. Friedmann gezüchteten Bazillen als harmlos, d. h. als bedeutungslos für den Menschen ansehen. Auch die klinischen Erfahrungen, die Dr. Mayer in seiner Anstalt sammeln konnte, sprachen durchaus nicht zugunsten des Mittels, um so weniger, als gerade die klinische Beurteilung einer Heilwirkung außerordentlich schwer ist. Man darf nie außer acht lassen, daß etwa ein Drittel der Tuberkulosefälle auch ohne spezifische Behandlung mit der Krankheit fertig wird, und zwar nur Anfangsfälle. Die von Dr. Mayer behandelten Fälle ergaben ebenfalls in 33 Prozent eine deutliche Besserung, beweisen also nichts Positives für Friedmanns Mittel. In 40 Prozent schritt die Krankheit deutlich fort. Dr. Mayer glaubt nicht an eine Wirksamkeit des Friedmannschen Mittels; er sieht mit anderen darin sogar eine Gefahr, weil seine Anwendung unter Umständen die Heranziehung anderer erprobter Behandlungsmethoden und Kuren verzögert oder erschwert.

5. Lokalanzeiger vom 4. 11. 1920:

Georg Sklarz und Friedmann.

Zu den Erklärungen Prof. Friedmanns in unserer Morgenausgabe vom 28. November werden wir von Herrn Sklarz um Aufnahme folgender Entgegnung ersucht:

„Die Differenzen mit Herrn Professor Friedmann begannen, als ich ihm Vorwürfe wegen seines Verhaltens im Garnison-Lazarett machen mußte. Herr Kultusminister Haenisch hat dieses Institut trotz größter Widerstände freigemacht, um der armen und leidenden Bevölkerung zu helfen. Friedmann dagegen hat es mißbraucht, um sich auf Kosten der Aermsten der Armen durch exorbitante und berechtigte Hono-

rare skrupellos die Taschen zu füllen. Er hat in diesem Institut als Wissenschaftler, Arzt und Mensch nicht so gehandelt, wie es vom Leiter einer solchen Anstalt verlangt werden kann.

Zum Bruch zwischen mir und Friedmann kam es, weil er 3 000 000 M. für Reklamezwecke von mir verlangte. Auf Grund meiner Denkschrift an das Kultusministerium wurde gegen Friedmann ein Disziplinarverfahren eingeleitet, welches die Richtigkeit meiner Angaben bestätigen wird. Alle Behauptungen Friedmanns, soweit sie mich persönlich betreffen, sind unwahr oder gröblich entstellt."

Wir nehmen an, daß die amtliche Untersuchung diese dunklen Vorgänge restlos aufklären wird. Bis dahin darf wohl die weitere öffentliche Erörterung der Angelegenheit ausgesetzt werden.

(Bis heute Mai 1922 hat man noch nichts gehört. Dr. D.).

Im Dezember 1919 schrieb Maximilian Harden in der „Zukunft" wie folgt:

„Konrad Haenisch ist ein guter Kerl."*) Das weiß die Welt; und soll's weiter glauben. Hier stand nie „dunkle Andeutung"; mir wurde nicht Falsches „zugetragen". Der Geschäftsführer, auf dessen Zeugnis Ihr Klagebrief an die „Freiheit" sich beruft, hat ausgesagt: „Haenisch erhielt das für unsere damaligen Parteiverhältnisse unerhörte Gehalt von tausend Mark für den Monat und besondere Entschädigung für die schriftliche Hilfsarbeit seiner Frau; die anderen Mitarbeiter erhielten monatlich hundert Mark nur dafür, daß ihre Namen auf den Ankündigungen erscheinen durften, und für Beiträge Honorare, die ums zwei- bis dreifache höher waren als die in anderen Zeitschriften der Partei gezahlten." Der tüchtige Maler, den Ihr Gewissen nicht betiteln wollte, war wowhl derselbe, für den Herr Sklarz schon der Reichsstelle für Oele und Fette ein Beneficium abgekitzelt hatte. Nebensachen. Von den Geschäften der Herren Helphand und Sklarz, denen Sie doch die Gunst der Parteihäupter zurückzugewinnen suchten, „wissen Sie nichts"; zweifeln aber „auch heute nicht an der persönlichen und politischen Ehrenhaftigkeit Ihres alten Freundes Parvus". Ist Ihnen gar nicht aufgefallen, daß dieser alte Freund, der, als russischer Revolutionär, mehrmals aus Deutschland fortgewiesen worden war und der in Dachkammern von Verlegervorschüssen gelebt hatte, seit dem Ausbruch des Krieges Millionen scheffelte, das deutsche Bürgerrecht erwerben konnte, am Goldenen Horn eine Villa, eine zweite im Kopenhagener Seenviertel, eine dritte in der Schweiz hatte, in Berlin eine Etage oder im Kaiserhof Prunkräume bewohnte, überall mit Exzellenzen verkehrte, für die Ferienreise schlecht genährter Kinder achtzigtausend Mark, ihm Pappenstiel, hinwarf, an die von Ihnen geläutete „Glocke" vierzehnhunderttausend Mark hing? Sie wußten, daß er wie ein verschwenderischer Nabob, ein Krösus und Marcus Crassus hause;*) waren aber innig überzeugt, daß persönliche Ehrenhaftigkeit und politischer Idealismus einem revolutionären Schriftsteller die zu solchem Aufwand nötigen Summen hienieden im Handumdrehen einbringe. Ihnen fiel auch nicht auf, daß Ihr anderer Brotgeber, der aus Galizien eingewanderte Herr Sklarz, sich in demselben Stil eingerichtet hatte, über ungeheure Nährmittelmengen verfügte, mit einem Diplomatenpaß alle neutralen Länder, immer wieder, durchbirschte, mitnehmen, mitbringen durfte, was ihm beliebte, in Zürich mit den Bolschewiken verhandelte, in währendem Krieg, wie nach ihm Ihr Parvus, in Petrograd war? Zwischen Klingsors Mädchenblumen denkt Parsifal nur an Mutta (wie Ihr Exzellenzgenosse Hülsen sagt) und an des Amfortas Wunde. Sie „kämpften dafür, die deutsche Arbeiterschaft zum deutschen Staatsgedanken zu erziehen„. Schön; doppelt von einem, der die wildesten Reden, sogar für Karl Liebknecht, geschwungen und hundertmal mitgeschrien hatte: „Hoch die internationale, Völker befreiende, revolutionäre Sozialdemokratie!" War Ihrem Pommerherzen, Ihrem von der Mutterseite her gräflichen Blut aber ganz gleichgültig, „schnuppe", „Wurscht", wer diese Erzieherarbeit bezahle und Sie, den Erzieher zum Staatsgedanken, löhne? Weil Sie der Lüge glaubten, ich halte, nach einem Vierteljahrhundert pausenloser Arbeit, ein Auto und einen Diener, schalten Sie mich

*) In dem Buche „Der Rattenkönig" heißt es, was sicherlich nicht zutrifft, Helphand pflegte, wenn er bei guter Laune war, Haenisch mit einem lieblosen, hier nicht wiederzugebenden Worte zu bezeichnen. (Dr. D.)

*) Haenisch war mit seiner ganzen Familie wochenlang auf Parvus Schloß Schwanenwerder, wo er ja auch sich nicht ins Wasser stürzte, sondern fiel. (Dr. D.)

öffentlich einen Wicht; Helphand und Sklarz (der auch in Kopenhagen ein Palais besitzt), im Jahre 1914 arme Schlucker waren, wurden Ihrem Kindsgemüt niemals verdächtig. Was ich, von den Personen weitab, wußte, konnten auch Sie wissen, mußten Sie früh ahnen: daß Herr Georg Sklarz dem Großen Generalstab des Feldheeeres (N. O.-Mitte) als „Vertrauensmann" diente. Weil seine Dienste ungemein hoch geschätzt wurden, erlaubte man ihm Aus-, Ein- und Durchfuhrgeschäfte, sogar Handel mit feindlichen Ausländern, die mit seinem Kapital arbeiteten, erlaubte ihm jedes Geschäft; der daraus fließende Ertrag wurde, wie es in einem Amtsbescheid hieß, „als Entgelt für die Bemühungen des Agenten angesehen".

Dieser Mann hat Ihr Erzieherwerk bezahlt. An seinem Tisch haben Sie mit dem ersten Präsidenten, Ministerpräsidenten, Reichswehrminister der Deutschen Republik und anderen Würdenträgern oft geschwelgt. Aus seiner Kasse beziehen Sie, Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung, noch heute den Sold von tausend Mark für den Monat. Und als die okkulte Genossenschaft Helphand u. Sklarz mit Hunderttausenden das Mitrecht zur Verwertung eines (noch von allen Zinnen der Wissenschaft und der Praxis höchst mißtrauisch betrachteten) Heilmittels gegen Tuberkulose erkauft hatte, da haben Sie, zuvor der rauheste Befehder aller Einspritzsera, im Zweibund mit dem Polizeiarzt Dr. Dreuw gestern noch im grausam hitzigsten Kampf gegen Ehrlichs Salvarsan, den Erfinder des von Ihren Löhnern erworbenen Mittels, Herrn Dr. Friedmann, wider den derb ausgedrückten Willen der Fakultät, mit einem Lehrauftrag der Berliner Universität aufgenötigt; und Ihr (diesmal dem Zweibund mit Sklarzens Intimus, Helphands Stipendiaten Scheidemann entkeimten) Wunsch, den Palast des Kaiser-Wilhelm-Institutes in der Invalidenstraße als Institut für Friedmännische Tuberkulose-Forschung und -Therapie einzurichten, ist erst an dem harten Widerstande des Reichsarbeitsministers zerschellt, der das Prunkhaus der „Kriegsbeschädigten-Fürsorge" bestimmt hat. Die Stenogramme, die Sie mir schicken wollen, werde ich lesen. Mein Urteil werden Sie nicht wandeln; auch mir (Sie verstehen) wohl kaum Neues über das Milieu sagen, wo, ziemlich fern von der Regentenstraße, Ihr gutes Herz just für dieses eine Spritzmittel noch mit besonders zärtlichem Eifer angewärmt worden ist. Laut aber wiederhole ich die vor acht Tagen gestellte Frage: „Haben regierende Sozialdemokraten ihre Amtsmacht zur Begünstigung von Geschäftsleuten genützt, denen sie befreundet sind und von denen sie sich Vorteil, klein oder groß, gewähren ließen?" Sie haben die Frage in Ihrem Brief ungenau wiedergegeben und stolz dann behauptet: „Was meine Person angeht, kann ich mit einem runden, glatten „Nein" antworten." Noch runder, noch glatter klangs aus dem Munde der Herren Noske und Scheidemann.

„Staatssekretär Scheidemann. Berlin, 19. 11. 18.

Dem Verlag für soziale Wissenschaft, G. m. b. H., sind auf Veranlassung der Reichsbehörden vor mehreren Monaten Einfuhrbewilligungen für Papier gegeben worden. Die triftigen Gründe, deren wegen diese Erlaubnis erteilt worden ist, bestehen unverändert weiter. Ich bitte deshalb, die dem genannten Verlag bisher gewährte Hilfe in derselben Form weiter zu gewähren, insbesondere also eine Beschlagnahme des Papiers oder Zurückziehung der Einfuhrerlaubnis zu unterlassen.

Scheidemann."

„Inhaber dieses, Jean Sklarz, ist berechtigt, Lebensmittel für die Truppen der Regierung in jeder beliebigen Menge aufzukaufen. Es wird gebeten, ihn in allen Straßen und Plätzen passieren zu lassen und ihm nötigenfalls Rat und Schutz zu gewähren. Keine Behörde oder Privatperson hat das Recht, über die Lebensmittel zu verfügen, die sich in den Händen des Besitzers dieses Ausweises befinden.

Berlin, den 9. 1. 1919. Die Reichsregierung: Ebert, Scheidemann."

„Der Reichswehrminister. Berlin, 10. 4. 19.

Inhaber dieses Ausweises, Herr Georg Sklarz, ist beauftragt, für die Regierungstruppen Nahrungs- und Genußmittel aus dem Ausland zu beschaffen, da eine bessere Verpflegung der Regierungstruppen unbedingt notwendig ist. Der Reichswehrminister beehrt sich daher, alle in Betracht kommenden Behörden zu bitten, bei den mit Herrn Sklarz zu führenden Verhandlungen ihn in jeder Weise zu unterstützen, insbesondere die nötige Einfuhrerlaubnis zu erteilen und für den Bedarf der Truppen Befreiung vom Zoll nach Möglichkeit zu gewähren. Die für die Truppen bestimmten Waren sind möglichst als Militärgut zu befördern. Für schnelle Erledigung wäre ich dankbar.

Noske."

„Herr Georg Sklarz ist beauftragt, für die Abteilung Lüttwitz und Grenzschutztruppen eine Marketenderei einzurichten und die dazu erforderlichen Waren einzukaufen. Untervollmachten für den Einkauf dürfen erteilt werden.

Charlottenburg, den 15. 4. 1919. Intendantur Abteilung Lüttwitz."

„Berlin, 15. 4. 19.

Dem Wunsche des Herrn Reichswehrministers Noske entsprechend, erteilen wir Ihnen hiermit die Genehmigung, für die Regierungstruppen Nahrungs- und Genußmittel aus dem Ausland bis zu einem Höchstbetrag von 20 Millionen Mark zu beziehen. Wir machen aber darauf aufmerksam, daß für die Erteilung der erforderlichen Einfuhrbewilligung der Herr Reichskommissar für Aus- und Einfuhrbewilligung, Berlin, Lützowufer 6—8, zuständig ist, an den Sie sich seiner Zeit dieserhalb zu wenden haben. Reichsbank-Direktorium, Auslandstelle.

Herrn Georg Sklarz, Berlin, Regentenstr. 24."

Kennen Sie, Minister für Kunst, Augiers scharfe Komödie „Les effrontés"? Im Ring dieser Unverschämten, deren Unverschämtester ein bischen schnell sich zum sauberen Politiker und sorglichen Pelikan-Vater läutert, sind Kerle von Leistung und Kaliber. Doch keiner dürfte sich neben Ihren Freund Parvus wagen. Neben ihm verzwergen auch die Strauß, Goldberg, Winz. Der stärkste Kopf der Zweiten Internationale schreit nach einem Balzac; wäre Dostojewskijs nicht unwürdig. Von ihm und allem, was drum und dran hängt, zu reden, würde heut zu lang. Wir sind erst im Vorhof. Seit Monaten sage ich Drängern, ihre (und Ihre) Fraktion müsse das Geschwür, damit es der Republik und dem Sozialismus nicht schädlich werde, selbst enteitern. Als aber ein Teilchen des Desinfizierstoffes in das Hitzigstraßenhaus, einst Ariberts, jetzt Helfferichs, verschleppt war, mußte ich leidiger Pflicht gehorchen. Notwendigkeit befiehlt. Der Versuch, bis in den Hochsommer dieses Politikum in die Registratur eines Landgerichts zu lagern, darf nicht gelingen."

Soweit Herr Harden!

Alles dies zeigt mit absoluter Deutlichkeit das „Menschheitsinteresse" im Kopfe eines Haenisch, der anscheinend für selbstlos geführte wissenschaftliche Kämpfe bei seinen kulinarischen und freundschaftlichen Beziehungen zum Kreise Sklarz-Parvus das Verständnis verloren hatte, und „Menschheitsinteressen" als Sozialdemokrat mit „Kapitalsinteressen" verwechselte.

Solchen sozialhygienischen Anschauungen widmete die Hamburger Wochenschrift „Gesundes Leben" (15. 11. 20) die folgende Notiz:

Non olet!

Als des Vespasian Sohn, Titus, seinem Vater Vorwürfe machte, weil er die Bedürfnisanstalten besteuerte, hielt der ihm das Geldstück entgegen und fragte: Riecht es?" „Es riecht nicht" — non olet — antwortete Titus. „Nun wohl, und doch stammt dies Geld aus der Steuer der Bedürfnisanstalten." Juvenal schreibt: „Lucri bonus est odor ex re qualibet", das heißt: „Der Geruch des Gewinnes ist gut, woher dieser auch stamme". Auch heute finden wir manchen Vespasian, dem der Gewinn die Hauptsache, seine Herkunft Nebensache ist. Daran wird man gemahnt, wenn man in der Presse liest, daß Herr Sklarz, der das Friedmannsche Tuberkuloseinstitut „finanziert" hatte, diesem Erfinder den Vorwurf mache, daß er von seinen schwindsüchtigen Patienten „Riesenhonorare" verlangt hätte. Das Institut ist ja nun geschlossen, wie man liest, wegen der vielen Mißerfolge." Die Aufklärung über diese in der Presse aufgestellten Behauptungen muß die (s. S. 167) angedrohte Untersuchung ergeben. Qui vivra verra! Ich registriere diese ebenso wie die anderen in diesem Buch erwähnten Zeitungsnotizen nur, ohne daß ich mich mit ihrem Inhalte identifiziere, um ein Gesamtbild der Situation zu geben.

Aber nicht bloß in „kultur"-politischer, auch in politischer Beziehung war Haenisch ein „Charakter". Er hatte ein Buch verfaßt „Die Sozialdemokratie in und nach dem Weltkrieg". Wir lesen in diesem Buche:

„Wie das Erwachen aus einem langen, wüsten Traum war es in jenen Augusttagen, wir schlugen die Augen auf und siehe da: wir hatten plötzlich aus tiefster Not und höchster Gefahr geboren, ein deutsches Vaterland, und dieses deutsche Vaterland hatte uns!"

„Leicht ist dies Ringen zweier Seelen in der einen Brust wohl keinem von uns geworden . . . um alles in der Welt möchte ich jene Tage inneren Kampfes nicht noch

einmal durchleben! Dieses drängendheiße Sehnen, sich hineinzustürzen in den gewaltigen Strom der allgemeinen nationalen Hochflut und von der anderen Seite her die furchtbare seelische Angst, diesem Sehnen rückhaltlos zu folgen, der Stimmung ganz sich hinzugeben, die rings um einen herum brauste und brandete und die, sah man sich ganz tief ins Herz hinein, auch vom eigenen Innern ja längst schon Besitz ergriffen hatte! Diese Angst, wirst Du auch nicht zum Hallunken an Dir selbst und Deiner Sache, darfst Du auch so fühlen, wie es Dir ums Herz ist? Bis dann — ich vergesse den Tag und die Stunde nicht — plötzlich die furchtbare Spannung sich löste, bis man wagte das zu sein, was man doch war, bis man — allen erstarrten und hölzernen Theorien zum Trotz — zum ersten Male (zum ersten Male seit fast einem Vierteljahrhundert wieder!) aus vollem Herzen, mit gutem Gewissen und ohne jede Angst, dadurch zum Verräter zu werden, einstimmen durfte in den brausenden Sturmgesang: Deutschland, Deutschland über alles!"

Mir erklärte der „Revolutionör" Haenisch im August 1919: „Die Revolution ist das größte Unglück, das je über Deutschland gekommen ist". Der „Revolutions"-„Kultur"-Minister! Ein Charakter! Ein Mann! Ein „Sozialist". Ein Wächter!

„Wirst Du auch nicht zum Hallunken an Dir selbst und Deiner (d. h. von Dir vertretenen) Sache?" Also sprach nicht „Zarathustra, aber Haenisch. Ein „Sozial„-„Demokrat". Ein „Antikapitalist"! Ein „Revolutionör", der so fühlt, wie es ihm ums Herz ist, der aus vollem Herzen, mit gutem Gewissen und ohne jede Angst, dadurch zum Verräter zu werden, einstimmt in den antikapitalistischen Ruf:* „Beati salvarsanisti possidentes."



19. Haenischs Nachfolger Becker.

Im Sommer 1921 trat Haenisch als Kultusminister zurück, weil eine Neubildung der Regierung mit Ausschluß der Sozialdemokraten stattfand. 2½ Jahr lang hatte er die neupreußische „Kultur" vertreten. Als Nachfolger wählte der damalige Zentrumsministerpräsident Stegerwald Haenisch's bisherigen Instruktor, der seit dem 12. November 1918 wie ein Klette sich dem Minister angeheftet hatte, den ehrgeizigen Orientalisten Becker, der bereits im kaiserlichen Deutschland Personalreferent für die Ernennung von Universitätsprofessoren war, sämtliche Verwaltungstriks kannte, und sein beratendes Amt als stiller Teilhaber so verwaltete, daß er, wie erwähnt, auf seinem Personalreferenten-Posten seinen Duzfreund, einen in der Wissenschaft völlig unbekannten jungen Assessor Wende dessen Namen und anerkannte wissenschaftliche Leistungen kein Lied, kein Heldenbuch der gesamten Literatur erwähnte, ernannte. Amicus pro amico, ein junger Jurist anstelle des Orientalisten! Becker hatte seinem Gönner Haenisch, dem er alle Karriere, wie dieser ihm alle „Regierungs"kunst verdankte, versprochen, unter keinen Umständen ihm das Leid anzutun, daß er in der bürgerlichen Stegerwald Regierung als Kreatur Haenischs (im Sinne Goethes), die dieser sich gemacht und von der er abhängig war, (und umgekehrt) seine Nachfolgeschaft annähme Haenisch erklärte, in offizieller Sitzung befragt, ob nicht etwa Becker sein Nachfolger würde, seinen besorgten Freunden mit der Harmlosigkeit und Einfalt, auf die das Wort paßt „Nescis, mi fili, quantilla sapientia regnatur ministerium culturae", Becker habe ihm offiziell, heilig und sicher versprochen, — und dafür daß er Worte halte, lege Haenisch seine Charakter-Hand ins Feuer — daß er Haenischs Nachfolgerschaft (als kaiserlich-imperialistisch-demokratisch-halbsozialistisch denkender Charakterkopf der Revolutionszeit!) ablehne. Noch nie hätte er (Haenisch) einen Menschen gesehen, der bei seinem Abschied so gerührt gewesen sei, wie seinen „Freund", Becker, seine Schöpfung, die er frei nach Goethe sich selbst gemacht hatte. Aber Herr Becker als charakterstarker und worthaltender Neodemokrat, als geschulter Bureaukrat des alten Regime, ließ seinen Gönner Haenisch, den Harmlosen prompt im Stich, als er den Ministersessel mit Stegerwald „erobert" hatte. Amicus contra amicum! Orientalist contra Unterprimaner!? And Brutus was an honourable man, all, all are honourable men! Und Minister Becker wurde wieder Staatssekretär.

Ich habe es unter meiner Würde gehalten, einem Imperio-Demokraten à la Becker wegen der von seinem Gönner beantragten Dozentur auch nur mit einem Antrag näher zu treten. Denn da Haenisch schrieb und mir erklärte, eine Dozentur Dreuw zöge automatisch den Sturz des Ministers nach sich, wollte ich ihn seinen Freunden aus Frankfurt, die ihm aus dem Speyerhause Briefe mit „Lieber Carl!" schreiben, gegenüber nicht in die verzweifelte Lage bringen, in die sein Gönner Haenisch sich selbst hineinmanövriert hatte. Im übrigen hatte er ja auch mündlich und brieflich von mir gehört, wie ich als freier Bürger

eines freien Staates mit der freiesten Verfassung der Welt über den imperio-demokratischen Minister dieses freien Staates, Becker, denke. Er hatte gehört, daß ich die Dozentur nicht von einem Minister — denn dieser wird materiell und geistig von den Bürgern dieses freien Staates ernährt — erbitte, sondern von der staatlichen Institution, genannt Kultusministerium auf Grund meiner international — allerdings nicht von dem Größenwahn einer kurzsichtigen Fakultätskaste — anerkannten Verdienste um den Staat und das öffentliche Wohl im Interesse der wahrheitsgetreuen Aufklärung der akademischen Jugend, als „Bekenner der Wahrheit" (Professor) Anspruch darauf erhebe. Nicht der Staat hätte mir, sondern umgekehrt ich dem Staate einen Dienst erwiesen. Ich kann mir ja denken, daß eine derartige Sprache eines freien Bürgers im freien Staat einem Imperio-Demokraten, der in dem Obrigkeitsstaat den Servilismus vor Ministern als Staatsprinzip kennen gelernt hatte, deswegen unangenehm war, weil er schon aus Atavismus dem ersten Teil dieses Attributs mehr Wert beimessen mußte als dem letzteren, trotz aller sogenannter Revolution und sogenannter „Revolutionöre" à la Haenisch, der sich wie bekannt mit allen Mitteln gegen den Abschied zur Wehr setzte. Aber es half nichts. Dem Kultusministerium aber, das nicht mit der Person des Herrn Becker verwechselt werden darf, das ebenso wie dieses der Kontrolle der Oeffentlichkeit und dem Wechsel der Personen und Parteien unterliegt als einer Institution der Republik, sandte ich vom 21. 8. 21 ab ohne Kommentar die Recensionen der großen deutschen Presse über mein den Protegés des Kultusministeriums vielleicht unerwartet gut recensiertes und deutliches Buch „Die Sexualrevolution". Ich glaube, Herr Becker wird, nachdem auch er schon bald darauf seinen Posten verlassen mußte, aber sich als „Staatssekretär" wieder unentbehrlich und bezahlt machte, wohl selbst einsehen, daß er mit seiner Berufung auf die Seite 34 abgedruckten Verleumdungs- und Verkleinerungsgutachten seiner alten Connectionsfreunde aus dem zusammengebrochenen System und im Hinblick auf sein Schreiben (Seite 81) und sein ganzes Verhalten nur das Gelächter der internationalen Sachkenner auf sich lenkt. (Siehe Seite 3, 47, 131.) C'est le ridicule, quitue, dieweil nach Rabelais das Recht der Menschheit Lachen ist.



20. Petitionen an das preußische Kultusministerium und an den preußischen Landtag.

Berlin, den 30. September 1921.

An das
Kultusministerium, z. H. des Herrn Dezernenten Geh. Rat Wende und des Herrn Minister Becker.

Vor einigen Wochen erlaubte ich mir, dem Kultur-Ministerium z. H. der obigen Herren die Kritiken über mein Buch „Die Sexual-Revolution. Der Kampf um die staatliche Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten" (Verlag Ernst Bircher, Leipzig), zu übersenden. (Siehe S. 140.)

Zur Abwehr und in Wahrnehmung berechtigter Interessen erlaube ich mir, dem Kultus-Ministerium folgendes ergebenst mitzuteilen:

Der Herr Kultusminister Haenisch stellte zurzeit in eigener Person einen Antrag, es möge mir bei der Berliner Universität eine Dozentur auf dem Gebiete der staatlichen Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten verliehen werden. Daraufhin verfaßte im amtlichen Auftrage die Berliner medizinische Fakultät (gez. His. Franz.) ein in meinem obigen Buche Seite 316 abgedrucktes und von mir in der gesamten Presse als Verleumdungsgutachten bezeichnetes sogen. Gutachten. Gleichzeitig gab auf Veranlassung des Geheimrats Krüß, ein Professor Arndt, ein „Gutachten" ab, das ebenfalls verleumderische Angaben über mich enthält. Durch Zufall gelangten diese geheimen Machwerke in meine Hände. Professor Arndt, ein durch die Protektion von Geheimrat Krüß kurz nach der Abgabe dieses „Gutachtens" zum Direktor der Berliner Universitäts-Hautklinik beförderter jugendlicher früherer Assistent des verstorbenen Geheimrats Lesser, behauptete in diesem sogen. Gutachten, das er im Auftrage seines Bekannten Krüß abgab, „daß meine Stellungnahme sich allen wissenschaftlichen Fortschritten in der Salvarsanfrage blind verschlösse", sodann, daß sich in Bezug auf meine Vorschläge zur staatlichen Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten „neben recht brauchbaren Vorschlägen auch die Mitteilung gänzlich unbrauchbarer Maßnahmen befände". Der jugendliche Protegé des Herrn Geheimrats Krüß behauptete ferner, „nach seinem Dafürhalten könne Dr. Dreuw nicht als jemand gelten, der wissenschaftliche Leistungen aufzuweisen habe".

Das Kultusministerium hat diese unter der Maske der „Wissenschaft" abgegebenen Aeußerungen der Fakultät und des Herrn Prof. Arndt anscheinend für bare Münze gehalten. Die obigen Kritiken der größten und maßgebendsten Zeitungen Deutschlands als Ausdruck der öffentlichen Meinung über mein Buch „Die Sexualrevolution" stelle ich diesen Verleumdungen entgegen.

Ich habe in meinem Schreiben an das Kultusministerium vom 15. 2. 19 an der Hand von Tatsachen bewiesen, daß, was die Sache selbst betrifft, die beiden Gutachten unrichtige Behauptungen aufstellen und habe dort ferner die Behauptung aufgestellt, daß diese entweder das Werk von böswilligen Verleumdern oder von Ignoranten seien. Auf diese auch öffentlich erhobenen Vorwürfe hin hat die Berliner medizinische Fakultät bisher geschwiegen. Qui nihil dicit, assentire videtur.

Ich habe bisher noch nicht Gelegenheit genommen, darauf einzugehen, daß ein so jugendlicher Herr wie Prof. Arndt mir jede wissenschaftliche Leistung abspricht. Ich habe bereits erwähnt, daß Herr Prof. Arndt ein guter Bekannter des Herrn Geheimats Krüß ist, auf dessen Amtszimmer in seiner Gegenwart und mit seiner Billigung ein Bestechungsversuch mir gegenüber gemacht wurde, wie in meinem Buche „Die Sexualrevolution" Seite 316 und 360 bewiesen ist und was Herr Geh.-Rat Krüß bei seinen „Aufklärungs"-Besuchen auf Berliner Redaktionen selbst zugegeben hat.

Die jüngsten Ereignisse auf der Klinik des Herrn Prof. Arndt veranlassen mich nunmehr, „die wissenschaftlichen Fortschritte und Leistungen“ desselben dem Kultusministerium in Wahrung berechtigter Interessen zu schildern.

Herr Prof. Arndt hat auf seiner Klinik in fünf Monaten acht Leute auf Grund seiner „wissenschaftlichen Fortschritte in der Salvarsanfrage“ aus dem Leben in den Tod behandelt, wie er selbst nicht leugnet, durch eine Salvarsanvergiftung der Haut in drei Fällen, durch eine Salvarsanvergiftung des Gehirns in einem Fall und durch eine Salvarsanvergiftung der Leber in vier Fällen. — Ich bitte, das Kultusministerium zu bedenken: Acht Menschen in fünf Monaten durch die „wissenschaftlichen Fortschritte“ dieses Professors, Menschen, die heute ohne das Eingreifen des Professors Arndt noch sorgen und arbeiten würden. Welches Unglück hat er mit Hilfe dieser seiner „wissenschaftlichen Leistungen“ über die Familien der durch seine „Kunst“ Getöteten heraufbeschworen! Man sollte meinen, die derartige Leistungen bewirkende Salvarsanspritze würde vor Schrecken dem jugendlichen Arzt aus der Hand fallen! Man sollte meinen, er würde vor Scham im Hinblick auf diese seine „wissenschaftlichen Leistungen“ vor den Toten das Haupt senken!

Man wird es mir hoch anrechnen, daß ich mich derartigen „wissenschaftlichen Fortschritten“ zwar nicht „blind“, wohl aber sehend verschlossen habe.

Angesichts dieser Tatsachen sollte die überwachende Behörde, d. h. Ihr Ressort, aus sich selbst heraus die erforderlichen Schritte tun, eine Untersuchung durch die Strafrechtspflege gegen Herrn Prof. Arndt einzuleiten, wobei es nicht als Entschuldigung gelten darf, daß Herr Prof. Rille in Leipzig sieben Salvarsantodesfälle, Herr Prof. Hahn in Hamburg in einem einzigen Jahre sechs Salvarsantodesfälle, Herr Prof. Erich Hoffmann in Bonn fünf Salvarsantodesfälle, Herr Prof. Scholz in Königsberg vier Salvarsantodesfälle, Herr Prof. von Zumbusch in München drei Salvarsantodesfälle, Herr Prof. Minkowski in Breslau zwei Salvarsantodesfälle und Herr Prof. Kromayer in Berlin einen Todesfall aufzuweisen haben, um nur diese paar Fälle zu erwähnen. Sollte das Kultusministerium auch nur im geringsten daran zweifeln, zumal Herr Kultusminister Trott zu Solz behauptet hatte, Salvarsantodesfälle gäbe es nicht, daß diese Todesfälle wirklich auf Salvarsan zurückzuführen sind, so hoffe ich, daß die obigen Herren die Feststellungsklage gegen mich anstrengen werden.

Ich bemerke ferner, daß auf der Abteilung des Herrn Prof. Arndt in der Weise verfahren wurde, daß hier die **amtlich** eingeforderte Statistik über Salvarsantodesfälle so zustande kam, daß infolge Zeitmangels der dieselbe anfertigende Oberarzt ohne genaue Durchsicht und statistische Bearbeitung sämtlicher Krankengeschichten, seinem Chef, Herrn Prof. Arndt, auf dessen Anordnung die Statistik über die Todesfälle gemacht wurde, aus dem Gedächtnis eine Niederschrift ohne Verwertung aller Unterlagen über die Salvarsanschädigungen machte. So kam ein Teil der amtlichen Salvarsanstatistik zustande. Das sind beinahe russische Zustände!

Was nun die „unbrauchbaren Maßnahmen“ betrifft, die mir der vielleicht wegen seines jugendlichen Alters noch unerfahrene Herr Prof. Arndt vorzuwerfen beliebt, so darf ich wohl auf die dem Kultusministerium eingesandten Rezensionen und Kritiken zu meinem oben erwähnten Lebenswerk und auf den demnächst zu veröffentlichenden Briefwechsel mit dem Kultusministerium ergebenst hinweisen, und nur zwei Sätze aus den Rezensionen im „Roten Tag“ und in den „Münchener Neuesten Nachrichten“ ergebenst hinweisen: „Oberlandesgerichtsrat Dr. jur. und phil. Bovensiepen vom Oberlandesgericht in Kiel schreibt in Nr. 220 des „Roten Tag“ wörtlich: „Umfassende Vorschläge zur Heilung unserer heutigen heillos zerrütteten Zustände der Oeffentlichkeit zu unterbreiten, ist wohl kaum eine andere Persönlichkeit in so hohem Maße berufen, als Dr. Dreuw. Seine im weitesten Umfange gemachten Erfahrungen verwendet er in seinem neuen Werke allenthalben, nicht auf bloße Theorie und Hypothesen baut er auf, sondern er schöpft stets mitten aus dem Leben selber. Ohne alle Einzelheiten der Dreuwschen Forderung gutheißen zu wollen, muß ich doch gestehen, daß mir ihre Grundlagen absolut unanfechtbar erscheinen“. Und der ärztliche Mitarbeiter der „Münchener Neuesten Nachrichten“ schreibt in Nr. 376 wie Seite 19 geschildert.

Wenn Herr Prof. Arndt nun behauptet, „nach seinem Dafürhalten habe ich als jemand zu gelten, der keine wissenschaftlichen Leistungen aufzuweisen habe“, so widersprechen dem nicht nur die erwähnten Tatsachen, sondern auch ca. sieben dem Kultusministerium eingesandte Gegengutachten von den Professoren Unna, Jesimer und anderen, soiwe die dem Kultusministerium eingereichten Arbeiter und Kritiken

aus dem In- und Auslande, die in dem obigen Buche zum Teil abgedruckt sind. (Siehe S. 43, 47 und 132.)

Ich frage das Kultusministerium, was denn der Günstling des oben entsprechend charakterisierten Geheimrats Krüß, Herr Prof. Arndt, abgesehen von der Tatsache, daß er acht Leute aus dem Leben in den Tod hinein behandelt hat, für wissenschaftliche Leistungen aufzuweisen hat? Die größte bestand darin, daß er, abgesehen von einigen die Mittelmäßigkeit nicht überschreitenden Arbeiten als Sohn reicher Eltern mit Hilfe der berühmten Ochsentour seinen Weg vom Privatdozenten zum Direktor der Hautklinik gemacht hat, und wem Gott ein derartiges Amt gibt, dem gibt er auch das Anrecht auf wissenschaftliche Leistungen.

Wenn ich schon in den Worten des Herrn Prof. Arndt eine dreiste Ueberhebung gegenüber einem älteren Kollegen erblicken muß, so kann ich nicht umhin, auf Grund der erwähnten Tatsachen auch eine notorische Verleumdung in denselben festzustellen, die sich dem in meinem Buche „Die Sexualrevolution" geschilderten Verleumdungssystem der medizinischen Fakultät würdig anschließt, das mich aber nicht abhalten wird, wie bisher pro scientia et veritate, allen Gewalten zum Trutz, die wissenschaftlich-spezialistisch-staatlich sanktionierte Massentötung von Menschen auch weiterhin in schärfster Form zu bekämpfen. Denn der Arzt ist zum Heilen und nicht zum Töten da.

Ich bitte das Kultusministerium um baldige Stellungnahme zu diesem in Wahrung berechtigter Interessen geschriebenen Briefe und möglichst umgehende Antwort, da ich mir Weiteres, auch die Veröffentlichung und gegebenenfalls von meiner Seite die entsprechenden Schritte zu unternehmen vorbehalte. Abschrift ist an Prof. Arndt und an maßgebende Abgeordnete gegangen.

Acht Menschen in fünf Monaten aus dem Leben per artem medici in den Tod behandelt zu haben, das ist ein Rekord, den derjenige geschlagen hat, dem das Kultusministerium die Stelle eines Direktors der Universitäts-Hautklinik noch vor kurzem übertragen hat.

Da die bisherigen Minister Haenisch und Becker und Herr Geheimrat Wende (ein bisher in der wissenschaftlichen Literatur kaum bekannter jungen Duzfreund des letzteren) nicht einmal die von mir geforderte objektive Prüfung der Verleumdungsgutachten unter Anhören auch der verleumdeten Partei angeordnet haben, habe ich beim Preußischen Landtag als Staatsbürger, der sich durch ministerielle Willkür nicht entrechten läßt, auf Grund der Verfassung den Antrag gestellt, daß der Herr Kultusminister Becker gezwungen wird, die amtlich eingereichten Verleumdungen objektiv zu prüfen, und dann, wenn die Verleumdungen festgestellt sind, aus meinen Akten zu entfernen, da ich nicht geneigt bin, durch amtliche Verleumdungsgutachten meine wissenschaftliche Ehre, die auch einem Bestechungsversuch im Kultusministerium standhält, in den Staub ziehen zu lassen. Diese steht viel zu hoch, als daß sie durch derartige Machwerke, wie es die sogen. Gutachten der Fakultät und des Herrn Prof. Arndt sind, beschmutzt werden könnte. Derartige Tendenzschriften fallen auf die Verfasser selbst zurück.

Da ich uneigennützig die Dresdener polizeiärztliche Ausstellung für das Berliner Polizeipräsidium und im Anschluß daran die technische Erneuerung der Sittenpolizei geschaffen habe, da ich uneigennützig als Erster die Läuseplage im Heere mit Erfolg bekämpft habe, da ich uneigennützig die Assistenzarztbewegung in Deutschland zuerst eingeleitet habe, da ich uneigennützig im Gegensatz zu meinen Gegnern, die Millionen auf Millionen als Salvarsanisten häufen, meine Zeit im Interesse des Staates seit zehn Jahren täglich 4 bis 6 Stunden der Salvarsanfrage und der staatlichen Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten unter Anerkennung allererster Autoritäten (s. die obigen Kritiken) gewidmet habe, so bin ich nicht geneigt, als Dank hierfür die Verleumdungen staatlicher Einrichtungen oder staatlich angestellter Personen und einen Bestechungsversuch in zwei Ministerien über mich ergehen zu lassen, ohne daß diese Verleumdungen auch nur neutral von dem Kultusministerium geprüft würden. Ich habe mich daher gezwungen gesehen, im Parlamente den Antrag zu stellen, daß diese als dem Herrn Kultusminister Becker übergeordnete Instanz, nachdem dieser versagt hat, dem Herrn Minister, der anscheinend noch von seiner früheren Tätigkeit her die neue Zeit nicht begreift, zwingt, endlich nach zweijährigem Warten eine objektive Prüfung der Verleumdungen vorzunehmen. Wenn Herr Minister Haenisch in seinen Zeitungsartikeln schrieb, Minister dürften nicht vogelfrei sein, dann auch nicht die Bürger des Preußischen Staates.

In einem Leitartikel warfen vor Jahresfrist die „Berliner Volks-Zeitung" und andere Blätter den Herren im Kultusministerium in Bezug auf meine Sache „wissenschaftliche Schiebungen" vor und forderten eine energische Untersuchung und

eine Abschaffung der heimlichen Begutachtung, die eines modernen Staates unwürdig wäre. Nichts ist seitdem geschehen.

Ich verzichte gerne auf alle von den Herren Haenisch—Becker—Wende verliehene Titel (mein Titel ist die Anerkennung der öffentlichen Meinung für zwanzigjährige uneigennützige dem Staate geleistete Arbeit), nicht jedoch verzichte ich darauf, daß nicht mein, sondern der Antrag des Herrn Kultusministers Haenisch, daß mir auf meinem Spezialgebiete eine Dozentur verliehen werde, ordnungsgemäß, wie es in einem Rechtsstaate üblich ist, geprüft wird. Ich werde nicht zugeben, daß von den Personen, bei denen die Salvarsanisten im Ministerium seit Jahren ein- und ausgehen, geduldet wird, daß meine auch für die Salvarsanisten unkäufliche und unbefleckte wissenschaftliche Ehre durch geheime Verleumdungsgutachten, die alle denselben Tip zeigen, durch den Staub gezerrt wird. In diesem Punkte werde ich dem salvarsanistisch denkenden Herrn Minister Becker zeigen, daß ein preußischer Staatsbürger auch nach der neuen Verfassung nicht schutzlos geheimen amtlichen Verleumdungen preisgegeben und für vogelfrei erklärt werden darf. Justitia regnorum et rei publicae fundamentum!

Abschrift.

Der preußische Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung. Berlin W. 8, den 16. Dez. 21.

U I Nr. 7638 I. Herrn Dr. med. Dreuw.

Die in Ihrem Schreiben vom 30. September d. J. enthaltene Behauptung, daß durch die Anwendung von Salvarsan in den Universitätskliniken eine Reihe von Todesfällen zu verzeichnen gewesen seien, habe ich zum Anlaß einer Nachprüfung genommen, soweit diese Behauptung preußische Universitätskliniken betrifft. Hierbei hat sich kein Anhalt dafür ergeben, Ihre Forderung auf Einleitung einer Untersuchung gegen die von Ihnen genannten Universitätsprofessoren als berechtigt anzuerkennen. Die Unterstellung, als sei die Salvarsanstatistik in der hiesigen dermatologischen Klinik leichtfertig aufgestellt worden, weise ich als unbegründet zurück. Ihren übrigen Ausführungen habe ich keinen Anlaß zu einem nochmaligen Eingehen auf Ihre von mir wiederholt klargestellten Wünsche entnehmen können.

In Vertretung gez.: Becker.

Einschreiben. Berlin, den 5. Mai 1922.

An den Herrn Staatssekretär Becker, Minister a. D., Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung, Berlin.

In Sachen U I Nr. 7638 I (gez. Becker) erlaube ich mir folgendes zu bemerken:

Es wird nicht bezweifelt, daß Sie eine Nachprüfung vorgenommen haben. Es fragt sich bloß, wie dieselbe angestellt worden ist. Denn die Ergebnisse sind falsch. Nach dem bisherigen Verhalten in der Salvarsanfrage ist es nicht ausgeschlossen, daß überhaupt keine Aufklärung geschaffen wird. Genügen Ihnen zwölf allein auf der Klinik des Herrn Prof. Arndt an Salvarsan gestorbene preußische Staatsangehörige, darunter acht in fünf Monaten immer noch nicht, um endlich einmal eine exakte Untersuchung auch unter Anhörung der gegnerischen Auffassung anzustellen? Wie unrichtig Ihre sogenannte „Nachprüfung" ist, ergibt die folgende Abschrift, deren Original sich in meinen Händen befindet. Dasselbe ist von einem früheren Arzte des Herrn Prof. Arndt unterzeichnet:

„Berlin, den 1. Dezember 1920.

Ich bescheinige hiermit, daß auf der Geschlechtsstation der Charité eine amtlich eingeforderte Statistik über Salvarsanschäden so zustande kam, daß infolge Zeitmangels der dieselbe anfertigende Oberarzt ohne genaue Durchsicht und statistische Bearbeitung sämtlicher Krankengeschichten seinem Chef, Herrn Prof. Arndt, auf dessen Anordnung die Statistik gemacht wurde, aus dem Gedächtnis eine Niederschrift ohne Verwertung aller Unterlagen machen mußte.

gez.: Dr. ...."

Danach handelt es sich nicht, wie Sie schreiben, um eine „Unterstellung", die Sie als „unbegründet" zurückweisen, sondern es handelt sich um eine Tatsache, die Ihnen bei der leichtfertigen Nachprüfung und bei der Unterdrückung der Salvarsangegner einfach nicht zum Bewußtsein gekommen ist. Ihre Zurückweisung ist ebenso zu beurteilen wie die Zurückweisung des in allen Zeitungen behaupteten Bestechungsversuchs auf der Abteilung des mit Ihnen schon so lange befreundeten Herrn Geheimrat Krüß in Ihrem Ministerium seitens des mit Ihnen beiden schon so lange Jahre wohl bekannten Herrn Geheimrats Kolle aus Frankfurt am Main. Sie ist ebenso zu beurteilen wie die Zurückweisung des in meinen Büchern abgedruckten geheimen

Verleumdungsgutachtens der Berliner Medizinischen Fakultät, das auf Anfordern des Ministeriums über mich abgegeben wurde. Diese öffentlich erhobenen Behauptungen eines Bestechungsversuchs und eines Verleumdungsgutachtens in Ihrem Ministerium glauben Sie dadurch widerlegen zu können, daß Sie gegen diese Behauptungen nicht einmal die Schritte unternehmen, die selbst ein Privatmann bei solchen Behauptungen unternehmen würde. Ist die Ehre eines Ihrer Geheimräte und des Ihnen unterstellten Herrn Kolle nicht ebenso hoch zu bewerten, wie die eines Privatmannes? Dann scheint man im Kultusministerium besondere Begriffe von Ehre zu haben. Ein Ministerium, das sich in der Presse seit Jahren derartige Behauptungen nachsagen läßt, dürfte in der ganzen Welt wohl einzig dastehen.

Ich frage Sie, Herr Staatssekretär, bei dem wievielten Salvarsantodeskandidaten, wenn 12 bei einem Ihnen unterstellten Professor noch nicht genügen, denn der Zeitpunkt kommt, wo Sie eine **wirkliche** Nachprüfung unter Hinzuziehung auch der Gegner veranstalten? Mit geheimen Untersuchungen und der Unterdrückung der gegnerischen Auffassung können Sie uns Gegnern angesichts der Tatsache, daß Herr Kolle als mit Ihnen seit Jahren bekannter Salvarsanist im Ministerium ein und aus geht, nicht imponieren. Vielleicht aber dürfte Sie die Tatsache, daß vor kurzem ein Geheimrat des Ministeriums kurze Zeit nach der Salvarsaneinspritzung starb, zum Nachdenken anregen. Das Verhalten der Behörden in der Salvarsanfrage bedeutet ja letzten Endes die stillschweigende Duldung derartiger per artem medici hervorgerufener Menschentötungen. Wer denkt da nicht an Gil Blas, der sich auf einer Reise in dem Momente gerettet dünkte, als er hörte, daß trotz aller Bemühungen seiner Umgebung kein Arzt aufzufinden sei.

Was nun Ihre Behauptungen betrifft, Sie hätten keinen Anlaß zu einem nochmaligen Eingehen auf meine Ihnen wiederholt klargestellten Wünsche, so geht aus meinem Briefwechsel mit Ihnen und Ihren Ministerium, der sich in Druck befindet, klar hervor, daß ich *keine Wünsche* an die Herren Haenisch und Becker geäußert, sondern daß ich auf Grund meiner internationalen anerkannten Forschungen (in der Anlage füge ich die gesammelten Kritiken über mein Buch „Die Sexualrevolution" bei) als Staatsbürger, der sich von durch die Staatsbürger unterhaltenen und ernährten Ministerialpersonen nicht entrechten läßt, *Forderungen* gestellt habe. Wenn Sie auch glauben mögen, daß die Ministerialpersonen und nicht die Bürger der Republik den Staat repräsentieren, so werde ich Ihnen im Laufe der Zeit den Beweis erbringen, daß Sie sich in dieser Auffassung im Irrtum befinden. Gegebenenfalls werde ich, wenn Sie es nun absolut einmal so wollen, da die Wissenschaft international ist, Ihnen vom Auslande aus meine Forderungen (nicht meine Wünsche) entgegen rufen lassen. Ich hoffe jedoch, daß Ihr jetziger Vorgesetzter sich, wenn ich ihn in einiger Zeit auf Ihr eigenartiges Verhalten in dieser Frage hingewiesen haben werde, die Akten etwas unparteiischer ansehen wird, als Sie aus erklärlichen Gründen es bisher zu tun beliebten. Wenn das eigene Land durch Ränkünen und alle möglichen Unterdrückungsmethoden mit dem Bekenner der Wahrheit auch die Wahrheit selbst zu unterdrücken versucht, nun, Karl Marx, Karl Schurtz, Friedrich Engels u. a. haben schließlich von außerhalb mit verstärktem Echo diejenigen Wahrheiten gesagt, die man daheim nicht hören wollte, und gesagt wurden sie doch.

Lesen Sie bitte, was in dem Aufsatz „Die Revolution des Geistes" im „Roten Tag", Nr. 3, 1922, Herr Amtsgerichtsrat Hartmut Piper Ihrem Ministerium ins Stammbuch schreibt. Nur ein paar Sätze: „Es ist eine, auch in Universitätskreisen allbekannte und anerkannte Tatsache, daß nirgends mehr als dort Konnexions-, Cliquen- und Kastenwesen herrscht, ein geflügeltes Scherzwort zählt die unästhetischen Körperteile auf, durch welche allein man in die Universitätsclique dringen könne. Von verwandtschaftlichen Beziehungen abgesehen, muß der Bewerber sich vor allem als getreuer Gefolgsmann zunächst der Schule und Lehre eines Professors (im modernen Sinne „Bekenner der Unwahrheit", Dr. D.) verschreiben, um von diesem dann in die Dozentenkreise hineinlanziert zu werden. Schon dies allein aber erstickt jedes originelle Schaffen. Nietzsche sagt: „Es gibt in der Wissenschaft eine Art Inquisitionszensur, in der es besonders die Deutschen nach Goethes Urteil weit gebracht haben, sie heißt: unverbrüchliches Schweigen." Auf, deutsche Jugend! Auf, in den Kampf für die Freiheit des Geistes! Zerreißt die spanischen Stiefel, die Schraubstöcke und Zwangsjacken, welche die mummifizierte Kathederweisheit einer an Altersschwäche zusammengebrochenen Kulturepoche in langjähriger, stiller Zwergenarbeit, Politur und Dressur den Flügeln des Geistes angelegt und angeschmiedet hat durch ein Netz starrer Formeln und Formen, Normen und Methoden, Prinzipien und Vorurteile, in deren feinen Maschen die Seele wie ein gefangener Adler flattert und schmachtet, anstatt wie ein Vogel Phönix aus der Asche wieder emporzusteigen. Die Schicksalsstunde hat geschlagen!"

Damit Sie aber sehen — ich weiß, daß Sie als guter Bekannter Kolles nicht davon tangiert werden — wie das neutrale Ausland über meine Forschungen denkt (wie Sie darüber denken, ist mir völlig gleichgültig), zitiere ich Ihnen das, was Prof. Alfred Petterson, der Direktor des Hygienischen Universitätsinstituts in Stockholm, ein mir persönlich völlig unbekannter Forscher, über mein Werk „Die Sexualrevolution" schreibt, das ja auch dem Kultusministerium ein besonderes Kapitel gewidmet hat:

„Die Dreuwschen Gesetzesvorschläge stimmen im wesentlichen mit den in Schweden geltenden gesetzlichen Bestimmungen überein. Der hauptsächlichste Unterschied dürfte darin liegen, daß Dreuw die Behandlung durch eine Gesundheitsbehörde überwachen läßt, während unsere Gesetze dem Arzt diese Arbeit übertragen. Es ist nicht ausgeschlossen, daß die Erfahrungen ergeben werden, daß den Dreuwschen Vorschlägen der Vorzug vor den in Schweden geltenden gesetzlichen Bestimmungen zu geben ist. Mit der Tätigkeit der Deutschen Gesellschaft zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten (und des Herrn Staatssekretärs Becker, Dr. D.), wird scharf zu Gericht gesessen. Für alle, die an der Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten (eine der wichtigsten sozialen Fragen unserer Zeit) ein Interesse haben, ist das Dreuwsche Werk von großer Bedeutung."

In ähnlicher Weise drücken sich die in der obigen Anlage reproduzierten ca. 20 deutschen Zeitungen aus.

Diese Kritiken geben mir den Mut, Ihr hochmütiges, hochfahrendes und überhebliches Schreiben vom 16. Dezember 21 in gebührender Weise zurückzuweisen. Mir ist die Anerkennung im In- und Auslande mehr wert als die Auffassung eines Staatssekretärs, der nichts eiligeres zu tun hatte, als in die wichtigste Stellung des Ministeriums einen Duzfreund, einen in der gesamten Weltliteratur fast unbekannten jungen Assessor, hineinzulancieren, von dessen wissenschaftlichen Taten bis dahin kein Lied und kein Heldenbuch je etwas gesungen hatte.

Damit unter keinen Umständen ein Irrtum aufkommt: nicht Wünsche, sondern Forderungen stelle ich als Staatsbürger, der Ihnen als Staatssekretär in Verbindung mit den anderen Staatsbürgern Gehalt und Lebensunterhalt zuteil werden läßt und der als Staatsbürger sich nicht von Ihnen entrechten läßt.

Diese Forderungen werden, sobald das gesamte Aktenmaterial demnächst im Druck erschienen ist, Ihrem Vorgesetzten, dem Herrn Minister Boelitz und gegebenenfalls dem Parlament und dem Urteil der internationalen Wissenschaft unterbreitet werden, wobei ich bemerke, daß ich eine Abschrift dieses Briefes bereits Ihrem Vorgesetzten, dem Herrn Minister Boelitz, da ich weiß, daß derartige Briefe häufig nicht an die höchste Stelle gelangen, übersenden werde, damit dieser noch vor dem Erscheinen meiner Bücher möglicherweise nach dem Rechten sieht und die eigenartige Rolle erkennt, dieSie, Herr Staatssekretär, in dieser ganzen Angelegenheit bis heute gespielt haben. Ich wende mich daher demnächst **de ministro malitiose informato ad parlamentum et ministrum novum melius informandum. Civis sum, ergo cogito et laboro.**

Berlin, 1. Oktober 1921.

An den Preußischen Landtag

Berlin.

Der ergebenst Unterzeichnete richtet an den Preußischen Landtag die folgenden zwei Petitionen:

a) Meine Person betreffend:

Der Herr Kultusminister Haenisch beauftragte mich zur Zeit, den Antrag auf einer Dozentur an der Berliner Universität für das Gebiet der „Staatlichen Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten" zu stellen. 1919 schickte mich das Kultusministerium auf Staatskosten zur Prüfung der Salvarsanfrage nach Frankfurt a. M. an das dortige Ehrlich-Institut. Mein Bericht über die Heilfähigkeit und Gefährlichkeit des Salvarsans lautete ungünstig (acht Leute wurden von Prof. Arndt in Berlin in fünf Monaten mit diesem Mittel dem Tode überliefert, sechs in einem Jahr von Prof. Hahn in Hamburg, sieben von Prof. Rille in Leipzig, fünf von Prof. Erich Hoffmann in Bonn, vier von Prof. Scholz in Königsberg, drei von Prof. von Zumbusch in München, zwei von Prof. Gennerich in Kiel, einer von Prof. Kromayer in Berlin usw. usw., um nur einige Beispiele zu erwähnen). S. auch mein dem Landtage überreichtes Buch „Die Sexualrevolution". Im Kultus- und Wohlfahrtsministerium wurde kurz nach meiner Frankfurter Reise im Herbst 1919 ein Bestechungsversuch seitens des Leiters des Instituts für experimentelle Therapie in Frankfurt a. M., des Herrn Geheimrat Kolle, in Gegenwart und mit Billigung seines Bekannten, des Herrn Geheimrats Krüß, gemacht, und der Bestechungsversuch

wurde dann in Gegenwart und mit Billigung seines langjährigen Bekannten des Herrn Geheimrats Lentz, vom Wohlfahrtsministerium auf der Abteilung des Herrn Ministerialdirektors Gottstein erneuert. Schon vorher hatte die medizinische Fakultät, um die von dem Herrn Kultusminister in eigener Person beantragte Dozentur zu verhindern, ein von mir in meinem Buche „Die Sexualrevolution" abgedrucktes (S. 516) und von mir öffentlich als Verleumdungsgutachten bezeichnetes Schriftstück verfaßt, desgl. der etwas später zum Direktor der Universitäts-Hautklinik berufene jugendliche Prof. Arndt.

Ich bitte ergebenst den Preußischen Landtag, da meine wiederholten Bitten, auch die des sozialdemokratischen Parteivorstandes, die obigen Gutachten einer objektiven und neutralen Prüfung zu unterziehen, fruchtlos geblieben sind, daß namentlich im Hinblick auf die unterdessen über mein Buch „Die Sexualrevolution" erschienenen Rezensionen eine objektive Prüfung seitens des Herrn Ministers Becker veranlaßt wird.

Da ich uneigennützig, im Gegensatz zu meinen Gegnern, im Interesse des Staates täglich viele Stunden der Salvarsanfrage und der staatlichen Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten gewidmet habe, so bin ich nicht geneigt, als Dank dafür die Verleumdung seitens staatlicher Einrichtungen und einen Bestechungsversuch im Ministerium hinzunehmen.

Als Anlage füge ich den Abdruck der Akten bei, die den gesamten Hergang schildern und u. a. auch die Abschrift eines am 30. 9. 21 dem Kultusministerium übersandten Briefes. Sodann verweise ich auf die Schilderung, die ich in meinen Büchern „Die Salvarsangefahr" — „Die Sexualrevolution" und in „Wissenschaft — kulturelle Dekadenzerscheinungen" und in meinen übrigen Schriften gegeben habe, auf das Urteil der Presse und auf das Urteil, das eventuell die ärztlichen Mitglieder des Landtages nach Prüfung der Angelegenheit abgeben werden. Die „Berliner Volks-Zeitung" sprach in einem Leitartikel in Bezug auf die oben geschilderten Zustände von „Wissenschaftlichen Schiebungen" und forderte das Kultusministerium auf, Stellung zu nehmen und die geheime, eines modernen Staates unwürdige Begutachtung abzuschaffen. Aber nichts ist bisher geschehen. In ähnlichem Sinne spachen sich die Zeitungen fast aller Richtungen aus. Ich kann nicht annehmen, daß das Kultusministerium, nachdem seitdem schon Monate ins Land gegangen sind, sich noch weiter derartige Charakterisierungen gefallen läßt. Man muß von einer derartigen staatlichen Instanz verlangen, daß sie die Staatsbürger nach neutralen Prinzipien behandelt und zum mindesten eine neutrale Prüfung dann veranstaltet, wenn ein Bürger dieses Staates den Nachweis erbringen will, daß gegen ihn amtlich insgeheim Verleumdungen vorgebracht worden sind. Da dies nicht geschehen ist, so bitte ich ergebenst das Parlament, den Herrn Minister Becker und seinen zum Dezernenten ernannten Duzfreund, den bisher in der Literatur völlig unbekannten jugendlichen Assessor Wende den Auftrag zu erteilen, ihre Pflicht als neutrale Beamte einem Staatsbürger gegenüber zu erfüllen.

Ich füge folgende Anlagen dieser Petition bei:

1. ein Verzeichnis meiner wissenschaftlichen Arbeiten, Gutachten und Zeugnisse (siehe Seite 131 ff.);
2. mein Buch „Die Sexualrevolution";
2a. die bisher darüber erschienenen Kritiken (siehe Seite 135);
3. mein Buch „Haut- und Geschlechtskrankheiten";
3a. mein Buch „Die Salvarsangefahr";
4. mein Buch „Moderne Prostituiertenuntersuchung" (siehe S. 154);
5. mein Buch „Die Läuseplage" (siehe Seite 133);
5a. mein Buch „Die Friseurhygiene" (siehe Seite 158);
6. die im Auftrage des Herrn Kultusministers Haenisch eingesandte Zusammenstellung meiner Tätigkeit auf den verschiedensten Gebieten der Wissenschaft (siehe Seite 66);
7. die von mir in die Wissenschaft eingeführten neuen Untersuchungs- und Behandlungsmethoden (siehe Seite 133);
8. den im Auftrage des Kultusministers Haenisch eingereichten Antrag auf Erlangung der obigen Dozentur (siehe Seite 30);
9. Sechs Gegengutachten gegenüber dem Verleumdungsgutachten der medizinischen Fakultät und des Herrn Prof. Arndt (siehe Seite 41—55);
10. ein Gegengutachten des Direktors der Universitäts-Hautklinik Prof. Jesionek in Gießen (siehe Seite 78);
11. eine ausführliche sachliche Widerlegung des Inhalts der obigen Verleumdungsgutachten (siehe Seite 41);
12. eine Beschreibung der Pressetaktik meiner Gegner (siehe „Weltbluff", S. 78);

13. meine offizielle Eingabe an die Preußische Landesversammlung zwecks Einführung der allgemeinen, gleichen. diskreten Anzeige- und Behandlungspflicht (Beschluß vom 25. 2. 20) (siehe Seite 64);
14. den von mir auf dieser Grundlage entworfenen Gesetzentwurf (siehe „Sexualrevolution", Seite 180);
15. die aktenmäßige Darstellung meiner Berufung an das Ehrlichsche Institut. Mein Bericht überdas Ergebnis dieser Berufung ist in meinem Buche „Die Sexualrevolution" Seite 356 abgedruckt (siehe Seite 70);
16. eine Presseäußerung (siehe Seite 101);
17. Bericht über meine Tätigkeit im Beirat zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten des Wohlfahrtsministeriums (siehe „Weltbluff", Seite 67);
18. meine Salvarsan-Petition im Abgeordnetenhaus und die Unterredung mit Minister Drews (siehe „Sexualrevolution", Seite 502);
19. mein Brief an das Kultusministerium vom 30. 9. 21 (siehe Seite 173).

b) Die Volkswohlfahrt betreffend:

Das Gebiet der staatlichen Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten ist, wie ich in meinem Buche „Die Sexualrevolution" bewiesen habe, eines der wichtigsten des Staatswohles und der Bevölkerungspolitik geworden. Der Landtag hat diesem Gebiete die in meinem Buche „Die Sexualrevolution" Seite 433 bis 453 wörtlich abgedruckten Debatten gewidmet. Insbesondere hat er die Einführung der allgemeinen, gleichen, diskreten Anzeigepflicht und die Abschaffung der Sittenpolizei beschlossen. Aber diese Beschlüsse, insbesondere der letztere, werden von den Beamten nicht nur nicht beachtet, sondern, wie ich in meinem Buche, Seite 526, bewiesen habe, in das grade Gegenteil verwandelt. Die Sittenpolizei hat von Tag zu Tag ihr Machtbereich vergrößert. Nur ein selbständiges Dezernat beim Wohlfahrtsministerium, wie ich es bereits beantragt hatte, das auch die Billigung des Herrn Ministers Stegerwald fand, aber von Herrn Ministerialdirektor Gottstein nicht eingereicht wurde, kann hier Rettung bringen. Wie wichtig ein solches Dezernat ist, beweist die Tatsache, daß heute bereits nur in den Beratungsstellen, die bei einer Anzahl von 164 bloß 86 000 Geschlechtskranke im Jahre 1920 beraten haben, schon 1053 Kinder unter 14 Jahren als geschlechtskrank registriert wurden. Da wir ca. 10 Millionen Geschlechtskranke schätzungsweise haben, so würden ca. 60 000 Kinder unter 14 Jahren nach diesem Prozentsatz in Deutschland geschlechtskrank sein. Das französische Kriegsministerium gibt bekannt, daß in Frankreich jede vierte Person bereits syphilitisch ist und bei uns würde es letzten Endes nicht viel anders sein. Auch in England ist jede vierte Person geschlechtskrank. Der Statistik des Reichsgesundheitsamtes dürfte, wie der beiliegende Aufsatz von mir ergibt, auch nicht der geringste Wert beizumessen sein. Daß in der Tat die bisherige Tätigkeit auf amtlichem und privatem Gebiete völlig versagt hat, ergeben die Besprechungen meines Buches „Die Sexualrevolution". Ich erwähne nur die Rezension des mir völlig unbekannten ärztlichen Mitarbeiters der „Münchener Neuesten Nachrichten", des Herrn Dr. Schweißheimer, der in Nr. 376 vom 7. September 1921 folgendes schrieb:

Im zustimmenden Sinne äußern sich über die Richtigkeit der von mir angegebenen Methodik der Geschlechtskrankheitenbekämpfung ebenfalls Geh. Justizrat Bozi, Prof. E. Landau, Sanitätsrat Dr. Silberstein, Oberlandesgerichtsrat Dr. jur. und phil. Bovensiepen, Staatsminister Sivkovich, Dr. med. Weyl, Geh. Medizinalrat Prof. v. Gruber, Frau Dr. Helene Stöcker u. a., sowie das „Berliner Tageblatt", die „Badische Landes-Zeitung", das „Kleine Journal", die Wochenausgabe für Uebersee des „Berliner Tageblatts", die „Deutsche Tageszeitung", das „Casseler Tageblatt", „Der Rote Tag", „Natur und Gesellschaft" usw. usw.

Nachdem ein einziger Arzt, Prof. Arndt, in fünf Monaten in seiner Klinik in der Charité acht Leute, ein anderer, Prof. Rille, deren sieben, ein dritter. Prof. Hahn, sechs usw. usw. mit Salvarsan in den Tod gespritzt haben, glaube ich, wird es Sache des Landtages sein, der Frage der Massentötungen preußischer Staatsangehöriger, darunter sogar von schwangeren Frauen und unmündigen Kindern, die Aufmerksamkeit zu schenken, die diesem Thema gebührt. Während sonst jedes Menschenleben durch die Gesetze geschützt wird, haben sich die Salvarsanisten das Recht angemaßt, Massentötungen zu verursachen, da sie vor Gericht durch die Gutachten von Salvarsan-Millionären und anderen Salvarsanisten und durch die stillschweigende Passivität von Beamten, wie Ministerialdirektor Gottstein u. a., geschützt werden. Dazu kommt noch, daß auf dem Hautärztekongreß in Hamburg, Mai 1921, von Prof. Nonne, Prof. Kyrle, Prof. Jennerich u. a. endgültig festgestellt wurde, daß das Wucherprodukt Salvarsan zwar die Hauterscheinungen wegbringt, also wie die Franzosen sagen, bloß blanchiert, in Wirklichkeit aber die Syphilis in das Nervensystem hineintreibt und daß die Nervenerkrankungen seit der Salvarsanaera

bedeutend zugenommen haben. Eine künstlich durch die Kunst des Arztes bewirkte Verblödung unseres Volkes wird also die notwendige Folge sein.

Am 1. 3. 1918 sagte der Abgeordnete und spätere Ministerpräsident Paul Hirsch: „Salvarsangegner dürfen von den Universitäten nicht ferngehalten werden". Sowohl er als auch Kultusminister Haenisch haben später das Gegenteil von dem getan, was sie damals als richtig anerkannt hatten. Bereits in der Sitzung vom 1. 3. 18 beschloß der Preußische Landtag fast einstimmig die Einsetzung einer Salvarsanprüfungskommission.*) Wie ich jedoch in meinem Buche „Die Sexualrevolution" Seite 287 nachgewiesen habe, wurde diese von dem abgesetzten Ministerialdirektor Kirchner und seinem Nachfolger Gottstein bis heute sabottiert. Als ob es einerlei wäre, wenn acht preußische Staatsangehörige in fünf Monaten durch einen einzigen Arzt und sechs Hamburger innerhalb eines Jahres durch einen anderen getötet würden! Ich habe daher in Verbindung mit Herrn Sanitätsrat Dr. Silberstein in einer Petition Weyl an den Landtag ein staatliches Verbot dieses menschenmordenden Geldschränke und Sprechzimmer füllenden Wuchermittels beantragt. Es muß also konstatiert werden, daß ebenso feindlich wie Ministerialdirektor Gottstein den Beschlüssen des Landtages vom 25. 2. 20, die allgemeine, gleiche, diskrete Anzeigepflicht betreffend, gegenübersteht, er ebenso passiv sich gegenüber dem ihm in meinen Briefen mitgeteilten Tötungen preußischer Staatsbürger und der drohenden Verblödung unseres Volkes, sowie dem Treiben der Salvarsankapitalisten, die sich sogar bis in seine Amtszimmer hineinwagen, um dort einen Bestechungsversuch mir gegenüber zu machen, verhält. Ich verweise in dieser Hinsicht auf den dem Landtage überreichten Briefwechsel mit Herrn Ministerialdirektor Gottstein. (S. „Weltbluff" 67.)

Auf die parlamentarische Anfrage Dr. Beyers im Landtage im Februar 1920 an Ministerialdirektor Gottstein, warum die am 1. 3. 18 fast einstimmig beschlossene Salvarsanprüfungskommission noch nicht einberufen sei, antwortete er, er wisse von diesem Beschluß nichts, auch sein Referent, Herr Geheimrat Lenz, auf dessen Amtszimmer der Bestechungsversuch mir gegenüber gemacht wurde, wisse nichts davon. Dabei war er kurz vorher, wie mein überreichter Briefwechsel ergibt, von mir ausdrücklich darüber unterrichtet und wegen der Nichteinberufung befragt worden. (Siehe „Weltbluff", Seite 71.) Und sein Referent war bei der zweitägigen Sitzung des Landtages selbst dabei und hat darüber eine ca. 100 Seiten lange Denkschrift verfaßt. (Siehe „Weltbluff", Seite 50 ff.) Es muß also konstatiert werden, daß Herr Ministerialdirektor Gottstein dem übergeordneten Parlamente in einer der wichtigsten Fragen, die die Eruierung von Massentötungen preußischer Staatsangehöriger betrifft, die Unwahrheit gesagt hat. Das Parlament ist die höchste vorgesetzte Instanz der Herren Minister und der Ministerialdirektoren in der Republik. Meines Erachtens muß das Parlament und seine Mitglieder verlangen, daß ihnen auf parlamentarische Anfragen hin wahrheitsgemäße Schilderungen gegeben werden und daß die Beschlüsse des Parlaments auch von den Verwaltungsbeamten durchgeführt werden, daß ihnen nicht die Nichtachtung seitens der Ministerialdirektoren entgegengebracht wird, auf die die Mitglieder eines Parlamentes Anspruch haben. Wie ich dem stenographischen Bericht über die Verhandlungen im Hauptausschuß entnehme, hat bei der Verhandlung über die Gewerbeärzte Herr Ministerialdirektor Gottstein sich eine Rolle angemaßt, so als ob er der Vorgesetzte der Parlamentsmitglieder wäre, als ob er Abgeordnete, die lediglich ihre Pflicht erfüllen, maßregeln könnte. Er wurde von einem Abgeordneten dann als Anhänger der finstersten Reaktion bezeichnet, ja sogar sein vorgesetzter Minister zieh ihn der denkbar größten Ungeschicklichkeit. Daraufhin hat, wie mir mitgeteilt wurde, er sich dem Herrn Minister gegenüber mündlich später dahin geäußert, daß er nicht mehr in der Lage wäre, ferner die Medizinalabteilung im Hauptausschuß zu vertreten und daß er die nötigen Konsequenzen ziehen würde, was aber bisher nicht geschehen ist.

Im übrigen verweise ich auf die in der Anlage beigefügten Urteile der maßgebenden deutschen Zeitungen, die zeigen, daß die bisherige Geschlechtskrankheitenbekämpfung in Preußen-Deutschland völlig versagt hat (siehe Seite 135), ich betone nochmals daß ein großer Teil der Verwaltungsbeamten, insbesondere Ministerialdirektor Gottstein, offen und insgeheim der vom preußischen Landtage beschlossenen diskreten Anzeigepflicht feindlich gegenüberstehen. Hier muß etwas Gründliches geschehen. Hier muß das gelten, was Dr. W. Schweißheimer in den „Münchener Neuesten Nachrichten" über die diskrete Anzeigepflicht sagt: „Mit Lauheit, mit Kompromissen, mit Gehenlassen wird man keine Volksseuchen ausrotten. Hätten die Vorkämpfer der Pockenschutzimpfung nicht mit verbohrter Energie ihren Willen durchgesetzt, hätten Semmelweiß und seine Nachfolger nicht mit verbohrter Energie ihre

*) Die Absetzungsurkunde Kirchners zwang Gottstein zur Einsetzung der Kommission.

Theorien durchgeführt, — Pocken und Kindbettfieber würden heute noch unerbittlich durch die Welt rasen. Verbohrte Energie zur Durchführung des als richtig Erkanten ist nötig! Das Lebenswerk Dr. Dreuws, des durch seine Salvarsangegnerschaft bekannten früheren Polizeiarztes, weist dieselbe verbohrte Energie, die Jenner und seine Nachfolger, die Semmelweiß, die Robert Meyer usw. gekennzeichnet hat. Das neue Buch Dreuws bedeutet ein Menetekel in der Frage der Geschlechtskrankheitenbekämpfung, auf das man achten muß."

Hier kann nur ein selbständiges Dezernat „Staatliche Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten" Wandel schaffen, das selbständige Funktionen hat und bei der Wichtigkeit für die Erhaltung unseres Volkes nicht durch reaktionäre Gesinnungen irgendwelcher Art gehindert wird, daß sich unabhängig macht und dem bisherigen falschen Schema der Geschlechtskrankheitenbekämpfung, von dem die „Münchener Neuesten Nachrichten" mit Recht behaupten, daß sie hundertmal — tausendmal versagt haben, und an das nutzlose Abmühen des im Drehdraht sinnlos sich drehenden Hundes erinnern.

Aber auch die akademische Jugend muß über die modernen Bestrebungen der staatlichen Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten unterrichtet werden. Es geht nicht an, daß die zahllosen Professoren für Haut- und Geschlechtskrankheiten, die wie Pilze aus der Erde wachsen, und die den Beschlüssen des Landtages entweder feindlich oder völlig gleichgültig gegenüberstehen, oder von diesen speziellen Dingen kaum etwas verstehen (alle Universitätsprofessoren für Dermatologie haben in einer Entschließung den Beschluß des Landtages mit m. E. völlig irreführenden und falschen Behauptungen bekämpft), in entstellender oder einseitiger Weise, wie dieses z. B. noch durch Prof. Erich Hoffmann in Bonn geschah, dieses für den Wiederaufbau wichtigste Gebiet den Studenten vortrugen. Bisher existiert ein besonderer Lehrstuhl für dieses für den Wiederaufbau, die Bevölkerungspolitik und die Rassenhygiene so notwendige Spezialgebiet nicht. Es gilt, die Widerstände, die von vielfach interessierter Seite dem Fortschritt in der Frage der Geschlechtskrankheitenbekämpfung in den Weg gelegt werden, durch ein besonderes Dezernat, das nur dem Herrn Minister unterstellt ist, zu brechen.

Aus allen diesen in dieser Petition erwähnten Gründen bitte ich den Landtag ergebenst, beschließen zu wollen:

a) In meiner eigenen Angelegenheit:
   1. Herr Kultusminister Becker wird ersucht, die seitens der Berliner medizinischen Fakultät und seitens des Herrn Prof. Arndt eingeforderten, von Dr. Dreuw als „Verleumdungsgutachten" bezeichneten Schriftstücke über seine wissenschaftlichen Leistungen im kontradiktatorischen Verfahren unter Anhören der beiden Parteien einer neutralen Prüfung zu unterziehen und das Ergebnis derselben mitzuteilen.
   2. Gegen die an dem von Dr. Dreuw behaupteten Bestechungsversuch beteiligten Beamten und gegen die Vorsteher ihrer Ressorts wird, wenn diese Behauptungen als wahr erwiesen sind, ein Verfahren eröffnet werden.

b) Die Volkswohlfahrt betreffend:
   1. Beim Wohlfahrtsministerium wird ein dem Herrn Minister direkt unterstelltes Dezernat für das Gebiet der „Staatlichen Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten" errichtet, das selbständige Befugnisse hat und verpflichtet ist, die Beschlüsse des Landtages vom 25. 2. 20, soweit als möglich, zur Durchführung zu bringen.
   2. An allen preußischen Universitäten wird ein Lehrstuhl: „Staatliche Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten" errichtet.

c) Die allgemeinen Bürgerrechte betreffend:
   1. Die geheime Begutachtung beim Kultusministerium und anderen Ministerien wird abgeschafft. Jeder Preuße hat das Recht, die über ihn eingehenden Gutachten zum Zwecke der Richtigstellung etwaiger Unrichtigkeiten oder Verleumdungen jederzeit einzusehen bezw. Abschrift zu verlangen.

d) Die Massentötungen von preußischen Staatsangehörigen betreffend:
   1. Es wird die schon vom früheren preußischen Landtage am 1. 3. 18 fast einstimmig beschlossene, von den Ministerialdirektoren Kirchner und Gottstein aber nicht einberufene paritätische Salvarsanprüfungskommission, bestehend aus drei Anhängern und drei Gegnern, unter einem neutralen Vorsitzenden, zur Feststellung der Massentötungen durch Salvarsan und zur Eruierung der in den preußischen Aemtern und außerhalb derselben stattgefundenen Unregelmäßigkeiten sofort einberufen.

2. Bis diese Kommission gesprochen hat, wird wegen der von den Professoren Arndt, Rille, Hahn, Scholz, von Zumbusch u. a. zugegebenen Massentötungen von preußischen und deutschen Staatsangehörigen ein Verbot der Salvarsaneinspritzungen ausgesprochen. Erst nachdem eine seit zehn Jahren staatlicherseits in pflichtwidriger Weise nicht gegebene Höchstdosis, die nach Universitätsprofessor Dr. Louis Lewin, dem bekanntesten deutschen Toxikologen, 0,05 Gramm nicht übersteigen darf, während 0,4 bis 1 Gramm mit Genehmigung der Medizinalverwaltung gegeben wurden, festgesetzt ist, darf Salvarsan unter staatlicher, nicht wie bisher unter privater Verantwortung der direkt und indirekt beteiligten ärztlichen und nichtärztlichen Sexualkapitalisten wieder eingespritzt werden.

Ich verweise im übrigen auf den Inhalt meiner Bücher „Die Salvarsangefahr“ und „Haut- und Geschlechtskrankheiten“, sowie auf meine am 1. 3. 18 vom Landtage behandelte Petition, die zur fast einstimmigen Annahme meiner Forderung einer paritätischen Prüfungskommission führte, und ferner auf den Inhalt meiner dem Reichsgesundheitsamt im Jahre 1914 überreichten, in meinem Buche „Die Salvarsangefahr“ abgedruckten Denkschrift an das Reichsgesundheitsamt.

gez.: Dr. Dreuw.

Berlin, den 11. Dezember 1921.

An den Herrn Minister für Volkswohlfahrt, Berlin. (Persönlich.)

Anbei erlaube ich mir eine Veröffentlichung aus der „Volkszeitung“, Nr. 569, „Vorwärts“ vom 10. Dezember 1921, Nr. 582, ergebenst zu übersenden.

Aus dieser Notiz ging hervor, daß Herr Ministerialdirektor Gottstein am 14. Januar die Salvarsanfrage in einer Abteilung des Landesgesundheitsrats zur Diskussion stellt. Da ich trotz der dem Herrn Minister in meinem letzten Schreiben mitgeteilten Vorgänge, die die in der Presse gegeißelte Parteilichkeit des Herrn Ministerialdirektors Gottstein in dieser Frage, ebenso wie die Abhandlungen in meinem Buche „Die Sexualrevolution“ demonstrieren, hätte erwarten können, daß er bei der Auswahl der Referenten zu diesem Thema angesichts der volkshygienischen Wichtigkeit, die Parteilosigkeit hätte walten lassen müssen, die man von einem preußischen Ministerialdirektor als Beamten erwarten muß, da ihm ferner in voller Oeffentlichkeit vorgeworfen worden ist, so auch in meinem Buche „Die Sexualrevolution“, daß er in der Salvarsanangelegenheit dem Parlamente, obschon er das Gegenteil wußte, die Unwahrheit gesagt hat, so bitte ich den Herrn Minister ergebenst, darauf hinwirken zu wollen, daß Herr Ministerialdirektor Gottstein gezwungen wird, nicht nur die Beschlüsse des Parlaments auszuführen, sondern auch bei der Beratung dieser Fragen im Landesgesundheitsrat eine Auswahl der Referenten so zu treffen, daß in der Oeffentlichkeit nicht der Eindruck erweckt wird, als würden trotz aller parlamentarischen und ministeriellen Versprechungen die notorischen Salvarsangegner mundtot gemacht. Ich bemerke, daß zwar an hiesige praktische Aerzte, die nicht als Spezialärzte auf diesem Gebiete ausgebildet sind, Einladungen ergangen sind zu der Sitzung am 14. Januar, daß Herr Ministerialdirektor Gottstein als verantwortlicher Präsident es aber „vergessen“ hat, mir als dem hauptsächlichsten, und wie die beiliegenden Kritiken meines Buches ergeben, erfolgreichsten Salvarsangegner überhaupt eine Einladung zu dieser wichtigen Sitzung zu senden.

In meinem vorigen Schreiben habe ich den Herrn Minister um eine Rücksprache gebeten und ich bitte den Herrn Minister ergebenst, darauf hinwirken zu wollen, daß diese Rücksprache noch vor dem 14. Januar erfolgt. Dr. Dreuw.

2 Anlagen.

1. Abschrift aus Volkszeitung Nr. 569.
2. 21 Kritiken über die „Sexualrevolution“. (Abgedruckt S. 135).

(Gottstein wurde angestellt unter der Bedingung, daß er im Sinne des Referats Hirsch „Berücksichtigung“ der Prüfungskommission erwirke. [S. „Weltbluff“ S. 61.])

Berlin, den 19. April 1922.

An den

Herrn Minister für Volkswohlfahrt.

Am Dienstag den 20. Dezember 21 fand in Gegenwart des Herrn Ministers für Volkswohlfahrt, des Herrn Staatssekretärs Scheidt, des Herrn Ministerialdirektors Gottstein, des Herrn Geheimrats König und mir auf meinen Wunsch hin eine Besprechung wegen der Unregelmäßigkeiten in der Salvarsanfrage statt, angesichts der von mir dem Herrn Minister vorher schriftlich unterbreiteten Tatsache, daß die Medizinalabteilung in dieser Frage seit Jahren (auch die des früheren Ministeriums des Innern) die Neutralität und Objektivität, die für eine Behörde wie die Medizinalverwaltung unbedingt erforderlich ist, bisher hat vermissen lassen. Ich teilte dem

Herrn Minister mit, daß Herr Ministerialdirektor Gottstein, obschon er das Gegenteil wußte, über die vom Parlamente fast einstimmig beschlossene, bis heute aber nicht einberufene paritätische Salvarsanprüfungskommission die Unwahrheit mitgeteilt hatte. Allein 5 Aerzte haben, wie sie selbst zugeben, 40 deutsche Staatsbürger durch das Salvarsan, nicht an ihrer Krankheit verloren.

Ich erlaube mir dem Herrn Minister die hauptsächlichsten Tatsachen meines Vortrages vom 20. 12. 21 hiermit zu rekapitulieren in Form einer Denkschrift an das Wohlfahrtsministerium, die ich noch durch eine Reihe von Tatsachen ergänze, da es damals bei der kurzen Zeit nicht möglich war, in dieser großen Frage alles das vorzubringen, was notwendig war, zumal sich zwischen den fünf Herren eine Diskussion ergab, die es bei den widerstrebenden Meinungen nicht zuließ, alles Notwendige vorzubringen.

Ich wies den Herrn Minister zunächst auf den Inhalt meiner Bücher „Sexualrevolution", „Haut- und Geschlechtskrankheiten" und „Salvarsangefahr" sowie auf meine zahlreichen Veröffentlichungen, die der Medizinalabteilung größtenteils bekannt seien, hin.

Sodann erwähnte ich kurz die Taktik und Unobjektivität der Medizinalabteilung in Sachen des von mir angegebenen „Diskretionismus". Ich erwähnte die unterdessen anläßlich der Besprechungen meines Buches fast in der gesamten führenden deutschen Tagespresse eingegangenen Kritiken über den Diskretionismus, der in meinem Buche „Die Sexualrevolution" ausführlich begründet sei (in Anlage A sind Auszüge dieser Besprechungen, die zum Teil zu Händen des Herrn Geheimrats König, dem Herrn Minister bereits zugingen, beigefügt). Ich machte den Herrn Minister insbesondere darauf aufmerksam, daß ein völlig neutraler und mir unbekannter ausländischer Forscher, der Direktor des Hygienischen Universitäts-Instituts in Stockholm, Prof. Alfred Petterson, in der „Hygiea" Nr. 22 über den Diskretionismus sich dahin geäußert habe, „es sei nicht ausgeschlossen, daß die Erfahrungen ergeben werden, daß dem Diskretionismus der Vorzug vor den in Schweden geltenden gesetzlichen Bestimmungen zu geben sei." Ich mache den Herrn Minister ausdrücklich nur auf die Referate im Berliner Tageblatt, in den Leipziger Neuesten Nachrichten, in den Münchener Neuesten Nachrichten, im Roten Tag, in der Deutschen Tageszeitung, in der Kölnischen Volkszeitung der Monatsschrift „Natur und Gesellschaft", der Wochenausgabe des Berliner Tageblatts, des Naturarztes, des Kasseler Tageblatts, der Kieler Zeitung, der Kieler Neuesten Nachrichten, der Düsseldorfer Nachrichten, des Mannheimer Anzeiger, des Hamburger Echo, der Christlichen Volkswacht, des Kölner Tageblatts u. a. Zeitschriften aufmerksam, die alle ohne Ausnahme in dem Diskretionismus einen großen und gewaltigen Fortschritt sehen. Die „Germania" Nr. 18 vom 8. Januar 22 schreibt in einer ausführlichen Besprechung, daß in dieser Frage meine Gefolgschaft ständig wachse. Ich erwähnte dem Herrn Minister, daß die Preußische Landesversammlung (trotz des Widerstandes seitens der Medizinalabteilung in Verbindung mit der privaten D. G. B. G., insbesondere des Herrn Geheimrats Lentz und des Herrn Ministerialdirektors Gottstein), daß der Kölner bevölkerungspolitische Kongreß, daß die Berliner Gesellschaft für Rassenhygiene, fast die gesamte Frauenbewegung und zahlreiche Aerzte, Soziologen, Juristen, Nationalökonomen, Frauenrechtlerinnen, Parlamentarierinnen usw. sich für den Diskretionismus erklärt hätten, und daß man verlangen könne, daß auch die ihm unterstellte Medizinalabteilung, zumal der höchste Vorgesetzte derselben, der Preußische Landtag, sich dafür ausgesprochen hätte, dieser Frage gegenüber nicht nur objektiv gegenübertreten, sondern auch mit allen Kräften bestrebt sein müsse, dem Beschluß des Landtages Geltung zu verschaffen. Es ist mir bekannt, und Herr Senatspräsident Schmölder hat im Roten Tag offen darauf hingewiesen, daß zwischen dem Vorsitzenden der Medizinalabteilung, Herrn Medizinaldirektor Gottstein und zwischen dem Vorsitzenden der rein privaten Deutschen Gesellschaft zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten, Herrn Prof. Blaschko, der den Diskretionismus mit allen Mitteln bekämpft, seit Jahren eine innige Bekanntschaft besteht. Ja, Senatspräsident Schmölder forderte Herrn Ministerialdirektor Gottstein im Roten Tag sogar auf, meine Kritik der DGBG. gegenüber einfach zu untersagen, weil er vermutete, ich wäre als Mitglied des Beirats zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten im Wohlfahrtsministerium ein Untergebener des Herrn Ministerialdirektor. Auch wenn ich dieses gewesen wäre, was in Wirklichkeit nicht der Fall ist, so mutet es doch eigenartig an, daß man von einem preußischen Ministerialdirektor verlangt, er möge, da er ein hervorragendes Mitglied der Gesellschaft sei, einfach die Kritik eines Untergebenen von ihm über einen privaten Verein untersagen. Ich glaube dem Herrn Minister schon hierdurch einen Hinweis gegeben zu haben, wohin die innige

Verbindung zwischen Herrn Ministerialdirektor Gottstein und der privaten DGBG. selbst so kritisch und so logisch denkende Männer wie Senatspräsident Schmölder, führt. Angesichts des Urteils eines völlig neutralen a u s l ä n d i s c h e n Beurteilers, wie es Prof. Petterson ist, bitte ich den Herrn Minister unter Hinweis auf das Sprichwort, daß der Prophet nichts in seinem Vaterlande gelte, die Medizinalabteilung zu veranlassen, in dieser Frage zum mindesten die Neutralität und Objektivität walten zu lassen, die eine so große und auch in der deutschen Presse so gut rezensierte Angelegenheit verlangen kann.

Ich wandte mich sodann dem Hauptthema, der Salvarsanfrage zu und führte darüber im wesentlichen das Folgende, das ich jedoch noch durch viele Details ergänzen werde, aus:

Ich wies den Herrn Minister an der Hand der an demselben Morgen (20. 12. 1921) über die Unterdrückung der Salvarsanfrage erschienenen Notiz in der „Tägl. Rundschau", die sich bereits in den Händen des Herrn Ministerialdirektors Gottstein befand, nach, daß das Salvarsan die Syphilis definitiv gar nicht heile (84 bezw. 75 Prozent Nichtheilungen), daß es im Gegenteil Lähmungen, Erblindungen, Ertaubungen, Verblödungen und Tötungen (5 Aerzte allein 40 Personen) verursache, daß die in der obigen Zeitung abgedruckte (siehe Seite 14, 15 und 16 meines Buches „Die Sexualrevolution") amtliche Statistik ergäbe, daß jeder hundertste Patient einen Unfall erlitten habe, ich wies den Herrn Minister auf die Forschungen von Professor Gennerich, Prof. Nonne und Kyrls hin, die ebenfalls außerordentlich bedenklich waren, denn nach den beiden letzteren würden zwar die Hautsymptome der Syphilis beseitigt, aber es sei wahrscheinlich, daß die Syphilis durch das Salvarsan in das Gehirn und Rückenmark und das Nervensystem getrieben werde und daß die entsprechenden Erkrankungen in bedenklicher Weise zugenommen hätten. Prof. Gennerich schreibt Seite 146 seines Buches „Die Syphilis des Zentralnervensystems", „daß auch im Frühstadium der Syphilis trotz allerbester Salvarsanbehandlung gar nicht selten schwere Entzündungsvorgänge an den Gehirnhäuten zustande kämen, bei der bisher üblichen Salvarsanbehandlung sei entweder eine Lähmung (Neurorecidiv) oder nach längerem Verlaufe eine Gehirn- oder Rückenmarksyphilis oder Rückenmarkschwindsucht bezw. Hirnerweichung mit Sicherheit zu erwarten." Ich verlangte, daß diese Fragen seitens der Medizinalverwaltung paritätisch behandelt würden, aber das Gegenteil sei, wie meine Schriften beweisen, seit Jahr und Tag geschehen. Die medizinische Fachpresse habe, wie durch Gerichtsurteil feststände, ohne jeden Grund, vielleicht zum Schaden der Entwicklung der Wissenschaft, seit zehn Jahren meine gegnerischen Argumente unterdrückt und die jetzige und frühere Medizinalverwaltung habe in einseitigster Weise nur die eine Partei zu fördern gesucht. Sie habe weder die vom Parlamente beschlossene paritätische Kommission einberufen, noch habe sie die Salvarsanfrage in dem Beirat zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten, in den ich vom Minister Stegerwald berufen worden wäre, auf der einen Seite, um das mir geschehene Unrecht wieder gutzumachen, und auf der andern Seite, um meine Erfahrungen in den Dienst der Sache zu stellen, überhaupt angeschnitten. Nachdem ich als hauptsächlichster Salvarsangegner auf diese durchsichtige Art und Weise praktisch in der Salvarsanfrage mundtot gemacht worden sei, habe die Medizinalverwaltung (Gottstein) kurz darauf nach etwa vier bis fünf Sitzungen, an denen ich teilnahm, den Beirat aufgelöst und habe, nachdem namentlich in der letzten Zeit die Presse energisch eine paritätische Haltung verlangt habe, zum 14. Januar 1922 die Seuchenabteilung des sogenannten Landesgesundheitsrates einberufen. Sie habe dort vier Referenten (die Professoren Jedasohn, Buschke, Lewin und Hefter) mit einem Referat betraut und habe absichtlich mich als Salvarsangegner, der sich seit Jahren mit dieser Frage am intensivsten beschäftigt hat, nicht nur nicht mit einem Referat betraut, sondern sie habe überhaupt keinen spezialärztlich ausgebildeten Salversangegner als Referenten zugelassen. Sie habe mir, trotzdem Minister Stegerwald meine Erfahrungen in dieser Frage so hoch eingeschätzt habe, trotzdem das Kultusministerium mich auf Staatskosten zur Prüfung dieser Frage an das Ehrlich-Institut geschickt habe, trotzdem die gegnerischen Argumente von der Fachpresse und angesichts des oben geschilderten Verhaltens der Medizinalabteilung auch von dieser in den Hintergrund gedrängt worden wäre, nicht einmal eine Einladung zu dieser Sitzung geschickt. Wohl aber habe sie einen nicht spezialistisch ausgebildeten praktischen Arzt mit einer solchen betraut. Man ersähe aus diesem Verhalten ohne weiteres, daß es der Medizinalverwaltung nicht um eine paritätische Prüfung dieser Frage zu tun sei. Auf diese Weise werde die freie Kritik unterdrückt. Ich erlaube mir an dieser Stelle noch Folgendes zu erwähnen:

Herr Ministerialdirektor Kirchner, der Vorgänger des Herrn Gottstein, ein guter Freund des Salvarsanerfinders, hat durch zahlreiche in meinem Besitz befind-

liche und der objektiven wissenschaftlichen Wahrheit widersprechende W. T. B. Telegramme, durch eigene zahlreiche Unwahrheiten enthaltende Aufsätze, durch eine irreführende Beeinflussung der Parlamente und der öffentlichen Meinung seit Jahren über das Salvarsan einen Optimismus verbreitet, der zum Schaden der Bevölkerung ausgeschlagen ist und der bis heute durch eine Richtigstellung seitens der Medizinalverwaltung noch nicht wieder gutgemacht ist.

Ich war vom Jahre 1910 bis 1914 Polizeiarzt. Als solcher sah ich, wie ich dem Herrn Minister berichtet habe, das furchtbare Unheil, das durch Salvarsan den Prostituierten bereitet wurde, ich registrierte meine Erfahrungen, trug sie am 10. Dezember 1910 in der Dermatologischen Gesellschaft vor, dort versuchte der Vorsitzende den Vortrag zu unterdrücken (s. S. 19 meines Buches „Die Salvarsangefahr"), der Schriftführer und jetzige Generalsekretär der DGBG. Prof. Felix Pinkus, ein Vetter des Salvarsanerfinders, erwirkte durch eine indirekte Anzeige beim Polizeipräsidium, daß mir offiziell die Veröffentlichungen meiner Beobachtungen als Polizeiarzt an den Prostituierten seitens des Polizeipräsidiums für die medizinische Fachpresse verboten wurde. Als der damalige Abgeordnete Erzberger von diesen Zuständen erfuhr, veranlaßte er den Präsidenten des Reichsgesundheitsamtes zu der S. 13 meines Buches „Die Salvarsangefahr" (über das niemals in der medizinischen Presse referiert, ja von dem sogar b e z a h l t e Annoncen, wie vor Gericht beschworen ist, abgelehnt wurden) abgedruckten und als „Denkschrift" später von mir eingereichten Unterredung, die die Veranlassung zu dem dann beginnenden öffentlichen Salvarsankampf gab. Die Zeitungsausschnitte über diesen Salvarsankampf sind in acht dicken Bänden von mir gesammelt. Als ich dann meine wissenschaftliche Auffassung (bei der Unterdrückung der Fachpresse in der Tagespresse) weiter verteidigte, nahm das Polizeipräsidium u. a., vermutlich auch auf Veranlassung des Ministerialdirektors Kirchner, dies zum Anlaß, mich aus dem Polizeidienste unter durchsichtiger Begründung zu entlassen (11. Mai 1914). Am 28. Mai 1914 hat dann Herr Ministerialdirektor Kirchner im Herrenhaus unwahre Angaben nicht nur über das Salvarsan als solches, sondern auch über meine Person gemacht, die mich veranlaßten, sie in der Kölnischen Volkszeitung und anderen Zeitungen als unwahr zu erklären und ihn aufzufordern, diese Unwahrheiten einmal außerhalb des Parlaments zu wiederholen, damit sie gerichtlich festgestellt werden könnten. Herr Kirchner schwieg auf diese Veröffentlichung hin. (Näheres s. Archiv für Physikalisch-diätetische Therapie Nr. 7/8 1916 und S. 495 bis S. 512 meines Buches „Die Sexualrevolution" und S. 40 bis 48 meines Buches „Die Salvarsangefahr"). Zu welchen Verleumdungen man schritt, mag ergeben, daß am 22. 2. 14 das Wolffsche Telegraphenbüro verbreitete, ich sei nicht Polizeiarzt, obschon ich täglich als solcher Dienste tat, und das Polizeipräsidium mich im öffentlichen Anschlage in Dresden als solchen bezeichnet hatte. Das W. T. B. wurde von mir am 22. 2. 14 bereits gezwungen, diese ihm von bekannter Stelle zugegangene Unwahrheit zurückzunehmen. Während des Krieges erließen die Generalkommandos Verfügungen, wonach jede Kritik des Salvarsans mit einem Jahr Gefängnis bedroht wurde und die Militärärzte wurden, wenn sie ausgesprochene Salvarsangegner waren, mit einer Strafversetzung bedroht. Wie man versuchte, mich als Salvarsangegner zu behandeln, ist Seite 507 meines Buches „Die Sexualrevolution" geschildert.

Auf meine Petition hin fand am 1. 3. 18 eine zweitägige Sitzung des Preußischen Landtages über die Salvarsanfrage statt, der, nachdem der Ausschuß auf eine unwahre Berichterstattung des Ministerialdirektors Kirchner hin „Uebergang zur Tagesordnung" beschlossen hatte, nachdem ich daraufhin in einer Unterredung mit dem Herrn Minister Exzellenz Drews diesen aufgeklärt und den Landtagsmitgliedern auf Grund einer Veröffentlichung in der Deutschen Zeitung die Unwahrheiten des Ministerialdirektors klargelegt, dann fast einstimmig den Beschluß des Ausschusses verwarf und die Berufung einer paritätischen Kommission meinem Antrage gemäß beschloß. In dieser Sitzung sprach Minister Drews zum Medizinaletat anstatt des Medizinaldirektors Kirchner, und er versprach offiziell die Einsetzung einer Salvarsanhöchstdosis, und daß notorische Salvarsangegner ausdrücklich gehört werden würden. N i c h t s v o n a l l e m i s t g e s c h e h e n. Weder bin ich als der bekannteste Salvarsangegner gehört worden, noch hat man im Beirat die Frage angeschnitten, noch ist eine Maximaldosis festgesetzt worden, noch hat man die ausdrücklich unter so eklatanten Umständen beschlossene paritätische Prüfungskommission einberufen. Am andern Tage lautete der Börsenbericht der Frankfurter Zeitung, die, wie mein im Archiv für Physikalisch-diätetische Therapie Nr. 7/8 1916 und 7/8 1917 veröffentlichter Aufsatz ergibt, seit Jahren die Salvarsangegnerschaft (siehe den dort veröffentlichten Briefwechsel) unterdrückt hat: „Höchster Farbwerkaktien lustlos wegen der Einberufung einer paritätischen Salvarsanprüfungskommission".

Am 1. 2. 19 berief Ministerialdirektor Kirchner die von Minister Drews versprochene Salvarsankonferenz, er lud ca. 40 Autoritäten aus ganz Deutschland dazu ein, und verweigerte außer mir jedem anderen Salvarsangegner den Zutritt. Er hatte in der 79seitigen „Denkschrift des Ministeriums des Innern über die Anwendung des Salvarsans und die dabei beobachteten Schädigungen" (Geheimschrift gedruckt bei E. S. Mittler u. Sohn, August 1918) ca. 10 Thesen aufgestellt, deren Beschlußfassung ich verhinderte. Wenn z. B. These 5 lautete, daß die Fachpresse die Gegner dieses Mittels voll zu Worte kommen läßt, soweit ihre Mitteilungen durch ihren wissenschaftlichen Wert Anspruch auf Berücksichtigung haben und das Gerichtsurteil vom 9. 3. 21 ergibt, auf Grund beschworener Tatsachen, daß die Fachpresse mir ohne jeden Grund seit zehn Jahren, vielleicht zum Schaden der Entwicklung der freien Wissenschaft, die Manuskripte zurückgeschickt hat, selbst solche über Todesfälle ohne jeden Kommentar, so kann man sich ungefähr vorstellen, was hier beabsichtigt war. Als dann Herr Geheimrat Lentz die Statistiken über die Todesfälle verlas, bewies ich an der Hand von Tatsachen, daß diese Statistiken eine ganze Zahl von Todesfällen einfach unterdrückt hätten und daß sie nur „durch eine geschickte Befragung der Aerzte" zustande gekommen seien. Auf meinen Antrag hin wurde dann Ministerialdirektor Kirchner seines Amtes entsetzt mit den Worten: „er sei ein Hindernis in der Entwicklung der freien Wissenschaft und es sei kein Platz mehr für ihn als Ministerialdirektor". (In einem demnächst erscheinenden Buche werde ich die Dokumente über diese Tatsachen veröffentlichen. — Siehe auch Sexualrevolution Seite 281).

Der damalige mit Herrn Staatsrat Gottstein befreundete Ministerpräsident Hirsch schloß dann schnell mit dem letzteren einen Anstellungsvertrag als „Ministerialdirektor" und der bald darauf sein Amt antretende erste Minister für Volkswohlfahrt, Stegerwald, übernahm den auf diese Weise in sein Amt gelangten Ministerialdirektor Gottstein.

Dieser wandte sich brieflich an mich und im Laufe eines längeren Briefwechsels versprach mir Minister Stegerwald auf Grund einer Reihe von mündlichen und schriftlichen Besprechungen, daß das mir geschehene Unrecht wieder gutgemacht werde. Nachdem der Herr Minister Stegerwald (Brief vom 23. 9. 19) sich ausdrücklich damit einverstanden erklärt, daß ich auf der Medizinalabteilung das Gebiet der Haut- und Geschlechtskrankheiten bearbeiten sollte, falls Herr Ministerialdirektor Gottstein damit einverstanden sei, erhielt ich am 29. 9. 19 die Nachricht, „daß die Schaffung eines besonderen Referats für Haut- und Geschlechtskrankheiten grundsätzlich ganz unmöglich sei und auch die Geschäftslage die Einstellung eines besonderen Hilfsarbeiters nicht gestatte, wohl aber sei er bereit, mich zum Mitglied eines Beirates zu ernennen, der zur Beratung dieser Fragen der Medizinalabteilung beigegeben sei, dessen Sitzungen regelmäßig stattfänden, und eine Richtung gebende Tätigkeit ergäbe sich nur durch die Mitarbeit in diesem Beirat. Die Ernennung sei er bereit zu vollziehen, um dadurch meine Erfahrungen in den Dienst der wichtigen Aufgaben zu stellen, an deren Lösung ich ein besonderes Interesse habe. In dieser Ernennung läge seiner Auffassung nach auch diejenige Rehabilitierung, die ich glaube vor der Oeffentlichkeit erreichen zu müssen."

Es fanden etwa im Laufe des Jahres 1920 drei Sitzungen dieses Beirats zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten über die Anzeigepflicht statt. Nicht jedoch über die Salvarsanfrage, die nur innerhalb des Rahmens dieses Themas ganz kurz erwähnt wurde. Wie der (dem Herrn Minister im Andruck bereits vorliegende und überreichte) Briefwechsel ergibt, versuchte Ministerialdirektor Gottstein laut Brief vom 31. 1. 20, 17. 2. 20 und 23. 2. 20 mein Verhalten bei seinen Veröffentlichungen, in denen ich mich, wie dies üblich, als Mitglied dieses Beirats bezeichnete, zu kritisieren, was ich mir, wie der Briefwechsel ergibt, energisch verbat. Da kein Mensch jemals etwas darin finden würde, wenn jemand sich Mitglied der Landesversammlung oder Vorsitzender oder Generalsekretär der christlichen Gewerkschaften, Direktor des Kaiser-Friedrich-Museums, Mitglied des Reichsgesundheitsamts usw. nennt, und da es abwegig sei, wenn Ministerialdirektor Gottstein meine, bei Nichtkennern würde dadurch die Vorstellung erweckt, als handle es sich um eine behördliche Veröffentlichung, so müsse ich mir einen derartigen Eingriff, der auch bereits durch eine W. T. B.-Notiz versucht worden sei, in meine Rechte als Staatsbürger energisch verbitten. Bald darauf wurde nach etwa 3 Sitzungen, an denen ich teilnahm, der Beirat, der meist etwa eineinhalb Stunden tagte, und m. E. nur als eine *Komödie* aufzufassen war, da er z. B. über die Anzeigepflicht debattierte, die bereits von der höchsten Instanz, der Landesversammlung, in der von mir befürworteten Form angenommen war, aufgelöst und an seine Stelle trat der Landesgesundheitsbeirat. Auf diese durchsichtige Art und Weise hat Herr Ministerialdirektor Gottstein es verstan-

den, obschon die Absetzungsurkunde des Herrn Ministerialdirektors Kirchner lautete, sein Nachfolger (Gottstein) habe im Sinne der hundertneunzehnten Sitzung vom 1. 3. 16 zu verfahren, mich als Salvarsangegner einfach mundtot zu machen. Diese Sitzung war die Salvarsansitzung, in der der spätere Minister des Innern, Hirsch, sagte: „Wenn es richtig sei, daß den Salvarsangegnern lediglich wegen ihrer Gegnerschaft zum Salvarsan systematisch die Fachpresse verschlossen sei und wenn es weiter richtig sei, daß die Salvarsangegner lediglich wegen dieser ihrer Gegnerschaft von den Universitäten ferngehalten würden, so sei ein solches Verfahren auf das allerentschiedenste zu verurteilen, weil es im Widerspruch mit der Forderung der freien wissenschaftlichen Forschung stände.“ (Hirsch verlangte „Berücksichtigung“ der Kommission.)

Man vergleiche mit dieser Forderung der Absetzungsurkunde des Herrn Ministerialdirektors Kirchner, die seinem Nachfolger gerade in dieser Frage ein unparteiisches Verhalten ex officic auferlegte, die offene, und was noch schlimmer ist, die versteckte Unterdrückung der salvarsangegnerischen Auffassung, wie ich sie seit Jahr und Tag vertrete. Also der Herr Minister beruft mich, nachdem Exzellenz Drews ebenfalls einer Vertretung der äußersten salvarsangegnerischen Richtung versprochen, in einen Beirat, hier wird die Salvarsanfrage gar nicht behandelt, man behandelt ein Thema, das durch den Beschluß der Landesversammlung schon erledigt ist und dem Herrn Ministerialdirektor Gottstein befiehlt, dafür einzutreten, in ausführlicher Breite, löst dann den Beirat auf, in den ich ausdrücklich berufen war, um meine Erfahrungen in den Dienst der Sache zu stellen. Man fürchtet einfach die Wahrheit.

In der demnächst von mir zu veröffentlichenden Dokumentensammlung über dieses Thema schreibe ich: „Da man es nicht wagte, das eben zur „Rehabilitierung“ eingeführte Mitglied wegen seiner auf Tatsachenmaterial gestützten Kritik wieder hinauszuführen, da es keine Verstöße sich zu schulden kommen ließ, so löste man — die beste Desinfektion eines schwer zu desinfizierenden Zimmers geschieht radikal so, daß man das Haus anzündet — den ganzen Beirat einfach auf. (Natürlich begründet man das damit, daß er keine Berechtigung mehr habe, zusammenzutreten. Aber warum hat man mich denn nicht zur Rehabilitierung in den betreffenden Ersatz „Landesgesundheitsbeirat“ berufen? Warum hat man mir nicht einmal wie einem praktischen Arzte eine Einladung dazu geschickt?)

Die Objektivität der Medizinalabteilung hätte ein anderes Verhalten verlangt. In der Unterredung am 20. 12. 21 in Gegenwart des Herrn Ministers verlangte ich von dem Herrn Ministerialdirektor Gottstein zu wissen, was er in sachlicher oder persönlicher Beziehung gegen meine Person einzuwenden habe? Da er keine Antwort darauf geben konnte, jedenfalls keine gab, so erklärte ich dem Herrn Minister, daß ich angesichts meiner national und international anerkannten Forschungen keine Lust hätte, mich auf diese durchsichtige Art und Weise indirekt zum „Paria der Wissenschaft“ stempeln zu lassen.

Im Laufe der weiteren Unterredung klärte ich den Herrn Minister dann noch über folgende Tatsachen auf:

Das Kultusministerium sandte mich auf Staatskosten im Juli 1919 an das Ehrlich-Institut zum Zwecke der Salvarsanprüfung. Da ich mich nicht überzeugen konnte, angesichts der Demonstrationen des Herrn Nachfolgers von Ehrlich Geheimrats Kolle, zumal dieser mir erklärte, daß er die Salvarsantodesfälle nicht gebucht habe, so teilte ich dem Herrn Kultusminister mit, daß ich leider meine Meinung über das Salvarsan nicht ändern könne. Ich sandte darauf den in meinem Buch „Die Sexualrevolution“ S. 356 abgedruckten Bericht an das Kultusministerium, in dem es am Schlusse wörtlich heißt:

„Nach meiner Rückkehr aus Frankfurt wurde ich von dem vortragenden Rat und Personalreferenten für medizinische Titularprofessurverleihung, dem Chemiker Herrn Geh. Reg.-Rat Prof. Dr. Krüß, zum 21. August in sein Amtszimmer telephonisch gebeten. Herr Geh. Rat Kolle aus Frankfurt war auch dort. Am Schlusse der Unterredung bot Geh. Rat Kolle mir mit Zustimmung des Geh.-Rats Krüß an, mir zur Errichtung eines privaten Salvarsanprüfungsinstituts 20 000 bis 25 000 Mark jährlich aus Fonds des Frankfurter Speyerhauses zur Verfügung zu stellen. Ich erklärte, mir bei der Plötzlichkeit des Angebots die Sache zu überlegen. Am 18. Oktober wurde ich dann telephonisch in das Arbeitszimmer des Geh. Obermedizinalrats Lentz um ¼4 Uhr ins Wohlfahrtsministerium gebeten. Hier erneuerte Geheimrat Kolle sein Angebot mit den Worten: „er wolle mir helfen.“ Ich erklärte, daß ich als selbständiger Arzt und Mensch der Hilfe nicht bedürfe, und daß ich bedauern müsse von meinen Gegnern eine Geldunterstützung für ein privates Institut zur Salvarsanprüfung annehmen zu können. Ich hätte es abgelehnt, als mir vom Herrn Kultusminister Haenisch das Anerbieten gemacht worden wäre, die Studienreise nach Frankfurt auf Kosten des Speyerhauses zu machen, ich müßte es nach reiflicher Ueber-

legung erst recht ablehnen, ein solches Angebot zu akzeptieren. Wenn der Staat auf Staatskosten, wie bei meiner Reise nach Frankfurt, mir ein Institut zur Verfügung stellen wolle, so nähme ich dies an, aber nicht aus den Händen meiner Gegner. Herr Geheimrat Kolle erklärte dann, daß er der Medizinalabteilung aus Fonds des Speyerhauses zu dem obigen Zweck eine Summe zur Verfügung stellen wolle. Herr Geheimrat Lentz erklärte mit Herrn Ministerialdirektor Gottstein über dies Angebot sprechen zu wollen, und ich solle mich ihm gegenüber weiter dazu äußern. Ich muß es aber auch ablehnen, selbst wenn, was ich nicht glaube, Herr Ministerialdirektor Gottstein dies Angebot akzeptieren würde, auch nur in indirekte geldliche Beziehungen zu meinen Gegnern zu treten.

Mein Kampf gegen das Salvarsan ist nur durch rein sachliche Erwägung diktiert, und wenn ich mich nach langem Bedenken entschlossen habe, dem Anerbieten des Kultusministeriums zu der Frankfurter Reise Folge zu leisten, so glaube ich in kritisch-wissenschaftlicher Hinsicht — nur diese kommt für mich in Frage — der Sache schon einen Dienst geleistet zu haben, wenn hierdurch an Stelle der bisherigen Prüfung durch Interessenten schließlich die vom Abgeordnetenhause fast einstimmig beschlossene Prüfung durch eine „paritätische Salvarsan-Prüfungskommission" treten sollte, ehe das Silversalvarsan ohne jede staatlich fixierte Maximaldosis freigegeben wird. gez. Dr. Dreuw."

Ich habe am 20. 12. 21 dem Herrn Minister erklärt, daß hier ein notorischer Bestechungsversuch vorläge, was schon daraus hervorgeht, daß das Ministerium in der Oeffentlichkeit ebenso wie im Parlament verbreitete: „Dr. Dreuw bedürfe eines kleinen Laboratoriums bezw. einer kleinen Poliklinik und eines Assistenzarztes, der nach gründlicher Ausbildung in der Poliklinik oder in dem Laboratorium Dr. Dreuws selbständig und unter eigener ärztlicher Verantwortung die Salvarsanbehandlung vorzunehmen haben würde. Zur Bestreitung des durch diese Einrichtung entstehenden Aufwandes bot Geheimrat Kolle die Hilfe des Speyerhauses an, und erklärte, daß dieses möglicherweise bereit sein würde, auf einige Jahre einen jährlichen Betrag von M. 25 000.— dafür zur Verfügung zu stellen. Im Anschluß daran sprach Geh.-Rat Kolle die Erwartung aus, daß Dr. Dreuw nicht mehr in der bisherigen Form der unwissenschaftlichen Zeitungspolemik die Diskussion weiterführen möchte, da hierdurch eine sachliche Auseinandersetzung mit ihm unmöglich sei. Dagegen erklärte Geheimrat Kolle, daß er bemüht sein wolle, Dr. Dreuw die ihm seit längerer Zeit verschlossene medizinische Fachpresse wieder zu öffnen" (Antwort des Ministeriums auf die kleine Anfrage Nr. 557, 1920). Das Ministerium ließ aber durch die P. P. N. von „zuständiger Stelle" wörtlich folgendes verbreiten: „an dieses Angebot (25 000 M.) knüpfte Geheimrat Kolle lediglich die Voraussetzung, daß Dr. Dreuw künftig nicht in der bisherigen Form der Polemik die Diskussion weiterführen möchte, wogegen Geheimrat Kolle bemüht sein wolle, Dr. Dreuw die seit längerer Zeit verschlossene medizinische Fachpresse wieder zu eröffnen".

Also do, ut des! die große Salvarsanfrage sollte in einem kleinen Laboratorium mit den Geldern der Salvarsanindustrie gelöst werden. Eine Hamburger Wochenschrift fragte anläßlich der Besprechung dieses Bestechungsversuchs vor einigen Monaten scherzhafterweise, ob dem Herrn Kultusminister Haenisch nicht evtl. auch ein kleines Laboratorium angeboten worden wäre.

In der ganzen Art und Weise, wie man mich seit Jahren von jeder Betätigung nicht nur ferngehalten, sondern sogar aus meinem Beobachtungsposten auf dem Polizeipräsidium via Frankfurt—Felix Pinkus vertrieben hat, geht hervor, daß es die Tendenz ist, der offenen Kritik Zügel anzulegen. Ich frage das Wohlfahrtsministerium, welches Interesse amtlicherseits vorliegt, bei der Besprechung über die Wirkung irgend eines Heilmittels, sagen wir mal essigsaure Tonerde, Morphium usw. der Kritik in die Speichen zu fallen? Bildet das patentierte Salvarsan eine Ausnahme?

Ich konstatierte in Gegenwart des Herrn Wohlfahrtsministers am 20. 12. 21 daß der Bestechungsversuch auch mit Billigung der beiden Geheimräte Krüß und Lentz, die im übrigen jahrelang mit Herrn Geheimrat Kolle befreundet sind, gemacht worden ist. Als dann Herr Geheimrat König mich fragte, ob ich die Tatsache der „Billigung" aufrecht halte, fragte ich den Herrn Minister, was er als völlig unbeteiligter Minister in diesem Augenblick machen würde, wenn einer der Anwesenden in diesem Augenblick mir Geld anbieten würde, der an der Salvarsanfrage nicht unbeteiligt wäre, und zwar aus dem Fond des Salvarsankapitals. Ich erklärte ihm, daß er auf den Tisch schlagen würde und sich eine derartige Handlungsweise energisch verbieten würde. Täte er dies nicht, so billigte er die Handlungsweise des andern nach dem Sprichworte: Qui nihil dicit, assentire videtur.

Ich erklärte dem Herrn Minister ferner, daß der Herr Ministerialdirektor Gottstein den obigen Bericht in das Kultusministerium von mir am 15. Oktober 1919 brieflich unter M. 14004 verlangt hat. Aus diesem amtlichen Bericht könnte er den Bestechungsversuch als solchen erkennen, und man hätte erwarten sollen, daß, nachdem in der Oeffentlichkeit seit März 1920 diese Angelegenheit besprochen wurde, er die entsprechenden Schritte als Vorsteher des Ressorts hätte tun sollen. In der Sitzung am 20. 12. 21 erklärte er, als ich dem Herrn Minister diese Zustände schilderte, daß er es für eine große Dummheit von Herrn Geheimrat Kolle erachtet habe, ausgerechnet mir dieses Angebot zu machen. Auch bis heute, so erklärte ich dem Herrn Minister, sei in dieser Sache nichts geschehen, und ich verlange, daß sie endlich amtlich geprüft würde. Ich erklärte dem Herrn Minister, daß es in dieser korrupten Zeit Gott sei Dank noch Leute gäbe, deren wissenschaftliche Ueberzeugung nicht für irgend ein Geldangebot feil wäre. Diese hätten ein Anrecht darauf, vom Staate zum mindesten neutral und ihren Kenntnissen und Verdiensten entsprechend behandelt zu werden, anstatt, wie es seit Jahren geschehen sei, und zum 14. 1. 22 wiederum geplant sei, autoritativ brüskiert zu werden.

Soll es auch heute noch, nach den Stürmen der Revolution, so wie in der Mitte des vorigen Jahrhunderts sein, daß man gesinnungstreue Männer, wie z. Zt. Karl Schurtz, Karl Marx, Friedrich Engels, u. a. m. zwingt, schließlich vom Auslande her ihre Stimme erschallen zu lassen? Ihre Stimmer schallt heute noch!

Ich fragte (der Uebersicht und des Zusammenhanges wegen sei es wiederholt) in Gegenwart des Herrn Ministers den Herrn Ministerialdirektor Gottstein, was er in sachlicher oder persönlicher Beziehung gegen mich vorzubringen wisse, er hatte volle Redefreiheit in Gegenwart des Ministers. Da er weder sachlich noch persönlich etwas vorbrachte, so erklärte ich dem Herrn Minister, daß es schon immer so gewesen wäre, daß der Prophet nichts in seinem Vaterlande gelte, und daß das Ausland, wie die schwedische Beurteilung seitens des Prof. Petersen beweise, objektiver die Arbeiten beurteile. Ich erwähnte bei dieser Gelegenheit die dem Ministerium auszugsweise eingesandten Kritiken von ca. 25 deutschen Zeitungen, auf die ich Seite 1 bereits hingewiesen habe. Infolgedessen müsse ich es mir energisch verbitten, daß in dieser Weise verfahren würde. Man ersähe aus dem ganzen Verhalten, daß man nicht sachlich handle, sondern daß „die Richtung" nicht passe. Im Interesse der Sache erklärte ich mich bereit, ein Referat zum 14. 1. 22 zu übernehmen, damit diese Angelegenheit (man bedenke 12 Tote durch einen Arzt! man bedenke alle die Unregelmäßigkeiten in dieser Frage) endlich paritätisch behandelt würde. Als bei dieser Gelegenheit Herr Geheimrat König zweimal das Ansinnen an mich stellte, ob ich ihm nicht einen andern als Salvarsangegner nennen könnte, da lehnte ich dies — namentlich beim zweitenmal — mit nicht mißzuverstehender Deutlichkeit ab. Was würde man sagen, wenn jemand einen Schlosser fragen würde, der in der Schlosserei eine ausgezeichnete Ausbildung bei den ersten Fachleuten viele Jahre lang genossen hat, ob er ihm nicht einen Schlosser empfehlen könnte?

Bei dieser Gelegenheit möchte ich auch zwei Einwände des Herrn Staatssekretärs Scheidt zurückweisen, von denen ich den ersten bereits in Gegenwart des Ministeriums richtig gestellt habe. Er meinte, ich habe in der Salvarsanfrage keine eigenen Erfahrungen. Ich habe ihm erklärt, daß ich vier Jahre lang jeden Tag die mit Salvarsan behandelten Prostituierten beobachten, registrieren und ihr Schicksal verfolgen konnte, daß ich diese Beobachtungen in Form eines Vortrages schon am 10. 12. 1910 in der Dermatologischen Gesellschaft bekannt gegeben habe, daß daraufhin seitens des Polizeipräsidiums mir die Veröffentlichung meiner großen Erfahrungen via Felix Pinkus (Vetter von Ehrlich!) durch einen Ukas verboten habe, daß ich dies Verbot respektiert habe, daß Anfang Januar 1914 der Präsident des Reichsgesundheitsamtes auf Drängen des Abgeordneten Erzberger, wegen meiner großen Erfahrungen!, mich um eine Unterredung gebeten habe, daß diese Unterredung in Form einer Denkschrift niedergelegt sei (siehe mein Buch Salvarsangefahr) und daß dann, weil ich meine wissenschaftliche, auf große Erfahrung gestützte Ansicht auch in der Tagespresse, nachdem die Fachpresse verschlossen ward — ohne jeden Grund verteidigte, das Polizeipräsidium mich aus diesen Erfahrungen herausriß, indem es mich kurzerhand entließ. Das Kultusministerium sandte mich wegen dieser Erfahrungen nach Frankfurt, und man kann doch nicht annehmen, daß das Kultusministerium mich dorthin geschickt hätte, w e i l i c h k e i n e E r f a h r u n g e n h ä t t e ! Der Herr Wohlfahrtsminister Stegerwald berief mich lt. Schreiben vom 29. September 1919 in den Beirat, mit der Begründung, „um dadurch meine Erfahrungen in den Dienst der wichtigen Aufgaben zu stellen, an deren Lösung ich ein besonderes Interesse hätte", in dieser Ernennung läge seiner Auffassung nach auch diejenige Rehabilitierung, die ich glaube vor der Oeffentlichkeit

erreichen zu müssen". Also auch hier konstatiert der Herr Wohlfahrtsminister, daß ich Erfahrung habe. Also auch in diesem Falle ist nicht anzunehmen, daß man jemand in einen Beirat beruft, der keine Erfahrung hat. Ich lehne Salvarsan als Tötungsmittel aus Gewissensrücksichten ab. Das beweist aber nicht, daß ich keine Erfahrungen habe. Auch den zweiten Einwand des Herrn Staatssekretärs Scheidt möchte ich an dieser Stelle widerlegen, da ich angesichts einer Diskussion drei (!) Herren gegenüber damals nicht dazu kam. Herr Staatssekretär Scheidt meinte, meine Auffassung wäre in der Oeffentlichkeit derartig bis in die weitesten Kreise hinein bekannt, daß es sich erübrige, wenn ich am 14. 1. 21 im Landesgesundheitsrat diese meine Auffassung vertreten würde. Mit dieser Begründung hätte man Virchow, Koch, Pettenkofer und andere Mediziner — um kleines mit großem zu vergleichen — deren wissenschaftliche Auffassung sehr bekannt war, davon abhalten müssen, in wissenschaftlichen Versammlungen ihre Ansichten zu vertreten. Bedenkt man nun noch, daß man mir jahrzehntelang in der Fachpresse die Begründung meiner Auffassung, wie gerichtlich festgestellt, ohne Grund unmöglich gemacht hat, so erscheint dies Argument besonders fadenscheinig und höchst überflüssig.

Ich erklärte dem Herrn Minister, daß der eine Referent, Prof. Jadasohn, der Nachfolger des Duzfreundes Ehrlichs, nämlich des Geheimrats Neißer wäre, der ebenso wie Ehrlich Millionen mit Salvarsan verdient habe, und daß auch dieser große Einnahmen durch Salvarsan erziele. In der „Sexualrevolution" habe ich in der Einleitung (Seite XVI) folgendes gesagt: „Das Vorstands- und Bevormundungssystem (in Deutschland das System Neißer, Ehrlich Blaschko usw.), das in ähnlichem Sinne wirkt, als wenn Großbrauer zu Vorsitzenden von Abstinentenvereinen gewählt werden, muß verschwinden. Es müssen daher alle ärztlichen und nichtärztlichen Interessenten aus den Bekämpfungsausschüssen als Leiter eliminiert werden, sonst wird die Syphilis in Gestalt von Rückenmarksdarre und Gehirnerweichung das Geschick der Völker bestimmen."

Der zweite Referent, Prof. Buschke, war anfangs gegen das Salvarsan, hat dann aber Salvarsan auch in der Privatpraxis angewandt. Jedenfalls ist er kein Salvarsangegner, denn wenn man ein Mittel, das ein Salvarsangegner aus Gewissensgründen ablehnt, anwendet, kann man nicht als solcher bezeichnet werden. Man vermutete sogar, daß, da im Virchowkrankenhause angesichts der großen Reklame für das Salvarsan die Patienten zu dem größten Salvarsanisten, Prof. Wechselmann, der die eine Abteilung für Geschlechtskranke dort hatte, während Herr Buschke die andere, gingen, und die Abteilung Prof. Buschkes leer stand, daß diese Tatsache nicht ohne Einfluß auf die Salvarsanbehandlung des Herrn Prof. Buschke gewesen ist. Jedenfalls aber, und darauf kommt es an, ist er kein spezialärztlicher Salvarsangegner.

Der dritte Referent, Professor Heffter, ein Pharmakologe, hat sich in der Ministerialsitzung am 1. 2. 19 und in seinen Veröffentlichungen als ein derartiger Salvarsananhänger erwiesen, daß er sogar eine Maximaldosis für nicht notwendig hält. Man bedenke, bei einem Präparat, das 30 % Arsen enthält, und bei einem einzigen Arzte innerhalb eines Jahres 12 Menschen, die heute vielleicht für ihre Familien noch sorgen würden, umbrachte, und innerhalb desselben Jahres 231 Patienten die Leber vergiftete. Von anderen Unfällen abgesehen. Ich bemerke, daß in Ingolstadt 13 Soldaten und daß in Kiel bei Prof. Gennerich 6 Soldaten eines derartigen Lebervergiftungstodes durch Salvarsan starben. Trotz alledem hält Herr Prof. Heffter es mit seinem Gewissen als Pharmakologe vereinbar, daß jeder Bauerndoktor sich selbst die Maximaldosis gibt, für die eigentlich der Staat die Verantwortung übernehmen sollte.

Der vierte Referent, Prof. Lewin, steht auf dem Standpunkte, daß man nur 0,03 Gramm Salvarsan einem Menschen einverleiben darf, während in gewissenloser und unverantwortlicher Weise bis zu einem Gramm gegeben worden sind, und in den Richtlinien des Gesundheitsamtes drei- und vierfach höhere Dosen erlaubt werden. Diese „Richtlinien" sind ja nur eine Irreführung der öffentlichen Meinung, die glaubt, der Staat hätte eine Maximaldosis festgesetzt, während in Wirklichkeit er sich davor drückt. (Im übrigen ist Herr Prof. Lewin als Referent am 14. 1. 22 nicht erschienen, man kann angesichts der von mir geschilderten Zusammensetzung des Referentenkollegiums verstehen. warum er nicht erschienen ist.)

Ich erklärte dem Herrn Minister, wie notwendig es wäre, daß angesichts der meines Erachtens verderblichen und gemeingefährlichen Vergiftung der öffentlichen Meinung in Sachen des Salvarsan durch die Deutsche Gesellschaft zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten endlich auch einmal einen Gegner als Referenten aufzustellen. Ich wies den Herrn Minister darauf hin, was ich über diese Gesellschaft Seite 264—352 meines Buches geschrieben hätte. Daß, wie Seite 268 festgestellt sei,

das erzbischöfliche Ordinariat in Freiburg für die katholische Geistlichkeit den Beitritt verboten habe. Daß diese Gesellschaft, siehe 267, durch haltlose Heilungsversprechungen eine Lockerung der öffentlichen Moral bewirkt habe, daß sie (siehe Seite 230) mit Films à la „Rote Laterne" die Einführung des ersten sog. Aufklärungsfilms auf dem Gewissen habe. Ich las dem Herrn Minister vor, daß sie folgendes über die Salvarsanwirkung in ihren Millionen von Broschüren und Traktätchen, zum Teil wörtlich, zum Teil dem Sinne nach verbreite:

In den ersten drei Wochen der Syphilis kann man den Kranken mit fast absoluter Sicherheit versprechen, daß er mit einer energischen Salvarsan-Quecksilberkur seine Syphilis los wird. Salvarsan schadet den Menschen in der Hand des sachverständigen Arztes nicht. (Der sachverständige Prof. Arndt verliert zwölf Tote in einem Jahr. Oder ist er nicht sachverständig als Direktor der Universitätshautklinik?) Drittens: die Aerzte haben wirksame Mittel, die es ermöglichen, jedem Patienten, der mit einer frischen Erkrankung in Behandlung kommt, sicher und ohne Schaden zu heilen. Ich erklärte dem Herrn Minister, daß Prof. von Wassermann selbst festgestellt habe im Ministerium auf meine Anfrage hin, daß wir eine Heilung überhaupt nicht feststellen können. Ich erklärte ihm, daß im Gegenteil Prof. Nonne auf dem Haut-Aerztetage in Hamburg festgestellt habe, daß Salvarsan die Syphilis zwar von der Haut weg aber wahrscheinlich in das Gehirn und Rückenmark hineintreibe. Ich verwies ihn auf die Einleitung meines Buches und auf meine Bücher überhaupt, und erklärte ihm, da es angesichts der festgestellten Tatsachen unverantwortlich wäre, derartige Auffassungen ohne Widerspruch der Staatsregierung ins Publikum hinein zu schleudern. Ich erklärte ihm, daß Herr Prof. Blaschko, der Vorsitzende der Gesellschaft, Millionen durch Salvarsanpatienten verdient habe, und daß der Generalsekretär Prof. Felix Pinkus, ein Vetter vom Salvarsanerfinder sei, und daß zwischen diesen beiden und Herrn Ministerialdirektor Gottstein die innige Verbindung bestände, die ich eingangs dieses Schreibens geschildert habe. Herr Ministerialdirektor Gottstein gab zu, daß das Vorgehen der D. G. B. G. nicht zu billigen sei. Dieses Eingeständnis des mit dieser vom Staate mit Millionen subventionierten Gesellschaft so innig verbundenen Herrn Ministerialdirektors Gottstein, hat aber bis heute noch nicht die Tatsache gezeitigt, die man aus diesem Eingeständnis vermuten sollte, nämlich, daß die Regierung von dem Treiben dieser Gesellschaft abrücke.

Ich erwähnte dem Herrn Minister auch das eigenartige Verhalten der Kölner Kommission, die sich 1918 an Stelle der vom Landtage beschlossenen paritätischen gebildet hatte. Seite 287 meines Buches habe ich geschildert, daß diese Kommission die Oeffentlichkeit irregeführt hat, daß sie auf 225 000 Einspritzungen bei 182 befragten Aerzten nur 12 Todesfälle konstatiert habe, während, wenn sie bloß Herrn Prof. Hahn mit 6 Todesfällen, Herrn Prof. Henneberg mit 3 Todesfällen und andere Aerzte befragt hätte, sie zu einem ganz anderen Resultat gekommen wäre. Die Berechnung auf die Zahl der Einspritzungen ist irreführend, denn da jeder Patient bis zur Heilung ca. 30—40 Einspritzungen bekommt, so kämen die Todesfälle in bedeutend höherem Maße zusammen. Ich verweise im übrigen auf die Schilderungen in meinem Buche.

Ich teilte dem Herrn Minister ferner mit, daß ich am 1. Oktober 1921 angesichts aller dieser Unregelmäßigkeiten eine Petition an den Preußischen Landtag gerichtet habe, die folgende Forderungen enthält:

1. Gegen die an dem von Dr. Dreuw behaupteten Bestechungsversuch beteiligten Beamten und gegen die Vorsteher ihres Ressorts wird, wenn diese Behauptungen als wahr erwiesen sind, ein Verfahren eröffnet.

2. Beim Wohlfahrtsministerium wird ein dem Herrn Minister direkt unterstelltes Dezernat für „das Gebiet der staatlichen Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten errichtet, das selbständige Befugnisse hat und verpflichtet ist, die Beschlüsse des Landtages vom 25. 2. 20 sobald als möglich zur Durchführung zu bringen".

3. Es wird die schon vom früheren preußischen Landtage am 1. 3. 18 fast einstimmig beschlossene, von den Ministerialdirektoren Kirchner und Gottstein aber nicht einberufene paritätische Salvarsan-Prüfungskommission, bestehend aus drei Anhängern und drei Gegnern, unter einem neutralen Vorsitzenden, zur Feststellung der Massentötungen durch Salvarsan, und zur Eruierung der in den preußischen Aemtern und außerhalb derselben stattgefundenen Unregelmäßigkeiten sofort einberufen.

4. Bis diese Kommission gesprochen hat, wird wegen der von den Professoren Arndt, Rinne, Hahn, Scholtz, von Zumbusch und anderen zugegebenen Massentötungen von preußischen und deutschen Staatsangehörigen ein Verbot der Salvarsaneinspritzungen ausgesprochen. Erst nachdem eine seit zehn Jahren staatlicherseits in pflichtwidriger Weise nicht gegebene Höchstdosis, die nach Prof. Dr. Louis Lewin, dem bekanntesten deutschen Toxikologen 0,03 Gr. nicht übersteigen darf, während 0,4—3 Gr.

mit Genehmigung der Medizinalverwaltung gegeben werden, festgesetzt ist, darf Salvarsan unter **staatlicher**, nicht wie bisher unter privater Verantwortung der direkt und indirekt beteiligten ärztlichen und nichtärztlichen Sexual-Kapitalisten wieder eingespritzt werden.

Am Schlusse der Unterredung verlangte der Herr Minister eine Formulierung meiner Wünsche. Ich diktierte ihm die folgenden Wünsche, die am 14. 1. 22 von den P. P. N. verbreitet wurden:

1. Sofortige Einberufung der vom Parlament fast einstimmig beschlossenen aber nicht einberufenen paritätischen Prüfungskommission. Angesichts der in der Medizinalabteilung vorgekommenen Unregelmäßigkeiten und der Unterdrückung von Todesfällen in den Statistiken müssen auch spezialärztlich ausgebildete Salvarsangegner zu den Sachverständigenberatungen im Ministerium zugezogen werden.

2. Daß bei der Besprechung am 14. 1. 22 ebenfalls ein spezialärztlich ausgebildeter Salvarsangegner mit einem Referat betraut wird.

3. Daß mir für die vom Wohlfahrtsministerium in Auftrag gegebene Denkschrift über die Salvarsanfrage die Archive (Weltbluff S. 52 ff.), auch die Militärarchive, in denen zahllose Salvarsantodesfälle verborgen seien, geöffnet würden, und zur objektiven, im Interesse der Volkswohlfahrt liegenden Erledigung der Denkschrift alles mögliche Material zur Verfügung gestellt würde.

4. (Durch die P. P. N. nicht veröffentlicht), daß die dem Herrn Minister von mir vorgetragenen, meine eigene Person betreffenden Angelegenheiten, und die Wiedergutmachungsfrage, und die mir gegenüber begangenen Unregelmäßigkeiten amtlich geprüft würden.

Am 14. 1. 22 fand die Sitzung statt. Eine Einladung an mich war nicht erfolgt. In der Einleitung verlangte der Herr Vorsitzende, Ministerialdirektor Gottstein, von den Anwesenden Stillschweigen über die Verhandlungen. M. E. kann es nur im Interesse der Volkswohlfahrt liegen, wenn dieses Stillschweigen gebrochen wird, und in der Tat konnte ich an demselben Abend durch die P. P. N. bereits verbreiten, daß Prof. Arndt in dieser Sitzung 12 Todesfälle zugeben mußte. Als ob es nötig wäre, der Bevölkerung gegenüber Stillschweigen darüber zu bewahren, wenn in einer amtlichen Sitzung über die Wirkung der essigsauren Tonerde, über die Wirkung von Digitalis, Morphium usw. verhandelt wird. Für den Arzt existiert kein Unterschied zwischen essigsaurer Tonerde und Salvarsan, und es wäre eigenartig, wenn in einer ministeriellen oder landesgesundheitsrätlichen Sitzung über die Wirkungen der essigsauren Tonerde verhandelt würde, und den Mitgliedern würde Stillschweigen anempfohlen. Daß Salvarsan patentiert ist, kann für die Aerzte und die Bevölkerung kein Grund sein, daß man seine in der Sitzung vom 14. 1. 22 festgestellten Wirkungen als vertraulich betrachten soll. Da ein Salvarsangegner in dieser Sitzung nicht zugegen war, so wurde auch kein Antrag auf ein Verbot des Salvarsans gestellt, und infolgedessen konnte über diesen wichtigen Antrag auch nicht diskutiert werden. Wie wichtig die Anwesenheit eines spezialärztlichen Gegners in solchen Versammlungen ist, beweist die Tatsache, daß, als ich am 1. 2. 19 zugezogen war, ich die Beschlußfassung von später durch Gerichtsurteil als falsch erwiesener amtlicher Thesen mit der Behauptung verhinderte, diese gesiebte Gesellschaft, von der außer mir systematisch andere Salvarsangegner trotz Antrages ferngehalten wären, sei nicht in der Lage, über die aufgestellten zehn Thesen abzustimmen. Und als ich diese Behauptung zu Protokoll gab, und mit der Veröffentlichung drohte, da unterließ Herr Ministerialdirektor Kirchner die Abstimmung. Man sieht, wie wichtig es gewesen wäre, wenn auch in dieser Sitzung die Opposition hätte Anträge stellen können. Möglicherweise hat zu meiner Fernhaltung auch noch die Erinnerung an die Tatsache beigetragen, daß am 1. 2. 19 der Vorsitzende der damaligen Salvarsansitzung auf meinen Antrag hin des Postens als Ministerialdirektor verlustig wurde, weil ich ihm nachwies, daß er zahlreiche Salvarsantodesfälle in den Statistiken nicht gebucht hatte.

Fasse ich zusammen, so stelle ich folgendes fest: Ich habe dem Herrn Wohlfahrtsminister in Gegenwart des Herrn Ministerialdirektor Gottstein auf Ersuchen hin fünf Forderungen formuliert, auf die ich (1. 6. 22) noch keine Antwort erhalten habe. Ich habe geglaubt, als preußischer Staatsbürger zum mindesten eine Antwort zu erhalten, ob ich als Referent zum 14. 1. 22 zugelassen wäre, angesichts der Tatsache, daß es sich um eine Besprechung über die m. E. wissenschaftlich-staatlich sanktionierte Massentötung von preußischen Staatsbürgern handle. Wohl habe ich am 20. Januar 1922 vom Herrn Ministerialdirektor Gottstein den dem Herrn Minister als Anlage mit der Bitte um Rückgabe eingereichten Briefwechsel zurückerhalten, ein Zeichen, daß meine Eingaben an den Herrn Minister in circulo vitioso, an den gelangt sind, gegen den meine Beschwerden sich richteten. Dieses schon vor der Revolution beliebte System, daß derjenige, gegen den Beschwerden erhoben werden, auch Einsicht in diese

Beschwerden bekommt, und sie gegebenenfalls ganz oder durch Rücksendung der Anlagen beantwortet oder die Antwort dem Minister entwirft, ist schuld daran, daß jede Beschwerde eigentlich überflüssig ist. Ich muß es mir als Staatsbürger verbitten, daß mir gegenüber dieses durchsichtige System angewandt wird. Ich verlange daher, daß der Herr Minister persönlich zu den ihm — nicht Herrn Ministerialdirektor Gottstein — mitgeteilten Forderungen Stellung nimmt, zumal ich diese fünf Forderungen auf sein Ersuchen hin formuliert habe. Ich verlange, daß der Herr Minister Stellung nimmt zu dem geschilderten Bestechungsversuch und zu den übrigen Unregelmäßigkeiten, wie ich sie in meinen Büchern geschildert habe, ich verlange, daß der Herr Minister, der sich als Volksminister bezeichnet, im Interesse unseres Volkes den salvarsanistischen Geheimratsgeist, der trotz der sich türmenden Salvarsanleichen noch immer tätig ist, endlich in die Schranken weist. Herr Ministerialdirektor Gottstein verdankt seine Stelle als Ministerialdirektor meinem Kampf. Ohne diesen Kampf wäre er heute noch vielleicht Stadtrat in Charlottenburg. Schon aus diesem Grunde dürfte man erwarten, daß er zum mindesten mir gegenüber eine neutrale, nicht aber eine, wie der mir zurückgesandte Briefwechsel erweist, feindliche Haltung gegenüber einnimmt, was bei seinen Beziehungen zu der D. G. B. G. erklärlich ist. Dies umsomehr, als die Absetzungsurkunde seines Vorgängers von dem Nachfolger in der Salvarsanfrage ausdrücklich Neutralität verlangt. Ich verlange, daß der Herr Minister in die Verbindungen hineinleuchtet, die zwischen Herrn Geheimrat Gottstein und der Deutschen Gesellschaft zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten besteht, deswegen, weil m. E. diese Gesellschaft verderblich für die Volkswohlfahrt wirkt. M. E. ist es eine unnütze Verschwendung von Staatsgeldern, wenn zu der Sitzung am 14. 1. 22 auf Staatskosten von ferne her zahlreiche Professoren eingeladen werden, ohne daß eine Abstimmung oder eine Beschlußfassung erfolgt, und ein in Berlin ansässiger Gegner wird trotz seines Befähigungsnachweises nicht eingeladen, wo es dem Staat kaum etwas gekostet hätte. Eine unter Ausschluß der gegnerischen Meinung veranstaltete Sitzung des Landesgesundheitsrats ist eine Komödie, die dazu noch dem Staate viel Geld kostet, das m. E. besser zur Unterstützung der Familien der Salvarsangetöteten verwandt worden wäre. Anders kann man eine derartige Sitzung nicht bezeichnen, namentlich, wenn dem Gegner gegenüber die Begründung angeführt wird, die Herr Staatssekretär Scheidt erwähnte und die ich bereits zurückgewiesen habe.

Der Zusammenbruch des menschenmordenden Salvarsans, das, man kann es nicht genug wiederholen, in der Hand eines einzelnen Arztes 12 preußische Staatsbürger in einem Jahre in das Grab brachte und ca. 230 die Leber vergiftete, was alles in dem offiziellen durch die P. P. N. verbreiteten Bericht von zuständiger Stelle über die Sitzung am 14. 1. 22 verschwiegen wurde, ist bereits da, denn es dürfte bis heute, so lange die Erde steht, kein Mittel geben, mittels dessen sechs Aerzte zugeben, ca. 40 Personen verloren zu haben. Der Zusammenbruch wird umso schlimmer werden, je mehr amtliche, d. h. neutral sein sollende Stellen versuchen, die gegnerische Meinung aus den Ministerien fernzuhalten. Die Gottsteinsche Schöpfung, genannt Landesgesundheitsrat, hat m. E. in dieser Frage erwiesen, daß (nach Dr. Weyl sollen 12 beamtete Aerzte! in demselben sein), er seiner Aufgabe nicht gewachsen ist. Gegebenenfalls muß der Staatsanwalt anstelle des Ministeriums bei 12! Salvarsanleichen eingreifen. Denn hier muß endlich etwas geschehen. Um dem Herrn Minister zum Schlusse die Wirklichkeit über das Salvarsan, die sich anders darstellt als der gefärbte Bericht „von zuständiger Stelle", zu zeigen, rekapituliere ich bloß, das, was in der Einleitung meines Buches steht, und was auch in der Tagespresse übergegangen ist: „Geradezu grauenhaft sind die Opfer der Arzneiwillkür, die zu unkontrollierbarer wissenschaftlich sanktionierter Tötung von Menschen führt. Ein Hamburger Arzt allein beförderte in einem Jahre, 1919, sechs Menschen auf Grund dieser sexualkapitalistischen Massensuggestion ins Jenseits. Andere Aerzte fünf, vier usw. Geradezu furchtbar sind die Opfer an Gehirnerkrankungen. Nach einer amtlichen Statistik kommen auf Konto des Salvarsans allein auf 100 000 Patienten 620 Hautzerstörungen (Nekrosen), 1,3 Erblindungen, 2,6 Ertaubungen, 4 Schwerhörigkeit, 61 Gehirnaffektionen, 224 Lähmungen (Neurorecidive), 16,2 sichere, 14,2 wahrscheinliche Todesfälle, d. h. im ganzen rd. 1000 Unfälle, d. h. beinahe jeder hundertste Patient bekommt einen Unfall. Da erscheint am zehnjährigen Jahrestage der Salvarsaneinführung ein Buch des Kieler Prof. Gennerich, des Leiters des dortigen Marinelazaretts für Geschlechtskranke, der über die Schäden des Salvarsans am Zentralnervensystem mittels der bisher geübten Methode der Einspritzung in die Blutadern seine Beobachtungen an 8000 Soldaten veröffentlicht. Hier werden Tatsachen festgestellt, die imstande sind an das Weltgewissen zu pochen. 84,7 Prozent der Soldaten wiesen trotz ausgiebiger Behandlung mit Salvarsan noch eine syphilitische Erkrankung der Rückenmarksflüssigkeit, einen sogenannten pathologischen Liquor auf, bei

Quecksilberanwendung nur 30 Prozent. Nach Professor Hübner waren 75 Prozent nach ein bis zwei Jahren noch ungeheilt. Seite 2 dieses umfangreichen Werkes heißt es, es könne keinem Zweifel unterliegen, daß die Häufigkeit der Gehirnerkrankungen zugenommen habe; Seite 6, daß nach der Allgemeinbehandlung mit Salvarsan sich eine Beschleunigung der Hirnerweichungund Rückenmarksschwindsucht zeige; Seite 11, daß die bisher übliche Salvarsanbehandlung trotz ausgiebigster Durchführung nicht zum Ziele, im Gegenteil, zur Hirnerweichung und Rückenmarksdarre geführt; S. 137, daß sie nur zum Scheinerfolg geführt, daß nach 2—3 Jahren mit Sicherheit auf ernste Gehirnerscheinungen geschlossen werden könne; Seite 128, daß in etwa 30—40 Prozent der Fälle mit Entzündungsvorgängen an den Gehirnhäuten zu rechnen sei; Seite 146, daß auch im Frühstadium der Syphilis trotz allerbester Salvarsanbehandlung gar nicht selten schwere Entzündungsvorgänge an den Gehirnhäuten zustande kämen, bei der bisher üblichen Salvarsanbehandlung sei entweder eine Lähmung (Neurorecidive) oder nach längerem Verlaufe eine Gehirn- oder Rückenmarksschwindsucht bezw. Hirnerweichung mit Sicherheit zu erwarten.

Genau vor zehn Jahren erklang es anders, da wurden alle Warnungsrufe wohlmeinender und uninteressierter Volksfreunde nicht nur überhört, sondern die letzteren wurden geketzert und verbrannt. Genau vor zehn Jahren verbreitete die Ehrlichpresse:

„Nur ein Name strahlt hell in diamantener Schrift vom Himmel nieder. Sein Träger hat Großes getan, und es ziemt sich, daß am letzten Tage des Jahres, wo er der Welt seine köstliche Gabe darbrachte, die dankende Menschheit in andachtsvoller Verehrung vor diesem Herrlichen das Knie beugt: Paul Ehrlich. Millionen Gegenwärtiger hat dieser Denker Erlösung gebracht und Millionen Künftiger hat er von Leiden befreit, an welchen nicht sie, sondern die Sünden der Väter die Schuld trugen. Das Judentum hat zwei Gewaltige hervorgebracht: Christus und Ehrlich! Welches Volk vermöchte noch zwei solcher Namen zu nennen? Schätzen wir uns glücklich, daß es uns vergönnt ist, den einen Messias, der die Welt von Leid erlöste, von Angesicht zu Angesicht zu schauen, daß wir ihn den unseren nennen dürfen und ihm noch die Hand drücken können, dieweil er im Lichte wandelt. Wenn die Namen der Großen längst in ewige Nacht getaucht sind und selbst Bismarcks Name sagenhaft wurde in Germaniens Gauen, wird von den Sternen hernieder in ewiger Flammenschönheit noch der Name Ehrlich strahlen. Der große Nazarener flehte den Segen des Himmels auf die Völker herab, Ehrlich aber brachte ihn in greifbarer Form. Während der Erstere, ohne daß er es wollte, die Fahne des Religionskrieges entfaltete, bringt Ehrlich der Menschheit den Frieden, und gute Menschen in Hütten und Palästen, denen er verlorenes Glück, gesunkene Lebensfreude zurückgab, gedenken des geliebten und verehrten, des uneigennützigen, bescheidenen Mannes an der Jahreswende in Dankbarkeit." gez. Polizeiarzt a. D. Dr. med. Dreuw.

(Siehe auch „Weltbluff" Seite 142. Bis heute, 15. 7. 22, schwieg Minister Hirtsiefer!)

* * *

„Dies soll mein Reim sein."

Nichtswürdig ist die Nation, die nicht ihr alles freudig setzt an ihre Ehre, nichtswürdig und erbärmlich jeder Einzelne einer Nation, der sich widerspruchslos und geduldig wie ein Greenhorn von den von ihm und seinen Mitbürgern wohlgenährten Funktionären und ihren Cliquen die persönliche oder wissenschaftliche Ehre diskreditieren läßt. Die Ehre jedes einzelnen Bürgers ist mit der der gesamten Nation so sehr verbunden, daß diese sich durch ihre Funktionäre selbst beschmutzen läßt, wenn sie einen verbrecherischen Hochmut der letzteren unbestraft läßt. Die Unterdrückung der Kritik durch beschränkte und egoistische Staatsbeamte führt, wie der Weltkrieg und die Revolution bewiesen, zur Katastrophe. Und wenn diese über Nacht da ist, dann laufen die in der Charakterlosigkeit großgewordenen Funktionäre mit derselben Behendigkeit zum Gegner über, mit der sie als Beauftragte von geheimen Cliquen vorher deren Gegner die Ehre abschnitten. Charaktere braucht der moderne Staat, nicht Waschlappen. Der Staat besteht aus der Gemeinschaft aller. Jeder Stein, der aus dem Staatsgefüge nutzlos herausgebrochen wird, beschädigt das ganze Gebäude, das dann einstürzt, wenn von den in der Mittelmäßigkeit großgewordenen Oberbonzen zu viele Steine lädiert werden. Kontrolle der Bonzen, Kontrolle der sämtlichen Einrichtungen des Staates! Civis sum, ergo cogito. et laboro, dieses stolze Wort soll der sich seiner Kraft bewußte Bürger denjenigen entgegenschleudern, für deren Unterhalt er für seinen Teil täglich sein Gehirn anstrengt, und die zum Danke dafür ihn ketzern und verlästern, wenn er sein Bürgerrecht verteidigt.

Cedo nulli, dies soll der Reim eines selbstbewußten Bürgers sein.



21. Salvarsan und Landtag.

Madame Roland an Champagneux in Lyon.

Paris, 31. Juli 1791.

„Aber noch einmal sei es gesagt, es ist unmöglich, seine Rechte zu behaupten, wenn man nicht fortwährend auf die Männer aufpaßt, denen die Verwaltung der wichtigsten Rechte anvertraut ist. Die Repräsentativregierung wird bald die korrupteste aller Regierungen, wenn das Volk aufhört, seine Repräsentanten zu kontrollieren. Ich habe es Ihnen vor langer Zeit gesagt: Nicht die Versammlung hat die Revolution gemacht, sondern die Gewalt der Tatsachen und der öffentlichen Meinung. Solange die Nation in Tätigkeit blieb und diese öffentliche Meinung kraftvoll vorwärts getrieben hat, solange hat die Versammlung Gutes und Großes geleistet. Von dem Augenblick an, wo die Nation sich einlullen ließ und aufhörte, unablässig die Versammlung zu beeinflussen, fiel diese in die Schlaffheit und Mittelmäßigkeit zurück, die bezeichnend für sie sind und denen die Gewöhnung an die autoritative Gewalt und die Fortschritte der Korruption die verderblichsten Elemente zugesellt haben . . ."

Schon am 1. 3. 17 (siehe mein Buch „Weltbluff" S. 31 und Stenographischer Bericht des Preuß. Abgeordnetenhauses 1917) und am 1. 3. 18 (siehe Seite 199 dieses Buches und Stenographischer Bericht 1918) fanden im preußischen Parlament ausgedehnte Salvarsandebatten statt, weil eben bei Massentötungen preußischer Staatsbürger dieses zuständig ist. Wer soll denn sonst, wenn die Medizinalabteilung versagt, zuständig sein? Zumal wenn Prof. Jadassohn zugibt, daß die Todesfälle z. T. durch die Schuld der Aerzte verursacht sind. (Klin. Wochenschrift S. 1246, 1922.)

Am 6. Juli 1921 wurde über einen Antrag von Sanitätsrat Dr. Silberstein und mir beraten, nämlich angesichts der S. 194—195 geschilderten nervenzerrüttenden und mörderischen Wirkung möge der Landtag eingreifen. Berichterstatter war der Arzt für Wasserheilverfahren und Vorsitzende des Vereins für physikalisch-diätetische Therapie (Naturheilverfahren d. h. arzneilose Krankenbehandlung), das M. d. L. Dr. med. Weyl, der eigenartigerweise kurzer Hand den Antrag dem Staatsministerium, d. h. der Medizinalabteilung, d. h. dem Referenten Herrn Prof. Lentz überwies. Bemerkt sei, daß ich auf Veranlassung Dr. Weyls zwei Antisalvarsanvorträge in seinem Verein unter seinem Vorsitz hielt unter heftigen Angriffen seinerseits gegen das Salvarsan und den dieses und andere Rückständigkeiten seit Jahren schon unter Kirchner beschützenden Dr. Lentz. War und ist es unter diesen Umständen verständlich, wenn ausgerechnet dieser Salvarsangegner, der er schon aus Prinzip (Wasserheilverfahren!) sein mußte, den Antrag stellte, den Herren Gottstein und Lentz die Prüfung der Frage zu überweisen? Heißt das nicht den Bock zum Gärtner machen? In der Tat waren die im Ausschuß auf das Schlimmste gefaßten und anwesenden Herren Gottstein und Lentz mit ihrem Gegner Weyl als Berichterstatter so zufrieden, daß sie kein Wort zu erwidern brauchten. Herr Lentz hätte als Berichterstatter auch keinen ihm angenehmeren Antrag stellen können. Was soll man dazu sagen, wenn Herr Dr. Weyl die folgenden Ausführungen machte:

„Die Behandlung mit Salvarsan," so führte der Berichterstatter aus, „begegne in immer größerem Umfange erheblichen Bedenken. In der medizinischen Literatur wird der Nachweis geführt, daß Todesfälle im Verfolg der Salvarsanbehandlung

vorgekommen sind und daß Folgeerscheinungen schlimmer Art (metalues) auftraten, die unter anderer Behandlung vermieden werden könnten. Da die Angelegenheit im Wohlfahrtsministerium ständig beobachtet wird, ist zu empfehlen, die Eingabe dem Staatsministerium als Material zu überweisen."

Der Ausschuß beschloß demgemäß ohne Diskussion.

Da Herr Prof. Lentz schon unter Kirchner die Angelegenheit neun Jahre unter Herausgabe falscher Statistiken „ständig beobachtet" hatte, so dürfte Herr Dr. Weyl, der dies wußte, sie an die einzig richtige Adresse gebracht haben, wo sie in der Tat „ständig beobachtet" wird. „Requiescat in pace! Amen." Gott schütze die physikalisch-diätetische Therapie und ihren arzneilosen Verein vor ihren Freunden, mit den Feinden wird sie schon selbst fertig. Aus allen diesen Gründen habe ich meinen Austritt aus diesem Verein (ca. 20 Mitglieder) erklärt, zumal der jetzige Vorsitzende desselben, Schönenberger, nachdem er als Leiter der Universitätspoliklinik für Wasserheilverfahren berufen worden, zusieht, wie Syphilispatienten seines Instituts zu den Salvarsanärzten geschickt werden, um dort mit Salvarsan behandelt zu werden, zumal Prof. Schönenberger, obschon er als Herausgeber der Monatsschrift, die die Kurierfreiheit zum Programm hat, „Der Naturarzt" (Naturheilverfahren), immer das Gegenteil angebetet hat, laut Aerztekorrespondenz vom 3. 6. 22 nach der Aussage von Geheimrat Kraus diesem „sich klipp und klar persönlich dahin ausgesprochen, daß er zur Behandlung von allen Krankheiten und besonders von Geschlechtskrankheiten grundsätzlich nur die approbierten Aerzte als die berufenen Vertreter betrachtet". (Anläßlich des Gesetzentwurfs zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten. Siehe „Sexualrevolution" 237.)

Wenn man berücksichtigt, daß Schönenberger, ohne approbiert zu sein, als Lehrer früher selbst bezahlte „Kurpfuscherei" (im Sinne der orthodoxen Medizin) jahrelang betrieben hat, so habe ich nicht gezögert, auf Grund des Verhaltens sowohl von Dr. Weyl in der Salvarsanfrage als von Prof. Schönenberger in der obigen Frage der Kurierfreiheit, deren Beantwortung für einen Herausgeber des „Naturarzt" ohne Weiteres gegeben ist, da dieser für Kurierfreiheit überhaupt, mindestens aber im Sinne von Prof. Grotjahn, Prof. Flesch, Prof. Jessionek, mir u. a., eintreten sollte, meinen Austritt aus dem Verein zu erklären.

Denn Prinzipien sind auch für den Redakteur des „Naturarzt" dort zu vertreten, wo er durch seinen Verein oder dessen parlamentarische Beziehungen als Universitätslehrer ad hoc gewählt und tätig ist, um die Prinzipien des Vereins zu hüten, oder wo er als „Naturarzt" in die Lage kommt, für das einzutreten und zu fördern, was er in seinem Verein fortwährend als richtig anerkannt hat. Den Ueberweisungsantrag an den heftigsten und mächtigsten amtlichen Salvarsananhänger, Dr. Lentz, durch Dr. Weyl betrachte ich als eine Brüskierung der von ihm und mir und seinem Verein vertretenen Sache, weshalb ich bezüglich des Vereins für physikalisch-diätetische Therapie die Konsequenzen gezogen habe, zumal Dr. Weyl auch für die Nichtzuständigkeit des Parlaments, das bisher, so noch am 6. 7. 21, 1. 3. 17 und 1. 3. 18 zuständig war, votiert haben soll.

Am 16. 6. 22 fand im „Bevölkerungspolitischen Ausschuß" die Beratung über die Eingabe vom 1. Oktober 21 (S. 171) statt. Da ich wußte, daß die Anhänger Gottsteins sich an das Wort, die paritätische Kommission sei am 1. 3. 18 „zur Erwägung beschlossen worden, klammern würden, sie seien zur Einberufung daher nicht verpflichtet, so sandte ich den 28 Mitgliedern, darunter 4 Aerzte (Beyer, Weyl, Stemmeler, Quaet-Faslem) nicht nur meine Bücher „Weltbluff", „Syphilitiker in Gefahr" u. a., sondern auch die folgende vervielfältigte „Aufklärung", die jedem Menschen klipp und klar beweist, nachdem das Parlament zehn Jahre an der Nase herumgeführt worden ist, daß Herr Gottstein (siehe auch Weltbluff S. 67), obschon er doch meinem Kampfe um das Salvarsan seinen Ministerialdirektorposten verdankte, seine Pflicht vergaß. Die „Aufklärung" lautete:

„Berlin, den 15. 6. 22.

An den Ausschuß für Bevölkerungspolitik.

Meistens pflegen die Leute, deren fachlicher Gegner ich aus wissenschaftlicher Ueberzeugung sein muß, auf meinen Angriff ganz zu schweigen, weil sie diesen nicht entkräften können. Wenn es aber mal gar nicht anders geht, dann wird behauptet, ich verdrehe die Tatsachen, ich zitiere falsch usw. Diese Behauptungen werden auch

nicht einmal in der Oeffentlichkeit erhoben, sondern stets nur dann, wenn mir die Möglichkeit einer Erwiderung abgeschnitten ist: Im Parlament, in den Ausschußsitzungen, hinter verschlossenen Türen, in den Wandelgängen, in der mir verschlossenen Fachpresse, die (13. 6. 22) nicht einmal eine Annonce meiner Bücher aufnimmt, kurzum da es nicht möglich ist, mich sachlich zu widerlegen, versucht man durch alle möglichen Hintertreppen, Hintertüren und unterirdische Geheimgänge mein Tatsachenmaterial in Zweifel zu ziehen.

Ich behaupte, daß sowohl Ministerialdirektor Kirchner, wie Ministerialdirektor Gottstein zur Einsetzung einer paritätischen Kommission in einer so wichtigen sozialhygienischen Frage, wie es die des Salvarsans ist, verpflichtet gewesen waren, und daß insbesondere der letztere diese Verpflichtung kannte. Meiner Ansicht nach sogar, ohne daß ihnen dies vom Parlament empfohlen worden ist, sondern auch schon deswegen, weil sie als *über den Parteien stehende Sachwalter des Staates* eine objektive Prüfung der Salvarsanfrage hätten veranlassen müssen.

Soviel selbstverständliches *Neutralitätsempfinden* scheint allerdings den Herren abzugehen, dann aber hätte man zumindest den zur Einsetzung gegebenen Befehl ausführen müssen. Daß dieser Befehl wirklich gegeben worden ist, *zumindest aber mit voller Verpflichtung für Herrn Ministerialdirektor Gottstein existiert*, das wird von den Herren auf Grund einer *Wortklauberei* immer bestritten, und mehr als wozu sie unbedingt verpflichtet sind, wollen sie nicht tun. Aus diesem Grunde möchte ich einmal den Beweis antreten, daß eine Verpflichtung vorliegt.

Am 1. März 1918 fand in der 119. Sitzung des Abgeordnetenhauses (Drucksachen, Seite 7955) eine zweitägige Salvarsandebatte statt. Der damalige sozialdemokratische Abgeordnete Hirsch verlangte eine Ueberweisung der Dreuwschen Petition „*zur Berücksichtigung*“, nämlich zur Berücksichtigung in dem Punkte, daß eine gleichmäßig aus drei Gegnern und drei Anhängern zusammengesetzte Kommission das Tatsachenmaterial in der Salvarsanfrage zu prüfen habe, nicht etwa ein Gutachten über die Güte oder Nichtgüte abgeben solle.

Minister Drews hat zunächst anstelle einer „Berücksichtigung“ einfach Ueberweisung „zur Erwägung“ zu beschließen*) indem er als Minister des Innern die Einsetzung der geforderten Kommission versprach. *Doch Herr Kirchner hat dieses Versprechen seines Vorgesetzten nicht gehalten.*

Sein Nachfolger, Herr Gottstein, wurde in dem Kirchner zugehenden Absetzungsschreiben zu dessen Nachfolger ernannt, unter der *ausdrücklichen Verpflichtung*, die Salvarsanfrage einer Prüfung durch eine paritätische Kommission zu unterziehen, entsprechend der in der 119 Sitzung von 1918 aufgestellten Forderung des damaligen sozialdemokratischen Abgeordneten und zur Zeit dieses Beschlusses als Ministerpräsident tätigen Herrn Hirsch, der „*Berücksichtigung*“ verlangt hatte.

Aus diesem Zusammenhange geht klar hervor, daß Herr Gottstein nicht etwa nur zu einer Erwägung, sondern zur *Berücksichtigung*, d. h. zur Einsetzung der paritätischen Kommission verpflichtet war.

Die Kommission ist aber bis zum Jahre 1922 noch nicht eingesetzt gewesen, obwohl sie durch zahllose Zeitungskorrespondenzen immer wieder dringend gefordert worden ist. (Politisch-Parlamentarische Nachrichten, Berliner Redaktion, Schweder und Hertz, Neue gesellschaftliche Korrespondenz). Wenn Herr Gottstein oder einer seiner Untergebenen nur einmal im Laufe dieser 1½ Jahre eine Zeitung in die Hand genommen hätte, so hätte er daran erinnert werden müssen, ganz abgesehen davon, daß Beamte eigentlich meiner Ansicht nach ihre Pflicht erfüllen müssen, ohne daß sie täglich darauf hingewiesen werden müssen. Es ist auch am 24. 1. 20 von mir laut dem in meinem Buche „Weltbluff“ Seite 71 abgedruckten Brief von mir schriftlich daran erinnert worden.

Als nun endlich in der 117 Sitzung vom 20. 2. 20 der Abgeordnete Dr. Beyer sagte:

---

*) Die Stufenfolge ist: 1. „Uebergang zur Tagesordnung“, 2. „Material“, 3. „Erwägung“, 4. „Berücksichtigung“. Bei 3 muß die Regierung nach einem Jahre die Gründe für ihr Verhalten angeben, bei 4 ist sie „verpflichtet“. Sie hat weder die Gründe angegeben, noch das Wort, auf Grund dessen „Erwägung“ zustande kam, gehalten.

„Es ist hier im Abgeordnetenhaus früher eine Kommission eingesetzt worden, in die drei Gegner und drei Anhänger des Salvarsans eingesetzt werden sollen, um über die Frage zu entscheiden. Mir ist berichtet, daß diese Kommission nicht zusammengetreten ist, sondern daß die führenden Männer es verstanden haben, das Zusammentreten dieser Kommission zu verhindern." Was erklärte daraufhin in derselben Sitzung, Ministerialdirektor Gottstein?"

„Was die paritätische Kommission zur Salvarsanfrage betrifft, die nach dem Herrn Redner die Vorgängerin dieser Versammlung eingesetzt haben soll, so ist mir aus den Akten von der Einsetzung einer solchen Kommission nichts bekannt. Ich hätte sonst Gelegenheit genommen, sie einzuberufen. Auch der Herr Referent, der diese Frage bearbeitet, erklärte mir eben, daß er von dem Bestehen einer Kommission derart, wie sie Herr Beyer kennzeichnete, nichts wisse."

An dieser Sache ist zumindest das Eine wahr, daß weder Herr Lentz, der Referent, noch Herr Gottstein, etwas von dem Bestehen der Kommission wußten. Denn gegen den ausdrücklichen Befehl haben sie ja die Kommission einberufen, infolgedessen bestand sie natürlich auch nicht.

Die ganze Antwort ist ein Spielen mit Worten um den Kern der Sache und sie beweist am besten, daß Herr Lentz und Herr Gottstein durchaus wissen, daß sie zu der Einberufung der Kommission verpflichtet gewesen waren. Beide haben ihre Pflicht verletzt.

Weil immer wieder eine Verdrehung dieses Tatsachenbestandes versucht wird, zitiere ich den angenommenen Antrag noch einmal wörtlich:

„Der Zentralrat möge beschließen, den Minister des Innern (Hirsch) darauf hinzuweisen, daß für einen Herrn wie Ministerialdirektor Kirchner, der als starres Hindernis in der freien Wissenschaft zu betrachten ist, kein Platz als Ministerialdezernent in der heutigen Zeit mehr ist." Der Minister des Innern wird darum gebeten, schnellstens dafür Sorge zu tragen, daß baldigst im Sinne seiner Ausführungen (d. h. Ministers Abgeordneten Hirsch, d. h. Berücksichtigung und Einsetzung der parlamentarischen Kommission) der 119. Sitzung vom 1. 3. 18 des Abgeordnetenhauses verfahren und dementsprechend das Dezernat besetzt wird."

So ist Herr Gottstein Ministerialdirektor geworden!

Hirsch (S.P.D.) sagte am 1. 3. 18: „Wir halten zur Klärung die Einsetzung einer paritätischen Kommission für erforderlich und haben beantragt, daß diese Forderung der Regierung zur „Berücksichtigung" zu überweisen ist."

Faßbender (Zentrum): Ich stehe dem Antrag auf Einsetzung einer paritätischen Kommission sehr freundlich gegenüber. **Minister Drews** versprach an Stelle der anwesenden aber nicht sprechenden Lentz und Kirchner unter Hinzuziehung von Gegnern, die ihren Standpunkt dann aufs „allerfreieste" darlegen sollten, eine Sachverständigenkommission (1. 2. 19, siehe mein Buch „Weltbluff" S. 51) einzuberufen. (Dieses Versprechen ist nicht gehalten worden, und mir als dem einzigen Gegner hat man das Wort entzogen, so daß ich die Todesfälle nicht aufzählen konnte. Dr. Dr.) An Stelle der „Berücksichtigung"*) möge man daher „Erwägung" beschließen. Die Aerzteschaft (!!??) würde schon das Richtige finden. (S. „Weltbluff" 3.78). Die Regierung würde schon rein objektiv und neutral die Sache prüfen. (Alles dies ist nicht gehalten worden und die Voraussetzungen, unter denen das Abgeordnetenhaus „Erwägung" auf die Bitte der Regierung hin beschloß, sind daher hinfällig. Dr. Dr.)

Negenborn (Konservativ): „Die Erklärung des Ministers ist nicht voll befriedigend. Die Mitteilungen der Regierung in der Kommission seien nicht genügend, die Syphilis habe gewaltig trotz Salvarsan zugenommen, die Salvarsanreklame, die Christus und Ehrlich auf eine Stufe gestellt, sei schamlos und ekelhaft gewesen, man sei einseitig verfahren, da der Herr Minister selbst zugegeben habe, daß man den Salvarsangegnern die Fachpresse verschlossen habe. Darum könne das „Forum der Aerzte" allein nicht unbedingt Vertrauen finden, nur eine konzentrierte Diskussion könne die Sache beschleunigen, daher hätte seine Fraktion „Berücksichtigung" beschlossen, nach den (nie gehaltenen Dr. Dr.) Versprechungen des Ministers Drews wolle aber seine Fraktion für die erbetene Erwägung eintreten.

---

*) Fußnote: Wenn es richtig ist, daß Gottstein im Ausschuß am 17. 6. 22 gesagt haben soll, er habe den Absetzungsbeschluß Kirchners mit seinen Verpflichtungen für den Nachfolger nicht gekannt, sonst hätte er die Stelle (um die er sich mit allen Mitteln bei Hirsch bemüht) nicht angenommen, so hat er etwas gesagt, was nicht den Tatsachen entspricht und a priori schon unglaublich ist.

Am anderen Tage lautete der Börsenbericht der Frankfurter Zeitung: „Höchster Aktien lustlos wegen Prüfungskommission." Konnte das Mittel eine Prüfung nicht vertragen? (S. 7 des „Weltbluff").

Man darf zu dem jetzigen Parlament*) das Vertrauen haben, daß es das Sicherheitsventil, das leider im Jahre 1918 im Vertrauen auf die nicht gehaltenen Versprechungen der Regierung nicht angebracht wurde, heute endlich einbauen wird. Die nicht gehaltenen Versprechungen der Bureaukratie verlangen dies angesichts der vielen Salvarsantoten. (42 durch 5 Aerzte, Arndt, Silbergleit, Rille, Hahn, Scholtz).

Die dokumentarische Schilderung der Vorgänge ist in meinen den Mitgliedern des bevölkerungspolitischen Ausschusses des Landtages z. T. zugegangenen Büchern „Weltbluff, „Salvarsangefahr" und „Sexualrevolution" gegeben."

Leider hat der Ausschuß des Parlaments sich völlig vom unsichtbar arbeitenden Salvarsanismus beeinflussen lassen, der, wie mir ein Mitglied des Ausschusses mitteilte, einen derartigen indirekten Einfluß verursache, daß dieses Mitglied es nicht gewagt habe, obschon es meiner Ansicht auch in Sachen Salvarsan beipflichtete, gegen den Salvarsanismus in der obigen Sitzung zu stimmen. Daher habe es, um nicht schließlich seine Stelle und sein Abgeordnetenmandat zu verlieren, anders gestimmt als ihm zu Mute gewesen wäre. Ueber das Resultat der „Abstimmung" schrieb am 26. 6. 22 die Berliner Presse unter der Ueberschrift: „**Ein Bestechungsversuch im Kultusministerium. Ein eigenartiger „Gerichtshof"** den folgenden Aufsatz:

„Die Szene ward zum Tribunal!

Vor dem „Gerichtshof" des bevölkerungspolitischen Ausschusses des Landtages spielte sich am Freitag, den 16. d. M., eine eigenartige Szene ab, die den traurigen und zugleich beschämenden Aktschluß eines Dramas darstellte, wie es spannender und listenreicher auf der volkspolitischen Drehbühne noch nicht gespielt worden ist. In einer Eingabe vom 1. 10. 1921 war der Geh. Obermedizinalrat und Vortragende Rat im Wohlfahrtsministerium Dr. Lentz und der Geh. Oberregierungsrat und Vortragende Rat im Kultusministerium, Dr. Krüß beschuldigt worden, daß sie, ohne Einspruch zu erheben, einem Bestechungsversuch in ihren Amtszimmern ruhig zugesehen hätten. Diese Behauptung ist, ohne daß das Geringste geschehen ist, seit 2 Jahren in der Presse immer wieder und wieder aufgestellt worden und ebenfalls die Behauptung, daß die Vorgesetzten der obigen Herren, insbesondere Ministerialdirektor Gottstein, nichts gegen diese Beschuldigung unternommen hätten. Dem Bestechungsversuch liegt folgender Tatbestand zugrunde:

Im Jahre 1919 sandte das Kultusministerium den salvarsangegnerischen Arzt Dr. Dreuw auf Kosten des Staates zum Zwecke der Salvarsanprüfung nach Frankfurt an das Ehrlichsche Institut. Sein Bericht lautete ungünstig, da man dort die Salvarsan-Todesfälle unglaublicherweise nicht gebucht, d. h. eine Bilanzverschleierung in der Salvarsanfrage vorgenommen hatte. Im Anschluß an diesen ungünstigen Bericht, der in seinem großen Werk „Die Sexualrevolution", veröffentlicht ist, wurde er ins Kultusministerium und später ins Wohlfahrtsministerium gebeten und es wurde ihm von dem Direktor des Ehrlichschen Instituts, Geh. Knolle, 25 000 M. jährlich aus dem Fonds des vom Salvarsankapital unterhaltenen Frankfurter Speyerhauses angeboten, die Dr. Dreuw ablehnte. Als diese unglaublichen Tatsachen in die Oeffentlichkeit drangen, da gab das Kultusministerium diesen Bestechungsversuch mit folgenden Worten, die es der Presse übergab, zu: „An dieses Angebot knüpfte Geh. Knolle lediglich die Voraussetzung, daß Dr. Dreuw künftig nicht in der bisherigen Form der Polemik die Diskussion in der Salvarsanfrage weiterführen möchte, wogegen Geh. Knolle bemüht sein werde, die ihm bisher verschlossene medizinische Fachpresse wieder zu öffnen." Hier wird also klipp und klar nach dem Prinzip des „do ut des" der Bestechungsversuch zugegeben. Alle möglichen Petitionen sowohl an das Wohlfahrtsministerium, als an das Kultusministerium, und alle möglichen Berichte in der Presse veranlaßten die Vorgesetzten der obigen beiden Herren nicht, die nötigen Konsequenzen zu ziehen. Infolgedessen wandte sich Dr. Dreuw, um eine

---

*) Fußnote: Nachdem der Ausschuß im „republikanischen" Preußen am 17. 6. 22 sich unsterblich mit seiner „Unzuständigkeit" blamiert hat, sollte das Plenum sich ein Beispiel nehmen an der zweitägigen Debatte im „königlichen" Preußen, das sich nicht für „unzuständig" erklärte, obschon es keine Kommission für „Bevölkerungspolitik" hatte, weil eben per artem medicorum die Bürger salvarsangetötet wurden. Wo bleiben die vier Ausschußärzte??

Klarstellung zu erreichen, am 1. Oktober 1921 mit einer Eingabe an den Preußischen Landtag mit der Bitte, gegen die an dem Bestechungsversuch beteiligten Beamten und gegen die Vorsteher ihrer Ressorts ein Verfahren zu eröffnen. Gleichzeitig mit der Bitte, auch die vom Preußischen Landtag am 1. 3. 1908 fast einstimmig beschlossene und vom Ministerpräsidenten Hirsch zur „Berücksichtigung" empfohlene paritätische Salvarsan-Prüfungs-Kommission einzuberufen angesichts der zahllosen Massentötungen preußischer und deutscher Staatsbürger (42 allein durch 5 Aerzte). Zur Einberufung dieser Kommission war Ministerialdirektor Gottstein verpflichtet, da der Absetzungsbeschluß seines Vorgängers von ihm als seinem Nachfolger „Berücksichtigung" verlangte. Trotzdem hat er diese Kommission nicht einberufen.

Es steht also zweierlei fest:

1. Der Bestechungsversuch ist vom Kultusministerium zugegeben worden und seit 2 Jahren hat man nichts dagegen trotz der immer wieder und wieder aufgestellten Behauptungen unternommen. Wer nichts sagt, scheint zuzugeben!

2. Herr Ministerialdirektor Gottstein hat gegen seine Pflicht die paritätische, ihm zur Berücksichtigung empfohlene Kommission nicht einberufen.

Was macht nun der Landtag mit dieser Petition? Er überwies sie an den bevölkerungspolitischen Ausschuß, der am Freitag, den 16. cr. nach ganz kurzer Beratung ohne irgend welche Beweiserhebung das folgende salomonische Urteil fällte:

„Der Landtag möge beschließen, „die persönlichen Angriffe der Eingabe als unbegründet zurückzuweisen und die Eingabe zurückweisen, da der Ausschuß sich für die Behandlung der sachlichen Forschung als nicht zuständig erklärt."

Die Mitglieder dieses Ausschusses sind die folgenden: Dr. Beyer, Bräucker, Frau Ege, Hauke, Staatsminister a. D. Hirsch, Frau Lawatsch, Wiczorowski, Frau Wohlgemuth, Fr. Eickelboom, Dr. Faßbender, Frau Heßberger, Frau Dr. Lauer, Metzinger, Dr. Stemmler, Dallmer, Dr. Krüger-Allerheiligen, Dr. Quaet-Faslem, Dr. Ritter, Frau Dr. Spohr, Frau Dr. Kemper, Frau Poehlmann, Dr. Steffens, Wiedemann, Frau Arendsee, Schumann, Frau Kunert, Dr. Weyl, Frau Dönhoff, Hartmann.

Das Wort zur Bearbeitung der Ausschußmitglieder führte in dem Ausschuß hauptsächlich der frühere Ministerpräsident Hirsch, der Behauptungen aufstellte, die einer kritischen Beurteilung nicht standhalten würden, wenn die Ausführungen an einer Stelle gemacht würden, die der öffentlichen Kritik unterliegt und die nicht als eine Geheiminstanz zu betrachten wäre. Es ergeben sich folgende Fragen:

1. Wie kommt der Ausschuß dazu, über eine Eingabe überhaupt ein Urteil zu fällen, die hauptsächlich das Kultusministerium betrifft? Was hat ein Bestechungsversuch im Kultusministerium mit Bevölkerungspolitik zu tun? Warum beschloß man nicht wie bisher üblich entweder: „Uebergang zr Tagesordnung" oder Ueberweisung an die Regierung als „Material", „Zur Erwägung", „Zur Berücksichtigung". Warum diese gedrehte Wendung eines unfreiwilligen „Gerichtshofes"?

2. Wie kommt der Ausschuß dazu, etwas als „unbegründet" zurückzuweisen, was als „begründet" das Kultusministerium selbst zugegeben hat? Volenti non fit injuria!

3. Was wird das Plenum des Landtags dazu sagen, was der Verein gegen das Bestechungsunwesen, was die auf Ordnung und staatliche Reinlichkeit sehenden Parteien des Landtages?

4. Was hat eine derartige dem Parlament mitgeteilte Prüfung mit „persönlichen Angriffen" zu tun?

Betrachtet sich der Ausschuß etwa als Exkulpator für die angegriffenen Beamten? Dann ist es ja in Zukunft überhaupt nicht mehr möglich, sich als Staatsbürger mit einer Bitte an den Landtag zu wenden zum Zwecke der Untersuchungen in den Aemtern, wenn demjenigen, der eine solche Angabe im Interesse des Staates macht, „persönliche Angriffe unterschoben werden. Da derartige Handlungen, wie ein Bestechungsversuch, stets von Personen gemacht werden, so kann man eine Prüfung selbstverständlich nur dann verlangen, wenn man die Personen auch mit Namen nennt.

6. Glaubt der Ausschuß für Bevölkerungspolitik in einer halben Stunde ohne jede ernstliche Prüfung das als „unbegründet" zurückweisen zu können, wozu ein ordentlicher Gerichtshof mehrtägige Verhandlungen nötig hätte?

Noch mehr muß man sich wundern, daß der Ausschuß in der zweiten Forderung nach Einberufung der paritätischen Kommission, die schon oft in langem Beraten das Parlament beschäftigt hat, sich als nicht zuständig erklärt. Daß er nicht zuständig ist, bezüglich der Eruierung eines Bestechungsversuches war ohne weiteres einleuchtend

und gerade hier erlaubt er sich ein Urteil! Wo er aber zuständig ist in einer tatsächlich sehr wichtigen bevölkerungspolitischen Frage, nämlich um durch die Einsetzung einer Kommission endlich eine objektive Prüfung all der Unregelmäßigkeiten und der wieder und wieder von der Regierungsseite geleugneten Massentötungen deutscher und preußischer Staatsangehöriger (42 durch 5 Aerzte) durchzusetzen, erklärt er sich für unzuständig.

Das sieht so aus wie ein Herumgehen um den heißen Brei. Daß allein und ausgerechnet die kommunistischen Mitglieder es waren, die mit diesem Urteil des hochweisen Ausschusses nicht einverstanden waren, gibt dem Ganzen einen Stich ins Groteske. Man darf nunmehr gespannt sein, ob und wann der Bestechungsversuch an Dr. Dreuw seine Sühne, wann die versprochene paritätische Untersuchungs-Kommission über das massenmordende Salvarsan zu Gericht sitzen wird. — — „Eher geht wohl ein Kamel durch ein Nadelöhr — —!"" Soweit die Presse am 26. 6. 22.

Auch der Ausschuß, vom Februar 1918, beschloß über die „Parität. Kommission" auf Grund der unwahren „Aufklärung" von Lentz und Kirchner (siehe „Weltbluff" S. 132 ff.) „Uebergang zur Tagesordnung" und am 1. 3. 18 mußte der Minister, nachdem ich (siehe „Weltbluff" 133) das damalige Plenum in Wort und Schrift aufgeklärt hatte (zur Zeit des „unfreien" Kaiserreiches, heute haben wir die „freie" Republik), die Parteien bitten, von der (auf Grund meiner dann einsetzenden Aufklärung) in den Fraktionen beschlossenen „Berücksichtigung„ abzusehen und „Erwägung" zu beschließen. Aber alle Versprechungen des Ministers, die Frage dann rein neutral zu prüfen, sind später von den Bureaukraten Gottstein u. a. nicht gehalten worden. Was veranlaßt diese, beim Salvarsan so zu handeln? Es ist nicht schwer, diese Frage zu beantworten, wenn man die in meinen Büchern geschilderte Salvarsangeschichte studiert, die für alle Zeiten ein Denkmal der wissenschaftlichen Schande darstellen wird. Ich frage die Medizinalabteilung, warum sabotiert sie eine paritätische Prüfung, warum hat weder sie noch das Ehrlich-Institut eine Registrierung sämtlicher Salvarsantoten und Salvarsangeschädigten gemacht? Für alle möglichen falschen Statistiken und Exkulpationskongresse (siehe „Weltbluff" S. 136, 142) hatte man Zeit und Geld, um auf Staatskosten die Exkulpatoren die Reise machen zu lassen, während man ernste Berliner Gegner, die nichts kosteten, fernhielt. Preußen scheint viel Geldüberfluß zu haben. Hier liegt die Irreführung klar zu Tage. Und was machte der „Ausschuß für Bevölkerungspolitik"? Plötzlich ist er nicht zuständig. Dann soll er sich auflösen, denn die Salvarsanfrage bedeutet „Bevölkerungspolitik".

Seit Jahren hat die Medizinalabteilung der Oeffentlichkeit, den Parlamenten und der Presse Statistiken und Mitteilungen über die Salvarsanfrage vorgelegt, die unwahr, falsch und irreführend waren, Statistiken, deren Grundlage so gewählt war, daß die Irreführung ohne weiteres klar zu Tage lag. Dieses System führte zum Sturz des Ministerialdirektors Kirchner. Ich habe es in meinen Büchern „Salvarsangefahr", Sexualrevolution", „Weltbluff" und in zahllosen Zeitungsartikeln beschrieben, ohne daß man (selbst nicht einmal auf den Vorwurf von Bestechungsversuchen in der Salvarsanfrage in den Amtszimmern der Ministerien) reagierte. Ich stehe nach den Erfahrungen in verschiedenen politischen Prozessen der letzten Zeit (Erzberger, Hermes, Eisner), auf dem Standpunkt, daß ein kleines Schöffengericht mehr Aufklärung schafft als eine Ausschußberatung, von der die Ankläger ferngehalten werden und die „Aufklärung von hinten herum" eine große Rolle spielt. Es ist nicht zu begreifen, daß in strittigen Fragen diejenigen, die es angeht, wenn sie nicht Mitglieder des Parlaments sind, nie gehört werden. Ein solches System trägt den Keim der Hintertreppenaufklärung und Korruption in sich, weshalb bestimmte Gesellschaften sich sogar bezahlte „Aufklärer" leisten, die dann ad hoc in den Wandelhallen des Parlamentes die „Aufklärung" besorgen. Ein solches System bedarf der Korrektur Wenn also das System der parlamentarischen, eidlosen „Aufklärung" in den geheimen Ausschüssen schwere Lücken zeigt, dann hat die verantwortliche Abteilung der Regierung d. h. der betreffende Ministerialdirektor, die heilige Pflicht, namentlich in Fragen wie die des Salvarsanismus, wo es sich um Leben oder Tod der Bürger handelt, dem Parlament auf Anfragen der Abgeordneten hin eine völlig erschöpfende und völlige Aufklärung verschaffende Antwort, nicht eine dialektische Wortklauberei vorzusetzen. Er darf wie bei einem Eide nichts verschweigen und nichts hinzufügen, was die wahrheitsgemäße Aufklärung des Parlaments, da ja der Beamte neutral sein soll, inhibieren kann. Mit sophistischen und dialektischen Redewendungen oder ein sich Klammern an ein etwa schiefes Wort der Frage wird der Wahrheit nicht gedient und wird der Tod (12 Tote und 231 Lebervergiftungen zugegebener-

maßen bei einem Arzt im letzten Jahr 1921) nicht von der Bürgerschaft abgewendet. Es bedeutet einen traurigen Niedergang der parlamentarischen Sitte und des parlamentarischen Anstandsgefühls, angesichts der furchtbaren, in meinen Büchern geschilderten Verbrechen des Salvarsanismus, wenn man sich bevölkerungspolitisch selbst ausschaltet und sich nicht für kompetent erachtet, dort, wo Arbeiter und Bürger mit ihren Familien dem großkapitalistischen Moloch „Salvarsanismus" geopfert werden. (Siehe „Weltbluff" S. 13 ff.) Warum weigern sich die Verantwortlichen der Medizinverwaltung seit Jahren, die Gegner des Salvarsans zu hören? Weil man die Wahrheit fürchtet. Warum klärte Gottstein und sein Attachee Lentz, auf dessen Zimmer in der Salvarsanfrage der Bestechungsversuch gemacht wurde, der über die zweitägigen Sitzungen eine (wenn auch unrichtige) „Denkschrift" verfaßte, die Landesversammlung nicht so auf wie der Ernst und die Menschengefahr es erforderte? 6 Tote in Hamburg bei einem Arzt in einem Jahr (1919), 13 bei einem Berliner anderen (1921), ca. 70 bei 10 Aerzten, 5 bei Prof. Jadassohn etc. etc.! Genügt das noch nicht? Der Salvarsankirchhof, den ich, da Herr Gottstein sich einer neutralen Klärung gegenüber trotz aller Ermahnungen passiv verhält, in dem „Offenen Buch" („Weltbluff" S. 13) geschildert habe, wird, wenn das Volk sich ohne Kontrolle von den Regierungspersonen Lentz und Gottstein noch weiter die Gesetze der Pflicht und des Handelns vorschreiben läßt, von Tag zu Tag wachsen, bis die Bevölkerung eines Tages selbst dem Treiben der Salvarsanisten ein Ende setzen wird.

Meine Antwort auf die Kulturschande vom 26. 2. 22. (S. S. 2).

Berlin, den 27. 6. 22. An den Vorsitzenden des deutschen Aerztevereinsbundes, Herrn Geh. San.-Rat Dr. Dippe. Sehr geehrter Herr Kollege! Gegen die Ablehnung einer Annonce meiner Bücher im A. V. B. durch Herrn Dr. Herzau erhebe ich hierdurch Protest. Auf meine Anfrage nach den Gründen erhielt ich heute den (S. 2 veröffentlichten) Brief. Das Verhalten Dr. Herzaus bedeutet nichts mehr und nichts weniger als die mittelalterliche Aufrichtung des berüchtigten „Index librorum prohibitorum". Ich bitte Sie daher im Interesse des Ansehens und der Würde einer freien Wissenschaft dieses nach Mittelalter riechende Dokument einer Ueberschätzung der eigenen Urteilsbefähigung über wissenschaftliche Fragen und wissenschaftliche Forschungsergebnisse bei strittigen Problemen sobald als möglich außer Kraft zu setzen, als die unbefugte Anmaßung eines Richteramtes seitens eines Mannes, der in sexualpolitischen Fragen nicht die Vorbildung genossen hat, um sich selbst als denjenigen zu betrachten, der vermöge lediglich einer Stellung beim Aerztevereinsbund glaubt, die Wissenschaft durch einen ungehörigen Boykott anstelle der Tatsachenwiderlegung in ein Ihm und seinen Freunden genehmes Fahrwasser zu leiten. Man widerlege aber boykottiere nicht meine Ideen.

Zunächst die Bemerkung, daß ich allepathisch denkender und fühlender Arzt bin, daß ich Anhänger der Quecksilberbehandlung bin, da diese erprobt ist, und Gegner der großkapitalistischen Salvarsanbehandlung, da diese nicht erprobt ist, vielmehr als noch zu erprobende Methode der Kritik unterliegt. Diese Kritik auszuüben ist das Recht eines jeden deutschen Arztes.

Das Gericht hat in München am 9. 3 21 konstatiert, daß die Unterdrückung der Kritik meiner Bücher und Arbeiten durch die Fachpresse vielleicht zum Schaden der Entwicklung der freien Wissenschaft geschehen sei, und diese mußte es noch besser wissen, da Sachverständige geladen waren, als Herr Dr. Herzau, der sich ein Richteramt bloß anmaßt. Die angebliche „Mehrheit" ist bloß die Folge der Kritikunterbindung.

Als Grund für die Errichtung eines modernen „Index librorum prohibitorum pro medico" (der moderne Ersatz für die abgeschafften Scheiterhaufen!) gibt H. die eben mitgeteilten „Gründe" an. Ich kämpfe 1. gegen den Salvarsanmißbrauch und die dadurch bewirkten Massentötungen, 2. für die Einführung der allgemeinen gleichen und diskreten Anzeigepflicht" bei Geschlechtskrankheiten. Prof. Arndt gibt 12 Todesfälle und 242 Vergiftungen in einem Jahr, Prof. Hahn 6, Dr. Silbergleit 18 Todesfälle zu, auf 10 Aerzte kommen 70. Bedeutet der Kampf eines Arztes gegen diese Massentötungen „eine große Gefahr für die öffentliche Gesundheitspflege?" Oder eine Gefahr für den Geldbeutel? Im Interesse Ihres Bundes nehme ich das nichten. Die gesamte öffentliche Meinung dürfte nur ein Lächeln haben über die Definition Herzaus. Oder gehen diesen 70 durch die „Kunst" von 10 Aerzten dahingestreckte deutsche Staatsbürger so wenig an, daß er die Kritik darüber mit einem Annoncenboykott verhindern möchte? Ein kindliches Unterfangen eines Arztes, dem Sie diesen Posten übertragen haben. Und ist mein, wie die beiliegenden (S. 140) Presseurteile Ihnen zeigen, im In- und Auslande anerkanntes System des Diskretionismus „eine große Gefahr für die öffentliche Gesundheitspflege?" Lesen Sie bitte das Urteil von Prof. Petters sen., der „Münch. N. N." jetzt. (S. 140).

Ich gebe mich der Hoffnung hin, daß Sie die Eigenmächtigkeiten eines Mannes bald redressieren, dem sein Posten anscheinend derartig in den Kopf gestiegen ist, daß er den Begriff „Oeffentliche Gesundheitspflege", den er schon 1914 nicht kannte, nicht kennt. Es wird Zeit, daß er diesen Begriff bald wieder kennen lernt. Daher wende ich mich an Sie, und wenn dies nicht helfen sollte, an die „Oeffentliche Meinung".

Herr Herzau sorge dafür, daß die Annoncen von nichtapprobierten Heilkünstlern (Anlage 1) und der chemischen Großindustrie aus der Fachpresse, die ebenso wie ihre Funktionäre davon lebt, verschwinden, anstatt der wissenschaftlichen Forschung Knüppel zwischen die Beine zu werfen nach dem Prinzip: „Haltet den Dieb." Das wird ihm nicht gelingen. Herr Herzau verwechselt anscheinend „Bestrebungen der deutschen Aerzteschaft" mit den Bestrebungen einer Clique, die in der Tat, „eine große Gefahr für die öffentliche Gesundheitspflege" ist. (70 Salvarsantote allein durch 10 Aerzte!)

Mit vorzüglicher kollegialer Hochachtung Ihr ergebener Dr. Dreuw.

Daraufhin antwortete anstelle von Dippe oder Herzaus Sekretärin am 13. 7. 22, ohne Erwähnung meiner Salvarsanbücher könne die Anzeige erscheinen, was ich unter Hinweis auf das hoffentliche Desinteressement des Aerztevereinsbundes an dem großkapitalistischen Wucherprodukt mit nicht mißzuverstehender Deutlichkeit am 17. 7. 22 durch mein Dienstmädchen ablehnen ließ. „Und hänget Ihr heute die Wahrheit auf, ersäuftet sodann sie elendig, und schößet sie tot und erschlüget sie d'rauf, sie würde doch wieder lebendig."

22. Salvarsanismus und Polizei.

Dies soll mein Reim sein: Cedo nulli: Hier fährt daher, der niemand weicht. Luther.

Tempora mutantur; nos non mutamur in illis! Im Jahre 1846 versah Dr. Semmelweiß Assistentendienst bei Prof. Klein in Wien, auf dessen Abteilung er eine geradezu erschreckende Sterblichkeit der Wöchnerinnen konstatierte. Semmelweiß entdeckte die Ursache, die Sterblichkeit ging von 12% auf 1% zurück, aber er wurde bekämpft, gelästert und gekeßert. 1850 maßregelte man ihn, weil er eine Statistik der Abteilung veröffentlicht hatte und man ließ ihn nur beschränkt zur Dozentur zu. Daher schüttelte er den Staub des undankbaren und von Medicokapitalisten durchseuchten Wien von den Füßen, ging nach Budapest, wo er anerkannt wurde und wo mitten im Park der Stadt sein Denkmal als Wohltäter der Menschheit steht. —

Man sieht, Statistiken, die vor Medizinirrtümern warnen, durften damals unter Strafe der Absetzung und Ketzerung nicht veröffentlicht werden. (Siehe „Sexualrevolution“ Seite 512.) Und heute?

Am 18. 4. 14 veröffentlichte ich in 6 Zeilen (!) die Seite 232 reproduzierte Statistik, die das Königl. Polizeipräsidium bereits einem beim Polizeipräsidium nicht angestellten Privatarzt, dem Vetter des Salvarsanerfinders, Prof. Felix Pinkus zugängig gemacht hatte, die zeigte, daß 50 % der Prostituierten 1911 nach der Salvarsaneinführung mehr als 1910 ohne diese dem Krankenhause überwiesen werden mußten. Eine furchtbare Blamage schon 1911. Was Herr Dr. Pinkus wußte, konnten also auch die anderen Aerzte erfahren. Wie die S. 221, 232 niedergelegten Dokumente beweisen, benutzte der Salvarsanismus dieses „Verbrechen“, das in Wirklichkeit, da das Volk Recht auf Wahrheit und Klarheit in neutralen medizinischen Fragen verlangen kann, wenn es sich um seinen eigenen Körper handelt, schon längst vom Polizeipräsidium selbst hätte verübt werden sollen, um mich ohne Angabe von Gründen aus dem für den Salvarsanismus gefährlichen Beobachtungsposten zu entfernen, auf welchem ich, ohne mein Gewissen selbst als Arzt zu belasten, das Salvarsanunheil registrieren (hinc illae lacrimae) konnte. (Siehe „Salvarsangefahr“ Seite 40—48). Man sieht, seit 1850 bis 1914 hat sich nichts geändert.

Ich veröffentliche im Folgenden die Dokumente, um an der Hand von Tatsachen alle die amtlichen und nichtamtlichen Märchen richtigzustellen, die man über die Art meiner Entlassung als Polizeiarzt verbreitete, um dem Salvarsanismus zu dienen. Ministerialdirektor Kirchner verbreitete amtlich (Drucks. des Abgeordnetenhauses 1918. Seite 7942): „Dreuw nenne sich Polizeiarzt, obschon er schon vor Jahren aus dieser Stellung entlassen sei (Er nannte sich „Polizeiarzt a. D.“). Diese Entlassung wäre nicht wegen seiner Stellung zum Salvarsan erfolgt, (siehe Seite 232) sondern „weil er sich mit seinen

Kollegen nicht stellen konnte" (siehe Seite 225), weil er sich den „Anordnungen nicht gefügt habe" (siehe Seite 229) und weil er zu „Veröffentlichungen trotz Verbots amtliches Material benutzt habe" (siehe Seite 232).

Da diese Verunglimpfungen durch W. T. B. und alle Kreisblätter etc. etc. mittels des gesamten amtlichen Apparates unwidersprochen verbreitet wurden und sie nicht nur in einer wichtigen sozialhygienischen Frage eine öffentliche Gefahr, sondern auch eine schwere Schädigung meines Kredits bedeuten, so habe ich mich heute nach 8 Jahren entschlossen, diese und andere amtliche und nichtamtliche Unwahrheiten endlich einmal dokumentarisch richtig zu stellen. (Siehe „Salvarsangefahr" Seite 40.) Ich will endlich einmal alle die Bösartigkeiten, die über das Drama „Salvarsanismus" verbreitet wurden, in Wahrung eigener und öffentlicher Interessen als Märchen und Erfindungen dokumentarisch festlegen insbesondere „weil ich mich (die Sache war [siehe S. 285 ff.] umgekehrt) mit dem Kollegen nicht stellen konnte". (Kirchner.) Ein Mann wie dieser, der amtlich aus der Luft gegriffen erklärte, „Ehrlich habe mir kein Material geschickt, weil er mich für unzuverlässig hielt", leidet, wie ich dokumentarisch bewiesen habe (Archiv für physik. diaet. Therapie 1919 Nr. 8) an pathologischer Unwahrhaftigkeit.

Diese, sein Ehrgeiz, sein Machtstandpunkt und der Servilismus im alten Deutschland, der ins neue sich hinübergerettet, führten zu einem Drama, zu einem Kampf um „Wissenschaft und Wahrheit", der mit allen Mitteln des kapitalistisch dirigierten Staates und der mit ihm verbundenen geldgierigen Zunft (nicht des Standes) gegen einen Einzelnen geführt wurde, der nichts weiter beabsichtigte, als die Aerzteschaft vor den per artem medici geschaufelten Gräbern zu warnen.

Personen des Dramas: Ministerialdirektor der Medizinalabteilung des Innern **Geheimrat Kirchner**, der beste Freund von Geheimrat Ehrlich in Frankfurt a. M., der letztere mit Millionen am Salvarsan heimlich beteiligt. **Dr. Felix Pinkus**, Vetter Ehrlichs, behandelnder Arzt der Berliner Prostituierten im Fröbelkrankenhaus. **Dr. Güth**, Arzt und Sittenpolizeiinspektor. Guter Bekannter des Felix Pinkus, des Generalsekretärs der D. G. B. G. Güth stiller subalterner medizinischer Berater des juristischen Dezernenten der Kriminal- und Sittenpolizei, Oberregierungsrat Hoppe. Die **D. G. B. G.** gegründet von dem besten Duzfreunde Ehrlichs, **Prof. Neißer** und **Prof. Blaschko**, beide intensiv befreundet mit Felix Pinkus. **Geheimrat Schlegtendal**, der medizinische Dezernent der Sittenpolizei. 2 in der medizinischen Literatur völlig unbekannte Aerzte der Sittenpolizei, die Spezialärzte Dr. Frede und Dr. Brüning, mit Felix Pinkus wohlbekannt. **D. G. B. G.** Deutsche Gesellschaft zur Bekämpfung, aber nicht zur Verminderung der Geschlechtskrankheiten, eine private, staatliche subventionierte Gesellschaft, die so „bekämpfte", daß die Krankheiten von ca. 200 000 im Jahre 1900 auf ca. 10 Millionen anwuchsen. Ein Rattenkönig von Beziehungen. Der später zum Universitätsprofessor ernannte Felix Pinkus zeigt via städtische Verwaltung einen salvarsangegnerischen Arzt und Kollegen an, der als Polizeiarzt systematisch alle Schäden und Nichtheilungen der Prostituierten registrierte. Der Weg, den die Anzeige ging: Frankfurt — Berlin — Städtische Verwaltung — Polizeipräsidium. Folge: Verbot von wissenschaftlichen Veröffentlichungen. Fabrikant der Verfügungen:

Sitten-Polizeiinspektor und Arzt Dr. Güth, der sie vom Hintergrunde aus dem juristischen Decernenten zur Unterschrift empfahl. Pinkus' Gründe: Pflichten gegen das Salvarsan und Rücksicht auf den Erfinder. Es kam, wie es kommen mußte.

Zum Verwalter der Medizinalinteressen des Berliner Polizeipräsidiums ernannte der spätere Kappist, der äußerlich orthodoxe, innerlich anders denkende damalige Polizeipräsident v. Jagow im Jahre 1910 eine medizinisch-wissenschaftlich unbekannte Größe, den Aachener Kreisarzt Schlegtendal, dessen Frau mit Jagows Familie bekannt war, dessen Orthodoxie (Heimat: Wuppertal-Muckertal) er bald auf die Medizin übertrug und im Bunde mit seiner noch orthodoxeren Frau eine neue Art der Sozialhygiene, die Purificatio publica hygieae per orthodoxiam schuf. Da seine Frau, wie später gezeigt wird, sich an diesem neuen Zweig der Hygiene aktiv-öffentlich beteiligte, so unterliegt auch deren Handeln der öffentlichen Kritik. Purificatio ante et post bellum!! Ein Aufsatz dieses die körperliche Reinigung nicht liebenden Hygienikers per Orthodoxiam in Nr. 4, 1914, der „Zeitschrift für Medizinalbeamte" ist betitelt „Vom Kampfe gegen Unzucht und Unsittlichkeit. Diesen Aufsatz muß man lesen, um zu sehen, wohin die Hygiea per orthodoxiam führt.

Nur einen Satz aus diesem Aufsatz, der die Kreisärzte durch die „Autorität" der medizinischen Orthodoxie scharf machen sollte, Seite 128: „Jahrtausende hat die Menschheit bestanden, ist die Frauenwelt gesund, leistungsfähig und gebärfähig geblieben, ohne daß es nötig war, Scheidenspülungen vorzunehmen. ... Die Polizeibehörde hat im vergangenen Jahr begonnen, einige Frauendouschen zu beschlagnahmen und gegen die Verkäufer Einleitung des Verfahrens zu beantragen ... man wird weder in den Schaufenstern noch in den Läden selbst innerhalb des Landespolizeibezirks Berlin noch leicht etwas davon zu sehen bekommen." Damals ließ Schlegtendal Bilder, Korsetts etc. aus den Schaufenstern holen. Heute 1922 werden die Juwelierläden gesäubert, alles auf Grund des § 184,3. Damals unter Jagow, heute unter dem Sozialisten Richter, ein Zeichen, daß die „Revolution" auch nach dieser Richtung hin versagt hat.

In dieses Milieu orthodoxer Medizin kam ich Okt. 1910 als Polizeiarzt, damals, als die ganze Welt wiederhallte von den Erfolgen „des neuen uneigennützigen Messias Ehrlich, der der Welt die größte Gabe gebracht und der Menschheit den Frieden und guten Menschen in Hütten und Palästen verlorenes Glück, gesunkene Lebensfreude wiedergab" (Neujahrsbegrüßung in Frankfurt 1910/1911). Man kann sich vorstellen, daß meine erst stille, dann fachpreßliche Kritik an der Erfindung dieses Messias in den Kreisen unliebsames Aufsehen machte, wo überhaupt der Kritiker als homo difficilis galt, wo jeder sich gottähnlich dachte. Die medizinische Sache der Sittenpolizei managte ein subalterner Inspektor Dr. med. Güth, dessen Stil auch die späteren Dokumente verraten, der aber, weil Subalternperson, zurücktrat und nur hinter den Kulissen arbeitete. Ehrlich—Pinkus—Güth—Hoppe—Jagow! Die zwei letzteren ahnten nicht, was sie in medizinischer Hinsicht unterschrieben. Zwischenpersonen: Dr. Frede — Dr. Brüning. Es kam, wie

die Akteure hinter den Kulissen es wollten, wie es kommen sollte. Tu l'as voulu, Dandin!

Es ist wichtig, an der Hand eines vor kurzem von mir abgegebenen Gutachtens die Mentalität des orthodoxen Hygienikers zu schildern, die heute noch bureaukratisiert, da wieder „Reinigungs"versuche gemacht werden.

Aus dem Gutachten und der in demselben erwähnten Gerichtsverhandlung (3. 2. 14) sowie aus dem unmittelbar (9. 2. 14) darauf folgenden Ukas (unterzeichnet Hoppe, Schlegtendal) geht hervor, mit welchen Mitteln indirekt dem Polizeiarzt gedient wurde, der am 3. 2. 14 kurz vor dem Ukas bei Gericht gegen die Bestrebungen der Puritaner eidlich ausgesagt hatte, so wie es sein Gewissen und Wissen ihm vorschrieb. Da er unter dem Titel „Polizeiarzt" einige Arbeiten in der Fachpresse veröffentlicht hatte, so war der Salvarsanismus in Sorge, ob nicht diese Bezeichnung nach außen hin „Autorität" verschaffen könnte. Dem müßte daher abgeholfen werden.

Dieses Gutachten lautet:

„Aerztliches Gutachten.

In Bezug auf die Beziehungen des § 184, Ziffer 3 StGB. zu den sogen. Frauenduschen gebe ich folgendes Gutachten ab:

Nach diesem Paragraphen 184 Ziffer 3 wird bestraft, wer Gegenstände, die zum unzüchtigen Gebrauche bestimmt sind, an Orten, welche dem Publikum zugänglich sind, ausstellt oder solche Gegenstände dem Publikum ankündigt oder anpreist. Voraussetzung für eine Bestrafung ist also, daß der öffentlich angepriesene oder ausgestellte Gegenstand „zu unzüchtigem Gebrauch bestimmt ist".

Das Wort „Unzucht" ist außerordentlich schwer definierbar. Es ist m. E. bedauerlich, daß in dem § 184 Ziffer 3 ein so kautschukartiger Begriff sich befindet. Der Arzt, der Theologe, der Bevölkerungspolitiker, der Ethiker, der Soziologe, kurzum fast jeder Mensch wird entsprechend seiner Erziehung und seiner Auffassung den Begriff „Unzucht" anders auslegen. Nach meinem Dafürhalten bedeutet Unzucht ein Verstoßen gegen die Zucht. Was aber Zucht ist, weiß genau kein Mensch. Dieser Begriff wird und muß sich je nach den äußeren Verhältnissen, in die ein Volk bevölkerungspolitisch gebracht wird, ändern. Sicherlich ist es den heutigen bevölkerungspolitischen Verhältnissen entsprechend nicht richtig, alles das, was mit den Geschlechtsorganen irgendwie in Verbindung gebracht werden kann, insbesondere solche Instrumente, die zur Hygiene und zur Verhütung von Geschlechtskrankheiten bestimmt sind und hier Außerordentliches leisten, als unzüchtig zu bezeichnen.

Der § 184 Ziffer 3 hat in Bezug auf diejenigen Instrumente und Gebrauchsgegenstände, die zur Verhütung der Geschlechtskrankheiten dienen, eine so große Verwirrung und Unsicherheit angerichtet, daß es von prinzipieller Bedeutung ist, entsprechend der gewaltigen Zunahme der Geschlechtskrankheiten hier aufklärend zu wirken.

Die Reichsregierung (Reichsministerium des Innern) hat am 10. März 1920 dem Reichsrat den Entwurf eines Gesetzes zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten zugehen lassen. Dieser Entwurf ist Seite 197 meines Buches „Die Sexualrevolution" (Verlag Ernst Bircher, Leipzig 1921. 528 Seiten) veröffentlicht. Dieser Entwurf enthält als § 12 Ziffer II (siehe mein Buch Seite 199) folgenden Passus: „§ 184 erhält folgenden dritten Absatz: Straflos ist das Ausstellen, Ankündigen oder Anpreisen von Gegenständen, die zur Verhütung von Geschlechtskrankheiten dienen, soweit es nicht in einer Sitte und Anstand verletzenden Weise geschieht".

Hieraus geht hervor, daß auch die Reichsregierung es den heutigen bevölkerungspolitischen Umständen entsprechend als nicht richtig empfindet, daß die vor Gericht so häufige Auslegung des Begriffes „Unzucht" den Mitteln gegenüber stattfindet, die zur Verhütung der Geschlechtskrankheiten dienen.

In meinem Seite 155 bis 239 des obigen Buches abgedruckten und begründeten diskretionistischen Entwurf eines Gesetzes zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten habe ich einen ähnlichen Paragraphen nicht aufgenommen, und zwar aus den in der Fußnote Seite 199 erwähnten Gründen, weil nämlich hierdurch der § 9 des Regierungsentwurfs illusorisch gemacht wird. Aber das Ausstellen, Ankündigen oder Anpreisen von Gegenständen, die zur Verhütung von Geschlechtskrankheiten dienen, kann angesichts der enormen und den Staat bedrohenden Vermehrung der Geschlechtskrankheiten nicht als „unzüchtig" bezeichnet werden.

Die Geschlechtskrankheiten haben sich geradezu zu einer Geißel der Menschheit entwickelt. Wie Seite 225 meines Buches ausführlich dargetan wird, ist in Deutschland bereits jedes fünfundzwanzigste neugeborene Kind syphilitisch. Seite 224 meines Buches ist angeführt, daß die Zahl der bei den Ortskrankenkassen in Braunschweig gemeldeten Geschlechtskrankheiten im Jahre 1919 bloß 35 betrug und im Jahre 1914 bereits 90, im Jahre 1915 waren es 423, 1916 443, 1917 982, 1918 2050 und 1919 rd. 3500. Hier ist ferner erwähnt, daß nach Mitteilungen des französischen Kriegsministeriums jeder vierte Mensch syphilitisch erkrankt ist. Eine königliche Kommission in England gibt bekannt, daß 10 Prozent von ca. 45 Millionen Einwohner an Syphilis und noch mehr Prozent an Tripper leiden, also insgesamt ca. 25 Prozent. Seite 299 meines Buches habe ich die Zahlen für Preußen aufgestellt und zwar fand man, daß in ganz Preußen auf 10 000 Einw. 28, in Berlin auf 10 000 Einw. 142, in Städten über 100 000 Einw. auf 10 000 Einw. 100, in Städten über 30 000 Einw. auf 10 000 Einw. 58, in Städten unter 30 000 Einw. auf 10 000 Einw. 45, in der Armee auf 10 000 Einw. 15 venerisch Erkrankte kamen.

Analog den in England und Frankreich festgestellten Statistiken kann man schätzungsweise auch in Deutschland mit Millionen von Geschlechtskrankheiten heute rechnen. Das Mitglied des Reichstages, Dr. Quarck, gibt Seite 8 seiner Schrift „Gegen Prostitution und Geschlechtskrankheiten“ folgende Zahlen an:

„Die Verheirateten stellten beinahe ein volles Drittel der Geschlechtskrankheiten. Scheidet man Verheiratete und Ledige nach den Geschlechtern, so ergibt sich sogar, daß bei den Frauen der Prozentsatz der Ledigen auf 63 sinkt und derjenige der Verheirateten auf 37 Prozent steigt. In so hohem Maße ist bereits jetzt die verheiratete Frau das Opfer der Geschlechtskrankheiten. Nun bedenke man, daß es sich bei dieser Feststellung nur um 37 Großstädte von über 50 im deutschen Reiche und nur um 13 Millionen Bevölkerung von 60 Millionen Gesamtbevölkerung handelt. Bekanntlich besteht das Drohendste in der Entwicklung der Geschlechtskrankheiten seit dem Weltkrieg darin, daß sie sich auf das flache Land in erschreckendem Maße verbreitet haben . . . Wahrscheinlich haben wir in den über 50 deutschen Großstädten allein mehrere Hunderttausende von Geschlechtskranken, etwa annähernd 10 bis 12 Prozent der Einwohnerschaft und danach wäre mindestens jeder 10. Einwohner geschlechtskrank. Dazu kommt neuerdings das flache Land mit seinen auffällig häufigen Ansteckungsfällen.“

Angesichts aller dieser Tatsachen hat sich zweifellos ein Umschwung in den Anschauungen des Volkes dahin entwickelt, daß die Benutzung solcher Mittel und Gegenstände, die zur Verhütung der Geschlechtskrankheiten dienen, unter keinen Umständen als unzüchtig,*) im Gegenteil als den Interessen der Volkswohlfahrt dienend aufgefaßt werden muß. Dementsprechend ist auch in der Begründung zu § 12 II des Regierungsentwurfs das Folgende gesagt:

„Das Reichsgericht versteht hierunter nicht nur solche Gegenstände, die lediglich dazu bestimmt sind, der Unzucht Vorschub zu leisten, sondern auch alle diejenigen, die sich vermöge ihrer besonderen Beschaffenheit zu unzüchtigem Gebrauch eignen und dazu erfahrungsgemäß verwendet werden. Die praktische Auslegung dieser Folge ist, daß unter die Strafbestimmung ganz allgemein alle diejenigen Gegenstände fallen, die

---

*) Anmerkung bei der Korrektur 1. 6. 22:

Der Begriff „Unzucht“ hat natürlich mit dem der größeren oder geringeren Wirkung der einzelnen Mittel und Instrumente nichts zu tun. Die eigentliche Prophylaxe, die mit Einspritzungen beim Manne wirken wollte, hat in praxi versagt Denn wegen des Schadens und Versagens dieser Verhütungsmittel erlassen die bekanntesten englischen Spezialärzte einen offenen Brief im Lancet 21. 12. 21. Ihrer Auffassung nach „nützt diese Propaganda nichts, denn in den Besatzungstruppen von Konstantinopel und vom Rheinland erkrankten, obschon jeder Mann sein Verhütungsmittel hatte und dauernd belehrt wurde, immer noch 239 von 1000 Mann. Ihrer Meinung nach erkranken mehr Jugendliche als früher, wenn man diese Art der Aufklärung betreibe. Die englischen Spezialärzte verlangen die Einstellung der Propaganda, wonach durch Verhütungsmittel ein bedeutender Schutz zu erreichen sei und behaupten, daß durch diese Propaganda wahrscheinlich die Zahl der Ansteckungen vermehrt würde, da sich viele, namentlich Jugendliche, in falsche Sicherheit hätten wiegen lassen.“ (In Berlin 30. 9. 21. Amtliche Verhütungspropaganda! Siehe „Verhütung der Geschlechtskrankheiten“. Verlag Walter Fiebig, Berlin, 1922 Großkapitalistische Komplet-, Vaginal, und Urethral-Dressur à la Fritz Lesser!)

überhaupt beim Geschlechtsverkehr Verwendung finden können, also insbesondere auch alle Mittel, die zur Verhütung geschlechtlicher Ansteckung dienen sollen.

Erfahrene Fachärzte haben diese Auslegung mit lebhaftem Bedauern aufgenommen, ihrem Bedenken, daß bei unbehinderter Verbreitung von Schutzmitteln eine ungeheure Zahl von geschlechtlichen Erkrankungen vermieden werden könne, wird man sich nicht verschließen dürfen.

Durch Erschwerung des Vertriebs von Schutzmitteln den außerehelichen Geschlechtsverkehr einzuschränken, ist, wie die Erfahrung erwiesen hat, unmöglich. So erscheint es denn geboten, wenigstens den der Volksgesundheit hiervon drohenden Gefahren nach Möglichkeit zu begegnen. Der Entwurf will deshalb die Beschaffung der ansteckungsverhütenden Mittel von allen Erschwerungen befreien durch eine in § 184 aufzunehmende Ausnahmebestimmung, die das Ausstellen, Ankündigen und Anpreisen der zur Verhütung von Geschlechtskrankheiten dienenden Gegenstände für straflos erklärt, soweit es nicht in einer gegen Sitte und Anstand verstoßenden Weise erfolgt. Auch dem sittlichen Empfinden dürfte durch diese Fassung Rechnung getragen sein."

Aus dieser Begründung geht hervor, daß die von manchen Gerichten bisher geteilte Auffassung entsprechend den veränderten Verhältnissen nicht mehr haltbar ist. Schon die zwölfte Strafkammer in Berlin-Moabit hat sich, wie ich später nachweisen werde, im Jahre 1914 diesen neuen Anschauungen nicht mehr verschließen können. Die Erkenntnis, der auch die Reichsregierung huldigt, war bei Erlaß aller bisherigen Entscheidungen noch nicht oder nicht in so hohem Maße verbreitet, da die Geschlechtskrankheiten früher nicht den Umfang angenommen hatten wie heute.

Dieser Auffassung könnte entgegengehalten werden, daß derartige Erwägungen nur de lege ferenda zu berücksichtigen seien, daß aber nach dem augenblicklichen Stande der Gesetzgebung das Anbieten von Frauendouchen deswegen strafbar sei, weil sie zu unzüchtigem Gebrauch bestimmt seien, was im übrigen, wie später nachgewiesen wird, nicht zutrifft. Selbst wenn dies der Fall wäre, so wäre eine derartige Betrachtungsweise deswegen verfehlt, weil sie unter den gewandelten Anschauungen nicht mehr der Auffassung des Volksganzen gerecht würde.

Nach diesen einleitenden Vorbemerkungen allgemeiner Natur erhebt sich nun im speziellen die Frage, ob die sogenannten Frauenduschen zu unzüchtigem Gebrauche bestimmt sind. Dies kann man vom ärztlich-wissenschaftlichen Standpunkte mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit verneinen. Die Frauendusche dient:

1) Reinigungszwecken, d. h. sie ist ein der Hygiene dienendes Instrument,

2) dient sie zur Verhütung der Geschlechtskrankheiten, d. h. der Prophylaxe.

ad 1): Daß die Frauendusche in der Hauptsache hygienischen Zwecken dient, soll durch meine folgenden geschilderten Erfahrungen in einem derartigen sogenannten Frauenduschen-Prozeß bewiesen werden:

Am Dienstag den 3. Februar 1914 wurde ich als Sachverständiger in Sachen des Drogisten W . . vor die 12. Strafkammer in Berlin-Moabit geladen. Es handelte sich um folgendes: Auf Grund eines Gutachtens des beim Berliner Polizei-Präsidium tätigen Geh. Med.-Rat Dr. Schlegtendal, der seit Jahren einen energischen Kampf gegen das Auslegen von Frauenduschen durch Drogisten führt, waren die ersteren als zu unzüchtigem Gebrauch von der 12. Strafkammer in einer Reihe von Fällen bestimmt erklärt worden. Eine Reihe von Drogisten waren dementsprechend rechtskräftig bestraft worden. Ein anderer Sachverständiger als Herr Geh.-Rat Schlegtendal war bis zu dem obigen Termin nicht gehört worden, infolgedessen hatte das Gericht seinem Gutachten entsprechend entschieden. Er trug auch in obiger Verhandlung seine Auffassung vor, Frauenduschen würden namentlich zu unzüchtigen Zwecken verwandt und verkauft. Eine Frau brauche nicht zu spülen, in früheren Zeiten, vor 20 und 30 Jahren, habe die Frau nicht gespült und sei gesund gewesen, auch heute seien Spülungen überflüssig. Ansteckungen und Bakterienvermehrungen würden durch die Spülungen nicht verhindert oder vermindert. Die gewöhnlichen Scheidenbakterien machten keine Entzündung der Gebärmutter und ihrer Umgebung. Demgegenüber machte ich geltend, daß ebenso wie eine Reinigung der Haut von Zeit zu Zeit notwendig sei, so auch der Schleimhäute des Mundes und auch der Scheide, in welch letzterer namentlich bei Verheirateten und Deflorierten viele Bakterien vorhanden wären, die bei längerer Stagnation Sekretzersetzungen bewirken, die unangenehm röchen und zu Entzündungen Veranlassung gäben. Es wäre ein Verdienst der modernen Hygiene, und auch der modernen Reklame, die Mundreinigung und Desinfektion bis in die weitesten Kreise hinein bekannt gemacht zu haben, was für die Reinigung des Mundes gelte, das müßte erst recht für die der Scheide gelten. Ein prinzipieller Unterschied zwischen einem Irrigator und einer Frauendusche bestehe nicht. Denn bei dem einen würde Wasser infolge des Wasserdruckes eines hochgezogenen Gefäßes durch ein Mutterrohr in die Scheide gespült, während der Druck

bei der Frauendusche, d. h. einem Gummiballon, auf dem ein Mutterrohr aufgesetzt sei, mit Hilfe des Handdruckes auf den Gummiballon erzeugt würde. Ich bestritt entschieden, daß die Frauen in früheren Jahren nicht gespült hätten. Die Frauendusche diene in der Hauptsache hygienischen Zwecken. Selbstverständlich wäre es nicht ausgeschlossen, daß mittels des aus der Brause ausströmenden Wassers auch der Samen post coitum weggespült würde, aber dieses bewirke der Irrigator, namentlich wenn man ihn hochziehen würde, mit derselben Druckstärke. Wolle das Gericht den Gebrauch der Frauendusche als unzüchtig erklären, dann müsse dieses auch beim Irrigator geschehen, da die Frauendusche nur ein bequem zu handhabender und für die Reise weniger Raum einnehmender Irrigator sei. Eine solche Auffassung aber würde zu Konsequenzen führen, die mit der modernen Hygiene einfach unverträglich seien. Wenn das Gericht der Schlegtendal'schen Auffassung huldigen würde, so müsse man konsequenterweise auch den Gebrauch der Watte als unzüchtigem Zwecke dienen könnend, unter § 184, III stellen, da Wattetampons in der Konzeptionsverhinderung eine gewisse Rolle spielten, schließlich sei das Hauptagens bei der Frauendusche und beim Irrigator das Spülwasser aus der Wasserleitung, das einfach mittels eines Schlauches unter starkem Druck in die Scheide gebracht werden könne, kurzum, es ergäben sich Konsequenzen, die mit unserer modernen Hygiene einfach unvereinbar wären.

Obschon die 12. Strafkammer vorher schon verschiedene Drogisten rechtskräftig verurteilt hatte, ließ es sich durch mein Gutachten soweit überzeugen, daß es nach dem Grundsatze „Audiatur et altera pars" keine Verurteilung aussprach und weitere Sachverständige laden ließ, um zu entscheiden, ob die Frauendusche in der Hauptsache hygienischen Zwecken diene. In dem neuen Termine wurde den ca. acht Sachverständigen der Auftrag erteilt, ein kurzes schriftliches Gutachten abzugeben, ob die Dusche in der Hauptsache hygienischen oder unzüchtigen Zwecken diene. Ich sandte daher im Juni 1914 das folgende ärztliche Gutachten dem Gericht ein:

„Die Frauendusche ist ein Irrigator. Ein Irrigator findet erfahrungsgemäß zu Reinigungszwecken Verwendung. Eine sichere Verhütung der Empfängnis ist durch den Irrigator und daher auch durch die Frauendusche nicht zu erzielen. Der in der mündlichen Verhandlung vom 3. Februar 1914 von dem Gutachten Herrn Geh. Med.-Rat Schlegtendal geäußerten Ansicht, „daß eine Frau nicht zu spülen brauche, vor 20 Jahren habe man auch nicht gespült, folglich brauche man es auch heute nicht", kann vom hygienischen Standpunkte aus nicht scharf genug entgegengetreten werden. Es gibt zwei Reagentien, die nachweisen, daß eine reinliche Frau unbedingt spülen muß. Das eine ist das Mikroskop, welches eine enorme Vermehrung der Bakterien der Scheide nachweist und das andere noch feinere Reagenz ist die menschliche Nase, die dann, wenn acht Tage lang nicht gespült worden ist, mit unbedingter Sicherheit konstatiert, daß das Nichtspülen ein hygienischer Fehler ist." gez. Polizeiarzt Dr. Dreuw, Spezialarzt für Haut- und Geschlechtskrankheiten, Berlin.

Nach J. Bloch (Iwan Bloch. Die Prostitution. Band I. Berlin 1912. Verlag: L. Markus, S. 433) war die Scheidenspülung schon im Altertum angewandt. Er schreibt: „Vielleicht wurde außer dem Schwamm zur lokalen Reinigung der weiblichen Genitalien post coitum auch die Mutterspritze (όμητρεκλυστήρ) gebraucht, deren Anwendung bei krankhaften Ausflüssen (II. 41 ed. Rose) und Gaben (ed. Kühn XIII 316) erwähnt wird. Außerdem benutzte man die Ohrenspritze (ὠτικόςκλυστήρ) zu Vaginalinjektionen." Hippokrates beschreibt bereits den typischen Irrigator.

Die Scheidenspülung ist in der neueren Zeit zum ersten Mal 1832 von dem amerikanischen Arzte Charles Knowlton empfohlen worden. Der Irrigator hat seitdem eine große Bedeutung erlangt und noch mehr die bequemer zu handhabenden Frauenduschen, die unter dem Namen Corona-Dusche, Lady's Friend, Gloria-Dusche usw. in den Handel gebracht werden.

Werden zu den Frauenduschen, welche die Scheide berieseln, An- und Aufsätze zum Einspritzen in die Gebärmutter geliefert, mit denen man abortive Zwecke verfolgt, so hat dies mit der Frauenspülung nichts zu tun und es handelt sich dann natürlich um unzüchtigen Gebrauch dienende Apparate.

ad 2): Aber auch zur Verhütung der Geschlechtskrankheiten, namentlich des Trippers und der Syphilis, dient die Frauendusche. Der Tripper ist eine Erkrankung, die durch den sogen. Gonococcos übertragen wird. Dieser befindet sich in der Regel innerhalb der männlichen Harnröhre und wird beim Geschlechtsakt u. a. mittels des Samens, namentlich bei der sogen. chronischen Gonorrhoe in die weibliche Scheide hineingebracht, von wo er dann in die Gebärmutter hineingelangt und hier Gebärmutterentzündungen hervorruft. Die Syphilis ist eine Erkrankung, die durch die sogen. Spirochaete, die in das Blut übergeht, übertragen wird. Durch neuere Untersuchungen ist festgestellt worden, daß sehr häufig in dem Sekret der Harnröhre

Spirochaeten gefunden werden, obschon sonst keine Symptome am Körper wahrzunehmen sind. In diesem Falle würden die Spirochaeten ebenfalls mit dem Samen in der weiblichen Scheide abgelagert werden und im Falle seiner Verletzung noch so kleiner Natur, eine Ansteckung bewirken. Es ist klar, daß sowohl die auf diese Weise in die Scheide gelangten Gonococcen als auch die Spirochaeten, wenn sie mittels einer desinfizierenden Lösung kurz nach dem Beischlaf weggespült werden, in vielen Fällen daran verhindert werden, eine Ansteckung zu machen. Auch nach dieser Richtung hin ist also die Frauendusche geeignet, in bevölkerungspolitischer Hinsicht ebenso wie der Irrigator Nutzen zu bringen.

Alles in allem komme ich zu dem Resultat, daß die Frauenduschen in der Hauptsache der Reinigung und hygienischen Zwecken dienen und daß ihre öffentliche Anpreisung daher namentlich in anbetracht der heutigen früher kaum zu ahnenden Vermehrung der Geschlechtskrankheiten nicht als unzüchtig, im Gegenteil den Interessen des Volkswohls dienend, aufzufassen sind.

Polizeiarzt a. D. Dr. med. Dreuw, Berlin,
Spezialarzt für Haut- und Geschlechtskrankheiten, ehemal. Mitglied des Beirats zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten im preuß. Wohlfahrtsministerium, Verfasser des von dem preußischen Landtage im Prinzip angenommenen diskretionistischen Gesetzentwurfs zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten.

Nachtrag zu dem Gutachten über die Frauenduschen.

Wie schon in meinem Gutachten hervorgehoben, ging anfangs 1914 der Kampf gegen die Frauenduschen von dem beim Berliner Polizeipräsidium tätigen, daher sehr einflußreichen, Regierungs- und Medizinalrat Dr. Schlegtendal aus, der zusammen mit seiner Frau den Kampf sowohl gegen die Frauenduschen als gegen wirkliche und angebliche unzüchtige Druckschriften und Kunstwerke begann. Auch in der Fachpresse hat er sich anfangs 1914 geäußert. Er schrieb: „Die Polizeibehörde hat im vergangenen Jahr begonnen, einige Duschen zu beschlagnahmen und gegen die Verkäufer Einleitung des Verfahrens zu beantragen. Die Staatsanwaltschaft griff die Sache auf, das Gericht eröffnete das Verfahren, in einer Reihe von Fällen wurde ich beuftragt, ein schriftliches Gutachten zu verfassen. Danach fand, wie vorgeschrieben, mit Ausschluß der Oeffentlichkeit, vor der zuständigen Strafkammer der Verhandlungstermin statt; ich mußte mich wieder gutachtlich äußern, und dann folgte die Verurteilung des Beklagten, zumeist zu 10 Mark usw., einschließlich Einziehung der beschlagnahmten Apparate und Druckschriften und zuzüglich der Gerichtskosten. Inzwischen habe ich vor Strafkammern der drei hiesigen Landgerichte den Verlauf der Sache verfolgen können; bisher erfolgte die Bestrafung, so mannigfaltig die Verhältnisse in den einzelnen Fällen sein möchten, ausnahmslos, sodaß ich hoffen darf, daß die etwa 15 Termine, zu denen ich einstweilen noch geladen bin, gleicherweise verlaufen werden.*)

Jahrtausende hindurch hat die Menschheit bestanden, ist die Frauenwelt gesund, leistungs- und gebärfähig geblieben, ohne daß es nötig war, Scheidenausspülungen vorzunehmen. Diese „Notwendigkeit" der Anpreisungen und Gebrauchsanweisungen konnte erst entstehen, als der Gummi gefunden wurde und die Gummiwaren ihren Absatz finden mußten. Eine womöglich tagtägliche Reinigung der Scheide ist zunächst überflüssig; dieser Körperteil vermag sich, wie der sich selbst überlassene Verlauf der Monatsregel beweist, überaus schnell selbst zu reinigen; es kommen auch gar keine besonderen Unreinlichkeiten hinein. Es denkt kein Mensch, auch keiner der Apostel der Neumalthusianischen Lehre daran, sich jemals, geschweige täglich die Nasenhöhle, den Kehlkopf und den Mastdarm auszuspülen und einer Reinigung zu unterziehen, obwohl hier fast sekundlich Unreinlichkeiten hineinkommen oder durchgeleitet werden. Die Scheidenausspülungen wie sie so gefordert werden, sind sogar bedenklich und gefährlich. Sie können und müssen auf die Dauer reizend und erregend wirken und viel zur Nervosität der Frauenwelt beitragen."

Diesen in der medizinischen Fachliteratur niedergelegten Auffassungen kann man nicht scharf genug widersprechen. Sie sind unrichtig und tendenziös. Ich habe bereits nachgewiesen, daß schon im Altertum Hippokrates den typischen Irrigator beschrieben hat; auch im Mittelalter und bis in die Neuzeit hinein wurde die Scheidenspülung aus dem in meinen Gutachten erwähnten Gründen angewandt. Der Irrigator ist so alt wie die Kulturmenschheit. M. E. muß Herr Regierungs- und Medizinalrat Schlegtendal vom Polizeipräsidium in Berlin eine eigenartige Auffassung von der modernen Hygiene haben, wenn er schreibt: „Eine womöglich tagtägliche Reinigung der Scheide sei zunächst überflüssig, dieser Körperteil vermöge sich überaus schnell selbst zu reinigen."

---

*) Herrn Schlegtendals Orthodoxie hatte sich verrechnet. Sie verliefen nicht mehr so!

Durch den geschlechtlichen Verkehr kommen, selbst wenn das männliche Glied gesund ist, alle möglichen Bakterien und Unreinlichkeiten, namentlich bei der niederen Bevölkerung, die auf Sauberkeit wenig hält, in die Scheide hinein. Da das in der Regel stark bakterienhaltige Scheidensekret und die Schleimabsonderung (die beim Manne sehr häufig, auch wenn kein Tripper bei der Frau vorliegt, eine bakterielle Entzündung der männlichen Harnröhre [Urethritis simplex] hervorrufen) in der Scheide an den Wänden und in deren Nischen sitzen, und nur dann aus der Scheide heraustreten, wenn sie sehr stark sich vermehrt haben, so ist es ohne weiteres ersichtlich, daß die Scheide nicht in der Lage ist, sich selbst zu reinigen. Dies muß daher, wie dies seit Hyppokrates üblich und m. E. selbstverständlich ist, durch Spülungen geschehen, denen man am besten noch eine leichte Desinfektionslösung zusetzt. Die Nasenhöhle wird, da sie beim Fehlen einer diesbezügl. Muskulatur nicht in der Lage ist, sich selbst zu reinigen, fast täglich mittels des Taschentuches geputzt, indem durch die Lungenkraft Luft durch die Rachenhöhle in die Nase hindurch gepreßt wird und die Unreinlichkeiten auf diese Weise mit herausgeblasen werden. Daher ist der Vergleich zwischen der Scheide und der Nase durchaus abwegig. Aber dann, wenn die Nase bakteriell entzündet ist, werden sehr häufig Spülungen der Nase mit antiseptischen Lösungen verordnet. Es ist auch nicht zutreffend, daß die „Notwendigkeit" der Anpreisungen erst entstehen konnte als das Gummi gefunden wurde, denn wie schon nachgewiesen, wurde mittels des Irrigators dieser Notwendigkeit schon immer Genüge geleistet. Man kann es nur begrüßen, daß die Reklame für die Erfindung der Frauenduschen ebenso wie die Reklame für die Mundspülungen mit Odol usw. diesen Zweig der Hygiene bis in die weitesten Kreise bekannt gemacht hat. Auch der Kehlkopf ist nicht mit der weiblichen Scheide zu vergleichen, weil dieser bei einer evtl. Spülung mit einem derartigen Hustenreiz und Erstickungsanfällen reagieren würde, daß es sich erübrigt, hierauf noch mehr einzugehen. Und was die Mastdarmausspülungen betrifft, so haben diese für gewöhnlich deswegen keinen Zweck, weil (abgesehen von den seltenen homosexuellen Betätigungen) der Mastdarm durch die Einführung eines Fremdkörpers in der Regel nicht verunreinigt bezw. infiziert wird. Hat aber eine Infektion oder eine Entzündung des Mastdarms stattgefunden, so müssen auch hier die jedem Arzte bekannten Spülungen verordnet werden. In der Regel aber entleert der Mastdarm durch die zu diesem Zwecke angebrachte Muskulatur sich selbst, d. h. sobald das Bedürfnis zu seiner Entleerung sich einstellt, tritt diese Muskulatur in Funktion, ganz im Gegensatz zu der Scheide, bei der ein Bedürfnis zur Entleerung sicherlich nicht sich zeigen dürfte. Wenn aber, wie beim Mastdarm-Tripper oder wie ich es in der Praxis erlebt habe, eine Entzündung des Mastdarms eingetreten ist, die in der Regel in der Produktion eines bakterienhaltigen Schleimes sich zeigt, dann werden, wie gesagt, auch hier Spülungen gemacht. Und selbst bei schlechter Verdauung werden diese appliziert, die auch dem Herrn Geheimrat Schlegtendal als „Klystier" bekannt sein dürften. Auch die Behauptung, daß Scheidenausspülungen bedenklich und gefährlich seien, werden durch die täglichen Erfahrungen, die nur in dieser Frage letzten Endes entscheidend sein können, ad absurdum geführt. Und wie einmal ein bekannter Arzt sehr treffend ausführte, liegt die Erfahrung praktischer Natur bei den Aerzten der Praxis, nicht bei den beamteten Aerzten.

Allein die drei obigen Vergleiche sind ein Beweis dafür, daß blinder Eifer und Puritanertum hier über das Ziel hinausschießt. Das ganze Verhalten dieses, wie bekannt, puritanisch denkenden Geheimrats weist auf eine bestimmte Tendenz hin, so insbesondere wenn er schreibt: „Bisher erfolgte die Bestrafung ausnahmslos, so daß ich hoffen darf, daß die etwa 15 Termine, zu denen ich geladen bin, gleicherweise verlaufen werden." Da aber unterdessen mein Gegengutachten vor Gericht beschworen war, so sah er sich, da sein Aufsatz bereits in der Druckerei war, sofort nach dem Termine veranlaßt, einen Nachtrag zu schreiben folgenden Inhalts: „Inzwischen ist einer der Termine vertagt worden. Der von der Verteidigung geladene Sachverständige erklärte, es gehöre sich, daß jede Frau täglich eine Scheidenausspülung vornehme, und die Frauenduschen seien, wie auch Prof. K. in K. bekundet habe, nicht geeignet, Empfängnis (ich habe gesagt „mit Sicherheit") zu verhüten. Es sollen jetzt noch andere Sachverständige geladen werden."

Ebenso wenig Erfolg hatte vor der Berliner dritten Strafkammer des Landgerichts 3 Frau Geheimrat Schlegtendal, die ebenso wie ihr Mann diesen Kampf in tendenziöser Weise und mit blindem Eifer führte. „Wegen Sittlichkeitsvergehens (öffentliche Ausstellung einer unzüchtigen Abbildung) war der Tapetenhändler R. S. aus Wilmersdorf angeklagt. Um die Wirkung der verschiedenen Tapeten besser hervortreten zu lassen, hatte er sein Schaufenster in der Form eines eleganten Zimmers dekoriert, und die Wände mit Bildern behängt. Unter diesen befand sich

eine Reproduktion des bekannten Kunstwerks von Fenner-Behmer: „Blue China“ (Meißener Porzellan). Es stellt ein am Kaffeetisch sitzendes junges Mädchen mit entblößtem Oberkörper dar. Mitte Dezember vorigen Jahres erschien in dem Geschäft des S. eine ältere Dame und verlangte von dem Inhaber ziemlich kategorisch die sofortige Entfernung des Bildes aus dem Schaufenster. Der Angeklagte erklärte höflich, daß er keine Veranlassung dazu habe, da das Bild ein Kunstwerk sei, und als die Dame auf ihrer Forderung bestand, wurde sie von dem Angeklagten hinauskomplimentiert. Einige Tage später wurde das Bild von einem Polizeibeamten beschlagnahmt. Der Angeklagte erfuhr nun, daß jene Dame die Frau Geheimrat Schlegtendal war, die der „Zentralstelle zur Bekämpfung unzüchtiger Druckwerke“ angehört. Gegen Sch. wurde daraufhin Anklage erhoben, die sich auf ein Gutachten des Herausgebers der Zeitschrift „Der Türmer“ Dr. Karl Storck stützt. In diesem Gutachten sagt er wörtlich: „Fenner-Behmer ist nur ein geschickter Routinier. Ich rechne Leute seines Schlages zu den Kunsthandwerkern oder Kunstindustriellen, die eben statt sog. Gebrauchsgegenstände Bilder für den Gebrauch eines ungeläuterten, an süßlichem Stoff haftenden Kunstliebhaberkreises herstellen. Diese Auffassung von wirklicher Künstlerschaft wird von niemand weniger geteilt als von den Künstlern selbst. Der an sich unangenehme Gebrauch des Wortes „Künstler“ als Standesbezeichnun hat dahingeführt, daß man jeden Menschen, der mit Farbe, Leinwand und Pinsel umgeht, als „Künstler“ bezeichnet. Diese Leute werden Fenner-Behmer sogar als hervorragenden Künstler ansprechen. Ich nenne derartige Arbeiten besseren Kitsch, das Bild ist jämmerlich schlecht gemacht, einfach und roh; aber ich betone noch einmal, daß von 2000 Werken die etwa alljährlich im Moabiter Glaspalast ausgestellt werden, zwei Drittel künstlerisch auf einer höheren Stufe stehen als dieses Bild.“

Gegen die in diesem schriftlichen Gutachten niedergelegte Ansicht des Sachverständigen, daß zwei Drittel der in der großen Berliner Kunstausstellung ausgestellten Werke „besserer Kitsch“ seien, erhob Rechtsanwalt Grünspach als Verteidiger energischen Protest. Auf seinen Antrag war deshalb zu der Verhandlung Hans Hermann, Mitglied der kgl. Akademie und Vorsitzender der Jury der Großen Kunstausstellung, als Sachverständiger geladen. In seiner Vernehmung erklärte der Angeklagte, daß nur derjenige in dem Bilde etwas unsittliches entdecken könnte, der mit vorgefaßter Meinung nach etwas Unsittlichem herumschnüffeln könnte.

Während der Sachverständige Storm dem Bilde des vor einem Jahre verstorbenen Fenner-Behmer jeden künstlerischen Wert absprach, erklärte Prof. Hermann, daß Fenner-Behmer ein anerkannter Künstler sei, der in Berlin und München die große goldene Medaille erhalten habe, und dessen Bilder gewöhnlich in dem sog. Ehrensaal gehangen hätten. Als die Frage des künstlerischen Wertes der vorliegenden Reproduktion erörtert wurde, bemerkte der Vorsitzende, Landgerichtsrat Hallervorden, u. a.: „Man muß sich freuen, daß es auch billige Reproduktionen gibt, die dem einfachen Manne zugänglich werden. Da dadurch die Kunst aber auch in das Volk getragen wird und nicht nur den Millionären, die sich kostbare Kunstwerke selbst kaufen können, vorbehalten bleibt. Man kann sich auch sogar über eine gute Reproduktion eines Kunstwerks in Form einer Postkarte freuen!“ Der Staatsanwalt beantragte die Verurteilung, das Gericht kam zu der Ansicht, daß es sich um ein ernst zu nehmendes Kunstwerk handle, das nur auf denjenigen unzüchtig wirken könne, der unzüchtig hineingucken wolle und hineingucke. Unter Aufhebung der Beschlagnahme des Bildes erkannte das Gericht auf Freisprechung auf Kosten der Staatskasse.“

Ein derartiges Verfahren, wie es die Eheleute Schlegtendal einleiteten, bedeutet m. E. eine Beunruhigung der Geschäftswelt, wenn von so autoritativer Stelle eben auf Grund der autoritativen Stellung Anträge gestellt werden, die sich mit den Wirklichkeitsverhältnissen, wie sie nun einmal auf dieser Welt sind, nicht in Einklang bringen lassen.

Berlin, den 12. Februar 1922.

Polizeiarzt a. D. Dr. Dreuw.“

Da ich damals am 3. 2. 14 ohne zu ahnen, worum es sich handelte, einige Stunden vor dem Termin als Sachverständiger geladen war und zufällig mit meinem Chef Schlegtendal zusammentraf, so stand mir mein Eid und die Liebe zur Wahrheit selbstverständlich höher als wie die Rücksicht auf die dort vorgetragene Hygiea per orthodoxiam. Der Landgerichtsdirektor fragte mich, was ich wäre. Ich antwortete: „Polizeiarzt“. Frage an Sch.: Sie sind doch auch beim Polizeipräsidium: Antwort: Jawohl, Dr. Dreuw

ist mein Untergebener, ich bin der medizinische Dirigent der Abteilung, Dr. Dreuw ist untersuchender Arzt.

Die Niederlage der Orthodoxie müßte gerochen werden. Sofort erging am 9. 2. 14 ein Ukas, gegen den ich wie folgt beim Präsidenten Einspruch erhob:

Berlin, den 16 Februar 1914.

Am 13. 2. 14 wurde den Herren Polizeiärzten folgende Verfügung zur Unterschrift übergeben:

Abteilung IV. 60 S. P. Gen. 14. Berlin, den 9. Februar 1914.

Verfügung.

1. Den H.H. Aerzten der Sittenpolizei zur gefl. Kenntnisnahme und Nachachtung:

Durch die ab und zu erfolgte Bezeichnung von Aerzten der Berliner Sittenpolizei als „Polizeiärzte" sind an amtlichen und außeramtlichen Stellen irrtümliche Auffassungen entstanden, die durchaus vermieden werden müssen. Ich sehe mich daher genötigt, den Herren Aerzten zu eröffnen, daß sie von jetzt an sich lediglich für berechtigt halten dürfen, die Bezeichnung als „Arzt der Berliner Sittenpolizei" zu führen.

2. Abschrift dieser Verfügung geht zu den in jedem der vier Untersuchungszimmer aufhängenden Sammlungen dienstlicher Verfügungen.

gez. Hoppe. Güth.

Herrn Geh.-Rat Schlegdendal zur gefl. Mitzeichnung ergebenst:

gez. Schlegdendal

11. 2. mit dem ergebensten Anheimstellen, hiervon den Herren Polizeipräsidenten in Charlottenburg, Schöneberg, Neukölln und Lichtenberg Kenntnis zu geben.

Zu dieser Verfügung erlaube ich mir folgendes zu bemerken:

1. Die Anstellung der Herren Spezialärzte als Polizeiärzte erfolgte 1910 auf Grund eines Inserats des K. P. P., in welchem ein „Polizeioberarzt" gesucht wurde. Statt dessen wurden aber drei neue Polizeiärzte angestellt, während fünf frühere blieben. Also schon damals hatte das K. P. P. öffentlich die Bezeichnung „Polizeiarzt" angekündigt und gebilligt.

2. Herrn Dr. Brüning und Herrn Dr. Frede wurde seitens der Abteilung IV und seitens des Herrn Geheimrats Sch. für ihre Veröffentlichung in der Lesserschen Festschrift offiziell die Bezeichnung als „Polizeiarzt" genehmigt. Auch mir wurde diese Bezeichnung offiziell für Veröffentlichungen seitens derselben Instanzen zugebilligt. In dem Telephonbuch 1913 steht infolgedessen verzeichnet: Dr. Brüning, Polizeiarzt, Spezialarzt für Hautkranke usw.

3. Sowohl die Abteilung IV, als der Herr Polizeipräsident, als das Königl. Ministerium des Innern haben der Ausstellungsleitung der Dresdner Hygiene-Ausstellung offiziell folgende Ueberschrift vorgeschrieben: „Projekt einer Mustereinrichtung für polizeiärztliche Untersuchungen, ausgestellt vom Königl. Polizeipräsidium Berlin nach Angaben von Polizeiarzt Dr. Dreuw". Also auch hier haben sämtliche Instanzen bis zum Ministerium die Bezeichnung öffentlich als nicht zu irrtümlichen Auffassungen Veranlassung gebend direkt vorgeschrieben.

4. Die Bezeichnung „Polizeiarzt" ist in ganz Deutschland offiziell eingeführt, in Dresden, in Cassel, in Danzig und in allen anderen Städten. In der gesamten medizinischen Literatur ist diese Bezeichnung angeführt. Sie hat bisher nicht zu irrtümlichen Auffassungen Anlaß gegeben, weil sie es aus den angeführten Gründen gar nicht kann, ebensowenig wie die Bezeichnung „Gefängnisarzt", „Schularzt", „Eisenbahnarzt", „Kreisarzt" usw. Da eben die Bezeichnung „Polizeiarzt" einen völlig klaren und verständlichen Begriff darstellt.

5. Die seitens der Abteilung IV angeordnete Bezeichnung „Arzt der Berliner Sittenpolizei" ist imstande nach außen hin auf den ehrenwerten Stand der Polizeiärzte ein Odium zu werfen, das ihm in Anbetracht seiner wissenschaftlichen, sozialen und gesellschaftlichen Stellung nicht zukommt und was, wie mir mitgeteilt wird, besonders diejenigen Herren drückt, die seit Jahrzehnten als Polizeiärzte im Dienste ergraut sind (Sanitätsrat Dr. Paul u. a.).

6. Inwieweit die Abteilung IV zuständig ist, eine derartige, tief in das Berufsleben einschneidende Verfügung zu erlassen, entzieht sich meiner Kenntnis.

7. Zum Schlusse gestatte ich mir gehorsamst den Herrn Polizeipräsidenten zu bitten, zu veranlassen, daß derartige, das Ansehen der Herren Polizeiärzte schädigende Verfügungen nicht im offenen Kuvert von den Bedienungsfrauen und Unterbeamten von Zimmer zu Zimmer getragen werden und in den diesen zugänglichen Verfügungssammlungen offen ausgestellt werden.

Aus allen diesen Gründen, besonders aber, weil die Verfügung eine Nichtachtung des Standes der Polizeiärzte, namentlich der im Dienste ergrauten Aerzte, ja man kann sagen, auch des ganzen ärztlichen Standes darstellt, bitte ich gehorsamst den Herrn Polizeipräsidenten um baldige Stellungnahme. gez.: Dr. Dreuw.

v. Jagow (d. h. re vera Schlegtendal mit dem Stil Dr. Güth's) antwortete:

Der Polizeipräsident. Berlin C. 25, den 5. März 1914.
Tagebuch Nr. 98 S. P. Gen. 14. Alexanderstraße 3—6.

Auf die Eingaben vom 10. und 16. 2. (S. 223) erwidere ich Ihnen nach Prüfung des Sachverhaltes hiermit ergebenst, daß ich die vorgetragenen Beschwerden über die leitenden Beamten der Sittenpolizei nicht für berechtigt anerkennen und in der Angelegenheit nichts weiter veranlassen kann.

Die Führung des in Preußen offiziell nicht anerkannten Titels „Polizeiarzt" ist Ihnen durch die angezogene Verfügung vom 9. Februar mit Recht untersagt worden, weil dieser Titel erfahrungsgemäß zu Irrtümern Anlaß gibt, die der Behörde unerwünscht sein müssen. Er erweckt die falsche Vorstellung, als ob sein Träger eine durch die amtliche Stellung mit hervorragender Autorität ausgestattete Medizinalperson sei.*)

Es erscheint mir auch unbedenklich, daß sich die Leitung der Sittenpolizei von den untersuchenden Aerzten die ihr Arbeitsgebiet berührenden und unter Benutzung ihres statistischen Materials zustande gekommenen wissenschaftlichen Arbeiten vorlegen läßt und sich das Recht vorbehält, gegen ihre Veröffentlichung im Interesse des Dienstes gegebenen Falls Einspruch zu erheben. Bei Ihren beiden Arbeiten über die Wirkung und den Wert der Salvarsanbehandlung war ein solcher Einspruch durchaus angebracht, weil ihr Inhalt nicht derjenigen objektiv beobachtenden Haltung entspricht, welche die Sittenpolizei nach ihrer ganzen Stellung in der beregten Frage einzunehmen hat. (Wörtlich wie Güths Fabrikat vom 17. 11. 13. S. S. 229. Dr. D.)

Es ist im dienstlichen Interesse lebhaft zu bedauern, daß Sie neuerdings in einen so schroffen Gegensatz zu den an der Spitze der Sittenpolizei stehenden Beamten getreten sind. Ein solcher Zustand ist auf die Dauer unhaltbar, weil dadurch das so notwendige gedeihliche Zusammenarbeiten gefährdet wird. Die Sittenpolizei kann begreiflicherweise nur mit solchen Aerzten amtliche Beziehungen unterhalten, die den zur Regelung des Betriebes und im Interesse der Disziplin erlassenen allgemeinen Anordnungen selbst unbedingt Folge leisten und sich auch sonst in den geschlossenen Kreis der behördlichen Organisation verständnisvoll einzufügen wissen. Es dürfte in Iherm eigenen Interesse liegen, künftig alles zu vermeiden, was zu einer weiteren Verschärfung des bestehenden Konfliktes und letzten Endes zu einer dann unvermeidlichen Kündigung des mit Ihnen abgeschlossenen Anstellungsvertrages führen könnte.

Jagow.

An Herrn Dr. med. Dreuw, Arzt bei der Sittenpolizei, hier.

Der folgende Briefwechsel I, II und III bedarf keines Kommentars:

I.

Berlin, den 8. Februar 1912.

Sehr geehrter Herr Kollege!

Ich erlaube mir, Ihnen hierdurch mitzuteilen, daß Dr. Frede und ich von der von Ihnen in dem Blatte Reichs-Med.-Anzeiger veröffentlichten Arbeit über Salvarsanbehandlung Kenntnis genommen und gegen diese Veröffentlichungen, von Ihnen als Polizeiarzt gezeichnet, in unserer Eigenschaft als Polizeiärzte bei Abteilung IV protestiert haben.

Mit vorzügl. Hochachtung ergebenst gez. Dr. Brüning.

Berlin, den 14. Februar 1912.

Sehr geehrter Herr Kollege!

Von der Reise zurück komme ich erst heute dazu, Ihnen den Empfang Ihres Briefes vom 8. 2. 12 zu bestätigen. Da aus Ihrem Schreiben nicht zu entnehmen ist gegen welche Auffassungen meiner wissenschaftlichen Arbeit Sie bei Abteilung IV protestiert haben, so bitte ich höfl. um Zusendung einer Abschrift Ihres Protestes.

Mit vorzüglicher Hochachtung ergebenst gez. Dr. Dreuw.

Berlin, den 16. Februar 1912.

Sehr geehrter Herr Kollege!

Auf Ihre Schreiben teilen wir Ihnen ergebenst mit, daß wir nicht in der Lage sind mangels eines Konzeptes Ihnen eine genaue Abschrift des Protestes zu geben

---

*) Zentralregie: Siehe Voss. Ztg. und andere Tageszeitungen, die wörtlich dieselben Ausdrücke brauchten.

und bitten Sie das Schreiben bei Abteilung IV einsehen zu wollen. Wir haben gegen Ihre Veröffentlichung als „Polizeiarzt“ gezeichnet protestiert, weil wir mit dem Inhalt, dem Ort und der Art der Veröffentlichung nicht einverstanden sind; wir sind zu diesem Schritte genötigt gewesen, weil wir aus Disziplinargründen nicht öffentlich dagegen Stellung nehmen konnten und weil wir den Eindruck vermieden sehen wollten, als ob Ihre Ansicht auch die unsere sei. Hätten Sie diese Veröffentlichungen nicht als „Polizeiarzt“ gezeichnet, würden wir selbstverständlich den Protest nicht erhoben haben.

Mit vorzüglicher Hochachtung ergebenst gez. Dr. Brüning.

Berlin, den 17. Februar 1912.

An die Abteilung IV.

Herr Dr. Brüning hat mir brieflich mitgeteilt am 8. 2. 12, daß er und Herr Dr. Frede gegen meine Veröffentlichungen im Reichs-Med.-Anzeiger Protest erhoben haben. Auf meine Bitte, mir eine Abschrift dieses Protestes zu überlassen, hat er mir geschrieben, daß er kein Konzept mehr habe und hat mich gebeten, den Protest bei der Abteilung IV einzusehen. Ich bitte daher gehorsamst, mir Einsicht in die betr. Akten geben zu wollen.

Etwa 14 Tage später. Abschrift dem Sinne nach.

Sehr geehrter Herr Kollege!

Ich habe bei der Abteilung IV auf Ihren Brief vom 16. 2. hin am 17. 2. bei der Abteilung IV den Antrag gestellt, mir Einsicht in Ihr Protestschreiben zu geben. Bis heute ist mir diese Einsicht noch nicht gewährt worden. Da ich bei Ihrer kollegialen Gesinnung weiß, daß Sie einer Denunziation Ihre Feder nicht geliehen haben, so bitte ich Sie, mir Einsicht in Ihr Protestschreiben zu verschaffen, da ich sonst für die nächste Zeit nicht in der Lage bin, Stellung zu Ihrem Vorgehen zu nehmen.

Mit vorzüglicher Hochachtung gez. Dr. Dreuw.

Berlin, den 30. März 1912.

Sehr geehrter Herr Kollege!

Wie mir im 27. 3. 12 mitgeteilt, wird das Kgl. Polizeipräsidium mir keine Einsicht in die von Ihnen erstattete Anzeige geben. Ich bedaure lebhaft, daß Sie zwar eine Anzeige erstattet haben, mir jedoch nicht eine Abschrift zur Verfügung stellen können. Es ist mir so leider unterbunden mangels einer geeigneten Unterlage das Schriftstück der Instanz zu übergeben die über ärztliche Ehrenangelegenheiten zu urteilen hat. Ich muß daher zunächst das Urteil über Ihr Vorgehen einen Kollegen wegen des Inhalts, des Ortes und der Art der Veröffentlichung seiner wissenschaftlichen Ansichten bei der Polizeibehörde anzuzeigen ohne daß Sie ihm Einsicht in diese Anzeige geben, der Gesamtheit der Kollegen überlassen.

Was den Ort (Reichs-Med.-Anzeiger, 1911, Nr. 25/26) meiner Veröffentlichungen betrifft, so befinde ich mich, wenn Sie sich die Mitarbeiter mal ansehen wollen (Geh.-Rat Rumpf, Bonn, Prof. Stadelmann, Berlin u. a.) in der besten medizinischen Gesellschaft, die es sich entschieden verbitten würde, von Ihnen und Herrn Dr. Frede in so abfälliger Weise beurteilt zu werden.

Was den Inhalt betrifft, so ist dieser von Herrn San.-Rat Dr. Paul und Dr. Hesse u. a. als durchaus sachlich und ihren Anschauungen entsprechend angesehen worden. Ich kann weder Sie noch das Kgl. Polizeipräsidium als geeignete Instanz ansehen, darüber zu entscheiden, ob Salvarsan oder Quecksilber das bessere Mittel ist. Darüber entscheidet im Laufe der Zeit das Urteil der Aerzte.

Was die Art meiner Veröffentlichungen anbetrifft, so ist das lediglich meine eigene Angelegenheit, in welche ich mir weder von Ihnen noch von Herrn Dr. Frede hineinreden lasse. So werde ich auch in Zukunft meine Veröffentlichungen so gestalten, wie ich es für richtig halte, ob Sie nun Anzeige bei der Polizeibehörde erstatten oder nicht.

Ihre Auffassung, als ob, wenn ich als Polizeiarzt zeichne, damit auch Ihre Meinung zum Ausdruck kommt, erlaube ich mir entschieden zurückzuweisen. Wenn z. B. ein Geheimrat oder Regierungsrat des Kgl. Polizeipräsidiums eine Veröffentlichung oder ein Buch herausgibt, so identifizieren sich noch lange nicht alle Geheimräte oder Regierungsräte mit dem Inhalt dieses Buches. Ich werde, wie Sie bald sehen werden, auch in Zukunft unter dem mir zustehenden Titel veröffentlichen und bin fest überzeugt, daß die Kollegen auch nicht im entferntesten daran denken werden, meine Anschauung wäre auch die der Herren Dr. Brüning und Dr. Frede.

(Siehe „Weltbluff“ S. 72. Brief vom 23. 2. 20.)

Wissenschaftliche Streitfragen werden auch in Zukunft nicht durch Anzeige bei der Polizeibehörde, sondern durch fleißige Arbeiten pro et contra, durch die Dis-

kussion der Gesamtheit der Aerzte entschieden. An dieser Diskussion sich zu beteiligen, steht jedem Arzte frei. Wenn Sie wollen, mögen Sie es auch tun, anstatt Anzeige bei der Polizeibehörde zu machen. Ich werde Ihnen dann gegebenenfalls in offener Weise Rede und Antwort stehen. Ich bitte Sie höfl. auch Herrn Dr. Frede von diesem Schreiben Kenntnis zu geben.

Mit vorzüglichster Hochachtung gez. Dr. Dreuw.

Berlin, den 1. April 1912.

Sehr geehrter Herr Kollege!

Wir teilen durchaus Ihr lebhaftes Bedauern, daß die betr. Angelegenheit nicht dem ärztlichen Ehrengericht von Ihnen unterbreitet ist; es wäre uns nichts lieber gewesen, wenn wir gewußt hätten, daß die Abteilung IV diesesmal von ihrer Gewohnheit abweichen würde, solche Angelegenheiten zur Kenntnisnahme weiterzugeben, so hätten wir sicherlich eine Kopie angefertigt. Wir haben daher Herrn Geheimrat Schlegtental nochmals darum gebeten, dafür zu sorgen, daß Ihnen eine Abschrift zugestellt werde. Ganz entschieden zurückweisen müssen wir Ihre Unterstellung, wir hätten Sie beim „Polizeipräsidium angezeigt". Wir haben, wie wir damals sofort mitteilten, „einen Protest" gegen Inhalt, Ort und Art Ihrer Veröffentlichung bei unserer vorgesetzten Behörde eingereicht, aber nicht eine Anzeige gemacht. Sie überschätzen uns und sich selbst, wenn Sie der Meinung sind, daß wir Ihretwegen zu einer Anzeige oder Denunziation schreiten mußten. Eine solche wäre es gewesen, wenn die Behörde keine Kenntnis von Ihrer Arbeit vor unserem Schreiben gehabt hätte. Das ist nicht der Fall gewesen. Die Arbeit öffentlich zurückzuweisen, mußte als Voraussetzung die Tatsache haben, daß wir Ihre Arbeit ernsthaft genommen hätten. Das ist nicht der Fall.

Mit Ihnen über ärztliche Standesfragen zu diskutieren erübrigt sich für uns, da unsere Ansichten darin wohl sehr verschieden sind. Ebenso groß dürfte unsere abweichende Meinung über publizistische Anschauungen sein. In Nr. 20 1911 der Deutschen Med. W. über Verwendung der Wasserdruckmassage schreiben Sie „bei der Prostituiertenuntersuchung verwende ich den an einer Mischbatterie usw." Ohne gewaltsamen Sinn und Wortbeugung ist nur eine Schluß möglich, daß Sie als Polizeiarzt diese Apparate dauernd zu benutzen behaupten und mit dieser wahrheitswidrigen Behauptung diese Apparate zu propagieren versuchen. Diese Art wissenschaftlich zu publizieren ist uns fremd. Es ist daher wohl berechtigt, Ihre Publikationen mit einem besonderen Maß zu messen.

Mit vorzüglichster Hochachtung ergebenst

gez. Dr. Brüning und Dr. W. Frede.

Berlin, den 3. April 1912.

Sehr geehrter Herr Kollege!

Auf ihr letztes Schreiben, das um den Kernpunkt der Sache herumgeht (daß Sie die wissenschaftlichen Arbeiten eines Ihnen koordinierten Kollegen, über den Sie auch nicht im entferntesten ein Aufsichtsrecht haben, wegen seiner wissenschaftlichen Ansicht bei der Polizeibehörde angezeigt haben) sich umsomehr aber mit persönlichen, nicht zur Sache gehörigen Bemerkungen beschäftigt, habe ich Ihnen folgende Erklärung abzugeben:

1. Wenn die Polizeibehörde, wie Sie selbst angeben, schon Kenntnis von meiner Arbeit hatte, als Sie Ihre Anzeige abschickten (ich habe der Polizeibehörde, die Arbeit selbst überreicht), so erweist sich Ihr Vorgehen erst recht als eine Anzeige in des Wortes wahrster Bedeutung, denn was sollte, wenn die Polizeibehörde die Arbeit schon kannte, Ihr Hinweis anderes bezwecken, als einen Kollegen, der bisher kein Wort der Auseinandersetzung mit Ihnen gehabt, bei der Polizeibehörde anzuzeigen. Sind Ihnen wissenschaftliche eigene Ideen und eigene Anschauungen, die mit den Ihrigen nicht übereinstimmen, so unbequem, daß Sie direkt zum Kadi laufen zu müssen glauben, um diese zu unterbinden? Das werden Sie nie und nimmer erreichen.

2. Auf Ihre persönlichen Angriffe und Beleidigungen gehe ich absichtlich in dieser rein sachlichen Diskussion nicht ein. Ebenso verschmähe ich es, nicht zur Sache gehörige Ihre Person betreffende Nebensächlichkeiten, die mir gegebenenfalls auch zur Verfügung stehen, Ihnen vorzuwerfen. Wenn Prof. Gaucher, Paris, Prof. Winckler Bad Nenndorf, San.-Polizeiarzt San.-Rat Dr. Paul und Dr. Hesse u. a. meine Arbeit als durchaus sachlich und ihren Anschauungen entsprechend, ja sogar als Verdienst bezeichnen, so stelle ich das Urteil dieser Herren zum mindesten dem Ihrigen gleich.

De gustibus non est disputandum. Ihre beleidigenden Ausdrücke, meine Arbeit sei nicht ernst zu nehmen, betrachte ich lediglich als eine Phrase. Es ist doch wohl kaum einzusehen, daß das Kgl. Polizeipräsidium mit Genehmigung des Ministeriums des Innern und des Kultusministeriums ausgerechnet dem Polizeiarzt

das Vertrauen geschenkt hat, nach seinen eigenen Angaben auf einer Weltausstellung das Projekt einer Musterausstellung unter der Firmierung des Kgl. Polizeipräsidiums zu veranstalten und diese Ausstellung wissenschaftlich zu beschreiben, der nach Ihrer (durchaus unmaßgeblichen Meinung) in seinen wissenschaftlichen Arbeiten nicht ernst genommen zu werden verdient. Sie müssen die Polizeibehörde wirklich gering einschätzen, wenn Sie ihr derartiges unterstellen.

3. Was den von Ihnen erwähnten Wasserdruckspülapparat betrifft, so ist dieser in Dresden auf der Ausstellung des Kgl. Polizeipräsidiums von mir ausgestellt worden und hat die Anerkennung aller Fachleute gefunden. Ich verwende, wenn Sie sich überzeugen wollen, den Apparat und werde ihn solange benutzen, als es mir gefällt. Hoffentlich wird der Apparat, ebenso wie die von mir in Dresden ausgestellte Beleuchtungsmethode infolge der Ausstellungen und von Ihnen erwähnten wissenschaftlichen Arbeit energisch propagiert. Jahrelange Arbeit ist bekanntlich der Anerkennung wert. Da Herr Dr. Frede und Sie in der Literatur mit eigenen Erfindungen nicht allzuhäufig vertreten sind, so kann ich Ihren Standpunkt, daß Ihnen meine Art, eigene Erfindungen zu publizieren, damit sie auch schließlich angewandt und propagiert werden, fremd ist.

4. Ich erwähne ausdrücklich, daß Ihre Anzeige gegen die ausdrückliche Vereinbarung der Polizeiärzte verstoßen hat, ohne gemeinsame Zusammenkunft gegen einen Kollegen nichts zu unternehmen, sicherlich jedoch keine Anzeige bei der Polizeibehörde, dazu noch in einer Angelegenheit, die gar nicht zum Ressort der Polizeibehörde gehört. Soviel ich weiß, hat Ihnen die Behörde bisher auch keine Antwort, d. h. „auch eine Antwort", auf Ihre Anzeige geben.

Zum Schlusse möchte ich Ihnen noch den Spruch Napoleons dahin variieren, Sie werden in Ihrem Briefe beleidigend, schon deshalb haben Sie unrecht. Auf die beleidigenden rein persönlichen Aeußerungen des von Ihnen und Herrn Dr. Frede verfaßten Briefes gehe ich bei einer sachlichen Diskussion nicht ein. Ich behalte mir alle Schritte in der Angelegenheit vor. Von einem weiteren Briefwechsel sehe ich ab

Mit vorzüglichster Hochachtung ergebenst gez. Dr. Dreuw.

Dieser Brief kam uneröffnet zrück mit folgendem Begleitschreiben:

den 3. April 1912.

Sehr geehrter Herr Kollege!

Da wir einen weiteren Briefwechsel für zwecklos halten, bitten wir Sie daher ergebenst davon absehen zu wollen.

Mit vorzüglichster Hochachtung ergebenst

gez. Dr. Brüning und Dr. Frede.

Berlin, den 4. April 1912.

Sehr geehrter Herr Kollege!

Anbei sende ich Ihnen Ihren Brief, der denselben Inhalt hat, wie der mir von Ihnen zurückgesandte mit bestem Dank zurück.

Mit vorzüglichster Hochachtung ergebenst gez. Dr. Dreuw.

Berlin, den 27. April 1912.

Sehr geehrter Herr Kollege!

Ich übersende Ihnen die Abschrift unseres Protestes, die uns auf unseren Antrag vom Königl. Polizeipräsidium zugegangen ist. Ergebenst.

Dr. H. Frede

(zugleich im Auftrage des heute abwesenden Herrn Dr. Brüning).

Am 27. 4. 12 bestätigte ich den Empfang der Abschrift.

Dieses **Kulturdokument**, das man nur im Zusammenhange mit den übrigen Tatsachen würdigen kann, lautete:

Abschrift. Zu 109 S. P. Gen. 12. Berlin, den 7. Februar 1912.

An die Abteilung 4 des Königlichen Polizeipräsidiums

z. H. des Herrn Regierungs- und Geh. Medizinalrats Dr. Schlegtendal,

Hochwohlgeboren.

Die unterzeichneten Sittenärzte erlauben sich ganz gehorsamst, folgende Erklärung der Abteilung IV unterbreiten zu dürfen. Durch Zufall erfuhren wir von einer Veröffentlichung des Herrn Polizeiarzt Dr. Dreuw in einem sehr wenig bekannten Blatte (vergl. Anlage), der ganz bestimmte Ansichten über Salvarsanbehandlung bei Prostituierten wiedergibt. Solche Ansichten seitens eines Polizeiarztes könnten auf die Oeffentlichkeit in einer so eminent wichtigen Frage den Eindruck machen, als ob sich darin die Ansichten der Sittenpolizei und der gesamten Sittenärzte widerspiegelten. Wir bezweifeln nach der Antwort, die die Sittenpolizei dem leitenden Arzte des Krankenhauses Fröbelstraße

auf eine diesbezügliche Anfrage gegeben hat, daß nämlich die Frage sich an der Hand der statistischen Unterlagen nicht lösen ließe, sehr stark, daß sich die Meinung der Sittenpolizei mit dem Inhalte der betreffenden Veröffentlichung deckt. Ebenso dürfte es sich bei einer großen Anzahl der Sittenärzte verhalten.

Wir Unterzeichneten, speziell, die wir auch Erfahrungen über Quecksilber- und Salvarsanbehandlung zu haben glauben, sehen uns gezwungen, auf diesem Wege den allerschärfsten Protest gegen solche Veröffentlichung zu erheben. Aus Disziplingründen sind wir verhindert, in der Oeffentlichkeit gegen diese Veröffentlichungen Stellung zu nehmen. Wir erlauben uns, der Ansicht zu sein, daß derartige Streitfragen von hohem wissenschaftlichen und praktischem Werte nur in allseitig gelesenen, ärztlich anerkannten Fachzeitschriften zur Diskussion gestellt werden und dann in einer jeder Kritik standhaltenden und w i s s e n s c h a f t l i c h e n Weise. Diese Veröffentlichung dürfte diesen Bedingungen in keiner Weise standhalten und entsprechen (cf. Anmerkung). Da einem jeden Sittenarzte nur ein Teil der Prostituierten als Beobachtungsmaterial zur Verfügung steht, ist es einem einzelnen Arzte kaum möglich, derartige prinzipielle Fragen g r ü n d l i c h zu entscheiden. Nur eine zusammenfassende Beobachtung der gesamten Sittenärzte in Verbindung mit den Krankenhauserfahrungen kann hier nach l ä n g e r e r Zeit bestimmte Ansichten zeitigen. Es besteht sonst Gefahr, daß bei Fernstehenden der Eindruck erweckt wird, als ob die Syphilisbehandlung der Prostituierten nicht auf der wissenschaftlichen Höhe stände. Daß dieser Eindruck erweckt werden kann, geht aus den wiederholten Hinweisen des Herrn Dr. Dreuw hervor: „Wieviel Personen mag diese p. p. in der Zeit angesteckt haben", Bemerkungen, die in einer wissenschaftlichen Arbeit kaum gebraucht werden dürften. Aus diesen Gründen erscheint es uns nicht angängig, diese Art der Veröffentlichung stillschweigend zu billigen, und wir halten es für unsere P f l i c h t, der Abteilung IV unsere Ansicht zu unterbreiten, zumal wir Aerzte rascher orientiert sind über die Auffassung solcher Veröffentlichung in ärztlichen Kreisen als eine Behörde.

gez. Dr. F r e d e. gez. Dr. W. B r ü n i n g

(jetzt salvarsanistischer Spezialarzt in Zittau).

Der Redakteur des Reichs-Medizinal-Anzeigers Dr. Loening schrieb:

Diakonissenanstalt. Innere Abteilung. Halle a. S. den 7. September 1912.

Herrn Dr. D r e u w, Polizeiarzt, B e r l i n.

Sehr geehrter Herr Kollege!

Von dem mir übersandten Schriftstücke (Frede-Brüning) habe ich Notiz genommen. Ich bedaure natürlich sehr, daß Sie durch Ihre Arbeit Unannehmlichkeiten haben und wünsche Ihnen, daß Sie durch das ehrengerichtliche Verfahren Genugtuung erhalten. Da Sie nicht mit wissenschaftlichen Waffen bekämpft werden, ist ein näheres Eingehen auf die sachlichen Verhältnisse ja nicht zweckmäßig, denn man kann zu der Salvarsanfrage Stellung nehmen wie man will, ohne an Ihrer Arbeit einen Tadel zu finden. Mich selbst kann natürlich die Bemerkung der beiden betr. Herren kaum berühren, da ich als Redakteur allein darüber zu entscheiden habe, welche Aufsätze ich nehme oder nicht, und weder das Berliner Polizeipräsidium noch irgend ein anderer mich beeinflussen kann. Charakteristisch ist übrigens, daß schon zweimal in diesem Sommer ein hiesiger Polizist bei mir sich eingefunden hat, um sich nach dem Charakter meines Blattes zu erkundigen. Ich habe dem Mann die Tür gewiesen und ihm gesagt, daß der Verlag in Leipzig sei. Man sieht also, wie derartige Beschwerden weiter wirken können und wozu die Polizei alles benutzt wird. Ich glaube, daß wir Aerzte gerade jetzt, wo wir dem Minister des Innern unterstellt sind, ein besonderes Interesse daran haben, unsere wissenschaftliche Eigenschaft zu wahren und nicht einfach in den Dienst der Polizei gestellt zu werden. Eine Flucht in die Oeffentlichkeit, von der Sie in Ihrem Briefe sprechen, halte ich nicht für zweckmäßig, da der Erfolg einer solchen vom Zufall und von der politischen Stimmung abhängt und es für unseren ärztlichen Stand in keiner Weise zweckmäßig ist, derartige Dinge vor der Oeffentlichkeit zu verhandeln. Ich glaube auch, daß das Ehrengericht Ihnen in dieser Frage Genugtuung verschaffen wird. Andernfalls bleibt ja immer noch die Beschwerde an den Minister übrig.

Von Ihrem Schreiben habe ich mir erlaubt eine Abschrift zu machen. Ev. teile ich dieselbe der Vereinigung der medizinischen Fachpresse mit. Ich bin bis Oktober verreist. Der Ausgang des Verfahrens interessiert mich.

Mit kollegialem Gruß Ihr sehr ergebener

gez. Privatdozent Dr. L o e n i n g,

leit. Arzt der inneren Abteilung der Diakonissenanstalt.

Zum Verständnis sei bemerkt, daß diese Arbeit im Reichs-Medizinal-Anzeiger 1911, Nr. 25/26, die den Titel trug: „Kann Salvarsan das Quecksilber ersetzen" nach einigen einleitenden Worten über die Wirkung von Medikamenten die Kranken-

geschichten von 47 nicht geheilten Prostituierten enthielt. Dies und die rein sachlich gehaltene Schlußfolgerung, daß Salvarsan, wie ich durch eine eigene Statistik bewies, nicht heile, jedenfalls nicht besser als Quecksilber, war das Verbrechen, namentlich aber die dokumentarische Feststellung, daß 47 Prostituierte, die von Dr. Pinkus behandelt und von mir kontrolliert wurden, trotz Salvarsan noch völlig syphilitisch waren. Diese Arbeit ist ein Muster an Sachlichkeit, wie jeder objektiv Denkende konstatiert. Man ersieht, was der Salvarsanismus (Frede und Brüning wandten, der letztere als Spezialarzt in Zittau wendet 1922 Salvarsan, ca. 16 teure Abortiveinspritzungen, die aber nicht heilen, sondern diese Abortivwirkung nur vortäuschen, noch häufig in der Privatpraxis an) und seine unsichtbaren Einflüsse nicht alles fertig bringen.

Berlin, den 13. April 1912.

Dem Königlichen Polizei-Präsidium erlaube ich mir den in der Anlage beigegebenen Briefwechsel gehorsamst zu unterbreiten.

Aus diesem Briefwechsel geht hervor:

1. Daß seitens der Herren Dr. Brüning und Dr. Frede versucht wird, meine wissenschaftliche und persönliche Ehre und meine wissenschaftlichen Anerkennungen nicht nur anzuzweifeln, sondern direkt in den Staub zu ziehen. Sie maßen sich an, mir Vorschriften über den Ort, den Inhalt und die Art meiner wissenschaftlichen Auffassungen zu geben.

2. Daß sie vor persönlichen Beleidigungen und Verdächtigungen nicht zurückschrecken, um einem Spezialkollegen Schwierigkeiten zu machen. Indem sie behaupten, meine wissenschaftliche Arbeit sei nicht e r n s t zu nehmen und mir wahrheitswidrige Manipulationen vorwarfen. Ich erlaube mir auf folgendes hinzuweisen:

Am 1. Oktober 1910 trat ich meine Stelle zusammen mit Herrn Dr. Brüning an. Ich habe sowohl durch die technischen, als wissenschaftlichen Vorschläge und durch die von mir inaugurierte und mit Erfolg durchgesetzte Dresdener Ausstellung des Königlichen Polizei-Präsidiums (siehe Akten hierüber) mir die Achtung nicht nur meiner Kollegen, sondern auch des Königlichen Polizei-Präsidiums erworben. Noch vor kurzem hat sowohl Herr Ober-Regierungsrat Hoppe, als auch Herr Geheimrat Schlegtendal erklärt, daß ich das Verdienst habe, die Abteilung der Sittenpolizei auf eine wissenschaftliche Höhe gebracht zu haben. Meine wissenschaftliche Tätigkeit ist sowohl im Inlande, als auch im Auslande in der kurzen Zeit seit meiner Anstellung anerkannt worden. Abgesehen davon, daß auf Grund der Ausstellung des Königlichen Polizei-Präsidiums bereits Studienkommissionen abgeschickt worden sind (Breslau), bin ich auch seitens des Gesundheitsrates eines der größten Städte Amerikas aufgefordert worden, diesem meine Vorschläge bezgl. der Einrichtung der Prostituierten-Untersuchung zu unterbreiten. Die Ausstellung des Königl. Polizei-Präsidiums in Dresden bedeutete einen vollen Erfolg. Auch die auf Grund des Materials der Sittenpolizei von mir publizierte skeptische Auffassung über die Wirkung des Salvarsans bricht sich, wie die unten näher erwähnten Berichte über den Internationalen Dermatologen-Kongreß (April 1912, Rom) beweisen, immer mehr Bahn.

Gegen diese meine technische und wissenschaftliche Tätigkeit glauben nun die beiden Herren Dr. Frede und Dr. Brüning Sturm laufen zu müssen. Ich erlaube mir hierzu folgendes zu bemerken:

1. Ich habe bis zu dem oben erwähnten Briefwechsel mit den Herren Dr. Brüning und Dr. Frede niemals eine Controverse gehabt. Da ich wegen der verschiedenen Zeit des Dienstes sie überhaupt kaum sehe und sie seit beinahe einem halben Jahr kaum gesprochen habe.

2. Von allen 8 Polizeiärzten beteiligen sich an den Angriffen gegen meine Person nur die beiden S p e z i a l ä r z t e, während die 5 praktischen Aerzte sich den Angriffen entweder fern halten oder sie direkt mißbilligen (Sanitätsrat Dr. Paul und Dr. Hesse).

3. Herr Dr. Carney teilte mir z. Zt. des Beginns der Dresdener Ausstellung mit, daß ich mich in Acht nehmen solle, die Herren Dr. Brüning und Dr. Frede führten etwas gegen mich im Schilde.

4. Dasselbe teilte mir während und nach der Ausstellung auch Herr Dr. Hesse mit und dieser sprach es deutlich aus, daß die Angriffe der beiden Herren nicht sachlicher Natur seien.

5. Als die beiden Herren ihre Anzeige beim Königlichen Polizei-Präsidium gemacht hatten, da belegte der Polizeiarzt Herr Sanitätsrat Dr. Paul, Mitglied der Aerztekammer, das Vorgehen der beiden Herren, gegen die wissenschaftliche Auffassung eines Kollegen beim Polizei-Präsidium eine Anzeige zu erstatten, mit einem Ausdruck, dessen Erwähnung ich mir noch vorbehalte. Jedenfalls müsse man mit allen gesetzlichen Mitteln gegen solche Manipulationen vorgehen.

6. Bereits vor einigen Monaten haben die beiden Herren den Versuch gemacht, mir ein Bein zu stellen. Indem sie in einam regelrechten Kollegium den eben erst eingetretenen Kreisarzt Herr Dr. Meier veranlaßten, eine Eintragung in das Gestellungsbuch einer Puella zu machen, die imstande sein mußte, die wissenschaftliche Auffassung zweier Aerzte (Dr. Paul und Dr. Dreuw) zu diskreditieren. Herr Kreisarzt Dr. Meier hat mir persönlich sein Bedauern darüber ausgedrückt, daß er sich zu dem Schritte habe raten lassen, da er erst einige Tage seinen Dienst angetreten habe.

7. Die von den beiden Herren angegriffene Arbeit ist von bekannten Autoritäten als durchaus sachlich bezeichnet worden (Prof. Gaucher, Paris, Prof. Winckler, Bad Nenndorf, Sanitätsrat Paul u. a.). Prof. Winckler bezeichnet die Arbeit direkt als ein Verdienst. Das Resultat meiner Untersuchungen deckt sich vollständig mit dem Bericht über die Diskussion in der Salvarsanfrage auf dem erst vor einigen Tagen stattgefundenen Intern. Dermatologen-Kongreß. Der Bericht darüber in der Tägl. Rundschau, Donnerstag den 11. April 1912, lautet:

„Auf dem 9. Internationalen Dermatologen-Kongreß in Rom erstattete Prof. Milan, Paris, ein Referat über das Heilmittel „606", dessen Wirksamkeit er anzweifelte. Im gleichen Sinne äußerten sich mehrere andere Referenten. Allgemein würde die Quecksilberkur als prozentual erfolgreicher hingestellt."

8. Durch die wissenschaftliche Bearbeitung des großen Materials der Sittenpolizei trägt auch diese mit dazu bei, daß große soziale und hygienische Fragen gelöst werden.

9. Was die Anzeige der beiden Herren betrifft, so bestand ein ausdrücklicher Beschluß der Polizeiärzte, gegen einen Kollegen keine Schritte zu unternehmen, ohne daß die Polizeiärzte sich darüber besprochen hätten. Diesen Beschluß haben die beiden Herren völlig unbeachtet gelassen.

10. Was die Beleidigung betrifft: Ich verwende nicht meinen Wasserdruckspülapparat, so habe ich diesen auf der Dresdener Ausstellung ausgestellt gehabt. Selbstverständlich konnte ich ihn während dieser Zeit nicht verwenden. Nachdem er von dort zurückgekommen, habe ich vor kurzem die Firma Löwenstein gebeten, ihn mir zu übersenden, und habe ihn dauernd in Verwendung. Ich habe ihn den Herren Geheimrat Schlegtendal, Sanitätsrat Paul und Dr. Hesse u. a. demonstriert und diese Herren sind von den Vorzügen überzeugt. Ein großer Teil dieser Herren betrachtet die neue Methode als eine wirkliche Bereicherung der diagnostischen Untersuchungsmethoden. Wenn sachliche, durch Nachdenken, Arbeit und Fleiß errungene und weiter zu erwartende Fortschritte durch persönliche Beleidigungen paralysiert werden soll, dann ist die Folge, daß alle Lust und Arbeitsfreudigkeit schwindet. Dies liegt sicherlich nicht im Interesse des Königlichen Polizei-Präsidiums.

Als Facit stelle ich fest, daß die Herren Dr. Brüning und Dr. Frede einen wissenschaftlich denkenden und arbeitenden Arzt wegen seiner wissenschaftlichen Ansichten angegriffen haben und daß sie, als dieser sich den Eingriff in seine persönliche Freiheit verbat, zu persönlichen Beleidigungen geschritten sind. Ich stelle hiermit den Antrag, gegen die beiden Herren ein Disziplinarverfahren zu eröffnen. (Was aber (S. 226) abgelehnt wurde. Dr. D.)

Ich behalte mir vor, gegebenenfalls wegen der beleidigenden Aeußerungen sowohl das ärztliche Ehrengericht, als das ordentliche Gericht anzurufen.

An das Königliche Polizei-Präsidium, Berlin.

II.

Briefwechsel mit Herrn Privatdozent Dr. Felix Pinkus, Berlin, Vetter von Ehrlich.

Auf meine Anfrage, mir mitzuteilen, ob Herr Dr. Pinkus eine Mitteilung über meinen Salvarsanstandpunkt dem Königl. Polizeipräsidium gemacht habe, erhielt ich folgenden Brief:

Berlin, den 6. 9. 12.

Sehr geehrter Herr Kollege! In Beantwortung Ihrer gestrigen freundl. Anfrage erlaube ich mir mitzuteilen, daß es sich hierbei um meine (meine! Dr. Dreuw) Ihnen sicher bekannte Anfrage beim Polizeipräsidium handelt, ob Ihr Aufsatz im Reichs-Medizinal-Anzeiger, in welchem die Ansicht vertreten war, daß die Prostituierten auf meiner Abteilung nicht ausreichend an Syphilis behandelt seien, weil die Salvarsanbehandlung unzureichend sei, die Anschauung der Sittenpolizei oder nur ihre eigene darstelle.

Mit der größten Hochachtung bin ich Ihr ergebenster gez. Pinkus.

Antwort. Abschrift. Berlin, den 9. 9. 12.

Sehr geehrter Herr Kollege! Für Ihr Geehrtes vom 6. 9. 12 danke ich Ihnen bestens. Ihre Anfrage beim Polizeipräsidium ist mir nicht bekannt. Ich bitte Sie daher freundlichst, mir eine Abschrift zuzusenden. Ferner erlaube ich mir die Anfrage,

ob Sie bei der hiesigen Stadtverwaltung über meine wissenschaftlichen Anschauungen in der Salvarsan-Angelegenheit Protest eingelegt haben, und bitte Sie, wenn dies der Fall war, ebenfalls um eine Abschrift dieses Protestes.

Ihr sehr ergebener gez. Dr. Dreuw.

Berlin, den 11. 9. 12.

Sehr geehrter Herr Kollege! Außer der Ihnen in meinem vorigen Brief mitgeteilten Anfrage existiert nichts von mir. Sie ist natürlich auf dem Instanzenwege durch unsere Inspektion gegangen, aber es gibt keine Anzeige oder Protest oder dergleichen, außer diesem schon erwähnten Schriftstück. Der Wortlaut ist nicht zu meiner Verfügung. Sie werden ihn aus den Akten der Sittenpolizei sicher ohne Schwierigkeiten erfahren können.

Mit der größten Hochachtung bin ich Ihr ergebener gez. Pinkus.

Abschrift (dem Sinne nach, auf Grund vorliegenden Stenogramms).

Für Ihre geschätzten Zeilen danke ich Ihnen bestens. Da es Ihnen ein Leichtes ist, die von Ihnen selbst angeregte Mitteilung an das hiesige Polizeipräsidium durch Ihre Inspektion in Abschrift zu erhalten, so bitte ich nochmals ergebenst um Zusendung einer Abschrift dieser Mitteilung. Da der Instanzenweg beim Polizeipräsidium sehr langweilig ist, glaube ich auf diesem Wege eher in den Besitz zu kommen. Ich war einigermaßen überrascht, daß Sie als Privatdozent einer deutschen Universität gegen meine sachlich wissenschaftliche Arbeit nicht den bisher üblichen Weg der Erwiderung in medizinischen Zeitschriften gewählt haben, zumal in meiner Arbeit weder das städtische Obdach mit Namen erwähnt war, noch die Meinung vertreten war, als ob Ihre Patienten nicht ausreichend an Syphilis behandelt würden. Es handelte sich lediglich um Mitteilung einer an der Hand meiner persönlichen Erfahrungen an dem Material des Königl. Polizei-Präsidiums gemachten Beurteilung des Salvarsans. Da in der Arbeit auch nicht im entferntesten angedeutet ist, daß diese ungünstige Beurteilung mit der Meinung der Sittenpolizei irgendwie etwas zu tun hatte (ich hatte verantwortlich gezeichnet, nicht die Sittenpolizei) und im übrigen absolut keine Kritik Ihrer Behandlung, sondern lediglich die Kritik eines neuen Mittels vorlag, so war diese Beurteilung selbstverständlich von Ihrer Person und dem städtischen Obdach vollständig zu trennen, da weder Sie noch das städtische Obdach die Erfinder des Mittels sind. Ich habe die Sache kritisiert und nicht Personen oder Anstalten oder Krankenhäuser. Möge jeder mit seinem Gewissen abmachen, ob er Salvarsan in dem gegenwärtigen Stadium anwendet oder nicht. Darum kümmere ich mich nicht. Aber das Recht, an der Sache selbst Kritik zu üben, lasse ich mir nicht nehmen, selbst wenn hundert Mitteilungen an die Polizeibehörde gelangen. Was würden Sie sagen, wenn ich bei der Inspektion des städtischen Obdachs angefragt hätte, ob Ihre publizistische Beurteilung des Salvarsans auch die Meinung der Inspektion wäre und besonders, wenn diese Anfrage auf meine Veranlassung hin vielleicht durch die Polizeibehörde erfolgt wäre? Sie würden mit Recht fragen, was geht das die Inspektion an, die ihrer ganzen Zusammensetzung nach von medizinischen Streitfragen nichts versteht.

Ich behalte mir in der Angelegenheit alle Schritte bei der Universitätsbehörde vor. Ich würde es jedoch begrüßen, mich, sobald ich im Besitz der Abschrift bin, mit Ihnen mündlich in der Angelegenheit zu sprechen, da sich vielleicht auf diesem Wege Weiterungen vermeiden lassen.

Mit vorzüglicher Hochachtung bin ich Ihr ergebenster gez. Dr. Dreuw.

Berlin, den 27. 9. 12.

Sehr geehrter Herr Kollege!

Ihren letzten Brief konnte ich nicht früher beantworten, da ich jetzt erst die Antwort auf meinen Versuch, Ihnen aus unseren Akten eine Abschrift zu verschaffen, erhalten habe. Es wird mir direkt abgelehnt, aus dem amtlichen Material eine Abschrift für private Zwecke zu erteilen. Ich werde darauf hingewiesen, daß der betr. Bericht in den Akten des Königl. Polizei-Präsidiums abschriftlich vorhanden sein müßte, und Sie sich an Ihre vorgesetzte Behörde wenden müßten. Ich selber besitze nicht den Wortlaut meiner damaligen Schrift. Soviel ich mich erinnere, habe ich nur meine Stellung als Leiter der Krankenstation gegen die mögliche Anschauung, daß vom Polizei-Präsidium angenommen werde, ich behandele Syphilitische ungenügend, gewahrt. Weder meine persönliche Meinung, noch die Ihre als Privatmann kommt hier in Betracht und ich bin auch nicht geneigt, darüber zu diskutieren.

Mit der größten Hochachtung bin ich Ihr ergebener gez. Pinkus.

(Man stelle sich vor: Der Vetter des heimlich mit Millionen interessierten Salvarsanerfinders Ehrlich denunziert von hinten herum und schließlich wird der auf einem Salvarsan-Beobachtungsposten sitzende Arzt entlassen. Ob der mit Pinkus

befreundete Herr „Berater" Güth von alle dem wußte, ist mir nicht bekannt. Herr Pinkus, der spätere Generalsekretär der D. G. B. G. als Denunziant in wissenschaftlichen Fragen! Sexualkapitalismus a tergo! Ein Universitätsprofessor! Ein Charakter! Ein würdiger Repräsentant der D. G. B. G.! Der Berater der Regierung in Sachen Salvarsan. S. S. 19 und S. 37.)

III.

Die folgende Eingabe, ergibt eine Milieu-Schilderung, die zeigt, daß im Beamtenstaat der Fortschritt, die uneigennützige Hingabe an eine Idee, daß jede Verbesserung gehaßt und verfolgt wurde. Heute vielleicht noch schlimmer als damals. Sie lautete:

Beschwerde des Polizeiarztes Dr. Dreuw. Berlin, d. 10. 2. 1914.

Hierdurch erlaube ich mir gehorsamst, dem Herrn Polizeipräsidenten Folgendes zu unterbreiten:

A

Seit dem 1. Oktober 1910 habe ich neben meiner spezialärztlichen privaten Tätigkeit auch das Amt eines Polizeiarztes. Schon seit vielen Jahren beschäftigte ich mich mit wissenschaftlichen Arbeiten (ca. 70). (Siehe Anlage 1)*). Ich bin offizieller Mitherausgeber der bekanntesten medizinischen Fachzeitschriften, ein großer Teil meiner Untersuchungs- und Behandlungsmethoden ist sowohl im In- als Auslande, teils in den Lehrbüchern anerkannt, teils werden sie sowohl auf der Berliner, als auf anderen Universitäten gelehrt.

In meinen Arbeiten behandele ich auch das für die gesamte Medizin und letzten Endes für die Assanierung der Prostitution so wichtige Gebiet der Wirkung von Ehrlich-Hata 606 bei Syphilis, wobei ich sowohl meine Beobachtungen aus meiner Privatpraxis, aus meiner Poliklinik und bei den Prostituierten verwerte.

Nun existiert eine Verfügung vom 10. Dezember 1906, die durch die Abt. IV auch auf die Polizeiärzte ausgedehnt wurde, wonach alle Manuskripte, soweit sie das sachliche Arbeitsgebiet der Behörde betreffen, vor der Publikation vorzulegen sind.

Die Beantwortung der Frage, ob und wie Ehrlich-Hata gegen Syphilis wirkt, ist eine rein akademische Streitfrage, an deren Lösung sich die Leiter und Assistenten der bekanntesten Institute, Behörden, Krankenhäuser, Medizinalbeamte und andere beamtete Aerzte ohne jedes Bedenken der betreffenden Behörden pro et contra beteiligen. Nun verbietet mir die namentlich durch Herrn Kriminalinspektor Dr. Güth in polizeiärztlichen Angelegenheiten inoffiziell beratene Abt. IV die Publikation meiner medizinischen Beobachtungen über die Wirkung dieses Heilmittels bei Prostituierten, mit der Begründung, durch meine wissenschaftliche Stellungnahme würde die Neutralität des Königl. Polizeipräsidiums verletzt.

Zweifellos berührt aber die private Verwertung von Beobachtungen über die Wirkungen eines Heilmittels, das mit dem Arbeitsgebiet der Behörde nichts zu tun hat, nicht dieses, da die Polizeibehörde gar nicht behandelt. Keine Behörde Deutschlands legt diesen wissenschaftlichen Publikationen irgend welche Schwierigkeiten in den Weg. Ein solches Verbot würde schließlich in einer rein medizinischen Frage jede wissenschaftliche Meinung der Polizeiärzte unterdrücken. Wenn z. B. ein Polizeiarzt seine Beobachtungen über Haarerkrankungen, über die Wirkungen eines Heilmittels usw. an Prostituierten veröffentlicht, so können derartige neutrale Veröffentlichungen unter keinen Umständen das sachliche Arbeitsgebiet, geschweige denn die Neutralität verletzen, zumal der Autor, der außerdem noch Spezialarzt für Hautkrankheiten ist, die Verantwortung übernimmt. Im Gegenteil, ein solches Verbot würde den neutralen Charakter des K. P. P. verletzen, insofern, als der wissenschaftlichen Forschung Fesseln angelegt würden. Denn was kann es dem K. P. P. schaden oder nützen, wenn mit Hilfe der Beobachtungen an Prostituierten festgestellt wird, ob Ehrlich-Hata wirkt oder nicht? Wenn ein Polizeiarzt im Dienste seine Pflicht tut, so kann gegen die Verwendung seiner medizinischen Beobachtungen an seinem Krankheitsmaterial nichts einzuwenden sein. Wenn das K. P. P. fremden Aerzten die Benutzung von Tabellen und Statistiken gestattet, warum soll dies den eigenen Aerzten in einer durchaus neutralen Frage verboten sein?

Eine Reihe angesehener Aerzte, Juristen und Parlamentarier stehen mit mir auf demselben Standpunkt.

---

*) Abgedruckt in „Sexualrevolution" Seite 520.

Eine derart die Wissenschaft fördernde Betätigung sollte im Gegenteil anerkannt werden. Ich habe wohl als erster Polizeiarzt in Berlin eine Reihe von wissenschaftlichen Arbeiten veröffentlicht, ohne daß, abgesehen von den an Ehrlich-Hata 606 direkt oder indirekt Beteiligten, irgend jemand auf die Idee gekommen wäre, das K. P. P. verletze seine Neutralität. Gerade durch eine wissenschaftliche Betätigung kann das Ansehen der manchmal eigenartig beleumundeten Tätigkeit der Polizeiärzte nur gehoben werden.

Wenn aber der Herr Polizeipräsident auch für rein medizinische Publikationen die Erlaubnis der Abt. IV für nötig halten sollte, so bitte ich gehorsamst um nachträgliche Aufhebung des Verbots, das die Arbeit (in Sachen Salvarsanschäden) betrifft, da gegen die sachliche Neutralität keine Bedenken vorliegen, wie mir von beamteten und nicht beamteten Aerzten bestätigt wird. Ich bitte aber auch deswegen um Aufhebung des Verbotes, da durch die Arbeit in einer für das K. P. P. völlig indifferenten Frage eine wesentliche Klarheit geschaffen wird.

Es geht erst recht nicht an, eine wissenschaftliche Meinung deswegen zu verbieten, weil sie subjektiv ist. Schließlich ist jede wissenschaftliche Auffassung subjektiv und erst aus diesen subjektiven Meinungen kristallisiert die Wahrheit heraus, wie ein fertiges Gebäude auch erst aus dem Zusammenfügen der verschiedensten Bausteine entsteht.

B.

Im Februar 1911 erteilte mir der Herr Polizei-Präsident in Uebereinstimmung mit dem Königl. Ministerium des Innern den ehrenvollen Auftrag, für die Dresdener internat. Hygiene-Ausstellung 1911 einen Entwurf auszuarbeiten, mit dem vom K. P. P. vorgeschriebenen Titel:

„Projekt einer Musterausstellung für polizeiärztliche Untersuchungen, ausgestellt vom Königlichen Polizei-Präsidium Berlin nach Angaben vom Polizeiarzt Dr. Dreuw".

Eine Beteiligung an der Ausstellung war vom Ministerium vorher für ganz Deutschland verboten worden und erst mein späterer dem Herrn Ober-Regierungsrat Hoppe unterbreiteter Vorschlag, das völlig neutrale technische Gebiet auszuwählen, fand dessen und die nachträgliche Billigung des K. P. P. und des Königl. Ministeriums.

Trotz der kurzen bis zur Eröffnung der Ausstellung mir zur Verfügung stehenden Zeit von einigen Monaten, hatte ich Pläne, Entwürfe, Korrespondenzen mit den vier Faktoren (Ausstellung, Gesellschaft zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten, K. P. P. und der ausführenden Firma) und alle Formalitäten rein ehrenamtlich soweit geregelt, daß am 6. Mai 1911 bei der Eröffnung der Ausstellung alle drei Zimmer fix und fertig waren.

Ich hatte zur Zeit auf der Busley-Feier im Hotel Kaiserhof Gelegenheit mit dem Herrn Polizeipräsidenten die Ausstellung zu besprechen.

Wie die umfangreichen Akten des K. P. P. ergeben, hat diese rein ehrenamtlich von mir ausgeführte Ausstellung große produktive Tätigkeit, viel Mühe, Schreibarbeit, Reisen, Besprechungen, Ausfall der Privatpraxis, viele Privatkosten (ca. 800 Mark) verursacht, und wie es so häufig geht, statt des Dankes das gerade Gegenteil bewirkt.

Die Ausstellung (siehe S. 154 ff.), die erste dieser Art, war ein beispielloser Erfolg, da bisher noch keiner öffentlich diese heikle Frage in so dezenter Weise zur Diskussion gestellt hat. Nicht nur hervorragende Mediziner, sondern die ersten technischen Firmen Berlins (Windler, Kunze, Hauptner usw.) haben die Ausstellung, auch von der technischen Seite aus betrachtet, als vollkommen bezeichnet. Ich hielt in Dresden verschiedene Demonstrationen ab, wobei sich Gelegenheit bot, eine Reihe von Medizinal- und andere Beamte, u. a. auch den Herrn Polizei-Präsidenten aus Magdeburg zu führen, welcher der Ausstellung ungeteiltes Lob spendete und mich bat, bei einer eventl. Neueinrichtung ihn zu beraten.

Die hauptsächlichsten, seitdem in Berlin entstandenen technischen Neueinrichtungen der Sittenpolizei, die das ungeteilte Lob aller Besucher des In- und Auslandes finden, selbst des früheren scharfen Gegners der technischen Einrichtungen der Berliner Sittenpolizei (Prof. Dr. Bierhoff, New-York), sind meinen oben angeführten Ideen, Entwürfen und Angaben wörtlich entnommen, namentlich die Zentral-Sterilisierung und -Beleuchtung.

Ich verfaßte damals eine als Manuskript gedruckte Monographie, veröffentlichte später einen Teil derselben (S. 154) und war nach zweijähriger Sammlung aller Einzelheiten, namentlich der Abbildungen und Clichees (über 30) vor kurzem so

weit, daß ich das fertige illustrierte Manuskript (Anl. 3)*) zur Genehmigung bei der Abt. IV einreichte. (Siehe S. 154.) Nachdem der inoffizielle polizeiärztliche Berater dieser Abteilung, Herr Kriminalinspektor Dr. Güth, noch einige Korrekturen vorgeschlagen und sein eigenes Lob in Bezug auf die Vereinigung von Arzt und Kriminalinspektor durch einen Kriminalbeamten mittels der Schreibmaschine hatte hineinschreiben lassen, wurde das Manuskript Ende August 1913 genehmigt.

Es wurde mir dann von dem Medizinal-Beamten-Verein, obschon ich selbst nicht Medizinalbeamter bin, der ehrenvolle Auftrag, neben dem Herrn Geheimrat Leppmann, Gumprecht und Med.-Rat Krause auf der Tagung in Breslau am 12. September 1913 das Referat zu halten über „Moderne Prostituierten-Untersuchung“, nachdem ich das genehmigte Manuskript dem Verein vorher eingeschickt. (Anl. 4). Der Lichtbildervortrag über das obige Manuskript erregte allgemeines Interesse und wird in den Verhandlungen des Vereins veröffentlicht. (Siehe S. 158/159.) Zur Illustrierung der geleisteten Arbeit*) und der schon bisher erfolgten internationalen Anerkennung erwähne ich folgende Daten:

Der Gesundheitsrat von Cincinati U. S. A. wandte sich an mich zwecks Mitteilungen von Vorschlägen. The american Association of the Conservation of Vision, an deren Spitze Taft und Roosevelt stehen, hat mich wegen der Dresdener Ausstellung um Mitteilungen gebeten. Der türkischen Regierung sind die Dresdener Vorschläge für das neu zu erbauende Krankenhaus von Herrn Dr. Menahem Hodara Bey vorgeschlagen und der Präfekt von Konstantinopel, der selbst Arzt ist, steht der Angelegenheit sehr sympathisch gegenüber. Die Arbeit wird in englischer Uebersetzung im „Lancet“, der größten medizinischen Wochenschrift, mit Abbildungen erscheinen. (Für ein deutsches Werk ein zweifelloser Erfolg). Die französische Uebersetzung (Anlage 5) ist bereits fertig und eine amerikanische Zeitschrift hat bereits die Aufnahme mit allen Abbildungen zugesagt. Wenn ich dann noch erwähne, daß es mir gelungen ist, auf Grund eines mündlichen Vortrages Herrn Professor Bierhoff, New-York, der die früheren technischen Einrichtungen der Berliner Sittenpolizei in seinem Buche so scharf kritisiert hatte, zu überzeugen, daß Berlin heute bezüglich seiner technischen Einrichtungen an der Spitze marschiert, dann glaube ich den Herrn Polizei-Präsidenten genügend über die Wichtigkeit der vorliegenden von mir zur öffentlichen Diskussion gestellten Frage informiert zu haben. Wenn aber die im Erscheinen begriffene Monographie mit Abbildung in allen Kulturstaaten erst veröffentlicht ist, dann dürften die neuen Vorschläge und Einrichtungen international anerkannt werden.

Nun werden in letzter Zeit von der durch Herrn Dr. Güth inoffiziell in technischen Angelegenheiten beratenen Abteilung IV vielfach auch die kleinsten Neuerungen, die sich auf die Dresdener Ausstellung beziehen und die z. T. nur geringe Ausgaben verursachen, abgelehnt, da, wie mir in einem Privatgespräch Herr Dr. Güth mitteilte: „Technische Neuerungen werden zunächst nicht mehr eingeführt“.

Es ist zu verstehen, daß der geschilderte Erfolg, der zum größten Teil meiner Anregung, Initiative, Arbeit und ehrenamtlichen Tätigkeit entsprungen ist, und der mir ein Anrecht gibt, darauf stolz zu sein und zu bleiben, wie es so häufig geht, eine Reaktion herbeiführen würde. So auch hier.

Es sind beim K. P. acht einander koordinierte Polizeiärzte und ein Arzt tätig, der das sogenannte technisch-medizinische Dezernat hat, Herr Kriminalinspektor Dr. Güth. Die von den Polizeiärzten als krank befundenen Prostituierten werden dem städtischen Obdach, dessen Leitung Herr Dr. Felix Pinkus hat, überwiesen. Unter den acht Aerzten waren außer mir noch zwei Spezialärzte für Hautkrankheiten, Herr Dr. Brüning und Herr Dr. Frede. Die anderen fünf Herren sind praktische Aerzte. Diese wußten, wie mir verschiedentlich mitgeteilt, den Fortschritt gegen früher, namentlich was die von Herrn Dr. Güth konstruierte bisherige Art der Sterilisierung, die sich als verfehlt erwiesen hatte, sehr wohl zu schätzen. Da man mir dienstlich nichts anhaben konnte, so dienten meine Forschungen auf dem Gebiete der Wirkung des sogenannten Syphilis-Heilmittels Ehrlich-Hata 606 zu Angriffen gegen mich. Hier trafen sich meine wissenschaftlichen und andere Gegner, um die Polizei zu einem Einschreiten zu bewegen, was auf dem Wege des „Medizinisch-technischen Dezernats“ des eben zum Kriminal-Inspektor ernannten Herrn Dr. med. Güth, der mit Herrn Dr. Felix Pincus (wie mir erzählt wurde, einem Verwandten von Ehrlich) sehr gut bekannt ist, denn auch versucht wird. Ich bemerke, daß Herr Dr. Pincus Herrn Dr. Güth verschiedentlich Briefe über dienstliche Angelegenheiten geschrieben hat.

1. Herr Dr. Pincus ging nicht persönlich gegen mich vor, sondern machte auf meine wissenschaftliche Auffassung in der Ehrlich-Hata-Frage die Inspektion des

*) S. das Buch „Moderne Prostituiertenuntersuchung“. Zu beziehen durch Ritter-Verlag.

städtischen Obdachs und diese das Königliche Polizei-Präsidium aufmerksam. (Siehe Akten). Herr Dr. Pincus hat mir auf meine Bitte hin keine Abschrift der Mitteilung seiner Inspektion zugehen lassen. (Briefwechsel siehe S. 221.) Kurze Zeit vor der Mitteilung erhielt ich das beigefügte Schreiben.*)

2. Herr Dr. Güth sammelt seit einigen Jahren mit Vorliebe und großem Eifer alle Notizen, die meine Person betreffen. Er läßt von dem ihm unterstellten Kriminalbeamten 10 und mehr Seiten lange Urteile, die nicht etwa meine Person (über mich ist noch nie ein Urteil gefällt worden), sondern andere betreffen, abschreiben. Kurzum, der „Techniker Güth" widmet dem „Techniker Dreuw" eine derartige Aufmerksamkeit, daß meine Personalakten wahrscheinlich einen ganzen Band bilden werden. (Siehe Akten).

3. Die beiden einzigen Spezialärzte für Hautkrankheiten, die Herren Polizeiärzte Dr. Brüning und Dr. Frede, die ich, da sie zu anderer Zeit Dienst haben, im Jahre vielleicht zweimal zu sehen bekam, machten wegen meines Standpunktes in der Ehrlich-Hata-Frage eine Beschwerde bei der Abt. IV. (Anlage 6). (Siehe S. 215 ff.) *Ein Kommentar zu dieser Beschwerde erübrigt sich; sie spricht für sich selbst.* Ich erwähne nur, daß ein großer Teil der Polizeiärzte, unter diesen im Dienste ergraute, sich dahin ausdrückten, die Beschwerde sei nicht aus sachlichen Gründen erfolgt. Ob diese Beschwerde, die kurz nach der Aktion des Herrn Dr. Pincus erfolgte, auf gemeinsamer Besprechung mit diesem, der mit den beiden Herren sehr bekannt ist, beruht, weiß ich nicht. Infolge dieser Beschwerde, deren Einreichung zwar, aber nicht deren Inhalt, mir die beiden Herren mitteilten, entstand beiliegender Briefwechsel, den ich schon zurzeit der Abteilung IV eingereicht habe. (Anlage 7.) (Siehe S. 215 ff.) Die Herren gebrauchten beleidigende, garnicht zur Sache gehörende Ausdrücke (s. Seite 217, 1. April 12), woraufhin ich, um meine Ehre zu wahren, Herrn Geheimrat Schlegtendal mitteilte, daß ich das Ehrengericht anrufen müßte. Dieser bat mich zu sich am 12. 4. 12, um 1¼ Uhr, und zwar ging ich um 1½ Uhr zu ihm hin in sein Arbeitszimmer. Er sagte mir kurzerhand, *und zwar sprach er im Namen des Herrn Polizeipräsidenten*, wenn ich das Ehrengericht anrufen würde, dann müsse einer von uns dreien weg — — *das wäre ich.* Ich war über eine derartige Meinung so erstaunt, daß ich ihm dem Sinne nach sagte: „Dann müßte doch erst einmal von einer objektiven Instanz nachgeprüft werden, wer der Schuldige, d. h. der Angreifer und Beleidiger sei. Wenn diese Methode richtig wäre, dann könne jeder ihm koordinierte Geheimrat ihn aus Amt und Würden bringen, er brauche ihm bloß eine Beleidigung zu sagen oder zu schreiben und wenn er sich dann seiner Haut wehre, so wäre diese Tatsache ein Grund, nicht etwa den Beleidiger, sondern ihn zu entlassen. Eine derartige Behandlung würde ich mir nicht gefallen lassen und mein Recht auf dem Instanzenwege bis zum Ministerium und Parlament suchen. Den Inhalt der Unterredung habe ich mir etwa 20 Minuten später auf der elektrischen Bahn während der Fahrt stenographisch notiert. Da ich vorher zufälligerweise Herrn Polizeiarzt San.-Rat Dr. Paul traf, habe ich ihm den Inhalt mitgeteilt, sodaß dieser authentisch ist. (Anlage 8).

Daraufhin schrieb ist am 20. 4. 12 an die Abt. IV den beiliegenden Brief (Anlage 9), damit die Abteilung IV, mit der Herr Geheimrat Schlegtendal, wie aus seinem Gespräch hervorging, nicht einmal gesprochen hatte, aktenmäßig Bescheid wußte. Der Brief spricht, obschon ich der angegriffene Teil war, dafür, daß ich unter allen Umständen den Frieden wollte, mich aber auch nicht, zumal wegen meiner wissenschaftlichen Auffassung, die meine Spezialkollegen, auch meiner Meinung nach nicht die Behörde tangiert, brüskieren und angreifen lassen wollte. Ich bat in dem Brief um ein Disziplinarverfahren, damit die Angelegenheit in tra muros blieb und nicht ans ärztliche Ehrengericht gelangte, da ich auf eine Zurücknahme der Beleidigung bestehen müsse. Daraufhin teilte mir Herr Geh.-Rat Schlegtendal mündlich mit, ein Disziplinarverfahren gegen Polizeiärzte gäbe es nicht, und ich appellierte, als kein anderer Ausweg mehr war, an das Ehrengericht. Ich wurde jedoch trotz der Drohung des Herrn Geh.-Rat Schlegtendal nicht entlassen.

Ich habe dann, um unter allen Umständen den Frieden unter den Polizeiärzten zu sichern, Herrn San.-Rat Dr. Paul als dem Aeltesten unter uns gebeten, (wiederum ein Zeichen, daß ich unter allen Umständen trotz der Beleidigungen einen ehrenvollen Frieden wollte), *im Interesse des Dienstes* eine Vermittlung herbeizuführen, die dieser nach langen Bemühungen auch erzielte, indem beide Teile

---

*) Ermahnung vom 26. 1. 12 wegen der Veröffentlichung der Salvarsan-Nichtheilungen im Reichsmedizinalanzeiger (Nr. 25, 1911), keine Salvarsan-Veröffentlichungen mehr zu machen. Verfasser der Ermahnung war Dr. Güth. Am 7. 2. 12 ging das Kesseltreiben Frede-Brüning-Pinkus los. Circulus malitiosus!

im Interesse des Dienstes eventl. Beleidigungen zurücknahmen, woraufhin ich die ehrengerichtliche Anzeige zurücknahm, was durch Herrn Sanitätsrat Paul der Abteilung IV mitgeteilt wurde. Hätte ich dem Rate des Herrn Geh.-Rat Schlegtendal gefolgt, so wäre die Beleidigung heute noch nicht zurückgenommen.

Seitdem kann ich mich nun nicht mehr der früheren Gunst des Herrn Geh.-Rat Schlegtendal erfreuen.

Obschon dieser, ebenso wie Herr Oberregierungsrat Hoppe vordem in Worten der höchsten Anerkennung meine Tätigkeit gelobt, merkte ich von diesem Zeitpunkte an eine Umwandlung. Von dritter Seite war in Anbetracht meiner wissenschaftlichen Verdienste, namentlich auf der Hygiene-Ausstellung, angeregt worden, für mich den Professortitel zu beantragen. Dies war 3—4 Monate vor der obigen Unterredung vom 12. 4. 12. Der Antrag hat auch, da Herr Geh.-Rat Schlegtendal alle meine Arbeiten und Anerkennungen (Dank der Stadt Berlin, Dank der Polizeibehörde Hamburg usw.) zur Begutachtung hatte, das K. P. P. beschäftigt, er wurde aber vermutlich auf die Darstellungen des Herrn Geh.-Rat Schlegtendal hin kurzweg abgelehnt. Diese Ablehnung erfolgte direkt nach der obigen Unterredung am 12. 4. 12.

Was meine wissenschaftliche Tätigkeit, die international anerkannt ist, im allgemeinen, und meine Erfolge auf dem K. P. P. im besonderen betrifft, so überlasse ich das Urteil darüber gehorsamst dem Herrn Polizei-Präsidenten, bin andererseits gerne bereit, das Material vorzulegen. Möglicherweise hat auch die Sammeltätigkeit des Herrn Dr. Güth mit zu der Ablehnung beigetragen, und die inoffizielle „Medizinisch-Technische" Beratung der Abt. IV.

Steter Tropfen höhlt den Stein.

Ich veröffentlichte seit Januar 1911, abgesehen von anderen wissenschaftlichen Arbeiten, meine Beobachtungen über Ehrlich-Hata 606 und kam auf Grund der Schädigungen und Todesfälle, von denen einer auch eine völlig gesunde 19jährige Prostituierte des K. P. P. betrifft, zu einem ablehnenden Urteil. (Anlage 12a). Ich bitte, über Ehrlich-Hata Herrn Oberregierungsrat Rebling und Herrn Med.-Rat Eschricht zu hören. Folgende Arbeiten wurden von mir veröffentlicht:

1. Vortrag in der Dermatologischen Gesellschaft, 14. Dez. 1910. Dermatol Ztschft. 1911, Nr. —.

2. Arbeit Anlage 14, aus dem Reichsmedizinal-Anzeiger 1911, Nr. 25/26.

Es ist dies die Arbeit, auf welche Ehrlichs Verwandter, Herr Dr. Pincus, die städt. Behörde aufmerksam machte. Es entstand infolgedessen folgender Briefwechsel mit Herrn Dr. Pincus. (Anl. 15.) (Siehe S. 221.) Ich erhielt dann vom K. P. P. noch das Schreiben (Anl. 16). Ich antwortete, daß ich die Mahnung befolgen würde (Anl. 17) und die Sache war erledigt. (Fußnote S. 229 enthält den Inhalt des Schreibens.)

1½ Jahr später wurde mir dann auf die medizinisch-technische Beratung des Herrn Dr. Güth hin meine Arbeit über die neuen Einrichtungen der Sittenpolizei (Anlage 3) zuerst zur Veröffentlichung erlaubt, dann die bereits veröffentlichte wieder verboten und dann wieder erlaubt.

Ferner wurde mir vor kurzem ein Manuskript (Anl. 21) über Ehrlich-Hata verboten. Mit diesen beiden Manuskripten (Anl. 3 und Anl. 21) verhält es sich folgendermaßen:

A. Manuskript Anl. 3. (Moderne Prostituiertenuntersuchung. Dresdener Vorschläge. (S. S. 154.) Berlin, Ritterverlag.

Ende August 1913 wurde dieses Manuskript genehmigt. Ich hielt darüber am 12. September einen Vortrag beim Medizinal-Beamtenverein in Breslau. Dann bat mich der 2. Vorsitzende des ärztlichen Vereins für Sexual-Wissenschaft, darüber vorzutragen. Der Vortrag wurde auf den 17. Oktober festgesetzt. Zu diesem Vortrage lud ich brieflich Herrn Ober-Regierungsrat Hoppe, (ein Zeichen, daß der Vortrag objektiv war), ein und übersandte gleichzeitig in dankbarer Erinnerung daran, daß Herr Ober-Regierungsrat Hoppe z. Zt. meine Dresdener Vorschläge befürwortet, ein unterdessen fertig gewordenes großes Bild der Dresdener Ausstellung, für die Abt. IV. Verkleinerte Abbildung s. S. 154. Ich legte das bereits genehmigte und bereits veröffentlichte Manuskript der Einladung bei, um Herrn Ober-Reg.-Rat Hoppe als Juristen einen Ueberblick über die rein medizinisch-technischen Einzelheiten zu geben.

Herrn Dr. Güth, den inoffiziellen technisch-medizinischen Berater der Abt. IV über polizeiärztliche Angelegenheiten (einen subalternen Beamten) hatte ich nicht eingeladen. Und nun ereignete sich Folgendes:

Ich erhielt am 13. Oktober 1913 zu meinem größten Erstaunen ein Verbot des bereits genehmigten und durch Vortrag veröffentlichten Manuskripts. (Anlage 18.) Das Verbot zeigte deutlich den unverkennbaren Stil des Herrn Dr. Güth. In dem zuerst erlaubten, dann wieder verbotenen Manuskript waren von Herrn Dr. Güth beinahe alle Stellen die Erfindungen von mir betrafen mit Bleistift unterstrichen, sogar die Ueberschrift: „von Polizeiarzt Dr. D.". In dem Ablehnungsschreiben (Anl. 18) wurde mir Subjektivismus vorgeworfen, kurzum über meine wissenschaftlichen Auffassungen eine Kritik geübt, die letzten Endes von dem mir nicht einmal koordinierten Herrn Kriminalinspektor herstammte. Selbst der Dank an Herrn Oberregierungsrat Hoppe war unterstrichen. Zunächst war also die Arbeit so wenig subjektiv, daß sie veröffentlicht wurde, und dann war sie plötzlich über Nacht subjektiv geworden. Ich änderte dann noch an demselben Tage pro forma (eine Arbeit von 20 Minuten) „meine Tube" in „die Tube", strich „nach meinen Angaben" und machte einige ähnliche nebensächliche Aenderungen und schickte das Manuskript mit beifolgendem Schreiben (Anl. 19) an die Abt. IV und es wurde mit dem Schreiben (Anl. 20) wieder genehmigt, einen Tag nachdem ich mündlich Herrn Dr. Güth meine Meinung dahin gesagt, daß ich mir eine derartige Behandlung nicht gefallen ließe, die wegen ihrer fortwährenden Widersprüche letzten Endes auf eine Blamage der von ihm „medizinisch-technisch" beratenen Behörde hinausliefe. Er meinte: „eine Behörde könne sich nicht blamieren", „ich solle ja nicht mit der Behörde anbinden", woraufhin ich ihm sagte: „aber die Personen, welche die Behörde beraten". „Lieber würde ich auf meine Stelle verzichten, als daß ich mir eine solche Behandlung weiterhin gefallen ließe."

Ich bemerke, daß ich ausdrücklich auf Wunsch des Herrn Dr. Güth in das Manuskript,*) um ja keinen Irrtum zwischen den Leistungen der S. P. und meinen Vorschlägen aufkommen zu lassen, eingeschaltet hatte, was die S. P. eingeführt und was meine individuellen Vorschläge waren. (Anlage 3, S. 9, rot angestrichen.) Trotzdem also der Vorwurf des Subjektivismus und eine wissenschaftliche Kritik durch Unterstreichungen, die sicherlich nicht im Sinne der Verfügung vom 10. Dezember 1906 liegt. Ich erhebe gegen eine solche Behandlung und Beratung bei Herrn Oberregierungsrat Hoppe, der als Jurist selbstverständlich in die rein medizinischen Einzelheiten nicht so eindringen kann, hiermit Protest, zumal es sich um ein Werk handelt, das mit Erfolg und mit Recht das Lob des K. P. P. enthält und die Oeffentlichkeit nicht zu scheuen braucht.**)

Bei einer derartigen Behandlung weiß man nicht mehr ein noch aus und in der Tat habe ich den im Verein für Sexualwissenschaft angesagten Vortrag ohne Angabe von Gründen erst absagen, dann wieder anmelden müssen.

Bei dieser Gelegenheit erlaube ich mir, den Herrn Polizeipräsidenten überhaupt auf die eigentümliche Behandlung, die Herr Dr. Güth den mit sechswöchentlicher Kündigung angestellten Herren Polizeiärzten vielfach angedeihen läßt, gehorsamst aufmerksam zu machen. Ohne vorher sie zu fragen, veranlaßt er vielfach technische Anordnungen für ihre Zimmer, die, wie z. B. ein über ihren Kopf hinweg angebrachter, nach unserer Ansicht unzweckmäßiger Untersuchungsstuhl, den Unwillen der Herren erregten, die doch infolge ihrer Tätigkeit besser Bescheid wissen, was notwendig ist, als Herr Dr. Güth (der nur Beamter, aber nicht untersuchender Arzt ist. Dr. D.). Ich erlaube mir gehorsamst, auf die eigenartige Stellung der Herren Polizeiärzte Herrn Kriminalinspektor Dr. Güth gegenüber hinzuweisen. In Wirklichkeit sind sie ihm nicht einmal koordiniert, aber seine medizinisch-technische Beratung gibt ihm Gelegenheit, sich den mit sechswöchentlicher Kündigung angestellten Herren hier und da in Erinnerung zu bringen. Ferner bitte ich gehorsamst den Herrn Polizeipräsidenten, der Rangstellung der Herren Polizeiärzte auch den mittleren und unteren Beamten gegenüber Beachtung schenken zu wollen.

B. (Salvarsanmanuskript.)

Kaum war die Angelegenheit (Anlage 3) mit dem Ausstellungsmanuskript erledigt, da wurde mir die Veröffentlichung des unter Nr. I erwähnten Manuskripts über Beobachtungen an Prostituierten, behandelt mit Ehrlich-Hata 606, untersagt (Anl. 21), mit Gründen, gegen die ich (vergl. I) bereits protestiert habe. Ich reichte

---

*) Veröffentlicht als „Moderne Prostituiertenuntersuchung". S. S. 154. Fischers mediz. Buchhandlung.

**) Man sieht, was subaltern gewordene Aerzte sich alles herausnehmen.

das Manuskript ordnungsgemäß ein und bekam beifolgende Ablehnung**) (Anlage 22). Eine Antwort habe ich darauf nicht gegeben, da ich es vorzog, meine Beschwerde dem Herrn Polizeipräsidenten gehorsamst direkt zu übermitteln. In dem Ablehnungsschreiben befindet sich eine nicht zu verkennende indirekte Warnung, wenn ich es nochmals wagen sollte, ein Manuskript über meine Beobachtungen mit Ehrlich Hata 606 überhaupt nur einzureichen. Wer das sachliche, rein medizinische Resumé*) (Anl. 21, Schluß a) dieser Arbeit liest, wird ohne weiteres zu dem Resultat kommen, daß es mit der Neutralität des K. P. P. nichts zu tun hat.

Nach diesen geschichtlichen Aufzeichnungen bitte ich den Herrn Polizeipräsidenten gehorsamst, diese literarischen Angelegenheiten zu untersuchen und als medizinische Gutachter zwei objektiv denkende Herren, vielleicht Herrn Geheimrat Nesemann oder Herrn Medizinalrat Eschricht zu nehmen, da sowohl Herr Geheimrat Schlegtendahl als auch Herr Dr. Güth meiner Meinung nach voreingenommen sind. Den letzteren Herrn kann ich infolge seiner mir nicht einmal koordinierten Stellung als Kritiker und Gutachter, der er indirekt war (siehe Unterstreichungen im Manuskript), über m e i n e literarischen Arbeiten überhaupt nicht anerkennen. Zu jedem Berufe gehört Lust und Liebe zur Wissenschaft, ohne die auch der Polizeiarzt, wenn er nicht verflachen will, nicht auskommen kann.***) Herr G.-R. Sch. sollte es anerkennen, daß von mir aus dem polizeiärztlichen Ressort zum erstenmal wissenschaftliche Arbeiten seitens eines Polizeiarztes herausgebracht worden sind, die das Ansehen des an und für sich schon eigenartig beurteilten Standes heben und die beweisen, daß Pflichttreue im Beruf und eine eigene wissenschaftliche, rein medizinische Meinung sich wohl vertragen.

Ich tue meine Pflicht als Polizeiarzt, ich erfreue mich des Ansehens und der Hochschätzung, wie mir hunderte Briefe beweisen, von wirklichen Geheimräten, von Autoritäten, von Juristen und Parlamentariern und der Herren Polizeiärzte (ich bitte Herrn Medizinalrat Eschricht zu befragen), mit Ausnahme der beiden Spezialärzte für Hautkrankheiten, ich arbeite wissenschaftlich in meiner freien Zeit als Privatarzt, in meiner Poliklinik und als Polizeiarzt und ich bitte gehorsamst den Herrn Polizeipräsidenten, den außerordentlichen Beunruhigungen ein Ende zu machen, d i e l e t z t e n E n d e s n i c h t d e r S a c h e d i e n e n , s o n d e r n z u W e i t e r u n g e n f ü h r e n , d i e i m I n t e r e s s e d e s K. P. P. u n d d e r O e f f e n t l i c h k e i t a m b e s t e n v e r m i e d e n w e r d e n d u r c h e i n e g e r e c h t e A n e r k e n n u n g m e i n e r V e r d i e n s t e u n d m e i n e r a m t l i c h e n T ä t i g k e i t.

Ich erlaube mir zum Schlusse nochmals gehorsamst zu bemerken, daß letzten Endes der Grund für die Angriffe gegen mich darin zu suchen ist, weil ich in der medizinischen Wissenschaft die Wahrheit suchte und als Polizeiarzt meine technischen Erfahrungen und meine freie Zeit ehrenamtlich der Vervollkommnung der Sittenpolizei m i t E r f o l g gewidmet habe.

Viel Feind, viel Ehr'.

---

*) Veröffentlicht im Reichsmedizinalanzeiger 1911, Nr. 25/26.

**) Der Polizeipräsident, Abteilung IV, 322. S. S. P. gen. 13.

Berlin, den 17. November 1913.

Ew. Hochwohlgeboren gebe ich hiermit Ihr Manuskript „Ueber Dauer- und Abortivwirkung des Quecksilbers und Salvarsans usw." zurück. Sie wiederholen darin teilweise bereits früher von Ihnen Veröffentlichtes. Außerdem aber verwenden Sie in ihnen Ihnen als Arzt der hiesigen Sittenpolizei zugänglich gemachtes internes Material der Behörde im Sinne einer persönlichen Auffassung, die durchaus nicht derjenigen objektiv beobachtenden Haltung entspricht, welche die S i t t e n p o l i z e i i n c a s u n a c h a u ß e n u n d n a c h i n n e n e i n z u n e h m e n w ü n s c h t. I c h b i n d a v o n u m s o m e h r b e f r e m d e t , a l s i c h I h n e n b e r e i t s i n m e i n e m S c h r e i b e n v o m 26. J a n u a r 1912 e i n e d e u t l i c h e D i r e k t i v e f ü r k ü n f t i g e d a s A r b e i t s g e b i e t d e r B e h ö r d e b e r ü h r e n d e P u b l i k a t i o n e n g e g e b e n h a b e , u n d e r w a r t e n u n m e h r b e s t i m m t , d a ß S i e z u e i n e m n o c h m a l i g e n H i n w e i s d a r a u f m i r k e i n e V e r a n l a s s u n g m e h r b i e t e n w e r d e n. D i e E r l a u b n i s z u r V e r ö f f e n t l i c h u n g k a n n i c h I h n e n n a c h V o r s t e h e n d e m s e l b s t v e r s t ä n d l i c h n i c h t e r t e i l e n.

I. V. gez. H o p p e.

Das rein sachliche Manuskript wurde 1915 nach meiner Entlassung aus dem Polizeidienste, weil es die vielen Krankengeschichten über Nichtheilungen und Schädigungen enthielt, der medizinischen Fachpresse zur Veröffentlichung übersandt, aber abgelehnt.

*** Man ersieht, daß eine Zentralregie eine Veröffentlichung über Salvarsan beim Polizeipräsidium verhinderte. Boykott überall! Cui bono?

Die Antwort gab (S. 215) von Jagow, dem Stile nach verfaßt war sie von Herrn Dr. Güth. Denn das ist ja bei fast allen preußischen Behörden und Ministerien so, beschwert man sich bei dem Höchsten über Herrn X Y Z, dann beantwortet Herr X Y Z die Beschwerde und der Allerhöchste unterschreibt nur. Circulus vitiosissimus! Man beschwert sich über den Teufel bei seiner Großmutter! Man sollte aus dem Kriege mit seinen Ueberraschungen nach dieser Hinsicht gelernt haben. Allein, die „Revolution" scheint auch hier versagt zu haben. Daher der allgemeine Wirrwarr. System Güth immer noch da!

Im Februar 1914 — bis zu diesem Termine hatte ich in Sachen Salvarsan nichts mehr der Fachpresse übergeben dürfen — drang die Unterredung die auf Wunsch, ja Verlangen Erzbergers, Präsident Bumm vom Reichsgesundheitsamt mit mir verlangt hatte, wie es in meinem Buch „Die Salvarsangefahr" geschildert ist, in die Oeffentlichkeit und der Salvarsankampf begann. Ehrlich — Neißer*) — Pinkus — Blaschko — die ganze Clique mit der Tages- und Fachpresse gegen einen Einzelnen. Da ich als freier Arzt beim Polizeipräsidium angestellt war, erwiderte ich in Wahrung berechtigter Interessen das gegen mich arrangierte Kesseltreiben. Das gab die willkommene Veranlassung mich, wie folgende zum ersten Mal veröffentlichte Dokumente zeigen, aus dem Polizeidienst d. h. von dem Salvarsanbeobachtungsposten zu entfernen, damit die Kulissenschieber sagen konnten, jetzt hat er keine Erfahrung mehr, als ob die 4-jährigen Erfahrungen und Notizen, das furchtbare Unheil, das Pinkus zwangsweise bei den Prostituierten angerichtet hatte, dadurch ausgemerzt wären.

Zunächst wurde Kirchner, der höchste und Gewaltigste vorgeschickt, um den Kleinen zu erlegen. Am 28. Mai 1914 sprach er vor den erlauchten Herren im Herrenhause, abgekartet mit Herrn Dr. Küster:

Noch eins möchte ich sagen. Wir haben in Berlin einen jungen Arzt, welcher seine Verdienste auf dem Gebiete der Bekämpfung der Prostitution hat. Er ist deshalb als Arzt bei der Sittenkontrolle beim Polizeipräsidium angestellt worden und hat seinen Dienst lange Zeit hindurch zur Zufriedenheit erfüllt. Er gehört zu denjenigen, welche von dem Salvarsan nichts halten; das ist seine private Ansicht, und kein vernünftiger Mensch wird ihm deswegen entgegentreten, am allerwenigsten die Medizinalverwaltung. Wenn er aber, anstatt in einer wissenschaftlichen Gesellschaft oder in der wissenschaftlichen Presse seine Ansicht zu vertreten, aufhetzerische Artikel in die politische Presse hineinsetzt, wissenschaftliche Männer beleidigt, auch das Polizeipräsidium, welches ihm vorgesetzt ist, angreift; wenn er Akten, die ihm nicht amtlich zur Verfügung stehen, studiert und das, was er darin findet, urbi et orbi mitteilt; wenn er die Aerzte, mit denen er zusammen arbeitet, kränkt und ihnen ein Zusammenarbeiten mit ihm unmöglich macht; wenn er jede Disziplin aus den Augen setzt und die Befehle des Polizeipräsidenten mißachtet, so hat der Polizeipräsident nicht nur das Recht, sondern auch die Pflicht ihm zu kündigen, und das hat er getan. (Bravo!) Wohin sollte es führen, wenn jeder im preußischen Staate machen dürfte, was er will, und sich an die Vorschriften, die ihm gegeben werden, nicht kehrte? Wenn der Herr, nachdem ihm zum 1. Juli gekündigt worden ist, jetzt, also zu einer Zeit, wo er noch dem Polizeipräsidenten untersteht, diesen öffentlich angreift, so verdient er, sofort entlassen zu werden. Die Ansicht, die von dem Herrn selbst verbreitet worden ist, daß er seitens des Herrn Polizeipräsidenten von Berlin lediglich wegen seiner wissenschaftlichen Ueberzeugung entlassen worden ist, ist falsch. Seine wissenschaftliche Ueberzeugung ist seine Sache; was wir aber von ihm verlangen müssen, ist, daß er sich der Behörde, der er untergeben ist, unterordnet, und wenn er das nicht tut, so muß er die Folgen tragen. (Lebhaftes Bravo.)

Ich erwiderte in der gesamten Presse:

„Dr. Dreuws Zurückweisung der Kirchnerschen Angriffe im Herrenhaus.

Der Polizei- und Spezialarzt für Syphilis Dr. Dreuw, Berlin, erläßt folgende Erklärung zu seiner Verteidigung:

*) Prof. Neißer verbreitete am 20. 2. 14 ca. 200 telegraphisch (!) eingeholte Salvarsanzustimmungen. (S. 19.)

Nachdem mir nunmehr der korrigierte Bericht über die beleidigende Rede des Herrn Ministerialdirektor Kirchner im Herrenhause vom 28. Mai 1914 vorliegt, habe ich folgendes darauf zu erwidern: 1. Es ist unwahr, daß ich wegen meiner Verdienste auf dem Gebiete der Bekämpfung der Prostitution als Polizeiarzt angestellt worden bin, wahr ist vielmehr, daß ich mir diese Verdienste nach meiner Anstellung erworben habe, da ich mich vorher mit der Bekämpfung der Prostitution nie beschäftigt hatte und nie beschäftigen konnte. 2. Es ist unwahr, daß ich in wissenschaftlichen Gesellschaften und in der wissenschaftlichen Presse über Salvarsan nicht hervorgetreten bin, wahr ist vielmehr, daß ich meine Kritik über Salvarsan in einstündiger Rede in der Dermatologischen Gesellschaft und im Verein für innere Medizin vorgetragen habe. Wahr ist ferner, daß ich, abgesehen von einer vom Polizeipräsidium zur Veröffentlichung verbotenen (!) und abgesehen von verschiedenen von der Fachpresse abgelehnten Salvarsan-Arbeiten, umfangreiche Veröffentlichungen über Salvarsan in der wissenschaftlichen Presse zu verzeichnen habe („Reichsmedizinalanzeiger" und „Wiener Medizinische Wochenschrift"). 3. Es ist unwahr, daß ich aufhetzerische Artikel in die politische Presse hineingesetzt habe, wahr ist, daß ich meine wissenschaftliche Auffassung über Salvarsan der Presse übergeben, nachdem mir die führende Fachpresse und das Polizeipräsidium das Wort abgeschnitten. 4. Es ist unwahr, daß ich Akten studiert habe, die mir amtlich nicht zur Verfügung stehen und diese urbi et orbi mitgeteilt habe. Wahr ist, daß ich gar keine Gelegenheit hatte, solche Akten zu studieren, allein aus diesem Grunde ist diese obige Mitteilung falsch. Es ist unwahr, daß ich jede Disziplin aus den Augen gesetzt und meine Pflicht nur eine Zeitlang, wie Herr Kirchner sich ausdrückt, wahr ist, daß ich sie voll und ganz erfüllt habe. Allerdings ohne mir die Selbständigkeit meines medizinischen Denkens unterdrücken zu lassen. 6. Es ist unwahr, daß ich wissenschaftliche Männer beleidigt habe, wahr ist vielmehr, daß von keiner Seite jemals eine Beleidigungsklage gegen mich erhoben wurde. Oder erblickt Herr Kirchner vielleicht eine Beleidigung seines Freundes Ehrlich darin, daß ich dessen Salvarsan als gefährlich und wenig wirksam geschildert habe? 7. Es ist unwahr, daß ich vor meiner Kündigung (11. Mai 14) das Polizeipräsidium angegriffen habe, selbst nach der von fast der gesamten Presse verurteilten Kündigung habe ich das Polizeipräsidium, wie in der Presse Herrn Kirchner in den Mund gelegt wurde, nicht beleidigt. 8. Es ist unwahr, daß das Polizeipräsidium mir aus allen diesen Gründen gekündigt hat. Wahr ist vielmehr, daß das Polizeipräsidium in Abwesenheit von Jagows mir ohne Angabe von Gründen und ohne vorherige mündliche Besprechung gekündigt hat, nachdem es einige Tage vorher bei mir angefragt, wieso (?) ich die von dem Polizeipräsidium dem Vetter Ehrlichs, Herrn Dr. Felix Pinkus übersandte, von diesem späterhin ausführlich veröffentlichte Salvarsanstatistik veröffentlicht habe, nach welcher 50 v. H. Prostituierte wegen rückfälliger Syphilis nach Salvarsanbehandlung mehr dem Krankenhause überwiesen werden mußten, als vor Einführung des Salvarsans. Die Beurteilung in der Presse, die nähere Besprechung und Würdigung der Kirchnerschen Rede ist in meinem eben erschienenen Buche „Die Salvarsangefahr" zusammen mit der Salvarsandenkschrift an das Kaiserliche Gesundheitsamt (Ritter-Verlag, Berlin) eingehend erörtert worden.

Ich fordere Herrn Ministerialdirektor nunmehr auf, seine Behauptungen im Herrenhause außerhalb dieses Hauses zu wiederholen, wo ihm der Schutz nicht zusteht, damit seine Behauptungen gerichtlich klar gestellt werden können. Hic Rhodus, hic salta."

Die „Norddeutsche*) Allgemeine Zeitung" vom 14. 4. 14 (d. h. re vera Herr Kirchner) griff ein und die Deutsche Tageszeitung veröffentlichte am 18. 4. 14 die folgende Erwiderung:

Die halbamtliche Erklärung zur Salvarsan-Frage.

Der Polizeiarzt, Herr Dr. med. Dreuw, bittet uns um Aufnahme der nachfolgenden Darlegung gegen die Erklärung der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" zur Salvarsan-Frage:

---

*) Das in allen Kreisblättern abgedruckte Elaborat Kirchners, das den betitelten und unbetitelten Arzt mit niederträchtigen Worten in Parallele setzte, begann mit der folgenden Abgeschmacktheit, die die Absicht und „Neutralität" dieses brutalen, abgesetzten Beamten zeigt:

Das Salvarsan.

Berlin, 14. April. (W. B.) Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" schreibt: Die von dem bei der Berliner Sittenkontrolle

„Ich halte alle meine Angriffe gegen das Salvarsan voll und ganz aufrecht. Heute dürfte erst recht die Frage erlaubt sein, ob nicht möglichst bald entweder ein Verbot des Salvarsans oder eine Respektierung der Arsenmaximaldosis, die 0,005 Gramm beträgt, während als Salvarsan 0,1 bis 0,3 Gramm und noch mehr Arsen gegeben werden, von Reichswegen unerläßlich ist, wie ich es in meiner Denkschrift an das Kaiserliche Gesundheitsamt am 4. Februar 1914 gefordert habe. Denn wenn irgendwo von Reichswegen in die Prüfung eines gefährlichen Mittels hätte eingegriffen werden müssen, dann beim Salvarsan, da die bisher in der deutschen Wissenschaft noch nicht erlebte Reklame bei der monopolisierten Einführung im Jahre 1910 durch die von Ehrlich in eigener Sache ausgesuchten „berufenen Männer der Wissenschaft und Praxis" den größten Anlaß gab und geben mußte, zu prüfen, ob es richtig war, daß ein Teil dieser berufenen Männer zur Zeit der Monopolstellung (22. Juni 1910 bis Mitte Dezember 1910) 100 Prozent Umschlag der positiven Wassermannschen Reaktion in die negative herausfanden, während es nach der Freigabe vielleicht 10 bis 20 Prozent waren."

„Ausweislich der Krankenjournale sowie der Personalakten der Prostituierten sind an rückfälliger Syphilis leidend befunden worden in der Zeit vom 1. 1. 10 bis 20. 10. 10, also vor der Salvarsanbehandlung, 171 Kontrollmädchen. In der Zeit vom 1. 1. 11 bis 20. 10. 11, also nach der am 20. Oktober 10 begonnenen Salvarsanbehandlung: 270 Kontrollmädchen, d. h. 99 (!) mehr. Berlin, 25. November 1911. Sittenpolizei."

Also eine Steigerung der Rezidive von über 50 Prozent nach der Salvarsanbehandlung. Meine eigenen Aufzeichnungen an Prostituierten beweisen an zahlreichen Fällen, daß selbst nach 3, 4 und 5 Salvarsanbehandlungen innerhalb von 1, 2 und 3 Jahren die Syphilis noch nicht erloschen war!

*

Wir haben Dr. Dreuw unseren Raum zur Verfügung gestellt, weil auch wir, ohne uns sein Urteil damit anzueignen, der Meinung sind, daß die Darlegungen in der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" in mancher Hinsicht nicht überzeugen konnten und deshalb dringend einer Entgegnung bedurften, außerdem aber auch deshalb, weil man die Gegner des Salvarsans in dem größten Teile der Presse, ja selbst in Teilender medizinischen Fachpresse, mundtot zu machen sucht. Die Schriftleitung.

Daraufhin erhielt ich folgendes Schreiben:

Abteilung IV. Sittenpolizei. Berlin, 24. April 1914.
Verschlossen.

U. R.

Herrn Dr. Dreuw ergebenst:

Ich bitte um Aeußerung darüber, wieso Sie in vorstehendem Zeitungsartikel als „Polizeiarzt" bezeichnet sind, und woraufhin Sie sich für berechtigt gehalten haben, das in dem rot angestrichenen Passus enthaltene Material der Sittenpolizei zu veröffentlichen. Hoppe.

Herrn G.-R. Dr. Schlegtendal zur gefl. Mitzeichnung ergebenst.

Ich antwortete wie folgt:

Antwort: K. H. ergebenst zurückgereicht mit dem Bemerken, daß die drei ersten Zeilen des angezogenen Artikels der Deutschen Tageszeitung von der Redaktion stammen. Wie mich diese zu nennen beliebt, muß dieser überlassen werden. Wenn das Königliche Polizeipräsidium diesbezügliche Direktiven der Redaktion geben will, habe ich dagegen nichts einzuwenden. Der rot angestrichene Passus enthält durchaus kein sekretes Material, da die erwähnte Statistik dem Fröbelkrankenhaus und seinen Aerzten seinerzeit mitgeteilt wurde.

---

beschäftigten Arzt Dr. Dreuw erhobenen Angriffe gegen das Salvarsan und dessen Erfinder, den Wirkl. Geh. Rat Professor Dr. Ehrlich-Frankfurt a. M. haben in jüngster Zeit in der Presse auch zu Angriffen gegen die Medizinalbehörden Veranlassung gegeben, denen zum Vorwurf gemacht wurde, daß sie nicht wegen der angeblichen zahlreichen durch das Salvarsan veranlaßten Todesfälle die Anwendung des Mittels verboten oder wenigstens eine Maximaldosis für das Salvarsan vorgeschrieben hätten. Diese Vorwürfe können nicht als berechtigt anerkannt werden. . . .

Sofortige Kündigung ohne Angabe von Gründen:

Der Polizeipräsident. Berlin C. 25, den 11. Mai 1914.
Abteilung IV. Alexanderstraße 3—6.
Tagebuch Nr. 197 S. P. Gen. 14.

Im Anschluß an mein Schreiben vom 5. März d. Js. sehe ich mich neuerdings veranlaßt, Euer Hochwohlgeboren die zurzeit von Ihnen bekleidete Stellung als Arzt der Berliner Sittenpolizei zum 1. Juli d. Js. zu kündigen.

In Vertretung. Stolle.

An den Arzt der Sittenpolizei, Herrn Dr. Dreuw, hier.

Und da ich mich in der Presse weiter gegen das Kesseltreiben und die perfiden Angriffe einer Clique und Meute als Mann, Bürger, Arzt und Mensch wehrte, wurde ich noch mit folgendem Schreiben beehrt:

Der Polizeipräsident. Berlin C. 25, den 28. Mai 1914.
Abteilung IV. Alexanderstraße 3—6.
Tagebuch Nr. 260 S. P. Gen. 14.

Hierdurch entbinde ich Sie von morgen, den 29. d. Mts. ab, von Ihren durch Anstellung vom 21. September 1910 begründeten Dienstgeschäften und ersuche Sie, sich von demselben Zeitpunkt ab jeder weiteren Dienstleistung zu enthalten. Das Ihnen zustehende Honorar wird Ihnen bis zum 30. Juni vertragsmäßig zugehen.

In Vertretung. Stolle.

An den Arzt der Sittenpolizei, Herrn Dr. Dreuw, hier.

Bald darauf veröffentlichte im Juli 1914 der mir vorher völlig unbekannte Dr. med. Dumstrey den folgenden

Offenen Brief an den Berliner Polizeipräsidenten.

Sehr geehrter Herr Präsident!

Unter Ihrer Verantwortung ist ein vom Polizeipräsidium angestellter Arzt, der Polizeiarzt Dr. Dreuw, gemaßregelt und unter so auffallenden Umständen erst gekündigt, dann seines Amtes enthoben worden, daß dies das größte Aufsehen erregt hat, und sowohl in Aerzte- als auch in Laienkreisen die Affäre Dreuw das Tagesgespräch bildet. Wenn dabei auch zugleich die Hoffnung geäußert wurde, daß Sie nach Ihrer Rückkehr die Akten Dreuw prüfen und eine Zurücknahme der Kündigung herbeiführen würden, so ist das im Hinblick auf die Solidarität der bureaukratischen Instanzen, die sich nicht gegenseitig dementieren können, wohl nur ein frommer Wunsch, der niemals Erfüllung finden wird. Aber immerhin erscheint es mir nötig, daß Sie wissen, wie peinlich von vielen das Vorgehen gegen Dr. Dreuw empfunden und die Maßregelung als ein Sieg von großen kapitalkräftigen Interessengruppen über eine staatliche Behörde aufgefaßt wird. Daß dabei einem tüchtigen, für das Wahre selbstlos eintretenden Manne ein schlimmes Unrecht zugefügt werde, ist für Sie zweifellos nicht ohne Bedeutung, kommt aber im Hinblick auf die prinzipielle Seite der Frage weniger in Betracht. Es handelt sich, und das wird Sie gerade besonders interessieren, bei Dr. Dreuw um einen Mann von Charakter, um einen Typ. Professor Kirchner hat zwar im Herrenhause erklärt, daß Dr. Dreuw nicht entlassen sei, „weil er ein Gegner des bekannten Heilmittels Salvarsan sei — dies sei seine Privatansicht —, sondern weil er in der politischen Presse aufhetzende Artikel veröffentlicht habe, in denen er das Polizeipräsidium beleidigte, geheimes Aktenmaterial benutzt und die ihm erteilten Befehle mißachtet habe. Professor Kirchner hat mithin den Dr. Dreuw als einen direktions- und disziplinlosen Burschen geschildert, der aus Lust am Streit, und um von sich reden zu machen, Sensationsnachrichten verbreitet — aber Professor Kirchner wird, wie Sie wohl wissen, seit seinem Auftreten im Reichstage selbst von seinen Freunden nicht mehr ernst genommen, und so werden Sie leicht feststellen, daß all die von ihm erhobenen Vorwürfe haltlos sind, auf einseitiger Information, oder, was bei Kirchner nicht unmöglich ist, auf falscher Darstellung*) beruhen. Alle diese Vorwürfe hat Dr. Dreuw in der Presse als auf Unwahrheit beruhend geschildert und bewiesen, daß er nicht wegen seines persönlichen Verhaltens, sondern wegen seiner Stellung zur Salvarsanfrage entlassen worden ist. Seine Entlassung erfolgte übrigens ohne Angabe von Gründen, daß sie aber die Folge seiner Stellungnahme gegen das Ehrlichsche Heilmittel ist, erhellt für jeden Unbefangenen, der die Akten Dreuw durchstudiert hat. Ich bitte Sie, mir zu gestatten, mit kurzen Worten auf diese wichtige Sache einzugehen, ich glaube, Ihnen beweisen

---

*) Siehe „Weltbluff", S. 51. Am 22. 2. 14 verbreitete (s. „Weltbluff", S. 79) das W. T. B. wahrheitswidrig: „Dr. D. ist nicht Polizeiarzt"!!

zu können, daß das, was Dr. Dreuw gewollt hat, den Dank aller verdient, und daß nur durch ein Zusammenspiel von Dummheit und Bosheit es zu dem beklagenswerten Ende kommen konnte. Dies Zusammenspiel ist aber von gewissen interessierten sehr starken Kräften meisterlich inszeniert worden.

Es handelt sich im letzten Grunde um die Frage, ob ein von einer Behörde angestellter Arzt die Beobachtungen an den von der Behörde gestellten Kranken zu wissenschaftlichen Zwecken benutzen darf. Bisher ist das nicht nur gestattet, sondern geradezu gewünscht und erwartet worden. Dr. Dreuw hatte in 3½ Jahren reiche Gelegenheit, an den Prostituierten die Wirkung des Salvarsans zu beobachten, und wollte das so gewonnene Material zu einem wissenschaftlichen Kampfe gegen das ihm schädlich dünkende Heilmittel ausnutzen. Durfte er das? Und sollte er das? Um diese Frage handelt es sich. Ob er mit seiner Ansicht recht hat oder unrecht, kommt gar nicht in Betracht. Das kann eben nur durch eine freie ungehinderte Diskussion entschieden werden, und um diese Entscheidung ist es Dreuw zu tun. Bisher ist es immer gleichgültig gewesen, wer zur Sache sprach, ob ein Geheimrat oder ein Assistent. Es kam nur darauf an, daß er etwas zu sagen hatte. In der Wissenschaft sollen alle gleich sein. Dr. Dreuw ist zudem kein Xbeliebiger. Er hat gewisse Verdienste, die anerkannt sind. Gerade seine Bemühungen um die Untersuchung der Prostituierten sind so groß, daß auf der Dresdener Hygieneausstellung seine Einrichtungen allgemeine Bewunderung erregten, von vielen deutschen und ausländischen Behörden angeschafft wurden und auch die Anerkennung des Berliner Polizeipräsidiums selbst erhielten.

Die Vorgesetzten des Dr. Dreuw stellten sich auf den formellen Standpunkt, daß sie ihm die Veröffentlichung seiner Beobachtungen verbieten könnten, weil in einer Verfügung aus dem Jahre 1906 bestimmt war, daß alle Manuskripte, soweit sie das sachliche Arbeitsgebiet der Behörde betreffen, vor der Publikation vorzulegen seien. Ganz abgesehen davon, daß ärztlich wissenschaftliche Artikel über Behandlungen kaum zu diesen Arbeiten gehören dürften, da die Behandlung der Prostituierten ja nicht zum sachlichen Arbeitsgebiet der Behörde, die nicht behandelt, gehört, sollten doch keine kleinlichen, formellen Bedenken bei der so wichtigen Frage geltend gemacht werden, die für das große Ganze von Bedeutung ist. Man soll Prinzipien haben, aber nicht reiten. Der Zweck der Dreuwschen Bestrebungen, ganz gleich, ob sie richtig oder falsch sind, ist so wichtig, daß ihm keine Hinderung, sondern jede Förderung zuteil werden mußte. Wahrheit und Klarheit über alles! Nach diesen Grundsätzen hätte man im Interesse des Gemeinwohls die Publikationen gestatten müssen. Dreuw war und bleibt es überlassen, seine Ansichten zu vertreten und zu beweisen. Man konnte es sich von ihm wohl versehen, daß er das in gehöriger Weise tat. Er ist ein seit langem in der Fachliteratur bekannter Autor, dessen Arbeiten die meisten medizinischen Zeitschriften gern brachten.

Ich folge seinen Ausführungen, wenn ich die so sonderbare Salvarsanaffäre jetzt kurz rekapituliere.

Das Mittel wurde 1910 bekanntgegeben, und zwar zuerst durch die politische, die Tagespresse, und wohl die meisten Aerzte haben, so wie ich, von dem Mittel zuerst in den Tageszeitungen gehört. Das ist gerade das Eigentümliche an dem Mittel, und durch Jahre hindurch wurde es von fast allen Zeitungen in der überschwenglichsten Weise gepriesen. Es ist das etwas ganz Unerhörtes, und für gewöhnlich würde einem unbekannten Arzte, der diesen Weg zur Propagierung seines Mittels wählen würde, der Vorwurf einer Verletzung der Standesehre gemacht worden sein.

Woher diese Begeisterung der politischen Presse für Ehrlich und sein Mittel so plötzlich kam, wird sich heute mit Sicherheit wohl nicht mehr feststellen lassen. Niemand, und das ist das zweite Wunderbare, fand etwas dabei. Bekannte Berliner Aerzte, die seinerzeit Artikel über Artikel auf diese Weise für das Mittel veröffentlichten, erregten nicht den Anstoß, den der Polizeiarzt Dr. Dreuw jetzt erregt, weil er, der Not gehorchend, nicht dem eignen Triebe, seine von der Fachpresse abgelehnten Artikel in gewissen Tageszeitungen bringt. Was dem Professor Ehrlich recht ist, müßte dem Dr. Dreuw doch billig sein. Aber gerade dieser Umstand wurde ihm in erster Linie zum Verhängnis.

Von Professor Ehrlich haben wohl die meisten Laien bis zu dem Salvarsanrummel wenig oder nichts gewußt. Er war ein tüchtiger Arbeiter, wie viele, aber aus seinem ganzen vorhergegangenen Wirken konnte er nicht den Anspruch auf das ihm so im Ueberschwang dargebrachte Vertrauen herleiten, und es bleibt psychologisch für immer unerklärlich, warum er mit einem Male zum Mittelpunkt der ganzen wissenschaftlichen Erörterung wurde. Jedenfalls interessierte sich die große Presse für ihn, und bald auch das große Kapital. Die reichen Höchster Farbwerke nahmen die Ausbeutung seiner Erfindung in die Hand. Jetzt war die Frage des Salvarsans

nicht nur eine ärztliche, medizinische mehr, sondern auch eine Frage von hoher, sozialer, wirtschaftlicher Bedeutung. Es wurden enorme Summen für das Mittel ausgegeben, die natürlich verloren waren, sowie seine Unbrauchbarkeit oder Schädlichkeit nachgewiesen wurde. Zudem kam noch ein anderes. Das Mittel war im Juni 1910 bekannt gemacht worden, und erst im Dezember darauf wurde es dem allgemeinen Verkehr freigegeben. In der Zwischenzeit, also etwa 6 Monate, hatten das Mittel nur wenige Ehrlich bekannte und befreundete Aerzte, und an diese verwies Professor Ehrlich die Kranken, die sich an ihn um Behandlung wandten, in einem gedruckten Zirkular. Diese wenigen bevorzugten Aerzte haben die 6 Monate gründlich ausgenutzt, und von den sie überlaufenden Patienten enorme Summen eingenommen, die sich auf viele Hunderttausende beziffern. Derjenige, der die Geschichte dieser 6 Monate genauer kennt und schreiben würde, würde ein wenig rühmliches Blatt der Geschichte der Medizin schreiben. (S. Dr. Dreuw: „Salvarsangefahr", S. 8.)

In diesem Stadium hörte man nur Gutes von dem Mittel, und wem sich wirklich einmal schüchtern ein Bericht über einen Mißerfolg hervorwagte, so wurde er totgeschrien. Bis zu dem Dezember 1910 galt das Mittel für eine Panacee, für ein Heiligtum, und sehr bezeichnend für die Situation ist das Wort, das Prof. Alt als Prüfer sagte, als ich ihn aufforderte, einem mir nahestehenden Kranken das Mittel zu applizieren, den ich lieber sterben sehen, als im Irrenhause verkommen lassen wollte: „Ich spritze ihn sehr ungern, denn durch den sehr leicht möglichen Mißerfolg wird das Mittel diskreditiert, und ich habe doch Pflichten gegen das Mittel". Das Mittel stand also höher als das elende Siechtum eines armen Kranken.

Eine Aenderung trat mit dem Jahre 1911 ein, als das Mittel allen Aerzten zugänglich war. Seitdem sind in der Literatur jetzt 300 Todesfälle bekannt, die alle als akute Arsenvergiftung aufgefaßt werden müssen, und unzählige von körperlichen Schädigungen, die allein durch das Mittel hervorgerufen worden sind. Jetzt wurde geändert. Alle Augenblicke machte Ehrlich neue Vorschläge der Anwendung. Es entstand das Neosalvarsan, man war vielfach ratlos. Auf den einzigen richtigen Ausweg, nämlich die großen Dosen, die das zwanzig- und dreißigfache der Maximaldose von Arsen darstellten, zu verbieten, kam augenscheinlich niemand. Und daher dürfen die Fabrikanten sich nicht wundern, wenn heute vielfach geglaubt wird, daß dies geschehen sei, um den Verbrauch des Mittels nicht so stark herabzusetzen. Das Mittel kostet die Fabrik pro Kilo einige Mark und wird von ihr für M. 10 000 verkauft. Die Aktien der Höchster Farbwerke sind in der Salvarsanzeit auf 543 gestiegen und geben 32 v. H. Dividende gegen 27 v. H. in früheren Jahren. Ein einziges Bankhaus, daß die Sache seinerzeit finanzierte, hat in kurzer Zeit M. 2½ Millionen verdient. Wenn man dazurechnet, daß der Ertrag für Ehrlich selbst sich auf Millionen bezifferte, dann wird man ohne weiteres verstehen, warum die Salvarsanfrage von hoher sozialer und wirtschaftlicher Bedeutung ist.

Dr. Dreuw machte auch schlechte Erfahrungen. Er sah Nekrosen, Taubheiten, Erblindungen, Todesfälle, ja, er sah vor allem, daß in der Behandlung der öffentlichen Mädchen eine deutliche Verschlechterung eintrat, als man sie allein mit Salvarsan behandelte. Es traten Rückfälle über Rückfälle ein, und die Zahl dieser Rückfälle sank erst wieder auf das Normale, als man zu dem alten, bewährten Quecksilber zurückkehrte. Er erhob seine Stimme und schrieb einen Artikel gegen das Salvarsan und mußte zu seiner Publikation ein kleineres Blatt wählen, da die großen ihn ablehnten. Mit diesem Artikel kam der Stein ins Rollen. Ich kann auf das Hin und Her der verschiedenen Phasen des Kampfes nicht eingehen. Das eine steht fest: Die großen medizinischen Fachzeitschriften, die Freunde von Professor Ehrlich, seine Schüler, Kollegen des Dr. Dreuw, auch seine vorgesetzte Behörde, nahmen gegen ihn in persönlich gehässiger Weise Partei, die an sich unverständlich und sachlich unbegründet ist. Ja, die Behörde verbot ihm die Veröffentlichung weiterer Arbeiten. Warum das, Herr Präsident? Klingt das nicht ganz, als ob die Behörde Partei für das Salvarsan ergriffen hätte. Ist nicht Dr. Dreuw bisher eine Zierde Ihrer Behörde gewesen? Und warum setzt man Zweifel in die Lauterkeit seiner Absichten? Er hat Ihnen keinen Anlaß zu Zweifeln geboten und ist weit davon entfernt, in Sensation zu machen. Aber er tritt für das von ihm für richtig Erkannte ein und will wirken. Das alles ist doch natürlich und so einfach. Der alte Grundsatz des Hippokrates „πρωτονό μη βλαβτειν" (nur keinen Schaden anrichten) führt ihn, und daß er unter dieser Führung das Interesse der Volksgesundheit über das Interesse des großen Portemonnaies stellt, scheint mir wenigstens ganz lobenswert und plausibel. Ich meine, auch jedem anderen ehrlich denkenden Manne. Und erscheint Ihnen da manches nicht auch in einem besonderen Lichte, wenn Sie an das Wort des Göttinger Professors Heubner denken, das er der großen medizinischen Fachpresse bei einer anderen Gelegenheit ins Stammbuch schrieb:

„Dagegen war nicht vorausgesehen worden, in welchem Grade sich die medizinischen Fachschriften als unabhängig von der Industrie erwiesen. (!!) Dieselben Organe, in denen viele Jahre lang allerlei bewegliche Aufsätze über die Mißstände im Arzneimittelwesen erschienen waren, verhielten sich gegenüber dem fait accompli der Arzneimittellisten kühl abwartend, bis schroff verurteilend. In rasch zusammengearbeiteten Artikeln wurde der Kommission eine Reihe von Fehlern vorgehalten: das eine nur nicht mit voller Schärfe ausgesprochen, daß nämlich die Arzneimittellisten unter allen Umständen verabscheut werden müßten, und welcher durchaus zwingende Grund dafür vorlag: Die Angst um die Inserate. (!!) Die therapeutischen Monatshefte, die sich in einer anderen Frage den Wünschen eines großen Industrieverbandes nicht untergeordnet hatten, wurden von diesem mit systematischer Entziehung sämtlicher Inserate bestraft. (!!)"

Bei dem Frankfurter Salvarsanprozeß beklagte sich Dr. Dreuw über die ihm von der Fachpresse widerfahrene Behandlung, und da hatte Professor Fischer den Mut, ihm die kostbare Erklärung zu geben, daß seine Arbeiten wohl nichts getaugt hätten, und des Abdrucks nicht wert gewesen wären. Glauben Sie, Herr Präsident, das etwa auch? So absurd der Gedanke, daß eine Behörde den Zensor über wissenschaftliche Qualitäten spielen könnte, so liegt in dem behördlichen Verhalten gegen Dreuw doch Grund genug zur Annahme, daß diese Absicht bestanden habe. Billigen Sie das? Nie und nirgends kann von einem vernünftigen Manne ein ähnlicher Vorwurf erhoben werden, wie von dem Psychopathen in dem Frankfurter Prozeß, daß nämlich Nötigungen und Bestechungen vorlägen. Das ist ganz ausgeschlossen.*) So einfach liegen die Dinge nicht, so grobschlächtig ist die Beeinflussung nicht. Nein, der wunderlichen suggestiven Kraft der durch bestimmte Drahtzieher beeinflußten öffentlichen Meinung erliegen die meisten und laufen, da sie alle Behauptungen nicht nachprüfen können, gutgläubig im großen Haufen mit. Das gedruckte Wort hat eine kolossale Suggestionskraft, eine viel größere noch, wie das gesprochene, und leider besonders auch in wissenschaftlichen Dingen. Es gehört eine große Portion Mut und Klugheit dazu, um sich dieser Wirkung zu entziehen. Wie sehr die öffentliche Meinung die Geister fangen und fesseln kann, beweist die folgende authentische Geschichte. Dreuw mußte mit seinem ersten Artikel, wie mitgeteilt, in ein kleines Blatt den „Reichsmedizinalanzeiger". Nr. 25/26, 1911, gehen, und diese sachliche Arbeit veranlaßte zwei andere Polizeiärzte nicht etwa zu einer sachlichen Ueberlegung, sondern zu einer Eingabe an das Polizeipräsidium, die wie eine Denunziation aussieht, aber nur eine „Verwahrung" sein sollte. Dies von einem besonderen kollegialischen und kameradschaftlichen Sinne zeugende Schriftstück will ich hier unverkürzt und ohne Kommentar zum Abdruck bringen: (Siehe Seite 218.)

Die Behörde mußte, meine ich, dies Schreiben ohne weiteres ablehnen, wenn ihr die wissenschaftliche Ueberzeugung Dreuws gleichgültig war. Daß sie das nicht tat, erscheint demnach mindestens auffällig und widerspruchsvoll, und gerade hier beginnt dem Unparteiischen die Ueberzeugung zu kommen, daß die Behörde die wissenschaftliche Auffassung ihrer Aerzte nicht als ihre Privatsache ansieht. Diese Ueberzeugung wird durch den weiteren Verlauf zur Gewißheit. Von Stund an war Dr. Dreuw gekennzeichnet und mußte schwere Kämpfe bestehen. Er wurde sein Amt los, an dem er hing. **Ein Mann über Bord!** Jawohl — aber schließlich, was liegt daran! Es ist mir um ihn nicht bange, er kann schwimmen und wird das Land erreichen. Aber wohin geht die Fahrt? Das ist die trübe Frage, die heute viele stellen, und wenn Sie sie durch ein Wort oder eine Tat beantworten würden, so daß Klarheit und Beruhigung entständen, so würde man Ihnen danken.

Kann man dies Wort oder diese Tat von Ihnen erwarten?

Ich hoffe ja — und schließe mit dem Ausdruck vollendeter Hochachtung ganz ergebenst Dr. med. F. Dumstrey.

Bei alledem sei bemerkt, daß Herr Hoppe und Jagow die Unterschreiber der Vorlagen des subalternen Dr. Güth, welch letzterer die Schreiben verfaßte, waren. Das Ende vom Lied: Salvarsan war gerettet. Der Horchposten war vertrieben und es konnte weiter salvarsanisiert werden.

Resultat:

Prof. Arndt, Berlin: 12 Salvarsantote, 231 Lebervergiftungen in einem Jahr.

Prof. Hahn, Hamburg: 6 Salvarsantote in einem Jahr.

*) S. S. 70, 103, 173 und „Weltbluff" S. 49.

Dr. Silbergleit, Ingolstadt: 13 Salvarsantote in einigen Wochen, um nur einige wenige zu nennen.

Etwa jeder 500ste Patient wird getötet, im Weltkrieg wurden die Soldaten zwangsweise („als Dienst") salvarsanbehandelt und lumbalpunktiert (Kiel), jedem 20 sten Patienten wurde die Leber vergiftet, jeder 100 ste bekam einen Unfall, entweder Lähmung, Erblindung, Hautzerstörung, Todesfall etc. Die Hauptsache aber war: Die Wirkungen St. Salvarsans konnten von seinem energischsten Bekämpfer direkt nicht mehr beobachtet werden. Und das Unheil nahm seinen Lauf. Die Kriegszensur setzte auf die Kritik 1 Jahr Gefängnis! Daher kommen erst jetzt die Todesfälle heraus.

Es kam so, wie es kommen mußte. Und angesichts aller dieser Tatsachen, aller in meinen Büchern „Weltbluff", „Salvarsangefahr", „Sexualrevolution" und in meinen Schriften angeführten Tatsachen hatte der Reichstagsausschuß für Bevölkerungspolitik die Kühnheit, (nach einer Revolution!!) 3 Salvarsaninteressenten aus dem Ehrlich—Neißer-D. G. B. G.-Lager für das zu schaffende Gesetz als „Sachverständige" zu laden. Der folgende der Presse übergebene Protest zeigt, wohin der Weg führt:

„Die Politisch-Parlamentarischen Nachrichten vom 15. Mai 1922 verbreiteten die folgende Notiz:

Der Kampf um Salvarsan. (M a n g e l a n S a c h k u n d e o d e r a n O b j e k t i v i t ä t?) Dr. Dreuw, das frühere Mitglied des Beirates zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten beim preußischen Wohlfahrtsministerium hat, wie er den P. P. N. mitteilt, beim Reichstagsausschuß für Bevölkerungspolitik unter Beibringung eines großen Materials in einem längeren Schreiben Beschwerde erhoben gegen die einseitige Auswahl der beiden Salvarsan-Sachverständigen, Universitätsprofessoren Jadassohn und Titularprofessor Gallewski,*) die als erklärte Salvarsananhänger und persönliche Freunde des Salvarsanerfinders und seines Anhanges bekannt seien. Dr. Dreuw erklärt, daß ihre angeblich statistischen Feststellungen über die Möglichkeit von Salvarsantodesfällen und ihre Vergleiche mit der Chloroformnarkose unzutreffend und irreführend seien. Denn Chloroform bewirke in 100 % den Schlaf, Salvarsan versage dagegen in 84 %. Tatsache sei, daß nach den vorliegenden Ergebnissen beinahe jeder 500. Patient getötet, daß jedem 20. die Leber vergiftet, die größte Anzahl nervenkrank würde, fast jeder 100. einen Salvarsanschaden davontrage und keiner absolut geheilt würde. Bei 84 % der Kieler Soldaten sei eine Nichtheilung konstatiert. Tatsache sei ferner, daß Professor Arndt in der Berliner Universitäts-Hautklinik im Jahre 1921 zwölf sonst gesunde Menschen an Salvarsan zugegebenermaßen sterben und 242 an Lebervergiftungen erkranken sah und daß er deshalb die Salvarsanlehre fast für erschüttert ansieht. Erwiesen sei außerdem, daß Professor Hahn in Hamburg in einem Jahre 6 Leute, wie zugegeben, durch Salvarsan verlor, Dr. Silbergleit in Ingolstadt 13 Soldaten in einigen Wochen, um nur einige Beispiele zu nennen. Entweder konnten die angeblichen und so einseitig ausgesuchten Sachverständigen die Literatur nicht, dann seien sie keine Sachverständigen, oder aber sie kannten sie, daß fehle ihnen die Objektivität, die man von einem Sachverständigen verlanden müsse.

Es sei bemerkt, daß Dr. Dreuw schon vor Monaten seine Hinzuziehung als Gegensachverständiger beim Ausschuß des Reichstages erfolglos beantragt hat.

Das Unheil soll also weiter seinen Lauf nehmen, jenes Unheil, über das eine Monatsschrift am 1. 4. 22 schrieb:

„Die Macht der Reklame verdrängte „alle andern Behandlungsmethoden", Ministerialdirektor Kirchner, der alte Freund Ehrlichs, vermittelte die

---

*) In den Notizen der Tagespresse (Köln. Ztg. usw.), die von einer Gefahrenchance von 1 : 10 000 nach Jadassohn und Gallewski sprachen (obschon jeder 500ste Patient getötet wird!), war der dritte Sachverständige, der Vetter des Salvarsanerfinders, P r o f. F e l i x P i n k u s, „vergessen" worden. Man fürchtete anscheinend die Angriffe, daß man mit Ausschluß der Gegner, den Vetter, den Freund und den Anhänger des Salvarsanerfinders ausgesucht hatte. Vorsitzende des Ausschusses war: Frau Adele Schreiber, die Gattin eines Dermato-Urologen. (S. S. 19.)

Unterstützung der preußischen Regierung sowie des Reichsgesundheitsamtes, die großen Syphilisspezialisten verdienten an den Salvarsanbehandlungen Hunderttausende — was kümmerte man sich da um die Warnungen der Wald- und Wiesenärzte, die von plötzlichen Erblindungs- und Todesfällen berichteten!? Sie hatten eben das Mittel unsachgemäß angewendet! Fertig! Da der Herstellungspreis des Salvarsans p Kilo sehr gering war, der Verkaufspreis aber 16 000 Mark betrug, konnte ein erheblicher Prozentsatz für Propagandazwecke ausgeworfen werden. Damit ließen sich viele Mäuler stopfen. Und die Opfer schwiegen. Nicht Salvarsan hatte ihr Augenlicht vernichtet, sie plötzlich getötet, sondern die Syphilis. Also sprach Ehrlich, den taktloseste Reklame hoch über Christus stellte.

Nun endlich muß auf der ganzen Linie Rückzug geblasen werden. Aber die Verteidiger suchen wenigstens noch die Trümmer zu bergen. Ehe der Salvarsan-Bankerott von den Spatzen auf den Dächern gepfiffen wird, suchen sie durch ein Gesetz*) wenigstens den Profit zu retten, da die Autorität nun doch mal flöten gegangen ist. Der unglückliche Geschlechtskranke soll unter Polizeiaufsicht gestellt werden, damit auch nicht Einer mehr der Salvarsanspritze entgehen kann. Und mit der Annahme der Vorlage ist um so sicherer zu rechnen, als die Linksparteien, die jede Autorität auf andern Gebieten verneinen, jeden ungelernten Arbeiter über den tüchtigsten Regierungsrat stellen, zur ärztlichen Kunst mit derselben gedankenlosen Bewunderung aufschauen, wie der Kamtschadale oder Tunguse zu seinem Dorfschamanen. Die schlotternde Angst um das liebe Leben wirft selbst die vernünftigsten Parteigrundsätze über den Haufen.

Der Bericht der P. P. N. (Politisch-Parlamentarischen Nachrichten siehe S. 12—16) wurde von einem großen Teil der Tagespresse*) unterdrückt, die jeden Schnupfen irgend eines Ententediplomaten registriert und über die Hochzeit im englischen Königshause spaltenlang in Bewunderung erstarb.

Interessant ist, daß bei den Verhandlungen über die Salvarsanfrage in der Berliner Mediz. Gesellsch. Herr Prof. Dr. Kolle, der Nachfolger Prof. Ehrlichs, die furchtbaren Anklagen nicht bestreiten konnte, sondern zugeben mußte, daß Versuche, haltbare Präparate zu gewinnen, bis jetzt noch nicht gelungen sind. Für die sich häufenden Nebenwirkungen (Tod, Erblindung, Lähmung, Ertaubung usw.) ist durch die chemische und biologische Untersuchung kein Grund festgestellt worden.*) Nach Herrn Prof. Kolle sind die Salvarsanschieber schuld, die lange lagernde Präparate vertreiben. Ja — kaufen denn die Professoren bezw. die öffentlichen Kliniken und jene Aerzte, die über die schweren Schädigungen berichteten, ebenso die deutschen Apotheker ihr Salvarsan von Schiebern? Und geben denn die Herrn Prof. Kolle nahestehenden Salvarsanfabriken, die Höchster Farbwerke ihr gefährliches Präparat an Schieber ab? Merkt denn Prof. Kolle gar nicht, daß solche Verteidigung eigentlich

---

*) Vergl. den Entwurf eines Gesetzes zur Bek. der Geschlechtskrankheiten.

*) „Die medizinische Presse ist gänzlich in Händen der Schulen und Autoritäten und entbehrt nachweislich Sicherheit eines selbstkritischen, unparteiischen Standpunktes. Ihre Leiter sind nicht Forscher, sondern **Fachliteraten**, ihre Standpunkte sind entlehnt, erhorcht, übermittelt, selten erschaut! Noch ärger ist die anonyme Berichterstattung der medizinischen Angelegenheiten in den großen Tageszeitungen, welche sehr selten in den Händen durch Eigenleistungen berufener Persönlichkeiten liegt, und deren Urteil naturgemäß vielfach beeinflußt sein muß!“ (S. „Weltbluff“ S. 95.) (Prof. Carl Ludw. Schleich.)

*) Bericht der Vossischen Zeitung.

nur schwere Beschuldigung ist? Wievielmal ist denn das „souverän wirkende“ „vorzügliche“ „unvergleichliche“ Ehrlich'sche Präparat schon geändert worden? Wenn Ehrlich-Hata so einzigartig und unübertrefflich wirkte, wozu brachte man dann Salvarsan und Neosalvarsan? Obwohl es „das Beste“ war gegen Syphilis, kombinierte man es mit Quecksilber und brachte schließlich Silbersalvarsan, das noch besser war als das Beste von gestern! Ein Blinder sieht das Possenspiel, aber die bedauernswerten Syphilitiker greifen zum Strohhalm, den ihnen die Reklame als Floß mit festem Anker darbietet, und die Volksvertreter enthalten sich des Selbstdenkens, wenn die Autoritäten sprechen. (S. 200, 237). Noch nie ist unter dem Deckmantel der Wissenschaft größerer Humbug getrieben, noch nie mehr Elend verschuldet, der Volksgesundheit geschadet worden, als mit diesem Mittel. Man ist versucht, an einen Zorn Gottes zu glauben, der dem grauenhaftesten aller Kriege zugleich mit diesem Mittel über die Menschheit hereinbrechen ließ. Aber alle Beschönigungen konnten schließlich die Wahrheit nicht aufhalten. Tatsachen lassen sich durch die stärksten Brusttöne wissenschaftlicher Ueberzeugung nicht aus der Welt schaffen. Der Verwesungsgeruch der Salvarsanopfer stinkt zum Himmel und die mit Autorität parfümierten Professorenmäntel reichen zur Bedeckung nicht mehr aus.“

Schlußwort.

Warum ich diese, sich hauptsächlich mit meinen eigenen Erfahrungen und meiner Person beschäftigenden Kulturdokumente in so ausführlicher Besprechung veröffentliche? Nicht nur zur Abwehr und in Wahrung berechtigter Interessen, sondern um an der Hand persönlicher Erlebnisse dem Medicokapitalismus und seinen in der Verkleidung auch sogar des Sozialismus segelnden Trabanten, die teils bewußt, teils unbewußt diesem unter die Arme greifen, die Maske vom Gesicht zu nehmen. Die über Leichen schreitende bête humanie erscheint in der Beleuchtung des Medicokapitalismus in ihrer ganzen Nacktheit. In Fragen der Weltanschauung muß man nicht nur den Mut der Ueberzeugung, sondern auch den „Mut zur Unbeliebtheit“ zeigen. Ich kann ein Lied davon singen.

Gegen eine Beteiligung eines Arztes an seinen Erfindungen ist nichts einzuwenden. Im Gegenteil! Was anderen Berufen recht ist, muß dem Arzt billig sein. Aber ein Medikapitalismus, der in des Wortes wahrster Bedeutung über Leichen geht, ist ein Verbrechen, das nur durch hohe Beziehungen ungesühnt bleibt. Was würde man von einem Kaufmann sagen, der Waren mit 15 jähriger Garantie aufweist, die er nur ½ Jahr lang probiert hat und später stellt sich fast jede Behauptung als unwahr heraus? Ist die Ethik der Aerzte nicht mindestens so hoch wie die der Kaufleute einzuschätzen? Was würde man sagen, wenn er sich als uneigennützig in allen Gazetten feiern ließ und später stellt sich heraus, daß er mit Millionen an dem Wuchergeschäft beteiligt war?

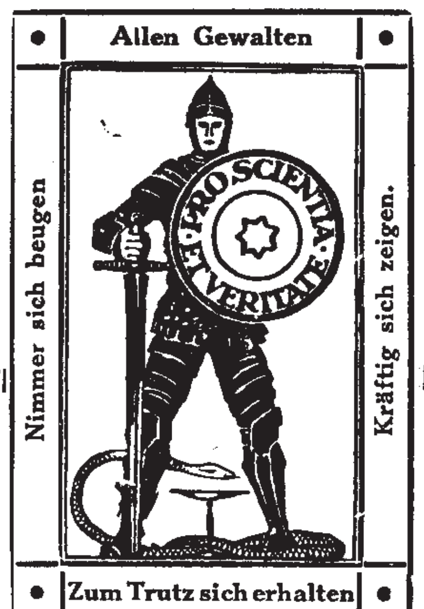
Wenn die Dozentur eines salvarsangegnerischen Arztes, nachdem der Sozialist Hirsch eine solche für selbstverständlich erklärt hatte, einen ausgerechnet „sozialistischen“ Minister der sie selbst beantragt, automatisch stürzt, dann müssen schon Kräfte, dann müssen schon sichtbare und „unsichtbare Geister“ (siehe S. 34, 38, 88) am Werke gewesen sein, um die heiligsten ärztlichen Güter der Medicokapitalisten „ministeriell-sozialistisch“ zu schützen. Wenn mit dieser Schrift nur das erreicht wird, daß meine eigenen Erfahrungen mit

dazu beigetragen haben, daß die kulturpolitischen Mißstände, die hier berührt werden, verschwinden, wenn die geheime amtliche Dozentenbegutachtung, die durch ein cliquenhaftes Gebilde geschieht, verschwindet und an Stelle der berüchtigten „per penem- per anum- per vaginam-Beurteilung" (S. 10) der Dozenten durch nicht einmal promovierte Geheimräte die Rücksicht auf wirkliche wissenschaftliche Leistungen und auf Charakterstärke tritt, wenn die Verantwortlichen veranlaßt werden, Verständnis dafür zu zeigen, was es heißt, gegen Schwierigkeiten und Verleumdungen aller Art mit eisernem Willen unter Hintenansetzung der sogenannten Karriere jahrelang im Interesse der Menschheit auf Grund positiver wissenschaftlicher Forschungsergebnisse und gründlicher Spezialausbildung anzukämpfen und dabei schöpferisch und zugleich kritisch tätig zu sein, unbekümmert um amtliche und nichtamtliche Verleumdungen, anstatt vor den Amtsstuben eigenartig sich gebärdender Protegés zur Erreichung des Zieles zu antichambrieren, oder von hintenherum zu arbeiten, was es heißt, als Mann und nicht als geistiger Kriegsgewinnler oder intellektueller Revolutions-Hochstapler aufzutreten, wie in diesen Zeiten der Dekadenz manche Revolutions-Protegés, wenn der wichtigste Posten für den geistigen Wiederaufbau nicht von einem Amidade-Assessor, sondern von einem erfahrenen auf wissenschaftliche Leistungen sich stützende Intelligenz besetzt wird, und an die Stelle von Ministern und Ministerialdirektoren, die wie ein Blatt vom Winde hin und her getrieben werden, Charaktere treten, die eine gefestigte, politische und kulturpolitische Auffassung haben, die allerdings sich mit Entsetzen vom politischen Leben abwenden, wenn das Buch mit dazu beiträgt, daß die Freiheit der Wissenschaft gefördert wird, wenn der staatlich sanktionierten Massentötung Einhalt geschieht, die heute nach der Aufhebung der Zensur (!) uns angrinst, da die Zensur den großkapitalistisch gefütterten Moloch schützte und seine Opfer verdeckte, die heute aus den Gräbern ihre Stimme erheben, dann hat es seinen Zweck erreicht. Um zu diesem Ziele aber zu gelangen, ist es nötig, den Pelz so zu waschen, daß man ihn wirklich naß macht. Eine von der Clique verteidigte medicokapitalistische Festung wird nicht mit Gewehrkugeln allein erobert, sondern die schweren Geschütze müssen hier mitsprechen, die das Kind beim rechten Namen nennen, soll der Augiasstall der sexualkapitalistischen Menschentötung, des kulturministeriellen Opportunismus und des charakterverderbenden Servilismus, der im sozialistischen Gewande vor dem Kapitalismus und im kapitalistischen vor dem herrschenden Sozialismus kapituliert und antichambriert — manus manum lavat —, gründlich ausgefegt werden. Ich begann und schließe diese Schrift mit den Worten Goethes:

Feiger Gedanken
Bängliches Schwanken,
Weibisches Zagen,
Bängliches Klagen,
Wendet kein Elend,
Macht dich nicht frei.
Allen Gewalten
Zum Trutz sich erhalten,
Nimmer sich beugen,
Kräftig sich zeigen
Rufet die Arme
Der Götter herbei.

Druck von Hermann Freyhoff, Oranienburg-Berlin.

Ritter-Verlag



Berlin W 30
Telephon: Lützow 6159

Neue Winterfeldtstr. 32
Telephon: Lützow 6159

In der Medizin soll man das Gute nehmen, woher es auch kommen mag. Dr. Dreuw.

Der Arzt ist zum Heilen, nicht zum Töten da. Die Wissenschaft muß frei und wahr sein. Dr. Dreuw.

Von Polizeiarzt a. D. Dr. med. Dreuw-Berlin

Spezialarzt für Haut- und Geschlechtskrankheiten, ehemal. Mitglied des Beirats zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten im preußischen Wohlfahrtsministerium sind folgende Bücher und Broschüren erschienen, die durch jede Buchhandlung oder den Ritterverlag zu beziehen sind:

1. **„Weltbluff". Der Kampf eines Einzelnen gegen den Sexualkapitalismus.** Über die erfolgreichste und ungefährlichste Methodik der salvarsanlosen Syphilisbehandlung mit ca. 90% Heilungsresultaten. **Mark 40.00**

   Aus dem Inhalt: Das Treiben der Salvarsanisten. Die Aktion des Salvarsangegners Haenisch als Abgeordneter. Das Verhalten Haenischs als Kultusminister. Die Absetzung eines Medico-Reaktionärs, des Ministerialdirektors Kirchner Das Verhalten von Kirchners Nachfolger Gottstein. Das Verhalten der medizinischen Fachpresse Das Verhalten der Tagespresse. Salvarsanverbot. Die Behandlungsmethode ohne Salvarsan. Die Heilaussichten ohne Salvarsan nach der Behandlungsmethode des Verfassers (80—90%). Hie Salvarsan, hie Quecksilber. Die Unschädlichkeit und Ungefährlichkeit der salvarsanlosen Syphilisbehandlung im Vergleich zu den Schäden durch das Salvarsan. Das Unrecht der falschorientierten Quecksilbergegner. Verschiedenes." Niemand sollte dieses Buch lesen, ohne auch das Pendant „Für Wissenschaft und Wahrheit" zu lesen. Beide ergänzen einander.

2. **„Kulturkorruption".** Für Wissenschaft und Wahrheit. Kulturdokumente zur Revolution des Geistes. **Mark 90.00**

   Dieses Werk schildert umfassend die Maßnahmen, die die großkapitalistische ärztliche und nichtärztliche Salvarsanclique, die fast die ganze Welt getroffen, um das Salvarsandogma, das zertrümmert am Boden liegt, zu retten. Dr. Dreuws Kampf gegen eine Welt von Feinden wird dokumentarisch geschildert. „Ohne innere Erschütterung", schreibt die „Zeitschrift für Sexualwissenschaft", kann man Dreuw's Schilderung nicht lesen.

3. **Syphilitiker in Gefahr! Ein Wort zu ihrer Errettung.**

   Gekürzte Volksausgabe aus „Weltbluff. Der Kampf eines Einzelnen gegen den Sexualkapitalismus." **Mark 20.00**

   Das Buch schildert die furchtbaren Wirkungen des Salvarsans (12 Tote, 242 Vergiftungen allein im Jahre 1921 bei Professor Arndt in Berlin) und gibt die Methoden an, die 80—90% Heilungsresultate ergeben. Jeder Gebildete sollte sich dieses Buch anschaffen in Verbindung mit „Für Wissenschaft und Wahrheit"

4. **Salvarsanlose Syphilisbehandlung.** (Die erfolgreichste und ungefährlichste Methodik. 80—90% Heilungsresultate.) **Mark 9.00**

   Da Dr. Dreuw der Vorwurf gemacht wurde, er zerstöre nur, gebe aber anstelle des Salvarsans keine bessere Methode an, so veröffentlicht er hier die Prinzipien einer erprobten Methodik, die 80—90% Heilungsresultate ergibt.

5. **Die Gesetzliche Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten** **Mk. 12.00**

   Bekanntlich hat Dr. Dreuw, der Entdecker des „Discretionismus" d. h. der allg. gleichen, discreten Anzeige- und Behandlungspflicht einen discretionistischen Gesetzentwurf verfaßt, der die Billigung des preußischen Landtages, der Frauenbewegung usw. gefunden hat. Die Prinzipien der gesetzlichen Bekämpfung werden gemeinverständlich entwickelt.

6. **Menschenopfer! Offener Brief an die Medizinalverwaltung** **Mark 9.00**

   Medicopolitische Dekadenzerscheinungen! Dieser „Offene Brief" ist ein Kulturdokument, das den menschlichen Irrwahn auf Grund einer großkapitalistischen Massensuggestion zeigt. Erschütternde Tatsachen werden vorgebracht und die Medizinalbehörden werden in drastischer Weise an ihre Pflicht erinnert.

Preise der Bücher freibleibend.